

28. Jahrgang

**1/2001**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



## Stadtjubiläen und städtische Erinnerungskultur

---

François de Capitani

---

Schweizer Stadtjubiläen im 19. und 20. Jahrhundert

---

Gerhard Faix

---

Erinnerungskultur im Königreich Württemberg

---

Alice von Plato

---

Stadtjubiläen im Nationalsozialismus

---

Andreas Ludwig

---

50 Jahre Eisenhüttenstadt

---

Ulman Weiß

---

Das Jubiläum von Erfurt 1992

---

Volker Kirchberg

---

Die McDonaldisierung von Stadtwelten

---

Kohlhammer

---

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft  
Die alte Stadt und in Verbindung mit  
Helmut Böhme, Eberhard Jäckel,  
Jürgen Zieger und Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 1003 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 1003 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, 10587 Berlin – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut, 37077 Göttingen – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Stephansplatz 5, 20354 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Mittlerer Rainweg 63, 69118 Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, Department of Economic and Social History, University of Leicester – Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, 70174 Stuttgart.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-3242, Fax (07 11) 35 12-2418.

*Die Zeitschrift* Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 125,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

Stadtjubiläen  
und  
städtische Erinnerungskultur

AUGUST GEBEßLER / HANS SCHULTHEIß, Editorial ..... 1

ABHANDLUNGEN

FRANÇOIS DE CAPITANI, Schweizer Stadtjubiläen im 19. und 20. Jahrhundert  
als Orte republikanischer Repräsentation ..... 3

GERHARD FAIX, Städtische Erinnerungskultur im Königreich Württemberg ..... 11

ALICE VON PLATO, Stadtjubiläen im Nationalsozialismus,  
Propaganda von oben oder Konsens von unten? ..... 30

ANDREAS LUDWIG, 50 Jahre Eisenhüttenstadt:  
Stadtjubiläen und Geschichte im politischen Kontext. .... 40

ULMAN WEIß, Vom doppelten Umgang mit einem Jubiläum:  
Erfurt 1992 ..... 53

VOLKER KIRCHBERG, Die McDonaldisierung von Stadtwelten und Stadtimage ..... 59

DIE AUTOREN ..... 73

BESPRECHUNGEN

PETER HALL, Cities in Civilization, Culture, Innovation and Urban Order  
(Dirk Schubert) ..... 74

TIMO JOHN, Die königlichen Gärten des 19. Jahrhunderts in Stuttgart ..... 76  
(Winfried Mönch)

Editorial

## Stadtbiläen und städtische Erinnerungskultur

Sicherlich war in manchen Städten der Beschluss, ausgerechnet im Milleniumsjaar 2000 Stadtbiläum zu feiern, mehr auf die Magie dieser runden Zahl als auf exakte archivalische Geburtsurkunden zurückzuführen. Warum nicht auch feiern, hat man sich dort wohl zu Recht gefragt. Das fehlende Datum einer urkundlichen Ersterwähnung oder Stadtrechtsverleihung kann man doch vernachlässigen, wenn uns Historiker glaubhaft versichern können, z. B. rund 750 Jahre alt zu sein.

Stadtbiläen scheinen seit ihrem Aufkommen im 19. Jahrhundert ein Bedürfnis geblieben zu sein. Auf seiner Internet-Seite listet der »Deutsche Städtetag« derzeit über hundert anstehende runde Stadtgeburtstage auf. Manch kritische Stimme mag darin eine »Festivalisierung der Stadtpolitik« erkennen, ein Fest um des Feierns willen, um mittels ganz pragmatisch stadtpolitischer Marketing-Überlegungen das Stadtimage aufzubessern oder den Bekanntheitsgrad zu erhöhen.

Dass Stadtbiläen aber weitaus mehr sein können, zeigte die Internationale Städtetagung der »Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt« zum Thema »Städtische Erinnerungskultur« vom 4. bis 7. Mai 2000 in Trier. Biläen mit entsprechender Erinnerungskultur können eine ideale Plattform sein, um Stadtidentität und Stadtgemeinschaft zu befördern. Dass sie sich andererseits aber auch für ein bestimmtes städtisches Selbstverständnis instrumentalisieren ließen, führten gerade auch die historischen Vorträge vor Augen. Auf nachdrücklichen Wunsch der Tagungsteilnehmer haben wir daher einige dieser Beiträge in einem Themenheft der »Alten Stadt« zusammengeführt.

Esslingen, März 2001

August Gebeßler / Hans Schultheiß

François de Capitani

## Schweizer Stadtjubiläen im 19. und 20. Jahrhundert als Orte republikanischer Repräsentation

Städtische Jubiläumsfeste erfreuten sich in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Schweiz einer außerordentlichen Beliebtheit, so dass schon um 1900 von einer eigentlichen »Festseuche« gesprochen wurde. Ich möchte versuchen aufzuzeigen, wo die Wurzeln dieser »Festseuche« lagen, die die Schweiz wohl in höherem Maße als ihre Nachbarn befallen hat, und wie die Epidemie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg langsam ausklang.<sup>1</sup>

Im weitgehend monarchisch geprägten Europa des Ancien Régime war es für Republiken nicht einfach, eigenständige Formen der Repräsentation zu entwickeln. Venedig, die Niederlande und auch die Städte der Eidgenossenschaft haben denn in der frühen Neuzeit immer sorgfältig Anklänge an monarchische Elemente der Repräsentation vermeiden müssen.<sup>2</sup> Wenn für das höfische Fest im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts der Triumphzug, der Einbezug des Hoftheaters und der weitgehende Ausschluss der breiten Bevölkerung zu charakteristischen Merkmalen wurden, so mussten in den Republiken genau diese Tendenzen vermieden werden.<sup>3</sup> Das bedeutete für die schweizerischen Städte, dass die öffentlichen Umzüge der Magistraten nicht den Charakter eines Triumphes haben durften, sondern als republikanische Prozessionen vollzogen wurden, dass weiter das Theater als unrepublikanisch abgelehnt wurde und dass eine breite Öffentlichkeit einbezogen werden musste. So wurden Schwörtage, feierliche Amteinsetzungen und Empfänge zu Volksfesten, in denen sich die Republik selbst darstellte – mit ihren streng aristokratisch abgestuften Hierarchien, aber mit dem Anspruch, den Alle umfassenden Charakter der Republik zum Ausdruck zu bringen. Das Fest verkörperte so die republikanische Grundidee, die Vorstellung einer kollektiven Verantwortung, die dem Gemeinwesen zu Grunde liegt.

Schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die schweizerischen Stadtfeste zu eigentlichen Studienobjekten für Aufklärer auf der Suche nach unver-

<sup>1</sup> Allgemein zu der schweizerischen Festkultur: C. Santschi, *La mémoire des Suisses. Histoire des fêtes nationales du XIIIe au XXe siècle*, Genève 1991; für das Ancien Régime: F. de Capitani, *Schweizerische Stadtfeste als bürgerliche Selbstdarstellung*, in: B. Kirchgässner/H.P. Becht (Hrsg.), *Stadt und Repräsentation*, Sigmaringen 1995, S. 115 – 126.

<sup>2</sup> Im Überblick: *Zeichen der Freiheit. Das Bild der Republik in der Kunst vom 16. – 20. Jahrhundert*. Ausstellungskatalog, hrsg. von G. Germann und D. Gamboni unter Mitwirkung von F. de Capitani, Bern 1991.

<sup>3</sup> Zu den höfischen Festen: R. Strong, *Feste der Renaissance 1450 – 1650. Kunst als Instrument der Macht*, Freiburg i. Br. 1991.

dorbene und ursprünglichen Sitten. Vor allem Jean-Jacques Rousseau idealisierte die Feste der schweizerischen Städte als Gegenentwurf zur dekadenten höfischen Repräsentation. Das Fest wurde nicht nur zum Bild der Republik stilisiert, sondern zum Bild der Demokratie. Im berühmten Brief an d'Alembert hat Rousseau in aller Kürze sein Programm entwickelt. D'Alembert hatte sich in der Encyclopédie über das calvinistische Theaterverbot in Genf mokiert. Die Antwort Rousseaus wurde zu einer Verteidigung der republikanischen Tugenden und zum Programm des demokratischen Festes:

»Quoi! ne faut-il donc aucun spectacle dans une république? Au contraire, il en faut beaucoup. C'est dans les républiques qu'ils sont nés, c'est dans leur sein qu'on les voit briller avec un véritable air de fête. A quels peuples convient-il mieux de s'assembler souvent et de former entre eux les doux lins du plaisir et de la joie, qu'à ceux qui ont tant de raison de s'aimer et de rester à jamais unis? Nous avons déjà plusieurs de ces fêtes publiques; ayons-en davantage encore, je n'en serais que plus charmé. Mais n'adoptons point ces spectacles exclusifs qui renferment tristement un petit nombre de gens dans un antre obscur; qui les tiennent craintifs et immobiles dans le silence et l'inaction; qui n'offrent aux yeux que cloisons, que pointes de fer, que soldats, qu'affligeantes images de la servitude et de l'inégalité. Non, peuples heureux, ce ne sont pas là vos fêtes. C'est en plein air, c'est sous le ciel qu'il faut vous rassembler, et vous livrer au doux sentiment de votre bonheur. Que vos plaisirs ne soient efféminés ni mercenaires, qu'ils soient libres et généreux comme vous, que le soleil éclaire vos innocents spectacles; vous en formerez un vous-même, le plus digne qu'il puisse éclairer.«<sup>4</sup>

Die Feste, die im revolutionären Frankreich aus dem Boden gestampft wurden, beriefen sich ausdrücklich auf diese schwärmerische Interpretation der schweizerischen Stadtfeste.<sup>5</sup> Denn in der Zeit der Revolution wurde das Fest als Akt der republikanischen und demokratischen Repräsentation weiter ausgebaut und ideologisch überhöht. Das schweizerische Festwesen des 19. Jahrhunderts konnte so auf eine vielfältige und hundertfach erprobte Tradition zurückgreifen.<sup>6</sup>

Der Weg der Schweiz zu einem modernen Staat erwies sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als äußerst schwierig. Spannungen zwischen den Konfessionen und den Wirtschaftsregionen sowie die gegensätzlichen Interessen von Stadt und Land ließen in der Zeit von 1798 bis 1848 die Schweiz zu einem Pulverfass werden. Bür-

<sup>4</sup> J.-J. Rousseau, Lettre à M. D'Alembert sur son article Genève, Amsterdam 1758, p. 239/40. Zum Fest bei Rousseau: P.-M. Vernes, La ville, la fête, la démocratie. Rousseau et les illusions de la communauté, Paris 1978.

<sup>5</sup> Vgl. M. Ozouf, Les fêtes révolutionnaires 1789 – 1799, Paris 1976.

<sup>6</sup> F. de Capitani, Die Ideen der Französischen Revolution und die schweizerische Festkultur. Jahresbericht 1989 der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften, Fribourg 1990, S. 15 – 25.

gerkriegsähnliche Situationen prägten diese Zeit, die erst nach dem Sonderbundskrieg – einer kurzen, aber heftigen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den katholischen Kantonen der Innerschweiz und den vorwiegend reformierten Kantonen des Mittellandes im Jahre 1847 – mit der Gründung des modernen Bundesstaates (1848) zur gespannten Ruhe fand. Auf diesem explosiven Hintergrund muss das Entstehen einer modernen Festkultur in der Schweiz des 19. Jahrhunderts gesehen werden: nicht als Ausdruck der politischen Harmonie, sondern als Appell an eine noch zu schaffende Einigkeit.

Die Republik – nun die demokratische Republik – fand im Fest jene Form der Repräsentation, die in Monarchien dem Hof zukam. In den großen Schützen-, Turner- und Sängereisen, deren Reihe schon vor der Gründung des Bundesstaates einsetzt, wurde die Nation zelebriert, das Fest wurde zum patriotischen Hochamt. Aus der Analyse der altschweizerischen Feste und der Erfahrungen der Revolutionsfeste hatte sich ein eidgenössisches Festritual herauskristallisiert, das schließlich allen politischen Festen zu Grunde gelegt wurde. Neben dem eigentlichen patriotischen Weiheakt mit Reden und symbolischen Handlungen musste als Gegengewicht ein Wettbewerb oder ein großes öffentliches Festspiel geboten werden. Schließlich folgte als dritter Teil das große Volksfest. Keiner der drei Teile durfte vernachlässigt werden; nur aus dem Gleichgewicht der drei Teile geriet das Fest zum patriotischen Ereignis, zur Verkörperung der Einheit von Volk, Nation und Staat.

Zur Konstitution der Nation gehörte auch die Konstruktion einer nationalen Geschichte, die alle Schweizer verband, über alle trennenden Elemente hinweg, von denen es in der Eidgenossenschaft wahrhaftig genug gab. Was Johannes von Müller im ausgehenden 18. Jahrhundert mit seinen »Geschichten Schweizerischer Eidgenossenschaft«, erschienen ab 1780, begonnen hatte, wurde im 19. Jahrhundert stetig weiterverfolgt. Die gemeinsame Geschichte aller Schweizer wurde zum wichtigsten Garanten der nationalen Identität.

So sind denn die Stadtjubiläen, zu denen wir nun endlich gelangen, und die sich einer derart großen Beliebtheit erfreuten, einerseits in die große schweizerische Festtradition eingebettet, andererseits in die nationale Geschichtskultur. Sie sind nicht als Einzelereignisse anzusehen, sondern als konstitutive Bestandteile einer nationalen und republikanischen Selbstdarstellung.

Die Städte des schweizerischen Mittellandes erlebten im 19. Jahrhundert einen außerordentlichen Aufschwung. Die Zahl der Bevölkerung vervielfachte sich innerhalb weniger Jahrzehnte. Die Verstärkung der Schweiz ging mit der modernen Industrialisierung Hand in Hand. Aus der noch agrarisch geprägten Schweiz des frühen 19. Jahrhunderts wurde innerhalb weniger Generationen eine von Industrie und Dienstleistungen geprägte Städtelandschaft. Diese modernen Städte sahen sich mit neuen sozialen Problemen konfrontiert. Reich und Arm trafen mit bisher unbekannter Wucht aufeinander. Die schweizerischen Arbeiter gehörten zu den am schlechtes-

ten bezahlten Europas; ein neues Konfliktpotenzial entstand, das sich in Streiks und Unruhen äußerte. Auch hier sollte der Appell an die gemeinsame Geschichte und die republikanische Tradition mithelfen, Konflikte zu entschärfen, was aber meist Wunschdenken blieb.

Die Stadtfeste waren Akte der bürgerlichen Selbstdarstellung, doch blieb der Anspruch bestehen, alle Schichten der Bevölkerung anzusprechen und – wenigstens am Rand – mit einzubeziehen. Stadtjubiläen wurden so zwangsläufig zu Großanlässen, von denen wir uns heute kaum mehr eine Vorstellung machen können.

Anlässe zu Stadtjubiläumsfeiern gaben nicht nur Gründungsdaten, sondern auch die Daten der Eintritte in die Eidgenossenschaft oder andere einschneidende Ereignisse wie die Vereinigung von Stadtteilen oder Schlachten. Neben einem Weiheakt, der meist den Honoratioren und Magistraten vorbehalten blieb, bildeten das Festspiel und/oder der Festumzug das zentrale Ereignis. Schließlich durfte auch hier das große Volksfest nicht fehlen.

Das Festspiel erlebte in der Schweiz in den Stadtjubiläumsfeiern eine einzig dastehende Blütezeit.<sup>7</sup> In Abgrenzung zum Theater, dem immer noch der Geruch des Höfischen anhaftete, galt das Festspiel unter freiem Himmel als eigentliche demokratische Kunstform. Fast immer unter freiem Himmel wurden Schlüsselereignisse der nationalen Geschichte in »lebenden Bildern«, Chören, Massenszenen und dramatischen Dialogen nachgestellt. Die Festspiele wurden nahezu ausschließlich von Laien aufgeführt; nur exponierte Gesangs- und Musikpartien blieben gelegentlich Berufsmusikern vorbehalten. In Abgrenzung zu höfischen Formen der Repräsentation sollte das Volk als Souverän sich selbst zur Darstellung bringen. Aufführende und Zuschauer sollten – wie es schon Rousseau gefordert hatte – eins werden. Nicht zu übersehen sind hier auch Anleihen an die große Oper und an die Festinszenierungen der Revolution in Frankreich. Neben dem Festspiel entwickelte sich der Festumzug zu einem wichtigen Element der Stadtfeste. Beide folgten weitgehend den gleichen Gesetzen. Auch im Umzug wurde die Geschichte in »lebenden Bildern« vorgeführt, eine Art »mobiles Festspiel«, das dem Publikum dargeboten wurde.<sup>8</sup>

Als Beispiel eines Stadtjubiläums sei jenes von Bern im Jahre 1891 vorgestellt. Die Stadt Bern hat eine reiche Festtradition, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Angesichts der Bedrohung durch die Französische Revolution sollte bereits 1791 – zum 700-jährigen Stadtjubiläum – ein Fest mit großem Umzug stattfinden. Der Ausbruch

<sup>7</sup> B. Engler/G. Kreis (Hrsg.), *Das Festspiel: Formen, Funktionen, Perspektiven*, Willisau 1988; Ph. Sarasin, *Stadt der Bürger. Struktureller Wandel und bürgerliche Lebenswelt Basel 1870 – 1900*, Basel 1990; E. Combe, *Festspiele*, in: *Die Schweiz, die singt*, Zürich o.J. 197 – 235.

<sup>8</sup> Th. Gantner, *Der Festumzug. Ein volkskundlicher Beitrag zum Festwesen des 19. Jahrhunderts in der Schweiz*, Basel 1970, W. Hartmann, *Der historische Festzug. Seine Entstehung und Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1976.

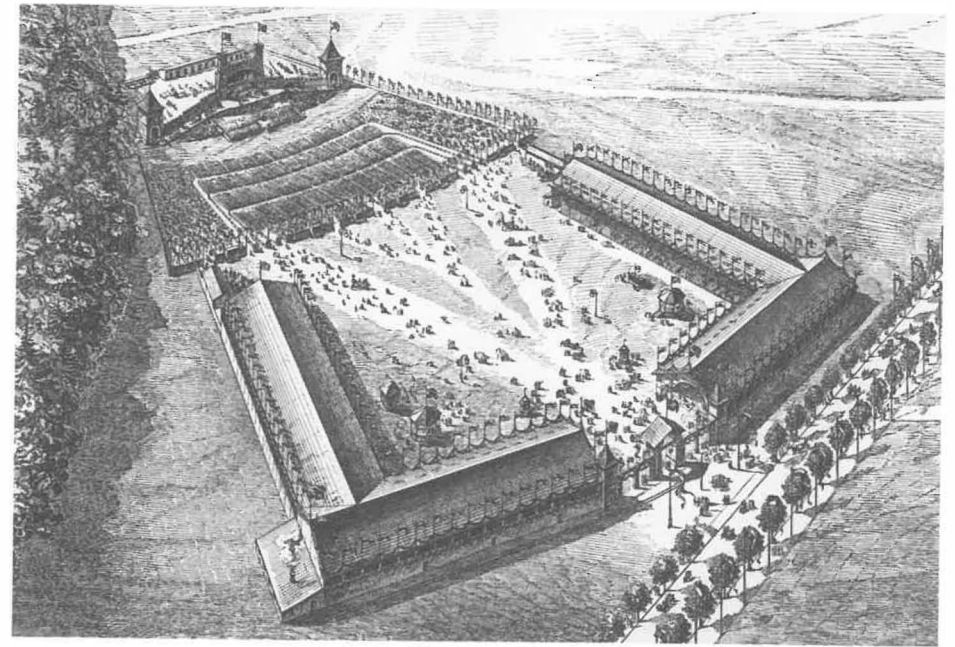


Abb. 1: Berner Stadtjubiläum 1891: Der Festplatz aus der Vogelschau; Stahlstich 1891, aus: *Die 700-jährige Gründungsfeier der Stadt Bern* (s. A 10).

von Unruhen unter den Untertanen im Waadtland verhinderte aber im letzten Moment die Durchführung.<sup>9</sup>

Hundert Jahre später konnte das Jubiläum endlich mit gebührendem Aufwand gefeiert werden.<sup>10</sup> Der offizielle Akt fand im Münster statt. Hierzu waren – schon aus Platzgründen – nur die Spitzen der Behörden geladen. Das Festspiel aber sollte alle Einwohner erreichen. In sechs großen Bildern wurde die Geschichte der Stadt von ihrer Gründung im Jahr 1191 bis in die Gegenwart dargestellt. Der Aufwand war ungeheuer. Auf freiem Feld erstreckte sich eine 100 Meter breite Bühne, dem Publikum standen 10.000 Sitzplätze und mehr als 10.000 Stehplätze zur Verfügung. 900 Laiendarsteller teilten sich die rund 2.500 verschiedenen Rollen, unterstützt von 485 Sängerinnen und Sängern. Nur die beiden Solistinnen – »Berna« und »Helvetia« – waren Berufssängerinnen. Auch das Orchester musste professionell erweitert werden. Das damalige Stadtorchester, das nur zum Teil aus Berufsmusikern bestand, zählte näm-

<sup>9</sup> G. Tobler, *Das projektierte Berner Jubiläum von 1791*, in: *Berner Taschenbuch 1891*, S. 154 – 159.

<sup>10</sup> Das Folgende nach: *Die 700-jährige Gründungsfeier der Stadt Bern 1191 – 1891. Festbericht*, hrsg. vom Organisationskomitee, Bern 1891.

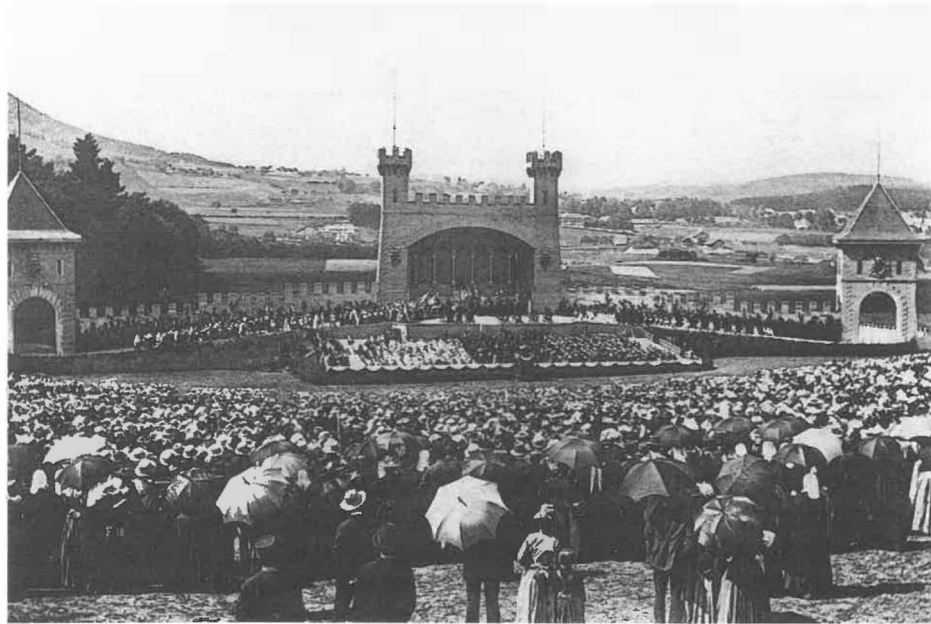


Abb. 2: Szene aus dem großen Berner Festspiel 1891; Photo von Dr. Badetscher 1891, aus: Die 700-jährige Gründungsfeier der Stadt Bern (s. A 10).

lich nur 57 Mitglieder. So griff man, wie bei vielen der zeitgenössischen schweizerischen Feste üblich, auf eine deutsche Regimentsmusik zurück: Eine 43 Mann zählende Konstanzer Gruppe gab dem Festspiel das professionelle Fundament. Sämtliche Chöre der Stadt und sämtliche Blasmusikvereine – von den vornehmen bürgerlichen Honoratiorengesellschaften bis zu den Arbeiter-Quartiervereinen – erhielten ihren Auftritt.

Das Festspiel wurde zur republikanischen Liturgie. Nicht eine eigentliche Handlung bestimmte den dramatischen Verlauf, sondern eine Abfolge bunter Bilder, mit Dialogen und Chören untermalt. Das allegorische Schlussbild versammelte alle Mitwirkenden und endete in der auch vom Publikum mitgesungenen Nationalhymne, begleitet von allen Glocken der Stadt und den Salven der Artillerie auf den umliegenden Hügeln. Damit hatte das Festspiel seine Absicht erfüllt: Republik und Demokratie erlebbar zu machen.

Nachdem alle Schulkinder der Stadt die Hauptprobe besuchen durften, wurde das Spiel zweimal öffentlich aufgeführt. Um die 50.000 haben somit das Festspiel miterlebt. Die Stadt zählte damals um die 80.000 Einwohner. Doch nicht genug: ein großer Festumzug durch die Stadt bot am dritten Tag noch einmal die wichtigsten Teile dieser historischen Monsterschau.

Auch das Volksfest konnte sich sehen lassen: Die große Festhalle allein bot Platz für gleichzeitig 10.000 Gäste, die das Jubiläum würdig begießen wollten. Nach diesem bewährten »eidgenössischen Festritual« liefen praktisch alle Stadtjubiläen im 19. und frühen 20. Jahrhundert ab.

Die Gigantomanie dieses Jubiläumsfestes entsprang letztlich dem Wunsch, möglichst alle Teile der Bevölkerung anzusprechen und einzubeziehen. So lag es in der Natur dieser Feste, dass je größer die sozialen und politischen Spannungen wurden, auch die Feste – die Zahl der Mitwirkenden und Zuschauenden – größer und größer wurden. Den Höhepunkt dürfte das Jubiläumsfest von 1903 in Lausanne markiert haben. Damals traten beim Festspiel über 2.000 Mitwirkende auf.

Das unmittelbare Erleben von Geschichte durch ihre Rekonstruktion und ihren Nachvollzug war das erklärte Ziel des Festspiels und des Festumzugs. Die »Wiederhervorbringung der Geschichte«, wie sie Leopold von Ranke gefordert hatte, fand hier – wie übrigens auch im Historienbild und im historischen Museum – ihre erfahrbare Realisierung.<sup>11</sup> Die Krise des Historismus bedeutete in der Folge auch die Krise des historischen Festspiels.

Die »La Fête de Juin«, von Emile Jaques-Dalcroze und Adolphe Appia 1914 für das Genfer Jubiläum des Eintritts in den Bund inszeniert, markierte hier für die Schweiz den Wendepunkt. Geschichte wird hier nicht mehr voll rekonstruiert, sondern deren Schatten als symbolische Handlung beschworen. Jaques-Dalcroze, der damals in Hellerau als großer Erneuerer des Theaters und des Tanzes wirkte, ebenso Appia, dessen visionäre Bühnenbildentwürfe richtungsweisend sein sollten, brachen radikal mit der Tradition des Historismus.<sup>12</sup>

Zwar wurden auch nach 1914 noch traditionelle Stadtfeste inszeniert, doch erregten die Jubiläumsfeiern im 20. Jahrhundert nicht mehr die ungeteilte Begeisterung breiter Volksschichten. Die Geschichte hatte viel von ihrer identitätsstiftenden Anschaulichkeit verloren, die »Wiederhervorbringung der Geschichte« war unglaubwürdig geworden. Nicht nur das Bild der Geschichte hatte sich verändert, die gesamte schweizerische Festkultur war im Wandel begriffen. Die im 19. Jahrhundert entstandenen Eidgenössischen Feste mussten sich schon um die Jahrhundertwende veränderten gesellschaftlichen Umständen anpassen. Die politische Geselligkeit der Männer, wo der Alkohol als nicht wegzudenkender Katalysator der patriotischen Emotionen wirkte, blieb nicht unangefochten. Neue Formen der Massenunterhaltung, der Mas-

<sup>11</sup> L. von Ranke, Idee der Nationalhistorie, in: Vorlesungseinleitungen, hrsg. von V. Dotterweich/W.P. Fuchs, München 1974; vgl. dazu J. Rüsen, Konfigurationen des Historismus. Studien zur deutschen Wissenschaftskultur, Frankfurt a. M. 1993, S. 124 ff.

<sup>12</sup> G. Giertz, Kultus ohne Götter. Emile Jaques-Dalcroze und Adolphe Appia. Der Versuch einer Theaterreform auf der Grundlage der Rhythmischen Gymnastik, München 1975; C.-L. Dutoit-Carliet, »Jaques-Dalcroze, créateur de la rythmique«, in: F. Martin et al. (Éd.), E.J. Dalcroze. L'homme, le compositeur, le créateur de la rythmique, Neuchâtel 1965, 305 – 412.

senkommunikation und des Freizeitverhaltens, Sport, Tanz, Kino haben nicht nur ein neues Verhältnis zwischen den Geschlechtern mitgeprägt, sondern auch die traditionellen Festformen verändert.

Die städtischen Jubiläumsfeste verloren so ihr Fundament, auf dem sie groß geworden waren: das nationale Fest als Ort des patriotischen Bekenntnisses und die bildhafte Geschichtsvision des Historismus. Bis heute haben sich neue Formen der Stadtfeste herauskristallisiert. Jubiläen stehen nicht mehr im Vordergrund, sie bieten bestenfalls einen willkommenen Anlass.<sup>13</sup>

Schon in der Zwischenkriegszeit rückte immer mehr ein anderes Phänomen ins Zentrum der Stadtfeste: die Entdeckung der Kernstadt als möglicher Begegnungsort einer immer mehr zersiedelten Landschaft. Die heutigen Bernfeste, Zürichfeste, Fête de Genève und wie sie alle heißen, leben nicht von der historischen Kommemorativität, sondern vom Erlebnis der Stadt als Lebens- und Aktionsraum. Die Verankerung in der Geschichte, wie bei den großen Jubiläen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg jedoch, hat an Kraft verloren.

<sup>13</sup> Vgl. W. Lipp, Gesellschaft und Festkultur. Großstadtfeste der Moderne, in: Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, hrsg. von P. Hugger in Zusammenarbeit mit W. Burkert und E. Lichtenbahn, Stuttgart 1987, S. 231 – 249.

Gerhard Faix

## Städtische Erinnerungskultur im Königreich Württemberg<sup>1</sup>

Der Umgang mit Geschichte brachte im 19. Jahrhundert eine Vielfalt von Formen, Medien und Ritualen hervor, die unter dem Begriff der Erinnerungskultur zusammengefasst werden.<sup>2</sup> Im vorliegenden Beitrag über städtische Erinnerungskultur im Königreich Württemberg sollen solche öffentlichkeitswirksamen Gedenktage und Feiern in den Blick genommen werden, bei denen die Präsentation von Geschichte eindeutig im Vordergrund stand. Versucht man, diese im Zeitraum von 1806 bis 1918 in Württemberg abgehaltenen Gedenkfeiern insgesamt zu typologisieren, sind zunächst einmal solche festzuhalten, die nicht nur in einer Stadt, sondern landesweit abgehalten wurden. Hierzu zählen etwa die auf die Reformationsgeschichte bezogenen 300-jährigen Jubiläen der Reformation (1817), des Augsburger Bekenntnisses (1830) und des Augsburger Religionsfriedens (1855) wie auch das Gedenken anlässlich der Geburts- oder Todestage der Reformatoren Martin Luther (1846 und 1883), Philipp Melanchthon (1897) und des landesgeschichtlich bedeutsamen Johannes Brenz (1870 und 1899). Dieser spezifisch protestantischen Jubiläumskultur konnten die Katholiken in Württemberg nichts gleichwertiges entgegensetzen. Eine Eingabe beim Bischof in Rottenburg, nun auch eine Säkularfeier des Konzils von Trient abzuhalten, wurde obendrein abschlägig beschieden.<sup>3</sup> Ebenfalls landesweit gefeiert wurden die Dichterjubiläen etwa Friedrich Schillers (1859 und 1905) und Ludwig Uhlands (1887 und 1912). Einen eher nationalgeschichtlichen Charakter hatten die nicht nur in Württemberg begangenen Feste zum 25-jährigen Jahrestag der Reichsgründung (1896), zu den Gedenktagen der Völkerschlacht bei Leipzig (1863 und 1913) wie auch die Feiern des 500. Geburtstags von Johannes Gutenberg (1900) oder des 100. Geburtstags von Mozart (1856).

Auch die Feierlichkeiten, die in einzelnen Städten abgehalten wurden, lassen sich nach dem jeweiligen Anlass in mehrere Typen unterscheiden. An erster Stelle sind hier die Stadtjubiläen im engeren Sinn zu nennen, bei denen die Gründung gefeiert wurde.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde am 5. Mai 2000 in Trier als Vortrag im Rahmen der Internationalen Städtetagung der AG Die alte Stadt zum Thema »Städtische Erinnerungskultur« gehalten.

<sup>2</sup> Vgl. K. Fröhlich/H.T. Grütter/J. Rüsen (Hrsg.), Geschichtskultur, Pfaffenweiler 1992; K. Füssmann/H.T. Grütter/J. Rüsen (Hrsg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln 1994.

<sup>3</sup> Württ. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1846, S. 55.

Sie bilden eher eine Minderheit. Das ist überraschend, vor allem aus heutiger Perspektive, da die Anzahl solcher Feste kaum noch zu übersehen ist. Im Königreich Württemberg wurden beispielsweise gefeiert 1100 Jahre Ellwangen (1864), 800 Jahre Alpirsbach (1898), 300 Jahre Freudenstadt (1899), 1000 Jahre Ravensburg (1902), 1000 Jahre Buchau (1909) und 200 Jahre Ludwigsburg (1909). Dieser Befund beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, dass für die meisten Städte ein genaues Gründungsdatum nicht vorlag. Dies benannte auch der Heilbronner Oberbürgermeister Hegelmaier anlässlich des Jubiläums in Freudenstadt, als er betonte, dass diese Stadt den anderen etwas voraus habe: sie wisse nämlich, wann sie geboren sei.<sup>4</sup> Dieses Defizit ließ sich jedoch dadurch beheben, dass die Stadtgeschichte auch bei anderen, sicher belegten Anlässen bejubelt werden konnte. Eine Möglichkeit bot sich beispielsweise durch die Erinnerung an Grundsteinlegungen von Kirchenbauten, die in Schwäbisch Gmünd (1851), in Ulm (1877), in Sindelfingen (1883) und in Stuttgart (1895) feierlich begangen wurden. Ebenso Anlass zu Festen mit besonderer historischer Perspektive bot die Renovierung von bedeutenden Baudenkmalen, etwa der Frauenkirche in Esslingen (1890), der Kilianskirche in Heilbronn (1895), der Marienkirche in Reutlingen (1901) oder des Ulmer Rathauses (1905). Eine weitere Möglichkeit, überregionale Aufmerksamkeit zu erregen, boten Feiern von bedeutsamen landesgeschichtlichen Ereignissen, die in der Regel den Besuch zahlreicher Gäste, prominenter Delegationen aus den Reihen der Regierung, wenn nicht sogar der allerhöchsten Majestäten selbst versprachen. Bei solchen patriotischen Säkularfesten beispielsweise des Tübinger Vertrags (1914), der Schlacht bei Lauffen (1834 und 1884) und des Münsinger Vertrags (1883) wurde regelmäßig »die Liebe und Treue der Württemberger zum angestammten Fürstenhaus«<sup>5</sup> und die Bedeutung der Feststadt beschworen. Auch ohne ein konkretes Ereignis konnte eine solche Nähe zur Dynastie hergestellt werden, wenn man – was gerade zu Beginn des 20. Jahrhunderts Konjunktur hatte – einfach die 100-, 300- oder gar 600-jährige Zugehörigkeit einer Stadt zu Württemberg feierte.<sup>6</sup> Schließlich – und das ist auch heute noch ein bedeutender Bereich städtischer Erinnerungskultur – boten historische Persönlichkeiten, die in einer Stadt geboren, Bedeutendes geleistet oder gestorben waren, zahlreiche Anlässe für die Einweihung von Denkmälern oder Gedenktafeln. Was wäre in dieser Hinsicht Weil der Stadt ohne Johannes Kepler, Weinsberg ohne Justinus Kerner und Marbach ohne Schiller?

<sup>4</sup> Schwarzwälder Bote 1899, Nr. 262 (27.09.1899).

<sup>5</sup> Vgl. beispielsweise die Ansprache des Innenministers Julius Hölder anlässlich der 350. Wiederkehr der Schlacht bei Lauffen, in: Staatsanzeiger für Württemberg 1884, Nr. 113 (15.05.1884), S. 797.

<sup>6</sup> Vgl. beispielsweise die Feiern in Heilbronn 1902, Kornwestheim 1903, Balingen 1903, Liebenzell 1904, Heidenheim 1904, Pleidelsheim 1905, Ravensburg 1910 und Ulm 1910.

Die Anzahl der Feiern insgesamt nahm im Laufe des 19. Jahrhunderts stetig zu, seit den siebziger Jahren sogar in überproportionaler Weise. Der größte Teil der Feiern zwischen 1806 und 1918 fand nach 1870 statt. Dies erklärt sich zum einen aus den wirtschaftlichen und politischen Not- und Krisenzeiten der ersten Jahrhunderthälfte, zum anderen aber auch aus dem seit den vierziger Jahren enorm angestiegenen Interesse an der Landesgeschichte. So erschienen beispielsweise zahlreiche Darstellungen zur Geschichte des Landes, gerade auch in populärer Form »für Schule, Volk, und Haus«, Geschichtsvereine wurden gegründet und die Erhaltung von historischen Denkmälern zunehmend in das öffentliche Bewusstsein gerückt.<sup>7</sup> Schon damals sah man in der Vermittlung von Geschichte ein mögliches Vehikel zur Ausbildung von Identität. Die Formel dafür lautete: »Ohne Kenntniß des Vaterlands kann es unmöglich wahre Vaterlandsliebe geben. Nur wer mit seiner Kenntniß das Ganze umfasst, wird auch Sinn für das Ganze haben.«<sup>8</sup>

Aber nicht nur die Anzahl der historischen Feiern nahm im Laufe des 19. Jahrhunderts zu, auch ihre Qualität veränderte sich. Handelte es sich anfangs noch eher um stadinterne Veranstaltungen mit sakralem Charakter, wenn etwa mit einem Gottesdienst eines Stadtbrandes oder einer Plünderung gedacht wurde,<sup>9</sup> so ging die Entwicklung hin zu mehrtägigen, mit großer Außenwirkung inszenierten Feierlichkeiten. Dies spiegelte sich auch in den eingesetzten Medien: von der Predigt zum Festzug, abgebildet für Jedermann in einem dreizehn Meter langen Leporello-Album für eine Mark,<sup>10</sup> oder – aus der Perspektive der Bevölkerung formuliert: vom Predigtzuhörer zum Darsteller des Reformators Brenz in einem Schauspiel. Einige Aspekte dieser weit ausgreifenden, städtischen Erinnerungskultur sollen im folgenden an ausgewählten Beispielen vorgeführt werden.

Geradezu ein Modell eines Stadtjubiläums mit allen im 19. Jahrhundert wichtigen Formen bietet das Beispiel der Feierlichkeiten in Freudenstadt 1899. Die beschauliche Landstadt im Schwarzwald mit damals 6.500 Einwohnern war 1599 im Auftrag Herzog Friedrichs I. von Württemberg als ideal angelegte, neuzeitliche Planstadt gegrün-

<sup>7</sup> Vgl. H.-M. Maurer, Gründung und Anfänge des Württembergischen Altertumsvereins, in: H.-M. Maurer (Hrsg.), Württemberg um 1840. Stuttgart 1994, S. 117 – 134.

<sup>8</sup> J.D.G. Memminger, Neuere Anstalten und Mittel zur Beförderung der Vaterlandskunde, in: Württ. Jb. für Statistik und Landeskunde 1 (1822), S. 1 – 73, hier S. 2 f.

<sup>9</sup> Vgl. die Gedenkfeier zur 200. Wiederkehr von Brand und Plünderung der Stadt Giengen an der Brenz am 5. September 1834.

<sup>10</sup> Vgl. das Inserat für die gedruckte Beschreibung des Festzuges anlässlich des Ulmer Münsterfestes 1890. Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 143 (22.06.1890): »Am Mittwoch wird ausgegeben! Festzug zur Vollendung des Ulmer Münsters (1377 – 1890) von Prof. G. Heyberger und J. Füßlen. Mit erklärendem Text von Prof. Dr. W. Osiander. J. Ebner Verlag Ulm. 13 Meter lang in Mappe. Preis nur 1 Mark! Die Blätter sind genau nach den Kostümbildern auf photo-zinkographischem Wege künstlerisch brillant ausgeführt. Um diese schöne Erinnerung jedem zugänglich zu machen, wurde der Preis auf nur 1 Mark festgesetzt.«



Abb. 1: Festprogramm zum 300-jährigen Jubiläum Freudenstadts 1899 (StA Freudenstadt).

det worden, um den Silberbergbau in der Umgebung zu fördern.<sup>11</sup> Ein wichtiges, im städtischen Bewusstsein fest verankertes Element der Gründungsgeschichte war der Zuzug protestantischer Exulanten aus Österreich, die den Charakter der betont evangelischen Stadt noch intensivierten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert waren eher bescheiden, als der rührige Stadtschultheiß Alfred Hartranft die Möglichkeiten des Fremdenverkehrs entdeckte und Freudenstadt seit 1880 zielstrebig zum Kurort umstrukturierte.<sup>12</sup> Er erkannte auch von Anfang an das touristische und werbewirksame Potential eines großangelegten Jubiläumsfestes und sorgte umsichtig dafür, dass die Feierlichkeiten nicht nur innerstädtische, sondern auch überregionale Wirkungen zeitigten.

Das Ergebnis waren dreitägige Festlichkeiten mit der Wiedereinweihung der zu diesem Anlass mit staatlicher Unterstützung restaurierten Stadtkirche, der Einweihung eines Aussichtsturmes auf dem Kienberg, einem Festbankett in der eigens dafür vergrößerten Turnhalle, der Aufführung eines Schauspiels zur Stadtgeschichte, dem Be-

<sup>11</sup> Herzog Friedrichs Freudenstadt im ersten Jahrhundert seiner Geschichte. Aus »Freudenstädter Heimatblätter« 1949 – 1986, Freudenstadt 1987; *Planstadt, Kurstadt, Freudenstadt*. Chronik einer Tourismusstadt 1599 – 1999, Karlsruhe 1999.

<sup>12</sup> M. Heidebrecht, Vom Landstädtchen zum Luftkurort, in: *Planstadt* (s. A 11), S. 256 – 270.

sich König Wilhelms II. und zahlreicher Ehrengäste, einem monumentalen historischen Festzug, einem Feuerwerk mit italienischer Nacht auf dem Marktplatz, einem Kinderfest und dem abschließenden geselligen Abend – alles festgehalten in einem aufwendig gedruckten Festprogramm (Abb. 1), das mit Einladungen an die wichtigsten württembergischen und badischen Städte verschickt wurde.<sup>13</sup>

Zu diesen Feierlichkeiten wurde die Stadtbevölkerung mit amtlichen Bekanntmachungen und Annoncen in der Tagespresse regelrecht mobilisiert. Fast alle Einwohner waren in irgendeiner Weise mit den Vorbereitungen beschäftigt, und es wird berichtet, dass das Leben der Stadt seinen gewohnten Charakter verloren habe und geprägt sei von den »festlichen Zurüstungen, die allenthalben mit großem Fleiße betrieben werden.«<sup>14</sup> Bei der Ausschmückung der Stadt mit Ehrenpforten, Kränzen, Girlanden, Laubgewinden, Fahnen und Wappen wurde gleichsam ein »edler Wettstreit« propagiert, um die »Freude und Begeisterung für seine schöne, vielgerühmte Heimatstadt« auch nach außen zu dokumentieren.<sup>15</sup> Im Rahmen der Festlichkeiten wurde denn auch befriedigt festgestellt, dass »der Freudenstädter Bürgersinn nicht geschwunden« sei.<sup>16</sup>

Eine mehrfache Zielsetzung verfolgte man auch mit dem eigens zum Jubiläum errichteten, 26 Meter hohen »Herzog-Friedrichs-Turm« auf dem Kienberg. Er diente zugleich als Aussichtsturm für die Touristen wie auch als ewig erinnerndes Denkmal an den Stadtgründer, der in einem Bronzerelief über dem Eingang abgebildet wurde. Das darüber angebrachte württembergische Wappen mit der Devise »Hie gut Württemberg alleweg!« dagegen verweist auf die Treue zum regierenden Fürstenhaus, die gleichsam als Tenor während des gesamten Festes immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde. Solchermaßen wurde auch König Wilhelm mit folgenden Versen begrüßt: »Jahrhundert wohl um Jahrhundert vergeht, / Das Band zwischen Fürst und

<sup>13</sup> *StadtA Freudenstadt*, unverzeichneter Bestand zum 300-jährigen Gründungsjubiläum der Stadt Freudenstadt (1899): 300-jähriges Jubiläum der Stadt Freudenstadt. Festprogramm mit historischem Festzug. [Gedrucktes Programm, 4 S.]; vgl. beispielsweise das Einladungsschreiben an die Stadt Stuttgart, *StadtA Stuttgart*, Depot A, B XIII 2, Bd. 1, Nr. 1. – Folgende Veranstaltungen waren im Einzelnen vorgesehen: Montag, 25.09., 6 h: Läuten aller Glocken, Tagwacht, Böllerschießen. 9 h: Einweihung der restaurierten Stadtkirche. 12 h: Läuten aller Glocken. 14 h: Einweihung des Herzog-Friedrichsturms. 20 h: Bankett in der Turnhalle, Aufführung Lebender Bilder. Dienstag, 26.09., 6 h: Läuten aller Glocken, Tagwacht, Böllerschießen. 8.30 h: Empfang der Majestäten am Bahnhof. 9.30 h: Empfangsimbiß im »Schwarzwaldhotel«. 11.30 h: Historischer Festzug. 12 h: Läuten aller Glocken. 15 h: Festessen im Post-Hotel. 18 h: Abfahrt der Majestäten. 19.30 h: Feuerwerk mit italienischer Nacht auf dem Marktplatz. Mittwoch, 27.09., 10 h: Frühkonzert auf dem Marktplatz. 12 h: Läuten aller Glocken. 14 h: Kinderfest auf dem Turnhalleplatz mit Festzug vom Marktplatz durch die Stadt. 20 h: Festball in der Turnhalle.

<sup>14</sup> *Der Grenzer* 1899, Nr. 184 (19.09.1899).

<sup>15</sup> *Der Grenzer* 1899, Nr. 180 (13.09.1899); vgl. außerdem die zahlreichen Inserate im Vorfeld der Feierlichkeiten, in denen u. a. Fahnenstoffe, Fahnenstangen, Wimpel, Stoffe, Papierblumen, Schleifen, Kränze zur Dekoration angeboten wurden: *Der Grenzer* 1899, Nr. 180 (13.09.1899); Nr. 181 (14.09.1899); Nr. 182 (15.09.1899); Nr. 185 (20.09.1899).

<sup>16</sup> *Der Grenzer* 1899, Nr. 189 (26.09.1899).



Abb. 2: Wagen der »Freudenstadtia« im Festzug 1899 (StA Freudenstadt).

Volk besteht, / Der Friedrichsturm droben, der Neuzeit Werk, / Dem König zum Gruß: »Hie gut Württemberg!«<sup>17</sup> Beim Festbankett erwiderte der Monarch diese Huldigung: 300 Jahre sei die Anhänglichkeit der Stadt an das angestammte Fürstenhaus dieselbe geblieben, wie auch die Wärme und Liebe der Herrscher des Landes der Stadt Freudenstadt gegenüber nicht erkaltet seien.<sup>18</sup>

Populärer und massenwirksamer Höhepunkt der gesamten Festlichkeiten war allerdings der historische Festzug, der ganz nach den großen Vorbildern im 19. Jahrhundert<sup>19</sup> konzipiert und schon vor den Feierlichkeiten in Form eines Leporello-Albums publiziert wurde.<sup>20</sup> »Was unsere Stadt« – so die Zielsetzung – »in mehr als 300

<sup>17</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 190 (28.09.1899), vgl. auch Nr. 189 (26.09.1899): »In Freud und Leid, in Fried und Kriegeszeiten / In Treue fest und furchtlos in Gefahr, / So stand die hohe Stadt der Freuden / Zum Fürstenhaus 300 Jahr.«

<sup>18</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 190 (28.09.1899).

<sup>19</sup> W. Hartmann, Der historische Festzug. Seine Entstehung und Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, München 1976.

<sup>20</sup> StadtA Freudenstadt (s. A 13): Festzug zur 300-jährigen Jubiläumsfeier der Stadt Freudenstadt 1599 – 1899. [Freudenstadt] [1899]. [Gedr. Leporello]; Historischer Festzug zur 300-jährigen Jubelfeier der Gründung der Stadt Freudenstadt am 26. September 1899. Freudenstadt [1899]. [Gedr. Drucktes Programm, 8 S.].

Jahren gesehen und erlebt hat«, sollte »in farbenprächtigen Gruppen an dem Auge des staunenden Betrachters vorüberziehen.«<sup>21</sup> Schon die Eröffnungsgruppe,<sup>22</sup> bestehend aus »etwa 130 Personen zu Ross, zu Fuß, zu Wagen, alle in edler Renaissancekleidung, die bis ins einzelne mit historischer Treue durchgeführt war,« begeisterte das Publikum.<sup>23</sup> Mit allegorischen Formen wurde zunächst die Stadt selbst thematisiert. Angeführt von Fanfarenbläsern, einem Herold mit berittenen Begleitern, Bannerträgern und einem Musikkorps, alle in den Farben der Stadt und des Landes, folgte auf einem Wagen das Stadtmodell, »ein wahres Kunstwerk, mit äußerster Pünktlichkeit und Treue ausgeführt.«<sup>24</sup> Einen Höhepunkt bildete der »reichgeschmückte, von sechs Rappen gezogene Prachtwagen« mit der »Freudenstadtia« (Abb. 2), der von 20 weißgekleideten Jungfrauen mit prächtigen Rosengirlanden begleitet wurde.<sup>25</sup> Auf einem hohen Thron, den links und rechts die Büsten der Majestäten schmückten, saß die Personifikation der Stadtgeschichte, umgeben von allegorischen Gestalten der Sage, der Religion, der Geschichte und der Naturkunde. Vorne am Wagen prangte das von einem Löwen gehaltene Stadtwappen Freudenstadts.

Auf die Zeit vor der Stadtgründung verwies die zweite Festzugsgruppe, die einen »Jagdzug von Herzog Christoph«<sup>26</sup> darstellte. Neben dem »wohlbeliebten Herzog Christoph«<sup>27</sup> und seiner Gemahlin stand hier der Wagen mit dem sogenannten »Bärenschlössle« im Christophstal im Mittelpunkt, das damals noch als herzogliches Jagdschloss gedeutet wurde.<sup>28</sup> Der Anlass der Freudenstädter Festlichkeiten, die Gründung der Stadt, wurde schließlich durch die dritte Gruppe »Herzog Friedrich und die Salzburger Protestanten«<sup>29</sup> in einem »geschmackvollen und packenden Bilde«<sup>30</sup> illustriert. Im Zentrum standen hier der Stadtgründer, Herzog Friedrich, »der

<sup>21</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 191 (29.09.1899).

<sup>22</sup> I. Gruppe: Freudenstadtia: u. a. Bauleute, das Modell der Stadt tragend; Prachtwagen der »Freudenstadtia« von sechs Pferden gezogen, darauf die »Freudenstadtia« mit den Gestalten der Sage, der Religion, der Geschichte und der Naturkunde.

<sup>23</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>24</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>25</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>26</sup> II. Gruppe: Jagdzug von Herzog Christoph: u. a. Jagdgesellschaft; allegorischer Wagen, die Jagd darstellend; Jagdschlösschen in Christophstal; der Herzog und die Herzogin zu Pferd.

<sup>27</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>28</sup> Nachforschungen im Jahre 1902 ergaben, dass es sich bei dem Anfang des 17. Jahrhunderts errichteten Gebäude um den Alterssitz des Generalfaktors Peter Stein handelt; vgl. H. Rommel, Das »Bärenschlössle« bei Freudenstadt, in: Herzog Friedrichs Freudenstadt (s. A 11), S. 96 – 99.

<sup>29</sup> III. Gruppe: Herzog Friedrich und die Salzburger Protestanten: u. a. Protestantische Geistliche; Stadtpfarrer Stöffler mit den Kapuzinern; Baumeister Schickhardt mit der Bauhütte; Herzog Friedrich I. mit Familie; allegorischer Wagen, den Bergbau darstellend; Amand Klinger, der Anführer der Salzburger Protestanten; Bergleute und Frauen.

<sup>30</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

mit seiner Gemahlin und seinem Sohn in einem von vier Pferden gezogenen Wagen saß«,<sup>31</sup> der Baumeister Heinrich Schickhardt mit seiner Bauhütte sowie ein allegorischer Festwagen, der die Bedeutung des Bergbaus symbolisieren sollte. Vervollständigt wurde die Gründungsgeschichte der Stadt durch den Einzug der österreichischen Protestanten mit ihrem Führer Amand Klinger. Ein mit »ärmlichem Hausrat beladener Exulantenwagen« veranschaulichte den Zuschauern die »Not dieser Armen, welche die Heimat verließen und ihren Wohlstand opferten, um ihres Glaubens froh zu werden.«<sup>32</sup>

Neben der Darstellung von stadtgeschichtlichen Besonderheiten und Ereignissen boten historische Festzüge, nicht nur im 19. Jahrhundert, immer auch allgemeine, geradezu austauschbare Elemente. Im Bestreben, gleichsam einen Zug durch die Geschichte darzustellen, wurde zumindest versucht, eine gewisse chronologische Reihenfolge einzuhalten. Im Vordergrund stand die Harmonisierung von Geschichte, die dabei ganz und gar teleologisch gedeutet wurde, nämlich als ein stufenweiser Fortschritt zu einer segensreichen Gegenwart.<sup>33</sup> Vor diesem Hintergrund wurde auch beim Freudenstädter Festzug auf die Thematisierung des Krieges<sup>34</sup> nicht verzichtet. In der Berichterstattung wurde hervorgehoben, dass damit beim Zuschauer »die Erinnerung an alles Elend, welches diese wildbewegte Zeit der jungen Stadt gebracht hat«, geweckt werden sollte.<sup>35</sup> Dies erfolgte jedoch nicht etwa durch drastische Inszenierungen, sondern vielmehr durch vorbeimarschierende »Soldaten aller Waffengattungen in reichen und abwechslungsreichen Uniformen.«<sup>36</sup>

War der erste Teil des Festzuges konkreten Ereignissen aus der Stadtgeschichte gewidmet, folgten nun Darstellungen aus dem Bereich der Volkskultur, die als heitere und farbenfrohe Bilder eingestreut waren. Die Darstellung eines Hochzeitszuges,<sup>37</sup> bei dem vor allem regionale Trachten vorgeführt wurden, durfte auch in Freudenstadt nicht fehlen. Den Abschluss des Festzuges bildeten Gruppen aus den Bereichen Land-

<sup>31</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>32</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>33</sup> Vgl. P. Assion, Historische Festzüge. Untersuchungen zur Vermittlung eines bürgerlichen Geschichtsbildes, in: I. Hampf/P. Assion (Hrsg.), Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 1974 – 1977, Stuttgart 1977, S. 69 – 86, hier S. 73, 83.

<sup>34</sup> IV. Gruppe: Krieg. 17. bis 18. Jahrhundert: u. a. Musik und Trommler; Württ. Infanterie; Württ. Dragoner, gefangene Franzosen führend; Württ. Artillerie; Schwedische Soldaten; Österreichisches Militär.

<sup>35</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899).

<sup>36</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 192 (30.09.1899); Zur Problematik der Darstellung des Krieges in Festzügen vgl. P. Assion (s. A 33), S. 83.

<sup>37</sup> V. Gruppe: Bauernhochzeit und Heuernte: u. a. Bauernmusik; Mädchen mit Maien; Brautpaar; Gäste; Brautfuder; Nachtwächter; Heuernte.

wirtschaft,<sup>38</sup> Handel und Gewerbe,<sup>39</sup> bis hin zum Tourismus<sup>40</sup> des 19. Jahrhunderts. Solche Gruppen waren in besonderem Maße dazu geeignet, möglichst viele Einwohner am Festzug zu beteiligen, wenn etwa die Bäcker ihr Handwerk in Form eines aufwendig gestalteten Festwagens darstellten. Über die bloße Lust des Zuschauens hinaus sollten solche Bilder den Betrachter auch mahnen, »dass nur die Arbeit dem Leben des Menschen den richtigen Inhalt verleiht und immer noch des Bürgers Zierde ist.«<sup>41</sup>

Trotz des miserablen Wetters wurde der 26. September 1899 als ein »Tag des edelsten Genusses«<sup>42</sup> in der Geschichte Freudenstadts bezeichnet. Die Dimensionen des gesamten Zuges hielten durchaus den großen Umzügen der damaligen Zeit stand und sprengten fast die Möglichkeiten des Schwarzwaldstädtchens. Mit der Leitung wurde eigens Architekturprofessor Bauder aus Stuttgart betraut, der auch schon andere Züge entworfen hatte. Rund 1.200 Personen mussten in historische, aus München gelieferte Kostüme eingekleidet werden und dreißig Festwagen in monatelanger Arbeit erstellt werden. Den Großteil der 220 Pferde wie auch zahlreiche Musikkapellen stellte die Militärverwaltung zur Verfügung.<sup>43</sup> König Wilhelm nahm die Huldigung salutierend entgegen und äußerte seine »hohe Befriedigung über das überaus gelungene Arrangement« verbunden mit dem Wunsch, »es möge der Festzug zum zweitenmale an dem königlichen Zelt vorüberziehen.«<sup>44</sup>

Ein beliebtes Medium zur Inszenierung städtischer oder vaterländischer Geschichte bestand in der Aufführung »Lebender Bilder«, der Darstellung von Szenen durch stumme und bewegungslos verharrende Personen. In der Regel wurden sie bei vielen Anlässen als sogenannte »Festspiele« aufgeführt, wobei die einzelnen Szenen durch die Rezitation von Versen erläutert wurden. Wenn ohnehin ein aufwendiger Festzug realisiert worden war, lag es nahe, zentrale Gruppen zur Stadtgeschichte auch im Rahmen eines Festspiels auftreten zu lassen.<sup>45</sup> Ein solches wurde auch in Freudenstadt am Vorabend des Festzuges im Rahmen des Festbanketts in der Turnhalle aufgeführt.<sup>46</sup> Die gesamte Aufführung, nicht zuletzt die technisch aufwendige Beleuchtung mit einem »elektrischen Reflektor«, wurde vom Publikum »mit stürmischem Beifall«

<sup>38</sup> VI. Gruppe: Wald- und Holzindustrie, Landwirtschaft, Fischerei: u. a. Mädchen und Knaben den Wald darstellend; Wagen mit Holzhütte; Forstmeister; Holzhauer; Köhlerwagen; Pferchkarren mit Schäfer; Fischer und Fischerinnen.

<sup>39</sup> VII. Gruppe: Gewerbe und Handel: u. a. Prachtwagen für Gewerbe und Handel, Schreiner und Glaser; Zimmerleute; Bäcker; Maurer und Steinmetzen; Metallindustrie; Tuchmacher; Bierbrauer.

<sup>40</sup> VIII. Gruppe: Luftschnapper: u. a. Kurgäste; Waldkafé; Schwarzwaldverein; Engländer mit Dienern; Radfahrer.

<sup>41</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 193 (03.10.1899).

<sup>42</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 193 (03.10.1899).

<sup>43</sup> Neues Tagblatt 1899, Nr. 226 (27.09.1899).

<sup>44</sup> Schwarzwälder Bote 1899, Nr. 263 (28.09.1899).

<sup>45</sup> Vgl. P. Assion (s. A 33), S. 75.

<sup>46</sup> Folgende Bilder wurden dargestellt: I. Freudenstadt, II. Jagd, III. Herzog Friedrich und die Salzburger, IV. Krieg, V. Handel und Gewerbe, VI. Bauernhochzeit.

und in der Presse überschwänglich und begeistert aufgenommen.<sup>47</sup> Die beabsichtigten Wirkungen dieses Festspiels, die nicht zuletzt auch in der Erzeugung einer »patriotischen Gesinnung« bestanden, wurden noch höher eingeschätzt als beim Festzug. Denn, »wer dem einzelnen farbenprächtigen [...] Bilde nicht sofort Zweck und Bedeutung absehen konnte, dem hat der von Herrn Präzeptor Kübel verfaßte, schwungvolle Prolog [...] sofort den Aufschluß vollends gegeben.«<sup>48</sup> Auf diese Weise konnte etwa die im Festzug lediglich winkende Freudenstadia in prägnanten Versen nicht nur grundlegende geschichtliche Ereignisse, sondern auch die Treue zum Königshaus und den Bürgerfleiß als wichtigste Tugenden verkünden.<sup>49</sup> Um den vergänglichen Moment zu perpetuieren, wurden die erläuternden Texte publiziert und die Szenen auch fotografisch festgehalten (Abb. 3).

Bei den mehrtägigen Feierlichkeiten in Freudenstadt wurde ein breiter Kanon an Formen, die im Rahmen der Erinnerungskultur des 19. Jahrhunderts gepflegt wurden, eingesetzt: die Einweihung eines restaurierten Baudenkmales, die Errichtung eines Aussichtsturms, der zugleich als Denkmal für den Stadtgründer wirkte, ein Gottesdienst mit Festpredigt, mehrere Festessen und ein Festabend mit der Aufführung Lebender Bilder und den entsprechenden Reden, ein historischer Festzug, ein Volksfest mit Feuerwerk und einem abschließenden Kinderfest. Außerdem seien erwähnt der Verkauf von Erinnerungsstücken, die breite Berichterstattung in der Presse sowie die Herausgabe von Publikationen, seien es Reden oder Geschichtsdarstellungen, im Umfeld des Jubiläums. Hinsichtlich dieser Vielfalt haben sich die Freudenstädter offenbar direkt an den Festlichkeiten zur Vollendung des Ulmer Münsters im Jahre 1890, die freilich noch größere Dimensionen angenommen hatten.<sup>50</sup> Dies verdeutlicht in besonderem Maße der historische Festzug, der auch in Ulm als zentrales Medium der Geschichtsdarstellung im Mittelpunkt stand. Auf diesem Gebiet waren die Ulmer durchaus erfahren, denn schon 1877, anlässlich des 500. Jahrestages der Grundsteinlegung zum Ulmer Münster, hatte die ehemalige Reichsstadt mit einem vielbeachteten Festzug Maßstäbe gesetzt, die noch im selben Jahr in Tübingen beim 400-jährigen Universitätsjubiläum aufgegriffen wurden.<sup>51</sup>

<sup>47</sup> Schwäbische Kronik 1899, Nr. 449 (26.09.1899); Der Grenzer 1899, Nr. 190 (28.09.1899).

<sup>48</sup> Der Grenzer 1899, Nr. 190 (28.09.1899).

<sup>49</sup> Prologe. Verfasst von Präzeptor Kübel. Freudenstadt [1899]: »Dem angestammten Fürstenhause / Hast du die Treue stets bewahrt. / Im Frieden und im Kriegsgebrause / Hat sich die Treu' mit Lieb' gepaart ... So blühe denn in ferne Zeiten / Im Frieden, deiner Bürger Fleiß / Mög' immerdar dein Los begleiten / Und Segen folge ihrem Schweiß.«

<sup>50</sup> Vgl. das Programm für die Feierlichkeiten vom 28. Juni bis 6. Juli 1890; Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 149 (29.06.1890); H. Fink, Restaurierung und Ausbau des Ulmer Münsters, in: H. E. Specker (Hrsg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Ulm 1990, S. 13 – 104.

<sup>51</sup> Vgl. Festzug zur Vollendung des Ulmer Münsters (1377-1890) von Prof. G. Heyberger und J. Füßlen. Mit erklärendem Text von Prof. Dr. W. Osiander, Ulm [1890]; Der historische Festzug. Erinnerung an das vierhundertjährige Jubiläumsfest der Universität Tübingen, Arrangiert von C. Mayer, Details-Zeichnung von Maler Pilgram, Tübingen [1877].



Abb. 3: Festspiel mit lebenden Bildern 1899 (StA Freudenstadt).

Während die Freudenstädter Feier jedoch ganz auf das württembergische Regenthaus zugeschnitten war, nutzten die Ulmer 1890 die Möglichkeit, gerade auch die »Zeit der höchsten Blüte der Reichsstadt« im Festzug vorzuführen.<sup>52</sup> Neben der breiten Darstellung des reichsstädtischen Lebens im 14. und 15. Jahrhundert zählte zu den Höhepunkten des Zuges die Inszenierung des Einzugs Kaiser Karls V. im Jahre 1552. Dieses Ereignis aus der Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen war von den Initiatoren geschickt ausgewählt, da man hiermit auf die Kaisertreue der Ulmer im Fürstenaufstand von 1552 verweisen konnte. Mit dem anschließend einherziehenden Herzog Christoph als »Vertreter des evangelischen Glaubens«,<sup>53</sup> dem zahlreiche protestantische Theologen, darunter Johannes Brenz und Martin Frecht, folgten, wurde zumindest in konfessioneller Hinsicht die württembergische Perspektive gewürdigt.

Bemerkenswert ist der Aufwand, den die Ulmer bei der Ausgestaltung des Zuges betrieben haben: Über 1.700 Mitwirkende stellten in 42 Gruppen die Zeit vom 14. bis zum 19. Jahrhundert dar.<sup>54</sup> Zahlreiche Akteure, so wird berichtet, hätten sich »der

<sup>52</sup> Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 149 (29.06.1890).

<sup>53</sup> Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 149 (29.06.1890).

<sup>54</sup> Schwäbische Kronik 1890, Nr. 153 (01.07.1890); Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 149 (29.06.1890).



Abb. 4: Ulmer Münsterfest 1890: ein Ulmer Bürger als Kaiser Karl V. (WLB Stuttgart).

Aufgabe unterzogen, zum Festzug das Reiten zu lernen«. <sup>55</sup> Insbesondere »die pünktliche Art, mit der alle Kostüme nach gründlichem Studium ins Einzelne, naturwahr und je ihrer Zeit entsprechend ausgearbeitet« <sup>56</sup> waren, führte zur Feststellung, dass dieser »Festzug nach Pracht und Größe von keiner derartigen Unternehmung der letzten Zeit übertroffen« worden sei. <sup>57</sup> Ebenso aufwendig gestaltet war das nicht weniger als sechs Mal aufgeführte Festspiel, <sup>58</sup> das den Zuschauern mit »zu Herzen gehenden Bildern und Charakterzügen alles Arbeiten und Kämpfen, alles Harte, aber auch Schöne und Wackere der Altvorderen vor die Seele geführt« hat. <sup>59</sup> Dieses Festspiel wurde durch einen Wettbewerb ausgewählt und in insgesamt 82 Proben einstudiert.

Diese Umstände machen deutlich, in welchem Maße die Bevölkerung bei der Darstellung von Geschichte in Festzug und Schauspiel beteiligt wurde. Bürgerliche Akteure mimten dabei adlige Lebensformen und identifizierten sich auch mit den darzustellenden historischen Persönlichkeiten. Bei der Vergabe der Rollen wurde jedoch

<sup>55</sup> Schwäbische Kronik 1890, Nr. 153 (01.07.1890).

<sup>56</sup> Schwäbische Kronik 1890, Nr. 153 (01.07.1890).

<sup>57</sup> Schwäbische Kronik 1890, Nr. 146 (23.06.1890).

<sup>58</sup> K. Oesterlen, Ulmer Münster-Festspiel 1890 in 3 Abteilungen mit 1 Vorspiel, 2 Zwischenspielen und 1 Nachspiel, Ulm 1890

<sup>59</sup> Schwäbische Kronik 1890, Nr. 153 (01.07.1890).



Abb. 5: Ulmer Münsterfest 1890: »Ulmia« (WLB Stuttgart).

nicht jede Hierarchie aufgelöst, sondern vielmehr darauf geachtet, »dass die Mitwirkenden denselben Kreisen angehören, die sie im Stück vertreten«. <sup>60</sup> So wurde etwa Karl V. von dem angesehenen Rechtsanwalt Robert Leipheimer dargestellt, der wie die anderen zahlreichen Akteure in sorgfältig hergestellten Atelierphotographien festgehalten wurde (Abb. 4).

Neben der reichsstädtischen wurde auch die nationale Saite angeschlagen, wurde doch das Ulmer Münster nicht zuletzt als ein »Wahrzeichen des wiedererwachten deutschen Geistes« gesehen. <sup>61</sup> Einer solchen Einschätzung wurde dadurch Rechnung getragen, dass im abschließenden Wagen auf einem prächtigen Thronsessel »Germania« mit den Genien des Krieges und des Friedens einzog, »um zu zeigen, wie freudig Ulm nach errungener Einigung des deutschen Vaterlandes dem großen Ganzen sich eingeordnet hat.« <sup>62</sup> Nicht weniger beeindruckt war das Publikum von der »Ulmia« (Abb. 5), die im Festspiel eine poetische Zusammenfassung der Stadtgeschichte bot: »Der Korse selbst an's Thor mir pochte, / Der ganz Europa unterjochte, / Hat Ulm auch schimpflich eingenommen, / Dann ist die Stadt zu Bayern kommen; / Schloss

<sup>60</sup> Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 151 (03.07.1890).

<sup>61</sup> Schwäbische Kronik 1890, Nr. 148 (25.06.1890).

<sup>62</sup> Ulmer Tagblatt 1890, Nr. 154 (06.07.1890).



Abb. 6: Keplerdenkmal in Weil der Stadt (WLB Stuttgart).

endlich dauernden Verband / Mit unserm Württemberger Land. / Jahrhundert lange Kriegespein / Bis heut' in Ulm kehrt' nimmer ein; / Es klingt wie holdes Engelsgrüßen, / Was wir zum Schluß noch melden müssen: / Ermant hat sich das deutsche Land / Vom Bodensee zum Meeresstrand.«<sup>63</sup>

Nicht jede in das Königreich Württemberg einverlebte Reichsstadt konnte freilich mit einer so bedeutsamen Geschichte aufwarten wie Ulm. Dies ließ sich teilweise dadurch kompensieren, dass man als »Vaterstadt« die Erinnerung an berühmte Söhne pflegte, und sie gleichsam als kulturelles Erbe in das Königreich einbrachte. In diesem Sinne wurde auch der in Weil der Stadt geborene Johannes Kepler als bedeutender Württemberger gefeiert und in Form eines 1870 enthüllten Denkmals (Abb. 6) verewigt. Zunächst stand die Regierung dem Projekt eines Keplerdenkmals in Weil der Stadt, dessen Realisierung von bürgerlicher Seite beharrlich verfolgt wurde, zumindest in finanzieller Hinsicht sehr reserviert gegenüber.<sup>64</sup> Um so selbstbewusster partizipierte sie dann aber bei den gerade auch von außerwürttembergischer Seite stark beachteten Enthüllungsfeierlichkeiten im Juni 1870, wo Kultminister von Geßler in seiner Rede Kepler vor allem als Sohn »unserer schwäbischen Heimath« würdigte und

<sup>63</sup> K. Oesterlen (s. A 58), S. 49.

<sup>64</sup> HStA Stuttgart, E 11, Bü 83.

zugleich das hohe Niveau der württembergischen Bildungsinstitutionen hervorhob, die auch der gefeierte Astronom durchlaufen habe.<sup>65</sup> Außerdem wurde die Feier als Symbol für den nunmehrigen konfessionellen Frieden im Königreich gedeutet, da das katholische Weil »dem protestantischen Kepler ein Denkmal aufgerichtet« habe.<sup>66</sup> Das Beispiel Kepler sei hier als Beispiel dafür angeführt, dass sich im Rahmen der landesgeschichtlichen Erinnerungskultur neben den Regenten und wichtigen historischen Ereignissen ein fester Kanon von bedeutenden Persönlichkeiten herausbildete, die jeweils einen bestimmten kulturellen Bereich ihrer Zeit repräsentierten, wie z.B. Brenz, Kepler, Andreä, Widerhold, Moser oder Schiller.

In der Residenzstadt Stuttgart war die Erinnerungskultur naturgemäß sehr stark vom Hof dominiert. So suchten die württembergischen Könige vielfach eine direkte Anbindung an besonders populäre Vorgänger aus der Dynastie und initiierten dazu entsprechende Feierlichkeiten. Die 1889 vorgenommene Enthüllung des Herzog-Christoph-Denkmal in Stuttgart bildete dabei lediglich den Höhepunkt eines von König Karl breit angelegten Gedenkens an den Vollender der Reformation in Württemberg.<sup>67</sup> Schon 1868 wurde der 300. Todestag dieses Fürsten durch landesweit angeordnete Feierlichkeiten zu einem »vaterländischen Festtag der Erinnerung« gestaltet.<sup>68</sup> Ebenso populär war der erste Herzog von Württemberg, Eberhard im Bart, dem in Stuttgart sogar zwei Denkmäler gewidmet wurden: 1859 wurde mit großen Feierlichkeiten im Ehrenhof des Neuen Schlosses ein Reiterstandbild enthüllt, mit dem nicht nur das »Andenken des ersten Herzogs von Württemberg, des Begründers der Ordnung und der bürgerlichen Freiheit« gepflegt, sondern auch der Stifter des Denkmals, König Wilhelm I. als »Wiederhersteller« der württembergischen Verfassung und als »Nachahmer« der Tugenden Eberhards gefeiert wurde.<sup>69</sup> Viel volkstümlicher dagegen war die von König Karl 1881 gestiftete Marmorgruppe, die den »reichsten Fürsten« im Schoße eines Untertanen zeigt.<sup>70</sup> Diese nach dem allseits bekannten Lied von Justinus Kerner gestaltete Szene wurde schlechthin »als ein Symbol des innigen Bandes zwischen Württembergs Fürstenhaus und Volk« gedeutet.<sup>71</sup>

Nicht nur in den Städten war im 19. Jahrhundert die Frage nach Bürgersinn und Identität gestellt worden, sondern auch auf Landesebene, in dem 1806 geschaffenen

<sup>65</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1870, Nr. 149 (28.06.1870).

<sup>66</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1870, Nr. 149 (28.06.1870).

<sup>67</sup> F. Schmoll, Die verewigte Nation. Studien zur Erinnerungskultur von Reich und Einzelstaat im württembergischen Denkmalkult des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1995, hier S. 111 – 114, 343.

<sup>68</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1868, Nr. 305 (24.12.1868); vgl. G. Faix, Vaterländische Geschichte als öffentliches Ereignis im Königreich Württemberg, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 59 (2000), S. 119-139, bes. S. 123 – 128.

<sup>69</sup> Schwäbische Kronik 1859, Nr. 294 (14.12.1859); vgl. auch F. Schmoll (s. A 67), S. 108 f., 341 f.

<sup>70</sup> Vgl. F. Schmoll (s. A 67), 109 – 111, 342.

<sup>71</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1881, Nr. 126 (02.06.1881).

Königreich, das nach der territorialen Revolution aus dem traditionell protestantischen Kerngebiet und den einverlebten Neulanden mit einem erheblichen Anteil katholischer Bevölkerung bestand. In diesen ehemaligen Reichsstädten und Klosterherrschaften wurde jetzt die altwürttembergische Geschichte zum verpflichtenden Lehrstoff in der Schule.<sup>72</sup> Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte nun gerade Eberhard im Bart, dessen Regierungszeit vor der Reformation lag und der deshalb auch für die Katholiken als identitätsstiftende Leitfigur eingesetzt werden konnte.

Dass ein solcher Adaptionsprozess in den neuwürttembergischen Gebieten durchaus vollzogen wurde, zeigt der Ravensburger Festzug anlässlich der 1000-Jahr-Feier im Jahre 1902.<sup>73</sup> In dreißig farbenprächtigen Gruppen wurde die Geschichte Ravensburgs von der Urzeit bis zur Reichsgründung 1871 dargestellt, wobei selbstverständlich die Welfenzeit, die städtische Entwicklung in der Stauferzeit, die Bedeutung der Zünfte und des Fernhandels eine besondere Rolle spielten. Der »schönste Wagen des ganzen Festzugs«<sup>74</sup> jedoch illustrierte den Übergang Ravensburgs an Württemberg (1810), der in den offiziellen Beschreibungen als überaus positiver Beginn eines neuen Aufschwungs dargestellt wurde.<sup>75</sup> Weder die »Ravenspurgia« noch die »Germania« standen hier im Mittelpunkt, sondern, unter einem mit dem königlich-württembergischen Wappen gezierten Baldachin, eine »Württembergia«, Lorbeerkränze über die Büsten der Majestäten haltend. Vor dem Thron gruppierten sich allegorische Darstellungen der Gerechtigkeit, der Kunst und der Wissenschaft. Im vorderen Teil des Wagens befand sich ein großes Modell der oben erwähnten Stuttgarter Eberhardsgruppe, das als Symbol »der unverbrüchlichen Treue« des Volkes, der ganze Wagen aber als »Ausdruck des Dankes, der Liebe und Verehrung zu unserem Herrscherhause« gewertet wurde.<sup>76</sup> Das Beispiel zeigt, dass sich die neuwürttembergischen Gebiete durchaus in einem Spannungsfeld befanden zwischen einer selbstbewussten Demonstration der eigenen, in diesem Falle reichsstädtischen Vergangenheit und der erwarteten Huldigung an Württemberg.

Die Integration neuwürttembergischer Territorien blieb bis in das 20. Jahrhundert hinein ein sehr sensibles Feld. Dennoch schienen auch hier öffentlichkeitswirksame Feierlichkeiten als geeignetes Mittel, vermeintliche und auch tatsächliche Erfolge nach außen zu dokumentieren. Auch die Ulmer, die 1890 vor allem die reichsstädti-

<sup>72</sup> Vgl. etwa die Funktion von Wandbildern aus der württembergischen Geschichte in den Schulen des Landes; G. Faix (s. A 68), S. 133 – 136.

<sup>73</sup> Historischer Festzug zu Ravensburg (Württemberg) am 3. und 4. August 1902. Zur Feier der ungefähr 1000-jährigen Entstehung der Stadt. 30 Gruppen aus der Geschichte Ravensburgs, Ravensburg [1902].

<sup>74</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1902, Nr. 179 (04.08.1902).

<sup>75</sup> Erläuterungen zu den 30 Kunstblättern aus der Geschichte der Stadt Ravensburg in Württemberg. Entworfen für den projektierten historischen Festzug 1902 zur Feier der 1000-jährigen Entstehung der Stadt, [Ravensburg] [1902], hier S. 17; Oberschwäbischer Anzeiger 1902, Nr. 207 (04.08.1902).

<sup>76</sup> Erläuterungen (s. A 75), S. 17. Oberschwäbischer Anzeiger 1902, Nr. 207 (04.08.1902); Nr. 208 (05.08.1902). Staatsanzeiger für Württemberg 1902, Nr. 179 (04.08.1902).

sche und die nationale Perspektive betonten, konnten hier durchaus flexibel agieren, als 1910 anlässlich der hundertjährigen Zugehörigkeit zu Württemberg eine gemeinsame Feier der neuwürttembergischen Gebiete in der Donaustadt angeregt wurde.<sup>77</sup> Diese »Württembergfeier« sollte rückblickend zum Ausdruck bringen, »dass in den vergangenen hundert Jahren gemeinsamen Zusammenlebens die Altwürttemberger und die Neuwürttemberger eng miteinander verwachsen sind.«<sup>78</sup> Gleichzeitig versprach man sich von dieser »echt vaterländischen Feier« auch positive, in die Zukunft wirkende Impulse, namentlich dass sie »in den Seelen klare Bilder« zurücklasse »von dem dunklen Einst und dem helleren lichterem Jetzt«.<sup>79</sup>

Die internen Diskussionen und Überlegungen verdeutlichen jedoch, dass ein solch klares Motto aufgrund regionaler Interessen und Sensibilitäten zumindest nicht unproblematisch war.<sup>80</sup> So stand die Regierung dem Vorhaben zunächst sehr reserviert gegenüber, da sie Zweifel hatte, ob von »oberschwäbischer Seite nicht eine ausge dehnte Lokalisierung statt der in Aussicht genommenen Zentralisierung gewünscht« werden würde.<sup>81</sup> Außerdem schien es mit Blick auf die früheren Territorial- und jetzigen Standesherrn fraglich, ob eine solche Feier »allseitige Zustimmung bei den Beteiligten finden« würde.<sup>82</sup> Erst als die Programmplanung festere Formen angenommen hatte und zu erwarten war, dass bei dem Fest »der vaterländische Geist und die Treue zum württembergischen Königshaus in warmherziger Weise zum Ausdruck« kommen würde, konnte sogar die Teilnahme der allerhöchsten Majestäten in Aussicht gestellt werden.<sup>83</sup> Auf der Seite der beteiligten Bezirke kam es dagegen über die Formen und auch den jeweiligen Anteil der geschichtlichen Selbstdarstellung zu kontroversen Diskussionen, in denen sich die Stadt Ulm gegen alle anderen durchsetzen konnte. So wurden bei dem Festspiel mit »lebenden Bildern«, das als zentrale Veranstaltung eigentlich alle neuwürttembergischen Gebiete berücksichtigen sollte, allein Themen aus der Ulmer Geschichte dargestellt.<sup>84</sup>

<sup>77</sup> Programm zur Feier der 100-jährigen Zugehörigkeit der früheren Reichsstädte Ulm, Bopfingen ... zum Königreich Württemberg; 24. bis 28. August 1910 in Ulm, Ulm 1910.

<sup>78</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1910, Nr. 186 (12.08.1910).

<sup>79</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1910, Nr. 197 (25.08.1910).

<sup>80</sup> HStA Stuttgart, E 151/01, Bü 2931, Nr. 12.

<sup>81</sup> HStA Stuttgart, E 151/01, Bü 2931, Nr. 12, 4.

<sup>82</sup> HStA Stuttgart, E 151/01, Bü 2931, Nr. 12, 5.

<sup>83</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1910, Nr. 197 (25.08.1910).

<sup>84</sup> T. Ebner, Aus alter und neuer Zeit. Dichtung mit lebenden Bildern. Zur Feier der 100-jährigen Zugehörigkeit der Reichsstädte Ulm, Bopfingen, Buchhorn, Leutkirch und Wangen, sowie von Teilen der jetzigen Oberämter Crailsheim, Ellwangen, Geislingen, Gerabronn, Laupheim, Leutkirch, Mergentheim, Neresheim, Tettmang, Ulm und Wangen zum K. Württemberg 24., 27. und 28. August 1910, Ulm [1910]. – Folgende Ereignisse wurden dargestellt: 1. Grundsteinlegung des Münsters, 1377. 2. Blüte des Ulmer Handels um 1550. 3. Ulm wird württembergisch, 1810. 4. Der Schneider von Ulm, 1811. 5. Das Ulmer Fischerstechen, 1865. 6. Der Einzug der Sieger, 1871. 7. Vollendung des Münsters, 1890. 8. Ulm wird vom Festungswall befreit, 1900. 9. Dem Königspaar.

Noch stärker als beim Ravensburger Festzug stand dabei die Huldigung an Württemberg ganz und gar im Vordergrund, wenn beim dritten Bild »Ulm wird Württembergisch (1810)« die Stadtgeschichte in der frühen Neuzeit als dunkles Kapitel geschildert wurde: »Durch trüber Zeiten Drangsal geht der Weg, / Der nun uns durch der Jahre Wechsel führt, / Ein Gären wars, ein Wanken und ein Schwanken, / Ein Suchen wars nach einem festen Halt.«<sup>85</sup> Umso freudiger konnte schließlich der Übergang an Württemberg als hoffnungsvoller Beginn einer neuen Blütezeit gebührend gewürdigt werden: »Vorbei war nun das Harren und das Zagen / Und fest der Grund für unsrer Stadt Gedeihn.«<sup>86</sup> Dementsprechend wurde auf der Bühne die jubelnde Bevölkerung bei der Übergabe der Stadtschlüssel an Württemberg inszeniert.<sup>87</sup> König Wilhelm II. brachte die »lebhafteste Befriedigung über Alles Gesehene« zum Ausdruck und versicherte, dass »den nunmehr 100-jährigen württembergischen Landesleuten dasselbe warme Herz entgegenschläge, wie jenen anderen, in denen seine Wiege stand.«<sup>88</sup>

Die öffentliche Erinnerung an vaterländische Geschichte spielte im Königreich Württemberg eine wichtige Rolle und wurde über allgemeine kulturpolitische Zielsetzungen hinaus zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse gepflegt. Die städtische Geschichtskultur bot dabei ein wichtiges Komplement zur staatlichen, da bei vielen Anlässen ein harmonisches Miteinander von Volk und Dynastie beschworen wurde. Außerdem lieferten die Städte durch ihr Gedenken an herausragende lokale Ereignisse und Persönlichkeiten einzelne Bausteine, die insgesamt in den Kanon eines württembergischen Geschichtsbildes eingeflossen und immer wieder neu eingeübt worden sind. Aus dem Bereich neuwürttembergischer Traditionen konnten bestenfalls die bedeutenden Reichsstädte, allen voran Ulm, bestehen; ehemalige Kloster- oder Adels Herrschaften sind dagegen kaum repräsentiert.

Neben dieser überregionalen Bedeutung bilden die beabsichtigten und auch erzielten Wirkungen des städtischen Rekurses auf Geschichte ein breites Spektrum, das von der Volksbelustigung, über touristische Effekte bis zur Geschichtsvermittlung und der Ausbildung von städtischer Identität reichte. Hierzu trug nicht zuletzt die aktive Einbeziehung breiter Bevölkerungsgruppen in das Geschehen bei. Mit solchen bürgerlichen Selbstdarstellungen wurden schließlich auch gesellschaftliche Normen propagiert und die soziale Ordnung bekräftigt.

<sup>85</sup> T. Ebner (s. A 84), S. 7.

<sup>86</sup> T. Ebner (s. A 84), S. 8.

<sup>87</sup> Vgl. die Abb. 3 bei G. Faix (s. A 68), S. 131.

<sup>88</sup> Staatsanzeiger für Württemberg 1910, Nr. 197 (25.08.1910).

Alice von Plato

## Stadttjubiläen im Nationalsozialismus

### *Propaganda von oben oder Konsens von unten?*<sup>1</sup>

Wer an Feste und Feiern im Nationalsozialismus denkt, dem fallen unweigerlich als erstes die großen inszenierten Nürnberger Parteitage ein,<sup>2</sup> auf denen begeisterte Massen ein Schauspiel der gelungenen Beeinflussung und Faszination durch die Nazis lieferten, ein beklemmendes Zeugnis der Ergebenheit gegenüber dem Führer. Vielleicht erinnern sich ältere Zeitgenossen noch an manche der regelmäßig wiederkehrenden Festtage des nationalsozialistischen Feierjahres, die in ganz Deutschland zelebriert wurden, vom Tag der Machtergreifung (30.1.) über den »Heldengedenktag« (16.3.) und »Führers Geburtstag« (20.4.) bis hin zum 9. November, dem Tag der »Märtyrer der Bewegung«. Die meisten dieser Feiern waren klar reguliert. Die Rolle der Bevölkerung war festgelegt und ließ kaum Spielräume zu. Und auch an den nationalsozialistischen Gedenktagen, die keine Feiertage waren, wurde genauestens geregelt, wie in Betrieben und öffentlichen Verwaltungen die Teilnahme gesichert werden konnte. Belegschaften mussten in Kantinen versammelt werden, um stundenlange Radiouebertragungen aus Berlin zu verfolgen.<sup>3</sup>

Wenn man heute Bilder von Stadttjubiläen betrachtet, dann fallen jüngeren Beobachtern zunächst die einheitlich geschmückten Städte auf, wobei neben Blumen Haken-

<sup>1</sup> Dieser Text ist im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten Forschungsprojekts »Stadt und Diktatur« am Historischen Seminar der Universität Hannover entstanden. Das Projekt untersucht das Verhältnis von urbaner Kultur und staatlichem Herrschaftssystem in den 1930er und 1960er Jahren und steht unter der Leitung von Adelheid von Saldern. Für Diskussionen und Anregungen möchte ich daher ihr, Elfie Rembold und Lu Seegers danken. Der Text beruht auf einem Vortrag im Mai 2000. Da das Projekt erst im Januar 2000 seine Arbeit aufnahm, handelt es sich hier um eine erste Skizze zum Thema Stadttjubiläen.

<sup>2</sup> Vgl. U. Thamer, Faszination und Manipulation. Die Nürnberger Reichsparteitage der NSDAP, in: U. Schultz (Hrsg.), Das Fest. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, München 1988, S. 341 – 351. K. Vondung, Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus, Göttingen 1971.

<sup>3</sup> So z.B. am 30.01.1937 in städtischen Geraer Einrichtungen: Die Ansprache Hitlers wurde direkt übertragen; es wurde sogar aus Berlin empfohlen, dass vorher zu frühstücken sei, weil gleichzeitiges Essen verboten war. Außerdem durften keine Angestellten fehlen, sondern sie hatten fünf Minuten vor Beginn der Übertragung ihre Plätze einzunehmen; vgl. StA Gera, Korrespondenz zwischen staatlichen und städtischen Behörden (Stadtvorstand zu Gera – Hauptamt – Repräsentationspflichten des Oberbürgermeisters. Festlichkeiten und Feierlichkeiten betr. III B 1/3370 Bd. 5). Herrn Brodale, Frau Volkmann und Frau Friedemann vom Stadtarchiv Gera bin ich für ihre sachkundige Hilfe bei der Quellensichtung und Materialbeschaffung dankbar.

kreuze auf Wimpeln und Fahnen dominieren und viele Uniformierte zu sehen sind. Auch auf den Jubiläumsfeiern wurden nationalsozialistische Lieder gesungen, und es gibt Bilder, auf denen die Zuschauer den Arm zum »Hitlergruß« heben. Schon Wochen vor einem Jubiläum ergingen in den Zeitungen Aufrufe an die Bürger, beim Schmücken der Stadt mitzuwirken; öffentliche Einrichtungen erhielten ebenfalls Weisungen. Zudem wurde erwartet, dass die Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes, aber auch alle anderen Bürger die Fronten ihrer privaten Häuser schmückten.<sup>4</sup>

In der Forschung herrschte lange eine Sicht auf die nationalsozialistischen Feiern vor, die davon ausging, dass alle Feste streng organisiert waren und den beteiligten Stadtrepräsentanten und Bürgern nur eine Statistenrolle, jedoch keine Eigeninitiative überließen.<sup>5</sup> Außerdem wurden die NS-Feiern stark von vorangegangenen Festtraditionen unterschieden. Wichtiger noch war in der Nachkriegszeit in beiden deutschen Staaten die Vorstellung, dass die eigenen Feiern sich grundlegend von den nationalsozialistischen absetzten.

Im Folgenden soll es vor allem um die 700-Jahrfeier von Gera im Jahre 1937 gehen und hierbei um zwei Themenkomplexe:

1. Die Frage nach der Einbindung der Bevölkerung: Waren die Jubiläen Pflichtveranstaltungen, denen man nur ungern nachkam, oder gab es aktive Formen der Teilnahme – und wenn es diese gab, standen sie dann nur linientreuen Parteigenossen offen, oder beteiligten sich auch weniger engagierte Personen? Was bedeutete dies wiederum für die Feste?
2. Die Frage nach etwaigen Kontinuitäten vor 1933 und nach 1945: Welche Festelemente gab es schon vor der Machtübernahme? Welche kamen neu hinzu, oder welche anderen wurden weggelassen? Gab es mit den Jubiläen verbundene Elemente, die nach 1945 in der DDR und in der Bundesrepublik weiter florierten?

Das zehntägige Jubiläum von Gera scheint, soweit ich das im Vergleich mit anderen Jubiläen feststellen konnte, relativ »typisch« verlaufen zu sein.<sup>6</sup> Kleinere Orte feierten allerdings kürzer. Das Festprogramm setzte klare Schwerpunkte: Es begann an einem Freitag im August 1937 mit einer Kranzniederlegung – in Gera geschah dies zu Ehren Heinrichs IV. von Weida, dem Gründer und ersten Vogt der Stadt. Die nächsten Tage, vor allem Sonnabend und Sonntag sowie das folgende Wochenende, waren

<sup>4</sup> Vgl. z.B. einen Artikel im Vorfeld des Geraer Stadtjubiläums, »Auch du, lieber Volksgenosse, hast Pflichten deiner Heimatstadt gegenüber ...«, in: Geraer Stadt-Zeitung, 09.07.1937.

<sup>5</sup> Zur älteren historischen Forschungsliteratur: M. Maurer, Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand, in: Historische Zeitschrift 253 (1991), S. 101 – 130; K. Bergmann, »Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft«, in: Geschichte lernen, H. 49 (1996), S. 11 – 19.

<sup>6</sup> Zum Forschungsüberblick über nationalsozialistische Feiern vgl. W. Freitag (Hrsg.), Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933 – 1945, Bielefeld 1997 und K. Minner, Erinnerung und Modernität. Westfälische Ortsjubiläen im Dritten Reich, Münster 1999, S. 12 – 15. Diese beiden Studien haben auch hier geäußerte Thesen beeinflusst und Vergleiche ermöglicht.

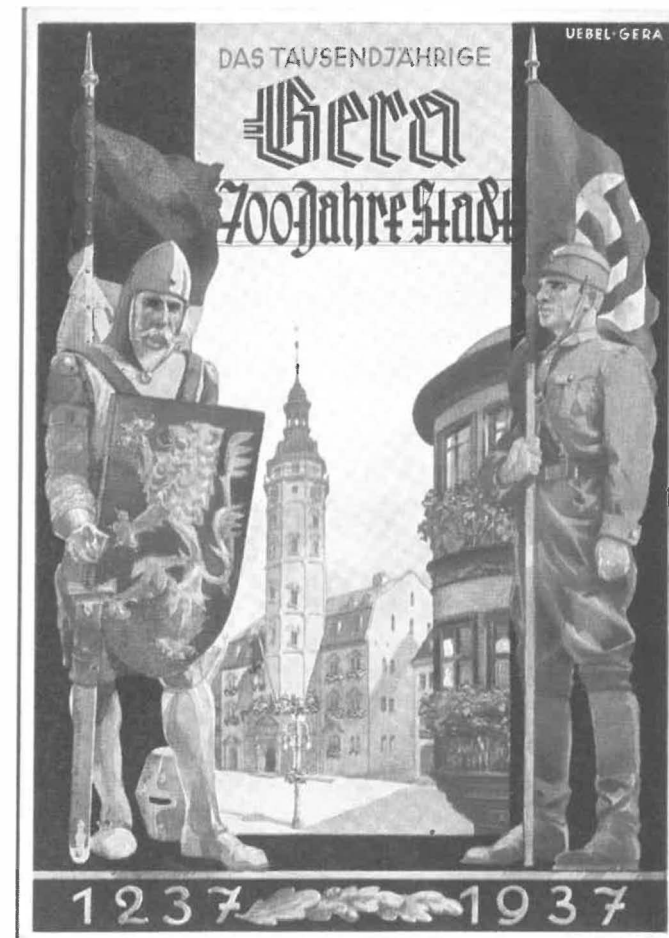


Abb. 1: Postkarte zur 700-Jahr-Feier in Gera 1937.

prall gefüllt, wobei die Wochenenden natürlich die publikumswirksamsten Veranstaltungen enthielten. Schon morgens wurde die städtische Bevölkerung durch Böllerschüsse oder mit Musik von Spielmannszügen geweckt. Dann gab es ein sehr vielfältiges Programm, das von der Taufe eines Hochleistungs-Segelflugzeuges über Konzerte bis hin zu Ausstellungen und der Aufführung eines eigens für das Jubiläum geschriebenen Theaterstückes reichte.<sup>7</sup> Ein großes Volks- und Marktfest wurde vom Geraer Verkehrsverein veranstaltet. Nicht zuletzt sollte auch der Fremdenverkehr angeregt werden. Für Sportbegeisterte wurde ein Fußballspiel gegen den Meisterclub HSV sowie ein reichsoffenes Schwimmfest ausgerichtet.

<sup>7</sup> Vgl. Das tausendjährige Gera feiert seinen 700. Geburtstag als Stadt. Festfolge, Gera o.J. [1937], StA Gera [121].

Die einzelnen Wochentage waren verschiedenen Schwerpunkten gewidmet: Es gab einen Tag der Schulen, einen Tag der Bewegung, einen der Vororte, einen der »Alten Geraer« mit einer Wiedersehensfeier für ehemalige Bürger der Stadt und der Freitag wurde zum Tag der Frauen. Allein mit der geschickten Schwerpunktsetzung der einzelnen Festtage unter der Woche war gewährleistet, dass ein Großteil der Bevölkerung von den festlichen Aktivitäten erreicht wurde. Den Abschluss des gesamten Festgeschehens markierte ein Riesenfeuerwerk.

An der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen waren neben der nationalsozialistischen Stadtverwaltung auch Parteiorganisationen maßgeblich beteiligt. Dennoch wäre es falsch, nationalsozialistische Stadtjubiläen isoliert von städtischen Traditionen zu betrachten. Viele Programmpunkte hatte es andernorts schon seit dem 19. Jahrhundert oder in den 20er Jahren gegeben. Hierzu gehörten der Festakt vor Publikum in oder vor dem Rathaus, das Volksfest auf dem Festplatz, der Festball, ein Fackelzug, ein Theaterstück, ein großes Feuerwerk oder bengalische Beleuchtung – und als publikumswirksamer Höhepunkt ein Festzug. All diese Veranstaltungen wurden in die nationalsozialistischen Feiern der 30er Jahre integriert.<sup>8</sup> Wie in den meisten der Schauspiele, die von feierfreudigen Städten in Auftrag gegeben wurden, so ging es mehr noch im Festzug um die Stadtgeschichte. Dass auch der historische Festzug keine Erfindung der Nationalsozialisten darstellte, muss an dieser Stelle wohl kaum betont werden.<sup>9</sup>

Bevor ich im Folgenden näher auf den Festumzug eingehen werde, soll nach dieser knappen Aufzählung der Kontinuitätslinien noch eine der deutlichsten Veränderungen der nationalsozialistischen Stadtjubiläen gegenüber ihren Vorläufern erwähnt werden. Im kleinen Heftchen mit der offiziellen »Festfolge« fehlt ein Element, das bei städtischen Feiern zuvor das Feierprogramm eröffnet hatte: der Festgottesdienst. Dieser wurde zumeist ersatzlos gestrichen, stattdessen wurde eine Feierstunde mit Kranzniederlegung abgehalten. Damit wird einer der wichtigen, aber natürlich kaum erstaunlichen Brüche belegt: Die Kirche büßte in den 30er Jahren ihre Rolle innerhalb der Stadtjubiläen ein.<sup>10</sup> Aber nicht überall gaben sich die Kirchen völlig geschlagen: In Gera hatte man offensichtlich eine Kompromisslösung gefunden. Zum einen war einer der Beteiligten der erwähnten Kranzniederlegung am Grab des Stadtgründers ein Pfarrer, wenn auch nach den Inhalten seiner Ansprache zu urteilen, nationalsozialistisch gesinnt. Zum anderen gab es, wie kleinen Ankündigungen in der Zeitung, aber

<sup>8</sup> R. Fritsch, Stadt- und Ortsjubiläen in Lippe. Untersuchungen zum Wandel eines Festtyps, in: K. Dröge/I. Tappe, Festkultur in Lippe. Beiträge zum öffentlichen Festwesen im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 1994, S. 47 – 92, S. 23.

<sup>9</sup> Vgl. andere Beiträge in diesem Heft sowie: W. Hartmann, Der historische Festzug. Seine Entstehung und Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, München 1976; K. Tenfelde, Adventus. Zur historischen Ikonologie des Festzugs, in: Historische Zeitschrift, Bd. 235 (1982), S. 45 – 84.

<sup>10</sup> K. Mimmer (s. A 6), S. 75 ff.

nicht der offiziellen Broschüre mit der Festfolge zu entnehmen ist, am ersten Sonntag durchaus Festgottesdienste mit besonderen Musikeinlagen, die als »Kirchenmusik am Sonntag« angekündigt wurden.<sup>11</sup>

Im Gegensatz zur Religion spielte die Geschichte weiterhin eine Hauptrolle in der städtischen Inszenierung der Stadtjubiläen. Für die Festzüge der dreißiger Jahre wurde großer Aufwand betrieben, und sie ähnelten einander in ihren einzelnen Bildfolgen. Häufig wurde ein professioneller Kostümverleih an der Realisierung beteiligt, so auch in Gera.<sup>12</sup> Die inhaltliche Planung oblag hier im übrigen weitgehend dem Stadtarchivar Ernst Kretschmer, der keineswegs ein linientreuer Nationalsozialist, sondern Freimaurer war. Im Zusammenhang mit der Fragestellung, wer sich aktiv an der Ausrichtung des Stadtjubiläums beteiligte, beeindruckt schon die offiziell angegebene Zahl von 2.700 Personen (bei insgesamt etwa 84.000 Einwohnern Geras). Das entspricht einem Anteil von mehr als drei Prozent der Bevölkerung, der allein an diesem Tag mitmarschierte. Hinzu kommen die Zuschauer am Straßenrand. Hier dürften viele Verwandte und Bekannte der Umzugsteilnehmer gestanden haben.

Es gab allein 32 Kutschen und fast hundert Reiter, unter ihnen viele Angehörige der regionalen SS und SA. Der Großteil der Mitläufer (im engeren Sinne des Wortes) waren Zivilisten aus den unterschiedlichen Bereichen des städtischen Lebens – von den Sportvereinen bis zu den Handwerksinnungen, aber natürlich auch von den nationalsozialistischen Basisorganisationen wie Hitlerjugend oder Deutsche Arbeitsfront.

Wie erwähnt, lag der inhaltliche Schwerpunkt des Festzuges bei der Darstellung der Geschichte:<sup>13</sup> Von den insgesamt 52 *tableaux vivants* waren 38 der Geschichte der Stadt gewidmet: Die Marschierenden verkörperten u. a. Steinzeitmenschen, Germanen der Bronzezeit, adlige Stadtherren, mittelalterliche Bürger sowie Französische Besatzer und Soldaten des Ersten Weltkrieges. Den Schlusspunkt bildeten »Darsteller« der »nationalsozialistischen Bewegung«. Ganz deutlich mündete die Stadtgeschichte in die »Neue Zeit«. Die NS-Formationen des letzten – umfangreichsten – historischen Bildes stellten einen direkten Bezug zur zeitgenössischen Politik her: Der Titel des Bildes lautete: »Mit Adolf Hitler ins Dritte Reich«. Auf die geschichtlichen Darstellungen folgten sieben Gruppen, die das (nationalsozialistische) Institutions- und Vereinsleben der Stadt präsentierten. Ein Spielmannszug der Feuerwehr spielte auf, eine Gruppe des Reichsluftschutzbundes zeigte ihre Ausrüstung, und drei Festwagen vermittelten die »Errungenschaften« von »Kraft durch Freude«. Danach kamen Turn- und Sportvereine sowie Schützengesellschaften, Militärvereine und ein Spielmannszug der NS-Marine-Kameradschaft von Gera sowie des örtlichen Kolonialkriegerbundes. Die restlichen sieben Gruppen bebilderten die städtische Wirtschaft und wa-

<sup>11</sup> Geraer Stadt-Zeitung, 20.08.1937.

<sup>12</sup> Vgl. zum gesamten Absatz die offizielle Planung in: *StA Gera: Der Oberbürgermeister der Stadt Gera – Hauptamt – Straßenprogramm* [Bestand Kap. III B 1/1772].

<sup>13</sup> Vgl. Festzugfolge (s. A 7).



Abb. 2: »Germanen« beim historischen Festzug in Gera 1937.

ren teilweise besonders gut ausgestattet – d. h. es gab geschmückte Wagen oder sogar mehrere Festwagen pro Gruppe. Hier wurde heimischen Handwerkern und Industriebetrieben die Gelegenheit gegeben, sich selbst darzustellen. Einer der aufwendigsten Wagen war mit einer Riesenspinne dekoriert und stellte das heimische Spinnereigewerbe dar.

Die Bedeutung, die dem Festzug beigemessen wurde, lässt sich schon daran ablesen, dass es sogar eine eigene Veröffentlichung von Seiten der Stadtverwaltung gab, in der alle Bilder kurz kommentiert wurden. Offenbar wurde in Gera der Darstellung der eigenen Geschichte für die Identifikation auf der lokalen und regionalen Ebene von offizieller Seite Bedeutung eingeräumt.<sup>14</sup> Darüber hinaus konnte innerhalb des städtischen Bezugsrahmens etwas verwirklicht werden, was auf der nationalen Ebene nicht möglich war: Da Bürger der Stadt selbst die »Stadien« ihrer Geschichte verkörperten, kann vermutet werden, dass ein gewisses Maß an Identifikation mit dieser teileologisch dargestellten Geschichte und damit auch der nationalsozialistischen Gegenwart im letzten der »historischen« Bilder erreicht wurde.

<sup>14</sup> Das tausendjährige Gera feiert seinen 700. Geburtstag als Stadt. Der Festzug. Ein Stück Stadt- und Landesgeschichte im Wandel von Jahrtausenden, *StA Gera* [120].

Und natürlich war auch die Geschichtsbetrachtung entfernter liegender Perioden durchaus von der zeitgenössischen Perspektive geprägt; die Betonung der steinzeitlichen und germanischen Vorfahren oder anderer nordischer Menschengruppen und deren Darstellung passten ins Bild der Zeit. Den Darstellern selbst scheint besonders die Verkörperung von verwildert aussehenden Gestalten mit Perücken auf dem Kopf und spärlicher Fellkleidung am Körper, dafür jedoch mit erlegtem Bären und Keulen schwingend, Spaß gemacht zu haben.<sup>15</sup> Doch lassen wir uns nicht täuschen. Nicht alle dieser Elemente waren neu oder erst mit dem Nationalsozialismus verbunden.

Dies lässt sich am Beispiel der Germanen zeigen. Auch in früheren Stadtjubiläen – in den 20er Jahren bzw. vor der Machtergreifung – hatten Germanen häufig eine besondere Rolle gespielt.<sup>16</sup> Die Identifikation der Deutschen mit den Germanen war auch im internationalen Rahmen nicht neu. So waren beispielsweise die Deutschen schon auf den Pariser Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts mit Darstellungen ihrer germanischen Vorfahren identifiziert worden, wobei die Germanen im »feinen« Paris eher für die unzivilisierte und grobe Lebensart der Deutschen standen. Im Rahmen der lokalen Identifikation mögen die Germanen dagegen – ähnlich wie in anderen Ländern die jeweiligen Vorfahren – einen Bezug zur urtümlichen deutschen Kultur hergestellt haben, die gegen dekadente Einflüsse aus dem Ausland verteidigt werden sollte.<sup>17</sup>

Abschließend möchte ich einige allgemeinere Einschätzungen der Stadtjubiläen im Nationalsozialismus versuchen. Vielleicht hat dieser knappe Abriss deutlich gemacht, dass die Politik zwar nicht aus dem Spiel gelassen wurde, die Feiern dennoch sehr weitgehend als Heimatfeste konzipiert waren. Sie fanden zwar mit Unterstützung der NSDAP statt, die ihrerseits in der Stadt verankert war, hatten aber zugleich einen anderen Charakter als die fest von oben gesteuerten Nationalfeiertage. Indem sie Geschichte und regionale Tradition sowie ein ausgeprägtes Heimatgefühl mit den modernen städtischen Leistungen, den Konsumangeboten und dem wirtschaftlichen

<sup>15</sup> Diesen Anschein erweckt eine Fotosammlung des Stadtarchivs Gera. Auf den Fotos setzten sich die grinsenden Wilden der Vergangenheit besonders deutlich von den adrett und korrekt gekleideten Zeitgenossen ab. Eine genauere Analyse der dargestellten *tableaux vivants* erfolgt in dem für 2002 geplanten Sammelband, der von Adelheid von Saldern herausgegeben wird.

<sup>16</sup> Charlotte Tacke berichtet z.B. von einem Germanenzug im Rahmen der nationalen 1900-Jahrfeier der Schlacht im Teutoburger Wald im Jahre 1909; vgl. *Ch. Tacke*, *Denkmal im sozialen Raum: nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 229 ff. Und ebenfalls in dieser Region feierte ein kleiner Ort namens Sonneborn 1931 seinen Geburtstag, der als Sonnenwendfeier inszeniert wurde und ein passendes Theaterstück enthielt. In diesem Stück ging es um den Geburtsort der Sonne – und um den heldenhaften Kampf Armin des Cheruskers gegen die Südländer usw.; vgl. *R. Fritsch* (s. A 8), S. 60 f.

<sup>17</sup> Vgl. *A. von Plato*, *Die »Majestät der Geschichte« vor einem Millionenpublikum. Geschichtsdarstellungen auf den Pariser Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts*, in: *WerkstattGeschichte 23* (1999), S. 55. Fritsch zeigt zudem, dass die Verbundenheit mit den Germanen auf lokaler Ebene mit dem Ende des Nationalsozialismus nicht überall völlig desavouiert war; vgl. *R. Fritsch* (s. A 8), S. 69.

Aufschwung verbanden – und dies geschah nicht nur im geschilderten Festzug, sondern war insgesamt eines der Charakteristika der Stadtjubiläen –, erleichterten sie auch den unpolitischen Bürgern die Identifikationsmöglichkeiten mit ihrer Stadt. Auf diesem Wege vermittelten die Stadtjubiläen gerade durch ihre Eigenständigkeit eine Loyalität mit dem aktuellen nationalsozialistischen Staat, die sich eher indirekter als direkter Formen bediente. Durch die massenhafte Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten – wieder nicht nur im Festzug, sondern auch in den erwähnten einzelnen Festtagsschwerpunkten – erhöhten die Stadtjubiläen zudem die Partizipationsmöglichkeiten für weite Teile der Bevölkerung. Eine der besonderen Leistungen war die Vermischung nationaler Geschichte mit lokalen Ereignissen. Die Erinnerung an historische Epochen und Ereignisse sowohl in den »guten alten Zeiten« als auch in den erlittenen Niederlagen war hier identifikationsstiftend.<sup>18</sup> So erhielten die Interpretation und Darstellung der Geschichte innerhalb der nationalsozialistischen Jubiläumsfeiern keine neue Funktion, wurden aber teilweise mit neuen Elementen vermischt, die wiederum gut ins Konzept der NSDAP passten. Katrin Minner fasst diese Funktion folgendermaßen zusammen: »Die Ortsjubiläen im Dritten Reich charakterisierte ... der Brückenschlag Heimat – Vaterland – Nation. Aus der lokalen Verbundenheit sollte die Identifikation und das Eintreten für die ›deutsche Heimat‹ bzw. das ›großdeutsche Vaterland‹ hervorgehen.«<sup>19</sup>

Es wäre also falsch, die Jubiläen als reine »von oben« gesteuerte Propagandaveranstaltungen zu sehen. Ihre Ambivalenz lag darin, dass sie als öffentliche Ereignisse zum Schnittpunkt von Widersprüchen wurden wie kaum eine andere städtische Repräsentation. Auch nicht politisch gebundene Personen waren aktiv an der Ausrichtung und passiv an der Feier beteiligt. Minner spricht von einem »Gewährenlassen seitens der Partei, die die Jahrhundertfeiern nicht als NS-Fest inszenierte, sondern auf Traditionen zurückgriff.«<sup>20</sup> Auf Traditionen allerdings, die das nationalsozialistische Deutschland als folgerichtigen Zielpunkt der historischen Entwicklung erscheinen ließen. Und bei aller Gegenüberstellung von »Partei« und »Bevölkerung« darf nicht vergessen werden, dass die ortsansässigen Nationalsozialisten meist keine »Fremdkörper« in ihrer Heimatstadt darstellten, sondern hier verwurzelt waren, und dass ihnen selbst dadurch die heimatlichen Traditionen nicht fremd waren, sondern nahe standen.

Die Ambivalenz der Stadtjubiläen wird auch deutlich bei einem Wechsel auf die obere politische Ebene: Aus verschiedenen Gründen gerieten die Feiern auf den höheren Ebenen der nationalsozialistischen Verantwortlichen in ein schlechteres Licht.

<sup>18</sup> Zu den frühen Texten, die diese Funktion im Zusammenhang mit der Nationenbildung belegen, gehört hier sicherlich: *E. Renan*, Was ist eine Nation?, in: *ders.*, Was ist eine Nation? und andere politische Schriften, Wien und Bozen (Folio) 1995.

<sup>19</sup> *K. Minner* (s. A 6), S. 111.

<sup>20</sup> Ebda.

Dies hing sicherlich mit deren nicht erwünschten Nebeneffekten zusammen. Viele Feiern arteten in Trinkgelagen aus und schufen Ausnahmesituationen mit »Ventilfunktion«.<sup>21</sup> Es hing aber auch mit der Tatsache zusammen, dass insgesamt in der zweiten Hälfte der 30er Jahre eine starke Zunahme der Feste in Deutschland verzeichnet werden kann, und dass nicht immer klar war, ob sich die nationalsozialistische Führung damit wirklich einen Gefallen tat. So notierte Goebbels schon im Juli 1936 in seinem Tagebuch: »Heute beginnen die Weimarer 10 Jahresfeiern. Wir feiern zuviel. Ich muss das etwas abstoppen. So geht's nicht weiter. Das Volk lacht darüber ... [Und einen Tag später:] Himmler und Schirach sind auch der Meinung, dass zuviel gefeiert wird. Ich werde das jetzt reglementieren für Partei und Staat. So machen wir uns nur beim Volke lächerlich.«<sup>22</sup> Vielleicht glaubte Goebbels, dass die dauernde Selbstinszenierung der Nazis bei der Bevölkerung statt der erwünschten Identifikation mit nationalsozialistischen Zielen das Gegenteil erreichen würde.

Aus einem anderen Grund verging Hitler die Lust am Feiern, und zwar konkret an den Stadtjubiläumsfeiern: Denn angesichts der 700-Jahr-Feier von Berlin im Jahre 1937, die auch im Ausland auf Interesse stieß, mokierte sich offenbar die italienische Presse über die Jugendlichkeit Berlins, das mit dem Alter von Rom z.B. nicht mithalten konnte. Daher wurde in einer Anordnung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda erklärt, dass »der Führer ... 600, 700 oder 1000-Jahrfeiern nicht mehr genehmigen wird«; dennoch kam es auch 1938 und bis zum Sommer 1939 noch zu groß gefeierten Ortsjubiläen, was wiederum von den Partei- und Staatsstellen geduldet wurde.<sup>23</sup>

Wie wenig manche Randerscheinungen oder sogar offizielle Veröffentlichungen von der Propaganda erfasst waren, macht übrigens auch ein Text deutlich, der aus der Feder des erwähnten Stadtarchivars von Gera stammte und in der offiziellen Veröffentlichung zum Stadtjubiläum erschien. Dieser Text enthielt so wenig eindeutig auf den Nationalsozialismus zugeschnittene Textpassagen, dass derselbe Archivar – nun unter SED-Führung – ihn Anfang der 50er Jahre »recyclen« konnte. Zumindest redigierte er ihn, strich zwar einige Stellen, aber übernahm weite Teile für die neue Geschichte der Stadt Gera.

Andere Kontinuitäten lassen sich in Gera weiter verfolgen. Die 750-Jahr-Feier von 1987 zeigt, wie stark die Ähnlichkeiten mit dem früheren Aufzug und seinen Bildern waren. Allerdings war der Aufwand noch größer als 50 Jahre zuvor. Nun marschierten z.B. im Festzug 10.000 Geraer mit. Wieder vertreten waren u. a. die mittelalterli-

<sup>21</sup> Ebda.

<sup>22</sup> *E. Fröhlich* (Hrsg.), Die Tagebücher des Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil 1, Aufzeichnungen 1924 – 1941, Bd. 2, 1.1.1931 – 31.12.1936, München 1987, S. 637 f.

<sup>23</sup> *K. Minner* (s. A 6), S. 89, bezieht sich auf eine Anordnung, die im Gau Westfalen-Nord ausgegeben wurde.

chen Gruppen und die aktuellen Handwerkswagen. Einige Bilder waren natürlich neu – der Funke der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« und andere Geschehnisse aus der Klassenkampf- und Arbeitergeschichte hatten im nationalsozialistischen Umzug aus naheliegenden Gründen keine Flammen geschlagen. Und auch barbusige Frauen, die etwas unvermittelt aus Hochhausattrappen winkten, die Neubauviertel repräsentierten, hatte es 1937 nicht gegeben.<sup>24</sup> Aber sieht man einmal von den offensichtlichen Propaganda-Elementen und den sog. »großen Leistungen« zu Zeiten der DDR ab, dann ähnelten sich viele Bilder und mehr noch die Dramaturgie bzw. die Teleologie, die die Geschichte nun allerdings in die DDR münden ließen. Außerdem wurde – ähnlich wie schon auf dem Umzug der dreißiger Jahre – auf die hervorragenden wirtschaftlichen Aufbauleistungen und deren Vorteile für den Einzelnen hingewiesen. Konsum und moderne Technik wurden als ureigene DDR-Errungenschaften hervorgehoben. Gera zählte sich nun – laut Propaganda im Festumzug – zu den Zentren modernster Textil- und Computertechnologie und knüpfte direkt an den Arbeitsfleiß längst vergangener Epochen an.<sup>25</sup> Konkret geschah dies im Festzug, indem schwierigere Zeiten oder der nationalsozialistische »Umweg« der Geschichte schlicht weggelassen wurden.

<sup>24</sup> Vgl. den Film 750 Jahre Stadt Gera. Ein Festreport, *StA Gera* 87, [1987].

<sup>25</sup> Damit bildete diese DDR-Feier keine Ausnahme im deutschen Kontext. Auch in der Bundesrepublik wurde der Nationalsozialismus zumeist verdrängt; vgl. H. Schilling, Ortsjubiläen ohne Gedächtnis. Geschichte als Medium des lokalen Identitätsmanagements, in: *Geschichte lernen*, H. 49 (1996), S. 60-65.

Andreas Ludwig

## 50 Jahre Eisenhüttenstadt:

### *Stadtbiläen und Geschichte im politischen Kontext*

#### *1. Eisenhüttenstadt – industrielle Gründungsstadt der DDR*

Als am 17. August 1950 der Ministerrat der DDR den offiziellen Beschluss zur Gründung des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) und einer Wohnstadt in der Nähe von Fürstenberg/Oder fasste, lagen dem wirtschaftliche und politische Argumente zugrunde: Die DDR war durch den Kalten Krieg und die ihn begleitenden wirtschaftlichen Einschränkungen im innerdeutschen Handel praktisch zu einer »Rumpfwirtschaft« geworden. In Sachsen, Berlin und im Magdeburger Raum war eine differenzierte und hochentwickelte Maschinenbauindustrie konzentriert, das Roheisen jedoch wurde im Westen Deutschlands, vornehmlich im Ruhrgebiet produziert. Lagen 1936 im Westen 120 Hochöfen, waren es in der späteren DDR lediglich vier. Die DDR-Führung musste reagieren und sie tat dies nach dem Vorbild der Sowjetunion unter dem Motto »Aufbau des Sozialismus in einem Land«: Man baute auf eine autarke Versorgung in Form der Gründung eines industriellen Monolithen. Ein integriertes Hüttenwerk wurde geplant, das sämtliche für die DDR-Industrie notwendigen Verarbeitungsstufen umfassen sollte.

Die »Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats« oder »Wohnstadt bei Fürstenberg«, wie die Stadt bis 1953 wechselnd hieß, gewann dagegen erst schrittweise Kontur. Angesichts der fehlenden Anbindung an eine bestehende Stadt und des insgesamt äußerst unterentwickelten Raums an der mittleren Oder mussten für die Arbeiter Wohnungen gebaut werden. Eine reine Wohnsiedlung nach traditionellem Muster des Werkwohnungsbaus schied deshalb aus, und die im Juli 1950 erarbeiteten »16 Grundsätze des Städtebaus« gaben die Leitlinie sozialistischer Stadtplanung vor. Dies bedeutete: die Industrie als dominanter städtebildender Faktor, Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten und Erholung, Strukturierung in Nachbarschaftsquartiere («Wohnkomplexe»), Zentrumsbildung unter Favorisierung einer öffentlichen, gesellschaftlichen, ja politischen Nutzung.

Erst langsam gewann die Stadt Gestalt. Bis 1952 dauerten die grundsätzlichen Debatten um den Stadtplan an. Die architektonische Sprache der »Nationalen Bautradition«, eines Neoklassizismus nach sowjetischem Vorbild, wurde schrittweise bis 1953 entwickelt. Je bedeutender das Projekt für das Selbstverständnis der DDR wurde, desto stärker klafften jedoch auch die Lücken zwischen den Planungen und deren Realisierbarkeit, besonders nachdem seit der 2. Parteikonferenz der SED 1952 die Wohn-



Abb. 1: Ansicht der Straße der Jugend um 1955 (heute: Saarlouiser Straße); Foto: H. Pabel; Quelle: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz.

stadt offiziell zur »ersten sozialistischen Stadt Deutschlands« wurde. Man stritt um den sozialistischen Gehalt von Fassadenschmuck, doch auf der Baustelle fehlte es wechselweise an Material oder Bauarbeitern. Die Bevölkerung war mit Waren des täglichen Bedarfs unterversorgt, doch blieben Privatbetriebe verboten. Die Folge war ein wiederholter Austausch des Personals: Planer und bürokratische Zuständigkeiten wechselten.<sup>1</sup> In der Summe blieb die Stadt zwar unvollständig, weil über die Politikwechsel die Planung und der Bau des Stadtzentrums immer wieder abgebrochen wurden, aber es entwickelte sich doch eine Stadt, die dem Betrachter bis heute als Gesamtkomposition deutlich erkennbar ist.

Einen zeitgenössischen Eindruck vermittelt der Fotograf und Quick-Korrespondent Hilmar Pabel: »Ich habe das beklemmende Gefühl, hier in einem fremden Land zu sein: massige Häuserblocks im sowjetischen Stil, die eher Regierungsgebäuden oder Versicherungspalästen als Wohnstätten gleichen. Sie sind hell und großräumig, aber wie eintönig. 500 Häuser, genormt, eines wie das andere, keine Straße mit »eigenem Gesicht«. Und die Menschen, die stolz in ihnen wohnen? Beginnt hier die große Um-

<sup>1</sup> Vgl. W. Durth/J. Düwel/N. Gutschow, *Architektur und Städtebau in der DDR*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1998; E. Knauer-Romani, *Eisenhüttenstadt und die Idealstadt des 20. Jahrhunderts*, Weimar 2000; R. May, *Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriss der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt, Dortmund 1999*; vgl. hierzu auch die Rez. H. Moldenshardt, *Stalinstadt: Stadtgründung und Staatsgründung*, in: *Die alte Stadt* 27 (1/2000), S. 69 – 77.



Abb. 2: Die Fotografie dient als Vorstudie zur Darstellung der Arbeit im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO), 1952; Foto: O. Nerlinger; aus: III. Deutsche Kunstausstellung Dresden 1953, Ausstellungskatalog.

wandlung der Einzelwesen in »Kollektiv-Glieder«, etwas, wogegen sich die westliche Freiheits-Idee wehrt, wovon der Osten aber das Heil erwartet? Wo bin ich? In welchem Land? In welcher Zeit?«<sup>2</sup>

## 2. *Utopie und realer Aufbau als öffentliches Projekt – Stadt und Werk in der Literatur der 50er Jahre*

Das Projekt von Stadt und Werk gewann unmittelbar nach seinem Beginn eine Bedeutung für die DDR, die heute nur noch schwer nachvollziehbar ist. Es war nicht nur »Schwerpunkt Nr. 1« des 1. Fünfjahrplans 1951 – 1955 und damit partei- und regie-

<sup>2</sup> H. Pabel, in: *Quick*, Nr. 12 vom 19.03.1955.



Abb. 3: Oskar Nerlinger: Abstich am Hochofen im Eisenhüttenkombinat Ost; Öl, 180 x 300 cm, 1952/53. Das Bild, vormals im Besitz des DDR-Ministeriums für Schwerindustrie, gilt als verschollen.

rungsoffiziell von außerordentlicher Bedeutung, sondern auch Symbol für den Aufbau einer neuen Gesellschaft in diesem Teil Deutschlands. Stadt und Werk wurden zum Schauplatz der künstlerischen Beschreibung und Begleitung dieses Prozesses gewählt.

Der Schriftsteller Karl Mundstock ging noch im Herbst 1950 auf die Baustelle mit dem Auftrag des »Neuen Deutschland«, eine Reportage zu verfassen. Was herauskam, war ein beeindruckender Aufbau-Roman, einer der wenigen wirklich lesbaren. Mundstock berichtete: »Ich hatte 200 Mark Spesen bekommen, um überhaupt hinfahren zu können. Davon habe ich erst im Hotel gelebt, und als das Geld ausging, waren die ersten Baracken fertig. Da bin ich eingezogen. Ich habe ja mitgearbeitet, ich bin auf den LKW gestiegen, mitgefahren auf die Baustelle und habe dort feste gerummelt ... Das war im Herbst 1950. Es hat fast jeden Tag geregnet, aber trotz Regen war alles draußen. Das war wirklich ein Aufschwung. Auch in den Köpfen. Jeder hat da seine Phantasie mitgebracht, möchte ich sagen, seine eigenen Träume, die manchmal etwas mit der Wirklichkeit zu tun hatten, manchmal über die Wirklichkeit hinausgingen.«<sup>3</sup>

<sup>3</sup> K. Mundstock im Interview mit dem Verfasser am 14.5.1999.

In seinem Roman »Helle Nächte« werden diese Träume beschrieben: »In einem Jahr war das Lagerleben nur noch Erinnerung. Dann war alles geordnet, geregelt, hygienisch einwandfrei, nett eingerichtet, und dennoch nicht so prächtig wie jetzt! Neben der Barackenstadt erhoben sich mehrstöckige feste Wohnhäuser mit Balkons und Badezimmern, jeder hatte ein Zimmer für sich und ein richtiges weiches Bett; aber das war alltäglich und langweilig, wenn man auch dorthin strebte! Man selbst wohnte darin, wenn man vom Bau zum Werk überging, Stahlwerker, Schmelzer, Former, Walzer, Lokführer, Schlosser, Elektromechaniker oder Sachbearbeiter eines interessanten Spezialgebietes wurde. Aber nein, an einen Schreibtisch ließ er sich nicht mehr fesseln, nicht einmal an den eines Kulturleiters. Er hatte die Freiheit gekostet. Wenn schon ein hoher Posten dann – Maschinist eines Schwebekranes.«

Das Kranmotiv ist der Traum von Natur- und Weltbeherrschung, der sich in den Gedanken einer Protagonistin so liest: »Welch ein Bild! Ihr Kran blieb der höchste! Unter ihr das blühende Land, die Felder golden, die Gärten grün, die Wälder dunkel. Die Mosaik der Dörfer, des Städtchens immer reicher, immer näher aneinander und jetzt mit den Hochöfen und Walzstraßen und Wohnsiedlungen und Kulturstätten und Parks der neuen Fabrikstadt zu einer einzigen, vom Menschen geprägten Landschaft verbunden. Herr der Schöpfung, überschaute Christa sie von ihrer Höhe.« Der Gedanke eines industriellen Gartenreichs drängt sich auf und verbindet sich mit individueller Perspektive auf Glück und Zufriedenheit fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Jedoch das EKO war auch ein politisches Projekt: hier fand der Maler Oskar Nerlinger, herausragender Konstruktivist der 20er und 30er Jahre und kurz zuvor aus politischen Gründen als Professor in West-Berlin entlassen, die Kulisse für seine Aneignung der Kunst des Sozialistischen Realismus. Im Auftrag der »Staatlichen Kunstkommission« sollte er ein großes Bild schaffen und ging ins Werk, um Studien zu machen, sich der Arbeitsrealität zu nähern. Nerlinger scheiterte letztlich, jedoch sei hier der pädagogisierende Geist der Zeit zitiert, unter dem sich eine künstlerische Entwicklung vollziehen musste. Nerlinger selbst: »Weiter hatte die Ausstellung den Zweck, zu zeigen wie der Künstler durch ständige Zusammenarbeit mit den Werkträgern des EKO, durch ständigen Meinungsaustausch, durch helfende Kritik der Werkträgern des EKO aus seiner künstlerischen Isolierung herauskommt und den Weg zum sozialen Realismus findet.«<sup>4</sup> Im Besucherbuch liest sich das dann so: »Einige Studien von kämpferischen Diskussionen fehlen, wo unsere Kumpel Vorschläge bringen«,<sup>5</sup> usw. Aber auch: »dass Sie, Prof. Nerlinger, hierherkamen und mit nahezu

<sup>4</sup> Stiftung Archiv Akademie der Künste (SAdK), Nerlinger-Archiv, Nr. 80, Stellungnahme zu einem Artikel über die Ausstellung »Mit Zeichenstift und Pinsel im Eisenhüttenkombinat Ost«, in: *B.Z. am Abend* vom 15.11.1952.

<sup>5</sup> SAdK, Nerlinger-Archiv, Nr. 107.

60 Jahren noch als Lernender, ist uns und sollte vielen Vorbild sein«. Und resümierend: »Alles in allem muss man sagen, dass sich Prof. Nerlinger große Mühe gibt und dabei gute Erfolge zu verzeichnen hat.«<sup>6</sup> An der Neuen Stadt erprobte sich die offizielle Kunst der DDR.

### 3. 10 Jahre Stalinstadt: die Gründergeneration feiert sich selbst

10 Jahre nach dem ersten Spatenstich war die Zeit der Provisorien und des Aufbruchs vorüber. Das Werk produzierte weit über die geforderten Eisenmengen hinaus, die Stadt war weitgehend fertig und präsentierte sich als modern, gut ausgestattet und als Anziehungspunkt für junge Menschen. »Wenn Du nur mit jungen Leuten arbeiten willst, dann musst du nach Stalinstadt gehen,« brachte eine um 1960 Zugezogene den allgemeinen Tenor der damaligen Zeit auf den Punkt. Das Motiv der jungen, jugendlichen und modernen Stadt wird in der essayistischen Literatur der Zeit leitmotivisch wiederholt, wenn es um die neue Stadt an der Oder geht. Zugleich hatte sie jedoch ihre Stellung als »Aufbauschwerpunkt Nummer 1« abgegeben: Hoyerswerda und das Braunkohleveredelungskombinat Schwarze Pumpe, dann Schwedt mit seinem Erdölverarbeitungswerk waren aufgrund der Wirtschaftsplanungen der DDR in den Vordergrund gerückt. Zudem hatten der 17. Juni 1953 und der neue Kurs eine Abkehr vom forcierten Industrialisierungstempo gebracht. In Stalinstadt stand nur das Hochofenwerk und alle weiteren geplanten Werksteile waren auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

In dieser Situation sollte das 10jährige Bestehen von Stadt und Werk gefeiert werden. Themen, Formen und Rahmenbedingungen waren Ausdruck der Zeit und werden im folgenden fragmentarisch wiedergegeben.

Nach der Bitterfelder Kulturkonferenz des Jahres 1958 und dem Beginn der Brigadewegung unter dem Motto »sozialistisch arbeiten, lernen und leben« sollten aus den Betrieben heraus die Menschen in breitem Umfang am Sozialismus quasi als kulturellem Entwicklungsprojekt teilnehmen. Die Kreisleitung der SED fasste den Plan, das Stadtjubiläum zur Darstellung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu nutzen und zugleich den aktuellen politischen Kampagnen der Zeit einzufügen. Der im folgenden zitierte Beschluss zeigt die ideologische Programmatik:

»Die Hüttenspiele sind eine neue Form des künstlerischen Massenschaffens. Ohne eine durchgehende Handlung werden sie die 10 Jahre schwerer und erfolgreicher Aufbauarbeit in der 1. sozialistischen Stadt und des Werkes so deutlich machen, dass jeder begeistert wird von der großen Kraft und Stärke der Volksmassen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse ... Im Hüttenspiel wird stark mit Massenchören, Tanzgruppen, Sprechchören und anderen

<sup>6</sup> Ebda.



Abb. 3: Aufführung des Singspiels »Blast das Feuer an«, 1960; Foto: W. Timme.

Massenszenen gearbeitet ... Vier typische Figuren werden durch das gesamte Spiel hin laufen: Es sind diese: Eine Genossin, ein ehemaliger Landarbeiter, ein sogenannter Goldgräber, der nur seine persönlichen Vorteile beim Bau des Kombinats sieht, und ein Angehöriger der alten bürgerlichen Intelligenz. Diese 4 Personen werden sich im Verlauf der Handlung zu den heute typischen Werkstätigen wandeln, nämlich in eine qualifizierte Facharbeiterin mit hoher Arbeitsmoral, in den aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Angehörigen der Intelligenz, in den Angehörigen der Intelligenz, der treu an der Seite der Arbeiterklasse den Sozialismus aufbaut und in den Genossenschaftsbauern, der durch die Arbeiterklasse auf das Land delegiert wurde. Die Auseinandersetzungen zwischen den Nörglern und Zweiflern, die ungläubig waren an der Kraft der Arbeiterklasse, und der Partei steht im 1. Schwerpunkt des Spiels im Mittelpunkt. Ihr wird gegenübergestellt die unbändige Kraft vor allem der Jugend und die große uneigennützig Hilfe der Sowjetunion beim Aufbau des Werkes und der Stadt ...

In der 2. Hälfte des Festspiels wird besonders die Entstehung der sozialistischen Brigaden, ihre Rolle bei der Entwicklung der Automatisierung und der Lösung der Aufgaben des 7-Jahrplanes und damit verbunden die Perspektiven des sozialistischen Aufbaus dargestellt ... Den Ausgang des Spiels bildet eine

große Volkskunstestrade, in der alle vorhandenen Kulturgruppen der Stadt, die nicht unmittelbar im Spiel mitwirken konnten, auf die Bühne kommen und damit praktisch einen Ausblick geben, wie sich mit dem weiteren Vormarsch des Sozialismus immer schneller die kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen entwickeln.«<sup>7</sup>

Es wurde ein detaillierter Plan zur Entwicklung dieser »kulturellen Masseninitiative« erarbeitet, der sich von der kulturvollen Gestaltung von Brigadeabenden über die Einübung von Liedgut und einem Wissens-Toto bis hin zur Formierung von Chören systematisch entwickelte. Binnen eines halben Jahres wurden die Voraussetzungen geschaffen, um unter dem Titel »Blast das Feuer an« ein Massenspiel aufzuführen zu können, das auf der Stalinstädter Freilichtbühne, die durch freiwillige Aufbaustunden errichtet worden war und deren Bühne 1.500 Darstellern Platz bot, in der Festwoche vom 14. – 20. August 1960 allabendlich aufgeführt wurde. Die Autoren Helmut Preißler und Werner Bauer erarbeiteten eine Szenenfolge, die alle im obigen Parteipapier formulierten thematischen Punkte aufnahm. Basis waren die bereits in den frühen 50er Jahren geschriebenen Aufbauromane und eine Chorkantate.<sup>8</sup> Damit hatte die Gründungsgeschichte der Stadt ihren festen thematischen Kanon gefunden. Vom umfangreichen einwöchigen Festprogramm ist vor allem dieses Massenspiel in Erinnerung, wegen der beeindruckenden Kulisse, aber wohl auch, weil es den Konsens der Gründergeneration unter aktiver Beteiligung der Betroffenen formulierte. Man feierte sich selbst.

#### 4. Die Mühen der Ebene als Bilanz – die 60er bis 80er Jahre.

Die Hüttenfestspiele gehörten bis zum Ende der DDR zum jährlichen Festkalender der Stadt. Jedoch wurden die Veranstaltungen zunehmend weniger spektakulär. Nicht mehr der Pathos des Aufbaus, sondern die sozialpolitischen Leistungen der DDR und die Produktionserfolge des EKO standen im Mittelpunkt der städtischen Selbstdarstellung – eine Tendenz, die bereits Ende der 50-er Jahre eingesetzt hatte. Die Utopie wurde zur wahrnehmbaren Realität einer gutversorgten Stadt, die sich nicht scheute, ihre Versorgungsansprüche an den Staat zu richten und als »Zentrum der Arbeiterklasse« notfalls auch durchzusetzen. In Eisenhüttenstadt gab es mehr und schneller Autos als anderswo, eine bessere Versorgung, guten Lohn und manche Besonderheit, auf die die nahegelegene Bezirksstadt Frankfurt/Oder verzichten musste. Dies waren die Kosten einer Art Zufriedenheit, die manch einer als Friedhofsruhe empfand und nach Berlin, Leipzig oder Jena flüchtete. Dennoch: die übergroße Mehrheit der Bevölkerung erwies sich als integriert, und das Vertrauen der Partei war so

<sup>7</sup> *Städtisches Museum Eisenhüttenstadt*, Do 3670/90, Vorlage vom 21.04.1960.

<sup>8</sup> *H. Marchwitz, O. Gerster*, Chorkantate Eisenhüttenkombinat Ost, 1951.

groß, dass Eisenhüttenstadt 1986 die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft mit Saarlouis schließen konnte.

Aufwendige propagandistische Massenspiele wie die Hüttenspiele 1960 wurden nicht mehr organisiert. Das jährliche »Hüttenfest« war zunehmend Volksfest, und es verfestigte sich die Erwartung, dass zu diesem Tag der Staat sein Füllhorn über die Stadt ausschütten würde. Mit entsprechenden Behältnissen versehen, begab sich die Bevölkerung auf den Festplatz. Dennoch, so ein Beteiligter, stand die Kultur eindeutig im Vordergrund. Weiterhin galt die Maxime, eine möglichst breite Beteiligung der Bewohner und der Kulturgruppen zu erreichen. Die Geschichte der Stadt dagegen wurde im Jahre 1970 lediglich in einem Festumzug dargestellt.<sup>9</sup> Aus Anlass des 30. Stadtgeburtstages 1980 wurde als – nun bereits bekanntes – Motto ausgegeben: »In ihrer Gesamtheit und mit größtmöglicher Vielfalt gestaltet, sollten die Festtage Entstehen, Werden, Wachsen und den Optimismus der Stadt und ihrer Bürger zum Ausdruck bringen.«<sup>10</sup>

Diese allgemeine Tendenz, Stadtentwicklung als planmäßigen Fortschritt darzustellen, spiegeln die Publikationen, die anlässlich des 25. und des 30. Jahrestages der Gründung publiziert wurden. Die kämpferischen Bilder sind weitgehend verschwunden, es dominiert die »Lebensfreude«. Vielleicht motivhaft, wenn auch überzeichnet, sei ein Gedicht zitiert, das im »Stadtspiegel«, einem monatlich erscheinenden Veranstaltungsheft, zum Stadtjubiläum erschien ist:

»Wir lieben unsre Heimatstadt, / die Häuser, Läden, Straßen,  
die bunten Blumen überall, / die Büsche auf dem Rasen.  
Mein Vater baut die Stadt mit auf, / und unsre Grünanlagen  
hat Mutter auch mit angelegt, / sogar an Regentagen.  
Die Eltern haben viel geschafft. / Das müssen wir auch pflegen,  
Hee, tretet nicht den Rasen fest, / bleibt bitte auf den Wegen.  
Wie schön ist unsre Heimatstadt / im Schmuck der roten Rosen.  
Doch jede Blume braucht den Schutz / der Kinder und der Großen.«<sup>11</sup>

In einer Broschüre, die der Rat der Stadt 1980 anlässlich des 30-jährigen Stadtgeburtstags herausgab, dominiert die lokale Leistungsbilanz der sozialpolitischen Erregenschaften gegenüber der geschichtlichen Darstellung.<sup>12</sup> Die Stadt verortete sich

<sup>9</sup> Stadtarchiv Eisenhüttenstadt (StA Ehs), RS 1970, T. 1, Oberbürgermeister Viertel: Ausführungen zur Ratssitzung am 9.1.1970, Redeexposé.

<sup>10</sup> *StA Ehs*, RS 1980, Plan der kulturellen Veranstaltungen anlässlich des 30. Jahrestages von Eisenhüttenstadt, Vorlage zur Ratssitzung vom 01.04.1980.

<sup>11</sup> *M. Klinkhardt*, in: *Stadtspiegel* H. 6, 1980.

<sup>12</sup> Rat der Stadt Eisenhüttenstadt, Abteilung Kultur (Hrsg.), 30 Jahre Eisenhüttenstadt, Eisenhüttenstadt 1980. Nach Auskunft des damaligen Stadtrats für Kultur war diese »Festschrift« durch die SED-Kreisleitung verantwortet.

zugleich in der Geschichte der DDR:

»Jede Familie in unserem Lande ist in irgendeiner Form mit dieser Stadt und mit dem Eisenhüttenkombinat Ost verbunden. Das kann man im 30. Jahr des Bestehens von Stadt und Werk hundertfach belegen.

Eisenhüttenstadt heute – das sind nicht nur die 48.600 Einwohner, die ihre Stadt lieben und pflegen.

Eisenhüttenstadt heute – das sind über 30 Betriebe, die an der Seite des Eisenhüttenkombinats Ost wachsen – deren Werkstätige zum Wohle unseres Volkes den Reichtum der Republik mehren.

Eisenhüttenstadt heute – das ist eine Stadt der Jugend, des Sportes, der Lebensfreude und Kultur. Das Durchschnittsalter der Bewohner von 31 Jahren spricht dafür ...

Eisenhüttenstadt heute – das ist ein Kind unserer Republik, gestärkt in unzähligen Klassenschlachten, gewachsen an der Kraft seiner Erbauer und jener, die heute, 35 Jahre nach der Befreiung unseres Landes vom Hitlerfaschismus, der Stadt ihr Gepräge geben, – entstanden zehn Monate nach Gründung der Republik, erstarkt und entwickelt dank der klugen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Eisenhüttenstadt heute – das ist eine Stadt, die ein bedeutendes Kapitel der Geschichte unserer Republik mitschrieb, weil diese Republik ihre erste neubaute Stadt, ihr metallurgisches Zentrum, wie einen Augapfel hütete, sich ständig um das Wachsen und Werden ihres ersten Sprosses, der nun das stattliche Alter von 30 Jahren erreicht, mühte.«<sup>13</sup>

Lassen wir die Jahre zwischen 1960 und 1989/90 Revue passieren, so fällt eine Dreipoligkeit der städtischen Selbstdarstellung auf: Die Darstellung der produktiven Kraft des EKO,<sup>14</sup> die Bemühungen um die soziale Zufriedenheit der Bewohner der Stadt sowie, drittens, die historische Entwicklung der Stadt im Rahmen der Geschichte der DDR, deren Darstellung wiederum Wandlungen unterworfen war: Auffallend ist nämlich in den 80er Jahren die Aufwertung der ehemals eigenständigen, 1961 eingemeindeten Stadt Fürstenberg, deren Kern 1985 unter Denkmalschutz gestellt wurde und die Sitz des Eisenhüttenstädter Heimatmuseums wurde, und deren Sanierung

<sup>13</sup> Ebda., S. 7.

<sup>14</sup> Betriebsparteiorganisation des VEB Bandstahlkombinat »Hermann Matern«, Eisenhüttenkombinat Ost (Hrsg.), Unser Friedenswerk. Betriebsgeschichte des VEB Bandstahlkombinat »Hermann Matern«, Eisenhüttenkombinat Ost, 3 Teile, Eisenhüttenstadt 1973 – 1978; Arbeitsgruppe »Patriotische und internationalistische Erziehung im mathematischen, naturwissenschaftlichen und polytechnischen Unterricht« der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Frankfurt/Oder (Hrsg.), Unser Friedenswerk an der Oder. Wissenswertes über Geschichte und Produktion des VEB Bandstahlkombinat »Hermann Matern«, Eisenhüttenkombinat Ost, 2 Teile, Eisenhüttenstadt 1979, 1986.

Ende der 80er Jahre begonnen wurde. Zu dieser Zeit wurde auch die Gründungsstadt der 50er Jahre kulturgeschichtlich verortet, indem die Neustadt als bauliches Flächen- denkmal 1984 unter Schutz gestellt wurde.<sup>15</sup>

##### 5. 50 Jahre Eisenhüttenstadt – eine Stadt auf der Suche nach sich selbst

Mit der friedlichen Revolution von 1989 änderten sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerade für eine so eng mit der DDR verbundene Stadt wie Eisenhüttenstadt vollständig. Die städtische Vergangenheit galt nunmehr als Belastung, und ein historisches Interesse kam überwiegend von außen. Ausstellungen, Kongresse und architekturhistorische Veröffentlichungen summierten sich in den 90er Jahren.<sup>16</sup> Während das Stadtjubiläum 1990 unter dem Eindruck der Veränderungen vornehmlich als Volksfest über die Bühne ging, wurde der 45. Geburtstag 1995 lediglich mit einer Kunstaussstellung begangen. In der Stadt selbst spielten Debatten um Straßenumbenennungen, den Stadtnamen und das Stadtwappen eine Rolle. Die politische und generationelle Spaltung der Stadt ist offensichtlich.

Im Jahr 2000 nun bestand die eigentümliche Situation, dass die Stadt ihr Jubiläum zwar feiern wollte, aber dies möglichst, ohne Position zu ihrer Geschichte zu beziehen. Es zeigte sich ein Auseinanderfallen von offizieller Geschichte und individuellem Erleben – »eine Stadt auf der Suche nach sich selbst«.<sup>17</sup>

Es bestand darüber hinaus eine augenfällige Kontinuität der Programmvorstellungen und ihrer Begründung: Es gibt ein Volksfest, begleitende Kultur- und Sportveranstaltungen, die Stadt wird hübsch gemacht. Sprache und Ziele zeugen davon: »Die Sanierung von Freiflächen ist unmittelbar nach der Gebäudesanierung vorzunehmen. Die Wohnumfeldgestaltung kann zu einer optimistischen Grundhaltung in der Perspektivdiskussion Eisenhüttenstadts und zur Heimatfindung ... führen.«<sup>18</sup> In einer ersten Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 1997 wurden

<sup>15</sup> Bereits 1976 erschien eine Broschüre der Stadtverwaltung (Hrsg.), Synthese Architektur und Bildende Kunst, gefolgt 1988 von *dies.* (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Architektur, Denkmale, Bildende Kunst; und, nunmehr nach der Wende, *dies.* (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Architektur – Skulptur – Stadtbilder, 1998.

<sup>16</sup> Neben den Architekturgeschichten von Durth, Knauer-Romani und May (s. A 1) vgl. R. Beier (Hrsg.), aufbau west aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt. Buch zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 16. Mai bis 12. August 1997, Ostfildern-Ruit 1997; *Ak. der Künste, Abt. Baukunst* (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Vor-Ort-Seminar in Eisenhüttenstadt vom 13.-19. Oktober 1993. Dokumentation, Berlin 1994; A. Ludwig, Stadtgeschichte in Eisenhüttenstadt, in: IMS, Heft 2/1995, S. 32-37.

<sup>17</sup> Vgl. Inst. für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin, T. Kotte: Städtisches Museum Eisenhüttenstadt 2000, Ms. 2000.18

<sup>18</sup> Beratung vom 24.09.1997 zum bestätigten Ideenkonzept als Arbeitsgrundlage zur Vorbereitung des Stadtjubiläums im Jahr 2000, Protokoll.

duzende von Programmpunkten aufgeführt, in ihrer breiten Anlage an die in den 70er und 80er Jahren geübte Praxis erinnernd, an deren Realisierung angesichts knapper öffentlicher Mittel allerdings kaum zu denken war.<sup>19</sup> Alle kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Ereignisse des Jahres wurden auf das Jubiläum hin konzentriert, so dass der Festkalender praktisch das ganze Jahr umfasst, beginnend mit der Eröffnung des neuen Standorts für die Stadtbibliothek und ausklingend mit einem »Event« zum neuen Jahrtausend.<sup>20</sup>

Gegenüber den Verhältnissen zu DDR-Zeiten ist vor allem die Breite des nicht-öffentlichen Sektors markant. Konnten vor 1989 sämtliche Kulturgruppen auf die vorgegebenen Termine verpflichtet werden, so war dies nach der friedlichen Revolution naturgemäß anders. Allerdings wurden die bei der Abteilung Stadtmarketing ressortierenden Planungen der Verwaltung kaum mit den Beteiligten kommuniziert, so dass von einem »gemeinsamen Stadtjubiläum« wohl nicht gesprochen werden kann.

Zum anderen fanden moderne Formen des Stadtmarketings Eingang in die Planungen. Die Organisation des zentralen Stadtfestes, vor 1989 Aufgabe des städtischen »Veranstaltungsbüros«, wurde einer kommerziell arbeitenden Agentur übergeben. Ein Logo wurde eigens für den 50. Jahrestag entwickelt, ein Dezernent für die Beschaffung von Spenden und Stiftungsmitteln verantwortlich gemacht.

Betrachten wir nun den Bereich der geschichtlichen Darstellung, so fällt trotz aller Unsicherheit stadtoffizieller Positionen eine zuvor nicht gekannte Intensität auf. Zwar wurde dem Vorschlag einer von der Stadt verantworteten stadtgeschichtlichen Monografie nicht gefolgt, doch erschien bereits im Vorfeld des Stadtjubiläums ein Sammelband mit historischen Beiträgen, der von einer Projektgruppe in ehrenamtlicher Arbeit erstellt wurde.<sup>21</sup> Die Eisenhüttenstädter Geschichtswerkstatt plante eine auf öffentlichen Gesprächsrunden beruhende Publikation, die Landeszentrale für Politischen Bildung Brandenburg publizierte eine historische Übersichtsdarstellung und stellt damit für die Stadtgeschichtsarbeit vor Ort wesentliches, kostenlos zur Verfügung stehendes Material bereit. Die EKO Stahl GmbH, hervorgegangen aus dem Eisenhüttenkombinat Ost, hat eine Firmengeschichte herausgegeben, ein Projekt, das mit großer Energie und binnen kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde. Die Stadtverwaltung veröffentlichte, um die Liste der Publikationen abzuschließen, einen Begleitkatalog zur Ausstellung »Mensch, Industrie, Stadt. 50 Jahre Kunstsammlung Eisenhüt-

<sup>19</sup> Vorlage 083/97 v. 12.03.1997, Entwurf eines Ideenkonzepts zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der Stadtgründung im Jahr 2000.

<sup>20</sup> Kulturspiegel Eisenhüttenstadt, Heft 2/2000, S. 8 f.

<sup>21</sup> *Arbeitsgruppe Stadtgeschichte* (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. »Erste sozialistische Stadt Deutschlands«, Berlin 1999. Das Projekt wurde seit 1995 von der Robert Bosch Stiftung Stuttgart im Rahmen des Programms »Orte deutscher Geschichte in den neuen Bundesländern« gefördert.

tenstadt.«<sup>22</sup> Dagegen konnte eine geplante Neukonzeption der Dauerausstellung des Städtischen Museums, die die Geschichte der »Neustadt« stärker als bisher berücksichtigen sollte, aufgrund geringer Vorlaufzeiten, personeller und finanzieller Engpässe nicht verwirklicht werden können.

So präsentierte sich die Stadt zu ihrem 50. Jahrestag als Mosaik, in dem die öffentliche Hand ihren eigenen Beitrag eher im Repräsentativen, als im Substantiellen sieht. Von Stadtverordneten wurde daher auch die Konturlosigkeit des Programms, Sponsoreinfluss und geringer Bezug zur Stadtgeschichte kritisiert.<sup>23</sup> Nachhaltig wirkende Projekte des Stadtgeburtstages, wie die Dauerausstellung im Stadtgeschichtsmuseum oder eine Monografie über die Stadtgeschichte, die durchaus die Verwendung öffentlicher Gelder auch unter massiven Haushaltszwängen gerechtfertigt hätten, sind nicht umgesetzt worden. Hier wurde, letztlich mit Erfolg, auf das bürgerschaftliche Engagement vertraut. Da gereichte es zum Vorteil, dass das EKO, immer noch strukturbestimmender Betrieb der Region, der Stadt eine Mehrzweckhalle schenkte und damit in den Vordergrund rückte, was der Stadt wirklich fehlte: ein kommunikatives Zentrum.

<sup>22</sup> *Eisenhüttenstädter Geschichtswerkstatt*, Eisenhüttenstädter Lesebuch, Berlin 2000; A. Ludwig, Eisenhüttenstadt. Wandel einer industriellen Gründungsstadt in fünfzig Jahren, Potsdam 2000; EKO Stahl GmbH (Hrsg.), Einblicke. 50 Jahre EKO Stahl, Eisenhüttenstadt 2000; *Stadt Eisenhüttenstadt/Museum* (Hrsg.), 50 Jahre Kunstsammlung Eisenhüttenstadt. Ausstellung Mensch – Industrie – Stadt, o. O. 2000.

<sup>23</sup> Die in einer Sitzung des Kulturausschusses geäußerte Kritik, abgedruckt in »Blickpunkt« vom 25.06.2000, wirkt teilweise überzogen, weist jedoch indirekt auf übergreifende Muster populär inszenierter Stadtfeierlichkeiten hin.

Ulman Weiß

## Vom Umgang mit einem Jubiläum: Erfurt 1992

Als im Jahre 1987 das Jubiläum »750 Jahre Berlin« begangen wurde, und zwar das Jubiläum der »Hauptstadt der DDR«, gab es ein Witzwort: Auf die Frage, was 1492 war, antwortete man, wie man es in der Schule gelernt hatte: »die Entdeckung Amerikas«. – »Ja, das auch«, hieß es dann, aber vor allem: »750 Jahre Erfurt«. Genau das Jubiläum also, das Berlin, ein halbes Jahrtausend später, gerade feierte. Das Witzwort dürfte in Erfurt geboren worden sein, es lief aber durch die ganze Republik: ein freundliche Form des Verspottens der Hauptstadt, die so wichtig genommen werden wollte und sich selbst so wichtig nahm. Ich meine, dass in diesem Witz einiges aufscheint, was belangvoll ist, wenn am Beispiel von Erfurt der Umgang mit einem Stadtjubiläum thematisiert werden soll. Zu sprechen ist nämlich über DDR-Wirklichkeit und über deutsch-deutsche Wirklichkeit – zugleich auch über Alternativen in der Geschichte. Und hierbei soll von der Stadtgeschichte, soweit sie für das Jubiläum beschworen wurde, die Rede sein, nicht aber von Straßenfesten, Multimedia-Shows und anderen Events.

Zunächst aber: Was ist das für eine Stadt, die ihr bevorstehendes Jubiläum damals, im Jahre 1987, wie eine Trumpfkarte gegen die Hauptstadt der DDR ausspielte? Nur ein paar Stichpunkte: Es ist der Ort, an dem im Jahre 742 Bonifatius das Bistum für Thüringen gründete, die Stadt mit der ältesten Hochschule Mitteleuropas, die Stadt der Universitätsgründung im Jahre 1392 (der immerhin viertältesten Universität im Reich nach Prag, Wien, Heidelberg und Köln), die Stadt des Humanismus, in der die »epistolae obscurorum virorum« entstanden, die Stadt, in der Martin Luther Student und Mönch war, eine spätmittelalterliche Großstadt mit etwa 20.000 Einwohnern, eine Quasi-Reichsstadt, die auch nach der Unterwerfung durch den fürstlichen Absolutismus im Jahre 1664 beträchtliche Bedeutung behielt, die Stadt des Unionsparlaments im Jahre 1850, die Stadt des so bedeutenden Parteitages der Sozialdemokratie im Jahre 1891, die Bezirkshauptstadt seit 1952.

Der Plan und die Perspektive waren in der DDR das Bestimmende. Das bedeutete mit Blick auf das Erfurt-Jubiläum im Jahre 1992, dass dieses Jubiläum nun, nachdem das Berlin-Jubiläum das Beispiel gegeben hatte, verantwortungsvoll vorbereitet werden musste: im Frühjahr 1988. Von vornherein war klar: Es musste ein Komitee geben mit dem Sekretär der Bezirksleitung der SED an der Spitze und eine geschichtswissenschaftliche Konferenz mit einem Grundsatzreferat des Sekretärs der Bezirksleitung. Zuerst und vor allem aber musste es Thesen geben: »1250 Jahre Erfurt«.

Diese »Thesen«, im Umfang etwas mehr als 100 Seiten, waren als Abriss der Stadtgeschichte gedacht, weniger eine knappe Darstellung der Geschichte als deren Wertung, sozusagen eine Hermeneutik. Für alles, was stadtgeschichtlich auf das Jubiläum orientiert war, und sei es das kleinste Faltblatt, sollten die »Thesen« als Richtschnur dienen. Das entsprach bewährtem Brauch. Von selbst verstand es sich auch, dass die »Thesen« nur von einem Autorenkollektiv verfasst werden konnten. Die Leitung übernahm Willibald Gutsche, ein Historiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der bekannt geworden war mit Arbeiten über den deutschen Imperialismus und das Kaiserreich und zuletzt mit einer Biographie über Kaiser Wilhelm II.<sup>1</sup>

Gutsche war Erfurter, der der Geschichte seiner Heimatstadt leidenschaftlich zugehen war. Die offizielle Stadtgeschichtsschreibung der DDR-Zeit verdankt ihm viel, fast alles. Auch jetzt, im Frühjahr 1988, war er es, der den Anstoß gab. In einer »Grundkonzeption« legte er dar, was das Anliegen der »Thesen« sein sollte: »Durch verallgemeinernde Wertungen wird der Nachweis geführt, dass die sozialistischen Errungenschaften unserer Tage, die sich insbesondere seit dem VIII. Parteitag der SED bei der Entwicklung der sozialistischen Großstadt vollzogen haben und vollziehen und die Überlegenheit des Sozialismus allenthalben sichtbar machen, das Ergebnis jahrhundertelanger wechselvoller, oft opfervoller Kämpfe und des schließlichen Sieges vieler Generationen unterdrückter, ausgebeuteter Klassen und Schichten, des Strebens fortschrittlicher demokratischer und humanistischer Kräfte und Persönlichkeiten sind.« So zeige sich die Stadtgeschichte als »1250-jähriges Ringen zwischen Fortschritt und Reaktion«, freilich mit dem Ergebnis, dass »wir heute auf den Schultern eines Heeres von Vorkämpfern, vor allem der revolutionären Arbeiterklasse stehen.« Getreu dieser Sicht verstehe es sich von selbst, dass das »progressive Erbe in unserer sozialistischen Gesellschaft aufgehoben ist und als starke Schöpferkraft unserer auf die Zukunft gerichteten Anstrengungen wirksam wird.« Von selbst verstand sich schließlich auch, »dass das überlieferte Stadtbild die in Stein geronnene Chronik jahrhundertelanger schöpferischer Arbeit der Volksmassen ist, auf deren Fundament die heutigen Bewohner den stolzen Bau des Sozialismus vollenden.« Dass dies alles so war, sollten die »Thesen« »überzeugend und massenwirksam« darlegen.<sup>2</sup>

Diese Sprache mag heute befremden, es war jedoch die Sprache, die die Partei pflegte und die sie verstand. Und für die Partei schließlich, die ja zu entscheiden hatte, war das Papier auch verfasst worden. Diese stimmte zu, und im Frühjahr 1989 lag der

<sup>1</sup> Vgl. den Eintrag in: Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1992. Bio-bibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart, 16. Ausg., Berlin 1992, Bd. 1, S. 1171 f. sowie den Nachruf in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt 55, N.F. 2 (1994), S. 137 f. Gutsche's Biographie über »Wilhelm II.: der letzte Kaiser des Deutschen Reiches« erschien 1991 im Berliner Akademie-Verlag.

<sup>2</sup> W. Gutsche, Grundkonzeption für den Abriss »1250 Jahre Erfurt – Thesen« anlässlich der 1250-Jahr-Feier der Stadt, Erfurt 1988, S. 1 f., 3 (Typoskript).

erste Entwurf der »Thesen« vor. Gutachten wurden eingeholt, Veränderungen vorgenommen – alles mit dem Blick zur Bezirksleitung. Auch noch im Sommer 1989, als das Autorenkollektiv zum letzten Mal diskutierte. Dann kam der Herbst, die Wende, und die »Thesen« verschwanden.

Später erlebten sie allerdings eine gewisse Auferstehung als »Kleine illustrierte Geschichte der Stadt Erfurt«.<sup>3</sup> Anders war aber nicht nur der Titel, etwas anders waren auch Konzeption und Inhalt. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg umfasste nun nicht mehr ein Drittel des Textes, sondern weniger als ein Viertel. Im übrigen war die neue Geschichte teilweise, die neueste gänzlich umgeschrieben worden: pikanterweise von den Autoren, die auch die entsprechenden Abschnitte der »Thesen« verfasst hatten. Sie enthielten sich jetzt nahezu jeder Wertung und bemühten sich um eine positivistische Darstellung. Dass der Salto von den »Thesen« zur »Geschichte« und manches andere erklärt werden musste, lag nahe. Der Herausgeber tat das in seinem Nachwort, in dem er die Verbundenheit der Verfasser mit ihrer Heimatstadt herstellte. Aus dieser Verbundenheit sei ein »Beitrag zu einer der Wahrheit verpflichteten Stadtgeschichtsschreibung« geleistet worden, wofür der Umbruch des Jahres 1989 die Voraussetzung geschaffen habe. Forschungsergebnisse, »frei von Tabus, Restriktionen und ideologischen Vorgaben«, könnten und sollten nun vorgelegt werden. In der Kürze der Zeit sei aber nicht mehr als eine kleine Gesamtschau der Stadtgeschichte möglich gewesen. Diese Gesamtschau verlange zunächst einmal das bevorstehende Stadtjubiläum, und zum anderen sei diese nötig »zur Gewinnung einer neuen, von demokratischen Maximen getragenen Identifikation der Bürger mit ihrer Heimatstadt« und unerlässlich auch als Ausgangspunkt für weitere Forschungen »zur Schließung von Lücken, zur Überwindung von Einseitigkeiten und zur Korrektur von Fehleinschätzungen«. Es sei die Absicht gewesen, die Geschichte »sachlich« nachzuzeichnen, dem Leser aber kein Urteil aufzunötigen. Ob dies gelungen sei, möge der Leser selbst beurteilen, der um »Nachsicht« gebeten werde, »wenn ehrliches Bemühen um Aufarbeitung der Vergangenheit hie und da noch weiterer Klärungsprozesse bedarf.«<sup>4</sup>

Als die »Kleine illustrierte Geschichte der Stadt Erfurt« im Frühsommer 1991 erschien, hatte ein Management-Team gerade das Rahmenprogramm für das Stadtjubiläum ausgearbeitet. Das Motto verstand, wie im Jahr von Maastricht zu erwarten, die Zeichen der Zeit: »Aufbruch zum Selbstverständlichen – Erfurt 1250 Jahre in der Mitte Europas«. Man wird dahinter nicht nur Opportunismus sehen dürfen, eher den Versuch einer Positionsbestimmung der Stadt, mit der die Geschichte und die Gegenwart unter einem Leitgedanken verbunden werden sollte. Das »Management-Team Erfurt 1250« bestand zu Beginn aus drei Personen: einem Filmmann, einem Politolo-

<sup>3</sup> W. Gutsche (Hrsg.), *Kleine illustrierte Geschichte der Stadt Erfurt*, Marburg 1991.

<sup>4</sup> Ebda., S. 149 f.

gen und einem Juristen. Der Filmmann aus München wollte einen Film drehen und der Politologe aus Würzburg eine Festschrift machen, zusammengestellt aus kleinen Beiträgen über Erfurter Firmen, die die Festschrift auch finanzieren sollten. Beide verschwanden bald. Der Jurist, auch er aus Würzburg, blieb, nunmehr der einzige in einem Management-Team, in dem Erfurter saßen, nicht zuletzt solche mit kulturpolitischer Kompetenz. Das bedeutete: es gab keinen Erfurt-Film und keine Festschrift – jedenfalls nicht die vorgesehene. Wahrscheinlich hätte es überhaupt keine Festschrift gegeben, wenn sie nicht schon gleich nach der Wende aus persönlicher Initiative vorbereitet worden wäre. Als sie vorlag, bekannte sich der Magistrat zu ihr, finanzierte sie und ließ sie in der Festveranstaltung präsentieren.<sup>5</sup> Es war indes eine Festschrift traditionellen Stils, die das Stadtjubiläum und das Universitätsjubiläum gleichermaßen berücksichtigte, eine Sammlung von Studien zu den unterschiedlichsten Themen von der städtischen Frühgeschichte bis zur Gegenwart. Eingeladen waren Autoren aus Ost und West, Historiker, Philosophen, Kunstwissenschaftler, Theologen, soweit sie mit stadt- und erfurtgeschichtlichen Arbeiten bereits hervorgetreten waren, wohingegen der politische und weltanschauliche Standort kein Kriterium bildete. Ein Makel bleibt jedoch: Der Exponent der Erfurter Stadtgeschichtsforschung in der DDR-Zeit, Willibald Gutsche, war nicht eingeladen worden.

Gutsche wurde, was die Stadtgeschichte betraf, nahezu zur Unperson. Er hatte, die Konstellationen gänzlich verkennend, noch im Sommer 1990 dem neuen Magistrat ein Konzept vorgelegt für eine »geschichtswissenschaftliche Konferenz«: »1250 Jahre Erfurt – Erbe und Auftrag«.<sup>6</sup> Im Plenum sollten Vorträge zur Universitätsgeschichte, zur Kirchengeschichte, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zum Denkmalbestand gehalten werden. In den Arbeitskreisen, die chronologisch gegliedert waren, sollte der Schwerpunkt auf der Neuzeit liegen. Die Referenten, die Gutsche vorgeschlagen hatte, gehörten zum kleinen Kreis der schon lange erfurtgeschichtlich arbeitenden Personen, ergänzt durch zwei, drei Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche. Im Grunde war das Konzept dem Muster geschichtswissenschaftlicher Konferenzen in der DDR verpflichtet. Es wurde einfach vom Tisch gewischt.

Gleichwohl, eine Geschichtskonferenz sollte es geben. Sie vorzubereiten und durchzuführen schrieb sich der gerade wiedergegründete Geschichtsverein, der sich der Unterstützung des Magistrats sicher sein konnte, auf die Fahne. Der Magistrat gab das Geld und die Räumlichkeiten und ließ sonst völlig freie Hand – mit einer Ausnahme: dass Willibald Gutsche nicht als Referent auftrete. Die Freiheit und die Verantwortung, die sich hierdurch auftraten, können nur im Kontrast ermessen werden: Zu DDR-Zeiten hätte eine Arbeitsgruppe der SED-Parteileitung über das Thema, den In-

<sup>5</sup> U. Weiß (Hrsg.), *Erfurt 742-1992: Stadtgeschichte – Universitätsgeschichte*, Weimar 1992.

<sup>6</sup> W. Gutsche, Konzeption einer geschichtswissenschaftlichen Konferenz im Rahmen der Veranstaltung im Jubiläumsjahr der Stadt Erfurt 1992 (Entwurf), Erfurt 1990 (Typoskript).

halt und die Person der jeweiligen Referenten im einzelnen beraten – eben weil Geschichte wichtig genommen und ihr ein bestimmtes bewusstseinsbildendes Potential beigemessen wurde. Nun also völlige Freiheit. Zudem, in Gestalt eines Geschichtsvereins, eine bemerkenswerte bürgerschaftliche Beteiligung; sie verdankte sich freilich zu einem guten Teil dem Umstand, dass es zu diesem Zeitpunkt in der Stadt noch kein Historisches Institut gab, das solch eine Konferenz gemeinsam mit dem Magistrat hätte vorbereiten und veranstalten können.

Die Konferenz, mit der im Juni 1992 die Festwoche begann, hatte erklärtermaßen den Charakter eines Kolloquiums. Die Gesprächsatmosphäre, die gewünscht war, legte das große Thema nahe: »Erfurt – Geschichte und Gegenwart. Bindungen und Verbindungen in Deutschland und in Europa«. Man diskutierte im Plenum und in Arbeitsgruppen, und zwar schwerpunktmäßig über Sachverhalte, die für die Stadtgeschichte wesentlich und prägend waren, beispielsweise über die institutionalisierten Beziehungen zum fortgeschritteneren Rhein-Main-Raum in der Frühzeit, über die ältere Universität, über das Buchwesen im 15. und im 16. Jahrhundert oder über die merkwürdige Stellung der Stadt in der Geschichte als Zentralort, Residenz und Hauptstadt, als zwar natürliches, wirtschaftliches, kirchliches und kulturelles Zentrum von Thüringen, jahrhundertlang aber nicht als politisches Zentrum des Landes. So wie bei diesem Thema war es auch sonst die Gegenwart, die ihre Fragen an die Geschichte stellte. »Bindungen und Verbindungen« zielte auf die Geschichte der Beziehungen, der Einflüsse und der Auswirkungen; methodisch gesehen ging es also um den Vergleich, der es erlaubt, das Besondere erst richtig zu erkennen. Verwiesen sei nur auf Peter Blickles Analyse der Erfurter Reformation, die im Vergleich mit anderen Stadtreformationen als ein »paradigmatischer Fall« erscheint.<sup>7</sup>

Die Ergebnisse des Kolloquiums, als sie später im Druck vorlagen, haben auch im Ausland, in England, in Frankreich, in Tschechien oder in den USA, Aufmerksamkeit gefunden; eine Aufmerksamkeit, die teilweise der Tatsache entsprang, dass das Erfurt-Jubiläum das erste einer großen, bedeutenden Stadt nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> P. Blickle, Die Reformation in Stadt und Landschaft Erfurt. Ein paradigmatischer Fall, in: U. Weiß (s. A 5), S. 253 – 273.

<sup>8</sup> Aufschlussreich die Besprechung von P.G. Wallace in: Sixteenth Century Journal 28 (1997), S. 843 – 849.

Abschließend: Was ist nun der stadtgeschichtliche Ertrag dieses Jubiläums? Zunächst einmal bestätigt sich auf doppelte Weise Bekanntes: Ein Stadtjubiläum wird so oder so politisch instrumentalisiert. Das Beispiel Erfurt zeigt es im Konjunktiv und im Indikativ. Der Systemunterschied kann, mit Blick auf das Erfurter Stadt- und Universitätsjubiläum, geradezu exemplarisch studiert werden. So gesehen erweist sich der zeitliche Zusammenhang zwischen politischem und gesellschaftlichem Wandel als eine glückliche Konstellation. Das Gespür für Geschichtlichkeit, bis dahin eher kümmerlich, war von jetzt auf nachher genauer geworden. Und genauer auch der Blick auf die Stadtgeschichte. Dem Stadtjubiläum kam das zugute, ließ sich doch an der Stadtgeschichte zeigen, was Aufarbeitung der Geschichte, gerade auch der jüngsten, wirklich bedeuten kann: Nicht zufällig war nämlich die einzige Podiumsdiskussion während des Kolloquiums den Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR-Zeit vorbehalten – am Beispiel von Erfurt. Das brachte eine bestimmte Politisierung, die dem Jubiläum auch sonst ein besonderes Profil gab.

Zu fragen bleibt aber, ob die Jubiläen, die in den Folgejahren andere ostdeutsche Städte, etwa Wittenberg, Potsdam oder Rostock, begangen haben, ähnlicherweise vom Zeitumbruch geprägt waren und ob es letztlich so etwas wie ein typisches ostdeutsches Stadtjubiläum der neunziger Jahre gibt.

Volker Kirchberg

## Die McDonaldisierung von Stadtwelten und Stadtimage<sup>1</sup>

### 1. Einführung

Städtische Erinnerungskultur kann auch außerhalb der pointierten Festveranstaltungen von Stadtjubiläen vermittelt und konstruiert werden: Über Häuser, Monumente, Fassaden und andere Codes im städtischen Raum. Sie muss dabei nicht einmal auf realer Geschichte beruhen. In diesem Artikel geht es nicht um die Vermittlung realer städtischer Geschichte, sondern um die Erinnerung an eine Kultur, die so nie stattgefunden hat. Das Erinnern an vermeintliche Ereignisse tritt heute an die Stelle der realen Historie, weil sie als spektakulärer und repräsentativer als die geschichtliche Realität erachtet werden. Stadträume erhalten Hintergründe, die sie so nie hatten, entweder weil es an diesem Ort keine Historie gab oder weil die reale Geschichte aus dem einen oder anderen Grund nicht »attraktiv« genug ist. Damit findet man eine sehr andere, allerdings keineswegs unübliche »Erinnerungssituation« vor.

Ich möchte anhand zweier Theorien, die nicht unbedingt in ihrer Kombination bekannt sein dürften, aufzeigen, dass diese Art städtischer »Erinnerung« eine soziale Wirkung hat – und dass diese Wirkung bewusst und effizient bei der Stadtgestaltung, spezifisch bei der Gestaltung von Stadtzentren, eingesetzt wird. Dabei handelt es sich um den Beginn eines komplexen Forschungsansatzes, der in Zukunft weiter – auch empirisch – ausgeführt werden soll. Ich werde aber versuchen, die eine oder andere Aussage durch Fotos aus Berliner Innenstädten (Kurfürstendamm, Potsdamer Platz) zu konkretisieren.

Von welchen beiden Theorienansätzen gehe ich aus? Zum einen ist es die postmoderne Weiterentwicklung der Theorie des französischen Philosophen Henri Lefèbvres zur sozialen Raumkonstruktion.<sup>2</sup> Lefèbvre begreift städtischen Raum als ein Produkt aus realen, hegemoniale Herrschaft stärkenden und sie reflektierenden Prozessen. Der andere Theorieansatz stammt aus Überlegungen zur heutigen, postmodernen Rationalisierung des Lebens, d. h. zum rationalen, berechnenden und standardisierenden

<sup>1</sup> Artikel beruht auf einem Vortrag auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft »Die Alte Stadt« zum Thema »Stadtjubiläen und Städtische Erinnerungskultur« vom 4. bis 7. Mai 2000 in Trier. Alle Fotos erstellte der Autor. Kommentare per e-mail sind willkommen: V.Kirchberg@t-online.de.

<sup>2</sup> Vgl. H. Lefèbvre, Die Revolution der Städte, München 1972; H. Lefèbvre, The Production of Space, Oxford 1991 (Original in franz. 1974).

Einsatz von Mitteln, mit denen effizienter politische und ökonomische Ziele, zum Beispiel zur Stadtgestaltung, erreicht werden können. Die lückenlose Rationalisierung unserer Tage hat der amerikanische Soziologe George Ritzer als McDonaldisierung bezeichnet.<sup>3</sup>

### 2. Städtische Räume als soziale Konstrukte

Dass manifeste Stadtentwicklung nicht allein auf konkreten Planungen und Umsetzungen, sondern auch auf imaginären Idealen oder Leitbildern beruht, hat schon vor über 25 Jahren Henri Lefèbvre ausgeführt. Er beschreibt die Schaffung städtischer Räume als einen soziologischen Vorgang, der auf Codes aufgebaut ist: Raum und Raumgestaltung ist ein Kommunikationsmedium der Gesellschaft wie auch Sprache oder Bilder, und wie jedes Medium ist auch Raum ein soziales Produkt. Alle Kommunikationsmedien unserer Zeit werden als soziale Kontroll- und Machtinstrumente eingesetzt, und dies gilt auch für den Raum.

Raum ist nie nur physikalischer, sondern immer auch kognitiver Raum. Den unmittelbaren Sinnen gegenüber bleibt dieser kognitive Raum allerdings ohne zusätzlich erklärende Zeichen und Dechiffrierungsangebote verschwiegen. Raum erscheint gesellschaftspolitisch unschuldig, und doch besteht er aus vielen Codes, die, wenn sie »sprechen«, Macht und Kontrolle ausüben. Ideologien werden über die konkrete Raumgestaltung wie über die Imageformung propagiert. Jede Gesellschaftsform hat ihre eigene Raumsprache, schafft also ihre eigenen Räume und wird in ihren eigenen Räumen reflektiert.<sup>4</sup>

Als »Repräsentationen im Raum«<sup>5</sup> bezeichnet Lefèbvre dabei die Elemente der Stadtgestaltung, Bilder, die nur nach einer kognitiven Verarbeitungsleistung, einem bewussten Entschlüsseln ihrer Codes, verständlich sind und zumeist nicht Alltagsleben repräsentieren. Sie werden nach Lefèbvre allein von »Wissenschaftlern, Stadtplanern, Urbanisten, Technokraten und Sozialingenieuren« entworfen und umgesetzt, und sind so eine abstrakte Mixtur aus Fachkenntnis und Ideologie,<sup>6</sup> die zur Realisie-

<sup>3</sup> Vgl. G. Ritzer, Die McDonaldisierung der Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1997.

<sup>4</sup> Vgl. H. Lefèbvre 1991 (s. A 2), S. 25-31.

<sup>5</sup> Vgl. H. Lefèbvre 1991 (s. A 2). In dieser von mir genutzten englischen Übersetzung des französischen Originals heißt der Begriff Repräsentationen im Raum »representations of space« und der Begriff repräsentationelle Räume »representational spaces«.

<sup>6</sup> Mit der italienischen Renaissance (genauer: mit der Verwendung der Perspektive in der Stadtplanung und entsprechenden Bildern) begannen in den westlichen Städten die Repräsentationen im Raum über repräsentationelle Räume zu dominieren. Sozialer Raum wird langfristig produziert und so bewegen sich Raumrepräsentationen in ihm immerwährend zwischen Vergangenheit und Gegenwart hin und her. Die Geschichte des Raumes im Sinne des »Was passierte hier früher?«



Abb. 1: Beispiel für eine historisierende Repräsentation: der BVG-Touristenbus im Pseudogewand der 20er Jahre (Name: »Zille-Express«) vor dem (endgültig geschlossenen) Café Kranzler in Berlin.



Abb. 2: Beispiel für eine historisierende Repräsentation: replizierte Exempel einer vergangenen Zeit »aus eigener Produktion«: Schirmmützen, Orden und russische Puppen.

rung keiner demokratischen Absicherung bedürfen, sondern allein politischer Macht, die durch ihre Repräsentationen im Raum wiederum verstärkt werden.<sup>7</sup>

Repräsentationen im Raum sind nicht unmittelbar erlebbar, sondern immer nur nach kognitiver Entschlüsselung mittels Transmitter (Codes) zu verstehen. Ohne Übersetzung werden sie von der Mehrheit der Bevölkerung nicht verstanden. Lefèbvre bezeichnet diesen so gestalteten Raum auch als »espace conçu«, als »zu begreifenden Raum«. Ein vollständiges Begreifen verbleibt aber immer bei der kleinen Gruppe, die diese Raumrepräsentationen konstruiert hat und die durch die Beherrschung dieser Sprache auch die Herrschaft über die Stadtgestaltung hat. Dieser abstrakte Raum aus Repräsentationen neigt zur Standardisierung, da nur wenige stilbildende Personen immer wieder ihre selben Vorstellungen von Raum verwirklichen. Sie können heute als wichtigste Elemente räumlicher Praxis (d. h. Verhaltensvorgaben im Raum), vor allem in den Stadtzentren, bezeichnet werden.

oder »Was hat sich daraufhin hier verändert?« erhält erst durch Raumrepräsentationen konkrete Bedeutung; vgl. H. Lefèbvre 1991 (s. A 2), S. 37. In diesem Sinne sind auch monumentale Gebäude bestimmter Zeiten Repräsentationen im Raum, die bestimmte, historische Machtkonstellationen dokumentieren.

<sup>7</sup> Ein zentrales Element der Raumschaffung ist die Einschließung einiger in ein Kollektiv und die Ausschließung anderer aus diesem Kollektiv. Erst durch diese Inklusion und Exklusion wird Raum als sozialer Raum definiert; vgl. H. Lefèbvre 1991 (s. A 2), S. 35. Nach Durkheim ist eine kollektive Repräsentation eine Zusammenstellung von Symbolen, der für die Mitglieder dieses Kollektivs eine gemeinsame kognitive und affektive Bedeutung besitzt, und durch die kollektive Erfahrungen, Werte und Verhaltensnormen der Gruppe vergegenwärtigt und dargestellt werden. Sie umfasst nicht nur materielle Symbole, sondern auch gemeinsame Begriffe und Sprache. Sie ist für das Individuum die Vergegenwärtigung einer gesellschaftlichen Wirklichkeit über das eigene individuelle Bewusstsein hinaus und somit ein wichtiges Machtinstrument des Kollektivs.

Als »repräsentationelle Räume« bezeichnet Lefèbvre dagegen die Raumelemente, die ohne weitere kognitive Dechiffrierungsleistung wahrgenommen, über Alltagserfahrungen unmittelbar verständlich werden und gelebt werden. Repräsentationelle Räume sind Räume der alltäglichen Wahrnehmung, Räume, aus den Menschen vor Ort ihren direkten alltäglichen Gebrauchsnutzen und nicht indirekt zum Beispiel einen ökonomischen Tauschwertnutzen oder einen politische Macht kommunizierenden Propagandanutzen ziehen. Repräsentationelle Räume bedürfen keiner Dechiffrierungskompetenz, da sie aus unmittelbar erlebter Erfahrung und eigener Biographie verstanden werden.<sup>8</sup>

An anderer Stelle bezeichnet Lefèbvre diese Räume wegen ihres unmittelbaren Alltagsgebrauchs auch als »espace vécu«, als gelebten Raum. Solchermaßen vielfältig genutzte und interpretierte »absolute« Räume sind auch vielfältiger und urbaner als die durch Repräsentationen im Raum bestimmten »abstrakten« Räume.<sup>9</sup>

Auf den ersten Blick verwirrend mag der Gleichklang der beiden doch inhaltlich so unterschiedlichen Begriffe »Repräsentationen im Raum« und »repräsentationelle Räume« wirken. Diese Begriffe sollen aber auch im Deutschen beibehalten werden. Obwohl es sich um zwei Pole handelt, weist Lefèbvre mit dem Gleichklang auch auf Übereinstimmungen dieser Konstrukte hin. Zum einen wurde schon angemerkt, dass auch abstrakte Räume konkrete Auswirkungen auf das städtische Verhalten haben. Dann werden Repräsentationen im Raum durch alltägliche Nutzer in ihrer privaten Imagination auch zu repräsentationellen Räume umgewandelt (wenn diese Räume nicht als Ganzes leer bleiben und nur repräsentieren): Die nicht raumgestaltende Mehrheit der Bevölkerung sublimiert den Mangel konkreter Mitgestaltung dieser Räume durch eine imaginative Mitgestaltung. Erst mit dieser eigenen Bedeutungszuschreibung nimmt sie diese Umwelt als ihre eigene an. Diese imaginäre Umwelt kann auch als Stadtwelt der Nutzer ohne (zivil)gesellschaftliche Macht bezeichnet werden. Repräsentationen im Raum erhalten so eine eigene symbolische Bedeutung unabhängig von der Bedeutung, die ihre Konstrukteure ihnen geben wollten.

Miles modifiziert Lefèbvres Gegensatz von oktroyierten Repräsentationen im Raum und subjektiven repräsentationellen Räumen, indem er Zweifel an der unmittelbaren Übermittlung der Nachricht durch das Medium Raum erhebt.<sup>10</sup> Für Lefèbvre beruhen Repräsentation im Raum noch auf realen Hintergründen, Inhalte zum Beispiel aus der Geschichte des Ortes, der mit diesen Repräsentationen gefüllt und gestaltet wird. Miles meint aber, dass heute dieser konkrete Bezug nicht mehr zur Stadtgestaltung benötigt wird: Nachricht und Medium bedürfen einander nicht mehr, Repräsentationen im Raum werden auch ohne Bezug zur lokalen Realität gleichermaßen

<sup>8</sup> H. Lefèbvre 1991 (s. A 2), S. 41.

<sup>9</sup> Vgl. ebda., S. 49 u. 52.

<sup>10</sup> Vgl. M. Miles, Art, Space and the City. Public Art and Urban Future, London/New York 1997.



Abb. 3: Beispiel für »Repräsentationen im Raum«: Der skulpturale, aber ansonsten unbevölkerte Vorplatz der Gemädegalerie, Kulturforum Berlin.



Abb. 4: Beispiel für »repräsentationelle Räume«: Gebrauch des Vorplatzes an der Philharmonie durch Skateboarder, Kulturforum Berlin.

überall in der Welt als wahr akzeptiert. Ihre Macht speist sich allein aus dem Spektakel der Zeichensetzungen (Zeichensmittel, Signifikant) ohne einen entsprechenden wirklichen Zeicheninhalt (Objektbezug, Signifikat). Sich auf Roland Barthes' »Zeichenreich« beziehend ist laut Miles heute ein Bezug zu einem realen historisch und lokal existenten Inhalt vor Ort obsolet und virtuelle Erinnerungskultur ohne Erinnerungsfundament möglich. Ich würde in diesem Sinne noch eine Stufe weitergehen und das Spektakel der neuen Repräsentationen im Raum (des, wie weiter unten noch auszuführen ist, »neuen Konsums«) als Angebot einer ausgerufenen »geschichtlichen Tiefe« bezeichnen, bei der es nie eine (oder zumindest nie diese) Geschichte gab. Mit der Erinnerungskultur ruft man Historie, wie weit sie auch in der jeweiligen Erinnerungssituation verzerrt sein mag, ins Gedächtnis zurück. Hier wird »Erinnerung« nur noch simuliert. Es wird sich keiner wirklichen Vergangenheit, sondern nur einer durch das Spektakel schon zur »Geschichte« gewordenen Gegenwart (und Zukunft) »erinnert«, d. h. an die Stelle des repräsentierenden Nutzens von Geschichte gesetzt.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Wie erwähnt, listet Lefèbvre sehr konkret als Verursacher von Raumrepräsentationen den Kreis an »Wissenschaftlern, Stadtplanern, Urbanisten, Technokraten und Sozialingenieuren« auf. Miles stellt nun die Frage, ob diese Gruppe in dieser Rolle der Verstärker affirmativer kultureller Hegemonie verharren und nicht aus ihrer Instrumentalisierung ausbrechen müssten. Allerdings, so Miles, stellen sich Stadtplaner und (City-)Marketingfachleute dieser gesellschaftlichen In-Frage-Stellung ihrer Tätigkeit in ihrer Selbstreferentialität und materiellen Eingebundenheit nicht ernsthaft; vgl. M. Miles (s. A 10), S. 84 u. 87. Bourdieu hat in diesem Sinne festgestellt, dass Intellektuelle »als Beherrschte Teil der Herrschenden« seien. Weil sie selber eine bzw. in einer »art world« (Howard Becker) leben, nehmen sie nur selten so kritisch zur eigenen Gestaltung des Stadtraumes Stellung und müssten deshalb zur oben genannten »Verursachergruppe« gezählt werden. Ein Verhindern dieser Stigmatisierung wäre für die Gruppe der Kunst- und Kulturschaffenden laut Miles nur möglich, wenn sie Raumrepräsentationen als Ideologie und ihre Bedeutung als nicht-realistische Zeichen ohne tatsächlichen historischen Hintergrund im Sinne Barthes entlarven würden.



Abb. 5: Fantasy City: Warenzeichen werden zu Stadtteilnamen: »Quartier DaimlerChrysler«.

### 3. Gestaltungsmacht virtueller Stadtlandschaften

Die Analyse der aktuellen Dominanz von Repräsentationen imaginärer Zeichensetzungen, die losgelöst von realen Stadtstrukturen und Historien sind, findet sich in der aktuellen Literatur zu postmodernen Stadtlandschaften.

Eine zentrale Studie zu dieser Gestaltungsart von Stadtlandschaften hat Hannigan<sup>12</sup> in der Synthese von Theorien der »Urban Political Economy«<sup>13</sup> und der Postmoderne<sup>14</sup> erstellt. Aktuelle Repräsentationen beruhen demnach allein auf dem Konsum simulierter urbaner Erfahrungen. Hannigan nennt diese Repräsentationen im Raum »Fantasy City«. Andere Begriffe, die ähnliches meinen, sind »SimCity« oder »Cathedrals of Consumption«. Die Attraktivität dieser neuen Zentren beruht auf unterhaltsamem Spaß, spektakulärer Technologie, umfassendem Marketing und der Bereitschaft des Publikums, diese Angebote als reale Erfahrung wahrnehmen zu wollen.<sup>15</sup>

Die »themed environments« der neuen »Urban Entertainment Districts« oder »Centers« von »Fantasy City« beruhen dabei laut Hannigan auf sechs Erfolgsregeln:

<sup>12</sup> Vgl. J. Hannigan, *Fantasy City. Pleasure and Profit in the Postmodern Metropolis*, London/New York 1998.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu J. R. Logan/H.H. Molotch, *Urban Fortunes. The Political Economy of Place*, Los Angeles 1987; Sh. Zukin, *The Cultures of Cities*, Oxford 1995; V. Kirchberg, *Stadtkultur in der Urban Political Economy*, in: A. Göschel/V. Kirchberg (Hrsg.), *Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur*, Opladen 1998.

<sup>14</sup> Vgl. M. Featherstone, *Consumer Culture & Postmodernism*, London 1991; J. Baudrillard, *The Consumer Society. Myths and Structures*, London 1998 (franz. Orig. 1970).

<sup>15</sup> Warum sind insbesondere die neuen Urban Entertainment Districts als virtuelle Stadtlandschaften, als Fantasy Cities hierbei so attraktiv? Wie die Einkaufszentren der Vororte haben auch sie den Konsum zum Thema. Der Unterschied liegt aber darin, dass erstere noch reale Gegenstände und Sachleistungen verkaufen, während Urban Entertainment Districts ihre Konsumattraktivität

1. In Fantasy City wird sich von Developern der Stadtgestalt wie von Promotern des Stadtimages bindend an ein inhaltliches Thema gehalten. Wenn es mehrere Themen gibt, die das entsprechende Stadtbild bestimmen, dann sind diese voneinander getrennt in spezifischen »Themenzonen« lokalisiert. Zumeist werden Phantasiethemata aufgenommen, die kaum mit der sozialen oder kulturellen, historischen oder gegenwärtigen Situation verknüpft sind. Die meisten Themen werden global bestimmt und uniform vermarktet.
2. Fantasy City wird aggressiv vermarktet. Es bedarf einer überregionalen Strategie, die das Stadtimage als »Warenzeichen« überall bekannt macht. Teile dieser Stadtlandschaft können auch außerhalb der Stadt vermarktet werden (über eingetragene Warenzeichen wie zum Beispiel »Grand Central Station«, »Piccadilly Circus« für Kleidung, Parfüms, Restaurantketten etc.),<sup>16</sup> wie aber auch Stadtlandschaften in ihre Namen bekannte Markennamen aufnehmen können und Urban Entertainment Districts dadurch noch bekannter gemacht werden. So wurde New Yorks Theaterdistrikt nach dem Sponsor in »Continental World« umbenannt, und der Potsdamer Platz in Berlin besteht bisher aus zwei Stadtteilen, die mit den Namen »Quartier DaimlerCrysler« und »Sony Center« bezeichnet werden.
3. Fantasy City versucht, Tag und Nacht geöffnet zu sein, um den innerstädtischen Freizeitbedürfnisse der Baby Boomers, der Generation X und der Touristen zu entsprechen.
4. Fantasy City ist ein modulares Konzept, d. h. es mischt scheinbar unzusammenhängende Angebote, um Vielfalt und damit Urbanität vorzutäuschen. Dabei ist diese Mischung wiederum allerdings global sehr homogen: Man findet in Urban Entertainment Districts immer Themenrestaurants, ein großes Multiplex-Kino, ein IMAX-Kino, große Platten- und Bücherladenketten und einige interaktive Spielflächen mit elektronischen Spielen. Bei staatlich geförderten Urban Entertainment Districts findet man zudem noch ein Aquarium, ein Sportstadion oder eine Sportarena, ein Theater, ein Science-Museum oder andere popularisierte Museen.
5. Fantasy City ist zwar eine Simulation »idealer« Umwelten, sie hat aber konkrete Folgen: Sie trennt Bevölkerungsgruppen voneinander und bildet Schwellen zu benachbarten Stadträumen. Diese außerhalb liegenden, »fremden« Stadträume werden als Bedrohung der eigenen Lebensweise verstanden. »Städte der Illusion« müssen deutlich von der durch Armut und Kriminalität geprägten realen Stadt (in den USA zumeist geographisch in unmittelbarer Nähe) abrücken, sei dies durch sym-

in der Virtualität ihrer Angebote finden. Die explodierende Kaufkraft der Mittelschicht findet ihre Auflösung nur noch in dem Konsum der Simulation, der Fantasie; vgl. J. Hannigan (s. A 12), S. 84.

<sup>16</sup> Mit dem Namen »Cheers Bar« wird auch eine Gaststättenkette vermarktet, die es vermeintlich in Boston gibt. Tatsächlich ist diese Bar aber nur die Erfindung einer erfolgreichen TV-Serie.

bolische Schwellen der Raumrepräsentationen oder durch konkrete Barrieren (Autobahnen, Eisenbahnstrecken, Mauern etc.). Kann die Illusion einer sicheren Stadt nicht mehr aufrechterhalten werden, dann würde das Stadtmarketing unwiederbringlich geschädigt.

6. Fantasy City ist postmodern, weil es wegen der Kontingenz der Angebote nicht unmittelbar als artifiziell wahrgenommen wird. Es ist eine technische Konstruktion aus Simulationen, virtueller Realität und dem Erlebnis des »urbanen« Spektakels. Viele Konstrukteure, z.B. des Disneykonzerns, arbeiten heute in Developer- und Design-Firmen für die Gestaltung von Urban Entertainment Districts.

#### 4. Das McDonaldisierte Stadtimage

Die McDonaldisierungsthese Ritzers ist die Theorie, die sinnvoll eine Aktualisierung der Theorie Lefèbvres zur sozialen Raumkonstruktion vorantreiben kann. Dabei sind Urban Entertainment Districts gute Beispiele für die McDonaldisierung sowohl der konkreten Stadtentwicklung wie der imaginären Stadtbildgestaltung.

##### 4.1 Grundlagen der McDonaldisierung

George Ritzer entwickelt seine These der McDonaldisierung als gesellschaftlichen Megatrend<sup>17</sup> aus einer organisationssoziologischen Aktualisierung der Rationalisierungsthese Max Webers.<sup>18</sup> Er postuliert die ubiquitäre Einführung der formalen Rationalität in der Moderne.<sup>19</sup>

Ritzer hat dafür die in Wissenschaftskreisen manchmal als unglücklich bewertete Bezeichnung McDonaldisierung geschaffen, weil er in dieser weltweit agierenden Fast-Food-Restaurantkette den Prototyp der aktuellen Rationalisierung der Gesell-

<sup>17</sup> Vgl. G. Ritzer (s. A 3); G. Ritzer, *The McDonaldization Thesis. Explorations and Extensions*, London 1998; G. Ritzer, *Enchanting a Disenchanted World: Revolutionizing the Means of Consumption*, London 1999.

<sup>18</sup> Vgl. M. Weber, *Die protestantische Ethik und der »Geist« des Kapitalismus*.

<sup>19</sup> Um vorgegebene Organisationsziele optimal erreichen zu können, bedarf es unumstößlicher Regeln, die einzelne Organisationen (z.B. Behörden) oder gesellschaftliche Institutionen (z.B. Marktgesetze) gestalten. Mit dem Verfahren der formalen Rationalität ist der einmal als optimal bestimmte Mitteleinsatz institutionell über Zeit und Raum unveränderbar festgelegt. Dabei werden Organisationsprozesse in exakt definierte Teilaufgaben zerlegt, für die Personen oder Gruppen (in der Bürokratie: Ämter und Abteilungen) zuständig sind. Personen und Ämter erledigen allein diese ihre Teilaufgaben, ohne das Gesamtbild, d. h. Gesamtstrategie und Organisationsziel kennen zu müssen. Wenn alle Beteiligten ihre Teilaufgaben in der vorgegebenen Art und Weise absolviert haben, dann wird, so die Logik der formalen Rationalität, durch das Zusammensetzen des Puzzles optimal das vorbestimmte Ziel erreicht.



Abb. 6: McDonaldisierung einer Stadtlandschaft: Schließung unprofitabler Kinos am Kurfürstendamm zu Gunsten der Multiplexe am Potsdamer Platz.

schaft ausmacht. Aus der empirischen Analyse des Erfolges dieser Restaurantkette und aus der theoretischen Fundierung der Rationalisierungsthese Webers benennt Ritzer vier Elemente der McDonaldisierung:<sup>20</sup>

- Unter »Effizienz« versteht Ritzer die Verwendung bestmöglicher Mittel, um exakt definierte Organisationsziele zu erreichen. Das Vorbild des Fast Food bietet eine effiziente Methode zur Befriedigung und zum Wecken von Bedürfnissen.
- Unter »Berechenbarkeit« versteht Ritzer die Quantifizierbarkeit der Arbeitsabläufe, der Außendarstellung und der Erfolgsmessung.

<sup>20</sup> Vgl. G. Ritzer (s. A 3), S. 28 – 30.

- Unter »Vorhersagbarkeit« versteht Ritzer das Erwarten und Einhalten routinierter Abläufe. Dazu gehören auf Seiten der Anbieter feste Verfahrensabläufe und auf Seiten der Nachfrager exakte Erwartungen an die nachgefragte Leistung, also eine Standardisierung der Angebote.
- Unter »Kontrolle« versteht Ritzer die Überwachung des menschlichen Verhaltens auf Abweichungen vom organisatorischen Regelwerk. Auf Seiten der Konsumenten spricht Ritzer hier von suggerierenden Verhaltensmanipulationen, also der unbewussten Kontrolle durch Suggestion.

Mehrfach wurde Ritzers Fokussierung auf Webers Rationalitätstheorie und auf die Produktionsebene kritisiert, weil zum einen Webers Definition der Rationalität aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts stammt, also veraltet sein könnte, und zum anderen Produktionsfaktoren heute weniger bedeutend für die Gestaltung der Gesellschaft wären.<sup>21</sup> Die suggestive Dimension des Bedürfnisses nach Konsum und Hedonismus und die zunehmende Bedeutung des Konsums als ökonomisch und sozial gestaltender Faktor konnten damals noch nicht genügend berücksichtigt werden. Rationalisierung sei zwar ein Phänomen der Moderne, Ritzer habe es aber versäumt, McDonaldisierung auch als aktuelles Phänomen der Postmoderne darzustellen. Ritzer reagiert nun auf diese Einwände und beschreibt als weitere Dimension der McDonaldisierung ihre konsumorientierte Ausrichtung. Bisher nicht als Produkte »mit Tauschwert« wahrgenommene Lebensbereiche werden vermarktet und effizient, berechenbar, vorhersagbar und kontrolliert, d. h. suggestiv mit den Mitteln des konsumorientierten Marketings, an den Konsumenten gebracht. McDonaldisierte Einrichtungen sind in dieser erweiterten Definition in der heutigen Gesellschaft wichtige neue Konsummittel («new means of consumption» – in Anlehnung an den hergebrachten Begriff der »Produktionsmittel«). Der Markt erzielt seinen Profit nicht mehr aus Fortschritten in der Produktion, sondern aus den Fortschritten des Marketings der Konsumtion.<sup>22</sup>

In der Postmoderne ist McDonaldisierung die Rationalisierung des Massenkonsums von Symbolen, wobei deren konkrete Nützlichkeit nicht mehr für die Kaufentscheidung bestimmend sei. Vielmehr wird über die effiziente Inszenierung von Symbolen der Erlebnisgesellschaft der Kauf dieser Symbole und nicht der Kauf der dahinter stehenden Produkte und Dienstleistungen suggeriert. Die Symbole rücken an die Stelle der Produkte. Gekauft wird die »Verzauberung« eines an sich nüchternen Produktes.<sup>23</sup> Zudem verweist die erfolgreiche Suggestion darauf, dass ein entsprechend

<sup>21</sup> Vgl. B. Smart, Resisting McDonaldization: Theory, Process and Critique, in: *ders.* (Hrsg.), *Resisting McDonaldization*, London 1999; D. Kellner, Theorizing/Resisting McDonaldization: A Multiperspektivist Approach, in: *ebda.*, S. 186 – 206; R. Wynyard, The Bunless Burger, in: M. Alfinio/S. Caputo/R. Wynyard (Hrsg.), *McDonaldization Revisited. Critical Essays on Consumer Culture*, Westport 1998.

<sup>22</sup> Vgl. M. Featherstone (s. A 14).

<sup>23</sup> Vgl. G. Ritzer 1999 (s. A 17).



Abb. 7: McDonaldisierung einer Stadtlandschaft: Zunahme der Ladenketten (McDonald's, H&M, Body Shop etc.) am Kurfürstendamm.

konstruiertes (McDonaldisiertes) Angebot die Nachfrage bestimmt, für den Konsumenten also ausformuliert, was seine zu befriedigenden Bedürfnissen sind.

#### 4.2 McDonaldisierte städtische Welten: Urban Entertainment Districts

McDonaldisierte Welten im Stadtraum sind Einkaufszentren, die zu Mega-Malls mit Unterhaltungscharakter mutieren, zu sogenannten »Urban Entertainment Districts« oder »Centers«. Diese Hybride aus Freizeit und Konsum leben aus dem Wunsch der Konsumenten, das dort Angebotene unter Vermeidung der Bewusstmachung des Angebotes als Simulation als »wahr« zu erleben. Die Synergie von Einkaufen, Unterhaltung, Tourismus, Spektakel und Fun schafft so komplexe, vermischte Umwelten, wobei durch die artifizielle Vielfalt die Illusion von Wirklichkeit noch erhalten bleibt: Eine Prüfung der Umwelt auf ihren Realitätsgehalt wird durch die vielen permanenten Umweltreize, gegen die die Besucher unwillkürlich Wahrnehmungsblockaden errichten, schwierig. Der Prototyp einer McDonaldisierten Einrichtung mit diesen suggestiven Mitteln ist natürlich Disney World.<sup>24</sup>

Der Besucher postmoderner Urban Entertainment Districts mag sich aber auch der vollständigen Kommerzialisierung und der Stadtsimulation bewusst sein. Er verfolgt

<sup>24</sup> Schon in seiner ersten Veröffentlichung demonstriert G. Ritzer (s. A 3) Disneys »Magic Kingdom« als Beispiel par excellence für eine Unternehmung, die nach den Kriterien der McDonaldisierung rational geführt wird. Später zeigt G. Ritzer (s. A 17) auch auf, wie ähnlich Disneyifizierung und McDonaldisierung anhand der postmodernen Dimension sind.

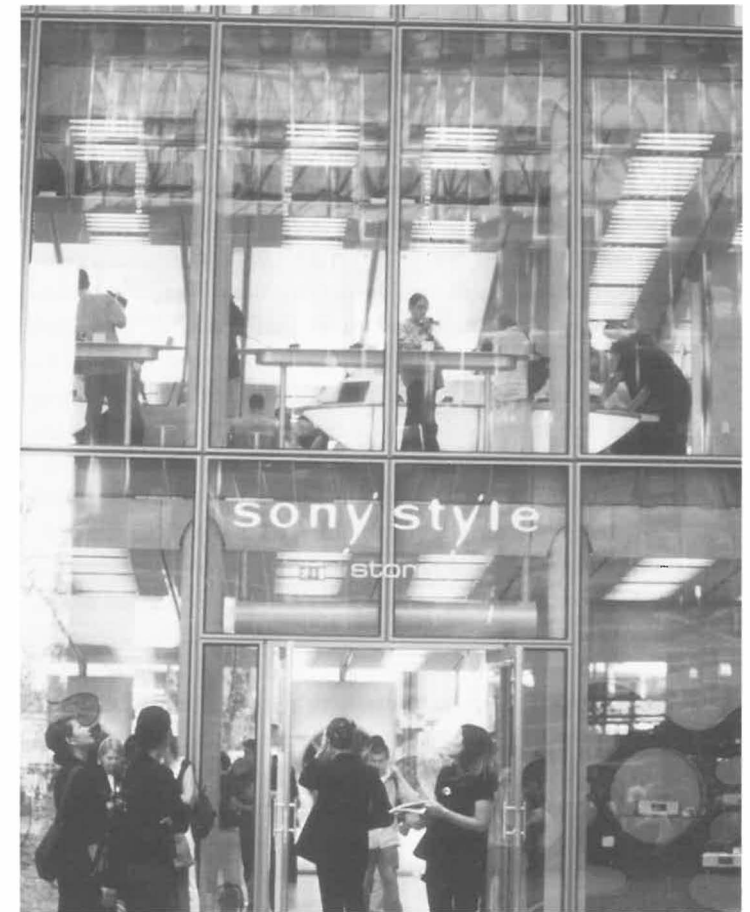


Abb. 1: Beispiel für eine McDonaldisierte Kombination des postmodernen Konsums als Repräsentation im Raum: Sony Style Store am Sony Center.

hier aber auch keine tieferen Ziele und ist im Rahmen eines temporären Wunsches nach Flucht (Eskapismus) eben nur bewusst darauf aus, »zu erleben«.<sup>25</sup> Disney und ähnliche Unternehmen sind auch die wichtigsten Initiatoren und Realisatoren dieser Konsumart durch ihre Ladenketten in Urban Entertainment Centers, wie auch Unternehmen wie Nike oder Sony mittlerweile das Konsumerlebnis im »themed environment« in ihren Spezialläden in den Urban Entertainment Districts aufgenommen haben.

Die Aufgabe eines Urban Entertainment Districts ist es, den Umsatz an diesem Ort zu effektivieren. Die entsprechende Attraktivität des Ortes erreicht man nicht allein

<sup>25</sup> Vgl. M. Featherstone (s. A 14). Erst in der Kombination mit dem Kauf von Produkten vor Ort – sei es im Themenpark oder im Urban Entertainment Center – erhält der Besuch eine Langzeitwirkung in der Erinnerung. Hier wird Erinnerungskultur konkret über den Konsum geschaffen.

über die dort angebotenen Produkte, sondern eher durch die Kombination von Konsum mit einem »urbanen« Erlebnis. Das Sony Center am Potsdamer Platz ist dabei nur ein – vielleicht Berlin und Deutschland angepasstes – halbherziges Unterfangen, wenn man es mit dem neusten Pendant im amerikanischen San Francisco vergleicht. Das dortige »Metreon« (gebildet aus »metro« für urbanes Umfeld und aus »eon« für Versammlungsort!) ist ein Urban Entertainment District aus Fantasy City, aktueller interaktiver Elektronikspiel-Arkade, Science Museum und u. a. einem Sony Style-Shop. Es lohnt sich, aus dem Schriftmaterial zu zitieren:

«Metreon – ein Entwurf für zukünftiges Einkaufen – wurde von einem Team aus Designern und Ingenieuren entwickelt. Das Team gehört zur Sony Corporation of America ... Sein Auftrag? Ein urbanes, interaktives Unterhaltungszentrum zu entwickeln, ausgestattet mit den besten Sony Produkten, um Spitztalente, Leute, Attraktionen, Stil und Marken zu präsentieren ... Wir haben uns überlegt, Synergien zwischen Filmen und Musik des Konzerns einerseits und der Palette der Geräte andererseits zu schaffen. Wir mussten uns fragen, wie wir diese unterschiedlichen Bereiche für das Publikum verbinden und interessant gestalten können. Kinos nahmen natürlich eine Schlüsselrolle ein ... Unter thematischer Unterhaltung [verstehen wir] ... den Übergang von der traditionellen zweidimensionalen Erzählung zu einer 3-D-Umgebung. Bei unserer Adaption von Maurice Sendaks »Wo die wilden Kerle wohnen« ist das fabelhaft gelungen ... Oder Moebius' »Airtight Garage«. Hier wird eine Spielerfahrung mit Computern und verwandter Technologie angeboten – aber die Menschen spielen gegen Menschen, nicht gegen Maschinen ... Unsere dritte Attraktion basiert auf David Macaulays »Mammutbuch der Technik«. Technologien des Alltags werden darin auf witzige und zugleich spannende Weise erklärt ... Dann wäre es auch schon Zeit für einen Lunch bei »Montage«, um hinterher ins Erdgeschoss zu fahren und groß einzukaufen ... Im Sony Style-Shop zum Beispiel präsentieren wir jedes Produkt als »Lifestyle«-Attribut ... Aber nicht nur bei Sony Style. Jedes Geschäft hier hat seine eigene dynamische Erlebnis-Mischung.«<sup>26</sup>

Die Attraktivität dieses Ortes wird bewusst aus dem Erinnern der Konsumentenzielgruppe an eigene biographische Ereignisse geschaffen. Es ist sicherlich nicht zufällig, dass hier für die jüngere Baby Boomer-Generation bedeutende Werke von Popkultur-Autoren wie Sendak, Moebius oder Macaulay in dreidimensionale Unterhaltungsskulpturen umgesetzt wurden, um mit ihnen zu werben. Städtische Erinnerungskultur ist hier nicht mehr historisch oder historisierend, sondern wird vom Cen-

<sup>26</sup> *Sony Europe*, 2000: Sony Style Katalog, Nr. 1, Frühling/Sommer 2000, S. 14; zum Thema Metreon siehe auch: [www.metreon.com](http://www.metreon.com).

ter-Developer direkt aus der biographischen Erinnerung einer heute kaufkräftigen und erlebnisbewussten Generation gezogen.

Dabei fällt die Abkehr von der kombinierten Funktions- und Machtelite der Intellektuellen auf. Konträr zu Lefébvres ursprünglicher Erklärung der Repräsentationen im Raum (und seiner Kritik an den Intellektuellen als Verursacher dieser Repräsentationen) zeigt sich der städtische Raum nun als Produkt einer Gruppe aus »Technokraten und Sozialingenieuren«, die marktgerecht nicht gegen, sondern für die Mehrheit der Bevölkerung und ihren Vorstellungen bauen. Ist die Trennung von Repräsentationen im Raum und repräsentationellen Räumen somit aufgehoben? Heißt dies, dass, wenn man Adornos (und letztendlich auch Lefébvres) Kritik an der Kulturindustrie wiederum als wert-elitär kritisiert, in der entwickelten Kulturindustrie der Urban Entertainment Districts und in der Hinwendung zur »unsichtbaren Hand des Marktes« eine Demokratisierung der Stadtentwicklung erkennt?

Nein, denn Lefébvres Hauptargument des affirmativen Charakters der Repräsentationen im Raum, die Unterstützung kultureller Hegemonien und gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen durch die »Sprache des Raumes« gilt auch weiterhin. Die Abkehr von der Elite der Intellektuellen ist nicht die Abkehr von der Funktionselite der Kaufkräftigen im, wie Lefébvre sagt, »Neo-Kapitalismus«. Die postmodernen Repräsentationen im Raum propagieren eine andere (und eine nicht unbedingt neue) herrschaftsbestimmte und herrschaftsbestimmende soziale Konstruktion von Raum, in der allerdings nun die Simulation McDonaldisierter Stadtwelten als repräsentationelle Räume an vorderster Stelle steht.

Das dem Konsum untergeordnete Leben in seiner Gesamtheit aus Freizeit, Arbeit und Wohnen ist ein effizientes, kalkuliertes, vorhersagbares und kontrolliertes, also McDonaldisiertes Universum, das, so immateriell es in seiner postmodernen Formensprache scheint, zuerst für das Ziel des materiellen Profits instrumentalisiert wird. Der immaterielle Schein, die virtuelle Realität und das Spektakel der immer weiterentwickelten medialen Repräsentationen geht dabei mit einem totalen Verlust an (historischer) Authentizität einher; dieser Verlust wird allerdings – vielleicht mit Ausnahme eines kleiner werdenden Kreises des älteren Bildungsbürgertums – nicht beklagt. Nach Ritzer ist Disney World dabei die postmoderne Zukunft der Gestaltung innerstädtischer Zentren. Dazu gibt es mittlerweile Beispiele in Deutschland. Das Oberhausener CentrO oder der Potsdamer Platz sind aber erst der Anfang einer neuen ahistorischen Erinnerungskultur in neugestalteten konsumorientierten Stadträumen, wie die schon bestehenden Weiterentwicklungen in den USA zeigen.

## Autoren

FRANÇOIS DE CAPITANI studierte Geschichte und Philosophie in Bern. Er war Konservator am Bernischen Historischen Museum und ist seit 1991 am Schweizerischen Landesmuseum als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Forschungsschwerpunkte: Kultur- und Mentalitätsgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Geschichte der Museen.

GERHARD FAIX (1961); Studium der Geschichte und lateinischen Philologie an der Universität Tübingen; seit Oktober 1991 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart; 1996 Promotion; derzeitiges Projekt: »Geschichtskultur im Königreich Württemberg«.

VOLKER KIRCHBERG (1956), ist seit Januar 2001 Professor für Soziologie und empirische Sozialforschung in New Jersey/USA. Er war zuvor als Diplom-Soziologe in der Forschungsstelle Stadtforschung an der Universität Hamburg tätig, hat mit einer Arbeit zum Thema »Kultur und Stadt« im Anschluss an einen USA-Forschungs-Aufenthalt promoviert und dann bis 2000 das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut »Basica« in Hamburg geleitet.

ANDREAS LUDWIG (1954), Historiker; Aufbau des Heimatmuseums Berlin-Charlottenburg zur 750-Jahrfeier Berlins; 1989 – 1992 wiss. Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der TU Berlin im DFG-Förderschwerpunkt »Die Stadt als Dienstleistungszentrum«, Promotion über »Soziale Stiftungen der Stadt Charlottenburg im 19. und frühen 20. Jahrhundert«. Seit 1993 in Eisenhüttenstadt Leiter des »Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR«, Mitarbeit am einem Projekt über die Stadtgeschichte

Eisenhüttenstadts im Rahmen des Programms »Orte deutscher Geschichte« der Robert Bosch Stiftung Stuttgart.

ALICE VON PLATO, Dissertation »Präsentierte Geschichte« (erscheint bei Campus 2001). Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt »Stadtrepräsentationen« der Universität Hannover. Publikationen zur afrikanischen Geschichte, zur französischen Museums- und Weltausstellungsgeschichte sowie zur Geschichte des Holocaust.

ULMAN WEISS, Studium der Germanistik und Geschichte an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1993 an der Pädagogischen Hochschule Erfurt (seit 2001 in Universität Erfurt überführt); Forschungsschwerpunkte: Stadtgeschichte und frühneuzeitlicher religiöser Nonkonformismus.

## Besprechungen

PETER HALL, *Cities in Civilization. Culture, Innovation and Urban Order*, 1998, Paperback edition 1999, 1.170 Seiten, div. Abbildungen, Weidenfeld & Nicholson, Paperback Pfd. 16,99.

Sir Peter Hall ist in der angelsächsischen Welt als ein äußerst produktiver Publizist bekannt. Seine Bücher über »World Cities« (1966), »Great Planning Desasters« (1980) und »Cities of Tomorrow: An Intellectual History of Urban Planning and Design in the Twentieth Century« (1988), und über 20 weitere Bücher sind zu Standardwerken der Stadtplanung(sgeschichte) geworden. Er ist Ehrenmitglied des Royal Town Planning Institute und war Berater des Premierministers für die Urban Task Force. In Deutschland ist er spätestens durch seine (Mit-)Arbeit am Urban 21 Expertenbericht zur Zukunft der Städte auch dem hiesigen Fachpublikum bekannt geworden.

Obiges Werk greift auf andere Publikationen zurück und kann – ohne Übertreibung – als das reife Spätwerk eines der bedeutendsten Planer, Theoretiker und Publizisten des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Das magnum opus besteht aus fünf Büchern: Die Stadt als kultureller Schmelztiegel, die Stadt als innovatives Milieu, die Verbindung von Kunst und Technologie, die Begründung der städtischen Ordnung und die Vereinigung von Kunst, Technologie und Organisation. In diesem Kontext bietet das Werk detaillierte Analysen von 19 Städten und 21 Fallstudien, eine anregende Mischung aus Stadt-, Stadtplanungs-, Technik- und Kulturgeschichte.

Im ersten Buch werden Fallstudien von Athen, Florenz, London, Wien, Paris und Berlin präsentiert. Der zeitliche Rahmen beginnt 500 Jahre vor Christus und endet mit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, beinhaltet also ca. 1500 Jahre

Kulturgeschichte. Von der Philosophie, der Kunst und dem Drama in Athen, dem Theater und den Schauspielern in London, der Oper und dem Walzer in Wien, über die Malerei und die Geburt des Kubismus in Paris bis zum Expressionismus und der Politisierung der Kunst in Berlin reicht das Spektrum der Beiträge. Hall erörtert die Frage, wie Faktoren und Umstände zu einem derartigem kreativen Milieu verschmelzen und goldene Zeitalter für die Städte einleiten.

Der zweite Band mit Fallstudien zu Manchester, Glasgow, Berlin, Detroit, San Francisco/Palo Alto und Tokio beinhaltet die Analyse technologischer Innovationen und ihren Zusammenhang mit Städten und Stadtentwicklung in den letzten 250 Jahren. Die zentrale Frage ist hier, wie innovative Milieus entstehen? Hall bezieht sich hier auf Joseph Schumpeters Konzept, dass auf richtungsweisende Erfindungen ihre massenhafte Anwendung folge und damit ein wirtschaftlicher Aufschwung einhergehe. Schumpeter hatte bemerkt, dass der jeweilige Beginn von Konjunkturzyklen gleichgesetzt werden kann mit einem Innovationsschub durch eine Basistechnologie bzw. deren wirtschaftlicher Verwertung. Dieses Modell der »langen Wellen«, das auf den russischen Ökonomen Kondratieff zurückgeht, hat Hall bereits mehrfach als Erklärungsansatz für technologische Innovationen, wirtschaftliche Anwendungen und räumliche Folgen benutzt. Hall untersucht am Beispiel der Spinnmaschine die Folgen ihrer Anwendung in Manchester, bezogen auf den Schiffbau Glasgow, für die Elektroindustrie Berlin, für die Automobilindustrie Detroit, für Computer und die Informationstechnologie San Francisco und Palo Alto und bezogen auf staatliche Interventionen Tokio/Japan. Die skizzierte Dialektik von Stadt und Technik beinhaltet wechselnde Phasen von spektakulären Booms und dramatischem Niedergang.

Der dritte Band reflektiert die Entstehung der Massenkultur basierend auf Fallstudien zu Los Angeles und Memphis. Nach Hall ist die Massenkultur eine nordamerikanische Erfindung, die sich über die Presse, Film, Rundfunk, Fernsehen, Video und schließlich digitale Techniken ausweitete. Natürlich ist es naheliegend, die Traumfabrik in Hollywood und Los Angeles als Exempel für die Filmindustrie und Massenproduktion sowie Massenkonsumption zu wählen. Für die Musikindustrie und die Geburt des Rock'n Roll wählt Hall Memphis. Vor Begeisterung für die Bluesmusik – die der Rezensent mit dem Autor teilt – blendet Hall den überregionalen Kontext weitgehend aus. Die Bluesmusik entstand im Mississippi Delta in ländlichen Regionen. Memphis bildete nur einen Zwischenstop der Migrationsbewegung der Schwarzen nach Norden während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Metropolen des Nordens, Kansas City, Chicago und Detroit versprachen Jobs und bessere Lebensbedingungen. Hier mutierte der ländliche (schwarze) Blues schließlich vollständig zum urbanen Blues und wurde zur Keimzelle des Rhythm and Blues, bevor er als (weißer) Rock'n Roll seinen Siegeszug um die Welt antrat.

Der vierte und umfangreichste Teil mit der Darstellung der Stadtentwicklung und Stadtplanung schließt den Zeitraum von einem Jahrtausend mit Fallstudien zu Rom, London (1825 – 1900), Paris, New York, Los Angeles, Stockholm und London (1979 – 1993) ein. Die massenhafte Einführung des Pkws beförderte eine Revolution der Lebensstile. Die unterschiedlichen Wege zur »autogerechten Stadt« zeichnet Hall am Beispiel von Los Angeles und Stockholm nach. Die massenhafte Suburbanisierung skizziert er am Beispiel von Levittown, dem größten Wohnungsbauprojekt der Welt in New York mit 17.000 Häusern, und wiederum in Los Angeles. Häuser werden vom Band produziert, fordistische Massenproduktion wie in der Automobilindustrie.

Der fünfte Band schließlich beinhaltet eine Synthese und einen Ausblick auf die Stadt in diesem neuen Jahrtausend. Hall prognostiziert optimistisch ein neues goldenes Zeitalter für die Städte. Er skizziert den Wandel vom industriellen Zeitalter zur Informationstechnologie, die digi-

tales Revolution und die widersprüchliche und ungleichzeitige Entwicklung mit einem Bedeutungsverlust der räumlichen Entfernungen und der wachsenden Bedeutung von face-to-face Kontakten.

Das enorm breitgefaste Zeit- und Themenspektrum in Peter Halls Werk erfordert ein immenses Wissen und eine ausgereifte intellektuelle Kompetenz. Der Buchtitel weckt hohe Erwartungen und natürlich liegt ein Vergleich mit Lewis Mumfords Spätwerk »The City in History« (1961) nahe. Hall bemüht sich – im Gegensatz zu Mumfords chronologischer Darstellung, die aktuelle Trends eher ausspart – um unterschiedliche theoretische Ansätze und versucht sie, mit empirischen Fallstudien zu verknüpfen. Halls persönlicher und theoretischer Erfahrungshintergrund ist dabei erheblich breiter, seine Darstellung präziser und die Bewertungen sind belegt.

Die Auswahl der Fallstudienstädte ist allerdings nicht systematisch begründet und Hall ist nicht überall gleichermaßen »der Experte«. Die Megastädte in Asien, Afrika und Lateinamerika werden kaum erwähnt und auch die Debatte um die Städte und Stadtplanung der ehemaligen sozialistischen Länder wird fast vollständig ignoriert. Die angelsächsische Prägung befördert die Ignoranz der Planungsgeschichte in den Städten der sozialistischen Länder. Dennoch ist das Buch ein Meilenstein, das die stärkere Internationalisierung der Planungsgeschichte vorantreibt.

Hall war und ist nicht nur Hochschullehrer, sondern zudem an diversen Expertisen und Planungen beteiligt. So geht der Vorschlag der Einrichtung von »Enterprise Zones« in Großbritannien nicht zuletzt auf seine Vorschläge zurück. Die Konservativen in Großbritannien um Margaret Thatcher und Michael Heseltine folgten seinen Vorschlägen, die weitgehend auf dem Modell Hong Kong basierten. Die zweite Fallstudie zur Entwicklung Londons (1979 – 1993) ist fast ausschließlich dem Stadtbau in den Docklands gewidmet, eine Evaluierung des Modells der Enterprise Zones und der Urban Development Corporations. Hier brilliert hier mit einer kenntnisreichen pointierten Bilanz, reflektiert (aus heutiger Sicht) die damaligen Positionen und die Entwicklung des größten Bauprojektes in Europa in

den Londoner Docklands. Mit dem Big Bang, der Deregulierung der Londoner Börse wurde der Büroflächenboom angeheizt. Die »top-down Planung« des »flagship-projects« der britischen Regierung negierte konsequent die lokalen Interessen. Die beteiligten Akteure, vor allem Michael Heseltine, gewinnen Kontur und Hall macht ihre Interessen und Ambitionen transparent. Ein faszinierendes Stück britischer Planungsgeschichte wird nachgezeichnet und reflektiert.

London bildet zugespitzt den Ausgangspunkt und das Ende des Bandes. Obwohl Sir Peter Hall in vielen Städten forschte und lehrte, bleibt London »seine« Stadt, Maßstab und Messlatte zur Analyse und Reflektion anderer Städte. Eine umfangreiche Bibliographie (mehr als 2.000 Titel) und ein Register machen das Buch zu einem Meilenstein der Stadt- und Stadtplanungsgeschichte. Bei der Themenbreite kann es nicht verwundern, dass vorwiegend Sekundärliteratur bemüht wurde. Der französische Historiker Henri Pirenne hat einmal formuliert, dass eine Synthese neue Fallstudien herausfordert. Halls Buch sind viele Leser zu wünschen, die Paperbackausgabe ist als preiswert zu bezeichnen. Anregungen für neue komparative Fallstudien sind reichlich gegeben.

Hamburg

Dirk Schubert

TIMO JOHN, *Die königlichen Gärten des 19. Jahrhunderts in Stuttgart, Worms: Wernersche Verlagsgesellschaft mbH 2000, 119 S., Ill., ISBN 3-88462-156-4, DM 49,-.*

Die königlichen Gärten in Stuttgart, d. h. der Schlossgarten, der Rosensteinpark, die Wilhelma und der Park der Villa Berg, sind eine Schöpfung des 19. Jahrhunderts, der im 20. Jahrhundert schwer zugesetzt wurde und die im 21. Jahrhundert von der Vernichtung bedroht ist. Umso erfreulicher ist es, dass nun endlich ein fundierter Überblick über die Geschichte dieser Gartenanlagen entstanden ist. Der Vf. wertet die nicht allzu üppige, dafür aber weit verstreute Gartenliteratur aus und stellt sie souverän in Perspektive. Allein

dadurch kann das Werk als erster Anreiz gelten, die Geschichte der Gartenanlagen, insbesondere was deren Ausschlichtung im 20. Jahrhundert angeht, künftig verstärkt aus den archivalischen Quellen herauszuarbeiten.

Das Werk ist vorzüglich illustriert. Reproduktionen von Karten, Plänen, Stichen, Gemälden und Postkarten geben einen schönen Eindruck vom ästhetischen Reiz der Anlagen. Leider fehlen im Gegensatz zur Wilhelma und zur Villa Berg Innenaufnahmen des Neuen Schlosses und des Schlosses Rosenstein. Was die Illustrierung des 20. Jahrhunderts angeht, ist eine Tendenz zu Luftbildern erkennbar. Doch das, was hinsichtlich einer klaren Übersicht seine Vorzüge haben mag, kann auf der anderen Seite leicht den Blick für die Wahrnehmung am Boden verstellen. Der Park ist nicht nur ein gartengestalterisches Problem, sondern vor allem auch ein Erlebnisraum für Fußgänger. Deren »Bilder im Kopf«, d. h. deren Wahrnehmungen und Impressionen, erläutert der Vf. u. a. anhand von historischen Zitaten.

Neben der Darstellung der Geschichte hat das Werk noch ein weiteres Anliegen, indem es vor den zu erwartenden schweren Zerstörungen der Gartensubstanz warnen will. Auf dem Rücken- deckel heißt es, dass das Buch »vor allem auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Eingriffe in die Parkanlagen und der Umwandlung ihrer Umgebung« zu verstehen sei. Seltsamerweise wird aber in dem ganzen Text das aberwitzige Projekt, das alle Parks gleichermaßen mehr oder weniger stark beeinträchtigt und die Schlossgartenanlagen und den Rosensteinpark weitgehend zerstören würde, namentlich gar nicht erwähnt. »Stuttgart 21« ist das Damoklesschwert über den Anlagen. Auch wenn sich im Verlaufe der letzten Jahre die Absurdität der Vertunnelung des Stuttgarter Hauptbahnhofs vor allem auch in finanzieller Hinsicht immer deutlicher gezeigt hat, so bleibt doch festzustellen, dass Stuttgarter und baden-württembergische Eliten ohne Rücksicht auf Verluste krampfhaft an dem Prestigeprojekt festhalten wollen. »Stuttgart 21« wird so zum wildgewordenen »weißen Elefanten«, der die Gärten endgültig zu zertrampeln droht. Und selbst wenn das Projekt selbst aus wirtschaftlichen Gründen gestoppt werden sollte,

bleibt der mentale Flurschaden im städtebaulichen Bewusstsein, der die Anlagen in den Augen zukünftiger Planer geradezu als »Freiwild« erscheinen lassen muss.

Johns Buch verdient auch deshalb besondere Beachtung, weil es dokumentiert, wie sich in der Vergangenheit einflussreiche Einzelpersonen oder Vereine in Stuttgart für die Gartenanlagen stark gemacht haben, als diese bedroht waren. Insbesondere mag man auf Zitate von Vertretern des Schwäbischen Heimatbundes verweisen (vgl. z.B. S. 34, 40 f.), die zeigen, dass man Heimatschutz einstens tatsächlich als Schutz der Anlagen verstanden hat und nicht wie im Falle von »Stuttgart 21« als gartenarchitektonisch verbrämte Flankierung des Gesamtprojekts im Dienste seiner politischen Durchsetzung.

John verzichtet weitgehend auf eine ansonsten von Kunsthistorikern gerne verwendete Argumentationsfigur in der Beschreibung von Stuttgarter Bauten und Gärten, die da lautet: in Stuttgart seien die einschlägigen Beispiele zwar ganz schön, doch andernorts (besonders in München) sei alles viel ästhetischer und »qualitätvoller«. Die topographischen Besonderheiten der Stadt, die einen kreativen Umgang mit der gegebenen Landschaft und nicht eine schematische Umsetzung künstlerischer Idealvorstellungen forderten, macht Vergleiche zumal schwierig, denn die Qualität des Besonderen muss erst einmal vor den Maßgaben des »reinen Stils« erkannt werden. John identifiziert nun die Wilhelma als eine Schöpfung von »herausragendem überregionalen Rang« (S. 68).

Hinsichtlich der von John selbst intendierten Schutzabsichten taucht allerdings ein Problem auf. Dabei geht es um eine puritistische kunstgeschichtliche Auffassung vom Stellenwert des historisch Veränderten in Bezug auf das heute noch Bestehende. »Eines« stehe, so der Vf., »jedoch fest, den Thouretschen Garten des 19. Jahrhunderts gibt es heute nicht mehr« (S. 46). Das mag durchaus richtig sein, doch die Grundidee, die dahinterstand, ist allen Beschneidungen, Umbauten, Abgängen, Abholzungen, Möblierungen und geänderten Wegführungen zum Trotz nach wie vor da. Der Schlossgarten ist die Talaue des Neesenbachtals (vgl. z.B. S. 43, 53), in dem die um-

liegenden Höhen durch geschickt gewählte Randbepflanzungen integrierte Teile der Anlage sind. An der Mündung des Baches in den Neckar wirken Schloss Rosenstein und die Villa Berg mit den sie umgebenden Parks wie die grünen Eingangspforten in eine Gartenstadt. Wenn man jetzt argumentiert, der Garten sei ja sowieso schon bis zur Unkenntlichkeit entstellt, dann ist es aller Mahnungen zum pfleglichen Umgang mit dem Bestehenden zum Trotz nicht mehr weit, selbst die Argumente für die zu liefern, die da sagen: der Park ist ja schon so stark verändert, dass auch weitere Eingriffe nichts mehr machen.

Hinsichtlich der Modernisierung der Oberen Schlossgartenanlagen, die im Zuge der Gartenschau von 1961 radikal mit dem Überkommenen brach, vertritt der Vf. eine interessante Meinung. Er sieht in dem hier entstandenen »Architekturgarten«, der mit Waschbetonplatten gepflastert ist, ein »einzigartiges überkommenes Zeugnis der Nachkriegsarchitektur«, das »nachhaltig geschützt« gehöre (S. 46). Die Bewahrung des Status Quo ist in Stuttgart bei der »kreativen«, um nicht zu sagen, destruktiven Energie hiesiger Landschaftsarchitekten immer die bessere Lösung. Doch das ausdrückliche Bestehen auf den letzten Ausläufern der Nierentischästhetik, die damit quasi zu »Denkmälern« der Parkzerstörung der 1960er Jahre werden, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie.

Johns Buch wird aufgrund seiner großen Dendichte auch als Nachschlagewerk auf weite Sicht hin nützlich sein und aufgrund seines vorzüglichen Bildmaterials auch gerne zum Schmökern zur Hand genommen werden. Das Werk mag so seinen verdienten Platz in der Reihe der Stuttgart-Literatur finden, die die untergegangenen architektonischen Schönheiten der Stadt im Buch versammeln und die die Betrachter dann zu Entzückungsstürmen hinreißen.

Stuttgart

Winfried Mönch

28. Jahrgang

**2/2001**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



---

Chiara Ghiringhelli  
Marion Wohlleben

---

Geschichte aufheben über Veränderung  
von Bauten

---

Jürgen Trimborn

---

Fortführung des Historikerstreits  
in Denkmalfragen

---

Oliver Schöller

---

Urbanität durch Dichte  
im Großsiedlungsbau der »Neuen Heimat«

---

Dirk Schubert

---

Festival Market Places als  
Revitalisierungsstrategie

---

Julius Mihm

---

Stadtentwicklung zum Beispiel:  
Mengen – eine Kleinstadt in Oberschwaben

---

Kohlhammer

---

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft  
Die alte Stadt und in Verbindung mit  
Helmut Böhme, Eberhard Jäckel,  
Jürgen Zieger und Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 1003 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 1003 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, 10587 Berlin – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut, 37077 Göttingen – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Stephansplatz 5, 20354 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Mittlerer Rainweg 63, 69118 Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, Department of Economic and Social History, University of Leicester – Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, 70174 Stuttgart.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-32 42, Fax (07 11) 35 12-24 18.

*Die Zeitschrift* Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 125,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

## INHALT

## ABHANDLUNGEN

CHIARA GHIRINGHELLI / HANS-RUDOLF MEIER / MARION WOHLLEBEN,  
Geschichte aufheben. Über das Verändern von Bauten unter dem Aspekt der  
»Sinn-Gewinnung« ..... 77

JÜRGEN TRIMBORN, Der Schlussstrich unter eine unbequeme Vergangenheit.  
Die Fortführung des Historikerstreits mittels Re-Inszenierung und Schleifung  
von Denkmälern ..... 92

OLIVER SCHÖLLER, »Urbanität durch Dichte« – ein umkämpftes Konzept.  
Dargestellt am Beispiel des Großsiedlungsbaus der »Neuen Heimat« ..... 111

DIRK SCHUBERT, Festival Market Places als Revitalisierungsstrategie für  
brachgefallene innenstadtnahe Hafens- und Uferzonen in den USA ..... 130

## REIHE »STADTENTWICKLUNG ZUM BEISPIEL«

JULIUS MIHM, Mengen – eine Kleinstadt in Oberschwaben ..... 155

## TAGUNGSBERICHT

MARION WOHLLEBEN, »Denkmalpflege und städtebauliche Entwicklung«.  
Tagung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege in Potsdam vom  
14. – 17. September 2000 ..... 180

DIE AUTOREN ..... 183

## Geschichte aufheben. Über das Verändern von Bauten unter dem Aspekt der »Sinn-Gewinnung«<sup>1</sup>

Umbauten und Umnutzungen haben in den letzten Jahren wieder jene quantitative Stellung im Baubetrieb erlangt, die sie in der historischen Perspektive die längste Zeit hatten: Abgesehen von Perioden mit ausgesprochenem Bauboom bildete die Nutzung der bestehenden baulichen Ressourcen wohl stets den Normalfall. Mit diesen Veränderungen in der Praxis können die Architekturgeschichte und -theorie (noch) nicht gleichziehen. Auch wenn neuerdings ein verstärktes Interesse an der Zeitlichkeit der Architektur zu beobachten ist, nimmt in diesen traditionell auf Innovation und Fortschritt ausgerichteten Disziplinen die Beschäftigung mit dem Bestand, mit dessen Umgang und Umnutzung bislang keinen nennenswerten Platz ein. Die folgenden Überlegungen sollen einen kleinen Beitrag zu diesem Themenkomplex liefern, wobei einerseits die Debatte um Architektur als Erinnerungsträger einbezogen sei, andererseits der Beitrag durch die erneute Diskussion um die Semantisierung von Architektur angeregt wurde.

Wenn Architektur als Ganzes oder einzelne ihrer Bauglieder »Bedeutungsträger« sein können, müsste sich mit verändernden Eingriffen auch ihre Bedeutung oder Aussage ändern; ist sie zugleich Erinnerungsträger, wären *idealerweise* die früheren Bedeutungen in ihr noch enthalten und rezipierbar. Das setzt freilich voraus, dass wesentliche Teile des materiellen Trägers erhalten geblieben, weiterhin anschaulich und damit verständlich sind bzw. wieder verständlich gemacht werden können. Zwar lassen sich analog zur Kulturlandschaft, in der sich die Tätigkeiten der Menschen seit Urzeiten überlagern,<sup>2</sup> auch an Bauwerken – wengleich weniger weit zurückreichend als bei der Landschaft – unterschiedliche Zeit- und Bedeutungsschichten erkennen, aber die Präsenz dieser vergangenen Schichten allein schafft in der Regel weder Erinnerung

<sup>1</sup> Ein Begriff von E. Canetti, Aufzeichnungen 1973 – 84, München 1999, S. 86. – Dieser Aufsatz entstand aus einem mit Forschungsmitteln des Departements Architektur der ETH Zürich unterstützten Forschungsprojekt zum Thema Bedeutungsänderung durch Umbau. Den Vorstehern des Departements Architektur, Prof. Dr. Vittorio Magnago Lampugnani, und des Instituts für Denkmalpflege, Prof. Dr. Georg Mörsch, danken wir für die gewährte Unterstützung.

<sup>2</sup> A. Corboz, Le territoire comme Palimpseste, in: Diogenes 121 (1983), S. 14 – 35; zur Palimpsest-Metapher jüngst auch A. Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999, u. a. S. 229: „Während in der linearen Verlaufsdimension der Geschichte Epochen und Kulturen einander erobern, zerstören, vergessen, lagern sie sich in der Gedächtnisdimension in Schichten übereinander ab und können als Reminiszenzen noch einmal eingesammelt und miteinander verbunden werden.“

noch offenbart sie entsprechende Bedeutungen. »Erst in der kritischen Auseinandersetzung erschließt sich die Qualität der Denkmäler als Träger vielfältiger Erinnerungen, die uns eine Fülle von Einsichten und Erfahrungen aus der Vergangenheit zugänglich machen ... Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Denkmäler selbst nicht durch zeitbedingt oder ideologisch gebundene Geschichtserklärungen manipuliert werden oder dass die unbequeme Vergangenheit kurzerhand durch die Beseitigung ihrer materiellen Zeugnisse ›bewältigt‹ wird.«<sup>3</sup> Das gilt für geplante und ungewollte Zeitspuren und Bedeutungsschichten gleichermaßen. Hier soll aber nicht oder nicht primär von den scheinbar »natürlich« abgelagerten Bedeutungs- und Erinnerungsebenen die Rede sein, jenen, die durch mehr oder weniger regelmäßige Ausbesserungen und Anpassungen an den jeweiligen Zeitgeschmack und Ausbaustandard entstehen – auch wenn diese ja letztlich ebenfalls Resultat einer Summe bewusst vollzogener Eingriffe sind. Vielmehr ist im Folgenden hauptsächlich von solchen Objekten die Rede, die entweder bei ihrer Entstehung oder bei späteren Veränderungen willentlich zu Trägern von Botschaften und Sinnschichten gemacht wurden, die über solche hinausweisen, die unmittelbar mit der Funktion und dem Dekor des Bauwerks zusammenhängen. Wie überhaupt Erinnerungen in einem Bauwerk veranschaulicht werden und wie ein solches »Bedeutungen« tradieren kann, wird dabei nicht als evident gleichsam vorausgesetzt, sondern als Frage mitdiskutiert, zumal wir nicht auf einem Bandmannschen Verständnis von »Architektur als Bedeutungsträger« gründen, in dem die Bedeutungen bestimmter Bauteile und Formen »apriorischen Charakter« haben, diesen also quasi inhärent seien.<sup>4</sup> Vielmehr gehen wir von einem Bedeutungsbegriff aus, der von den Rezeptions- oder allgemeiner: den Kommunikationsbedingungen abhängig ist. Nicht nur »wie aus einer Datei Erinnerung oder aus einer Festplatte Gedächtnis wird«,<sup>5</sup> ist in einer Zeit von Beliebigkeit und Reproduzierbarkeit zu fragen, sondern auch wie Architektur Gedächtnis bewahrt und Erinnerung evoziert.

### 1. Reparaturen und Umnutzungen

In Zeiten beschleunigten Wandels nimmt die Häufigkeit architektonischer Eingriffe zu, so dass heute vor allem die Gebäude des tertiären Sektors aufgrund ihres Repräsentationscharakters einer oft geradezu hektischen Folge von Umbauten ausgesetzt sind. Dagegen reagierte man in der Vergangenheit (und in weiten Teilen der Welt noch heute) baulich wegen des damit verbundenen Aufwands mit einer gewissen

<sup>3</sup> E. Grunsky, Denkmalschutz für Bauten der NS-Zeit?, in: E. Grunsky/E. Klutzing (Hrsg.), Denkmalpflege und Architektur in Westfalen 1933 – 45, Münster 1995, S. 17.

<sup>4</sup> G. Bandmann, Mittelalterliche Architektur als Bedeutungsträger, Berlin 1951 (71981), S. 10.

<sup>5</sup> C. Schwartz, Gegenwartsbewältigung, Die Medien und die deutsche Vergangenheit: eine Debatte in Berlin, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 289 vom 11./12.11. 1999, S. 65.

Trägheit auf Veränderungsreize.<sup>6</sup> Will man diese systematisieren, so lassen sich zwei Hauptkategorien bilden: Reparatur und Wiederherstellung einerseits, Funktions- und Nutzungsänderungen andererseits. Während die quasi alltäglichen Reparaturen, mit denen man dem Zahn der Zeit zu trotzen sucht, für unsere Fragestellung hier weniger von Interesse sind, werden bei der Wiederherstellung von gewaltsamen Zerstörungen diese zuweilen thematisiert. Paradebeispiel hierfür sind Hans Döllgasts Wiederherstellungen etwa der Alten Pinakothek und der Bonifatiuskirche in München nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. Zu nennen wäre aber auch die Reparatur des Wartesaals im Bahnhof von Bologna durch die Architekten Paolo Bulgarelli und Paolo Capponcelli nach dem Bombenattentat vom 2. August 1980, bei dem 85 Menschen und Leben kamen: Stets wurde in diesen Fällen die »Wunde« so geschlossen, dass sie als »Narbe« sichtbar bleibt und durch diese Störung der Erscheinung an die Zerstörung und deren Opfer erinnert.

Ist der Eingriff in diesen Fällen primär vom Grad der Zerstörung abhängig, so ist er es bei Umbauten, die durch Funktions- und Nutzungsänderungen verursacht werden, vor allem von der Flexibilität des Bautypus und der Angemessenheit der neuen Funktion. Während bei der großen Umnutzungswelle im Gefolge der Säkularisation im frühen 19. Jahrhundert die Umwandlungen von Klöstern zu »Anstalten« (d. h. Gefängnissen, Altersasylen, psychiatrischen und anderen Kliniken) gewissermaßen systemkonform waren und mit den vorangegangenen wenigstens teilweise vergleichbare Nutzungen brachten, stellt die gegenwärtige Umnutzungswelle von industriellen Arealen und Bauten ganz andere Herausforderungen. Immerhin waren viele Industrieanlagen darauf angelegt, relativ »neutrale« räumliche Hüllen für nicht architektonisch bestimmte Produktionsabläufe zur Verfügung zu stellen; sie sind daher in ihrer Anlage flexibler als Gebäudetypen, die spezifisch für eine hochspezialisierte Nutzung entwickelt wurden. In der Regel wird in den zur Zeit fast alltäglichen Fällen von Neunutzung einstiger Industrieareale auch keine spezielle Sinngebung gesucht, die über die allgemeine Aussage, an diesem Ort sei früher industriell produziert worden, hinausreicht. Diese orts- und sozialgeschichtlich wichtige Information wird durch die unverkennbare, der traditionellen Industriearchitektur des 19. und 20. Jahrhunderts eigene Typen- und Formensprache, ja oft schon durch die Lage und Dimensionierung der entsprechenden Areale vermittelt.

Was bleibt ist die »Frage, wie das Alte in den neuen funktionellen Zusammenhängen erscheinen oder verschwinden soll«. Dass dabei die Art und die Sorgfalt des Eingriffs auf die Bedeutung – hier primär verstanden im Sinne von Wichtigkeit – und Wertschätzung des Ausgangsgebäudes schließen lässt und selber darauf zurückwirkt, zeigt exemplarisch die Umnutzung der Börse von Amsterdam. Durch die Umwälzun-

<sup>6</sup> Vgl. auch J. Meyer, Von der Kunst, sparsam zu bauen. Zum Problem der Wirtschaftlichkeit in der Architektur, in: archithese 4 (1998), S. 4 – 9.

gen der Finanzgeschäfte wurde 1987 mit dem Auszug der »Optiebeurs« die ursprüngliche Funktion des 1898 – 1903 errichteten Gebäudes hinfällig; zugleich suchte das neugegründete Niederländische Philharmonische Orchester Konzert- und Probenräume. Wollte schon Hendrik P. Berlage mit der Architektur seines Baus »in ihrer Bedeutung weit über die praktische Bestimmung hinausweisen, auf eine harmonische Gesellschaft hindeuten«, <sup>7</sup> so kann der ab 1987 von Pieter Zaanen, Hans Homburg, Rob Metkemeijer und Mick Eekhout realisierte Umbau zum Kulturzentrum mit Konzertsälen als Weiterbauten im Sinne des Erfinders verstanden werden, ein Umbau, durch den der Urban eindeutig geadelt wurde. Berlages in den letzten Jahrzehnten in Amsterdam als Nationaldenkmal und *keymonument* der Weltarchitektur verehrtes Gebäude, das als eine Art Gründungsbau der Amsterdamer Schule (und damit der niederländischen Moderne) gilt, scheint die Verantwortlichen des Umbaus ihrerseits zu innovativen Lösungen motiviert zu haben. <sup>8</sup> So wurde zum Beispiel in die Halle der einstigen Getreidebörse als völlig autonomer Baukörper ein gläserner Saal für Proben und Kammerkonzerte eingestellt, damit dieser und der benachbarte Saal der einstigen Effektenbörse gleichzeitig bespielt werden können, ohne dass umfangreichste Isolationen den Berlagebau verunstalteten.

Als eine Art Gegen- oder Komplementärbeispiel ließe sich der jüngst durch Valerio Olgiati vorgenommene Umbau des »Gelben Hauses« in Flims (Graubünden) zu einem kulturgeschichtlichen Ortsmuseum lesen (Abb. 1). Der relativ schlichte neoklassizistische Bau wurde durch die Entfernung der gesamten Außenhaut inklusive Verputz, Profile und Fenstergewände derart massiv verändert, dass nur mehr die pure Existenz eines dem Umbau vorangehenden Objekts (und bestenfalls dessen klassizistische Proportionierung) erkennbar ist. <sup>9</sup> Ansonsten wird die Architektur als solche – bzw. Olgiatis Verständnis derselben und sein Verhältnis zu den Intentionen seines hier als Stifter auftretenden Vaters – thematisiert, was angesichts der gesichtslosen Allerweltsbauten, die in den letzten Dekaden in Flims entstanden, nicht ohne Hintersinn ist und dem doch eher frivolen Umgang Olgiatis mit dem Altbau als demonstrative Geste eine Bedeutung geben mag.

<sup>7</sup> G. Confurius, Die Börse von Berlage, in: *Bauwelt* 81/18 (1990), S. 899 – 907.

<sup>8</sup> Vgl. M. Eekhout, Der gläserne Musiksaal, in: *Bauwelt* 81/18 (1990), S. 894 – 898.

<sup>9</sup> Vgl. V. Olgiati, Das Gelbe Haus Flims, Umbau 1995 – 1999. Publikation zur Ausstellung an der ETH Zürich, Zürich 1999; M. Tschanz, Eine Provokation für Geist und Sinne, in: *Architektur Aktuell* Nr. 241 (2000), S. 80 – 87.



Abb. 1: Das neue weiße »Gelbe Haus« in Flims nach dem provozierenden Umbau zum Ortsmuseum vom Valerio Olgiati.

## 2. Dekonstruktionen

Dass unsere beiden Hauptkategorien – Wiederherstellung und Funktionsänderung – nicht willkürliche Differenzierungen sind, zeigt sich an Versuchen, sie zu durchkreuzen, d. h. Funktionswandel mit den Mitteln der Reparatur zu veranschaulichen. Wenn einem 1981 zum Bürohaus mit Kleinwohnungen umgebauten spätklassizistischen Wohngebäude an der Nordstraße in Zürich bei dieser Gelegenheit die Fassade völlig aufgerissen und der Schlitz dekonstruktivistisch verglast wurde (Abb. 2), so verkommt hier eine mit dem Bahnhof Bologna scheinbar vergleichbare Maßnahme zur Attitüde und – trotz ihrer Funktionsbedingtheit zur Erweiterung des Treppenhauses – sinnwidrigen Gebärde. <sup>10</sup> Dass die neue Nutzung das alte Gebäude nicht nur verändert, sondern zerstört, wäre allenfalls als Botschaft abzulesen bzw. hineinzudeuten, was aber kaum bezweckt oder reichlich zynisch, in jedem Fall aber von einer übertriebenen Dramatik ist.

Anders im Fall von Günther Domenigs Projekt für das Dokumentationszentrum auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, wo die ebenfalls substanzerstörende Durchbohrung aller Stockwerke des Kongressbaus als Umbaumaßnahme tatsächlich Sinn geben will und auch geben kann. Nachdem das gigantomanische Repräsentations- und Aufmarschgelände der Nazis, das zehnmal so groß ist wie die Nürnberger Altstadt, nach dem Krieg anfänglich ignoriert und dann lange bagatellisiert wurde (indem nicht nur Autorennen, Volksfeste etc. dort stattfanden, sondern noch 1987

<sup>10</sup> Vgl. Zürcher Denkmalpflege, 10. Bericht 2. Teil, Zürich 1986, S. 201 f.



Abb. 2: Nordstraße 9, Zürich. Umbau eines Mehrfamilienhauses in ein Bürohaus mit betont dramatischer Gebärde.

der Umbau in ein Einkaufszentrum erwogen wurde), setzt man sich nun mit seiner Geschichte auseinander und richtet im Kongressbau ein Dokumentationszentrum ein. Domenigs Umbau dekonstruiert im eigentlichen Sinn die Achsialität und Monstruosität des Gebäudes, das nie fertig wurde. Im geplanten Endausbau hätte es selbst sein römisches Vorbild Kolosseum in den Dimensionen um etwa das anderthalbfache übertroffen, 50 – 60.000 Menschen Platz geboten und wäre vollständig mit Granitquadern verkleidet worden.<sup>11</sup> Domenig belässt die Innenräume im Rohzustand und erschließt sie durch einen den nördlichen Kopfbau diagonal durchstoßenden Glas-Stahl-«Pfeil». Gerade in der Differenz des Vorgehens zu Berlages Amsterdamer Börse erscheint Domenigs Maßnahme sinnstiftend, reflektieren die beiden Beispiele doch gewissermaßen die Pole nicht nur der Vorgehensweise beim Umnutzen, sondern auch der gesellschaftlichen Wertschätzung der dafür vorgesehenen Bauten: Das hochgeschätzte Bauwerk, das möglichst unverändert bleiben soll, auf der einen, das unbequeme Denkmal, das dekonstruiert wird, auf der andern Seite. Dabei kann es nicht darum gehen, die NS-Architektur – oder die eines anderen diktatorischen Regimes oder einer anderen wenig geschätzten Epoche – quasi zum Abschluss freizugeben.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> S. Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Schriftenreihe des Staatsarchivs Nürnberg, Bd. 46, Nürnberg 1991, S. 82 f.

<sup>12</sup> N. Huse, Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?, München 1997, (zu Nürnberg S. 46 f.).

Vielmehr ist auch und gerade in solchen Fällen der historische und architektonische Kontext zu erfragen und danach differenziert vorzugehen. Wie kein anderer (erhaltener) Ort erscheint dabei das Reichsparteitagsgelände und sein Kongressbau als Inbegriff jener Architektur, die, wie Hitler vor Ort 1937 explizit forderte, »gleich den Domen der Vergangenheit in die Jahrtausende der Zukunft« hineinragen sollte.<sup>13</sup> Deren anmaßende Präsenz kritisch zu brechen, ist das Ziel von Domenigs Umbau, dessen – durchaus wohlüberlegte – Substanzerstörung gleichsam einer rituellen Zerstörung gleichkommt.<sup>14</sup> Bedenkt man Albert Speers »Theorie vom Ruinenwert«, wonach die NS-Bauten »im Verfallszustand, nach Hunderten oder ... Tausenden von Jahren etwa den römischen Vorbildern gleichen« sollten, um so die »von Hitler verlangte ›Traditionsbrücke‹ zu künftigen Generationen zu bilden«,<sup>15</sup> so wird auch deutlich, warum man die besonders »imperiale« Anlage in Nürnberg nicht nur nicht sorglos umnutzen, sondern sie auch nicht einfach dem natürlichen Zerfallsprozess überlassen kann. Hier macht die »Katastrophenästhetik« des Dekonstruktivismus als »Affekt gegen die verbreitete Gemütlichkeit« tatsächlich Sinn.<sup>16</sup>

Funktionswandel und Reparaturen können sich überlagern bzw. addieren, was – wie bereits mit dem Nürnberger Beispiel angedeutet – vor allem an politischen Bauten von Kriegsverlierern deutlich wird: Anders als Bauten der Opfer und anders auch als funktional unbelastete Gebäude, die jeweils »nur« zu reparieren sind, werden Bauten, die mit der Ideologie des Verlierers behaftet sind, in der Regel auch Funktions- und/oder Bedeutungsänderungen aufgezwungen. Sprechende Beispiele dafür sind zahlreiche NS-Bauten vor allem in Berlin, aber – in seiner Komplexität und Anschaulichkeit ein Musterexempel – auch das Siegestor in München. Im Auftrag Ludwigs I. durch den Hofarchitekten Friedrich von Gärtner 1843 – 47 nach dem Vorbild des Konstantinsbogens in Rom erbaut, erinnerte es an das siegreiche bayerische Heer in der Schlacht bei Leipzig, ohne sich mit seinem Bildprogramm allerdings auf diese konkrete Schlacht zu beziehen. Die Inschrift auf der Attika war denn auch allgemein gehalten: »Dem Bayerischen Heere«. 1944 beschädigten Bomben das städtebaulich

<sup>13</sup> M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen. 1932 – 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Würzburg 1962, Bd. 1, S. 719.

<sup>14</sup> Vgl. dagegen Domenigs und Hermann Eisenköcks Maßnahmen für die museale Erschließung der ruinösen Bergwerksbauten in Hüttenberg-Heft für die Kärntener Landesausstellung 1995, wo eine brückenähnliche Glas-Stahl-Konstruktion die verlassenen Bauten wieder als Ort erlebbar machte, ohne dabei in die Ruinen (zer)störend einzugreifen (was freilich die verantwortlichen Behörden nicht hindert, die Anlage seit Abschluss der Ausstellung völlig zu vernachlässigen); dazu: C. Mayr Fingerle (Hrsg.), Neues Bauen in den Alpen – Architekturpreis 1999, Basel 2000, S. 80 – 88.

<sup>15</sup> A. Speer, Erinnerungen, Berlin 1969, S. 69.

<sup>16</sup> W. Pehnt, Scharf wie ein Rasiermesser. Katastrophenästhetik, zu einer gegenwärtigen Stimmung, in: ders., Die Erfindung der Geschichte. Aufsätze und Gespräche zur Architektur unseres Jahrhunderts, München 1989, S. 246 – 250, bes. S. 246.

sehr prominente, den Abschluss der Ludwigstraße bildende Tor schwer. Das Steinmaterial wurde darauf zunächst geborgen und die Reste des Bogens gesichert. Nach zehn Jahren (1955) musste wiederum gesichert werden und es kam der Gedanke an eine Wiederherstellung des Vorkriegszustands auf, die nur durch Spendengelder hätte finanziert werden können. Dagegen erhob jedoch der Architekt und Professor für Sakralbau und Denkmalpflege an der TU München, Josef Wiedemann, und mit ihm der BDA Einspruch, weil es dringendere Maßnahmen gebe. Er schlug vor, stattdessen das alte Material zu verwenden, soweit es reiche, und die Südseite mit einfachen Kalksteinplatten zu schließen. Die geschlossene Fläche sollte durch eine neue Inschrift bereichert werden. Wiedemann konnte seinen Vorschlag 1956 ausführen. Die stadtseitige Inschrift, mit filigranen Eisenlettern angebracht, lautet: »Dem Sieg geweiht, vom Krieg zerstört, zum Frieden mahnend«.<sup>17</sup>

### 3. Konstruktion von Erinnerung

Wie wird nun die neue Bedeutung, der Bedeutungs*wandel* akzentuiert, wie Erinnerung evoziert? Bleiben wir beim besonders didaktischen Beispiel des Münchner Siegestores.<sup>18</sup> Dort sind drei sich in ihrer Wirkung ergänzende Verfahren zu beobachten:

- a) Die Reparatur mit sichtbar geschädigtem Material (wie bei Döllgast an der Alten Pinakothek und bei weiteren Wiederherstellungen).
- b) Die Schließung von Lücken mit sichtbar anderem Material (wie der verglaste Bombenriss am Bahnhof Bologna).
- c) Die Informationsvermittlung durch entsprechende Beschriftung. Diese muss nicht durch eine die Fakten referierende Informations- oder Gedenktafel erfolgen (wie etwa in Bologna), sondern kann künstlerisch überhöht sein, wie am Siegestor, wo die Inschrift formal der Tradition des Bautypus entspricht, inhaltlich aber mit der Gattungsgeschichte bricht und so zusätzlich Aufmerksamkeit erzeugt.

Inschriften und – allgemeiner – eine neue »Dekoration« sind seit der Antike gebräuchlichste Mittel zur Veranschaulichung von Bedeutungs- und Funktionsänderungen. Dies nicht zuletzt, weil sie eindeutig scheinen, die Intentionen der Umbauinitiatoren jedenfalls am zielgerichtetsten mitteilen, wodurch sie freilich auch besonders zeitgebunden sind. Als frühe Beispiele sind die »Christianisierungen« spätrömischer Saalbauten ursprünglich profaner Funktion zu nennen, so die auf Veranlassung des Goten Valila von Papst Simplicius (468 – 83) zur Kirche S. Andrea in Catabarbara ge-

<sup>17</sup> J. Wiedemann, Bauten und Projekte, Ausstellungskatalog, München 1990; M. Brix, Siegestor. Umdeutung eines Denkmals durch Restaurierung, in: Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland – Geschichte, Organisation, Aufgaben, Beispiele, München 1974, S. 38 – 39.

<sup>18</sup> Dazu auch T. Will, Projekte des Vergessens? Architektur und Erinnerung unter den Bedingungen der Moderne, in: H.R. Meier/M. Wohlleben (Hrsg.), Bauten und Orte als Träger von Erinnerung. Die Erinnerungsdebatte und die Denkmalpflege, Zürich 2000, S. 113 – 132, bes. S. 113 ff.

wehte sog. Basilika des Iunius Bassus am Esquilin in Rom oder – im Gegensatz zu jener noch erhalten – die Kirche SS. Cosma e Damiano am Forum Romanum.<sup>19</sup> Dort ließ Papst Felix III. (526 – 530) einen bereits im 4. Jahrhundert sekundär mit einer Apsis versehenen Saal ebenfalls mit neuer Inschrift und Apsismosaiken dekorieren, übernahm aber ansonsten den prächtigen Raum inklusive seiner Opus sectile-Wanddekoration weitgehend unverändert und führte ihn so als ersten Bau auf dem Forum dem christlichen Kult zu. Zuweilen scheint man sich aber auch mit der Entsühnung alter »heidnischer« Anlagen durch die Anbringung des Kreuzeszeichens begnügt zu haben, womit sie dank einfachsten und zugleich unmissverständlichen Mitteln neuen Funktionen offenstanden.<sup>20</sup>

Nicht einen Funktions- aber einen Bedeutungswandel kommentiert eine Inschrift, mit welcher der Künstler Hans Haacke jüngst die Gemüter erhitzte. In seiner Installation im nördlichen Lichthof des Berliner Reichstagsgebäudes heißt es kurz und knapp »Der Bevölkerung«, womit Haacke einen Kontrapunkt zur Giebelinschrift von 1916 »Dem deutschen Volke« setzt. Gezeigt werden sollte, dass sich das Parlament, das nach über 60 Jahren wieder in dieses Gebäude eingezogen ist, weniger am diffusen und diskreditierten Begriff des Volkes denn an einem antinationalistischen und multikulturellen Bürgerbegriff orientiert, eine Intention, der eben dieses Parlament nur sehr knapp mit 260 zu 258 Stimmen folgen mochte.<sup>21</sup>

Haackes Konzept rechnet mit einer kurzen Irritation beim Lesen seiner Inschrift und der Reflexion der realisierten Differenz zur traditionellen Widmungsinschrift. Damit funktioniert es in ähnlicher Weise wie die beiden anderen Verfahren der Visualisierung von Bedeutungswandel, deren gemeinsame Basis jeweils ein Bruch mit den Wahrnehmungsgewohnheiten, eine Disharmonie in der Erscheinung ist. Das Verfahren gleicht damit jenem manieristischen Wirkungsprinzip, bei dem die »Störung der Form« eine »Intensivierung des Ausdrucks« bewirken soll.<sup>22</sup> Erreicht wird diese »Störung« durch das *non-finito* – zu dem auch die als solche sichtbare Reparatur bzw. das Offenlassen von »Wunden« zu zählen ist –, durch die Darstellung und Thematisierung von Planänderungen und/oder durch das Zeigen unterschiedlicher Zeitschichten. Die Wirksamkeit solcher Verfahren wird nicht zuletzt daran deutlich, dass

<sup>19</sup> R. Krautheimer et al., Corpus Basilicarum Christianarum Romae. Le basiliche paleocristiane di Roma (IV-IX se.), Città del Vaticano 1937 – 80, Bd. I, S. 64 f., S. 137 – 143; F.A. Bauer, Stadt, Platz und Denkmal in der Spätantike. Untersuchungen zur Ausstattung des öffentlichen Raums in den spätantiken Städten Rom, Konstantinopel und Ephesos, Mainz 1996, S. 51 ff., 69.

<sup>20</sup> Dazu noch immer grundlegend: F.W. Deichmann, Frühchristliche Kirchen in antiken Heiligtümern, in: Jb. des Dt. Archäologischen Instituts 54 (1939), S. 105 – 136, bes. S. 111.

<sup>21</sup> J. Güntner, Triumph eines Provokateurs, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 83 vom 07.04.2000, S. 66.

<sup>22</sup> E. Gombrich, Zum Werke Giulio Romanos, in: Jb. der Kunsthist. Sammlungen in Wien N.F. 8 (1934), S. 79 – 104, bes. S. 85.

sie auch für Neubauten kopiert werden, um diesen »Bedeutung« zu geben. Vor allem Exponenten der Postmoderne haben zu solchen Gestaltungsmitteln gegriffen, so etwa Charles Moore, dessen Architektur bewusst Erinnerungen evozieren will, um mit ihr »Verbindungen durch Raum und Zeit aufrechtzuerhalten«, um »durch den Kanal der Sinne und Erinnerungen und durch die Mithilfe des Bauens wieder eine Art Wurzel finden zu können.«<sup>23</sup> Mal sind die dafür verwendeten Elemente eher assoziativ – etwa wenn im 1972 – 74 zusammen mit William Turnbull erbauten Kresge College der University of California in Santa Cruz durch topographische Irregularitäten, schiefwinklig zueinander stehende Gebäude und andere Unregelmäßigkeiten eine mediterrane Kleinstadt simuliert wird – mal sind es eigentliche Zitate, die tatsächlich frei von Zeit und Ort zusammengewürfelt werden wie 1976 – 79 in seiner Piazza d'Italia in New Orleans, die als Zentrum eines von Italoamerikanern bewohnten Quartiers an die ferne Heimat der Emigranten erinnern soll.<sup>24</sup> Aber bereits lange vor der Postmoderne wendeten Vertreter einer dezidierten Antimoderne ähnliche ahistorische Verfahren an, um »Bedeutung« zu schaffen. In den dreißiger Jahren waren es beispielsweise die Kirchenbauten von Albert Bosslet oder von German Bestelmeyer, »die durch künstliche Irregularitäten der Bauausführung und scheinbar zufällige Asymmetrien zumindest andeutungsweise den Anschein erwecken, als seien sie im Laufe einer langen und wechselvollen Baugeschichte »gewachsen«.«<sup>25</sup>

Angesichts solch formalistischer Versuche wird deutlich, wie wichtig die Präsenz von historischer Substanz ist, wenn es darum geht, nicht nur eine Idee von Geschichte, sondern deren Spuren von gelebtem Leben und damit Authentizität zu vermitteln. Dass historische Bausubstanz sogar zugetraut wird, losgelöst von der einstigen, verlorenen Form Erinnerung zu tradieren, zeigen jene Neubauten aus »Trümmersteinen«, in denen diese absichtsvoll zur Schau gestellt und damit nicht einfach rezykliert werden. Bekanntes Beispiel dafür ist die Pfarr- und Pilgerkirche St. Anna in Düren von Rudolf Schwarz.<sup>26</sup> Der spätmittelalterliche Vorgängerbau wurde 1944 weitestgehend zerstört. Am 1951 ausgeschriebenen Wettbewerb zum Wiederaufbau beteiligte sich Rudolf Schwarz mit zwei gegensätzlichen Entwürfen: Während er im ersten, als Sichtbacksteinbau geplanten, den Grundriss des untergegangenen Baus aufgriff und so an eine typologische Reminiszenz dachte, realisierte er schließlich

<sup>23</sup> C. Moore, (Prinzipien), in: Bauen + Wohnen 32 (1978) Heft 7/8, S. 315.

<sup>24</sup> H. Klotz, Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960 – 1980, Braunschweig 1987, S. 137 ff., 268 ff.

<sup>25</sup> H. Brülls, Neue Dome. Wiederaufnahme romanischer Bauformen und antimoderne Kulturkritik im Kirchenbau der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Berlin 1994, S. 173. Unregelmäßigkeiten empfahl bereits C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1909, S. 18, S. 145 ff.

<sup>26</sup> W. Pehnt/H. Strohl, Rudolf Schwarz. Architekt einer anderen Moderne, Ostfildern-Ruit 1997, S. 126, 275 f., Abb. 180, Kat. Nr. 128; C. Baglione, Il mondo sulla soglia. L'architettura sacra di Rudolf Schwarz, in: Casabella 60 (1996), 640/641, S. 34 – 55, bes. S. 48 – 51.



Abb. 3: Innenhof des neuen Museo Civico von Gibellina. Zwei deutliche Fugen betonen den fragmentarischen Charakter der eingefügten alten Fassade.

1951 – 56 mit dem zweiten Vorschlag einen völlig neuen, konsequent zeitgenössischen Bau, der aber mit auf Sicht belassenen Trümmersteinen erbaut wurde. Auf drei Seiten des L-förmigen Haupttrakts bilden diese weitgehend geschlossene Wände, die dem Bau einen erratisch-skulpturalen Aspekt geben.<sup>27</sup> Eingeschrieben in den Winkel des »L« ist eine niedrige »Pilgerhalle«, die sich zum Hauptschiff öffnet und über der dieses durch eine ursprünglich aus Glasbausteinen bestehende Wand das (südliche) Licht empfängt.<sup>28</sup> In der von der Stimmung her kryptenartigen Halle scheint Schwarz ursprünglich geplant zu haben, das erhalten gebliebene Portal als formale und grundrissliche Erinnerung an den zerstörten Vorgänger an seinem alten Standort zu belassen.<sup>29</sup> Umbaut von der neuen, dunklen Halle hätte es in seiner »Einsamkeit« die fast totale Zerstörung und zugleich vor allem auch den konkreten Ort dieses Geschehens noch deutlicher markiert, als die schließlich realisierte Lösung. Etwas nach Südosten abgerückt von seinem einstigen Standort bildet es nun den wieder nutzbaren Durchgang von einem windfangartigen Vorraum in die Pilgerhalle, wo der Standort des einstigen Portals nun vom St. Anna-Schrein, der als Hauptreliquie die Schädeldecke

<sup>27</sup> Vgl. auch T. Hasler, Die Kirche St. Anna in Düren von Rudolf Schwarz, in: Archithese 26 (1996/5), S. 20 – 27, bes. S. 26: »Die Natursteinmauer steht für sich selbst, als stamme sie aus einer andern Zeit« (Hervorhebung Vf.).

<sup>28</sup> Zu Beginn der 90er Jahre wurden die Glasbausteinwände durch eine farbige Verglasung ersetzt, vgl. W. Pehnt/H. Strohl (s. A 26), S. 275.

<sup>29</sup> Vgl. den von andern publizierten Plänen und vom ausgeführten Projekt diesbezüglich abweichenden Grundriss bei W. Pehnt/H. Strohl (s. A 26), S. 275.

der Mutter Mariens birgt, eingenommen wird. Schwarz' Raum- und Lichtdramaturgie »vom Dunkeln ins Licht«, die nicht nur in Düren, sondern auch in Frankfurt in der von ihm wiederaufgebauten Paulskirche von zentraler Bedeutung ist,<sup>30</sup> muss im Kontext dieser Wiederaufbauten neben der christlichen auch eine konkret historische Symbolik unterlegt werden.

Durch die örtliche Gebundenheit unterscheidet sich die neuerstandene Annenkirche in Düren von weiteren »Wiederaufbauten«, die ganz oder teilweise mit altem Material, aber spolia an einem anderen Standort erfolgten. Als Beispiel hierfür wäre etwa das Museo Civico von Gibellina Nuova zu nennen, das Francesco Venezia 1981 – 87 für die Nachfolgestadt des 1968 beim Erdbeben weitgehend zerstörten sizilischen Ortes 18 km von diesem entfernt erbaute.<sup>31</sup> Dazu translozierte er die nicht eingestürzte Fassade des neoklassizistischen Palazzo di Lorenzo an den neuen Ort und integrierte sie – abgesetzt durch eine akzentuierte Fuge – in seinen Neubau (Abb. 3). Wird dort der Bruch durch die spoliale Verwendung der alten Teile und die dadurch geschaffene formale Evidenz sofort deutlich, ist beim Beispiel von Schwarz (und zahlreichen ähnlichen »Trümmerbauten«) zu fragen, wie lange diese als solche erkennbar bleiben und damit die intendierte Bedeutung und Erinnerung anschaulich vermitteln können. Denn was in der Nachkriegszeit beim Bau der Kirche offensichtlich und eindeutig war – dass diese alten Steine vom zerstörten Vorgänger stammen und an diesen erinnern –, nicht zuletzt weil diese Bautechnik für die modernen Formen ungewöhnlich war, das ist es heute nicht mehr. Auch die Basler Architekten Herzog & de Meuron verwendeten zum Beispiel für ihr 1982 – 88 in Tavole in Ligurien errichtetes Steinernes Haus Mauerreste des Vorgängers für die mit schieferartigen Bruchsteinen ausgefachten Wände, um damit das Gebäude als »Teil der künstlichen Natur dieser Landschaft« zu kennzeichnen.<sup>32</sup> Und am (nicht ausgeführten) Theaterprojekt für Visp, wo ebenfalls ein Betonskelett mit Trockenmauerwerk ausgefacht werden sollte, hätte »jeder Stein ... auf die verlorengegangene Situation des Ortes« verweisen sollen, »wo mit einer unverständlichen Belieblichkeit und Grobheit Quartiere hingestellt werden, die zum Ort und zu den traditionellen Architekturen des Ortes in keiner Bezie-

<sup>30</sup> I. Bock, Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg – Erhaltung des Status quo heute. Die Paulskirche in Frankfurt am Main, in: Wiederaufgebaute und neugebaute Architektur der 1950er Jahre. Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege. Jahrestagung im Sept. 1996 in Köln, Theses 43 (1997), Heft 5, S. 10 – 41.

<sup>31</sup> F. Venezia, Transfer und Transformation. Die Architektur der Spolien: Eine Kompositionstechnik, in: *Daidalos* 16 (1985) S. 92 – 104; vgl. dazu auch H.R. Meier, Vom Siegeszeichen zum Lüftungsschacht. Spolien als Erinnerungsträger in der Architektur, in: H.R. Meier/M. Wohlleben (s. A 18), S. 87 – 98, bes. S. 93 f. (dort auch zur Problematik eines versetzten und isolierten Portals am Bsp. des Luzerner Bahnhofes).

<sup>32</sup> Jacques Herzog im Gespräch mit Theodora Vischer, in: Herzog & de Meuron. Architektur Denkformen, Ausstellungskat. Architekturmuseum Basel, Basel 1988, S. 48; dort auch das folgende Zitat.

hung stehen.« Noch immer sollen diese »archaischen« Mauern Erinnerung evozieren, deren Bedeutungsfeld freilich sehr viel offener ist und durch die unvermeidlichen Epigonen bald beliebig werden dürfte. Zwar wird in Düren durch das Nebeneinander von Bruchsteinen und profilierten Hausteinen, die offensichtlich einst in anderen Funktionen verbaut waren und damit demonstrativen Spoliencharakter erhalten, »in horizontaler Schichtung gleichsam *abgelagert*« sind,<sup>33</sup> eine zusätzliche Spannung erzeugt, doch scheint es nur mehr eine Frage der Zeit, bis allein noch das wissende Auge die intendierte Botschaft erfassen kann. Baumaterialien, auch wenn sie alt und ungewohnt sind, sind nie *a priori* Reliquien, sie können – wie alle andern Objekte – höchstens durch Kontext, Inszenierung oder kollektives Wissen – auf das sie ihrerseits wieder zurückwirken – zu solchen gemacht werden. Umgekehrt gilt freilich weiterhin, was Walter Dirks bei der Diskussion um die Rekonstruktion des Frankfurter Goethehauses feststellte: »Das Wesen der echten Reliquie haftet an der wirklichen materiellen Identität der Gegenstände.«<sup>34</sup>

#### 4. Elimination

Bedeutungsänderungen sind auch das Ziel von Umbauten, bei denen historische Schichten eliminiert werden. Während es bei Purifizierungen aller Art meist darum geht, vermeintliche Urzustände zurückzurufen und dem Bauwerk damit seine »ursprüngliche Bedeutung« zurückzugeben – und man dabei in aller Regel doch nur ein Dokument der eigenen Zeit hinterlässt –, will man in einigen Fällen durch (scheinbare) Harmonisierungen bewusst neue Bedeutungen einbringen. Stets eliminiert man damit aber genau das, was wir oben als Ausdrucksmittel beschreiben: Unregelmäßigkeiten und Brüche. Besonders krasse Beispiele mögen die Umbauten der Stiftskirche von Quedlinburg und des Doms von Braunschweig zu »Nationalen Weihstätten« in den 1930er Jahren gewesen sein.<sup>35</sup> Und doch zeigen sie allzu viele Parallelen mit zahlreichen anderen Re-Romanisierungen, um sie nur als Ausgeburten einer totalitären Ideologie abzuhandeln. Anlass für die Umgestaltungen in der Servatiuskirche von Quedlinburg war die Feier zum 1000. Todestag König Heinrichs I., für welche die

<sup>33</sup> T. Hasler (s. A 27), S. 25.

<sup>34</sup> W. Dirks, Mut zum Abschied, in: Frankfurter Hefte 1 (1947), S. 819 ff.

<sup>35</sup> Zum Braunschweiger Dom K. Arndt, Missbrauchte Geschichte. Der Braunschweiger Dom als politisches Denkmal (1935/45), in: Niederdt. Beitr. zur Kunstgesch. 20 (1981), S. 213 – 244; ders., in: Heinrich der Löwe und seine Zeit. Herrschaft und Repräsentation der Welfen 1125 – 1235, Kat. Der Ausstellung Braunschweig 1995, Bd.3: Nachleben, München 1995, S. 88 – 95, S. 225 – 245, Kat. H106 – H126.



Abb. 4: Gewolltes Chaos. Umbau der Veranstaltungsräume und des Theaters von Belfort; Architekt: Bernard Sauterau, 1991.

Stadt »höchste Reichsstellen« zu gewinnen suchte.<sup>36</sup> Schließlich sagte die SS zu, beließ es aber nicht bei dieser Jubiläumsveranstaltung, sondern machte die Heinrichs(!)feier zur festen Einrichtung und Chor und Krypta der Stiftskirche zur »Weihstätte«. Neben der Monumentalisierung des Außeneingangs zur Krypta ersetzte man in dieser das gotische Rosettenfenster im Scheitel durch ein viel kleineres Rundbogenfenster, verglast mit dem »alten Reichsadler in der Form der ottonischen Zeit«. Den gotischen Chor als Abschluss der romanischen Basilika empfand damals auch der Denkmalpfleger als unbefriedigend.<sup>37</sup> Er verfasste daher Entwürfe für den Einzug einer Trennwand, die Himmlers Zustimmung fanden. Aber den Denkmalpfleger störte die (wohl zu provisorische) Abschlusslösung noch immer, so dass er sich für den Einbau einer Apsiskonche und den Abbruch des gotischen Chors entschied. Gemeinsames Interesse von Denkmalpflege und SS war es, einen »stimmungsvollen« Raum zu schaffen, wofür alles nicht »Stilechte« zu entfernen bzw. zu ersetzen war. Die SS wollte überdies möglichst keine Reminiszenzen an eine kirchliche Nutzung; ihr ging es ums Germanen- und Herrschertum. Himmlers Konzept zielte auf eine Art »Heinrichstypologie«: In der Krypta (alter Reichsadler im Fenster) der erste ottonische Herrscher, oben im Chor (neuer Adler) der Weiheraum für die Männer des neuen Heinrichs. Wie sehr die Symbolik dieser Ideologie dem Christentum entlehnt war, zeigt sich unter anderem am altarähnlichen Heinrich-Gedenkstein, der in der neuen Apsis stehen sollte, so-

<sup>36</sup> K. Voigtländer, Die Stiftskirche St. Servatii zu Quedlinburg. Geschichte ihrer Restaurierung und Ausstattung, Berlin 1989; zusammenfassend H. Berger, Die Stiftskirche in Quedlinburg und die Denkmalpflege 1936 – 37 und 1946 – 59, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 47 (1989), S. 92 – 98.

<sup>37</sup> «... da das Aufreißen des Ostendes durch die großen gotischen Fenster der gesamten Bauwirkung äußerst abträglich ist» (Staatskonservator Hiecke am 14.11.1938).

wie am »Stationsweg« der Chorwände mit den Ortsnamen der »Heinrichs-Stationen«.

Gewiss war es zum Teil vorauseilender Gehorsam, der die Denkmalpflege antrieb, in der Hoffnung, noch unsinnigere Pläne der SS abwenden zu können. Aber es war nicht nur und vielleicht nicht einmal zuerst das, was ihr Handeln bestimmte:<sup>38</sup> Es war die Gelegenheit, den Raum von »störenden« Einbauten (v.a. auch des 19. Jahrhunderts) reinigen und ihn reromanisieren zu können. Die mittelalterliche Feierlichkeit und das Grab des ersten Königs der ersten ausschließlich deutschen Dynastie schufen den Rahmen, in dem die SS ihre eher banale und wenig tiefeschürfende Symbolik entfalten und die Kirche zu einer nationalen Weihstätte umnutzen konnte. Brüche wie Stilunterschiede, Hinweise auf eine lebendige christliche Gemeinde oder die Unklarheit über die Heinrichsgebeine waren diesem total(itär)en Anspruch abträglich.

### 5. Schlussbemerkung

Überdurchschnittlich viele der hier erwähnten Beispiele stehen im Zusammenhang mit Krieg und Katastrophen. Dies hat aber nur didaktische Gründe, weil in solchen Extremsituationen auch Zahl und Ausmaß der Maßnahmen außergewöhnlich und diese allgemein bekannt sind. Wie die angesprochenen Exempel aus jüngster Zeit zeigen, lassen sich unsere Überlegungen auch auf Alltagssituationen übertragen. Neben den bereits eingeführten Fällen wäre – als einer unter zahlreichen anderen – etwa das von Johannes Cramer genannte Beispiel des Theaterkomplexes von Belfort zu nennen (Abb. 4), der 1991 infolge städtebaulicher Eingriffe teilweise abgebrochen und umgestaltet werden musste, was Bernard Sauterau »in der Gestaltung des Verbliebenen überdeutlich akzentuiert(e) und auch formal verwertet(e)«. <sup>39</sup> (Über-)Akzentuierung von Brüchen bzw. ihr Einsatz als ausschließlich formale Gebärde soll aber nicht sozusagen als Handlungsanweisung aus unserem Text gelesen werden. Wenn dieser ein über die Analyse hinausgehendes Ziel hat, dann jenes, einem plakativen Bedeutungsbegriff, wie er zur Zeit etwa von Rem Koolhaas vertreten wird, einen kontextuellen entgegensetzen, der aber auch nicht in der Nachahmung historischer Formen, sondern in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der gebauten Umgebung wurzelt.

<sup>38</sup> K. Voigtländer (s. A 38), S. 55 hält zu Recht fest: »Himmler ging es ... um ideologisches Markensetzen, das die Bausubstanz nicht tangierte, anders Hiecke, der mit der Conche einen schwerwiegenden Eingriff vornahm«.

<sup>39</sup> J. Cramer, Baugeschichte ist Umbaugeschichte. Ein Plädoyer für die Weiterentwicklung bestehender Substanz, in: archithese 98/2, S. 4 – 7, bes. S. 5.

Jürgen Trimborn

## Der Schlussstrich unter eine unbequeme Vergangenheit

### *Die Fortführung des Historikerstreits mittels der Re-Inszenierung und Schleifung von Denkmalen*

Während im Osten des vereinten Deutschlands in der Zeit nach der Wiedervereinigung verstärkt die baulichen Zeugnisse, die an die DDR erinnerten, aus dem Bild der Städte verschwanden, griff auf das vereinte Deutschland ein Phänomen über, das im Westen bereits in den achtziger Jahren seinen Anfang genommen hat: Die reihenweise Re-Inszenierung kriegszerstörter Denkmale, die über Jahrzehnte hinweg verschwunden waren und nun wie Phönix aus der Asche wiederauferstanden.<sup>1</sup> Der Fall der Mauer machte es nun auch im Osten möglich, längst untergegangene Geschichtszeugnisse zitierend wiedererstehen zu lassen. Prominentestes Beispiel ist hier sicherlich die Rekonstruktion der Dresdner Frauenkirche.<sup>2</sup> Die gegenwärtig aktuelle Diskussion um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses unter gleichzeitigem Abriss des Palastes der Republik, der zum unbequem gewordenen historischen Zeugnis erklärt wird, ist Höhe- aber sicherlich noch nicht Endpunkt dieser Entwicklung.<sup>3</sup>

Die Nostalgiewelle in den Bereichen der Denkmalpflege wie auch des Städtebaus und der Architektur (was speziell bei den pseudohistoristischen Bauschöpfungen im Nachwende-Berlin beobachtet werden kann), die auf die Inszenierung einer »neuen deutschen Gemütlichkeit« abzielt, bedeutet de facto nicht nur ein Zurückweichen vor der Geschichte und ihren gewachsenen, überkommenen Realitäten, denn die Flucht in die Geschichte ist mehr als eine Mode, ihr wohnt vielmehr eine ganz konkret politische Komponente inne. In der Nostalgiewelle geht es nicht zuletzt auch um eine nachträgliche Korrektur von historischen Zusammenhängen, geht es darum, mit dem selektiven und manipulativen Umgang mit den Denkmalen unserer Vergangenheit

<sup>1</sup> Vgl. hierzu: J. Trimborn, Denkmale als Inszenierungen im öffentlichen Raum. Ein Blick auf die gegenwärtige Denkmalproblematik in der Bundesrepublik Deutschland aus denkmalpflegerischer und medienwissenschaftlicher Sicht, Köln 1997; ders., Denkmäler als Wirklichkeit und Traum. Zum Umgang mit politisch-historischen Denkmälern der deutschen Vergangenheit, in: Die alte Stadt 22 (1995), S.175 – 193. Zum unterschiedlichen Umgang mit Denkmalen in den alten und neuen Bundesländern: ders., »Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust«. Zum unterschiedlichen Umgang mit politisch-historisch bedeutsamen Denkmalen in Ost- und Westdeutschland, in: Forum Wissenschaft. 18. Jg., Nr. 1/2001.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: J. Trimborn, Das »Wunder von Dresden«: Der Wiederaufbau der Frauenkirche. Ein kritischer Blick auf das größte Rekonstruktionsprojekt des Jahrhunderts, in: Die alte Stadt 24 (1997), S. 127 – 149.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: J. Trimborn, »Palast der Republik« oder preußisches Stadtschloss? Wie soll man mit Berlins Mitte umgehen?, in: Die alte Stadt, 25 (1998), S. 212 – 228.

den historischen Verlauf rückwärts zu korrigieren, geht es folglich also um eine Abrechnung mit der deutschen Geschichte. Auch wenn letztlich nicht jede Wiedererrichtung eines Denkmals oder jede Entscheidung, ein überkommenes Denkmal nicht weiter erhalten zu wollen, als politisch oder ideologisch motiviert verstanden werden soll, so sagt der allgemeine Trend eines äußerst fragwürdigen, weil nicht den ureigenen Grundsätzen der Denkmalpflege verpflichtete Umgang mit den Monumenten unserer Vergangenheit, doch sehr viel über die politischen Befindlichkeiten des wiedervereinten Deutschlands aus. So ist natürlich weder das Wiederaufstellen des Kaiserdenkmals am Deutschen Eck in Koblenz noch der angestrebte Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses unmittelbar politisch motiviert, in dem Sinne, dass mit der Wiedererrichtung dieser preußischen Monumente bestimmte (etwa pro-monarchische und antidemokratische) Ziele erreicht werden sollen. Die Grundüberlegung des vorliegenden Beitrags ist es vielmehr, dass es sehr wohl eine Aussage über die politische Grundstimmung und das Selbstverständnis einer Gesellschaft macht, wenn wiederholt und mit immer noch wachsender Begeisterung kostspielige Surrogat-Architekturen und Pseudo-Denkmale nicht nur geduldet, sondern mit großem Nachdruck gefordert und tatkräftig gefördert werden, während auf der anderen Seite originale – aber aufgrund der problematischen Vergangenheit unbequem gewordene – Geschichtsdenkmale bedenkenlos demontiert und preisgegeben werden.

Die hier konstatierte Selektivität im Umgang mit Denkmalen und historischen Realitäten wirft die Frage auf, inwieweit über die scheinbare Flucht aus der Geschichte eine Geschichtsrevision, ein Umschreiben der Geschichte, erreicht werden soll, und inwieweit dieser Trend auf dem Denkmalsektor in Zusammenhang steht mit den im Kontext des »Historikerstreits« der achtziger Jahre zutage getretenen Bestrebungen, die deutsche Geschichte in einem neuen Licht erscheinen zu lassen, um endlich aus dem Schatten Hitlers treten zu können. Kann man in diesem Sinne von einer Fortsetzung des »Historikerstreits« mit »anderen Mitteln« sprechen? Manifestiert sich in der Inszenierung des öffentlichen Raums mit ihrem »bereinigten« Denkmalbestand das durch den »Historikerstreit« geprägte Geschichtsverständnis? Zielt die Selektivität im Umgang mit den Monumenten der Vergangenheit auf die Forderung eines »Schlussstriches« ab, um im Angesicht einer neuen weltpolitischen Stellung des Staates endlich und endgültig mit einer als »unbequem« empfundenen Geschichte abschließen zu können?

#### *1. Der »Historikerstreit« als Indikator deutschen Geschichtsverständnisses*

Da im folgenden die Frage im Mittelpunkt stehen soll, inwieweit die heutige Inszenierung von Denkmalen in einem kausalen Zusammenhang mit dem in bestimmten gesellschaftlichen Kreisen vorherrschenden Geschichtsverständnis steht, muss zunächst auf die geistigen Grundlagen dieses Geschichtsverständnisses näher eingegangen werden. Im gesellschaftlichen Diskurs des »Historikerstreits« Mitte der acht-

ziger Jahre begannen deutsche Historiker konservativer Prägung verstärkt dafür zu streiten, eine Revision der jüngeren deutschen Geschichte zu unternehmen. Ihr Ziel war ein sog. »normalisiertes« Verhältnis zur deutschen Vergangenheit. Diesen Bestrebungen lagen ganz konkrete politische Motivationen zugrunde, nämlich der Wunsch nach einer unbeschwerten, von der Last der Vergangenheit weitgehend befreiten deutschen Identität und die Sehnsucht nach einer tagespolitischen »Normalität« deutschen staatlichen Handelns. Man vertrat die Vorstellung, endlich demonstrativ aus dem »Schatten Hitlers treten zu müssen« (Franz Josef Strauß), stellte die Forderung, die deutsche Politik dürfe »nicht länger im Schatten der Vergangenheit stehen« (Helmut Schmidt), um sich so größeren politischen Handlungsspielraum verschaffen zu können. Unter der Regierung Helmut Kohls wurden diese Forderungen nach einer demonstrativen Normalität, nach einem »normalisierten historischen Bewusstsein« noch lauter.

Die politischen Forderungen und Willenserklärungen, die sich für eine allmähliche außen- wie innenpolitische »Normalisierung« des bundesdeutschen Staates einsetzen, fanden schnell ihre Erfüllungsgehilfen auf Seiten bundesdeutscher Historiker, die sich nun bereitwillig daranmachten, unbequeme, unliebsame deutsche Vergangenheit weitmöglichst zu relativieren und zu »entsorgen«, und so »über eine Hintertür den Ausgang aus der historischen Verantwortung in die tagespolitische Normalität«<sup>4</sup> zu suchen. Diese Bestrebungen auf wissenschaftlicher Seite erhielten mit der konservativen politischen »Wende« 1982 und der daraus resultierenden »konservativen Neuorientierung« des Landes einen zusätzlichen Auftrieb. Mitte der achtziger Jahre traten dann mehrere Historiker (unter anderem Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer) für eine grundlegende Neubewertung der deutschen Vergangenheit ein. Durch die massive Kritik an dieser beginnenden »Revisionismusdebatte« – speziell von Seiten Jürgen Habermas' – entstand der deutsche »Historikerstreit«, ein Kampf um die Kontrolle der politischen und kulturellen Diskurse in der Bundesrepublik, ein Streit um das bis dato Unstrittige. Der Disput war nicht so sehr eine geschichtswissenschaftliche Debatte, als vielmehr der medienkonforme und publikumswirksam aufbereitete Versuch einer populären Neubestimmung deutscher Geschichte, was sich schon an der Tatsache ablesen lässt, dass die Debatte nicht in den entsprechenden historischen Fachpublikationen, sondern in den Zeitungsfeuilletons stattfand. Von Seiten einer neokonservativen Geschichtsschreibung, die durch das Bestreben gekennzeichnet war, eine positive nationale Identitätsfindung zu ermöglichen, wurde im Kontext des zugrunde liegenden Neuformierungsprozesses des deutschen Konservatismus damit begonnen, geltende historische Paradigmen umzudeuten und in Frage zu stellen, und somit einen grundlegenden politischen und historischen Para-

<sup>4</sup> M. Wolffsohn, *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdische Beziehungen*, München 1989, S. 44.



Abb. 1: Erträumte Denkmale treten immer häufiger an die Stelle realer Geschichtsmonumente: Die Stoffkulisse, die für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses warb (Foto: P. Glaser).

digmenwechsel einzuleiten. Nachdem bereits Anfang der achtziger Jahre versucht wurde, das zuvor überwiegend negative Preußen-Bild zu revidieren, wurde nun damit begonnen, auch die nachfolgenden Kapitel deutscher Geschichte »umzuschreiben«, die bis dahin eine – nun nachdrücklich angestrebte – positive, wieder stärker national ausgerichtete Identitätsfindung verhindert hatten. Mehrere neokonservative bundesdeutsche Historiker (mittlerweile unter dem Begriff der »Neuen Rechten« zusammengefasst) betätigten sich als »moderate Revisionisten« und versuchten, indem sie sich argumentativ bemühten, den Nationalsozialismus als »Geschichtsunfall« und als Epoche unter anderen Epochen darzustellen, eine »Entsorgung der jüngsten deutschen Geschichte« zu betreiben, und den Nationalsozialismus zu diesem Zweck in die nüchterne Abfolge normaler Geschichtsereignisse einzufügen, während man die »helleren Seiten« der deutschen Geschichte stärker hervorhob. An die Stelle eines kollektiven Schuldbewusstseins sollte nun – durch die Etablierung »falsche[r] oder gefälschte[r]«<sup>5</sup> Vorstellungen von Geschichte – endlich ein unbelasteter Umgang mit der deutschen Geschichte und ein uneingeschränktes, unbelastetes Bekenntnis zur nationalen Identität treten.

<sup>5</sup> P. Neitzke, *Konvention als Tarnung. Anmerkungen zur architektonischen Gegenmoderne in Deutschland*, Darmstadt 1995, S. 27.

Auf die deutsche Vergangenheit konnte man in dem so beabsichtigten Sinn jedoch nur zurückgreifen, wenn man den Nationalsozialismus als mehr oder weniger »normale« und vor allem als eine mit anderen Äußerungen der Geschichte vergleichbare Geschichterscheinung darstellt, und ihm somit die bisher eingeräumte Sonderstellung und Singularität im weltgeschichtlichen Kontext absprach. Die Historisierung und Trivialisierung des Nationalsozialismus ließ sich insbesondere am Bestreiten der Singularität der von ihm begangenen Verbrechen festmachen. Besonders häufig wurde in diesem Kontext der Vergleich des nationalsozialistischen Holocausts mit anderen Verbrechen angeführt. Bezeichnend war diesbezüglich gerade auch die Terminologie des Historikerstreits. Wiederholt wurden etwa die beiden Weltkriege als »zwei fürchterliche Katastrophen deutscher Politik« und Hitler als »Schicksal« der Deutschen bezeichnet. Im Zuge einer so gearteten kollektiven Selbstverleugnung wurde der Nationalsozialismus zum »Betriebsunfall deutscher Geschichte« verklärt. Wenn normalerweise der »Geschichtsprozess zum *Prozess der Entmythologisierung*«<sup>6</sup> wird, so verhält sich das bei der Geschichtsauffassung, für die im »Historikerstreit« gestritten wurde, umgekehrt, indem man hier neue Mythen schaffte, die zunehmend an die Stelle historischer Fakten und Tatsachen treten sollten, indem man also eine »Mythologie der Entschuldung«<sup>7</sup> betrieb, deren direktes Ziel es war, ganz bewusst ein unscharfes Bild deutscher Geschichte zu zeichnen, um so die Last der Vergangenheit zukünftig weitgehend ausklammern zu können. Durch diese Harmonisierung des historischen Erbes, die mit der Historisierung des Nationalsozialismus einhergeht, soll endlich eine an sich nicht zu »bewältigende« und eine in den letzten fünfzig Jahren nicht verarbeitete Vergangenheit abgeschlossen werden; das erklärte Ziel dieser relativierenden und nivellierenden Bestrebungen ist somit der erträumte Friedensschluss mit der deutschen Vergangenheit. Von den Verbrechen der Nazi-Zeit will man sich in der Zukunft nicht weiterhin »blockieren« lassen, Hitler soll nicht länger den Zugang zur deutschen Geschichte »verstellen«, von daher setzt man es sich zum Ziel, deutsche Geschichte wieder einer Normalität zuzuführen, auch wenn man zu diesem Zweck durch relativierende Eingriffe Geschichte zunächst »umschreiben« muss. All dies wird in Kauf genommen, weil man – auf das Recht verweisend, »von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen« (Franz Josef Strauß) – nicht mehr länger das »Volk am Pranger« sein wollte.

An die Stelle einer dringend notwendigen ehrlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und einer konstruktiven »Aufarbeitung« der Vergangenheit ist von daher im Zuge des »Historikerstreits« eine Verschleierung der historischen Realitäten getreten, die nicht wirklich als adäquate Lösung für die Zukunft angesehen werden

kann. Das Akzeptieren der historischen Realitäten der deutschen Vergangenheit in diesem Jahrhundert ist somit ersetzt worden durch eine Mythisierung der eigenen nationalen Vergangenheit, durch eine Umwertung aller Werte: »Der Salto mortale zurück in die Vergangenheit ist abenteuerlich genug (und nicht nur abenteuerlich sondern auch gefährlich): Aufhebung der Vergangenheit, die sich klammheimlich verdrängt anstatt bewältigt sieht, da ihre Aneignung als Usurpation geschieht, als gewaltsamer sportiver Akt unter den trugvollen Zeichen objektiver Auseinandersetzung, die aber in Wirklichkeit das geschichtliche Material vernebeln, anstatt es als Anleitung für zukünftiges sinnvollerer Handeln zu nutzen.«<sup>8</sup> Mit der Zielsetzung, eine neue Seite in der Geschichtsschreibung aufblättern zu wollen, geht die Vorstellung einher, man könne Geschichte revidieren, entproblematisieren oder zumindest »angenehmer« gestalten. Diese Vorstellung hatte und hat fatale Verharmlosungstendenzen zur Folge, die letztendlich in dem Versuch, Vergangenheit zu verbiegen gipfeln. Da man nicht zu akzeptieren bereit ist, dass sich das heutige Deutschland nicht ohne den uneingeschränkten Rückblick auf die Vergangenheit dieses Jahrhunderts erklären lässt, entschließt man sich im Gegenzug zur »Schaffung von positiven, ›zustimmungsfähigen‹ Vergangenheiten«,<sup>9</sup> zur Konstruktion und Etablierung einer »brauchbaren«, »bereinigten«, entsprechend aufbereiteten Vergangenheit, aus der man dann ein neues nationales Bewusstsein, ein neues deutsches Selbstbewusstsein entwickeln zu können glaubt. So wird eine gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen, in der derjenige, der zum Erinnern an die »unbequemen Kapitel« der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts aufruft, und gerade auch derjenige, der für den Erhalt auch »unbequemer« künstlerischer und architektonischer Zeugnisse dieser Zeit plädiert, der als Anwalt eines ehrlichen Umgangs mit der Vergangenheit auftritt und sich kritisch mit dem forcierten neokonservativen Geschichtsbild auseinandersetzt, schnell zum böswilligen Saboteur und zum Nestbeschmutzer einer neuen deutschen Gemütlichkeit abgestempelt wird, und sich mit dem Hervorziehen der mühsam verdrängten Vergangenheit und dem Hinweis auf die Fragwürdigkeit des neu geschaffenen, bequemen Geschichtsbildes oftmals ins Abseits manövriert. Die Forderungen nach einer als überfällig empfundenen und herbeigesehnten Richtigstellung und Korrektur der Geschichtsschreibung sind letztendlich nichts anderes als eine möglichst bequeme »Entsorgung« der deutschen Geschichte, vor der nachhaltig gewarnt werden muss. Von daher müssen nicht zuletzt gerade auch die Denkmalpfleger aufgrund ihres Authentizitätsanspruchs an historische Zeugnisse generell gegen den Strom eines neokonservativen Geschichtsbilds anschwimmen und »Politikern ebenso wie der breiten

<sup>6</sup> S. Kracauer, *Das Ornament der Masse*, Frankfurt a.M., S. 56.

<sup>7</sup> G. Seesslen, *Tanz den Adolf Hitler. Faschismus in der populären Kultur*, Berlin 1994, S. 14.

<sup>8</sup> R. Bentmann, *Die Fälscherzunft. Das Bild des Denkmalpflegers*, in: *Deutsche Kunst und Denkmalpflege*, 46. Jg., Heft 2/1988, S. 158.

<sup>9</sup> J. Habermas, *Eine Diskussionsbemerkung*, in: H. Hofmann (Hrsg.), *Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen*, Frankfurt a.M. 1987, S. 141.

Öffentlichkeit unermüdlich verdeutlichen, wie wenig sich die Existenz einer freiheitlich demokratischen Grundordnung auf einem Wegwerfen von Geschichte aufbauen lässt«. <sup>10</sup>

## 2. Die Fortsetzung des »Historikerstreits« in der Inszenierung des öffentlichen Raums

Die Analyse des gesellschaftlichen Umgangs mit den Monumenten der Vergangenheit erlaubt konkrete Aussagen hinsichtlich einer gesellschaftspolitischen Standortbestimmung und dem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Selbstverständnis. Der heute zu beobachtende Umgang mit Denkmalen ist Ausdruck und Indikator eines Zeitgeistes, der seine Wurzeln nicht zuletzt im deutschen »Historikerstreit« der achtziger Jahre hatte. Die in Deutschland seit den achtziger Jahren und dann noch verstärkt seit 1990 laufende Diskussion um eine Neubewertung der nationalen Vergangenheit steht in einem direkten kausalen Zusammenhang mit dem auffälligen selektiven Umgang mit Denkmalen. Der »Historikerstreit« wird in der heutigen Inszenierung der deutschen Denkmallandschaft fortgeführt, die »Ergebnisse« der Historikerkontroverse somit gleichsam im öffentlichen Raum sinnfällig und unübersehbar manifestiert. Insofern soll von einem »architektonischen, denkmalpflegerischen und städtebaulichen Historikerstreit« gesprochen werden, der es sich – vollkommen parallel zum ursprünglichen »Historikerstreit« – zum Ziel gemacht hat, die Geschichte der Denkmallandschaft, der Architektur und des Städtebaus des 20. Jahrhunderts grundlegend neu zu schreiben und neu zu bewerten, und – wie auch der »Historikerstreit« – ebenso mit einer Umwertung der Werte operiert, die nun auch ganz konkret innerhalb der Inszenierung des öffentlichen Raums konkret manifest werden soll. Wie im »Historikerstreit«, so wird auch hier im öffentlichen, repräsentativen Bereich Wert darauf gelegt, insbesondere die Erinnerung an die NS-Vergangenheit und aller daraus resultierender Folgen (also gerade auch die Spuren der deutschen Teilung und der SED-Herrschaft im Osten) auszulöschen: »Unter dem vermeintlichen Anspruch inhaltlicher Differenzierung wird – vor dem Hintergrund des »Historikerstreites« – nun auch die Architekturgeschichte inklusive ihrer Protagonisten, was die 12 Jahre des 1000-jährigen Reiches anbetrifft, geglättet und geschönt. Sie soll als »gewesene« Baugeschichte in den allgemeinen Zusammenhang der Geschichte eingebettet werden. Ohne einen konkreten Bezug zum Heute herzustellen, wird das Formalästhetische vom Politischen »sauber« getrennt«. <sup>11</sup>

<sup>10</sup> U. Mainzer, Denkmalpflege als Existenzfrage, in: Denkmalpflege im Land Brandenburg, hrsg. vom Landschaftsverband Rheinland, Köln 1991, S. 43.

<sup>11</sup> W. Schäche, Architektur und Stadtplanung des »Dritten Reiches« im Spiegel der Bau- und Kunstgeschichte. Anmerkungen zum Stand der Forschung, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 47. Jg., Heft 1/1989, S. 12.

Im Bezugsrahmen der programmatischen Suche nach einer neuen kollektiven nationalen Identität soll diese gegenwärtige Identitätssuche gerade auch durch den entsprechenden Dekor des öffentlichen Raums begleitet, unterstrichen und in die gewünschte Richtung gelenkt werden. So wie man sich im »Historikerstreit« mit fragwürdigen Argumenten bemüht, den Blick über den »Abgrund« deutscher Vergangenheit hinweg in eine mythisierte, verklarte Vorvergangenheit zu lenken, so wendet man sich auch im architektonischen und städtebaulichen Bereich, wie auch in der entsprechenden Inszenierung der Denkmallandschaft, von einer vorwärtsblickenden, in der Gegenwart verhafteten und die Vergangenheit ernst nehmenden Vorgehensweise ab, um sich der Inszenierung von mehr oder weniger beliebigen, alles Unbequeme ausblendenden und verdeckenden Fassaden, Kulissen und Traumbildern zuzuwenden, die sich – auf ihre Authentizität und Wahrhaftigkeit befragt – selbst ad absurdum führen: »Fassaden sollen verdecken und verstecken, dass sich in [den] Städten in der Zwischenzeit Veränderungen vollzogen haben, die nicht mit alten Fassaden zu beheben sind. Das macht diese Fassadenarchitektur unglaubwürdig. Mit Denkmalpflege hat dies wenig zu tun. Nichts ist unrichtiger als die Annahme, in der Denkmalpflege, der es um das Konservieren des Originals geht, den Verursacher für eine Denkweise zu suchen, die die baulichen Zeugen der Geschichte zu Stimmungsträgern einer neuen Gemütlichkeit herabwürdigt. Mitunter kann das Bemühen um »Stadtreparatur« zwar durchaus berechtigt sein, das Historische dient in unseren Städten als nostalgische Zutat häufiger dem Kommerz als der historischen Wahrheitsfindung.« <sup>12</sup>

Die im »Historikerstreit« angestrebte »Vergangenheitsbewältigung« durch das Ausblenden unbequemer Kapitel deutscher Geschichte soll somit durch das Wegräumen der unbequemen architektonischen und künstlerischen Manifestationen, die einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der Geschichtlichkeit der jüngsten deutschen Geschichtsepoche leisten könnten, auf der öffentlichen Bühne nachvollzogen werden, indem man unbequem gewordene Geschichtszeugnisse durch mehr als fragwürdige, historisierende, bequeme Kulissen ersetzt. Diese unechten Fassadenrekonstruktionen sind keine besonders überzeugenden Beispiele der baulichen »Vergangenheitsbewältigung«. Das im »Historikerstreit« als »wahr« etablierte Geschichtsbild, wird somit gegenwärtig durch entsprechende Manipulationen in der Denkmallandschaft wirksam und sinnfällig »in die Tat umgesetzt«. Die gerade durch die Bestrebungen der »Vergangenheitsbewältigung« der Nachkriegszeit und durch die neokonservativen Positionen des »Historikerstreits« der achtziger Jahre suggerierte Möglichkeit, mit einer unbequemen Geschichte durch Verdrängung der historischen Tatsachen abschließen zu können, wird jetzt als Chance gesehen, durch selektive Eingriffe in die Denkmallandschaft und durch eine entsprechende Reglementierung von Neu-

<sup>12</sup> V. Helas, Die fragwürdige Flucht in Historismus, in: Der Architekt, 1986, S. 377.

bauprojekten (siehe Berlin) Fakten auf der öffentlichen Bühne zu schaffen, die letztendlich in erheblichem Maße dazu beitragen, die nicht zu »bewältigende« Geschichte abzuschließen, sie zu bereinigen und umzuschreiben, und schließlich einen endgültigen, die historischen Realitäten und Kontinuitäten negierenden Schlusstrich unter sie zu ziehen. Der Schlusstrich, der gemäß der neokonservativen Geschichtsvorstellungen an die Stelle einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Vergangenheit treten soll, soll nun auch im öffentlichen Raum die Erinnerung an eine unbequeme Vergangenheit möglichst nicht mehr präsent und ablesbar erhalten, die Kulisse einer romantisch verklärten, vermeintlich »heilen« Vergangenheit wird allerorts über die in den Stadtbildern auf spezifische Weise manifest gewordene Realität geblendet. Dieser im öffentlichen Raum vollzogene Schlusstrich wird nicht nur im Bereich der Architektur, der Demontage und der Re-Inszenierung von Denkmalen wirksam, sondern gerade auch im Bezugsrahmen der Etablierung neuer Denkmale. Insbesondere bei der Inszenierung der *Neuen Wache* in Berlin Anfang der neunziger Jahre zeigten sich ganz konkrete Auswirkungen des »Historikerstreits« auf der Ebene symbolischer staatlicher Repräsentation. Die massiv kritisierte Gedenkstätte wurde aufgrund ihrer nivellierenden und inkorrekten Aussage von Ralph Giordano als »Schlusstrich-Klotz«<sup>13</sup> bezeichnet. Wiederholt wurde – auch direkt auf den Zusammenhang mit dem »Historikerstreit« verweisend – konstatiert, dass man mit diesem Bundesdenkmal einen Ort geschaffen habe, »der in seiner Allgemeinheit des Gedenkens das Besondere in der jüngsten deutschen Geschichte zudeckt«,<sup>14</sup> statt sich – wie dies von einer derartigen nationalen Zeichensetzung zu erwarten wäre – produktiv und aufrichtig mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Somit stellt gerade die Neue Wache einen unmittelbaren Ausdruck des neuen, neokonservativen »Geschichtsverständnisses« dar: »Wenn aber diese historische Schuld schon nicht getilgt werden kann, dann sollte sie – so der heimliche Wunsch – nach Art des Delegationsprinzips zumindest in Denkmälern gebannt werden.«<sup>15</sup>

Diese konkreten Auswirkungen des »Historikerstreits« lassen sich im übrigen auch für den Museumssektor konstatieren. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder auf die gegen große Bedenken realisierten offiziellen bundesdeutschen Museumsprojekte des »Hauses der Geschichte« in Bonn<sup>16</sup> und des – auf eine Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl zurückgehenden – »Deutschen Historischen Museums«

<sup>13</sup> R. Giordano, »Ich protestiere«, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 46. Jg. vom 19.11.1993, S. 23.

<sup>14</sup> U. Frings, Ein Historiker und seine Art, sich der Vergangenheit zu erinnern, in: Frankfurter Rundschau vom 15.11.1990, S. 3.

<sup>15</sup> S. Korn, In der Schiefelage. Nachtrag zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, in: F.A.Z. vom 22.3.1995, S. 3.

<sup>16</sup> Zur Problematik vgl. M. Broszat, Zur Errichtung eines »Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« in Bonn, in: ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, S. 256-262.

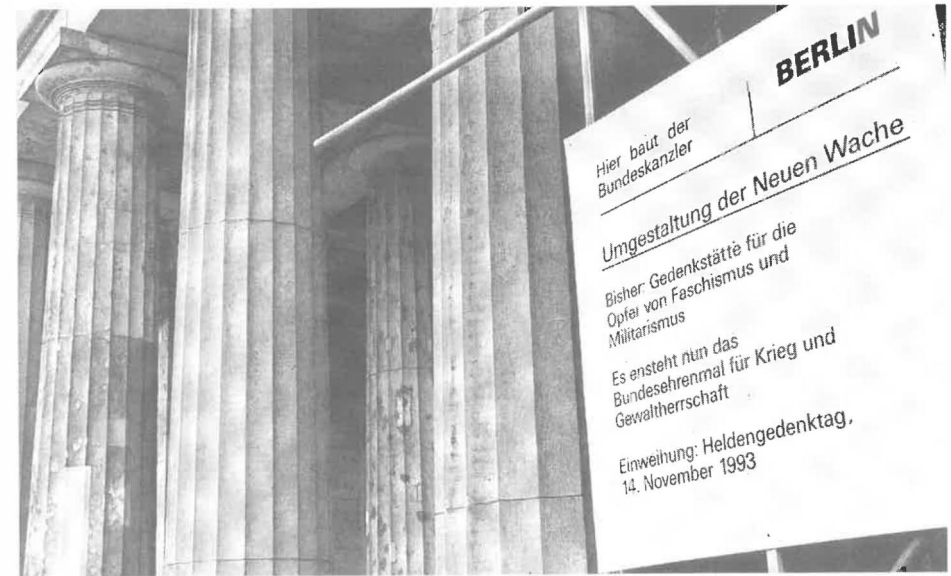


Abb. 2: Der »Schlusstrich-Klotz«: Protestaktion gegen die Gedenkstätte in der Berliner Neuen Wache, die als unmittelbarer Ausdruck des neokonservativen Geschichtsverständnisses betrachtet werden kann (Foto: F. Grahn, Berlin)

verwiesen, das im Berliner »Zeughaus« untergebracht ist. Während man das »Haus der Geschichte« in Bonn wegen der sich dort manifestierenden eindimensionalen Reduzierung der deutschen Zeitgeschichte auf die Geschichte der Bundesrepublik und wegen seines neokonservativen, einseitigen Geschichtsbildes kritisierte, brachte man auch beim Berliner »Historischen Museum« die Kritik vor, dass hier eindeutig Tendenzen einer revisionistischen Geschichtsschreibung manifest werden, da hier versucht werde, ein lediglich von Seiten der damals regierenden Mehrheit forciertes konservatives Geschichtsbild zu inszenieren. Der Historiker Hans Mommsen erblickt in beiden Museumsprojekten gleichsam »den Versuch der Regierung Kohl, den Deutschen ein nationalkonservatives Geschichtsbild zu oktroyieren und auf dem Wege solcher kollektiven Identitätsstiftung den in der Gesellschaft zerbröckelten Konsens künstlich wiederherzustellen.«<sup>17</sup> Der »Historikerstreit« hat mit seiner neuen, neokonservativen Geschichtsschreibung somit also ganz konkrete Auswirkungen in allen zentralen Bereichen gesellschaftlicher Repräsentation – Denkmale, Architektur, Museen – bewirkt und forciert. Auf allen diesen Gebieten wird im Zuge dieser konservativen Tendenzen gegenwärtig die Inszenierung von historisierenden Geschichtsbild-

<sup>17</sup> Zit. nach M. Schwering, Cassandra aus Bochum. Ein Gespräch mit Hans Mommsen, in: Kölner Stadt-Anzeiger Nr. 57 vom 07.03.1996, S. 11.

kulissen der Realität und den Tatsachen vorgezogen: »Mit der Kulisse wird eine Vergangenheit reproduziert, die spurlos in eben diesem Abgrund der jüngeren Vergangenheit verschwand. An die Stelle der Vergangenheit, die Abgrund ist, wird die historisierende Kulisse gesetzt, ganz so, als wäre nichts geschehen. Ja, mehr noch: Die Prothese ist schöner, praktischer, funktionsgerechter als das je war, was mit ihr ersetzt wurde. Und schließlich werden wir ja an jenen Kulissen vorzüglich der Epochen unserer Geschichte gewahr, auf die wir stolz sein können.«<sup>18</sup>

Das mit den Rekonstruktionen und Re-Inszenierungen in Verbindung gebrachte »Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit« kann nicht isoliert gesehen werden, sondern muss notwendig immer auch mit der verantwortungsvollen Verpflichtung gegenüber der Gegenwart und der Zukunft abgewogen werden. Kann in einer Zeit, in der angesichts des zusammenwachsenden Europas abgrenzender Nationalismus fehl am Platze ist, die reihenweise Re-Inszenierung von Denkmalen, denen zumindest potentiell ein nationalistisches Identifikationsangebot innewohnt, die richtige Lösung sein? Kann die angestrebte und auf eine breite Front gesellschaftlicher Unterstützung stoßende Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses zu Beginn des 21. Jahrhunderts das richtige Zeichen für das Berlin der Zukunft sein? Natürlich besteht auch bei jedem im Krieg erhalten gebliebenen Denkmal der Vergangenheit die Frage, wie solche Monumente in die Gegenwart eingeholt und interpretiert, genutzt und rezipiert werden, wie sie in neue Zusammenhänge eingefügt werden können. Aber die jetzige, auffällige Rekonstruktionswelle zerstörter und für Jahrzehnte aus den Stadtbildern verschwundener Bau- und Kunstdenkmale setzt doch darüber hinaus viel demonstrativere Zeichen, gerade dann wenn sie sich – wie im Falle einer Re-Inszenierung des Berliner Stadtschlusses – auf Kosten bestehender, aber als unbequem abgestempelter Denkmale wie dem Palast der Republik aus DDR-Zeiten ereignet. Allzu leicht können die heutzutage wiedererrichteten Preußen-Denkmale als Manifestationen einer mythisch-verklärten, schönen und nachahmenswerten Vergangenheit missdeutet werden und so, zumindest unterschwellig, nationale Emotionen schüren. Die Botschaft dieser Denkmale zur Zeit ihrer Entstehung war doch die einer nationalen Identitätsstiftung, ihr Ziel war es, den nationalen Zusammenhalt zu fördern. Ist es heute – angesichts eines immer weiter zusammenwachsenden Europas – angebracht, diese Dokumente kaiserzeitlicher Geltungssucht, diese Monumente des Militarismus und Großmachtdenkens, diese Symbole einer doch wohl obsolet gewordenen nationalstaatlichen Orientierung, wieder auf den Sockel zu heben und verklärend zu glorifizieren, anstatt sich auf die (wenn auch kurze) Tradition der Demokratie auf deutschem Boden und auf die Gegenwart und Zukunft der bundesdeutschen Demokratie zu besinnen?

<sup>18</sup> J. Willms, Von der historischen Unwirklichkeit unserer Städte. Anmerkungen zu einem Phänomen, in: Hinter der Fassade. Aspekt der Gestaltung unserer Umwelt durch Architektur und Stadtplanung, Köln 1985, S. 308.

Die Rekonstruktionswelle der Gegenwart kann in keiner Weise als ein – von ihren Befürwortern als solcher etikettierter – Akt der »Aufwertung« von Geschichte betrachtet werden, denn hier ereignet sich vielmehr eine mehr oder weniger willkürliche »Erfindung« von Geschichte, eine nachträgliche Konstruktion der Geschichte, die man gerne hätte. Jeder heute erfolgende Wiederaufbau eines verlorengegangenen historischen Kunst- oder Baudenkmals läuft zwangsläufig – durch das Ausblenden unliebsamer historischer Phasen, die für die Zerstörung der Denkmale Verantwortung tragen – auf eine Verfälschung der realen Geschichte hinaus. Während mit dem Wiederaufbau unmittelbar nach 1945 in direkter Weise an historische Kontinuitäten und Traditionen angeknüpft wurde, möchte man nun von einem zeitlichen Abstand von mehreren Jahrzehnten hingegen »rettend« und nachträglich korrigierend in die Vergangenheit eingreifen, indem man rekonstruierend auf Zustände zurückgreifen will, die bereits seit einem halben Jahrhundert (oder noch länger) nicht mehr existent sind. Wenn die Präferenzierung eines traditionellen Wiederaufbaus der Städte, das Errichten von rekonstruierten Denkmalen in den Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in dieser historischen Ausnahmesituation, in Anbetracht der Totalzerstörungen zahlreicher Städte und in Anbetracht der zerstörten optischen Identität der Lebensumwelt der Menschen verständlich und nachvollziehbar erscheint, so müsste aber doch heute – rund fünfzig Jahre nach Kriegsende – ein differenzierteres, reflektierteres und weniger von Emotionen geleitetes Handeln im Umgang mit den erhaltenen oder zerstörten Denkmalen der Vergangenheit möglich sein. Um diesen ehrlichen Umgang mit den historischen Realitäten zu erreichen, muss die Geschichte in ihrer Wirklichkeit ohne Wenn und Aber angenommen werden, muss eingesehen werden, dass – wie es schon Adorno konstatierte – real verlorene Tradition nicht ästhetisch zu suggerieren ist. Da man zu dieser notwendigen Erkenntnis bisher noch nicht gelangt ist, lebt man in Deutschland hinsichtlich des »Denkmalgeschehens ... nach wie vor ... in einem gespaltenen, widerspruchreichen Selbstverständnis.«<sup>19</sup>

Als Fazit kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass die – durch den »Historikerstreit« angeregte und vorbereitete – »Neuschreibung« deutscher Geschichte in der »Neuordnung« der bundesdeutschen Denkmallandschaft ihren adäquaten Ausdruck findet und in der heute zu beobachtenden Inszenierung des öffentlichen Raums auf spezifische Weise manifest wird. Welche Zusammenhänge bestehen nun unmittelbar und ganz konkret zwischen der durch eine Umschreibung der Geschichte bewirkte und geförderte Neuordnung der deutschen Denkmallandschaft und der – mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 einsetzenden – Suche nach einer neuen Identität eines »neuen Deutschlands«?

<sup>19</sup> U. Mainzer (s. A 10), S. 80.

### 3. Der selektive Umgang mit Denkmälern und die Identitätssuche Deutschlands nach 1990: Der geforderte Schlussstrich

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat das deutsche Nationalbewusstsein – im Zusammenhang mit der Suche nach einer neuen staatlichen Identität – im Vergleich zu den Anfangsjahrzehnten der Republik deutlich an Auftrieb gewonnen, was sich im Umgang mit den politisch-historisch relevanten Denkmälern in vielen unterschiedlichen Facetten ganz konkret und sinnfällig widerspiegelt: Während die Sinnkrise der Nachkriegszeit noch dazu geführt hatte, dass auf große – und vor allem auch auf rückwärtsblickende – Gesten in der Inszenierung des öffentlichen Raums bewusst verzichtet wurde, setzte man nun nach 1990 insbesondere in der Inszenierung der Hauptstadtbühne Berlin wieder auf selbstbewusstere, repräsentativere, betont auf eine verklärte nationale Vergangenheit rekurrierende Manifestationen zur Inszenierung des öffentlichen Raums. In Zusammenhang dieses neuen deutschen Selbstbewusstseins soll die grundlegende These aufgestellt werden, dass es keineswegs ein Zufall ist, dass gerade zum jetzigen Zeitpunkt Kaiserstandbilder und untergegangene Architekturen längst vergangener Zeiten wieder in zunehmendem Maße Urstände erleben, während auf der anderen Seite der ehemals deutsch-deutschen Grenze die Bau- und Kunstdenkmale des sozialistischen Deutschlands so weit als möglich aus dem Bild der Städte eliminiert werden, und zudem neue, umstrittene und einem fragwürdigen, relativierenden Geschichtsverständnis entstammende Mahnmale geschaffen werden, die viel mehr in der Lage sind, geschichtliche Zusammenhänge zu vernebeln, als historische Wirklichkeit anschaulich darzustellen. Auch die neuen rückwärtsgewandten Tendenzen in Architektur und Städtebau, die insbesondere Gegenstand des »Berliner Architekturstreits« waren, sind direkt in diesem Zusammenhang zu sehen.

Während die quantitative – geradezu inflationäre – Zunahme derartig problematischer, selektiver und manipulativer Entscheidungen im Denkmalsektor und derartig problematischer Zeichensetzungen auf dem Gebiet der Inszenierung des öffentlichen Raums bisher in erster Linie als Reaktion auf eine kollektiv erlebte Sinnkrise oder auf einen allgemein konstatierten (international sich manifestierenden) Vertrauensschwund gegenüber Gegenwart und Zukunft betrachtet worden sind, muss an dieser Stelle noch der Frage nachgegangen werden, ob sich hier auch ganz konkrete politische Aussagen und Signale manifestieren, deren Analyse wiederum Auskunft über die gesellschaftlichen Befindlichkeiten des neuen Deutschlands erlauben, das durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und durch die neuen weltpolitischen Konstellationen zum stärksten europäischen Staat geworden ist, und nun verstärkt nicht nur nach einer neuen Rolle in der internationalen Politik, sondern auch nach neuen nationalen Zeichensetzungen im öffentlichen Raum und speziell auf der Hauptstadtbühne Berlins sucht. Diese nationale Identitätssuche wird gerade durch ihren Zeitpunkt erheblich verkompliziert, und führte nicht zuletzt dadurch auch zu einer grund-

legenden Identitätskrise: »In einer wirklichen ›Ironie der Geschichte‹ ... erhält Deutschland noch einmal den Auftrag, als Staat hervorzutreten, in demselben Augenblick, da die Staaten im vereinten Europa aufgehen sollten.«<sup>20</sup>

Gerade in dieser fundamentalen Umbruchsituation, in der zwei über Jahrzehnte getrennt voneinander funktionierende, autarke Identitäten in eine »gesamtdeutsche Identität« überführt werden müssen, in der man die Re-Mythologisierung einer gemeinsamen Vergangenheit anstrebt, wird ein großes Maß an Orientierung benötigt, das man letzten Endes nicht in der Gegenwart und in der Zukunft, sondern zunehmend in der Geschichte sucht. Im Zuge einer Wiedervereinigungseuphorie, eines durch die deutsche Vereinigung ausgelösten »Nationalrauschs«,<sup>21</sup> glaubt man, sich für die Suche nach einer neuen nationalen Identität verstärkt in die Vergangenheit wenden zu müssen, statt zu diesem Zweck den Blick nach vorne zu richten. Man ist diesbezüglich im vereinigten Deutschland zu der Einstellung gelangt, dass die Definition nationaler, staatlicher Identität sich nur durch eine historische Identität gewinnen lasse, wobei auch hier die neue Hinwendung zur Geschichte eher eine Flucht aus der Geschichte, eine Flucht vor den unbequemen Vergangenheiten in verklärte, bequemere, weitgehend »neutralisierte« Vergangenheiten bedeutet. Da diese uneingeschränkt positiv rezipierbare nationale Vergangenheit im Fall Deutschlands nicht vorhanden ist, sondern der Zivilisationsbruch des Jahres 1945 unüberwindlich zwischen der Gegenwart und einer sich zur Verunklärung eignenden Vorvergangenheit steht (und von daher eben zwangsläufig in jede neue Identitätsfindung eingeschlossen werden müsste), ereignet sich der Versuch, eine »neue« historische Identität zu schaffen, ein konventionelles Nationalgefühl für die Deutschen wiederzubeleben, indem man alles, was mit dem Zivilisationsbruch des Jahres 1945 in Verbindung steht (von Krieg und Kriegszerstörung über den Holocaust bis hin zur deutschen Teilung und der SED-Herrschaft im Osten) zu relativieren und aus dem öffentlichen Diskurs so weit als möglich auszublenden sucht, indem man also – aufgrund des Fehlens von Traditionen, an die man ohne Bedenken anknüpfen könnte – eine neue Vergangenheit konstruiert. Nahezu alle Versuche, die politische und kulturelle Position Deutschlands zum Ausdruck zu bringen, geraten in dieses heftige Konfliktfeld von Vergangenheit und Zukunft. Von daher kommt gerade der Behandlung der realen Geschichtstraditionen eine gesonderte Bedeutung zu: »Der neue Staat, der weder die alte DDR noch die alte Bundesrepublik sein kann, wird daran gemessen werden, wie er mit der nunmehr unrettbar gesamtdeutschen Vergangenheit umgeht.«<sup>22</sup>

<sup>20</sup> H. Belting, *Die Deutschen und ihre Kunst. Ein schwieriges Erbe*, München 1992, S. 69.

<sup>21</sup> W. Herles, *Nationalrausch. Szenen aus dem gesamtdeutschen Machtkampf*, München 1990.

<sup>22</sup> D. Hoffmann-Axthelm, *Politik, Investoren, Kultur im Streit um das Berliner Zentrum*, in: *Architektur-Jahrbuch 1991*, hrsg. vom Deutschen Architektur-Museum, Frankfurt a.M., München 1991, S. 37.

Da Geschichte ganz offensichtlich eine besondere Rolle bei der »Selbstvergewisserung einer Nation« (Jürgen Habermas) spielt, kommt ihr selbstverständlich auch eine herausragende Rolle im Zusammenhang der Identitätsfindung Deutschlands zu. Hier lässt sich – auf das oben analysierte neue Geschichtsverständnis der Bundesrepublik verweisend – konstatieren, dass die nationale Identitätssuche sich nicht an der realen Vergangenheit, sondern – als direkter Ausdruck eines fundamentalen Unbehagens an der nationalen Vergangenheit – immer stärker an einer erträumten, ersehnten Geschichte orientiert. Von daher kommt bezeichnenderweise gerade der Manipulation der eigenen nationalen Vergangenheit eine wichtige Bedeutung für die gegenwärtige Identitätsfindung des neuen Deutschlands zu. Es stellt diesbezüglich folglich auch eine ganz konkrete politische Aussage dar, wenn die nicht verarbeitete und manipulierte Vergangenheit als Grundlage für heutige Inszenierungen im öffentlichen Raum herangezogen werden, wenn man also das Ziel verfolgt, Bilder zu schaffen, die das, was wir heute tun wollen, aus dem Gestern heraus rechtfertigen sollen, wobei man jedoch statt von einem Gestern (das ja gerade verdrängt werden soll) eher von einem Vorgestern sprechen sollte. Die gegenwärtigen Tendenzen, die die Inszenierung des öffentlichen Raums prägen, und der selektive Umgang mit Geschichte müssen von daher – zudem sich diese Entwicklungen gerade in einer grundlegenden gesellschaftlichen Umbruchphase ereignen – als ganz konkret politische Manifestationen innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses angesehen werden: »Dass die öffentliche Diskussion über die Rekonstruktion von Baudenkmalern in Deutschland ihren entscheidenden Auftrieb durch die Wiedervereinigung erhielt, unterstreicht, dass es sich um primär politische (!) Entscheidungen handelt. Es wäre mehr als fatal, wenn das wiedervereinigte Deutschland derartige Rekonstruktionen als Identifikationssymbole nötig haben sollte, die nichts als ein versuchter Blick zurück wären.«<sup>23</sup>

Die momentane »Aufbereitung« der deutschen Denkmallandschaft soll nachdrücklich dazu beitragen, ein neues Geschichtsbild der Deutschen zu etablieren, ein Geschichtsbild, das – fernab der historischen Realitäten und Kontinuitäten – in der Lage ist, einen positiven historischen Halt zu bieten. Von daher sind diese Bestrebungen gerade auch immer von den Forderungen nach einem »Schlussstrich« unter die unbequemen Geschichtskapitel verbunden: »Die Neigung, die Knoten in den Taschentüchern zu lösen, ist verbreitet«,<sup>24</sup> ohne hinreichend zu reflektieren, ob ein »Schlussstrich« unter die unbequemen Seiten der Vergangenheit, ein »Notausgang« aus der Wirklichkeit der Vergangenheit, tatsächlich die adäquate Lösung für die Zukunft sein kann: »Schlussstrich« ist nun genau die Vokabel, die im Zusammenhang

<sup>23</sup> H.-W. Kruft, Rekonstruktion als Restauration? Zum Wiederaufbau zerstörter Architektur, in: Kunstchronik, 46. Jg., Heft 10/1993, S. 589.

<sup>24</sup> M. Oehlen, Kein Ende der Geschichte. Das Jahr der 50. Jahrestage geht zu Ende. Düstere Kapitel erlaubt keinen Schlussstrich, in: Kölner Stadt-Anzeiger, Nr. 301 vom 29.12.1995, S. 2.

mit unserem Krieg der Kriege überhaupt nicht angebracht ist.«<sup>25</sup> Dieses Bestreben nach einem demonstrativen Bruch mit der unbequemen Vergangenheit ist in der deutschen Geschichte aber durchaus kein neues Phänomen, keine singuläre Erscheinung: »Das Bedürfnis, sich mit einem glatten Schnitt von der Vergangenheit zu trennen, das in den vergangenen fünf Jahren im Zusammenhang mit der ›Entsorgung der DDR-Altlasten‹ häufig zu spüren war, ist keine neue Erscheinung in der modernen deutschen Geschichte. Alle Wendepunkte, an denen die einander relativ rasch ablösenden deutschen Staaten jeweils ihren Neubeginn machten – 1871, 1918, 1933, 1945 und 1990 – wurden vom Ruf nach einem Schlussstrich begleitet.«<sup>26</sup>

Im selektiven Umgang mit Denkmälern, der nach 1990 einen neuen Höhepunkt erreicht hat, wie auch im zugrunde liegenden selektiven gesellschaftlichen Umgang mit Geschichte und eigener nationaler Vergangenheit, lässt sich bezüglich des Umgangs mit den Denkmälern und mit der Geschichte der ehemaligen DDR und den Realitäten der jahrzehntelangen deutsch-deutschen Teilung sehr konkret die Fortsetzung der Strategien deutscher Verdrängungsarbeit und deutscher »Vergangenheitsbewältigung« seit 1945 beobachten, denn es »drängen sich in der aktuellen Diskussion über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit Parallelen zum Umgang mit dem Nationalsozialismus seit Kriegsende auf.«<sup>27</sup> So sind nach 1990 beispielsweise verstärkt Bestrebungen zu beobachten, die DDR-Diktatur mit der NS-Diktatur unter dem relativierenden und nivellierenden Abstraktum »Diktatur« gleichzusetzen, um somit auf diesem Argumentationsumweg die jüngere deutsche Vergangenheit bis 1945 mit der Gleichsetzung von Nationalsozialismus im Dritten Reich und Sozialismus in der DDR ganz im Sinne des »Historikerstreits« zu relativieren und so zur »Normalisierung« deutscher Vergangenheit beizutragen. So wurde hier also ganz bewusst der Versuch gestartet, die im »Historikerstreit« der achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik manifest gewordenen Strategien des Umgangs mit der NS-Vergangenheit nun auch auf die Vergangenheit der DDR auszuweiten. So wie man zuvor den nationalsozialistischen Holocaust mit den stalinistischen Massenmorden verglich, und so die deutschen Verbrechen zu relativieren versucht hat, macht man sich nun mit der gleichen Geisteshaltung daran, die nationalsozialistische Vergangenheit unterschiedslos mit der Vergangenheit der DDR zu vergleichen, um so beide totalitären Staaten auf eine Stufe zu stellen (wenn etwa in einem Atemzug von den Opfern der beiden deutschen totalitären Systeme gesprochen wird). Hier wurde also erneut versucht, etwas zu ver-

<sup>25</sup> M. Oehlen (s. A 24), S. 2.

<sup>26</sup> P. Ambros, Die Unfähigkeit, sich zu verabschieden. Zum Streit um das Holocaust-Mahnmal: Wer sich nicht genau erinnert, baut peinliche Monumente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.1995.

<sup>27</sup> F. Wielenga, Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik, Vierow (Greifswald), S. 11.

gleichen, was im Endeffekt in keinem Fall verglichen werden darf (auch wenn derartige relativierende und nivellierende Vergleiche im Deutschland der Gegenwart opportun geworden zu sein scheinen): »Die DDR war ein Unrechtsstaat, in dem die Menschenrechte systematisch missachtet wurden, aber sie war kein Drittes Reich, das einen Eroberungskrieg führte und einen fabrikmäßigen millionenfachen Mord organisierte.«<sup>28</sup>

Wiederholt wurde – die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit nach 1990 als eine nach altbewährten Mustern ablaufende neue Vergangenheitsbewältigung begreifend – darauf hingewiesen, dass die aktuelle Diskussion über die DDR-Vergangenheit genutzt werde, um durch Gleichsetzung von nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen aus dem langen Schatten des Dritten Reiches zu treten. Dem Schlussstrich, der baldmöglichst und mit großer Hektik forciert unter die DDR-Vergangenheit Deutschlands gezogen werden soll, kommt also gleichzeitig die ganz konkrete Aufgabe zu, ebenfalls einen endgültigen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen. Letztendlich soll also durch das angestrebte weitgehende »Auslöschen« der DDR-Vergangenheit im vereinten Deutschland – unter dem massiven Rückgriff auf eine sich eher zur Verklärung anbietenden Vorvergangenheit – gleichzeitig ein finaler Schlussstrich unter alle unbequemen Kapitel der deutschen Vergangenheit dieses Jahrhunderts gezogen werden. Über den Umgang mit der Abrechnung mit der DDR-Vergangenheit, soll somit gleichzeitig auch bequem mit der NS-Vergangenheit abgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang muss dem Zeitpunkt des Auftretens und des Höhepunkts der Problematik also eine besondere Bedeutung zugemessen werden: Gerade die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland nach 1990 eine im Umbruch befindliche Gesellschaft war, verstärkt und potenziert die Wirkung der Re-Inszenierungen und der Denkmalschleifungen noch zusätzlich. Die durch entsprechende Inszenierungen vorgenommenen Korrekturen im Denkmalsektor sind somit zumindest potentiell in der Lage, patriotisch verklärte und nationale Wunschträume, nicht zuletzt den im »Historikerstreit« manifestierten Traum von einem unproblematischen, »normalen« Umgang mit der deutschen Vergangenheit, hervorrufen zu können. »Es ist noch längst nicht entschieden, welche Zukunft das 80-Millionen-Volk wählen wird, die europäische oder die nationalstaatlich deutsche.«<sup>29</sup> Können die wiedererrichteten Bau- und Kunstdenkmale einer unreflektiert verklärten Vergangenheit ein positives Zeichen für ein zukunftsorientiertes, ein europäisch und nicht nationalstaatlich denkendes Deutschland sein? Sollte eine Gesellschaft, die auf einer freiheitlichen demokratisch-parlamentarischen Grundordnung basiert, tatsächlich so mit ihrer Vergan-

<sup>28</sup> Ebda., S. 108.

<sup>29</sup> W. von Sternburg, Fall und Aufstieg der deutschen Nation. Nachdenken über einen Massenausbruch, Frankfurt a.M. 1993, S. 186.

genheit, Gegenwart und Zukunft umgehen, wie es sich momentan in der Inszenierung des öffentlichen Raums mit großer Nachdrücklichkeit manifestiert? Muss es nicht fragwürdig anmuten, wenn eine heutige demokratische Gesellschaft zunehmend auf die Identifikationssymbole untergegangener politischer Systeme zurückgreift um den öffentlichen Raum der heutigen demokratischen Gesellschaft identitätsstiftend zu »dekorieren«? »Solche historische Identität, für die mit jener historisierenden Bautätigkeit erklärtermaßen einen Beitrag geleistet werden soll, dient aber zu nichts anderem, als dazu, Geschichte zu missbrauchen, um die Gegenwart so wie sie ist kritiklos zu rechtfertigen [!].«<sup>30</sup>

Die Wiederbelebung verschütteter und abhanden gekommener nationaler »Größe« darf jedoch nicht die Antwort auf die (Identitäts-)Probleme unserer Zeit sein. Eine manipulierte und verklärte Vergangenheit kann in diesem Kontext nicht ernsthaft als Legitimationsgrundlage für die Gegenwart in Betracht gezogen werden. Das Bestreben, die Vergangenheit um jeden Preis als Konstruktionsmittel für Identitätsfindung in der Gegenwart heranzuziehen, auch dann, wenn die Geschichte zu diesem Zweck erst umgeschrieben und uminterpretiert werden muss, um für heutige Zwecke usurpiert werden zu können, muss äußerst fragwürdig erscheinen. Die Beschwörung von Geschichte bzw. von Vergangenheit und Tradition dient jedoch oft genug dazu, diese Brüche in ihrer Geschichtlichkeit vielmehr zu verschleiern und den schönen Schein einer ungebrochenen Form staatlichen Handelns vorzutäuschen. Diese hier zu beobachtende Unsicherheit im Umgang mit Geschichte, diese unreflektierte Hinwendung zu einer verklärten Vergangenheit kann gerade im Bezugsrahmen der Identitätssuche zu falschen Gesten, zu den falschen Signalen in der Gegenwart (und für die Zukunft) führen, denn es ist sehr wohl ein fundamentaler Unterschied »ob die Gesellschaft primär im Hinblick auf ihre *Vergangenheit* oder primär im Hinblick auf ihre *Zukunft* zum Thema wird.«<sup>31</sup> Die Suche nach einer neuen nationalen Identität ist »primär nicht mit dem Blick in die Vergangenheit, sondern nur mit dem Blick in die Zukunft zu gewinnen«,<sup>32</sup> denn »die ›Kontamination‹ der deutschen Geschichte mit Hitlers Nationalsozialismus [verbietet] jede unbefangene Identifikation mit der Vergangenheit.«<sup>33</sup> Dem sollten sich auch diejenigen bewusst werden, die – egal ob unreflektiert oder aber bestimmten ideologischen Absichten folgend – lautstark das Verbannen

<sup>30</sup> J. Willms (s. A 18), S. 313.

<sup>31</sup> N. Luhmann, Selbst-Thematisierung des Gesellschaftssystems. Über die Kategorie der Reflexion aus der Sicht der Systemtheorie, in: *ders.*, Soziologische Aufklärung, Bd. 2, Opladen 1975, S. 87.

<sup>32</sup> B. Flierl, In der Stadtmitte geht es um mehr als das Schloss, in: Kritische Berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaft, 22. Jg., Heft 1/1994, S. 78.

<sup>33</sup> R. Voigt, Politische Symbole und postnationale Identität, in: A. Klein (Hrsg.), Kunst, Symbolik und Politik, Opladen 1995, S. 288.

von als unbequem etikettierten Denkmälern von der öffentlichen Bühne fordern und gleichzeitig die reihenweise Re-Inszenierung von untergegangenen Monumenten befürworten, die in eine verklärte, bereinigte Vergangenheit verweisen und eine geschichtliche »Normalität« vorspiegeln, die so nicht existiert, sondern lediglich herbeigewünscht wird. Nur wenn die ahistorischen Kulissenbauten und Surrogatarchitekturen à la Disneyland<sup>34</sup> in der deutschen Denkmallandschaft an Überhand gewinnen und es zugelassen wird, dass sie zunehmend die authentisch gewachsene Geschichtslandschaft unterwandern und somit in ihrer ursprünglichen Aussagekraft beeinträchtigen, haben die Geschichtsklitterer des »Historikerstreits« gesiegt. Dies gilt es im Interesse der Bewahrung einer deutschen Denkmalkultur zu verhindern, die Auskunft über die wirkliche Geschichte zu geben in der Lage ist. Dafür hat die dem Authentischen verpflichtete Denkmalpflege einzustehen.

<sup>34</sup> Vgl. J. Trimborn, Das Denkmal im Zeitalter der virtual reality. Die moderne Medienwelt und ihr Einfluss auf die Inszenierung des öffentlichen Raums, in: Die alte Stadt 26 (1999), S. 117 – 140.

Oliver Schöller

## »Urbanität durch Dichte« – ein umkämpftes Konzept Dargestellt am Beispiel des Großsiedlungsbaus der »Neuen Heimat«

Der »Neue Heimat-Skandal« zu Beginn der 80er Jahre verzerrte nachhaltig die wissenschaftliche Beurteilung des von ihr in den 60er und 70er Jahren unter dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« dominierten Großsiedlungsbaus. Robert Kaltenbrunner plädierte deshalb 1996 für »eine unvoreingenommene Analyse des Satellitenstadtkonzeptes und seiner Genese in den unterschiedlichsten nationalen und regionalen Zusammenhängen«. <sup>1</sup> Ihm folgend soll daher zunächst durch einen ideen-geschichtlichen Abriss des modernen Städtebaus der historische Stellenwert der westdeutschen 60er und 70er Jahre-Großsiedlungen erörtert werden. Es wird gezeigt, dass der Großsiedlungsbau nicht an dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« gescheitert ist. Vielmehr sammelten sich seinerzeit unter demselben städtebaulichen Leitgedanken Vertreter mit ganz unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die sich auch in ihren Planungskonzepten niederschlugen. Das Leitbild »Urbanität durch Dichte« war somit von Anfang an heterogen und reichte von autoritären bis zu partizipativen Planungskonzepten. Es gab demnach auch demokratische Alternativen im modernen Städtebau, die lange Zeit aus dem Gesichtskreis postmoderner Städtebaudiskurse geraten waren. Damit wird die Frage nach den Ursachen für das Scheitern dieser partizipatorischen Traditionslinie des modernen Städtebaus neu gestellt. Zur Klärung dieser Frage wird im zweiten Teil der Arbeit der widersprüchliche Planungs- und Entstehungsprozess einer 60er/70er Jahre Großsiedlung analysiert. Durch die scharfe Kontrastierung von Anspruch und Wirklichkeit eines Großsiedlungsprojekts ergeben sich Hinweise darüber, warum die bereits vorhandenen progressiven Planungsideen schließlich doch nicht umgesetzt wurden.

### 1. Die »Neue Heimat«

Die Auseinandersetzung mit dem Großsiedlungsbau der 60er/70er Jahre geriet im Zuge der Abwicklung der »Neuen Heimat« (NH) seit Anfang der 80er Jahre zur politischen Abrechnung mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau insgesamt. Wie Wulf

<sup>1</sup> R. Kaltenbrunner, Die Satellitenstadt. Annäherung an einen ambivalenten Planungsbegriff, in: RaumPlanung 73 (1996), S. 81.

Eichstädt betont, hätte es freilich nicht des NH-Skandals bedurft, um festzustellen, »dass das zentralistisch bürokratische Organisationsmodell überlebt ist und dass die Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft in der Wohnungspolitik neu definiert werden muss unter den erschwerten Bedingungen einer diffusen Bedarfslandschaft, in der sich Ansprüche und Forderungen nicht mehr von selbst und massenhaft bündeln.«<sup>2</sup> Denn zum einen waren die Skandale der NH schon in den 70er Jahren bekannt geworden, ohne größere Beachtung zu finden.<sup>3</sup> Zum anderen zeichnete sich bereits einige Jahre zuvor eine programmatische Neuorientierung sowohl CDU-naher Expertenrunden und Forschungsinstitute, wie auch des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen ab, die jeweils mit unterschiedlichen Akzenten eine Liberalisierung des Wohnungsmarktes forderten.<sup>4</sup> Die NH hatte sich bis Anfang der 80er Jahre von ihrem 1956 verabschiedeten Programm der »sozialen Aufrüstung« im Sinne einer Unternehmenspolitik für »die kleinen Arbeiter und Angestellte« weit entfernt. Die zunehmende Vermarktwirtschaftlichung des Wohnungsbauunternehmens NH durch die Ausdehnung ihrer Aktivitäten in privatwirtschaftlich geführte Marktsegmente hatte schon in den 70er Jahren eine zunehmende Forcierung privater Eigentumsbildung zur Folge. Der Wechsel staatlicher Wohnungsbauförderung von der Objekt- zur Subjektförderung unterstützte die zunehmende Marktorientierung der NH, die verstärkt dazu überging, Eigenheime und Eigentumswohnungen zu bauen. Zu Beginn der 80er Jahre begann die NH mit dem Verkauf von Sozialwohnungen den umfangreichen Abbau des Sozialwohnungsbestandes.<sup>5</sup>

Strukturelle Fehlentwicklungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die sich aus der besonderen Stellung gemeinnütziger Kapitalgesellschaften zwischen Staat und Markt ergeben,<sup>6</sup> wurden zumeist weder von den Gegnern des öffentlich geförderten Wohnungsbaus noch von seinen Befürwortern hinreichend thematisiert.<sup>7</sup> Im Zeitalter einer »geistig moralischen Wende«, die im Kern das hegemoniale Projekt des Neoliberalismus

forcierte,<sup>8</sup> wirkte der Gewerkschaftskonzern »Neue Heimat« auf die Gegner als Bollwerk gegen die Gesetze des freien Marktes betrachtet. Die von der NH unter dem Leitgedanken »Urbanität durch Dichte« bundesweit errichteten Großsiedlungen galten den Gegnern als der offensichtliche Beweis für das Scheitern gesellschaftlicher Planung. Die zentrale Planung, so der Vorwurf, erinnere an die realsozialistische Planwirtschaft, die den Verhältnissen demokratischer Gesellschaftssysteme mit ihrem freien Markt widerspricht. Demgegenüber verharrten die Verteidiger des gemeinnützigen Wohnungsbaus angesichts völlig veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in einer perspektivlosen Defensivposition.<sup>9</sup>

Noch 1980 wollte sich der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und ehemalige Geschäftsführer der landeseigenen NH, Lothar Späth, bei der Beurteilung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft seinem christlich-sozialen Habitus entsprechend nicht so recht zwischen Marktwirtschaft und Gemeinwirtschaft entscheiden.<sup>10</sup> Als das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« zwei Jahre später den »Neue Heimat Skandal« eröffnete,<sup>11</sup> hatten sich die politischen Auseinandersetzungen verschärft, und die zweifellos problematischen Fehlentwicklungen der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft NH gereichten den Gegnern der Gemeinwirtschaft nun zum überzeugenden Argument. Die neue Regierung nutzte ihre politische Chance in einer gesellschaftlichen Situation allgemeiner Unübersichtlichkeit, in der Wohnungspolitik mit einem neoliberalen Programm Orientierung zu stiften. Die sukzessive Deregulierung des Wohnungsmarktes fand durch die Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitengesetzes 1990 einen vorläufigen Endpunkt. »Aus einem Ausflug in die dunkelste Zeit des vorigen Jahrhunderts brachte die Regierung das Rezept mit: ein individual-liberalistisches Förderungsskelett für Wohlhabende. Aufgaben der Volkswohnungsversorgung wurden dem Markt überlassen.«<sup>12</sup>

Die Auseinandersetzung um den Großsiedlungsbau wurde dem postmodernen Zeitgeist der 80er Jahre entsprechend stark personalisiert.<sup>13</sup> Neben der pauschalen Verurteilung der »Neuen Heimat« beschäftigte sich die veröffentlichte Meinung vor allem mit dem unmoralischen Verhalten der Geschäftsführung, so als könne dies jahr-

<sup>2</sup> W. Eichstädt, Orientierungsprobleme der reformistischen Wohnungspolitik, in: W. Prigge/W. Kaib (Hrsg.), Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M. 1988, S. 41.

<sup>3</sup> Vgl. P. Scheiner/H.H. Schmidt, Neue Heimat – Teure Heimat. Ein multinationaler Gewerkschaftskonzern, Stuttgart 1974.

<sup>4</sup> Vgl. H.K. Schneider/R. Kornemann, Soziale Wohnungswirtschaft, Bonn 1977; K. Biedenkopf/M. Miegel, Wohnungsbau am Wendepunkt. Wohnungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1979; GEWOS, Wohnförderung als Absicherungssystem in einer sozialen Wohnungsmarktwirtschaft, Heft 25 (1977).

<sup>5</sup> M. Fuhrich/C. Neusüß/R. Petzinger u.a., Die Neue Heimat, Hamburg 1983. 1980 umfasste der Bestand an Sozialmietwohnungen rund 4 Mio. Heute sind es noch ca. 2 Mio.

<sup>6</sup> Vgl. H. Jenkins, Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft zwischen Markt und Sozialbindung, Berlin 1985.

<sup>7</sup> Vgl. T. Harlander, Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit – Ende des sozialen Wohnungsbaus?, in: W. Prigge/W. Kaib, Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M. 1988, S. 50.

<sup>8</sup> Vgl. J. Bischoff/F. Deppe/K.P. Kisker, Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde, Hamburg 1988.

<sup>9</sup> Vgl. U. Eichstädt (s. A 2), S. 41.

<sup>10</sup> Vgl. L. Späth, Gemeinwirtschaft, in: E. Mändle/H.-W. Winter (Hrsg.), Handwörterbuch des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1980, S. 584 – 594.

<sup>11</sup> Dokumentation zum NH-Skandal. Berichterstattung über die NH im Februar/März 1982 in der Presse, unveröff. Sammlung an der TU Hamburg-Harburg.

<sup>12</sup> J. Rodriguez-Lores, Stadtentwicklung und sozialer Wohnungsbau. Die Anfänge in Europa, in: Die alte Stadt 23 (1996), S. 196.

<sup>13</sup> Vgl. T. Eagleton, Die Illusionen der Postmoderne, Stuttgart 1997; K.H. Bohrer/K. Scheel, Postmoderne – Eine Bilanz, Merkur-Sonderheft, Stuttgart 1998.

zehntelange städtebauliche Fehlentwicklungen erklären.<sup>14</sup> Auch innerhalb der Wissenschaft rückte man von vormaligen strukturellen Erklärungsmustern ab und betonte statt dessen individuelle Verantwortlichkeiten.<sup>15</sup> Johann Jessen schließlich bilanzierte Ende der 80er Jahre den Großsiedlungsbau und führte die städtebauliche Fehlentwicklung dieser Jahre auf die besondere Rolle professioneller Eliten wie Stadtplaner und Architekten zurück, deren Konzepte von einem übersteigerten Planungsverständnis bestimmt gewesen seien. Dieses »geht implizit von der Allmacht und Allwissenheit des Planers aus und schließt dessen Irrtum aus. Nicht, dass sie falsch prognostiziert haben, sondern dass ihre Planungen die Möglichkeit des Irrtums und entsprechend die Möglichkeit nachträglicher Korrektur ›fast brustschwellend‹ ausgeschlossen haben, ist den Planern der Großsiedlungen eigentlich vorzuwerfen.«<sup>16</sup>

Ausgehend von dieser These soll im folgenden untersucht werden, wie sich im Rahmen vermeintlich demokratischer Gesellschaftsverhältnisse eine einzige Funktionselite mit ihren spezifischen Planungsvorstellungen durchzusetzen vermochte. Der bis heute weit verbreiteten Auffassung, das Fehlen von Problembewusstsein bezüglich des seinerzeit dominierenden autoritären Planungsverständnisses habe zwangsläufig zum Großsiedlungsbau der 60er/70er Jahre mit all seinen negativen Erscheinungen geführt,<sup>17</sup> wird mit dem Hinweis auf eine demokratische Traditionslinie des modernen Städtebaus begegnet. Partizipatorische Planungsvorstellungen konkurrierten auch noch in der Nachkriegszeit mit den von Jessen beschriebenen Allmachtsphantasien. Bei der Klärung der Frage, warum sich diese alternativen Planungskonzepte speziell im Großsiedlungsbau der 60er/70er Jahre nicht durchgesetzt haben, geraten auch strukturelle Einflussfaktoren wieder stärker in das Blickfeld.

## 2. Zwischen Sozialutopie und Sozialtechnik

Die personalisierende Gesellschaftsanalyse ging einher mit einer unhistorischen Betrachtungsweise gesellschaftlicher Phänomene. Bis heute wird die Entstehungsgeschichte der Großsiedlungen unter dem Leitgedanken »Urbanität durch Dichte« zu meist als ein Entwicklungspfad dargestellt, der geradewegs in den Fehlplanungen der

60er/70er Jahre Siedlungen mündete.<sup>18</sup> Es scheint so, als verdeckten die petrifizierten Stadtlandschaften der 60er/70er Jahre mit ihren massiven Großsiedlungen den damals geführten Kampf um ein anderes Planungs- und Utopieverständnis. Dabei präsentieren die Großsiedlungen der Nachkriegszeit eine utopische Tradition, die – angefangen mit Platons Politeia über die Stadtideen von Thomas Morus und Charles Fourier bis hin zu Le Corbusier – von einem genialen Entwurf ausging, welcher, den Menschen erst einmal nahe gebracht, diese und im Gefolge die gesamte Gesellschaft zum Paradies auf Erden wandeln würde.<sup>19</sup> Gerd de Bruyn folgend markiert demgegenüber die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx und Friedrich Engels den Beginn eines utopischen Denkens, das sich nicht von abstrakten Ideen einer besseren Welt leiten lässt, sondern die Interessen jener berücksichtigt, welche die zukünftige Gesellschaftsentwicklung mitbestimmen sollen.<sup>20</sup> Die damit einhergehende Versachlichung des utopischen Denkens beruht im wesentlichen auf der Erkenntnis, dass historische Entwicklungen nicht konkret antizipierbar sind. Hatten noch die frühen Sozialisten ihre Utopien aus einem notwendigen Geschichtsverlauf erklärt, konzentrierten sich demgegenüber Marx und Engels auf die Kritik der bestehenden Verhältnisse mit der skeptischen Hoffnung auf eine Entwicklung hin zum Besseren.

Diese neue Sicht auf gesellschaftliche Entwicklung hatte auch ein neues Planungsverständnis zur Folge. Waren die utopischen Sozialisten noch davon überzeugt gewesen, dass ihre Ideen zugleich die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck bringen würden, allein diese wüssten es noch nicht, betonten Marx und Engels die historische Notwendigkeit der selbständigen Artikulation von eigenen Interessen durch soziale Klassen. Sahen die Utopisten sich aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion als planende Köpfe in einer notwendigerweise bevormundenden Position gegenüber der Bevölkerung, die es schließlich galt, von ihrem Glück zu überzeugen, ließen Marx und Engels, indem sie dem autoritären Planungsverständnis ein demokratisches Selbstverständnis gegenüberstellten, die Person des Planers tendenziell überflüssig erscheinen: »Gegenüber dem sozial engagierten Planer wird nicht eigentlich ein Berufsverbot ausgesprochen, sondern der Appell, seine Tätigkeit in einer Weise auszuüben, als gälte es, sich selbst überflüssig zu machen. Dass die Planungs diktatur der Philanthropen einst durch das gewachsene Selbstbewusstsein und den Eigensinn der Menschen entmachtet werden könnte, dies ist die bei Marx aufscheinende neue Utopie sozialräumlicher Planung.«<sup>21</sup> Gerd de Bruyn unterscheidet zwi-

<sup>14</sup> Vgl. zuletzt noch einmal J. S. Mehnert, Die Gewerkschafts-Bande. Der größte Wirtschaftsskandal der Nachkriegsgeschichte, aufgeschrieben von dem Mann, der die Neue Heimat zu Fall brachte, Hamburg 1997.

<sup>15</sup> Vgl. W. Tessin, Die Neubausiedlungen der Sechziger/Siebziger Jahre, in: ders./U. Herlyn/A. von Saldern (Hrsg.), Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt a.M. 1987, S. 75 – 101.

<sup>16</sup> J. Jessen, Die Zukunft der Großsiedlungen in schrumpfenden Stadtregionen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 28 (1987), S. 63.

<sup>17</sup> Vgl. J. Jessen, Aus den Großsiedlungen lernen? Das Scheitern eines Modells, in: Die alte Stadt 16 (1989), S. 568 – 581.

<sup>18</sup> Vgl. G. Albers, Städtebau und Utopie im 20. Jahrhundert, in: Die alte Stadt 23 (1996), S. 56 – 67.

<sup>19</sup> Vgl. H. Becker, Leitbilder, in: H. Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 1998, S. 123 – 135.

<sup>20</sup> G. de Bruyn, Die Diktatur der Philanthropen. Entwicklung der Stadtplanung aus dem utopischen Denken, Braunschweig 1996, S. 133 – 159.

<sup>21</sup> Ebda., S. 159.

schen altem und neuem utopischen Denken, wobei ersteres, indem es auf dem intellektuellen Vorsprung einer geistigen Elite beruht, den idealistischen Ausdruck der jeweils herrschenden Klasse repräsentiert. Demgegenüber befördert das neue utopische Denken mit der Betonung des aktiven, seine Umwelt selbstbewusst gestaltenden Menschen einen emanzipatorischen Gehalt. Die vormaligen Opfer alter Utopien werden zu Subjekten zukünftiger Planung.

In den Anfängen des modernen Städtebaus finden sich die beiden Prinzipien des alten und neuen utopischen Denkens wieder. Wie Thilo Hilpert zeigt, war das Projekt des neuen Bauens von Anfang an umstritten, und die Kämpfe um die sozialen Inhalte moderner Architektur setzten schon in den 20er Jahren ein.<sup>22</sup> Gegen eine Tradition sozialutopischer Stadtkonzepte, die von Ebenezer Howard bis Bruno Taut reichte, der durch seine Arbeit im Rahmen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus gelernt hatte, den ›genialen‹ Architekten in sich zurückzunehmen, um seine Entwürfe stattdessen an den konkreten Bedürfnissen der Bewohner zu orientieren,<sup>23</sup> wandten sich Vertreter des modernen Städtebaus wie Mies van der Rohe, Ludwig Hilberseimer und Le Corbusier. Während Taut und seine Schüler zu dem Ergebnis kamen, dass die Wohnungsfrage nicht allein mit technischen Mitteln zu lösen sei, sondern immer schon im Kontext sozialer Veränderungen gedacht werden müsse, setzten letztere demgegenüber ganz auf eine nach sozialtechnischen Kriterien moderner Hygiene, monumentaler Ordnung und einem rasanten Verkehrswesen konzipierte Stadt.<sup>24</sup> Neben Taut kritisierte vor allem Hannes Meyer, der 1928 als Direktor des Bauhauses die Nachfolge von Walter Gropius antrat, sowohl das seinerzeit aufkommende einseitig funktionalistische Planungsverständnis, wie auch den damit zumeist verbundenen autoritären Habitus der Architektenzunft.<sup>25</sup> Demgegenüber entwickelte Meyer ein »kollektivistisch-politisches Entwurfsverständnis«,<sup>26</sup> demzufolge Bauen als ein Gestaltungsprozess verstanden wurde, in dem das Publikum einen integralen Bestandteil darstellte. »Diese politische Position musste damals – wie heute – gegen zweifelhafte baukünstlerische Stilbemühungen und Symbolismus, aber auch gegen einseitig am Tauschwert ausgerichtete Rationalisierungsbestrebungen der Bauwirtschaft erkämpft werden.«<sup>27</sup>

<sup>22</sup> T. Hilpert, *Le Corbusiers »Charta von Athen«*. Texte und Dokumente, Braunschweig 1988.

<sup>23</sup> Vgl. K. Junghanns, *Bruno Taut 1880 – 1938. Architektur und sozialer Gedanke*, Leipzig 1998.

<sup>24</sup> Vgl. G. de Bruyn (s. A 20), S. 273.

<sup>25</sup> Vgl. K.-J. Winkler, *Der Architekt Hannes Meyer. Anschauungen und Werk*, Berlin 1989.

<sup>26</sup> Vgl. H. Meyer, *Erziehung zum Architekten*, in: *L. Meyer-Bergner*, *Bauen und Gesellschaft*. Schriften, Briefe, Projekte, Dresden 1980, S. 204 – 213.

<sup>27</sup> G. Fehl, *Entwerfen: Componieren, Konstruieren, Erfinden. Eine Skizze einiger Entwurfsverständnisse in den Zwanziger Jahren*, in: *ARCH+ 37* (1978), S. 57.

Im europäischen Städtebau der Nachkriegszeit setzte sich Le Corbusiers einseitig ökonomisch-technizistischer Fortschrittsglaube durch.<sup>28</sup> Zwischen der ›Erklärung von La Sarraz‹ durch die CIAM (Congrès Internationaux d'Architecture Moderne) 1928 und der durch Le Corbusier redigierten zweiten Erklärung sowie seiner ›Charta von Athen‹ aus dem Jahre 1933 fand eine Kontroverse bezüglich der inhaltlichen Programmatik des modernen Städtebaus statt. Dabei zeichnet sich die von Le Corbusier verfasste zweite Erklärung gegenüber dem ursprünglichen Text durch ihren unpolitischen Charakter aus. Alle auf gesellschaftspolitische Veränderung zielenden städtebaulichen Überlegungen wurden getilgt.<sup>29</sup> So fehlt insbesondere der Gedanke einer aktiven Beteiligung der zukünftigen Bewohner am Planungsprozess, dem Le Corbusier seine Vorstellung vom Stadtplaner als eines ›Übermenschen‹ entgegenhielt.<sup>30</sup> »Auf diese Weise wurde in einem Text, der als ›Erklärung von La Sarraz‹ um die Welt ging, sowohl der Gedanke, dass Stadtplanung mit der Organisation des kollektiven Lebens befasst ist und die Sozialisierung des Grund und Bodens voraussetzt, als auch die Utopie getilgt, dass Planung als Machtinstrument eines Einzelnen einst durch das Mündigwerden der ›Architekturkonsumenten‹ überflüssig werden könnte.«<sup>31</sup>

Es war demnach nur konsequent, dass sich Le Corbusier die Umsetzung seiner autoritären Planungsgedanken von diktatorischen Herrschaftsregimen versprach. Nachdem er 1930 bei den Wettbewerben für die Zentralbebauung Moskaus im Rahmen des ersten Fünfjahresplans (1928–1932) nicht zum Zuge gekommen war, erhoffte er sich die Realisierung seiner Pläne vom Faschismus.<sup>32</sup> Er diente sich sowohl dem italienischen Duce wie auch dem französischen Vichy-Regime an, wiederum ohne Erfolg. Zusammen mit dem fordistischen Akkumulationsregime, das sich organisatorisch durch eine sozialstaatliche Zentralisierung und Regulierung auszeichnet,<sup>33</sup> setzten sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Städtebau auch die autoritären Vorstellungen von Le Corbusier gegenüber konkurrierenden Traditionslinien durch und dominierten das Bauen und Planen in der westlichen Welt.<sup>34</sup> Gleichwohl hatte Cor-

<sup>28</sup> Vgl. W. Durth, *Verschwiegene Geschichte. Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940 – 1960*, in: *Die alte Stadt 14* (1987), S. 28 – 50; T. Sieverts, *Die »Neuen Städte« als Experimentierfelder der Moderne*, in: *Die alte Stadt 14* (1987), S. 51 – 71.

<sup>29</sup> »Die radikalen politischen Forderungen der Frühzeit waren fallengelassen worden. Der Funktionalismus blieb allgemeines Credo, aber die Sätze der Charta lasen sich wie ein neokapitalistischer Katechismus, dessen Edikte auf idealistische Weise ›rationalistisch‹ und zugleich weitgehend unrealisierbar waren.« K. Framton, *Die Architektur der Moderne. Eine kritische Baugeschichte*, Stuttgart 1991, S. 230.

<sup>30</sup> Vgl. T. Hilpert, *Die funktionelle Stadt. Le Corbusiers Stadtvision – Bedingungen, Motive, Hintergründe*, Braunschweig 1978.

<sup>31</sup> G. de Bruyn (s. A 20), S. 246.

<sup>32</sup> Vgl. V.M. Lampugnani, *Vision und Kahlschläge. Le Corbusiers Städtebau*, in: *Kursbuch 112* (1993), S. 20 ff.

<sup>33</sup> Vgl. J. Hirsch/R. Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg 1986.

<sup>34</sup> Vgl. G. de Bruyn (s. A 20), S. 244.

busier das richtige Gespür, wenn er insbesondere in den faschistischen Regimen jene Organisationsformen angelegt sah, die seinen Planungsvorstellungen entsprachen. Schließlich hatte der Nationalsozialismus die Durchsetzung des Fordismus in der Nachkriegszeit wesentlich vorbereitet.<sup>35</sup> Die Bündelung der größten Wohnungsbau-genossenschaften unter dem Dach der Hamburger NH, sowie ihr hierarchisch organisierter und zentralistisch geführter Aufbau im Kontext des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Nachkriegszeit, hatten ihre Wurzeln ebenso in der Zeit des Nationalsozialismus wie sich aus jener Zeit maßgebliche Gedanken eines forcierten industriellen Wohnungsbaus und wesentliche konzeptionelle städtebauliche Überlegungen der Nachkriegszeit speisten.<sup>36</sup> Diese grundlegende Neuorganisation durch die Nationalsozialisten zum Zwecke der Effizienzsteigerung des Massenwohnungsbaus ging einher mit einer Entdemokratisierung, die sich ebenfalls als Hypothek des gemeinnützigen Wohnungsbaus der Nachkriegszeit erweisen sollte. Insofern täuscht der zumeist noch kleinteilige, an den Gartenstadtgedanken erinnernde Siedlungsbau der 50er Jahre, der unter dem Leitgedanken der »gegliederten und aufgelockerten Stadt« propagiert wurde, eine städtebauliche Tradition vor, die mit Tauts Sozialutopie vereinbar zu sein scheint. Tatsächlich aber hatte sich schon zu dieser Zeit ein Paradigmenwechsel im modernen Städtebau von gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu rein zweckrationaler, wirtschaftlicher Effizienz folgender Planung vollzogen. »Die besonderen Bedingungen der 50er Jahre wie etwa die massenhafte Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte, die von den USA abgestützte großzügige öffentliche Wohnungsbaufinanzierung und die Möglichkeit zu einem kurzfristigen extensiven Wachstum noch auf der Basis der alten Technologien verdecken nur, dass die Weichen längst in die Richtung eines nur mehr der Quantität verpflichteten Massenwohnungsbaus gestellt waren, für den die Nationalsozialisten wesentliche Voraussetzungen erarbeiteten.«<sup>37</sup>

<sup>35</sup> Vgl. M. Rodenstein, Städtebaukonzepte. Bilder für den baulich-räumlichen Wandel der Stadt, in: H. Häußermann u.a. (Hrsg.), Stadt und Raum. Soziologische Analyse, Pfaffenweiler 1992, S. 57.

<sup>36</sup> Vgl. T. Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel 1995; W. Prigge (Hrsg.), Ernst Neufert. Normierte Baukultur, Frankfurt a.M. 1999. W. Durth/N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940 – 1950, 2 Bde., Braunschweig 1988.

<sup>37</sup> T. Harlander (s. A 7), S. 52. Peter Lammert hat auf die fließenden Übergänge der Planungsgeschichte am Beispiel des Leitgedankens der »gegliederten und aufgelockerten Stadt« hingewiesen, deren Wurzeln bis zur Gartenstadtbewegung im 19. Jh. reichen. Daher wäre die Beschreibung dieses Leitgedankens als NS-Modell auch in Anbetracht der Tatsache, dass die zentralen Gedanken der Planungsideen von Göderitz, Rainer und Hoffmann (1957) schon während des Nationalsozialismus formuliert wurden, zweifellos verkürzt, vgl. P. Lammert, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945. Eine Skizze zur Planungsgeschichte, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 352 – 366.

### 3. Die Nachkriegszeit

In Deutschland kritisierte der Architekt und Stadtplaner Rudolf Schwarz schon 1947 den »Maschinenmenschen« und dessen technischen Herrschaftsanspruch im Neuen Bauen.<sup>38</sup> Damit setzte er eine Kulturkritik an der modernen Architektur fort, welche seit Mitte der 20er Jahre zu einer einseitigen, allein auf formale und technische Aspekte zielenden Interpretation des modernen Bauens führte, während die soziale und politische Programmatik des modernen Städtebaus negiert wurde.<sup>39</sup> Schwarz wiederholte seine Kritik 1953 in der Zeitschrift »Baukunst und Werkform« und löste damit eine heftige Kontroverse aus.<sup>40</sup> Seine konservativ geprägte Kritik am Funktionalismus war jedoch im wesentlichen ästhetisch begründet und damit selbst wieder Ausdruck der damals scheinbar unpolitischen deutschen Nachkriegsverhältnisse. Indem Schwarz die Bauhausarchitekten zudem der Halbbildung bezichtigte, brachte er seinerseits mit dem Habitus des erhabenen Bildungsbürgers einen autoritären Charakter zum Ausdruck. Sein zwiespältiges Verhältnis zur modernen Architektur zeichnete sich insbesondere in seiner engen Freundschaft zu Mies van der Rohe aus. An ihm schätzte Schwarz den »Baumeister« der jene Formen setzt, in deren Grenzen sich das Leben entfalten solle, zugleich jedoch ignorierte er den Vertreter einer »entschlossenen Modernität«, der er nicht folgen konnte.<sup>41</sup> Die von Schwarz im Nachkriegsdeutschland ausgelöste Bauhaus-Debatte beschränkte sich mithin auf einen Bruderkrieg von Avantgardisten untereinander, ohne dass politische Inhalte angesprochen wurden, die etwa das Selbstverständnis des Baumeisters im Kontext demokratischer Gesellschaftsverhältnisse thematisierten.

Westdeutschland verharrte zu dieser Zeit in politischer Reaktion gegenüber dem inneren und äußeren Feind,<sup>42</sup> wodurch nicht zuletzt die Stadtplanungsdiskurse innovationshemmend beeinflusst wurden.<sup>43</sup> Nicht zufällig kamen in den 50er Jahren erste zukunftsweisende Ideen zum modernen Städtebau der Nachkriegszeit aus der Schweiz. Max Frisch – damals erfolgreicher Architekt – initiierte 1957 in der Zeitschrift »Bauwelt« eine Diskussion über das Planungsverständnis von im Städtebau engagierten Funktionseliten, indem er daran erinnerte, dass es sich bei städtebaulicher

<sup>38</sup> R. Schwarz, Gedanken zum Wiederaufbau von Köln, in: Grundfragen des Aufbaus in Stadt und Land, Aufbau-Sonderheft 2, Stuttgart 1947.

<sup>39</sup> Vgl. B. Miller Lane, Architecture and Politics in Germany 1918 – 1945, Cambridge, Massachusetts 1968.

<sup>40</sup> U. Conrads/M. Droste/W. Nerdinger u.a. (Hrsg.), Die Bauhaus-Debatte 1953. Dokumente einer verdrängten Kontroverse, Braunschweig 1994.

<sup>41</sup> W. Pehnt/H. Strobl, Rudolf Schwarz. Architekt einer anderen Moderne, Ostfildern-Ruit 1999.

<sup>42</sup> Vgl. A. von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1968, Frankfurt 1978.

<sup>43</sup> Vgl. R. Kaltenbrunner, Deutschlands zwiespältiger Neuanfang. Leitbilder und Konfliktfelder des städtischen Wiederaufbaus 1945 – 1960, in: RaumPlanung 77 (1997).

Planung um die Ausübung von politischer Macht handle.<sup>44</sup> Daher könne sich auch der Planer nicht auf die vermeintlich unpolitische Position des Fachmenschen zurückziehen. Denn »politische Macht, die nicht im Auftrag der Polis ausgeübt wird und nicht unter der Kontrolle der Öffentlichkeit steht, ist – nach demokratischem Begriff – illegale Macht«<sup>45</sup>. Neben der Demokratisierung des Städtebaus forderte er seinerzeit zudem ein prozessuales Planungsverständnis.<sup>46</sup> Im Zentrum stand dabei der Gedanke ständiger Veränderung. Eine Stadt sollte in Zukunft nicht mehr von Anfang bis Ende geplant und fix und fertig auf der grünen Wiese errichtet werden. Frisch forderte eine Rahmenplanung, die Raum für zukünftige, momentan noch unabsehbare Entwicklungen ließ.<sup>47</sup> Doch schon 1957 antwortete in der »Bauwelt« der Chefredakteur, Ulrich Conrads, mit einem Planungsverständnis, das die Entwicklung des Städtebaus der 60er Jahre gleichsam vorwegnahm: »Der Planer ist keineswegs nur Usurpator, wo er unpolitisch ist. Er kann auch Prophet sein, Seher; ja er muss es sein, soll sein Tun nicht leer bleiben, nicht nur Erfüllung des Notwendigsten, Rahmenprogramm. Ihm allein ist es überlassen, Sinn und Wesen der Aufgabe zu klären; er allein muss zur äußeren Bestimmung die innere fügen. Gelingt ihm das, so ist das in einem weit ausgreifenden Sinne auch politische Tat.«<sup>48</sup> Freilich, so ließe sich mit Frisch antworten, illegale.

Gleichwohl wurden noch zu Beginn der 60er Jahre, als sich die Borniertheit bundesdeutscher Nachkriegsverhältnisse durch Ansätze öffentlicher Auseinandersetzungen zu lichten begann,<sup>49</sup> unterschiedliche Standpunkte zukünftiger Stadtentwicklung artikuliert. Es wurde deutlich, dass sich hinter dem seit Anfang der 60er Jahre von den meisten Architekten und Stadtplanern geteilten Leitbild einer »Urbanität durch Dichte« zum Teil sehr unterschiedliche Gesellschaftskonzepte verbargen, die die Rolle der Akteure im städtebaulichen Entwicklungsprozess verschieden akzentuierten.<sup>50</sup>

Die beiden Tagungen »Gesellschaft durch Dichte« und »Großstadt, in der wir leben möchten«<sup>51</sup> aus den Jahren 1963/64 verdeutlichen Planungsvorstellungen, die nicht durch jene von Jessen zurecht kritisierte, »Allmacht und Allwissenheit des Pla-

<sup>44</sup> M. Frisch, Wer formuliert die Aufgabe?, in: *Bauwelt* 29 (1957), S. 729.

<sup>45</sup> Ebda.

<sup>46</sup> Vgl. M. Frisch, Achtung: Die Schweiz. Ein Gespräch über unsere Lage und ein Vorschlag zur Tat, in: *ders.*, *Gesammelte Werke in zeitlicher Folge*, hrsg. von H. Mayer, Bd. III.1 (1949 – 1956), Frankfurt a.M. 1976 (1954), S. 265.

<sup>47</sup> Ebda., S. 310.

<sup>48</sup> U. Conrads, Wer formuliert die Aufgabe? in: *Bauwelt* 30 (1957), S. 753.

<sup>49</sup> Vgl. M. Buckmiller/J. Perels, Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik, Hannover 1998.

<sup>50</sup> Vgl. T. Sieverts/O.M. Ungers/G. Wittwer, Die vergessene Reformdiskussion der 60er Jahre, in: *Stadtbauwelt* 76 (1982), S. 369 – 392.

<sup>51</sup> G. Boeddinghaus (Hrsg.), *Gesellschaft durch Dichte. Kritische Initiativen zu einem neuen Leitbild für Planung und Städtebau 1963/1964*, Braunschweig 1995.

ners« dominiert sind. Vielmehr macht der Landschaftsarchitekt Erich Kühn in seiner Tagungseinführung deutlich, dass man sich des historischen Stellenwerts des neuen Paradigmas der Verdichtung sehr wohl bewusst sei, als einer Gegenbewegung, die sich kritisch abgrenze von dem noch in den 50er Jahren vorherrschenden, am Ideal der Gartenstadt orientierten städtebaulichen Konzept der weiträumig gegliederten und aufgelockerten Stadtlandschaft, der »Auflösung unserer Siedlungen ins Formlose«.<sup>52</sup> Zugleich warnte er jedoch auch vor möglichen Gefahren: »Mir scheint aber, es handelt sich um eine Medizin, die das Leben retten, aber auch töten kann... Vielleicht müssten wir uns noch darüber klar sein, dass Dichte allein noch nicht Stadt bedeutet.«<sup>53</sup>

Der Aufruf des Architekten Günter Günschel zu einem kritischen Urteilsvermögen aller an der Stadtplanung Beteiligten sowie die Aufforderung zur generellen Partizipation der Bevölkerung an städtebaulichen Planungsprozessen repräsentiert den kritischen Grundtenor nahezu aller Beiträge dieser Tagungen: »Machen wir uns mit dem Gedanken vertraut, dass die Grundlage eines konstruktiven und kollektiven Bewusstseins im wesentlichen die Verwirklichung des sich selbst erkennenden Individuums ist und dass jegliches Führenlassen und Organisierenlassen diesen Prozess stört, wenn nicht gar in Frage stellt.«<sup>54</sup> Die Soziologen Lucius Burckhardt und Marcel Herbst erinnerten in ihrem Vortrag noch einmal an die Ideen von Max Frisch. Ausgehend von der Erkenntnis, dass es eine absolute Planbarkeit nicht geben kann, propagieren sie einen offenen Planungsprozess: »Eine Planung für eine vorläufige unbekannte und soziologisch nicht fassbare zukünftige Bevölkerung muss zugleich aktiv und offen sein; es muss eine gewisse Dichte und ein Eigenleben geschaffen werden, und gleichzeitig müssen Elastizitäten und Reserven vorhanden sein, welche die Anpassung an mögliche Entwicklungen und spezifische Wohnwünsche und Verhaltensweisen der Bevölkerung erlauben ...Wir halten es deshalb für falsch, von heute aus einen möglichen Endzustand zu planen, sondern interessieren uns viel mehr für die Stufen und Schwellen der Wandlung im Laufe dieses Prozesses.«<sup>55</sup>

Die geschilderten Kontroversen zeigen: Das Problem war nicht die inhaltliche Ausrichtung eines einzigen Planungsverständnisses unter dem Leitbild »Urbanität durch Dichte«, vielmehr ist die Auswahl eines bestimmten Stadtplanungskonzepts neben anderen erklärungsbedürftig. Denn offenbar folgten Anfang der 60er Jahre unterschiedliche Eliten dem formalen Leitgedanken »Urbanität durch Dichte«, wobei jedoch die jeweiligen inhaltlichen Vorstellungen deutlich divergierten. Dennoch werden die Großsiedlungsprojekte bis heute zumeist an jenen Maßstäben gemessen, die das

<sup>52</sup> Ebda., S. 23.

<sup>53</sup> Ebda., S. 27.

<sup>54</sup> Ebda., S. 39.

<sup>55</sup> Ebda., S. 87 f.

hegemoniale Projekt »Urbanität durch Dichte« vermeintlich vorgegeben hat. Dass unter diesem Leitgedanken seinerzeit ganz unterschiedliche Planungskonzepte diskutiert wurden, wird auch von großen historisch-komparativen Studien leicht übersehen.<sup>56</sup> Indem sich die Untersuchungen zumeist auf die hermeneutische Analyse der Planung und Realisierung von Großsiedlungen konzentrieren, geraten jene Akteure aus dem Blickfeld, die mit ihren alternativen Entwürfen nicht an der Umsetzung beteiligt wurden. Damit bleiben aber auch die sozialen Machtfigurationen unberücksichtigt, welche dazu führten, dass andere städtebauliche Vorstellungen nicht artikuliert geschweige denn realisiert werden konnten.

#### 4. Das Beispiel Ratingen-West

An dem Planungs- und Entstehungsprozess der bei Düsseldorf gelegenen Großsiedlung Ratingen-West kann auf besonders anschauliche Weise gezeigt werden, wie unter dem Leitgedanken »Urbanität durch Dichte« unterschiedliche Planungs- und Gesellschaftsvorstellungen konkurrierten. Aufgrund der Anfang der 60er Jahre öffentlich geäußerten Kritik an der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft »Neuen Heimat« führte diese zusammen mit dem Bund Deutscher Architekten (BDA) 1966 den Ideenwettbewerb »Das Leben in der Siedlung – Die Kommunikationsbereiche« durch.<sup>57</sup> Am Beispiel der Planung von Ratingen-West sollte zum ersten Mal der praktische Versuch unternommen werden, aus der Kritik an den bis dahin errichteten Großsiedlungen Konsequenzen für eine menschenfreundliche Stadtarchitektur zu entwickeln.

An diesem Wettbewerb beteiligten sich auch Studiengruppen für mobiles und anpassbares Bauen. Sie hatten neue Bauelemente entwickelt, die es den Bewohnern ermöglichen sollten, ihre Umwelt dynamischen Lebensvorgängen entsprechend mitzugestalten. Diese Gruppen entwickelten jedoch nicht nur eine technische Elementik, sie suchten darüber hinaus in allen Phasen der Entwicklung das Gespräch mit denen, für die diese Techniken erdacht wurden.<sup>58</sup>

In den Entwürfen der am Wettbewerb zu Ratingen-West beteiligten Planer findet sich nicht nur jene starre, von elitärem und autoritärem Duktus getragene Selbstüberschätzung, sondern auch ein dynamisches, an partizipatorischen Entwicklungsprozessen orientiertes Planungsverständnis. Die Stadt sollte sich von ihren Bewohnern »sowohl in ihren Teilen als auch im Gesamten im Laufe der nächsten 50 bis 100 Jahren umbauen, ausbauen, einbauen und anbauen lassen«.<sup>59</sup> Neue Konstruktions-

<sup>56</sup> Vgl. I. Irion/T. Sieverts, *Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne*, Stuttgart 1991.

<sup>57</sup> Vgl. *Stadtbauwelt* 42 (1966); *Bauwelt* 9 (1966).

<sup>58</sup> Vgl. G. Boeddinghaus (s. A 51), S. 38.

<sup>59</sup> M. Mattern/H. Hammerbacher/Y.s.T. Akui, *Ein neuer Ort für städtisches Leben. Ideen und Überlegungen zum Thema eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs*, in: *Bauwelt* 1/2 (1967), S. 16.

verfahren sollten die praktische Aneignung ihrer Lebenswelt durch die Bewohner ermöglichen. Einige Planer orientierten sich an einem radikaldemokratischen Gesellschaftskonzept und formulierten entsprechende Vorstellungen für das geplante Stadtzentrum.<sup>60</sup> »Im Zusammenhang mit diesem Zentrum ist nicht nur an eigene Publikationen, sondern auch an selbstverwaltete Rundfunk- und Fernseh-Sendeanlagen gedacht, damit die Stadtbürger die Chance haben, in Zukunft selbstbewusster als bisher bei der politischen und kommunalpolitischen Meinungsbildung und Meinungsäußerung mitzuwirken«.<sup>61</sup>

Man könnte daher annehmen, mit Ratingen-West sei eine Mustersiedlung entstanden, die jene Fehler nicht aufweist, die für gewöhnlich an den 60er/70er Jahre-Großsiedlungen beklagt werden. Um so erstaunlicher ist es, wenn man feststellt, dass sich auch dort all jene städtebaulichen Probleme wiederfinden, vor denen zuvor im Wettbewerb gewarnt worden war. Der Fall der Großsiedlung Ratingen-West scheint sich daher in besonderer Weise anzubieten, um nach den Gründen für eine derart eklatante Fehlentwicklung zu forschen, wie sie sich zwischen den progressiven Entwürfen des Ideenwettbewerbs im Jahre 1966 und der Realisierung des Stadtteils im Jahre 1975 vollzogen hat. Wie war es möglich, dass sich offenbar erneut jenes autoritäre Planungsverständnis durchsetzte, das die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Bewohnerinnen und Bewohnern weitgehend ausschloss?

#### 4.1. Der Architekturwettbewerb

Die Großsiedlung Ratingen-West soll im folgenden an jenen Maßstäben gemessen werden, welche die damaligen Akteure im Rahmen des Architekturwettbewerbs selbst formuliert hatten. Dabei gilt es drei Aspekte zu unterscheiden. Erstens orientierten sich alle der 132 eingereichten Arbeiten an dem städtebaulichen Leitbild »Urbanität durch Dichte«, d. h. zu dem formalen Konzept einer stark verdichteten Wohnsiedlung gab es keine Alternative. Zweitens wurden von am Wettbewerb beteiligten Soziologen zwei zentrale städtebauliche Probleme des zeitgenössischen Großsiedlungsbaus aufgegriffen, deren Lösung im Rahmen des Wettbewerbs angestrebt wurde.<sup>62</sup> Dabei wollte man zum einen vermeiden, erneut eine reine Wohn- bzw. Schlafstadt zu errichten. Stattdessen sollte eine vielfältige Infrastruktur mit privaten und öffentlichen Einrichtungen entwickelt werden, durch deren funktionale Mi-

<sup>60</sup> Vgl. M. Mattern/H. Hammerbacher/Y.s.T. Akui, *Wettbewerb »Ratingen-West – Sonderauftrag*, in: *Der Architekt* 1 (1967), 13.

<sup>61</sup> M. Mattern/H. Hammerbacher/Y.s.T. Akui (s. A 59), S. 12.

<sup>62</sup> Neben Martin Schwonke und Elisabeth Pfeil, die insbesondere als Preisrichter fungierten, waren die Soziologen Norbert Schmidt-Relenberg und Dieter Paul mit der Konzeption eines detaillierten Hypothesenkatalogs beauftragt, der zur Grundlage des Wettbewerbs wurde und an dem sich alle Teilnehmer mit ihren Entwürfen orientieren mussten; vgl. N. Schmidt-Rehlenberg/D. Paul, *Soziologen im Preisgericht*, in: *StadtBauwelt* 15 (1967), S. 1172 – 1176.

schung die Wohn- und Arbeitsbereiche räumlich verbunden werden sollten. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass keine Satellitenstadt ohne Anbindung an Alt-Ratingen vor den Toren der Stadt entsteht. Drittens gab es die schon zitierten weitreichenden Vorstellungen demokratischer Planungs- und Realisierungsverfahren der Arbeitsgruppe um die Architektin Mattern.

In krassem Widerspruch zu diesen Vorgaben steht heute die Wohn- und Schlafstadt Ratingen-West ohne Verbindung zu Alt-Ratingen da.

#### 4.2. Das Machtbündnis

Kurz nachdem die SPD-Fraktion im Rater Stadtrat bei den Kommunalwahlen 1964 die absolute Mehrheit erlangt hatte, entschied sie ohne vorherige Konsultation der Oppositionsfraktionen den Bau der Großsiedlung Ratingen-West.

Den dazu notwendigen Baugrund erwarb die Rater Gemeinde von der Landeshauptstadt Düsseldorf im Gegenzug für ihr Stillhalten bei der vom Land Nordrhein-Westfalen (NRW) anvisierten Erweiterung des Düsseldorfer Flughafens, wodurch ursprünglich als Baugrund deklariertes Gelände der Rater Gemeinde aufgrund von Lärmschutzbestimmungen verloren ging. Die Stadt Düsseldorf hatte ein besonderes Interesse an der Großsiedlung am Rande ihrer Stadtgrenzen, da sie zu dieser Zeit nicht in der Lage war, alle ihr zustehenden Wohnungsbauförderungsmittel im eigenen Stadtgebiet einzusetzen. Ihre Vereinbarung mit der Stadt Ratingen bezüglich der Flughafenerweiterung beinhaltete daher auch die Belegungsrechte für 1.000 Wohneinheiten durch Düsseldorfer Bevölkerung. Die Großsiedlung Ratingen-West war somit das Ergebnis einer Bündniskonstellation aus teilweise konvergierenden, teilweise divergierenden Interessen zwischen dem Land NRW, der Stadt Düsseldorf und der Rater Gemeinde. Zu dieser Machtfiguration trat schließlich noch der Wohnungsbaukonzern »Neue Heimat« hinzu. Diese sicherte sich von Anfang an eine beherrschende Stellung, indem sie von der Stadt Ratingen den gesamten Baugrund erwarb und darauf bestand, das Großsiedlungsprojekt ohne die Beteiligung anderer Bauträger völlig eigenständig durchzuführen.

Einen ersten Entwurf zur Bebauung von Ratingen-West unterbreitete die NH den Rater Stadtvertretern in der Jahresabschluss-Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Oktober 1965. Die »Rheinische Post« lobte vor allem die Orientierung des Stadtteils in Richtung Altstadt durch die östliche Lage des Zentrums. Darüber hinaus sah der Entwurf für das Zentrum eine vielgestaltige Mischbebauung von Wohnhäusern, Geschäftspassagen sowie öffentlichen Einrichtungen aller Art vor.

Hielt sich der erste Entwurf der NH so noch weitgehend an die zentralen Vorgaben der Stadt Ratingen, insbesondere was die Lage des neuen Zentrums betrifft, so änderte sich dies bei dem zweiten Bebauungsplan, den die NH ein Jahr später als Beitrag zum Architektur-Wettbewerb einreichte. Hier war das Zentrum plötzlich weit im

Westen des geplanten Stadtteils vorgesehen, nahe der Autobahn Düsseldorf–Ruhrgebiet. Vom Preisgericht wurde diese Konzeption als äußerst ungünstig beurteilt und eine Änderung der Pläne gefordert. Die Gründe für diesen im wahrsten Sinne des Wortes »Richtungswechsel« blieben zunächst unklar. Einen ersten Hinweis für die Ursache der neuen Strategie ergab sich im August 1967, als bekannt wurde, dass die Stadt Ratingen den Flächennutzungsplan geändert hatte und jetzt im Osten von Ratingen-West auf einer Fläche von 250.000 qm den Bau eines überregionalen »Shopping Center« plante.<sup>63</sup> Das gesamte ursprüngliche Konzept der Bebauung von Ratingen-West war in sein Gegenteil verkehrt worden. Das Konzept einer Bandstadt, die eine möglichst enge Anbindung gewährleisten sollte, wich dem in der Vergangenheit heftig kritisierten Modell einer Satellitenstadt, deren Zentrum darüber hinaus nach Düsseldorf ausgerichtet sein würde. Schließlich hätte sich, indem das Einkaufszentrum, die öffentlichen Einrichtungen und das Wohnviertel als relativ eigenständige Komplexe auseinandergezogen wurden, der ehemals integrative Zentrumscharakter des ersten Bebauungsplans der NH aufgelöst.

Schon bald wurde deutlich, dass diese fundamentalen Veränderungen nicht, wie die Verantwortlichen zunächst vorgaben, primär zum Wohle der Bevölkerung durchgeführt werden sollten. Die Stadt Düsseldorf beschwerte sich darüber, dass die NH billig erworbenes Wohngebiet mit dem Bau des Einkaufszentrums zu Gewerbegebiet umfunktionieren wollte, um auf diese Weise einen Extraprofit zu erwirtschaften. Darüber hinaus wurde bekannt, dass der Bauträger des Einkaufszentrums, die Gewerbebauträger GmbH, eine Tochtergesellschaft der NH, ihr Bedarfsgutachten für den Bau des Einkaufszentrums von der wissenschaftlichen NH-Tochter GEWOS erhalten hatte, womit die NH faktisch ihr eigener Gutachter gewesen ist. Demgegenüber kam eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene erneute Prüfung zu dem Ergebnis, dass nicht davon auszugehen sei, dass neben den im Einzugsgebiet schon existierenden überregionalen Einkaufszentren ein weiterer Bedarf bestehe. Die NH freilich interessierte kaum, ob das Einkaufszentrum später auch genutzt würde, sie verdiente schließlich primär durch den Bau der Gebäude und den Extraprofit durch den Verkauf von zu Gewerbegebiet umdeklarierten Wohngebiet. Die Stadt Ratingen wiederum spekulierte ihrerseits, ausgehend von der erfolgreichen Nutzung des Einkaufszentrums, auf einen jährlichen Gewinn durch zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von etwa 700.000 Mark, womit nach Ansicht der Stadtverwaltung und des Stadtrates die Folgekosten für das Neubaugebiet (öffentliche und kulturelle Einrichtungen) voll gedeckt gewesen wären.

<sup>63</sup> Vgl. *Neue Heimat/BDA* (Hrsg.), *Das Leben in der Siedlung – Die Kommunikationsbereiche*. Dargestellt am Beispiel Ratingen-West. Gemeinsamer Ideenwettbewerb der Neuen Heimat und des Bundes Deutscher Architekten, Gütersloh o. J. (1968).

Indem sich auf diese Weise wirtschaftliche Interessen der NH und der Stadt Ratingen trafen und von Düsseldorf unterstützt wurden, beschränkte sich die Kritik an den neuen Plänen schließlich weitgehend auf die im Preisgericht vertretenen Soziologen und den BDA. Doch obwohl der Entwurf der NH im Zuge des Wettbewerbs nicht prämiert wurde, setzte sich der Wohnungsbauträger schließlich mit seinem Konzept durch, wobei weder die Soziologen ihre Vorschläge im Entwurf der NH berücksichtigt fanden noch die Architekten des BDA mit ihren zum Teil prämierten Entwürfen beteiligt wurden. Vor allem die von der NH und der Stadt Ratingen verfolgten ökonomischen Interessen drohten, ein städtebauliches Gesamtkonzept zu zerschlagen.

Als in der letzten Ratssitzung des Jahres 1968 die Stadtvertreter mit den Angestellten der NH über die zukünftige Bebauung von Ratingen-West diskutierten, äußerten sich zwar einige Ratsmitglieder von Seiten der Opposition skeptisch über die jüngsten Entwicklungen, doch die SPD ließ sich auch hier nicht von ihren Plänen, die sie zusammen mit der NH verfolgte, abbringen. Gestützt auf ihre absolute Ratsmehrheit, nutzte sie ihre politische Handlungsfreiheit, um noch in derselben Legislaturperiode vollendete Tatsachen zu schaffen.

Schließlich benennt der Architekt und Stadtplaner Friedrich Spengelin in seinem Beitrag zum Architekturwettbewerb einen weiteren Grund, warum auf die städtebauliche Verknüpfung von Alt- und Neustadt verzichtet wurde.<sup>64</sup> Die Fragestellung des Wettbewerbs fand dort ihre Grenze, wo mit der Verbindung des neuen Gebietes zur Altstadt von Ratingen auch private Grundbesitzverhältnisse berührt wurden. Im Gegensatz zum restlichen Baugrund befand sich das Land innerhalb der geplanten Verbindungszone in Privatbesitz und hätte folglich von der Stadt Ratingen aufgekauft werden müssen. Das wiederum wäre für die Stadt unter den Bedingungen ausgedehnter Bodenspekulationen schwierig gewesen. Hier war der Gesetzgeber auf Bundesebene ein weiterer einflussreicher Akteur. Durch das Setzen bodenrechtlicher Rahmenbedingungen hatte dieser indirekt bedeutenden Einfluss auf die Durchführung des Großsiedlungsprojekts.

Ausschlaggebend für die Entscheidung der Stadt Ratingen, auf die Verbindung beider Stadtteile zu verzichten und damit von der zentralen Maßgabe des Wettbewerbs abzuweichen, waren letztlich, neben den Restriktionen die sich aus den Grundbesitzverhältnissen für die öffentliche Hand ergaben, ähnliche Überlegungen wie im Falle des Einkaufszentrums. Auch auf dem für die städtebauliche Verknüpfung beider Stadtteile vorgesehenen Gelände sollte ein Gewerbegebiet entstehen.

<sup>64</sup> Vgl. F. Spengelin, Die Befreiung der Zukunft aus der Gegenwart. Der Wettbewerb als Medium der Progression, in: ebda., S. 45.

#### 4.3. Der Entscheidungsprozess

Wie bereits erwähnt, war die Landesregierung NRW durch ein Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass für ein »Shopping Center« in Ratingen-West mit den geplanten Ausmaßen von 250.000 qm kein Bedarf bestehe und sie das Projekt daher auch finanziell nicht unterstützen werde. Der Rat und die Stadtverwaltung Ratingens beschlossen daraufhin eine Verkleinerung des Einkaufszentrums auf 100.000 qm, das vor allem den Bedarf des neuen Stadtteils decken sollte.

Zur selben Zeit schaltete sich mit dem Einzelhandelsverband Nordrhein, stellvertretend für die Ratinger Geschäftsleute, ein weiterer Akteur in den Entscheidungsprozess ein. Der Ratinger Einzelhandel hatte sich von Anfang an massiv gegen das geplante »Shopping Center« gewandt, da ein Attraktivitätsverlust der Ratinger Geschäfte und folglich eine Verödung der Ratinger Innenstadt befürchtet wurde. Während die Stadt Ratingen nun argumentierte, bei der reduzierten Variante handle es sich um ein integriertes Geschäftszentrum, kam der Einzelhandelsverband Nordrhein in einer Studie von 1968 zu der gegenteiligen Überzeugung. Schließlich habe sich an der ungünstigen Lage des Zentrums zum Ratinger Altstadtzentrum nichts geändert, und auch von der Größe sei das reduzierte Geschäftszentrum immer noch mit anderen überregionalen Einrichtungen dieser Art vergleichbar. Um tatsächlich ein integriertes Geschäftszentrum zu schaffen, greift der Autor der Studie, Bauingenieur Herbert Dix, auf die Ergebnisse des Architekturwettbewerbs Ratingen-West aus dem Jahre 1966 zurück. Auch sein Entwurf sah vor, das Altstadtzentrum durch ein Geschäftsband mit der im Architekturwettbewerb anvisierten Verbindungszone zu verknüpfen und dort ein entsprechendes Subzentrum zu entwerfen. Doch weder setzte sich dieser erneute Versuch der Verknüpfung beider Stadtteile durch, noch wurde der Gedanke eines 100.000 qm umfassenden Einkaufszentrums umgesetzt. Stattdessen entschied sich die NH schließlich 1970 für die Errichtung eines kleinen Einkaufszentrums inmitten von Ratingen-West ausschließlich für den Bedarf der Einwohner des neuen Stadtteils. Die Stadt Ratingen errichtete gleich zwei neue Gewerbegebiete, eines an der Stelle des geplanten Einkaufszentrums und das zweite im Bereich der ursprünglich vorgesehenen Verbindungszone.

Von da an wussten alle Beteiligten, dass das zunächst einhellig favorisierte Modell einer Bandstadt, welches die Verbindung von Alt- und Neustadt durch eine Zentrumsachse vorsah, aufgegeben wurde zugunsten einer weiteren typischen 60er/70er Jahre-Wohnburg vor den Toren der Stadt. Noch vor seiner entgeltigen Realisierung im Jahre 1975 wird Ratingen-West in der Öffentlichkeit nun regelmäßig als »Satellitenstadt« bezeichnet – zu Recht.

## 5. Fazit

Es wurde gezeigt, dass die Fehler der Großsiedlungsprojekte jener Zeit nicht allein der »Neuen Heimat«, dem falschen Planungsverständnis einer Funktionselite von Architekten und Stadtplanern oder gar *dem* modernen Städtebau angelastet werden können. Demgegenüber wurde an zwei divergierende Traditionslinien des modernen Städtebaus erinnert, die von Anfang an um ein jeweils unterschiedliches Planungsverständnis stritten. Unterschieden wurden Vertreter demokratischer und autoritärer Planungskonzepte, wobei sich letztere in der Nachkriegszeit durchsetzten und den Städtebau unter dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« nach ihren Vorstellungen gestalteten. Gleichwohl meldeten sich immer wieder auch die Vertreter eines demokratischen Planungsverständnisses zu Wort. Diese erhielten eine wohl einmalige Chance zur Artikulation ihrer Ideen, als die NH sich aufgrund massiver öffentlicher Kritik genötigt sah, zusammen mit dem BDA einen Ideenwettbewerb auszuschreiben, der sich explizit zum Ziel gesetzt hatte, am Beispiel von Ratingen-West neue Formen des Siedlungsbaus zu entwickeln. Unter dem Leitgedanken »Urbanität durch Dichte« und durchaus im Rahmen des Massenwohnungsbaus, wurden gleichwohl neue Siedlungskonzepte entwickelt, die sich nicht einseitig der Rationalität des industriellen Wohnungsbaus unterordneten.

Dass die kritischen Einwände der Wettbewerbsteilnehmer bei der Realisierung der Großsiedlung Ratingen-West unberücksichtigt blieben, kann mithin nicht eindimensional erklärt werden. Vielmehr wurde das Projekt der Großsiedlung Ratingen-West getragen von einer machtvollen Bündniskonstellation so unterschiedlicher Akteure wie der Landesregierung, der Stadt Düsseldorf, der NH, dem Einzelhandelsverband und der Stadt Ratingen. Diese vertraten zum Teil divergierende Interessen, die aber immer wieder durch das gemeinsame Anliegen der Realisierung des Großprojekts Ratingen-West zusammengeführt wurden.

In diesem Aufsatz wurden mit den ökonomischen Interessen im Zusammenhang der Errichtung eines Einkaufszentrums auf der einen Seite und dem privaten Bodenrecht auf der anderen Seite nur zwei, wenn auch wesentliche Gründe für die nicht erfolgte Umsetzung der alternativen Siedlungskonzepte genannt. Aber auch dabei handelt es sich nicht um hinreichende Gründe zur Erklärung der vollständigen Neudefinition des städtebaulichen Großprojekts. Möglich wurde diese Entwicklung erst im Rahmen einer spezifischen Figuration sozialer Machtverhältnisse, die zur vollständigen Negierung auch jener prämierten Wettbewerbsentwürfe führte, welche zunächst städtebauliche Vorgaben im Sinne der Bevölkerung artikuliert hatten, unter deren Fehlen die Einwohner bis heute zu leiden haben.

Damit zeichnet sich der eigentümliche Entstehungsprozess der Großsiedlung Ratingen-West einerseits aufgrund der besonderen Offenheit des Architekturwettbewerbs durch eine ungewöhnliche Planungstransparenz aus – die freilich durch öffent-

liche Kritik erstritten werden musste –, während sich andererseits wesentliche städtebauliche Fehlentwicklungen als das Ergebnis beschränkter demokratisch legitimierter Kontrolle bei der Realisierung erweisen. So ist die Umsetzung des Großsiedlungsprojekts Ratingen-West aus heutiger Sicht kaum denkbar ohne die beschriebene historisch-spezifische Machtfiguration, die im Kern zusammengehalten wurde durch die den städtebaulichen Entwicklungsprozess beherrschende Wohnungsbaugesellschaft NH und der im Stadtrat politisch dominierenden SPD.

Eine wichtige Aufgabe zukünftiger Studien über die Großsiedlungen der 60/70er Jahre besteht aus meiner Sicht in der Analyse jener Macht- und Entscheidungsprozesse, die trotz besseren Wissens zu den desolaten Wohnquartieren dieser Zeit geführt haben. Konkrete Handlungsalternativen, die damals durch autoritäre Planungsverfahren verhindert wurden, verweisen dabei auf das emanzipatorische Potential gesellschaftlicher Mitbestimmungsverfahren. Indem sich die Großsiedlungen der 60er/70er Jahre mit ihren unwirtschaftlichen Lebensverhältnissen nicht etwa als das Ergebnis gemeinwohlorientierter Planung offenbaren, sondern als Resultat undemokratischer Aushandlungsprozesse, wird zudem der lange Zeit diskreditierte Planungsgedanke rehabilitiert. Mit dieser Perspektive böte sich die Besinnung auf jene radikaldemokratische Tradition des Modernen Städtebaus an, deren Planungsverständnis sich mit ihrem Praktischwerden immer schon an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert hat. Im Gegensatz zu dem lange Zeit vorherrschenden rein ästhetischen (post-modernen) Ansatz ginge es um die Ergänzung des Städtebaus durch politische Konzepte, die sich an den Interessen der Bevölkerung orientieren und nicht durch Kapitalinteressen dominiert werden.

Dirk Schubert

## Festival Market Places als Revitalisierungsstrategie für brachgefallene innenstadtnahe Hafen- und Uferzonen in den USA

*Beispiele aus Boston, New York, Baltimore und Seattle*

Hafenbereiche ohne Schiffe, leerstehende Speichergebäude, verfallene Lagerhallen, unbenutzte Kaimauern und menschenleere Viertel prägten in Deutschland noch vor gut einem Jahrzehnt das Bild von vielen innenstadtnahen Arealen in Seehafenstädten. Die Revitalisierung von derartigen (brachgefallenen) Hafen- und Uferzonen ist inzwischen auch in Deutschland aktueller denn je. Diese Areale werden als letzte verfügbare innenstadtnahe Bereiche entdeckt, die im Rahmen der Innenentwicklung für neue Nutzungen und Cityerweiterungen genutzt werden können. Trotz der einzigartigen Potentiale kommt es aber vielfach zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen zwischen dem Rückzug des Hafens, Verfall und Erneuerung. Der Umbau, die Umnutzung und Revitalisierung sind inzwischen zu einem eigenständigen Arbeitsfeld der Stadtplanung geworden und nach einer Phase der Vernachlässigung bilden neue Konzepte für die »Waterfront« die wichtigsten und spannendsten Themen.<sup>1</sup>

Eine Untersuchung der Revitalisierungsprojekte brachgefallener, innenstadtnaher, vormals hafengenutzter Uferzonen in den USA erscheint besonders aufschlussreich, da hier die Vorhaben bereits Ende der sechziger Jahre begonnen wurden und inzwischen Erfahrungen evaluiert werden können. Turnbridge und Ashworth<sup>2</sup> haben resümiert, dass das US-Modell der Umnutzung weltweit übernommen wurde. Dieses Exportmodell sieht vor allem freizeit- und tourismusbezogene Nutzungen vor, die mit Wohnen, Büros und Einzelhandel kombiniert werden. Festivals und Events gehören ebenso zum Standardrüstzeug des Konzeptes wie Marinas, Aquarien, Schifffahrtsmuseen und historisierende, an die maritime Geschichte erinnernde Artefakte. Staatliche Zuschüsse und die Hoffnung auf Spin-off-Effekte für die Revitalisierung der angren-

<sup>1</sup> Eine (unkritische) Übersicht geben: A. Breen/D. Rigby, *Waterfronts. Cities Reclaim their Edge*, New York 1994; dies., *The New Waterfront, A Worldwide Success Story*, London 1996, R. Bruttomesso, *The Maturity of the Waterfront*, Aquapolis 3-4, 1999 sowie den neuen Sammelband: D. Schubert (Hrsg.) *Hafen- und Uferzonen im Wandel. Analysen und Planungen zur Revitalisierung der Waterfront in Hafenstädten*, Berlin 2001.

<sup>2</sup> J. Turnbridge/G. Ashworth, *Leisure resource development in cityport revitalisation: the tourist-historic dimension*, in: B.S. Hoyle/B. Pinder (ed.), *European Port Cities in Transition*, New York, S. 177.

zenden Innenstädte lassen die Festival Market Places als Strategie erscheinen, mit der viele Synergieeffekte erzielt werden können.<sup>3</sup>

Nicht nur in Seehafenstädten, wie New York, Boston, Baltimore und Seattle, Miami (Bayside Marketplace), New Orleans (Riverwalk), San Francisco (Ghirardelli Square), Jacksonville (Jacksonville Landing) und Norfolk (The Waterside) sind derartige Marktplätze im Rahmen der Revitalisierung brachgefallener Hafen- und Uferzonen entstanden. Auch im Binnenland hat das Konzept, brachgefallene innenstadtnahe Areale mit Festival Markets zu nutzen, inzwischen Furore gemacht. Viele der Marketplaces sind durch die Rouse Co. entwickelt bzw. gebaut worden, die als die profiliertesten Developer in diesem Bereich gelten.<sup>4</sup> Ähnliche Anlagen sind inzwischen u. a. in Kanada, in Europa Southampton (Ocean Village), Leeds (Granary Wharf), Barcelona (Port Vell), in Asien Singapore (Clarke Quay) und in Sydney (Darling Harbour) entstanden.<sup>5</sup>

Das Konzept basiert auf einer Integration von meist arkadenähnlichen, zwei bis dreigeschossigen Hallen mit gestalteten Freiraum- und Außenanlagen – als Neubauten und seltener als restaurierte Altbauten – und sucht die historische Beziehung von Stadt und Markt künstlich wiederzubeleben. Vorwiegend werden innenstadtnahe Filetgrundstücke mit vormaliger Hafennutzung und Lage am Wasser neu genutzt. Die Projekte sind vor allem in größeren Hafenstädten, die viele Touristen anziehen, kommerziell sehr erfolgreich. Obwohl von der Kritik als Kommerz abgestempelt, sind inzwischen über 25 Städte in den USA auf den »festival bandwagon« aufgesprungen. Benannt nach dem Erfinder, dem Bostoner Developer James Rouse und seinem Pilotprojekt Faneuil-Hall, ist inzwischen von der »Rousification« und »Faneuilization« der Uferzonen die Rede.

Die Festival Market Places am Wasser bilden häufig den Ausgangspunkt für weitergehende Strategien der Innenstadtreparatur. Die Abwärtsbewegung der US-Innenstädte, die in Publikationen in den sechziger Jahren beschworen wurde,<sup>6</sup> sollte mittels dieser Vorhaben zu neuer Attraktivität mutieren, die Ausstrahlungseffekte zu einem neuen Image und zu einer Renaissance der Stadtzentren genutzt werden. (Eigentums-)Wohnungen, Freizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten bilden weitere Facetten, den Bedeutungsverlust gegenüber der Peripherie zu kompensie-

<sup>3</sup> Zwischen 1971-1985 wurden in den USA über 80 innerstädtische Market Place Projekte realisiert; vgl. B. Frieden/L.B. Sagalyn, *Downtown, Inc. How America Rebuilds Cities*, Cambridge London 1984, S. 365.

<sup>4</sup> H. Gillette Jr., *Assessing James Rouse's Role in American City Planning*, in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 65, S. 152; C. Whitaker, *Rousing up the waterfront*, in: *Architectural Record*, April 1986, S. 68.

<sup>5</sup> J. Goss, *Disquiet on the Waterfront: Reflections on Nostalgia and Utopia in the Urban Archetypes of Festival Marketplaces*, in: *Urban Geography*, Vol. 17, 1996, S. 241.

<sup>6</sup> Vgl. J. Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961; M. Gordon, *Sick Cities. Psychology and Pathology of American Urban Life*, Baltimore 1965.

ren, um Touristen, Kunden und Stadtbewohner wieder in die Stadtzentren zu ziehen. Am Beispiel der vier bedeutendsten US-amerikanischen Seehafenstädte<sup>7</sup> soll das Festival Market Place-Konzepte valuiert und bezogen auf seine Relevanz und Übertragbarkeit als Referenzprojekt für Europa untersucht werden.<sup>8</sup>

### 1. Baltimore – »The port is the middle of everything«

Baltimore ist die größte Stadt im Bundesstaat Maryland mit einem verzweigten Naturhafen ca. 270 km vom atlantischen Ozean entfernt. Baltimore wurde 1876 das Städterecht verliehen und »der hohe Rang Baltimores als eines der Brennpunkte des Welthandels lag schon in seiner Wiege ... Das größte und herrlichste Meeresbecken an der Ostküste der Vereinigten Staaten, welches die Fluten des atlantischen Ozeans dem Herzen des Kontinents näher bringt, ist die Chesapeake-Bay.«<sup>9</sup> An der Nordseite des Patapsco River liegen zwei natürliche Buchten, die Keimzelle des Hafens und der Stadtentwicklung, der Inner Harbor an der North West Branch und westlich des die Hafeneinfahrt beherrschenden Fort McHenry die später erschlossene Middle Branch. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wies Baltimore bereits eine Bevölkerung von fast einer halben Million Menschen und zahlreiche Industrien auf. »Die prächtigen Quais sind mit allen Einrichtungen ausgestattet, welche der Großverkehr in modernem Sinne erfordert. Werften, Docks und Werkstätten tragen den Bedürfnissen der Schifffahrt und die an beiden Uferseiten verlaufenden Geleise von 6 Hauptbahnen dem Verkehr Baltimores nach den fernen Regionen des Continentes voll Rechnung.«<sup>10</sup> Um die Jahrhundertwende war Baltimore neben New York und Boston der bedeutendste Hafen der USA an der Ostküste.

Baltimore war nach dem Zweiten Weltkrieg die zweitgrößte industrielle Region an der Ostküste und die zehntgrößte Stadt der USA.<sup>11</sup> Deindustrialisierungsprozesse und die Überalterung der Hafeneinrichtungen führten schon Ende der fünfziger Jahre – wie bei anderen »Frostbelt«-Städten – zu massiven Verlusten von Arbeitsplätzen. Allein zwischen 1970 und 1985 gingen 45% der Arbeitsplätze im Produktionssektor verloren.<sup>12</sup> Die Einwohnerzahl ging von 950.000 im Jahr 1950 bis 1997 auf 657.256

<sup>7</sup> Vgl. D. Schubert, Hafen-City Hamburg – Learning from North America and see you in Disneyland, in: RaumPlanung 83, 1988, S. 211 – 223.

<sup>8</sup> Als Schlagwort tauchen Festival Market Places inzwischen auch ohne Definition und Angabe von Referenzprojekten in der deutschen Literatur auf; vgl. K. Ronneberger/St. Lanz/W. Jahn, Die Stadt als Beute, Bonn 1999, S. 74.

<sup>9</sup> A. Dorn, Die Seehäfen des Weltverkehrs, 2. Bd., Wien 1892, S. 107, 108.

<sup>10</sup> A. Dorn (s. A 9), S. 109.

<sup>11</sup> M. L. Millspaugh, Baltimore: the Success of a 25-year Public-private Partnership, in: R. Bruttomesso (Hrsg.), Waterfronts, Venedig 1993, S. 297.

<sup>12</sup> M.V. Levine, Urban Redevelopment in a Global Economy: The Cases of Montreal and Baltimore, in: R.V. Knight/G. Gappert (Hrsg.), Cities in a global Society, Newbury Park, London, New Delhi 1989, S. 147.



Abb. 1: Baltimore Inner Harbor vor dem Umbau der Uferzonen Ende der fünfziger Jahre (Quelle: R. Bruttomesso (ed.), Waterfronts, Venedig 1993).

Einwohner zurück. Die Suburbanisierung der Bevölkerung und der Arbeitsplätze, die durch den Bau des »Beltway« (»where the action was«) – einer neuen Stadtumgehungsautobahn, durch das Federal Highway Program (FHP) finanziert – forciert wurde, führte zur Verödung der Innenstadt. Eine Untersuchung ergab noch 1975, dass 50% der Vorstadtbewohner die Innenstadt nicht einmal im Jahr aufsuchen würden. Als Gründe wurden schlechte Verkehrsanschließung, fehlende Parkplätze, schlechtes Erscheinungsbild und unzureichendes Warenangebot genannt.<sup>13</sup> In den sechziger Jahren deutete sich eine Umkehr der bundesstaatlichen Politik an. Mit Maßnahmen unter den Präsidenten J.F. Kennedy und L. Johnson und Programmen wie dem »War on Poverty«, »Model Cities« und »Urban Renewal« suchte man dem Verfall und Abstieg der Innenstädte entgegenzuwirken.

In Baltimore schlossen sich die Einzelhändler der Innenstadt zum »Committee for Downtown« zusammen und suchten nach Strategien zur Rettung und Aufwertung

<sup>13</sup> J. Friedrichs/A.C. Goodman (Hrsg.), The Changing of Downtown. A Comparative Study of Baltimore and Hamburg, Berlin/New York 1987, S. 18.



Abb. 2: Baltimore Inner Harbor nach dem Umbau mit Charles Center, World Trade Center, Aquarium und Harborplace (Quelle: Aquapolis 3-4, 1999).

der Innenstadt. Erst nachdem das Committee for Downtown die Kooperation mit dem Greater Baltimore Committee (GBC) suchte, wurde die Arbeit erfolgreich. Schon unter Bürgermeister Theodore McKelding (1963 – 67) wurde nach einem neuen Profil von Baltimore gesucht und die ersten Planungen für die Umstrukturierung des Bereiches um den Inner Harbor begannen. Andere Initiativen wie die Citizens Planning and Housing Association (CPHA) hatten schon zuvor Fragen der Zukunft Baltimores, vor allem der Wohnungsversorgung, diskutiert. Aus diesem Zirkel, der sich als Inkubator erweisen sollte, stammte auch der einflussreiche Bürgermeister von 1971 – 1987 Donald Schaefer. James Rouse, der bald zu einem der bekanntesten Waterfront-Developer werden sollte, war einer der Mitbegründer des GBC.<sup>14</sup> Für einen Masterplan Downtown, der die inzwischen brachgefallenen Uferzonen mit einbezog, wurde Geld akquiriert. In den sechzehn Jahren von Schaefers Amtszeit begann der »takeoff« zum Wiederaufstieg und Baltimore avancierte zum Modell für Revitalisierung der Innenstadt und zentrumsnaher Hafenaerale in Nordamerika.

<sup>14</sup> T.G. Green, *The New Waterfront in Baltimore: Places for people*, in: R. Bruttomesso (Hrsg.), *Waterfronts*, Venedig 1993, S. 301.

Bereits in den sechziger Jahren wurde mit der Revitalisierung der brachgefallenen Hafen- und Uferzonen im Bereich des Inner Harbor begonnen. Die Wiederbelebung wurde auch als Chance gesehen, der Innenstadtentwicklung neue Impulse zu geben und eine strategische Verbindung zwischen der City und dem Bereich um den Inner Harbor herzustellen. Mit dem Bau des Charles Centers sollte die Spirale der Abwärtsbewegung der City gestoppt werden. Zunächst war ein neues Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum an der Peripherie geplant. Die Pläne wurden schließlich geändert und eine innerstädtische Lage vorgesehen.<sup>15</sup> Das Charles Center Projekt war das strategische Schlüsselprojekt mit dem die Revitalisierung angestoßen werden sollte. 1959 wurde das Charles Center Management Office (CCMO) eingerichtet, das Investoren und Nutzer für das Zentrum akquirieren sollte. Zwischen privatem und öffentlichem Sektor wurde eine klare Aufgabenteilung verabredet: Die Stadt hatte für den Grunderwerb, die Umsiedlung und die Infrastrukturplanung zu sorgen, während der private Sektor für die Finanzierung und den Betrieb zuständig war. Das 1963 fertiggestellte Charles-Center entpuppte sich als Erfolg und wurde zum Anker für die folgenden Projekte um den Inner Harbor. Erweiterungen des Charles Centers folgten. Bis 1984 waren 180 Mio. Dollar investiert worden, davon 35 Mio. öffentliche Gelder und 145 Mio. von privaten Investoren.

Das Areal um den Inner Harbor war damals suboptimal genutzt, brachgefallen, stark kontaminiert und war etwa acht mal größer als das Charles Center. 1964 wurde ein Plan für die Umstrukturierung des Inner Harbor vorgelegt, aber es sollte noch Jahre dauern, bis das Vorhaben realisiert werden konnte. Der Plan sah eine Promenade um den Inner Harbor vor: »Return the shoreline to the people«. Die Kosten für den Landerwerb und Infrastrukturmaßnahmen wurden auf 270 Mio. Dollar geschätzt. 1970 wurden über 400 Gebäude um den Inner Harbor abgerissen. Nachdem von kommunaler Seite die infrastrukturellen Vorarbeiten geleistet waren, folgten ab Mitte der siebziger Jahre Investitionen von privaten Investoren.

Unter Schaefers Einfluss wurde der Strukturwandel zum »new« Baltimore mit neuen Bürokomplexen, Einzelhandelsgeschäften, Tourismus und Hotels forciert. Der Entwicklungsdruck war damals vergleichsweise gering, was sich zunächst in einer niedriggeschossigen Bauweise um den Hafen manifestierte. 1977 wurde das 28-stöckige World Trade Center, das einzige Hochhaus in diesem Bereich (Architekt I. M. Pei) mit einem Aussichtsdeck eröffnet. In den folgenden Jahren wurde dann der ganze Bereich des Inner Harbor umgebaut und 1980 fand die Eröffnung von Harborplace und des angrenzenden Baltimore Convention Centers (Kosten über 40 Mio. Dollar) statt. Harborplace, eine 22 Mio. Dollar Investition der Rouse Company, bil-

<sup>15</sup> M.W. de Jong, *Revitalizing the Urban Core Waterfront Development in Baltimore, Maryland*, in: J. Fox-Przeworski/J. Goddard/M.W. de Jong, *Urban Regeneration in a Changing Economy. An International Perspective*, Oxford 1991, S. 186.

det ein weiteres Highlight am Inner Harbor. Rouse subventionierte dabei auch weniger profitable Geschäfte, um einen besonderen Branchenmix zu erzielen. Bei der Vergabe von Jobs wurden Schwarze, Minderheiten und Obdachlose mit 40% der Eingestellten besonders berücksichtigt. 1981 öffnete das National Aquarium (Kosten von über 21 Mio. Dollar) neben dem World Trade Center seine Pforten und 1981 wurde auch das gegenüberliegende Hyatt Hotel fertiggestellt.

Zunächst wurden die Areale um den Inner Harbor nur für spezielle Events genutzt. Mit Freikonzerten, »Sunny Sundays«, Flohmärkten etc. suchte man die Uferzone zu beleben. Bald aber stellte sich ein Bewusstseinswandel ein, die Uferzonen wurden nicht nur für besondere, sondern auch für alltägliche Anlässe »wiederentdeckt«. Die Bereiche um den Inner Harbor haben hohe Aufenthaltsqualitäten und sind durch die Mischung von Wohnen, Geschäften und Büros zu attraktiven Standorten geworden, die im Zusammenhang mit der Restrukturierung des CBD (Central Business District) an Bedeutung gewonnen haben. Pier 4 mit einem alten Kraftwerk ist ab 1982 zu einem Urban Amusement Park mit Theatern, Läden und Restaurants umgebaut worden, der sich allerdings als ein Flop erwies. Im Bereich des Inner Harbor East (Piers 5 und 6 – Falls Harbor) in der Nähe von Little Italy ist eine neue Uferpromenade, eine Marina und eine Plaza mit kommerziellen Einrichtungen entstanden. Der Bereich des Inner Harbor ist inzwischen zum Synonym für das postindustrielle Baltimore geworden. 35 Attraktionen reihen sich um den Inner Harbor und befördern Synergieeffekte.

Nachdem mit dem Umbau des Bereichs um den Inner Harbor die erste Phase des Umbaus abgeschlossen war, entstand ein erheblicher Entwicklungsdruck auf das östlich angrenzende Gebiet Fell's Point, einem Bereich zwischen Inner Harbor East und dem Industriegebiet südlich der O'Donnel Street. Dieser Uferstreifen wies enge Bezüge zu maritim-industriellen Nutzungen auf und die angrenzenden Wohngebiete wurden vorwiegend von Industriearbeitern belegt. Baltimore verlor zwischen 1970 und 1985 über 50.000 industrielle Arbeitsplätze, einen großen Teil davon in Canton. Hier in Canton hatte die Industrialisierung in Baltimore eingesetzt und 1901 hatte sich die »American Can Company«, bekannter als »Big Can Trust«, angesiedelt.<sup>16</sup> Die Gesellschaft wurde bald zum größten Konservenhersteller in der Welt. Mit der Reorganisation und neuen Verfahren der Lebensmittelkonservierung in der Phase der Stagflation ab Mitte der siebziger Jahre wurde die Produktion zurückgefahren, schließlich Anfang der achtziger Jahre ganz eingestellt und über 400 in der Umgebung lebende Menschen verloren ihre Jobs. Das Gelände der »National Can Company« wurde für 10,5 Mio. Dollar an einen Developer verkauft und Canton wurde danach zur »Gold Coast«.

<sup>16</sup> A. Merrifield, The struggle over place: redeveloping American Can in Southeast Baltimore, in: Transaction of British Geographers, 1992, Vol. 18, S. 103.

Schon ab den 60er Jahren wurde das Gebiet von den »urban pioneers« entdeckt und Gentrifizierungsprozesse setzten ein. 1988 wurde ein »Baltimore Waterfront Study Fells Point and Canton Urban Design Plan« vorgestellt, der Entwicklungsmöglichkeiten und Bezüge zum Wasser herausarbeitete. Die citynahe Lage des Gebietes, der Bau von Marinas und Eigentumswohnanlagen, die Renovierung des Broadway Marktes, Wege entlang des Ufers und die Anlage von Parks haben die Attraktivität des Gebietes weiter verstärkt. Die betroffenen Bewohner schlossen sich in einer Waterfront Coalition zusammen, die ihre Interessen gegenüber den Developern vertrat und für eine Bewohnerpartizipation und Wohnungsbau auch für untere Einkommensgruppen eintrat.

Das Zentrum Baltimores ist wieder an das Wasser herangeführt worden und durch die Vernetzung von Strategien der Innenstadtaufwertung und der Revitalisierung der brachgefallenen Hafenaareale ist ein attraktives Stadtquartier entstanden. Die Revitalisierungserfolge an den Uferzonen prägen das neue Image von Baltimore, das wie folgt annouciert wird: »Baltimore is a city of history, culture and charm. A vibrant metroplis with small-town character but more importantly, Baltimore is a city of activity, where exciting things happen every day. Here you will find attractions like the National Aquarium, Harborplace and the Maritime Science Center the B&O Railroad Museum and renowned institutions of fine art.«<sup>17</sup> Baltimore ist wieder zu einer Touristenattraktion geworden und über 7 Millionen Touristen besuchen die Stadt – und vor allem den Inner Harbor – jährlich.

Die Erfolge der Umnutzung und Revitalisierung in Baltimore sind vor allem auf eine ungewöhnlich kooperative Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteuren sowie aller Prozessbeteiligter zurückzuführen. Während in der ersten Umbauphase der private Sektor die Initiative übernahm, war es in der zweiten Phase die Stadt. In der dritten Phase kam es schließlich zu einer Kooperation und Partnerschaft des privaten und öffentlichen Sektors.<sup>18</sup> Das Schlüsselwort ist »shared risk«, geteilte Verantwortlichkeiten zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Zur Stärkung der Position Baltimores als Global City soll der Hafen und die hafenbezogenen Entwicklungen gestärkt sowie die Ausrichtung der Olympischen Spiele verfolgt werden. Zur Aufwertung der Innenstadt und des nördlich an den Inner Harbor angrenzenden Bereiches hat sich inzwischen die Downtown Partnership konstituiert. Synergieeffekte des Inner Harbor sollen genutzt werden und mit dem Downtown Partnership Revitalization Plan soll die Revitalisierung und Umnutzung vorangetrieben werden.

<sup>17</sup> Zit. n. S. V. Ward, Selling Places. The Marketing and Promotion of Towns and Cities 1850 – 2000, London 1998, S. 222.

<sup>18</sup> M.W. de Jong (s. A 15), S. 186.

## 2. New York – »Most beautiful waterfront of the world«

Bereits 1525 soll der italienische Seefahrer Varrazano die New York Bay entdeckt haben, die verbürgte Geschichte beginnt jedoch erst mit Henry Hudson, der 1609 den nach ihm benannten Strom hinaufsegelte. »Den enormen Aufschwung hat die Stadt hauptsächlich der Gunst ihrer Lage und dem hochentwickelten Unternehmensgeiste ihrer Bewohner zu danken. New York hat mit unwiderstehlicher Gewalt den direkten Schiffsverkehr von den größten Seeplätzen der Erde an sich gezogen.«<sup>19</sup> Der Hafen ist mit seinem felsigen Untergrund und einer gleichbleibenden Wassertiefe, seiner ozeannahen und geschützten, stets eis- und meist nebfreien Lage sowie wegen des geringen Tidenhubs (ca. 2 m) einer der besten natürlichen Häfen der Welt. Während am Hudson an der Ostseite von Manhattan die Post- und Fahrgastdampfer anlegten, konzentrierte sich am East River zwischen dem Süden von Manhattan und dem gegenüberliegenden Brooklyn zunächst der Güterumschlag. Hier um die South Street, am Chatham Square, in der Bowery (»Besuch nur im geschlossenen Fahrzeug angeraten«; Baedikers USA, 1974) und am gegenüberliegenden Uferstreifen in Brooklyn entstanden unzählige Bars, Schlafgelegenheiten und Vergnügungsstätten für Seeleute.<sup>20</sup> Um die Jahrhundertwende war New York die größte Stadt der Welt und wurde von über 30.000 Schiffen jährlich angelaufen.

New York ist ein weiteres Beispiel an der Ostküste der USA für den dramatischen Strukturwandel an den Hafen- und Uferzonen, von denen sich ein Großteil in Manhattan befand. Der Hafen von New York war zwischen 1900 und 1950 einer der bedeutendsten Häfen der Welt und der wichtigste Hafen der USA. Eine besondere Stellung kam dem Hafen für die lokale Ökonomie New Yorks zu. Die »Port Authority of New York and New Jersey« war 1921 von/für zwei Bundesstaaten eingerichtet worden, um das Kompetenzwirrwarr aufzulösen und um die Befugnisse für den Hafen zu zentralisieren.<sup>21</sup> Der Port Authority wurde 1931 dann noch die Zuständigkeit für mehrstaatliche Brücken, Tunnel und später für Flughäfen übertragen.<sup>22</sup>

Kaum ein Bild von New York, das nicht Manhattan, Wolkenkratzer, Fingerpiers und Luxusliner zeigte. Noch 1964 warb die Port of New York (und New Jersey) Authority für New York: »Das Tor zu Amerikas Außenhandel, durch das ein Großteil des Stückgutverkehrs zwischen den USA und Deutschland umgeschlagen wird.«<sup>23</sup> Der Güterumschlag ging von 1941 bis 1989 auf die Hälfte zurück, in Manhattan verblieben kaum noch Hafennutzungen. Heute gibt es in Manhattan bis auf Fähranleger,

<sup>19</sup> A. Dorn (s. A 9), S. 46.

<sup>20</sup> S. Hugill, Sailortown, London – New York 1967, S. 158.

<sup>21</sup> C. W. Condit, The Port of New York. A History of the Rail and Terminal System from the Grand Central Electrification to the Present, Chicago, London 1981, S. 122.

<sup>22</sup> E. W. Bard, The Port of New York Authority, New York 1942, S. 177.

<sup>23</sup> So eine Anzeige in: *Schiffahrts-Verlag »Hansa«* 1964, S. M 65.

Terminals für Kreuzfahrtschiffe und touristische Attraktionen so gut wie keine Hafennutzungen mehr. Vor allem aus Kostengründen (u. a. hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad der New Yorker Hafentarbeiter) ist die räumliche Verlagerung nach New Jersey, nach Newark und Elizabeth betrieben worden. Die New Yorker Bezirke haben dagegen die Kompensation und die Folgen wie Arbeitslosigkeit und Brachfallen der Areale zu bearbeiten. Das häufig durch Landaufschüttung gewonnene Ufergelände wurde nicht mehr für Hafenzwecke benötigt und die noch bis in die siebziger Jahre hinein genutzten Fingerpiers verrotteten.

Die fast 1.000 Kilometer lange Uferzone New Yorks bildete den Ausgangspunkt für Wohlstand und Wachstum.<sup>24</sup> Manhattan mit seinen Fingerpiers bildete gleichwohl den Fokus und spektakulären Mittelpunkt des Hafens bei den meisten Betrachtungen.<sup>25</sup> Allerdings waren in New York und auch in Manhattan die Uferzonen über Jahre hinweg nicht Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Planungen gewesen. Eine in den vierziger Jahren geplante Brooklyn Battery Bridge, die durch ihre Rampen die ganze Südspitze von Manhattan dramatisch verändert hätte, blieb den New Yorkern erspart und wurde durch einen Tunnel ersetzt. »Master planner« Robert Moses wollte noch in den fünfziger Jahren einen »Circumferential Parkway« um Manhattan bauen und damit Autofahrern die Sicht auf die »most beautiful waterfront of the world« eröffnen.<sup>26</sup>

In New York suchte Bürgermeister John Lindsay dem Verfall der Infrastruktur und der Verslumung ein neues Image entgegen zu setzen. »Fun City« war sein neues Label und setzte vor allem auf Tourismus als neue Finanzierungsquelle. Southstreet Seaport an der Brooklyn Bridge wurde zum Modellprojekt. Der Seaport District bildete die Keimzelle des New Yorker Hafens und erlebte im 19. Jahrhundert einen raschen Aufschwung. South Street entwickelte sich zur »Street of Ships«, hier legten die meisten Segelschiffe an. 1814 wurde ein Fährdienst nach Brooklyn eingerichtet und 1822 folgte der Fulton Fish Market. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlagerten sich die Umschlagsaktivitäten zum Hudson River, nach Brooklyn und New Jersey.<sup>27</sup> Übrig blieben der Fulton Fish Market und wenige Schiffe, die hier noch anlegten. Durch die gezielte Arbeit einer Bürgerinitiative gelang es, den geplanten Abriss von

<sup>24</sup> C. W. Condit, The Port of New York. A History of the Rail and Terminal System from the Beginnings to Pennsylvania Station, Chicago and London 1980, S. 6; R. F. Wagner Jr., New York City Waterfront: Changing Land Use and Prospects for Redevelopment, in: Urban Waterfronts, National Research Council, Washington D.C. 1980, S. 78.

<sup>25</sup> A. L. Buttenweiser, Manhattan Water-Bound. Planning and Developing Manhattans Waterfront from the Seventeenth Century to the Present, New York 1987.

<sup>26</sup> Vgl. R. A. Caro, The Power Broker. Robert Moses and the Fall of New York, New York 1974, S. 544.

<sup>27</sup> E. F. Rosebrock/E. C. Gillon, South Street Seaport: A Pictorial Guide, Dover Publications, New York 1970.

Gebäuden um die Fulham Street zu verhindern und neue Nutzungen zu finden. 1967 öffnete das South Street Seaport Museum – integraler Bestandteil des Erhaltungskonzeptes. So ist durch eine geschickte Mischung aus alten und neuen Gebäuden, maritimem Ambiente, Gaststätten, Läden und Museumsschiffen einer der beliebtesten Treffs in Manhattan entstanden.<sup>28</sup>

Die Rouse Company aus Baltimore eröffnete 1985 eine dreigeschossige Shopping Mall (Pier 17), die in enger Beziehung mit dem angrenzenden noch betriebenen Fischmarkt, den Museumsschiffen und dem Museumsgebäude steht. Das Konzept der Rouse Company war nicht unumstritten. Einige besonders an der Authentizität des geschichtsträchtigen Ortes interessierte New Yorker befürchteten die »Faneuilization« des Ortes. Rouse engagierte wiederum »sein« Architekturbüro Benjamin Thompson Associates und sah die »bewährte« Mischung aus »gourmet fast food« und Einzelhandel vor. Die Rouse Company (als: »Seaport Marketplace Inc.«) war für den Abriss, Erhalt, Umbau und Neubau im Bereich der vier Baublöcke zuständig und pachtete das Areal mit den Gebäuden von der Stadt New York und dem Bundesstaat für 92 Jahre. Einige Straßen sind zu Fußgängerzonen umgewandelt worden und die günstige Lage zum CBD und zur Wall Street haben sicher erheblich zum Erfolg des Projektes beigetragen.

Eine andere Art von »Stadt in der Stadt« mit einer (Teil-)Privatisierung öffentlicher Räume entstand mit der Battery Park City auf der Hudson Seite von Manhattan.<sup>29</sup> Der Bau des World Trade Center (WTC) durch die Port of New York Authority erforderte umfangreiche Abrissmaßnahmen an der Südspitze von Manhattan. Das Areal gehörte zum Kernbereich des bis Anfang der sechziger Jahre boomenden Hafens von Manhattan und neben Fingerpiers mit Umschlagseinrichtungen war der Fährterminal für Überfahrten nach New Jersey hier lokalisiert. Die Hafeneinrichtungen erwiesen sich bald als obsolet und wurden geschlossen oder verlagert. Mit dem Bau des World Trade Center sollte der Südosten von Manhattan aufgewertet werden.<sup>30</sup> Während des Baus vom WTC, zwei 110 geschossigen Hochhäusern – damals den höchsten Gebäuden der Welt – war das Areal am Hudson mit dem Aushub des Baus aufgeschüttet worden.<sup>31</sup> Im Oktober 1968 unternahm der Gouverneur des

<sup>28</sup> M.C. Boyer, *Cities for Sale: Merchandising History at South Street Seaport*, in: M. Sorkin, *The New American City and the End of Public Space*, Hill and Wang, New York 1992, S. 198.

<sup>29</sup> D.L.A. Gordon, *Architecture: how not to build a city – implementation at Battery Park City*, in: *Landscape and Urban Planning*, 1993, Vol. 26, S. 50; S. Marpillero, *Rinascenza e illusione: Battery Park City ed altre storie*, in: Casabella, 1984, Vol. 48, Nr. 507, S. 20; F. P. Russell, *Battery Park City: an American dream of urbanism*, in: *Design Review: Challenging Urban Aesthetic Control*; B.C. Scheer/W. Prieser (Hrsg.), New York 1994, S. 198.

<sup>30</sup> S. Eckstut, *Designing people places*, in: A.R. Fitzgerald (Hrsg.), *Waterfront Planning and Development*, New York 1986, S. 26.

<sup>31</sup> R. Jensen, *Battery Park City*, in: *Architectural Record*, June 1969, S. 148.

Staates New York Nelson Rockefeller und der Bürgermeister von New York John Lindsay eine Bootsfahrt auf dem Hudson und beschlossen, das Gelände zu bebauen.<sup>32</sup> Es sollte aber noch fast 30 Jahre dauern, bis die Planungen auf dem Filetgrundstück mit der Postkartenaussicht gebaute Realität wurden.

1968 wurde die »Battery Park City Authority« (BPCA) gegründet, die die Entwicklung des Areals betreiben sollte. Als weitere wichtige Akteure, die an der Planung und Entwicklung beteiligt waren, sind zu nennen: Das New York City Department of Marine and Aviation (DMA), die Downtown – Lower Manhattan Association (DLMA) dominiert durch David Rockefeller von der Chase Manhattan Bank, die New York City Planning Commission (CPC), der Bundesstaat New York und das persönliche Engagement vom Gouverneur Nelson Rockefeller. Erst 1976 waren die alten Piers beseitigt und das Gelände (85 acres) vollständig aufgeschüttet. Die Kosten wurden auf 42,6 Mio. Dollar beziffert. Das entsprach einem Preis von ca. 12 Dollar pro square foot, bei sonst üblichen 200 Dollar pro square foot auf dem Grundstücksmarkt in Manhattan.

Während sich John Lindsay vor allem für das Projekt Southstreet Seaport engagierte, galt Battery Park City als Vorhaben des Gouverneurs Nelson Rockefeller. Jahrelang wurde zwischen dem Staat New York, der Stadt New York und der Entwicklungsgesellschaft verhandelt. 1974 wurde vom Stadtplanungsamt ein »Lower Manhattan Waterfront Plan« vorgelegt, der Vorgaben für die Gestaltung festschrieb und Sichtbeziehungen von Manhattan zum Wasser vorsah. Die Finanzkrise von New York Ende der siebziger Jahre, der Wechsel der politischen Mehrheiten und ein Einbruch im Büroflächenmarkt führten dazu, dass das Vorhaben immer wieder hinausgezögert wurde. 1977 wurde Edward Koch Bürgermeister. Battery Park City stand nicht oben auf seiner Prioritätenliste. Die bankrotte Stadt und das Wegbrechen von Arbeitsplätzen schienen dringlichere Probleme, die einer Lösung harren. Die Lizenzierung der Ausgabe von Staatsanleihen brachte Stadt und Staat schließlich näher. Die Stadt benötigte finanzielle Einnahmen und der Staat beteiligte sich mit einer Garantie für die Sicherheit der 1972 ausgegebenen Anleihe. 1979 wurde von Alexander Cooper und Stanton Eckstut ein neuer Plan vorgelegt. Der Plan sah Battery Park City als eigenständiges Quartier und als Teil von Manhattan vor, orientierte sich am Rechteck-Straßensystem von Manhattan und sollte vor allem kommerzielle Nutzungen und eine Uferpromenade beinhalten. Nach dem Plan waren 42% der Flächen für Wohnungsbau, 30% für Freiflächen, 19% für Straßen und 9% für kommerzielle Einrichtungen vorgesehen.

<sup>32</sup> D. L. A. Gordon, *Battery Park City. Politics and Planning on the New York Waterfront*, Amsterdam 1997, S. 1.

Die Rückzahlung der ausgegebenen Anleihen in Höhe von 200 Mio. Dollar war inzwischen für die BPCA zum Problem geworden. Es bestand die Gefahr des Bankrottes. Ein umgehender Baubeginn war also von großer Bedeutung. Während die meisten der interessierten Developer konkrete architektonische Pläne für Grundstücke vorlegten, erkannte Paul Reichmann von Olympia & York (O & Y)<sup>33</sup> die finanziellen Probleme der BPCA. O & Y würden 50 Mio. Dollar Grundrente und Steuern zahlen, aber Eigentümer der Gebäude sein. O & Y hatten 1977 mit dem Kauf von acht Wolkenkratzern (»Uris package«), dem »deal of the century«, einen spektakulären Gewinn erzielt.<sup>34</sup> O & Y luden drei bekannte Architektenteams zu einem beschränkten Wettbewerb ein: Kohn Pederson Fox, Mitchell/Giurgola und Cesar Pelli Associates. 1981 wurde das Konzept von Cesar Pelli zur Realisierung auserkoren. Im gleichen Jahr wurde der Pachtvertrag unterzeichnet und drei Monate später war Baubeginn. Im Herbst 1985 zogen die ersten Mieter ein. Als Mieter konnten renommierte Firmen wie Merrill Lynch (40.000 Angestellte) und American Express gewonnen werden. O & Y praktizierten dabei die »used car« Technik, d. h. die Unternehmen wurden aus bestehenden Mietverträgen ausgekauft, diese von O & Y übernommen und der Umzug in die neuen Räumlichkeiten wurde möglich.

Gebaut wurde auf dem aufgeschütteten Gelände vom Bau des World Trade Centers (WTC) und es sind Ergänzungen für das WTC und eine Mischung mit Eigentumswohnungen und Geschäften entstanden. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes spielte eine große Rolle in dem Urban-Design-Konzept und prägte von Beginn an das Image von Battery Park City. Vier Bürotürme mit unterschiedlichen Höhen zwischen 33 – 51 Stockwerken und neungeschossige Gebäude sowie der Winter Garden bilden das Zentrum gegenüber dem WTC. Das World Financial Center (WFC) beinhaltet 6 Mio. square feet Büros, 280.000 square feet Flächen für Einzelhandel, Restaurants etc. und den 8.500 square feet großen Winter Garden. Nördlich an der North Cove entstand die New York Mercantile Exchange (NYMEX), die verlagert werden musste und hier einen neuen Standort fand. NYMEX sichert 5.000 Arbeitsplätze für New York. Das Gebäude wurde von Skidmore Owings & Merrill entworfen und 1997 fertiggestellt.

Architekturkritiker haben von einer Privatisierung des Stadtraumes gesprochen und das Planungskonzept zerrissen. Teurer Einzelhandel, exklusive Restaurants und

<sup>33</sup> O & Y begannen ihre Geschäfte zunächst in Toronto, wo sie u. a. das Gebäude des Toronto Star und den Umbau des Terminals am Queens Quay, beide an der Uferzone, als Developer betrieben. 1974 bauten sie in Toronto First Canadian Place, das damals größte Bankgebäude der Welt. Im Wall Street Journal war 1992 zu lesen: »If, like some banks, a real estate company can be »too big to fail, O & Y appears to be that company.« – Zit. n. W. Stewart, Too Big to Fail. Olympia & York: The Story Behind the Headlines, Toronto 1993, S. 1.

<sup>34</sup> P. Foster, Towers ob Dept. The Olympia & York Story. The Rise and the Fall of the Reichmanns, London 1993, S. 303.

Läden haben eine Art »Yuppie-Festival Market« entstehen lassen. Mit der Vernetzung von Battery Park City und dem World Trade Center und der Öffnung zum Wasser ist hier eine in sich abgeschlossene »Insel« in der World City New York entstanden, bei der sich alle Aspekte der Globalisierung manifestieren. Bei den New Yorkern scheinen dagegen die Promenade und die Parks sehr beliebt zu sein. Aus dem riesigen glasüberwölbten »Winter Garden« des World Financial Centers bietet sich eine faszinierende Aussicht auf die gegenüberliegende Seite des Hudson. Als zweiter Bauabschnitt wurde das Wohngebiet Rector Place mit 2.200 Einheiten südlich der Gateway Plaza bebaut und am südlichen Ende des aufgeschütteten Geländes entstand schließlich ein weiteres Wohngebiet Battery Place. Am Südende liegt auch der 1996 eröffnete Robert F. Wagner Park und das Museum of Jewish Heritage. Als letzte Bebauung entstand schließlich das nördliche Wohnquartier. Mit den Gewinnen aus Battery Park City wurde sozialer Wohnungsbau in Harlem und der South Bronx finanziert. Die Bürgermeister Ed Koch und John Lindsay stimmten überein, dass in Battery Park City das mittlere und obere Wohnungsmarktsegment bedient würden, während bezuschusster, mietpreisgünstiger Wohnraum in Harlem und der South Bronx anzustreben wären. Die ersten Projekte der New York City Housing Development Corporation, die Modernisierung von heruntergewirtschafteten Altbauten, wurden 1992 fertiggestellt. Battery Park City wurde schließlich als finanzieller Erfolg gewertet, konnte doch die BPCA den städtischen Haushalt mit 600 Mio. Dollar subventionieren.

Richard Plunz<sup>35</sup> hat darauf hingewiesen, dass New York dem Besucher nicht als eine Hafenstadt erscheint: »Water was its lifeblood, but not its soul.« Zwar war Manhattan von Piers umgeben, diese waren aber durch aufgeständerte Straßen vom Stadtgebiet abgeschnitten und nicht öffentlich zugänglich. Seit den achtziger Jahren gibt es Pläne, die Zugänglichkeit der Uferzonen zu verbessern und die Aufmerksamkeit wieder auf die Wasserkante zu lenken. 1982 wurde bereits ein »New York City Waterfront Revitalization Program« entwickelt und 1989 ein Dokument verabschiedet: »The future of New York City's Waterfront. Proud Legacy or Lost Opportunity?« Aus planerischer Sicht interessant ist nun vor allem der »New York City Comprehensive Waterfront Development Plan« (»Reclaiming the City's Edge«) von 1994, mit der die Aufmerksamkeit wieder auf die Hafen- und Uferzonen gelenkt wurde. Inzwischen haben alle fünf New Yorker Bezirke konkretere Bestandsaufnahmen und Planungen für ihre Uferzonen entwickelt. Die Konzepte zielen darauf ab, entlang des Ufers Zugänge zum Wasser zu verbessern und Fußwege entlang des Ufers zu vernetzen. Das spektakulärste Projekt ist in diesem Zusammenhang ein Fußwegenetz rund um die Südspitze von Manhattan, das Battery Park City und Southstreet Seaport verbinden soll.

<sup>35</sup> R. Plunz, Water and development in Manhattan, in: R. Bruttomesso (Hrsg.), Waterfronts, Venedig 1993, S. 311.

Tourismus, Fitness- und Wellness-Einrichtungen bilden die neueste Variante der Umnutzung der Fingerpiers. Bisher sind nur wenige der Fingerpiers auf der Hudsonseite Manhattans umgenutzt worden. Einige Piers sind als Parkplätze genutzt, andere inzwischen öffentlich zugänglich und in Midtown Anlaufpunkte für Hafensundfahrten und Museumsschiffe geworden. Das spektakulärste Projekt sind die Chelsea Piers (18th Street). Die Piers und Gebäude wurden 1912 von Warren und Wetmore entworfen, den Architekten, deren Büro auch für die Grand Central Station verantwortlich zeichnete. Ursprünglich für den Transatlantik-Schiffsverkehr vorgesehen, blieben sie nach dem Zweiten Weltkrieg und der Zunahme des transatlantischen Flugverkehrs ungenutzt. In den sechziger Jahren erfolgte eine Modernisierung und der Umbau für Güterumschlag. Eigentümer der Piers ist der Staat New York, dessen Anlagen dürfen nur nach einer öffentlichen Ausschreibung verpachtet werden. 1992 erhielten die Investoren Betts, Tom Bernstein und David Tewsbury den Zuschlag für das Areal mit den Piers 59 – 62 von der 17. – 23. Straße und die Architekten Butler, Rogers und Baskett planten den Umbau zu einem Sportzentrum.

Der Chelsea Piers Sports and Entertainment Complex bildet einen Meilenstein bei der Umnutzung der Uferzonen in New York und umfasst vier Piers und das Kopfgebäude. Die Gebäude standen unter Denkmalschutz, die Metallfassade durfte nicht verändert werden und der Umbau erforderte eine Instandsetzung der Pfahlgründungen. Zwischen 25 – 30 Mio. Dollar kostete allein die technische Infrastruktur des Projektes, Elektrizität, Sprinkler, Heizung/Kühlung, Wasserversorgung etc. Über das ganze Jahr müssen zeitgleich Temperaturen für Eishockey und Whirl Pools vorgehalten werden. Die gesamten Uferzonen sind wieder öffentlich zugänglich, in den Gebäuden sind neben dem Sports Center auch öffentliche Einrichtungen untergebracht. Die Piers sind zu einem viel frequentierten Sportcenter umfunktioniert worden, in dem die New Yorker Fitness-Fetischisten mit Blick auf den Hudson auf einer Driving Ranch auf mehreren Ebenen ihrer Golfbegeisterung frönen können. Es gibt ein Golfklubhaus, einen Platz mit 9 Löchern und eine Driving Range mit 52 Stalls auf vier Etagen. Die Bälle werden auf den 31 Meter breiten und den 177 Meter langen Kai abgeschlagen, gesammelt und retourniert. Ein 17.100 qm großes Netz ist an Pfeilern befestigt, die aus statischen Gründen 76 Meter tief gerammt werden mussten.

Von den Piers aus gibt es Fährverbindungen zu anderen Anlegern in Manhattan und nach New Jersey. Eine Marina, Dinnerrundfahrten und eine Segelschule ergänzen das maritime Angebot. Im Kopfgebäude (75.000 qm) sind Film- und Fernsehstudios untergebracht. Neben den Sport- und Fitness-Einrichtungen sind Geschäfte und Restaurants im Komplex integriert. Die Kosten des Projektes werden mit 100 Mio. Dollar angegeben. Zwischen 8.000 – 10.000 Besucher nutzen das Center täglich und zwischen 1.200 – 1.500 ganz- bzw. teilzeitbeschäftigte Angestellte arbeiten dort. An Wochenenden finden bis zu 40 Kindergeburtstage statt.

### 3. »Bigger, Better, Busier Boston«

Boston ist die Hauptstadt des Bundesstaates Massachusetts und war Mitte des 18. Jahrhunderts noch die wichtigste Stadt in Amerika. Um die halbinselartige Ansiedlung mit drei Hügeln (Tremont) entwickelte sich das Zentrum und die Keimzelle des Hafens. »In das Hafenbecken münden in breiten Ausweitungen die drei Flüsse Charles, Mystic und Chelsea, welche eine natürliche Scheidung der Stadtheile von Boston vollziehen, gleichzeitig aber dem Hafen sehr bewegte Contouren von großer Quai-Entwicklung geben. Diese Eigenthümlichkeit gestattete die Anlage ausgedehnter Landungsbassins (Wharfs) an den Quais von Alt-Boston, Charlestown und East-Boston für Schiffe jeder Größe.«<sup>36</sup> Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Stadt ca. 550.000 Einwohner und der Hafen bildete den Ausgangspunkt für den Walfischfang. Charlestown, nördlich des Zentrums, wurde zu einem Zentrum der US Marine mit zahlreichen Werften und Seearsenalen.

Seit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre gab es einen Niedergang und eine Stagnation in der naturressourcenschwachen Region.<sup>37</sup> Seit den sechziger Jahren hatte auch der Hafen an Bedeutung für die lokale Ökonomie verloren. Bostons Uferzone wurde wie folgt geschildert: »It was dead. Business had moved out; the big ships were no longer putting in. Boston was considered an edge of a market, not a center; goods came in by truck from the ports of New York and Baltimore.«<sup>38</sup>

Boston suchte die Geschichte zu einer zukunftssträchtigen Vision zu verzahnen, die für das Stadtmarketing eingesetzt wurde: »The City that sparked the American Revolution is the hub of a new revolution for the 1990s: a resurgence of innovation and entrepreneurial vision.«<sup>39</sup> Allein zwischen 1983 und 1986 wurden über 13.000 neue Jobs geschaffen und neben Bundeszuschüssen für Stadterneuerungs- und Straßenbaumaßnahmen war der Aufschwung vor allem auf Auslandsinvestitionen zurückzuführen. Neben japanischen, englischen und deutschen Investoren waren es vor allem kanadische Firmen wie Olympia & York und die Campeau Corporation, die in Boston die Immobilienbranche anheizten.

Die wirtschaftlichen Impulse gingen von dem vorwiegend im CBD angesiedelten FIRE-Bereich (Finance, Insurance, Real-Estate) und von wissenschaftlichen Einrichtungen und ihrem Umfeld in Cambridge aus, die Boston den Ruf als Stadt voller Ideen und »Athen Amerikas« eintrugen. Ab Anfang der sechziger Jahre setzte eine dramatische Umstrukturierung der Waterfront ein. Der Custom House Tower, der um die

<sup>36</sup> A. Dorn (s. A 9), S. 34.

<sup>37</sup> A. Ganz/L.F. Konga, Boston in the World Economy, in: R.V. Knight/G. Gappert, (Hrsg.), Cities in a Global Society, London/New Dehli 1989, S. 133.

<sup>38</sup> McQuade, 1966, S. 261.

<sup>39</sup> Zit. n. S. V. Ward, Selling Places. The Marketing and Promotion of Towns and Cities 1850 – 2000, London 1998, S. 211.

Jahrhundertwende die Hafenskyline dominierte, wird inzwischen von Hochhäusern eingerahmt und überragt.<sup>40</sup> Unter Bürgermeister John F. Collins (1960 – 68) wurde eine großflächige Stadtsanierung und auch die Revitalisierung der Innenstadt- und Uferzonen mit dem 1962 veröffentlichten »Report on Downtown Waterfront« eingeleitet. Bereits 1957 war die Boston Redevelopment Authority (BRA) gegründet worden, die den Stadtbau vorantreiben sollte. Das Bostoner Westend wurde »weggsaniert« und zum Beispiel für die Bulldozer-Sanierungsmethode. Der Leiter der BRA Edward J. Logue wurde oft mit dem New Yorker »Modernisierer« Robert Moses verglichen.

Collins gewann die Handelskammer zur Unterstützung des Umbaus der Uferzonen. Ihr Plan ging von Kosten von 200 Mio. \$ aus und nach den Vorstellungen der Handelskammer sollte Boston zum »Window of the World« umgebaut werden. Hotels, Luxuswohnungen, Fähnanleger und ein Aquarium sollten entstehen, ältere Speicher zu Condominiums umgebaut und der Fisch- und Gemüsemarkt verlagert werden. Die Revitalisierungsbemühungen begannen nicht unmittelbar an den Uferzonen, sondern zurückliegend mit dem Bau eines Government Centers, wo Bundes-, Landes- und Regionale Verwaltungsinstitutionen räumlich konzentriert untergebracht werden sollten. Dazu wurde z. B. Scollay Square, ein Viertel mit italienischen, jüdischen und irischen Einwohnern kurzerhand dem Erdboden gleichgemacht, was wiederum den Widerstand von Bürgerinitiativen hervorrief.

Der Erhalt von zwei Markthallen, die für den Abriss vorgesehen waren, markierte den Paradigmenwechsel – nicht nur in Boston, sondern überhaupt in den USA – und dokumentierte, dass der Erhalt und die Revitalisierung von innerstädtischen Altbauten auch kommerziell erfolgreich sein können. Die Markthallen waren ursprünglich direkt an der Uferfront gebaut worden.<sup>41</sup> Für James Rouse war die Übernahme der beiden Markthallen damals durchaus ein Risiko. In Zusammenarbeit mit dem Architekten Benjamin Thompson wurden 150 Jahre nach der Baufertigstellung Quincy Market und Faneuil Hall (»one of the finest urban spaces in America«) 1976 wieder eröffnet und bald zum Synonym für Hafenrenaissance, Festivalisierung und populäre Beispiele der Revitalisierung von Innenstädten. Bürgermeister White kennzeichnete die Wiedereröffnung als »truly an historic event, a rebirth«.<sup>42</sup> Zehn Millionen Besucher – genau so viele wie in Disneyland – kamen allein im ersten Jahr nach der Wiedereröffnung. Quincy Market wurde von den Bostonians als »Disney World with

<sup>40</sup> L. W. Kennedy, *Planning the City upon a Hill. Boston since 1630*, Amhurst 1992, S. 178.

<sup>41</sup> W. M. Whitehall, *Boston A Topographical History*, Cambridge 1968, S. 97.

<sup>42</sup> Zit. n. T. O'Connor, *Building a New Boston, Politics and Urban Renewal 1950 – 1970*, Boston 1993, S. 277.



Abb. 3: Boston: Faneuil Hall und Quincy Market als Verbindungsglied zwischen Government Center (Bildmitte rechts) und Waterfront (unten) (Quelle: H. Meyer, *City and Port*, Rotterdam 1999)

class« herausgestellt.<sup>43</sup> Ungewöhnlich ist, dass die Stadt Eigentümer der Gebäude blieb und sie für 99 Jahre an den Developer verpachtete. Mit dem Erhalt der Gebäude und der Attraktivität dieser Zone war eine strategische Verbindung vom Government Center und dem CBD zur Uferzone (»walkway to the sea«) geschaffen worden, die dadurch zusätzliche Attraktivität erhielt. Mit anderen Nutzungen und Akteuren konnte am alten Hafen neues Leben beginnen.

Die ersten Projekte entlang der Uferzone waren die architektonisch wenig spektakulären Hochhauswohntürme (Harbor Towers) von (dem damals noch unbekanten) I.M. Pei (1971), das New Aquarium und die Central Wharf (1969). Noch bis Mitte der achtziger Jahre war die Waterfront eine einzige Baustelle. Bostons Waterfront Park (1976), Mercantile Wharf (1976), Long Wharf Marriot (1982, Architekt: Cosutta and Associates), Rows Wharf (1987, Architekten: Skidmore, Owings, Merrill) und Burroughs Wharf (1989) dokumentieren die vollständige Reorganisation der Uferzone vor dem CBD. Im zentralen Bereich Bostons kann die Reorganisation der Uferzone vor dem CBD nun als fast abgeschlossen betrachtet werden. Hotels, Luxuswohnungen, Fähnanleger und ein Aquarium (Ocean Center) sind entstanden, ältere Speicher sind zu Condominiums umgebaut worden.<sup>44</sup> Ende der achtziger Jahre schossen mit dem Wirtschaftsboom (»Wunder von Massachusetts«) neue Wolkenkratzer und Bürogebäude an den Uferzonen und im CBD aus dem Boden.

<sup>43</sup> J. C. Teaford, *The Rough Road to Renaissance, Urban Revitalization in America 1940 – 1985*, Baltimore and London 1990, S. 253.

<sup>44</sup> N. Müller/K. Morgan, *Boston Architecture 1975 – 1990*, München 1990.

Derzeit wird die aufgeständerte Stadtautobahn (Central Artery I 93) durch eine untertunnelte Variante ersetzt. Der John F. Fitzgerald Expressway, der um den CBD führt und diesen vom Wasser trennt, war in den fünfziger Jahren das teuerste Straßenbauprojekt der USA. Der Umbau des aufgeständerten Expressways, ein teures, technisch aufwendiges und komplexes Unterfangen, wird die Zugänglichkeit zu den Uferzonen und die Anbindung an den CBD erheblich verbessern. Ziel ist es dabei, die Bauarbeiten ohne Beeinträchtigung des Verkehrs abzuwickeln. Das Central Artery/Third Harbor Tunnel Projekt (CA/T) wurde 1991 begonnen, umfasst eine Gesamtstrecke von 7,5 Meilen und soll bis 2004 fertiggestellt sein. Damit wird die Verbindung zwischen Downtown und dem Logan Airport durch den Ted Williams Tunnel erheblich verbessert. Die planerischen Vorstellungen sind in dem Planwerk »Boston 2000« («World Class City») zusammengefasst und die Planer sehen in der Realisierung die einmalige Chance, die Stadt wieder an das Wasser heranzuführen und, so das Programm, einen »World Class Boulevard« zu schaffen.

Während der Umbau der Waterfront Downtown inzwischen weitgehend abgeschlossen ist, konzentrieren sich die Bemühungen der Bostonians nun auf brachgefallene Hafenzonen auf das East End, den Charlestown (Navy Yard)<sup>45</sup> und auf den Seaport-District in South-Boston. Hier sollen, so Bürgermeister Thomas M. Menimo die Festival Market Places der achtziger Jahre, die Urban Entertainment Center der neunziger Jahre und ein »Manhattan-by-the-sea« verhindert werden. Ziel ist eine »24-hour neighborhood where people will want to live, work or visit«.

In Boston zeichnet sich ähnlich wie in Baltimore ein bemerkenswerter Strukturwandel mit einer Aufwertung der Innenstadt und einer Revitalisierung der Hafen- und Uferzonen ab. Der ehemalige Bürgermeister Kevin White bemerkte: »At one point, we were like Detroit. Ten years later, we were one of the five most prestigious cities in the country.«<sup>46</sup> Die vage Vision des »New Boston« von Bürgermeister John B. Hynes aus den fünfziger Jahren scheint an der Jahrtausendwende Realität zu werden.

#### 4. Seattle »Jet-City«

Seattle ist die größte Stadt des Bundesstaates Washington und liegt auf einer hügeligen Landenge zwischen dem Puget Sound und dem Lake Washington in der nordwestlichen Küste der USA nahe der kanadischen Grenze. 1893 erreichte die transkontinentale Eisenbahn Seattle und 1896 lief der erste Überseedampfer aus Japan ein. Der Bau des Panamakanals und weiterer Eisenbahnlinien machten die Stadt und den Hafen von Europa aus leichter erreichbar. Holz- und Kohleexport bildeten die öko-

<sup>45</sup> A. Di Mambro, Boston: Charlestown Navy Yard, Harbor Point, Rowes Wharf, Fort Point District, in: R. Bruttomesso (Hrsg.), Waterfront – a new urban frontier, Venedig 1991, S. 39-49.

<sup>46</sup> Zit n. T. O'Connor (s. A 42).

nomische Basis der Stadt. Mit dem Goldrush am Yukon wurde die Stadt zum Ausgangspunkt für viele Expeditionen und erlebte einen ersten Aufschwung. Die Einwohnerzahl verdoppelte sich zwischen 1900 und 1910 auf ca. 240.000 Einwohner.<sup>47</sup>

Bereits 1917 wurden der Lake Union und der Lake Washington mittels eines Kanals und mit Schleusen an den Puget Sound angebunden. Beide Seen haben teilweise seeschifftiefes Wasser und wurden damit für Industrieansiedlungen erschlossen.<sup>48</sup> 1923 durchquerten Schiffe mit insgesamt über 2 Mio. NRT die Schleusen. 1911 wurde die Port of Seattle Commission als kommunales Unternehmen des King County eingerichtet. In den beiden Weltkriegen entwickelte sich in Seattle der Schiffbau für die Kriegs- und Handelsmarine sowie der Flugzeugbau.<sup>49</sup> Die Stadt an der Elliot Bay verdankte ihr schnelles Wachstum zunächst vor allem dem Hafen, einem hervorragenden Naturhafen. Die Hafenanlagen waren durch Fingerpiers und Lager-schuppen und die zentrale, citynahe Lage gekennzeichnet. Durch Aufschüttungen wurde das Hafengebiet erweitert und neue Flächen und Piers geschaffen.

Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, die Zunahme des Individualverkehrs und die Suburbanisierung beförderten in den 50er und 60er Jahren den Autobahnbau entlang der Uferzone. Vor dem CBD entstand der aufgeständerte Alaskan Way, der die Zäsur zwischen Innenstadt und Uferzone zementierte. Weltweite Aufmerksamkeit erlangte Seattle durch die Weltausstellung 1962. Das Ausstellungsgelände (Seattle Center) wurde durch ein Monorail mit dem Stadtzentrum verbunden und fast 10 Millionen Besucher kamen nach Seattle.

Heute erstreckt sich die Region Seattle entlang eines ca. 26 km langen und ca. 10 km breiten Streifens entlang des Freeway »Interstate 5«. Seattle liegt etwa 180 km südlich der kanadischen Grenze, konkurriert mit Vancouver und ist als Standort von Boeing (ca. 100.000 Beschäftigte in der Region) und Microsoft ein weltweiter Begriff geworden. In Seattle lebten 1999 ca. 500.000 Menschen, im County (King County) ca. 1.110.000 und in der Greater Seattle Area ca. 1.800.000 Menschen. Die Metropole am Puget Sound ist zur »lebenswertesten Stadt der USA«, 1998 zur »best city in the west« und schließlich auch zur »best city for work and family« gewählt worden.

Die Topographie von Seattle weist nur einen schmalen Küstenstreifen auf, dem ein steiler Anstieg des Geländes folgt, der teilweise mit Aufzügen überwunden werden kann. Der Alaskan Way, ein Produkt der Phase der Highway-Euphorie der Nachkriegszeit, dessen Rückbau geplant ist, erweist sich heute als unüberwindbare Zäsur zwischen dem CBD und der Waterfront. Prägte bis in die 50er Jahre der heute postmodern anmutende Smith Tower, 1914 damals das größte Gebäude westlich des Mis-

<sup>47</sup> N. MacDonald, Distant Neighbors. A Comparative History of Seattle and Vancouver, Lincoln/London 1987, S. 56.

<sup>48</sup> R. McElwee, Ports and Terminal Facilities, London 1926, S. 417.

<sup>49</sup> D. C. Rose, Seattle, City profile, in: Cities, November 1990, S. 285.

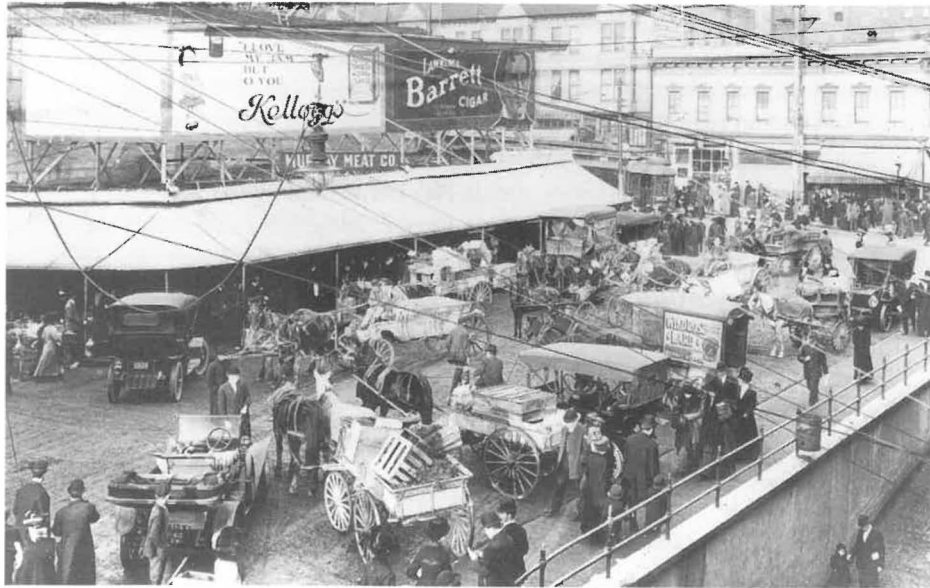


Abb. 4: Seattle Pike Place Market 1908, Direktverkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Quelle: J. K. Ochser (ed.), Guide to Architects, Seattle).

issippi, die Stadtsilhouette vom Wasser aus, so sind es inzwischen die postmodernen Hochhausschöpfungen, die sich kaum von anderen Städten unterscheiden. Südlich an das Stadtzentrum grenzt der »International District« mit vorwiegend asiatischer Bevölkerung an und hier befand sich der 2000 gesprengte Kingdome, ein überdachtes Stadion für Sportveranstaltungen mit bis zu 60.000 Zuschauern, der nun in neuer Form wieder aufgebaut wird.

Der Wandel im Umgang mit den Uferzonen markierte auch in Seattle, ähnlich wie in Boston, ein öffentlicher Markt: der Pike Place Market.<sup>50</sup> Nach den Planungen der Stadt sollte die 1907 eröffnete Markthalle, zwischen Downtown und der Uferzone gelegen, abgerissen und durch »moderne« Büros, Wohnungen und Hotels ersetzt werden. 50.000 Unterschriften wurden für den Erhalt des Marktes und der unmittelbaren Umgebung unter den »Seattleites« gesammelt und umgehend wurde der Bereich unter Denkmalschutz gestellt. Die Historical Commission erhielt ein Vetorecht bei der Auswahl der Mieter und lokale Produkte und Geschäftsleute sollten gegenüber den internationalen Imbissketten bevorzugt werden, um in Seattle »Einzigartiges« im Zeitalter der Globalisierung zu erhalten. 1973 wurde die Pike Place Market Preservation and Development Authority (PDA) eingerichtet, die ohne städtische Zuschüsse den Markt besitzt und betreibt. Über 9 Millionen Besucher kommen jährlich zum

<sup>50</sup> B. J. Frieden/L.B. Sagalyn, (s. A 3.), S. 115.

Pike Market. Im Gegensatz zu den sonst in den USA üblichen Festival Markets mit Kleidung, Souvenirs etc. gibt es auf dem Pike Place Market vorwiegend landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Umgebung, wobei aber keine »Gentrifizierung der Nahrungsmittel« stattgefunden hat. 235 Geschäfte werden auf dem Markt betrieben und von der mehrreihigen Anlage hat man eine schöne Aussicht auf den Hafen und die Elliot Bay. Der Markt zieht viele Besucher an, weil er so wenig touristisch anmutet und keine sterile Shopping-Center Atmosphäre, sondern eine bunte, teilweise chaotische und vielfältige Lebendigkeit bietet.

An Wochentagen besuchen 20.000 Besucher, an Samstagen 40.000 Besucher den Markt, der die Renaissance der angrenzenden alten Schuppen am Ufer einleitete. Ein offener Fahrstuhl verbindet den Markt und die Waterfront. Entlang der Uferzonen sind die alten Speichergebäude zu Cafes, Restaurants und Läden umgebaut worden. Eine Open-Air-Bühne (direkt neben dem aufgeständerten Alaskan Way), der Waterfront Park, das Seattle Aquarium und weitere Attraktionen (Omnimax Theater) machen den Bereich vor allem abends zu einer – allerdings für europäische Maßstäbe lauten – Bummelmeile. Eine Museumsstraßenbahn (Waterfront Streetcar) entlang der Uferzone erschließt über 4 km die vorwiegend touristischen Einrichtungen entlang der Elliot Bay seit 1974. Von den östlich der Waterfront-Kommerzattraktionen gelegenen Piers fahren die Fähren nach Bremerton und Winslow sowie nach Vancouver Island ab.

##### 5. »See You in Disneyland?«

Die in Nordamerika erfolgreichen Modelle von MXDs (»Mixed Used Developments«) und Festival Markets (»Shopping is fun«) an Uferzonen sind nicht ohne weiteres auf europäische Lebensstile und Konsumgewohnheiten übertragbar. In der Regel handelt es sich um »Inselplanungen« (»Mixing pleasure with business«), die vor allem den Interessen der Investoren folgen. Dennoch hat die Renaissance der Uferzonen die Wiederbelebung der Innenstädte durchaus partiell befördert.

Die Planung hat in den USA eine schwächere Stellung und steht in stärkerer Abhängigkeit von der privaten Wirtschaft. Es gibt kein national-einheitliches Planungsrecht.<sup>51</sup> Die Idee der Dezentralität ist stark verankert und nur einige Bundesstaaten verfügen über Planungsgesetze. Im Planungsrecht wird vor allem mit Präzedenzfällen argumentiert und es gibt keine vereinheitlichten Verfahrensstandards. Misstrauen gegenüber dem Staat und eine schwache Rolle der Verwaltung sind weitere Unterschiede zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Planungssystem, dass in den USA auf partizipativer Praxis gegenüber repräsentativer Demokratie in Deutschland beruht. Da die Port Authorities – in der Regel Eigentümer der Wassergrund-

<sup>51</sup> B. Cullingworth, Planning in the USA. Policies, Issues and Processes, London/New York 1997, S. 6.

stücke – auch in Nordamerika in der Regel landes- und/oder stadteigene Institutionen sind, die einen Sonderstatus haben und eigenwirtschaftlich operieren, gibt es häufig aus Sicht dieser Institutionen kaum die Notwendigkeit mit der (schwachen) planenden Verwaltung zu kooperieren.

Planungsrecht und Planungskulturen, Lebensstile und Wertsetzungen sind in den USA anders ausgeformt als in Deutschland. Investoren und Developer wie James Rouse (»Rousification«) werden als »Visionäre«, »Retter der Innenstädte« und Oberguru der Festival Market Places gefeiert.<sup>52</sup> Kritiker monieren den »Triumph des Kommerzes« – »shopping as a great adventure« – an den Uferzonen. Die vielfältige Geschichte der Sailortowns wird zu kommerziellen Urban Entertainment Centern instrumentalisiert.

Die Chancen, die Besonderheiten und die kulturelle Bedeutung der Hafен- und Uferzonen herauszuarbeiten, wurden bisher in Nordamerika häufig vertan. Die Trends der globalen Ökonomie, Deregulierung, Städtetourismus, Condominiums, Stadtmarketing, Festivalisierung und Disneylandisierung manifestieren sich auch an den Uferzonen. Spezifische Bezüge zum Wasser werden selten aufgenommen, die Architektursprache ist postmoderne Austauschbarkeit, hybrider Historismus, Künstlichkeit und inszeniert fast ausschließlich den Lebensstil der Yuppiekultur.

Der Traum sozialer Solidarität der Stadtgesellschaft, der Markt als »Urform«, soll an der Uferzone Realität werden. Der öffentliche Raum in Form von Promenaden, Plätzen und Märkten, soll – aufwendig gestaltet – Gemeinschaft symbolisieren und soziale Kontakte induzieren.<sup>53</sup> Die Geschichte wird instrumentalisiert, um den Kommerz anzuheizen. Souvenirs, Geschenke und Second Hand Läden sollen die Erfahrung des Verlustes kompensieren und den Besuch der revitalisierten Uferzone zu einem unvergesslichen Erlebnis machen. Die authentische Reproduktion von historischen Gebäuden verkommt zur Nostalgie und zum Kitsch. Der Hafen und Güterschlag sind in der Ferne zu sehen oder durch vorbeifahrende Schiffe zu erahnen – nicht aber real wahrzunehmen – und werden zur Kulisse. Geschichte wird dekontextualisiert, als Konsumzone und Themenpark am Wasser neu installiert.

Hinter der Vision des Festival Markets verbergen sich nostalgische Konzepte des »Euro-Urbanism« mit rückwärtsgerichteten Ideen von Gemeinschaftlichkeit und mittelalterlichen Marktplätzen. Andres Duany, einer der bekanntesten Planer des New Urbanism, hat dazu ausgeführt: »The newest idea in planning is the nineteenth-cen-

<sup>52</sup> J. Goss, (s. A 5), S. 222.

<sup>53</sup> Daniel Burnham, wohl der bedeutendste amerikanische Stadtplaner und Städtebauer, hatte schon bei seinem berühmten Plan für Chicago 1909 der Gestaltung der Uferzonen eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Er forderte für Chicago und den Lake Michigan: »The Lakefront by right belongs to the people«. D. Burnham/E. Bennet, Plan of Chicago, (ed. By Charles Moore, with a new introduction by Kristen Schaffer), New York 1993, S. 50.

tury town. That's what is really selling.«<sup>54</sup> Die kommunikationsfreundlichen Plätze werden – weitgehend in Unkenntnis der europäischen Geschichte – zu Orten des Treffs und Austauschs unter Gleichen hochstilisiert. Dass die europäischen Städte einst auch Orte der ausgeprägten Ungleichheit waren, dass nur wenige Stadtbürger volle Bürger- und Wahlrechte hatten, wird übersehen. Bewusst oder unbewusst, bedient man sich unbefangen der europäischen Geschichte, pickt beliebige Anknüpfungspunkte heraus. Nun soll mit den Festival Market Places in den USA öffentliches Leben suggeriert werden, eine heile, abgeschlossene, überschaubare Inselwelt gegenüber dem angrenzenden, gefährlichen, unüberschaubaren Großstadtdschungel. Der Flaneur, im Sinne von Walter Benjamin, dem Chaos der gefährlichen Großstadt entkommen, kann nun die Beschaulichkeit und den Mikrokosmos einer intakten Gegenwart genießen. Während die Besucher Authentizität des Hafens suchen, finden sie eine saubere, nostalgische Inszenierung vergangener, schmutziger, schwerer, gefährlicher, lauter Hafенatmosphäre.

Der Erfolg des Festival Market-Konzepts ist nur vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Gesellschafts- und Stadtentwicklung verständlich. Einkommensschwächere ethnische Minderheiten und untere Einkommensgruppen gehören zu den »unerwünschten« Besuchergruppen. Die Arbeitsgebiete der Unterschicht im Hafen, früher gemiedene »no-go-areas«, werden zur Flanierzone der Mittelschichten. Der Mythos der vorgeblich intakten, europäischen, mittelalterlichen Welt des Festival Market Places an der Waterfront wird der polarisierten US-Gesellschaft zum Fluchtpunkt. Beobachtet und beobachtet werden, das Leben wird zum Theater inszeniert. Alltagseinkaufbedürfnisse können hier nicht erledigt werden. Das Konsumieren wird zum Erlebnis, festivalisiert, durch Musikbegleitung hochstilisiert.<sup>55</sup> Der Besuch der Festival Market Places soll zum Erlebnis werden, Spaß machen, die Einkäufe sind für den Besucher eher sekundär.

Inzwischen ist auch das Konzept der Themenparks, eine Art Zuspitzung des Market Places-Konzeptes, in Europa kopiert worden und für den Umbau der brachgefallenen Hafен- und Uferzonen als Revitalisierungsstrategie vorgesehen. Der »Space Park« in Bremen, der »Ocean Park« in Bremerhaven sowie ein Urban Entertainment Center in der HafenCity in Hamburg sollen die Uferzonen neu beleben. Der Städtetourismus fördert diesen Trend zu Kopien, Zitaten und Verkitschungen, zu Animationen und Events an der Waterfront. So werden an der Waterfront Nutzungskluster

<sup>54</sup> Zit. nach S. Zukin, Landscapes of Power. From Detroit to Disney World, Berkeley, S. 231.

<sup>55</sup> J. Goss (s. A. 5), S. 237.

zu einer beliebigen Kulisse zusammengestrickt, makellos und vollkommen, aber langweilig und leblos.<sup>56</sup> Der Ort reduziert sich auf eine Ware, ist aber nicht das Ergebnis von Geschichte, Kultur und Topographie. Angesichts der immer schneller wechselnden Nutzungs- und Vermarktungszyklen wird es darauf ankommen, nicht das Auslaufmodell der USA zu kopieren, sondern präzise zu analysieren ob derartige Projekte in urbane Zusammenhänge integrierbar sind, ob öffentliche Förderung sinnvoll ist, ob Nachnutzungen gefunden werden können, welche verkehrlichen Probleme zu erwarten sind und welche Folgen sie für die städtische Kultur haben.<sup>57</sup>

Eine Übertragung dieser Konzepte der Innenstadtrevitalisierung und des Umbaus der Waterfront auf die anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen in Europa läuft Gefahr, zu einer schlechten Kopie zu verkommen. Hier ist aus Fehlern zu lernen und es wären Konzeptionen zu entwickeln, die zwar das Globale im Lokalen nicht negieren, aber den Genius Loci, lokale Baukulturen und Traditionen zum Ausgang für eine qualitätvolle Gestaltung nutzen. In Europa gibt es noch öffentliche Märkte und Marktplätze, die ohne Kreditkarte aufgesucht werden können und die bei allen wirtschaftlichen Überlebensproblemen der Märkte ein Stück Geschichte ausmachen und nicht künstlich Geschichte vorgaukeln.

<sup>56</sup> Vgl. hierzu auch die Konzepte des New Urbanism in Nordamerika. Vgl. H. Bodenschatz, Alte Stadt – neu gebaut, in: Die Alte Stadt 4/1998, S. 299 – 317 und ders., New Urbanism. Die reichste Gesellschaft der Welt erfindet sich neue Städte, in: Stadtbauwelt 145, 2000, S. 22 – 31.7

<sup>57</sup> F. Roost, Lernen für die nächste Welle, Stadtbauwelt: Urban Entertainment Center?, 4/2000, S. 16.

Julius Mihm

## Stadtentwicklung zum Beispiel:

### *Mengen – Kleinstadt in Oberschwaben*

1. Einleitung – 2. Lagevoraussetzungen: regionale Gliederung, Landschaft und geographischer Standort – 3. Invasionen: römische Kolonisation und Fahrradtourismus – 4. Die alte vorderösterreichische Identität: Stadtrecht aus Habsburgs Hand – 5. Historisch-städtebauliche Grundlagen der Altstadt: alamannische und staufische Stadtentwicklung – 6. Brand und Wiederaufbau im Klassizismus als Ursprung neuzeitlicher Stadtentwicklung – 7. »Organisches« Wachstum: Verkehrsentwicklung und Stadterweiterung im 19. und 20. Jahrhundert – 8. Großmarktphantasien: Handelsentwicklung und Stadtreparatur – 9. Die Zukunft der Innenstadt – Szenario für Mengen.

#### 1. Einleitung

*»Ich hatte einige Tage in einer kleinen Stadt zu tun. Alle kleinen Städte, ohne Ausnahme, sind langweilig. Und dann kommen unsere unangenehmen menschlichen Eigenschaften mehr zum Vorschein als in großen Städten: die Klatschsucht, der Neid, die Scheelsucht zum Beispiel. Nicht einen Schluck Kaffee können wir trinken, ohne daß es sofort das ganze Örtchen weiß. In Liebesachen hilft die denkbar größte Vorsicht nicht; es ist doch am andern Morgen alles bekannt. Freilich, auch ihre guten Eigenschaften haben kleine Städte: frische Luft und einsame Spaziergänge.*

*Und wie bestechlich sind sie, wenn wir auf kurzen Besuch oder zur Erholung dort weilen: wie idyllisch kommt uns dann dies Leben vor, wie harmlos, wie patriarchalisch, ja wie paradiesisch. Und es steckt doch hinter all dieser scheinbaren Harmlosigkeit nicht nur der grell zutage tretende Egoismus, sondern auch eine fürchterliche Teilnahmslosigkeit. Das ganze Leben in großen Verhältnissen geht spurlos vorbei an jedem kleinen Neste. Das Städtchen, wo ich mich einige Tage aufhalten mußte, lag entzückend.«*

Könnte dieses Städtchen nicht Mengen gewesen sein? In der Einleitung zu seiner Erzählung »Die vergessene Hortensie« steckt Liliencron nicht nur stadtsociologisch einen Typus ab, sondern gibt die Charakteristik einer jeglichen nicht anonymen, von funktionaler Vielfalt bestimmten Nachbarschaft, einer »Nachbarschaft« auch im Sinne der Städtebauteorie. Dass soziale Kontinuität das kleinstädtische Zusammenleben begründet, ist sofort klar. Diese entsteht aus geringer Fluktuation der Population, deren Individuen so ortsbeständig leben, dass sie sich in vielfältigen Situationen beiläufig begegnen können. Die soziale Kontrolle als Funktion der Kontinuität er-



Abb. 1: Stadtsicht von Südosten vom Missionsberg 1840 (Lithographie: E. Emminger); im Westen noch deutlich der Wall, der um die Stadt Mauer und Graben nach außen abschirmte sowie die großteils intakte Stadtmauer; im Osten die untere Vorstadt, nach dem Brand von 1819 gebaut; im Hintergrund links der Ennetacher Berg, noch fast baumlos.

kannten und instrumentalisierten die Verfechter der »Ortsgruppe als Siedlungszelle« zum Zwecke der politischen Gestaltung und erhoben den Typus der aseptisch gegliederten Kleinstadt in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts zum universalen Städtebaustein. Bis heute ist die gewachsene Kleinstadt allerdings ein eigenständiger Typus geblieben. Der Typus zeigt sich in der ihm innewohnenden eigentümlichen Ambivalenz, die der Dichter Liliencron zwischen Eigenschaftspaaren aufleuchten lässt: langweilig – idyllisch, einsam – harmlos, patriarchalisch – teilnahmslos, paradiesisch – egoistisch. Ihre Bürger beschäftigen sich zeitversetzt also nur mit ähnlichen Strukturproblemen wie in Großstädten.

Überall wird man die Gleichförmigkeit des Kleinstädtischen wiederfinden, die Liliencron konstatiert; aber jede Stadt ist auch eine einmalige Persönlichkeit, die aus jeder Gasse, jedem Platz und jeder Straße Unverwechselbarkeit atmet. Wie wurde Mengen also zu dem, wie es heute vor uns liegt? Der städtebauliche »status quo« einer Stadt ist das Ergebnis der langen Geschichte ihrer städtebaulichen Entwicklung, als deren materieller Gegenstand er betrachtet werden muss. Die für die Stadtentwicklung Mengens bis heute entscheidende Themen und ihre Handlungsfelder sollen in ihren Beziehungen zueinander skizziert werden. Die Motive der Entwicklung können auf verschiedenen sich untereinander kreuzenden Wegen entlang ihrer Meilensteine

zurückverfolgt werden, sodass sich eine Orientierungsmatrix ergibt, die den »genius loci« dieser Stadt erschließt – ihr »Bewirkendes« freilegt. Welche Spuren müssen zur Annäherung an den »gelebten Raum« aufgenommen werden? Es sind dies zunächst die regionale Gliederung, die landschaftliche Situation, der geographische Standort und die Topographie. Zum besonderen Verständnis der Altstadt, die in Mengen seit 1984 programmatisch saniert wird, werden dann die für die gegenwärtige Morphologie der Stadt verantwortlichen Phasen historischer Stadtentwicklung diskutiert und herausgeschält: römische, alamannische, staufische, habsburgische und neuzeitliche Geschlechter prägten den Ort.<sup>1</sup> Weiter werden die Entwicklungsprinzipien neuzeitlicher Wachstumsschübe ausführlicher dargestellt. Verkehr und Handel werden als wesentliche Momente des organischen, d. h. an Stadtfunktion und Standort angepassten Wachstums der Stadt Mengen betrachtet.

Lässt sich nun Liliencrons lebhafteste Charakteristik auch im Persönlichkeitsprofil der Kleinstadt Mengen wiederfinden? Wie sehen sich die Mengener selbst? Im Rahmen von »Mengen 21« – eine lokale Agenda zur nachhaltigen Stadtkonzeption – machten die Moderatoren des »Steinbeis Transferzentrums Identität und Image« die Stadtpersönlichkeit Mengens als Identitätsprofil («semantisches Differential») in den drei Ausprägungen »Erscheinungsbild – Charakter – Handeln« sichtbar. Für jede Ausprägung wurden Kriterienkataloge gegensätzlicher Eigenschaftspaare in polarer Anordnung angeboten, zwischen denen die Bürger auf einer Skala werten konnten. Das ernüchternde Ergebnis fasst Steinbeis so zusammen: »Mengen wird insgesamt als eher schlicht empfunden, als eher persönliche und übersichtliche Stadt gesehen. Spektakuläres findet man nicht unbedingt in Mengen ... Konservative Eigenschaften werden betont: Mengen ist eher altmodisch, beständig, bescheiden und verfügt sonst nicht über stark hervorzuhebende Charaktereigenschaften ... Das Handeln in Mengen wird insgesamt mit Skepsis beurteilt: eher beharrend, defensiv, arm an Orientierung und auf die Vergangenheit bezogen.«

Vielfältige Nutzungen und städtische Funktionen gaben der kleinen Stadt Mengen von je her Urbanität als eine Frage der gesellschaftlichen Praxis ihres Städtebaues. Mengens Entwicklungsläufe kulminieren deshalb in der Altstadt. Man ist sich darüber einig, dass die Charakteristik der Altstadt erhalten und verbessert werden muss, weil sie das erinnerbare Bild der Stadt repräsentiert. »Altstadt« und deren zentrales Element, die »historische Hauptstraße«, wurden auf der ersten Bürgerwerkstatt im April 2000 zu »Mengen 21« auf die Frage, was Mengen Positives habe, am meisten genannt. Die Altstadt mit ihren 61 Baudenkmalen ist die Gestalt, an der die Stadt wiedererkannt und von anderen Städten unterschieden werden kann. Ihre Wahrnehmbarkeit ist ästhetisch wesentlich eine Frage des Verhältnisses von Figur zu Grund,

<sup>1</sup> Hierzu danke ich Walter Bleicher und Anton Stehle für vielfältige Anregungen und Hinweise.

wofür das ortsspezifische städtische Raumgefüge gepflegt und weiterentwickelt werden muss.

## 2. Lagevoraussetzungen: regionale Gliederung, Landschaft und geographischer Standort

Mengen liegt an der jungen Donau im katholisch-barocken Oberschwaben, einem kulturlandschaftlich reizvollen aber strukturschwachen ländlichen Raum; als »ländlicher Raum im engeren Sinne« von den Verfassern des Landesentwicklungsplanentwurfes noch einmal ängstlich heruntergezont. Durch die Kreisreform 1973 ist Mengen um fünf Teilorte reicher, die Dörfer Ennetach, Rulfingen, Blochingen, Beuren und Rosna. Das Gemeindegebiet ist somit ein historischer Flickenteppich aus ehemals vorderösterreichischen, preußisch-hohenzollerischen, württembergischen und badischen Landesteilen. Mit inzwischen über 10.000 Einwohnern ist Mengen Sitz eines Gemeindeverwaltungsverbandes der Gemeinden Mengen, Hohentengen und Scheer mit knapp 17.000 Einwohnern, der außer in der Flächennutzungsplanung aber keine Rolle spielt.

Im Regionalplan »Bodensee-Oberschwaben«, der nächsthöheren Ebene räumlicher Planung, wird Mengen als Unterzentrum von drei Mittelzentren, den Städten Riedlingen, Bad Saulgau und seiner Kreisstadt Sigmaringen im Radius von ca. 15 km eingekreist. Zu diesen Städten steht Mengen in fruchtbarer Konkurrenz – als einziges Unterzentrum von Baden-Württemberg ein vierarmiger Entwicklungsknoten im Schnittpunkt zweier Entwicklungsachsen der Landesplanung! Die Strukturschwäche der Region ist dadurch angezeigt, dass der Kreis Sigmaringen am »hint're Wageteil« der schwäbischen Geißbockbahn das Schlusslicht in puncto Siedlungsdichte und Wirtschaftskraft bildet. Kriterien, die im Rahmen des »Entwicklungsprogrammes Ländlicher Raum« verstärkte EU-Förderung nach Zielgebiet 5b auslösten.

Wesentliches Element der Landschaftsgestalt für die Orientierung auf die Stadt Mengen ist der Missionsberg, das bewaldete Naherholungsgebiet der Stadt. Saur/Kuschnig erläutern dazu in ihrer »Landschaftsgestalterischen Studie Missionsberg«: »Kommt man aus Richtung Rulfingen, Hohentengen oder auch von Ulm nach Mengen, so gewahrt der Reisende als erstes Erkennungsmerkmal der Stadt die Silhouette des Missionsberges mit seinem markanten Aussichtsturm. Die Gebäude der Stadt werden ... erst nach und nach deutlicher und erlangen gegenüber dem Eindruck des Missionsberges erst unmittelbar an den Ortseingängen Übergewicht. Von Rulfingen aus dient der Berg als Blickführung auf das historische Stadtzentrum mit seinen aus der Dachlandschaft herausragenden Kirchtürmen.« Die Ortsausgänge von Hohentengen und Rulfingen sind also für die Stadt Mengen die »Orte des ersten Erkennens«.

Man spaziert gerne auf den Missionsberg und besteigt den neuen Aussichtsturm, um sich beim Rundblick zu freuen, wie reizvoll die Stadt in die Tallandschaft von Ablach und Donau eingebettet ist. Überrascht wird man durch die Nähe zu den heroischen Landschaften Süddeutschlands: Im Westen und Norden haben sich Ablach und Donau in die Ausläufer der Schwäbischen Alb eingegraben, die als dunkelgrünes Band den Horizont bildet. Im Osten ist nahebei die »Göge« zu sehen, eine ebene »Gegend« mit der Rollbahn des Verkehrslandeplatzes Mengen als grauem Band und der »Bleistiftspitze« des Hohentenger Kirchturmes als Senkrechten. Den Horizont markiert der Bussen, ein kegelförmiger Berg bei Riedlingen. Nach Süden gleitet der Blick über die eiszeitliche Moränenlandschaft zum Spiegel des Bodensees, um dann das schneebekrönte Panorama der Österreicher und Schweizer Alpen entlangzufahren.

Im Anflug auf den Verkehrslandeplatz wird einem der geographische Makrostandort von Mengen klar, wie sich das Donautal nach dem Albdurchbruch endgültig weitete und das Ablachtal von Südwesten her einmündet. Dass das Ablachtal flussauf eine gute verkehrsgeographische Verbindung zum Bodensee und zum Hochrhein bietet, leuchtet ein. Man nimmt noch die Schuttkegel wahr, die die Bäche der Nebentäler in alluvialer Erdzeit an die Ränder des Ablachtales spülten und auf denen die Alamannen bevorzugt siedelten. Aus dem Flugzeug erkennt man als geographischen Mikrostandort der rechteckigen Altstadt den Schuttkegel des Schwefelbaches zwischen der Ablach und ihrem südlichen Talrand. Er liegt am Fuße des Missionsberges, dem heutigen grünen »Hausberg« der Stadt. Die Stadtanlage erscheint in ihrer südwest-nordöstlichen Ausrichtung der Talgeometrie gut angepasst.

## 3. Invasionen: römische Kolonisation und Fahrradtourismus

Der Standort der Stadt an der Ablach ist durch eine alte Wegeverbindung bestimmt, auf der schon die Römer flussabwärts im Rahmen ihrer geopolitischen Raumordnung (Alpenfeldzug) vorstießen. Mit ihrer militärischen Operation schufen sie Fakten der Raumplanung nach militärgeographischen und militärtopographischen Gesichtspunkten, die auch gegenwärtig die Ortsanlage bestimmen. Sie kamen, sahen und siegten: Vom Ennetacher Berg, dem dreieckig zulaufenden Geländesporn eines langgestreckten Höhenzuges gegenüber der heutigen Stadt Mengen, ließ sich – durch steile Hänge 50 m beidseitig über Donau- und Ablachtal erhoben – der Talübergang beherrschen! Die Römer errichteten dort ein dem Gelände angepasstes und deshalb ungewöhnlich dreieckförmiges Invasionskastell, das sie anscheinend zwischen den Jahren 35/40 bis 70/75 n. Chr. zur Kontrolle des südlichen Donauweges mit einer teilweise berittenen Truppe (Vexillation) belegten, bis sie die Grenze der »Befriedung« dieses Gebietes auf die Linie des Alb-Donau-Limes nach Norden verschieben konnten. Die relativ wohlhabende römische Besatzung verlangte nach entsprechenden Versorgungsgütern, so dass Händler, Bauern und Handwerker neben dem Kastell ein rö-

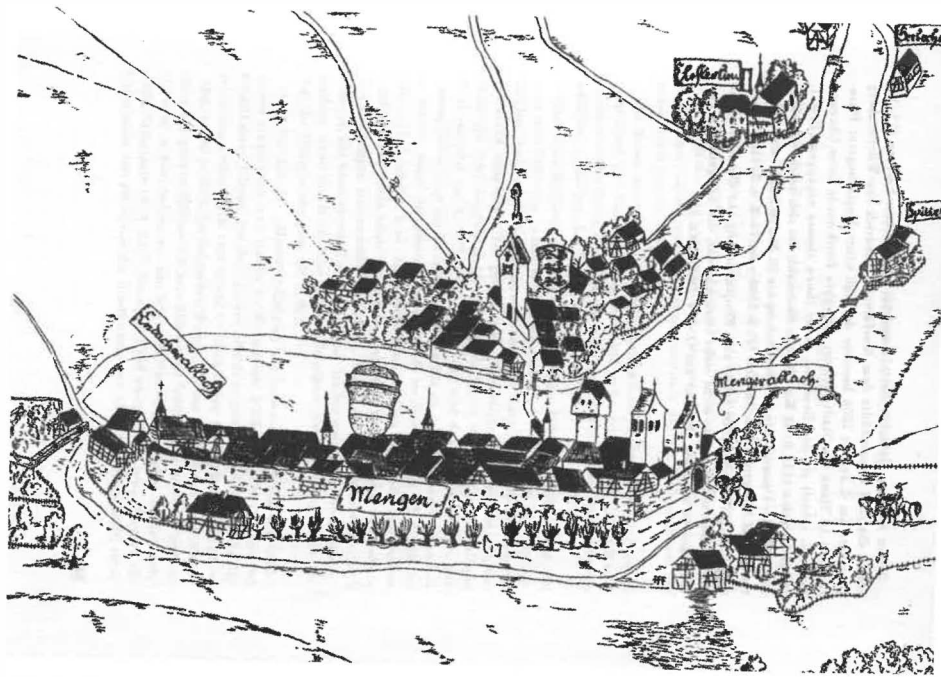


Abb. 2: Älteste Stadtansicht von Südosten auf Mengen-Ennetach, aus der Riedlinger Landkarte anlässlich eines Streites um die Gerichtsbarkeitsgrenzen 1589 (Umzeichnung von D. Bicheler nach Ph. Reulin); Mengener Weichbild von Osten nach Westen: unterer Torturm, Turm der Martinskirche, Wehrturm „Wendelstein“, Türmchen des Scheermer Tores, ehemaliger gotischer Dachreiter der Liebfrauenkirche(?), Glockentürmchen des Spitals (heute Rathausstandort) sowie das Glockentürmchen des Wilhelmiterklosters.

misches Straßendorf, den Vicus Ennetach errichteten, der dann für 250 Jahre von römischem Leben geprägt wurde.

Das Römerkastell erforschen seit 1997 die Wissenschaftler der Archäologischen Denkmalpflege Tübingen des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg unter Leitung von Prof. Dr. H. Reim. Seit dem frühen 19. Jahrhundert vermuteten Fachleute und Heimatforscher es bei Ennetach als Glied in der Kette des claudischen Donau-Limes zwischen Rißtissen und Tuttlingen. Die Wissenschaftler halten den Befund eines der frühesten Invasionskastelle, zumal für römische Planungsprinzipien von absolut ungewöhnlicher Form, für so bedeutend, dass die Stadt Mengen für 3,5 Mio. DM bis zum Sommer des Jahres 2001 ein archäologisches Museum errichtet – mit wesentlicher Hilfe des »Entwicklungsprogrammes Ländlicher Raum« (ELR) des Landes Baden-Württemberg, des Tourismus-Förderprogrammes »LEADER II« der Europäischen Union sowie des Landkreises Sigmaringen. Zu diesem Zwecke baut das Architekturbüro LGs aus Mengen mitten in Ennetach eine Brauerei-Scheuer aus den 20er

Jahren so um und erweitert diese zu einem Römermuseum, dass der Mengener Teilort nicht nur einen geklärten städtebaulichen Mittelpunkt erhält, sondern auch die räumliche Situation im Hinblick auf die Aussage des Museums leicht verständlich inszeniert werden kann, da das Gebäude auf den Sporn des grünen Kastell-Berges achsial ausgerichtet ist.

Zweck des Museums ist es, zu erzählen, warum die Römer kamen, wie Ennetach entstand, wie sich die keltische Bevölkerung mit den Invasoren arrangierte, wie die Römer mit ihren zivilisatorischen Leistungen das Leben der Menschen in der Raumschaft veränderten und in welche neuen übergeordneten Bezüge sie es stellten. Damit gelingt es der Stadt Mengen erstmals, eine Einrichtung von überregionaler Bedeutung zu erhalten. Die Lokalgeschichte wird durch das Museum zum ortsprägenden Element. Ein »Altertumsverein«, wie er am Ende des 19. Jahrhunderts die museale Tradition in Mengen begründete und bis zum Zweiten Weltkrieg bestand, steht kurz vor der Neugründung, um als Träger das Museum zu betreiben.

Die historische Perspektive auf die blitzartige Entstehung des Ortes führt wie eine Abkürzung durch die Längen der Jahrhunderte unmittelbar zu seinem Ursprung zurück. Bemerkenswert ist, dass die römische Besiedlung in Ennetach überhaupt nicht unbekannt war, da jeder »Häuslebauer« seit eh und je »seinen« römischen Befund (Mauern, Gewölbereste, usw.) sozusagen im Keller hat und entsprechende Einzel-funde, geredet wird über vollständige Amphoren und Schwerter, im Wohnzimmer-schrank. Aus diesem Grunde werden Rohbauten in dem betroffenen Bereich traditionell sehr zügig errichtet. Aus denkmalrechtlichen Gründen wurde darüber immer nur hinter vorgehaltener Hand geredet, so dass die Römer in Ennetach immer ein geheimnisvolles Thema darstellten. Dies macht es heute noch sehr schwer, dass die Leute die eingesammelten Fundstücke den Wissenschaftlern zugänglich machen, obwohl diese zusichern, dass eine Ordnungswidrigkeit längst verjährt ist. Die Fundlage auf dem Kastell-Berg ist mager aufgrund der Bodenerosion von einem Meter in zweitausend Jahren und aufgrund der kurzen historischen Bestandsdauer der Anlage im Vergleich zum Vicus. Deshalb besteht die Gefahr, dass das Museum weniger attraktive Befunde präsentieren kann als seine »privaten« Konkurrenten im Dorf, weshalb die Archäologen auf wesentliche Leihgaben aus der Bevölkerung hoffen.

Die Pforten des Museums öffnen sich glücklicherweise direkt auf die alte römische Ortsstraße, die als Teil des Donauradwanderweges jährlich von ca. 50.000 Fahrradurlauber befahren wird. Diese wollen als natürliche Hauptzielgruppe aller potentiellen Museumsbesucher von den Sätteln geholt und zum Museumsbesuch verführt werden. Keine einfache Sache, da Radreisende sich nicht gerne aufhalten lassen. Das Museumskonzept wird von der Stadt Mengen gemeinsam mit dem Württembergischen Landesmuseum Stuttgart und den Archäologen des Landesdenkmalamtes erarbeitet. Es wendet sich speziell an diese Besuchergruppe, indem das Museum als römische Straßenstation eingerichtet wird, die zur Rast einlädt. Damit wird das authentische

historische Thema des Ortes – die Straßenstation am Fuße des Kastells zur Kontrolle der Römerstraße als zentraler Ausschnitt des römischen Lebens vor Ort – mit dem praktischen Bedürfnis der schwitzenden Besucher zum Thema des Museums verbunden. Neben Themeninseln mit akustischem Besucherinformationssystem wird die Hauptattraktion des Museums eine Videoinstallation zur Antike im Film sein: eine Abfolge thematisch geordneter und ästhetisch behandelter Szenen aus älteren Hollywood-Sandalenfilmen, in welcher der Besucher spielerisch die Konstruktion von Geschichte erkennen kann. Insoweit wird »römisches Leben« das Ortsgeschehen des wichtigsten Teilortes Ennetach neu prägen. Der Gründungsmythos der Kernstadt Mengen hingegen liegt im Mittelalter.

#### 4. Die alte vorderösterreichische Identität: Stadtrecht aus Habsburgs Hand

Auf das Jahr 2001 freuen sich die Mengener, da sie diesmal anlässlich der alle vier Jahre zelebrierten Heimat-Tage endlich 725-jähriges Stadtrechtsjubiläum feiern können, um an den durch Habsburg verbrieften Beginn der städtischen Tradition zu erinnern. Selbst der flüchtigste Betrachter erinnert sich an die Altstadt Mengens: »Mengen? Das ist doch die kleine Stadt mit den vielen hübschen Fachwerkhäusern – da bin ich, glaub' ich, schon mal durchgefahren«, ist oft zu hören. Womit er zweierlei bemerkt hat: Erstens, dass die Altstadt eine materielle und strukturelle Quelle des Mittelalters ist und zweitens, dass diese Altstadt als bauliche Fassung einer vorhandenen Fernstraße eingerichtet wurde.

Erst König Rudolf II. von Habsburg unterzeichnet am 16. Februar 1276 die Urkunde, mit der er Mengen zur Stadt nach Freiburger Recht erhebt, was zeigt, dass die Mächtigen bis dato Interesse an ihrer Funktion, aber nicht an ihrer Unabhängigkeit hatten; jedenfalls sind keine früheren schriftlichen Quellen bekannt, die den Gründungsvorgang der Stadt eher bezeugen. Da aber ist die Stadt schon »neu gebaut«, wie es in einer Tauschurkunde kurze Zeit später am 15. Dezember 1276 zwischen dem Stadtherren, dem Königssohn Albert Graf von Kiburg (Albrecht I.) und dem Kloster Beuron heißt. Stadtherr Albrecht verhandelte hier, um alle Flächen und Güter des Klosters Beuron, die »infra vallum... sui oppidi Mängen de novo constructi«, d.h. innerhalb einer Wallbefestigung – möglicherweise noch ohne Mauer (murum) – seiner neugebauten Stadt Mengen lagen, in seinen Besitz zu bekommen, damit er die verschiedenen Besitz- und somit Rechtstitel innerhalb der Stadt in seiner Hand vereinen konnte.

Die urkundliche Beschreibung der Stadt weist darauf hin, dass ihre Binnengliederung und Befestigung zu diesem Zeitpunkt faktisch abgeschlossen gewesen sein muss und so die Habsburger als Erbauer der Stadt nicht in Frage kommen: Die Beschreibung »constructi« kann im Zusammenhang mit der eindeutig baulichen Sache »vallum« nur bautechnisch gemeint sein; eine Nebenbedeutung des Wortes hinsichtlich

der rechtlichen Neu-Konstituierung der Stadt durch die offizielle Stadtrechtsverleihung ein knappes Jahr vorher ist damit unwahrscheinlich.

Rudolf von Habsburg war im Jahre 1273 zum deutschen König gewählt worden. Bevor die Habsburger die Stadt bis spätestens zum Jahre 1274 in Besitz nahmen, war Mengen »als Reichsgut eine freie Stadt« (W. Bleicher); als Frei-Mengen bezeichnet sie eine Urkunde des Jahres 1257. Die Stadt nahm insofern eine Sonderstellung ein, da sie nicht wie andere Städte des Reiches – sogenannte »freie Reichsstädte« mit Sitz und Stimme im Reichstag – nur dem Reich und damit dem König verpflichtet war, sondern auch Adelsgeschlechter und Klöster in ihr unabhängigen Allodial-Besitz hatten, d.h. dem Lehensträger persönlich gehörenden Grund und Boden – »Freigut«.

Diese Rechtsstruktur der Stadt hatte sich während des Investiturstreites (1075–1122) herausgebildet, da seit Ende des 11. Jahrhunderts Anhänger des päpstlichen Gegenkönigs das Reich zu schwächen versuchten, indem sie Reichsgut durch Schenkung an Klöster dem Reich entzogen. So schenkte im Jahr 1094 der Freie Äzelin dem Kloster St. Georgen im Schwarzwald, das der Vogt Bertholds von Zähringen verwaltete, einen Hof »in villa Maengen« – womit für uns Mengen erstmalig in einer Originalurkunde nicht nur namentlich genannt, sondern auch als Ortstyp »villa« klassifiziert ist.

Da Rudolf von Habsburg die Rückgabe von Reichsgut des zerfallenen staufischen Herzogtums Schwaben angeordnet hatte, erhielt er Mengen aufgrund erbrechtlicher Ansprüche auf bestimmte Bereiche der Stadt. Die Habsburger verfolgten als »Neulinge« im Reich das Ziel, sich eine Hausmacht aufzubauen. Da kam ihnen Mengen als ehemaliges staufisches oppidum, oder möglicherweise doch schon civitas an der »via regia«, der Perlenschnur befestigter Städte von Konstanz bis Ulm mit Abstand je einer knappen Tagesreise gelegen, gerade recht.

»Alles spricht dafür, dass Freimengen mit seiner großzügigen Marktanlage schon von den Staufern gegründet, und vieles dafür, dass es von denselben auch mit städtischen Rechten begabt worden war. Mehrere Urkunden aus dem Jahre 1276 zeigen, wie vorsichtig und diplomatisch die Habsburger von der Stadt Besitz ergriffen«, kommentiert Walter Bleicher diesen Vorgang. Der erste Habsburgerkaiser wollte nicht mehr die Reichsmacht, sondern seine Hausmacht stärken. Deshalb setzte er dem Mengener Rat, der zunächst keinen Bürgermeister wählen durfte, einen Ammann vor.

Nach dem Sieg auf dem Marchfeld im Jahre 1280 interessieren sich die Habsburger mehr für das dadurch hinzugewonnene Österreich. Sie bemühen sich nicht länger erfolglos, das Herzogtums Schwaben wiederherzustellen und folgen ihrem geschäftlichen Interesse, indem sie Mengen nicht als Lehen an einen Vasallen geben, sondern zur Pacht im Jahre 1384 endgültig verpfänden. Davon kann sich die Stadt erst im Jahre 1680 freikaufen, um direkt wieder zu Habsburg zu gehören. Sie erhofft sich von dieser lange gewünschten Rückkehr städtische Freiheiten wie im Mittelalter, gerät aber an eine inzwischen absolutistische Monarchie. Immerhin kann sich die Stadt da-

mit vom protestantisch-pietistischen Württemberg abgrenzen. Vorderösterreichisch bleibt Mengen, bis Napoleon im Jahre 1806 die europäischen Territorien neu ordnet, womit die fünf vorderösterreichischen Donaustädte Riedlingen, Bad Saulgau, Munderkingen, Bad Waldsee und Mengen an das Königreich Württemberg fallen.

Das Selbstverständnis der Mengener ist durch die Jahrhunderte währende Pfandschaft sensibilisiert; fragt sie einer: »Sind Sie von Mengen?«, geben sie misstrauisch zurück: »Warum?«.

### 5. Historisch-städtebauliche Grundlagen der Altstadt: alamannische und staufische Stadtentwicklung

Welche historischen Ursachen prägten das städtebauliche Erscheinungsbild der Stadt? Auf älteren Stadtansichten stellt sich der Stadtkörper bis in das 19. Jahrhundert als eine mächtige Wasserburg dar. Es gibt leider keine historischen Quellen, die näher berichten, wie sie entstanden ist. Die Habsburger setzten in Mengen vorübergehend einen Vogt ein, der ihre Vorlande um den Bussen zu verwalten hatte; aber nichts weist darauf hin, dass sie den vorhandenen Stadtkörper wesentlich verändert hätten, bis sie die Stadt endgültig an die Truchsess von Waldburg im Jahre 1384 verpfändeten.

Schon viel früher war Mengen Schauplatz eines bedeutenden Ereignisses: Kaiser Friedrich I. Barbarossa, ein nicht nur als Diplomat, sondern schon von der Erscheinung her bemerkenswerter Mann von damals 45 Jahren, hat auf dem Höhepunkt seiner fast vier Jahrzehnte währenden Herrschaft am 15. Mai 1170 in Mengen Hoftag gehalten und geurkundet. Für Barbarossas Italienpolitik war die Königsstraße zwischen Ulm und Konstanz (Würzburg-Basel) wichtig. Mit der in Mengen ausgestellten Kaiserurkunde lässt Barbarossa den Besitz der Vogtei Chur an seinen Sohn Friedrich übergehen. Zeugen der Beurkundung sind eine Unzahl Hochadeliger der Region, darunter viele Verwandte Barbarossas; nur deren Anwesenheit macht den im Interesse des Kaisers vollzogenen Rechtsakt sicher.

Dies zeigt, dass der Kaiser seine Reise-Herrschaft nur dann effektiv ausüben kann, wenn er sie einheitlich organisiert: um unterwegs kurzfristig handlungsfähig zu sein, muss er auf den Königsstraßen auch im Abstand weniger Tagesreisen planmäßig an befestigten Plätzen residieren können. Dies legt den Ausbau Mengens als staufisches Projekt im Zeitraum von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis zum Beginn des Interregnums im Jahre 1256 nahe.

An welchem repräsentativen und gesicherten Platz in der damals keinesfalls schon vollständig ausgebauten und befestigten Stadt könnte Friedrich im Jahre 1170 seinen Hoftag abgehalten haben? Seit unvordenklichen Zeiten heißt der Platz in der Nordwestecke der Altstadt neben dem Liebfrauenkirchhof »Auf dem Hof«, ein ungeteilter, leicht trapezförmiger und für Altstadtverhältnisse großer Freiraum. Die ihn erschließende westlichste Stichstraße der Altstadt, die von der Hauptstraße abzweigt,



Abb. 3:  
Rekonstruierter  
Grundriss der  
älteren Stadtstruktur  
um 1600  
(Entwurf: J. Mihm,  
1998), zeigt die nur  
durch Nachverdichtungen veränderte  
Struktur des  
13. Jahrhunderts.

heißt »Hofstraße«. Hier kann ein in den Siedlungskörper integrierter fränkischer Reichshof mit königlicher Pfalanlage vermutet werden.

Viele heimatliebende Mengener wünschen, die Stadt einem Gründergeschlecht zuzuordnen zu können. Wenn man den heutigen Grundrisstypus (Straßenkreuz) oberflächlich betrachtet, meint man, eine Zähringer-Stadt vor sich zu haben. Der Autor rekonstruierte und vermaß das ältere Grundrissgefüge, wobei eine Ein-Straßen-Markt-Anlage erkennbar wurde, deren Areal-, d.h. Parzellengliederung auf der Grundlage des mittelalterlichen Fußmaßes duodezimal bemessen ist; d.h. bei 1 Fuß = 0,293 m erfolgt die Gliederung in Schritten von 24, 36, 42, 48, 54, 60 und 72 Fuß, wie es Nitz in seiner Untersuchung über Stadtgründungen als typisch staufisch im Unterschied zu den dezimal gliedernden Zähringern nachweist. Dieser signifikante metrologische Befund spricht für die Stauer als Mengens Stadtgründer im eigentlichen Sinne.

Was haben die Stauer vorgefunden? Um die Martinskirche, die als Eigenkirche einer Hofhaltung dem wichtigsten fränkischen Schutzheiligen geweiht worden war, hatten Alamannen eine Haufensiedlung gebaut, die um königliche und adelige Hofanlagen so erweitert worden war, dass das rekonstruierte Grundrissbild der Stadt in diesem Bereich vier in sich ungeordnete Siedlungskörper zeigt, die durch parallele, von der Hauptstraße tief in den Siedlungskörper in Richtung Ablach hineinführende schmale Stichstraßen (Hofstraße, Pfarrstraße, Mittlere Straße, Martinstraße) gegliedert und erschlossen werden.



Abb. 4: Marktplatz und Rathaus (mit Balkon) 1901; Blick durch die Hauptstraße nach Westen in die Oberstadt; im sehr einheitlich wirkenden Straßenraum der geteilte, in flachen Mulden durch die Stadt fließende Steckbach.

Die Stauer haben den vorhandenen Siedlungskörper folgendermaßen gegliedert, ausgebaut und befestigt: Nach Süden erweiterten sie die vorhandene Stadtanlage bis zum Anstieg des Geländes am Missionsberg um einen schmalen Bereich, den sie im Gegensatz zum gewachsenen Haufengefüge der vorhandenen Siedlung in gleichmäßige Parzellen gliederten und stadtplanerisch leiterförmig strukturierten. Zwischen altem und neuem Teil führten sie die vorhandene Fernstraße als Hauptstraße mit kommunikativ S-förmigem Schwung und einheitlich parzellierten Rändern längs durch den Siedlungskörper.

Ihre Vermessungstrupps gliederten beide Seiten der Hauptstraße durchgängig duodezimal. Die Vermesser verwendeten dabei am häufigsten das Parzellenmaß von 42 Fuß (12,31 m) und zwar bei 24 von 56 Parzellen entlang der Hauptstraße. 42 Fuß sind der kleinste gemeinsame Nenner für ein nicht zu großes ganzes oder zwei nicht zu kleine halbe Häuser mit noch heute üblichen Reihenhausmaßen. Sowohl die nördliche als auch die südliche Parzellenreihe dieser konstituierenden Stadtachse geben in der Summe 1.254 Fuß, das sind 209 halbe Ruten (je 6 Fuß), also 368 m. Das Quermaß der Stadt rechtwinklig dazu längs der Mittleren Straße misst 70 Ruten (246m), das sind genau  $\frac{2}{3}$  des Maßes der Stadtachse. Der neuere Altstadtteil südlich der Hauptstraße wurde ebenfalls durchgängig in Areae gegliedert, nördlich der Hauptstraße signifikant nur die Trasse der Mittleren Straße und am Ende von ihr abzwei-

gend die nördliche Parzellenreihe der Wasserstraße. Bereiche, die diese Eingriffe zugelassen haben müssen. Zur Anlage eines Marktplatzes weiteten die Stadtherren den mittleren Abschnitt der Hauptstraße vor dem Spital (heute Rathaus) linsenförmig auf.

Beide Teile, alt und neu, befestigten sie durch eine Stadtmauer mit Wehrgang, Zwingermauer und Doppelgraben zu einem leicht unregelmäßigen Rechteck mit den genannten Abmessungen von 368 auf 246 Metern. Die Stadt konnte sich nur in geringer Tiefe gegen den Hang entwickeln, da das Wasser der Ablach, die selbst den nördlichen Stadtgraben bildet, um die Stadt herumgeführt werden musste. Die Gräben schnitten somit hangauf am tiefsten ein, wo sie sich deshalb auch am längsten erhalten hatten; im Bereich der »Fuchset«, dem Wehrhaus der südöstlichen Stadtmauerecke, wurde auf ihren Hängen bis ins 20. Jahrhundert im Winter gerodelt.

#### 6. Brand und Wiederaufbau im Klassizismus als Ursprung neuzzeitlicher Stadtentwicklung

Während 600 Jahren, bis Mitte des 19. Jahrhunderts, blieb die Stadt als Landstädtchen des Oberamtsbezirks Saulgau im Windschatten der allgemeinen Entwicklung liegen. Zwischen 1790 und 1805 wohnten in Mengen durchschnittlich 1.700 Menschen. Erst infolge des großen Stadtbrandes von 1819 erweiterten die geschädigten Bürger den Stadtkörper vor dem Unterstadttor durch Ersatzbauten entlang der Hauptstraße in Richtung Donautal. Der Brand wütete hauptsächlich im älteren Teil nördlich der Hauptstraße und vernichtete knapp ein Drittel der Bausubstanz der alten Stadt.

Die junge königlich-württembergische Landvermessung erstellte eilig ein Brandkataster sowie einen Wiederaufbauplan, der als Urkarte der Flurkartierung schon im Jahre 1821 erscheinen konnte: durch Anlage eines neuen, mitten in den Altstadtkörper geradlinig eingeschnittenen Straßenzuges (Charlottenstraße – Neue Straße) konnte Ordnung in das Chaos der Überfahrtsrechte von Flurstück zu Flurstück gebracht werden. Eine Lösung für Probleme, die auf dem Dorf, z. B. in Beuren, heute noch die Entwicklungen hemmen. Andere Straßen wurden durch Rückversatz der Baufluchten verbreitert (Mittlere Straße, nördliche Seite der Hauptstraße). Die wenige Jahre zuvor eingerichtete Württembergische Gebäudebrandversicherung zahlte den Aufbau der abgebrannten und dann neu gegliederten Stadträume in ländlich-klassizistischem Gepräge, d. h. zweigeschossig – traufständig.

Die weitere Entwicklung der Stadt vollzogen die Mengener im 19. und 20. Jahrhundert in gegenseitig bedingenden, dialektischen Schritten nach drei städtebaulichen Entwicklungsprinzipien: dem zirkularsymmetrischen, dem radialsymmetrischen und dem bandartigen Prinzip. Ausgehend von der kompakten Stadt, der Altstadt, in der durch die historische Ein-Straßen-Markt-Anlage das Entwicklungsprinzip des Bandes angelegt war, erweiterten die Bürger ihre Stadt Mengen nach dem Stadtbrand 1819

und verstärkt nach dem Bau des Bahnhofes mit einem Geschäfts- und Gewerbeband entlang der östlichen Hauptstraße bis zum Bahnhof. Zeitgleich begriffen sie die kompakte Altstadt als Kern und bauten nach dem Zwiebelschalenprinzip im Süden zirkulärsymmetrisch Wohnbereiche an: Lindenstraße / Olgastraße / Zeppelinstraße.

Der Missionsberg leitete den nächsten Bauschub nach dem Zweiten Weltkrieg in ein radialsymmetrisch auf den Altstadtkern bezogenes Wachstum um, so dass die Straßenfolgen Reiserstraße-Beizkoflerstraße-Bremer Straße auf der einen (östlichen) und Granheimer Straße-Schwärzentälweg auf der anderen (westlichen) Seite zwei Siedlungsstrahlen in die Landschaft führen. Gleichzeitig wurden Gewerbeflächen linear entlang des Bandes B 32/311 angelegt.

Stadtverwaltung und Gemeinderat haben erkannt, dass langfristig bauliche Erweiterungen der radialen Siedlungsarme wie eine Halskrause um den Missionsberg gelegt werden müssen. Dadurch erhält die Stadt insgesamt wieder eine zirkulärsymmetrische Figur mit einem Landschaftsschutzgebiet als grüne Mitte. Danach müssten weitere Vergrößerungen künftig vom Siedlungsrand wieder als Arme hinausgeführt werden. Das tangential Siedlungsband entlang der B 32/311 ergänzt die Ringfigur um den Missionsberg. Der Sprung von der einen in die andere Entwicklungsgestalt, der jeweilige Wechsel in der spezifischen Entwicklungsstruktur, ist bei der geringen Gesamtgröße Mengens nur geographisch oder verkehrsgeographisch, nicht siedlungsstrukturell bedingt.

Bei den Erweiterungen der Wohnbauflächen hat das Stadtbauamt immer darauf geachtet, Geschosswohnungsbau mit Einzelhaustypologien zu mischen; ein aktuelles Funktionsproblem der »Sozialen Stadt«! Mengen hat deshalb und auch wegen fehlender flächenintensiver Verwaltungs- und Industriestandorte im Vergleich mit den umgebenden Städten eine sehr gute Ausnutzung seiner Siedlungsfläche mit 201 EW/km<sup>2</sup>. Aufgrund der Marktlage ist gegenwärtig Geschosswohnungsbau nur noch im Altstadtbereich realisierbar. In den Neubaugebieten schaffen die Planer mittels städtebaulich wirksamen Einzelhaustypologien, z. B. zweigeschossige Hausreihen, räumliche Identität und Dichte. In der Reihenhaussiedlung »Grünes Zimmer« – 37 Häuser werden durch das Reihenhausprogramm des Landes Baden-Württemberg gefördert – konnte Architekt M. Hennig, Nürnberg, die Hausgruppen an freiraumwirksamen Lagen entweder zum freien Feld, oder zum innenliegenden Grünraum orientieren, um die flächensparenden Wohntypologien gegenüber Einzelhäusern gleichzustellen. Dadurch wird Freiraumqualität innerhalb des Baugebietes gleichwertig verteilt, bzw. das dichtere Wohnen eher privilegiert. Mit dem Konzept des »Urbanen Einfamilienhauses« möchte das Stadtbauamt junge Familien in Innenstadtlagen halten. Wegen geringer Grundstücksgrößen von etwas über 300 qm schaffen Zweigeschossigkeit und eine durchgehende städtebauliche und architektonische Gestaltung einerseits den von den Nutzern gewünschten großzügigen Freiraumbezug und berücksichtigen andererseits damit die städtebaulichen Anforderungen an den Ort.

Mit dem Ausbau der Stadt im 12./13. und den ersten Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert wurden bis heute tragfähige städtebauliche Strukturen geschaffen, auf deren Grundlage die Stadt im Rahmen der Stadtsanierung im Sinne einer auflockern- den Weiterentwicklung charakteristischer Stadträume weitergebaut werden kann und durch deren Ausprägung sie sich deutlich von anderen Altstädten unterscheiden kann. Hierin liegt die Zukunftschance für die Innenstadt.

### 7. »Organisches« Wachstum: Verkehrsentwicklung und Stadterweiterung im 19. und 20. Jahrhundert

Entscheidende Impulse der industriellen und baulichen Entwicklung brachte auch in Mengen, dass für die Eisenbahn 1869 die Station der Donautalbahn 600 Meter östlich der Altstadt eröffnete. Die Stadtväter erkannten schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Notwendigkeit, neue Anlagen und Einrichtungen städtebaulich anzubinden: sie lockten die Reichspost mit einem kostenlos übereigneten Grundstück des ersten außerstädtischen Friedhofs vom ursprünglich vorgesehenen Standort am Bahnhof weg näher an die Stadt. Mit Post und Bahn war die künftige Stadtentwicklung auf den Raum östlich der Altstadt bis heute als einseitige Hauptentwicklungsrichtung festgelegt. Zwangsläufig schoben sich die Mehrfamilien- und Einfamilienhausteppiche der Nachkriegszeit im Anschluss daran südöstlich um den Missionsberg. Westlich der Altstadt wurde deshalb nicht weiter gebaut, so dass man den Eindruck hat, die Stadt zu verlassen, wenn man durch das Obertor tritt. Die dann direkt vor einem liegende Fläche wird in der Diskussion über die aktuelle Ansiedlung großflächigen Einzelhandels eine Rolle spielen.

Am Eisenbahnknotenpunkt Mengen kann man von der Donautalbahn Freiburg-Ulm auf die Bahnlinie Tübingen–Aulendorf umsteigen, um zum Bodensee und ins Allgäu zu gelangen. Mit dem Auto kreuzt man auf der Bundesstraße 32 von Hechingen bis Wangen (Allgäu) die Bundesstraße 31/311 von Freiburg über Donaueschingen, Tuttlingen (Schwarzwald) bis Ulm. Die Landesplaner definieren diese Straßen als die Rückgrate der beiden Landesentwicklungsachsen, in deren Schnittpunkt Mengen liegt. An dieser ländlichen Knotenbildung »erster Stufe« lässt sich die Wahrnehmung von Standortvorteilen durch die Stadt in nuce ablesen, worüber im Abschnitt über die aktuelle Handelsentwicklung noch zu sprechen sein wird. Allerdings liegt die Altstadt mit ihrem historisch-symbolischen Erbe dadurch nicht mehr im geometrisch-strukturellen Schwerpunkt, sondern in Randlage des heutigen Kernstadtkörpers.

Eine weitere verkehrsgeografische Besonderheit der Stadt ist ihre Lage inmitten eines Autobahnloches. Erst nach mindestens einer Stunde Fahrt erreicht man einen Autobahnanschluss um Mengen! Dieses südwestdeutsche Autobahn-Bermudadreieck ist so groß, dass es vom europäischen Fernlastverkehr nicht umschifft wird. Dieser sucht sich die Verbindung von Südwest- nach Nordosteuropa ab Autobahnausfahrt Frei-



Abb. 5: Luftbild Mengen. Schrägansicht von Südwesten (1995); im Vordergrund die Altstadt, rechts davon die Stadterweiterung des frühen 20. Jahrhunderts, rechts im Hintergrund die Erweiterungen nach dem Zweiten Weltkrieg.

burg bis Autobahnauffahrt Ulm und retour via B 311 durch das Nadelöhr der Mengener Altstadt. Dies bringt für die Bewohner der westlichen Oberstadt mit ihren engen, original mittelalterlichen Raumkanten der Hauptstraße im Zusammenhang mit der geschilderten exzentrischen Lage des Altstadtkörpers enorme städtebauliche Probleme: Obwohl die Oberstadt im zweiten förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet der Stadt liegt, stehen in diesem Gebiet inzwischen viele Häuser leer oder sind der »Entwöhnung« durch ausländische Mitbürger oder Asylanten überlassen. Aufgrund der sozialen und städtebaulichen Missstände hat die Stadt Häuser und Hausteile erworben, um besitzrechtliche Handlungsfreiheit bei der Sanierung zu bekommen, die in diesem Bereich aber nur schleppend voran kommt.

Die Stadt hat bis Anfang der 90er Jahre gegen die Front der Einzelhändler nicht gewagt, den Fernverkehr umzuleiten, auch weil das Land seit über 20 Jahren plant, die Bundesstraße zu verlegen. Aber erst im Jahre 1998 hat das Bundesverkehrsministerium die Linienführung für die neue B 311 als Nord-Trasse zwischen Meßkirch und Mengen endgültig bestimmt. Sie wird allerdings in absehbarer Zeit nicht gebaut werden, da der Bund nur noch wenig Geld für den Bundesstraßenbau ausgibt. Somit beriet der von 1984 bis 2000 amtierende Bürgermeister Herbert Fuss seinen Gemeinderat im Jahre 1993 klug, eine eigene, eng am Ortskern geführte Kernstadtentlastungs-

straße (KSE) zu planen, die zu 80% aus der Schatulle des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) bezahlt werden kann. Mit dem Bau wurde im Herbst 1999 begonnen. Durch diese Straße ändern nicht nur die Flächen entlang der neuen Trasse ihr Nutzungspotential grundlegend, sondern auch entlang der bisherigen Trasse durch die Altstadt. Die Möglichkeit damit den Innenstadt-MIV auf den Ziel- und Quellverkehr zu reduzieren, öffnet ungeahnte Spielräume, die innerstädtische Hauptstraße als monumentale stadträumliche Großform des Altstadtkörpers neu zu gestalten und zu beleben: man denkt über Fußgängerzone, einbahnige Durchfahrung und quartierübergreifende Verkehrsberuhigung mit Kurzzeitparken als Szenarien nach. Eine Fußgängerzone in der Hauptstraße, von den Planern als halbvolleres Glas des ungefährdeten Verweilens begrüßt, wird von den Einzelhändlern als halbleeres Glas der unbequemen Erreichbarkeit abgelehnt. Bei der Umgestaltung müssen Fußgänger und Radfahrer sowie die Warenpräsentation im Straßenraum – bisher in Mengen durch parkende und fahrende Autos marginalisiert – angemessen Platz erhalten! Das Angebot von dann noch möglichen Stellflächen muss der Gemeinderat klug mit der Belastung durch den damit hervorgerufenen Parkplatzsuchverkehr im Rahmen einer allgemeinen Verkehrsberuhigung der Altstadt abwägen. Insgesamt muss der Aufenthalt der Menschen zwischen Auto- und Ladentür lustvoll maximiert werden: durch Außengastronomie, Akzentbegrünung und Reaktivierung des Stadtbaches.

Hinterm Lenkrad auf der neuen Entlastungsstraße, die auf halber Strecke über aufgegebene Bahngleise geführt werden kann, wird man ehemalige Hinterhöfe und Gewerbebrachen als neue Schauplätze der Stadt erleben. Dabei handelt es sich um eine 570 Meter lange und 40 – 130 Meter tiefe Zone von ca. vier Hektar Fläche, die als Gewerbebrache für eine zusammenhängende Konversion, z. B. in ein Sondergebiet »Einzelhandel«, geeignet wäre. Diese Flächen sind optimal durch den mittleren Anschlusskreis der KSE über die Alte Straße sowie durch den östlichen Kreis über die Hauptstraße angebunden: einerseits an den überörtlichen Verkehr und andererseits an die Altstadt. Den anschließenden Mischflächenaltbestand entlang der alten Straße mit hohem Funktionsdefizit muss die Stadt kontinuierlich bis in geplante Sanierungsgebiete am Rand der Altstadt städtebaulich mitentwickeln.

#### 8. Großmarktphantasien: Handelsentwicklung und Stadtreparatur

Durch diese Änderungen der Infrastruktur kann die Stadt den Schwerpunkt ihres Stadtkörpers funktional neu definieren. Die Altstadt muss langfristig durch städtebaulich richtige Standortentscheidungen besonders der Wohnbaulandentwicklung wieder so gleichmäßig umgreifend mit einer baulichen Peripherie vernetzt werden, dass Schief lagen der Entwicklung, die zur strukturellen Benachteiligungen der oberen Altstadt geführt haben, beseitigt werden.

Der Gemeinderat hat bisher keine Entscheidungen über Standorte für den großflächigen Einzelhandel getroffen, die diesem Ziel zuwider laufen. Die Innenstadt Mengens (Altstadt und erweiterte Geschäftslagen entlang der östlichen Hauptstraße bis zum Bahnhof) hat zwar ein traditionelles Einzelhandelsgefüge mit vielseitiger, mittelständisch geprägter Gewerbestruktur, die insgesamt knapp 20.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche bietet. Aber heute konkurrenzfähige und somit großflächige neue Einzelhandelsformen lassen sich darin besonders wegen ihres ebenerdigen Stellplatzbedarfes nicht integrieren. Den Startschuss gab 1997/98 die Firma Globus mit der raumordnerischen Vorprüfung eines SB-Warenhauses mit 6.500 m<sup>2</sup>, 1.000 m<sup>2</sup> »Shop-Zone« und 6.000 m<sup>2</sup> Baumarkt, insgesamt ca. 13.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. Vorgesehen war natürlich das Gewann »Grüne Wiese« direkt hinter der im Donautal an der Stadt vorbeiführenden Bundesstraße 32, die mit ihrer Unterführung, dem »Mengener Loch«, die schon 1,5 km entfernte Altstadt abtrennt. Der Gemeinderat erhoffte sich von diesem Großprojekt zunächst deutlich überregional wirksame Magnetwirkung auch für die Innenstadt: Die in den letzten 20 Jahren an die konkurrierenden Mittelzentren Sigmaringen und Saulgau verlorene Kaufkraft würde zurückfließen! Aber das Regierungspräsidium Tübingen verlangte wegen des geschlossenen Widerstandes der Einzelhändler innerhalb der betroffenen Region, das im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben ausgearbeitete Konzept der Hierarchie der zentralen Orte einzuhalten. Dies weist Mengen immerhin als Unterzentrum aus, billigt damit der Stadt aber die zentralörtliche Funktion einer überregionalen Güterversorgung nicht zu.

Die Firma Globus erhielt eine ungünstige Prognose für den Ausgang des angestrebten Raumordnungsverfahrens, mit der Begründung, dass das Projekt in der vorgesehenen Größenordnung als unverträglich einzustufen sei, sowohl für die Region, als auch für die Stadt Mengen selbst:

- Das zentralörtliche System der Region würde auf Kosten der benachbarten Mittelzentren (Sigmaringen, Bad Saulgau) so gestört, dass deren städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten durch die dortige Einzelhandelsentwicklung nachhaltig beeinträchtigt würden.
- Das Projekt sei für die Mengener Innenstadt städtebaulich unverträglich, da eine massive Gefährdung der innerstädtischen Versorger mit Magnetfunktion durch Umsatzverluste vorhersehbar sei. Durch die verminderte Zuführung von Kunden würden dann auch Anbieter anderer Branchen ohne Sortimentsüberschneidungen betroffen sein.

Dieser prognostizierte »Trading-down-Effekt« lässt sich mittlerweile in jeder gewöhnlichen größeren deutschen Stadt beobachten. Langfristige, allgemeine Wandlungs-Trends in der Handelslandschaft lassen sich nicht aufhalten, auch wenn großflächige Einzelhandelsprojekte verhindert werden. Die Ursachen hierfür sind vielfältig; beispielsweise liegen sie auch in der seit Jahren prekären Nachfolgefrage im innerstädtischen Einzelhandel. Planerisches Vorgehen sollte aber die Chance zu einer kontrollierbaren Entwicklung bieten.

Diese Episode zeigt den Konflikt zwischen der tatsächlichen zentralörtlichen Qualität Mengens als Verkehrsknotenpunkt zweier Entwicklungsachsen der Landesplanung im ländlichen Raum – als dadurch historisch gewachsener und über das Gemeindegebiet hinaus bedeutender Einkaufsstadt – und der heutigen raumordnerischen Bewertung der Stadt in der analytisch festgestellten Hierarchie der zentralen Orte. Zur Zeit der Kreisreform in den 70er Jahren rangierte Mengen als Einkaufsstadt noch vor Saulgau und Sigmaringen und auch heute hat die Stadt mit inzwischen über 10.000 Einwohnern eine Einkaufszentralität von 158%. Diese ergibt sich, wenn man die Kaufkraft der Mengener Bürger von 84 Mio. DM (1998) – was der Umsatz-erwartung des Globusprojektes entsprochen hätte – mit dem jährlich im Einzelhandel erzielten Umsatz gegenüberstellt: es bleibt ein Kaufkraftzufluss von 52 Mio. DM.

Einen Erfolg bringt das gescheiterte Großprojekt mit sich: Mengen wurde in Handelskreisen überregional bekannt! Das von Globus hinterlassene Vakuum saugt Scharen von Investoren an, die nicht nur den bezeichneten Außenstandort »entwickeln« wollen. Im Industriegebiet »Niederbol« nebenan, attraktiv durch BauNVO 1968, magnetisiert ein vor zwei Jahren aus einer Innenstadtrandlage herausgerutschter Aldi-Markt sein Umfeld. Die Anfragen, gerade durch Konkurs leer stehende Produktionshallen gegenüber umzunutzen, häufen sich im Stadtbauamt. Das »Entwicklungskonzept« ist immer das gleiche: ein attraktiver Supermarkt mit Fachmarktzentrum (Schuhe, Textilien, Drogerieartikel) und »Shopzone« (Friseur, Bankomat, Kneipe, Fotoladen, Bäcker, u. a.) als Innenstadtmittelpunkt. Für Investoren gilt die Devise: Wo Aldi ist, ist eine Innenstadt. Dies zeigt grundsätzlich den Entwicklungsdruck, dem auch die Stadt Mengen in der sich wandelnden und konzentrierenden Handelslandschaft ausgesetzt ist. Sie hat diesen Druck durch Definition eigener Ziele zum Wohl der Stadt zu lenken. Aldi ist dieser Planung vorab »entwischt«, hat aber dadurch den Anstoß gegeben.

Die Altstadt wäre weit weniger durch Großflächen gefährdet, wenn für innenstadt-relevante Sortimente ein städtebaulich einwandfrei eingebundener Standort geboten werden könnte, der nicht nur großflächige und baulich flexible Nutzungen zuließe, sondern auch für Autofahrer und Fußgänger gleichermaßen gut erreichbar wäre. Durch ihr jahrzehntelanges ungleichmäßiges Siedlungswachstum nach Osten kann die Stadt Mengen direkt hinter dem westlichen Oberstadttor zwischen der B 311 und der Ablach mit einem geeigneten, schon erwähnten Standort aufwarten, zur Zeit genutzt als Fest-, Park- und Fußballübungsplatz. Die Verwaltung hat dem Gemeinderat vorgeschlagen, über eine intensive Nutzung dieses Geländes nachzudenken. Mit sicherem Instinkt für den Bürgerwillen hat der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass das Gelände nicht einmal Gegenstand des neuerlichen GMA-Gutachtens zur Markt- und Standortsituation der Stadt sein darf. Mit dieser Studie will die Stadt Bauleitpläne, die großflächigen Einzelhandel auf geeigneten Flächen ermöglichen und in ungeeigneten Gewerbe- und Industriegebieten verhindern sollen, begründen. Man solle sich eben intensiver mit Alternativflächen auseinandersetzen, war die Maßgabe

der Sportplatzfreunde. Die jetzige Handelsentwicklung entscheidet allerdings wesentlich darüber, wo die Leute in Mengen zukünftig ihr Geld ausgeben, wohin sie hauptsächlich mit ihren Autos fahren und an welchen Orten sie sich länger in der Stadt aufhalten werden.

Die GMA empfiehlt salomonisch, das Sportplatzareal nicht zu nutzen; es sei zwar städtebaulich optimal angebunden, aber seine Bebauung würde die Innenstadtgeschäftslage nach Westen unverträglich auf insgesamt 1,2 km in die Länge ziehen. Diese Entfernung würden Fußgänger nicht mehr annehmen, so dass die Durchgängigkeit der Einkaufsmeile abrisse. GMA möchte eher in die kompakte Innenstadt einen Großflächenstandort integrieren oder alternativ mit einem hochfrequentierten Außenstandort kombinieren, falls sich in naher Zukunft keine innenstadtnahen Flächen bieten sollten.

Anfang und Ende der Innenstadt sollen im Abstand von ca. 900 Metern durch je einen vorhandenen Discounter als »Leitpfosten« markiert werden. GMA sieht diese Discounter als Magneten, um Supermärkte/»Vollsortimenter«, angebunden an Innenstandortstandorte, mit genügend Kunden versorgen zu können. Für Ansiedlungen auf der schon beschriebenen städtebaulichen Entwicklungsfläche entlang der KSE muss der Gemeinderat beizeiten einen Bebauungsplan als Sondergebiet »Einzelhandel« aufstellen, um das Einzelhandelskonzept umzusetzen. Die neuen Betriebe sollten so groß werden, dass sie nach Sigmaringen abfließende Kaufkraft hinreichend abfangen und dem Standort Innenstadt trotzdem nicht schaden würden. Ein Außenstandort wäre immer ein sehr problematischer Standort, da es nicht gelingen würde, die Verkaufsflächen wie nötig zu begrenzen und Aufsattelungsbegehren abzulehnen. Das Türchen wäre einen Spalt geöffnet, in den auch ungebetene Gäste ihren Fuß stellen würden. Die innerstädtische Handelskonzentration wird ergänzt und abgesichert, indem Einzelhandel nur mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten in peripheren Lagen ausschließlich im Industriegebiet »Niederbol« sowie auf der anderen Seite der Stadt im Gewerbegebiet »Meßkircher Straße« zulässig ist.

### 9. Die Zukunft der Innenstadt – Szenario für Mengen

Wo steht die Stadt Mengen heute? Verschiedenen Entwicklungsparadigmen der letzten 30 Jahre brauchte sie bisher nicht zu gehorchen. Der Autor glaubte bei seinem ersten Besuch im Sommer 1996 in Mengen ein Déjà-vu zu erleben – er sah sich in die 70er Jahre zurückversetzt! Ein in deutschen Altstädten inzwischen recht selten gewordenes Flair geht von der historischen Hauptstraße aus: Menschen drängeln sich auf schmalen Bürgersteigen; die Mäuler breiter Schaufenster drohen, die Passanten zu verschlucken; breitkrepmpige Ladenvordächer schneiden die Häuser von ihren Erdgeschoss ab; Autos und Lastwagen verstopfen den Radfahrern die Straße. Nachts hingegen schlingert der Autofahrer als einsames Boot zwischen den abweisenden Kai-

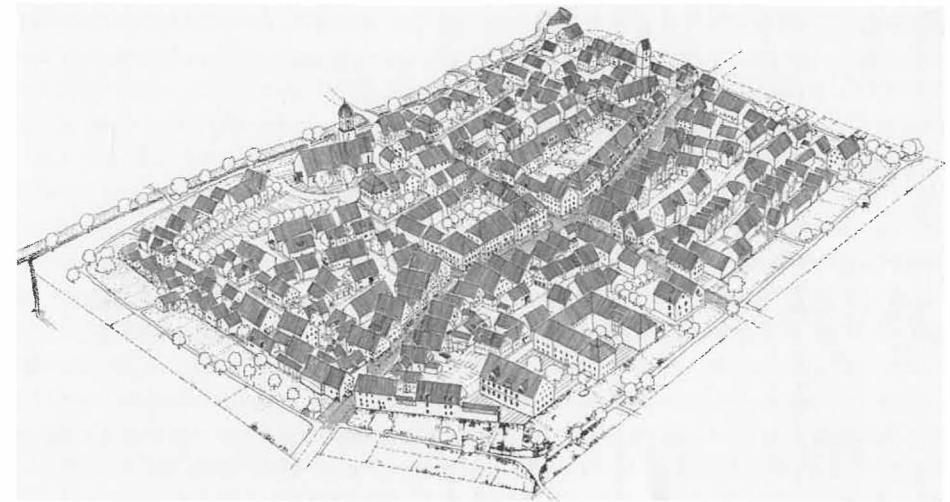


Abb. 6: Städtebauliches Leitbild zur Stadtsanierung (LEG mit E. Frey, 1985); Altstadt von Süden.

mauern hohläugiger oder erblindeter Häuserfronten über einen gespenstisch leeren Teersee.

Die »Zukunft der Innenstädte« läge in der »Anreicherung des Nutzungsgefüges mit Kultur, Freizeit und Wohnen«, so das Credo des Stuttgarter Städtebaukongresses im März 1999. – Was heißt das für Mengen? Was muss in Mengen getan werden? Zur Antwort sei der Kunstgriff verwendet, Eindrücke aus der Zukunft zu schildern. Zum Beispiel die eines Alt-Mengeners, der nach vielen, vielen Jahren an einem schwülen Augusttag wieder sein Vaterstädtchen besucht; er wird erstaunt sein über die Veränderungen, die ihm gleich nach Verlassen des Bahnhofes auf dem Weg durch die Stadt begegnen: Hatte sich doch die Hauptstraße vom Bahnhof bis zum Beginn der Altstadt in einen richtigen Boulevard verwandelt!

Er flaniert im Schatten von Bäumen und genießt die kühlende Luft an diesem heißen Tag. Er stellt fest: da, wo im 19. Jahrhundert Bauern und Kleingewerbetreibende gebaut hatten, um mit ihren Familien zu wohnen und zu wirtschaften, konnten sich neue Handelsformen am besten ausbreiten; darunter ein von der Hauptstraße bequem zu Fuß erreichbarer großer Supermarkt mit Fachmärkten hinter dem Hotel Bayer. Beginn der erfolgreichen Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel in dieser städtebaulich integrierten Lage war die Entscheidung der Marktkette »Stabilo« im Jahr 2000, ihren Bau- und Landmarkt nicht auszusiedeln, sondern auf 3500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zu erweitern und über einen neuen Parkplatz mit den anderen Märkten entlang der KSE zu verbinden.

Nichts erinnert mehr an die dreckige Hauptstraße von einst, sondern alles an eine vielfältige, lebendige Einkaufsstraße! Diese mündet in den »Seifenplatz«, eine trapez-

förmige Straßenaufweitung vor dem Beginn der unteren Altstadt. Im Schein der Abendsonne stehen vor dem Eiscafé Leute, zwischen denen er einen alten Bekannten erkennt. Inzwischen haben sich auch einige Jugendliche auf dem Platz zu ihrem abendlichen Treffen eingefunden. Eine lebendige Straße – auch nach Ladenschluss, denkt er.

Weiter geht's die Hauptstraße hinauf: Unser Besucher passiert die untere Engstelle, das ehemalige Unterstadttor. Keine LKWs donnern mehr durch dieses Nadelöhr und drücken die Passanten an die Wand, dass sie um ihr Leben zittern. Aber welche Überraschung! – vor der Martinskirche weitet sich der Straßenraum zu einem wahren Altstadt-Platz: Offenbar hatte man zwei Häuser abgebrochen, um ein monumentales Platzbild zu erzeugen, räumlich beherrscht vom Schiff der Martinskirche und durch ihren Turm überhöht. So groß und schlicht hatte er die Kirche noch nie im Ganzen gesehen; immer war sie teilweise verdeckt gewesen. Gewiss, eine Veränderung der Ein-Straßen-Markt-Anlagen, aber der Bereich am Unterstadttor war – als einzige Stelle entlang der Hauptstraße – wohl aufgrund schon vorhandener Bebauung und Nutzung als Friedhof – bei der Stadtanlage im 12./13. Jahrhundert nur sehr unschlüssig geordnet worden. Diese Tatsache und der Bezug auf die Kirche machten so einen Eingriff in das städtebauliche Gefüge ausnahmsweise baukünstlerisch und denkmalpflegerisch nicht nur vertretbar, sondern wünschenswert!

In die Tiefe der neu gepflasterten Hauptstraße laden Straßencafés unter weißen Sonnenschirmen zum Verweilen ein; Bäume hat man hier nur als eine Gruppe gepflanzt, um die nördliche Raumkante vor dem Stadtbrand darzustellen – dies bringt das historische Flair der Häuser sowie den räumlichen Gesamteindruck der Straße als geschwungenen Wegraum besser zur Geltung und macht ihn neugierig, nachher im Kontrast dazu noch einen Blick zwischen die hohen Laubbäume des Stadtgrabens zu werfen. Lebt der Straßenraum ganz von seiner Architektur, so sind die Innenhöfe mit kleinkronigen Bäumen sowie mit Kletterpflanzen und Rankgewächsen an Fassaden und Pergolen in Form gebracht. Das feine Altstadtflair passt zu den höherwertigen Geschäften, die hier immer schon ihren Sitz hatten, kommt ihm in den Sinn. Die Atmosphäre ist deutlich gemächlicher als auf dem »Boulevard« vorher und regt an, Mußestunden und Besorgungen in dieser verkehrsberuhigten Altstadt miteinander zu verbinden.

Auf dem historischen Marktplatz vor dem Rathaus gibt es tatsächlich wieder einen Bauernmarkt. Eine Marktfrau bestätigt: deutlich mehr Stände als früher an der Martinskirche und aufgrund der respektablen Lage und übersichtlichen Anordnung des Angebotes viel besser besucht! Freizeit – Einkaufen – Stadtflair: Das also ist es, was die Lebenskünstler, Life-Stylisten, Marketingexperten und Stadtsoziologen unter einem »mehrdimensionalen Erlebnis« verstehen! Nun ist er gespannt, was sich in der Oberstadt getan hat; der Bekannte in der Eisdielen hatte etwas von einer Kulturmeile erzählt, die sich gut mit dem original spätmittelalterlichen Flair dieses Stadtteiles verbindet, der sich dafür als am wenigsten durch Brand und bauliche Veränderungen geschädigter Bereich besonders eignet. Gymnasium und Förderschule im ehemaligen

Wilhelmiter-Kloster passen gut zu diesem Leitbild, fällt dem Besucher ein. Der Bekannte hatte noch erzählt, dass seit der Fertigstellung der KSE auch das Wohnen in der Altstadt wieder besser angenommen wird. Die Stadt war über die Sanierungsmaßnahmen hinaus aktiv geworden und hatte freiraumbezogenes Wohnen besonders für junge Familien in der Innenstadt gefördert, möglich war dies besonders entlang des Stadtgrabens. Aber auch die Ausländer konnten bleiben, die in der Altstadt immer schon bessere Bedingungen zur Wohnraumbeschaffung und primären Integration vorgefunden haben. Das dramatische Ausbluten der Oberstadt bis Anfang des Jahrhunderts durch Wegzug der Bewohner und Aufgabe attraktiver Läden konnte langsam gewandelt werden; innerhalb von zehn Jahren war die Profitschraube überdreht worden: Abgeschriebene Bausubstanz, zu Höchstpreisen vermietet, kann dem Strukturwandel nur begegnen, wenn sie stetig saniert wird!

Stadtbücherei und Volkshochschule, die vorher jahrelang in beengenden Räumen ausharren mussten, profitieren von ihrer neuen zentralen Lage, wie sie auch selbst Lebendigkeit in die Oberstadt bringen. Durch den Ortswechsel und eine bessere Ausstattung mit Medien kann die Bücherei mit Angeboten benachbarter Städte wieder konkurrieren, stellt der Besucher vergleichend fest. Das als Veranstaltungs- und Ausstellungsort neu belebte Heimatmuseum in der ehemals Turn- und Taxis'schen Post, bei der Dichter Mörike einst seine Briefe aufgab, schließt sich an. Anstelle einer in der Oberstadt auch räumlich gar nicht möglichen Begrünung plätschert der Steckbach als frischer Akzent wieder in einer flachen Flusskieselrinne. Das Ende der Oberstadt in Sicht, läuft der Alt-Mengener direkt auf ein als »Schatzkiste« der Stadt prägnant gestaltetes neues Stadtarchiv und Notariat an der oberen Engstelle zu: Ehemaliges Gerber-Bolter'sches Haus auf der Stadtmauer – A.D. 1997 von einem jungen Feuerwehrmann angezündet und abgebrannt – A.D. 2001 wiederaufgebaut, liest er auf einer Erinnerungstafel. Die Stadt als Eigentümerin ist sehr zufrieden, dass die hässliche Baulücke mit der Stadtmauer ruine an dieser städtebaulich wichtigen Stelle doch so schnell geschlossen werden konnte. Unserem Besucher bleibt ihr schmerzender Anblick erspart.

Was war geschehen in Mengen? Ein radikaler Bewusstseinswandel? Anstoß für die Neugestaltung der Hauptstraße brachte die authentische Simulation eines komplett umgestalteten 30 Meter langen Straßenabschnittes über ein Wochenende und begeisterte die Bürger bravourös mit Bodenbelag, Bächlein, Bäumen, Bänken und Beleuchtung. Der Besucher resumiert:

- In Mengen werden kulturelle Potentiale aktiviert, indem der authentische Charakter des Stadtbildes in Szene gesetzt wird – so entsteht eine unverwechselbare Ortsatmosphäre!
- Die Mengener verstehen, dass Kulturarbeit eine unabdingbare Voraussetzung für Stadterneuerung ist und sie sich auf die geistig prägendsten Inhalte der Stadt beziehen muss: z. B. die Epoche des 12. und 13. Jahrhundert sowie das Leben unter Österreichs Fahne während fünfhundert Jahren.

- Die gesamte Hauptstraße präsentiert sich als die urbane Flanier- und Attraktionsmeile, die »mehr als Einkaufen« verspricht!
- Gerade weil sie ein »Ort unter vielen« ist und nicht nur Konkurrent zur peripheren Lage, besinnt sich die Stadt durch Neuinterpretation ihres Schicksals auf ihre spezifischen Qualitäten und begreift ihre eigenen Werte.
- Vorbildliche Marketingdetails der peripheren Standorte scheut die Innenstadt nicht: z. B. nur durch eine differenzierte Mietpreisgestaltung, wie sie in jeder »Shopping-Mall« üblich ist, lassen sich entlang der Hauptstraße im Preiswettbewerb unterlegene Nutzungen halten, die für einen optimalen Branchenmix unverzichtbar sind.
- Stadtverwaltung und Gewerbeverein verwenden viel größere Mühen als früher darauf, die vorhandene gute Erreichbarkeit für den MIV positiv darzustellen und im Zusammenhang mit städtebaulichen Qualitäten zu optimieren.
- Besonders wichtig für die Überlebensfähigkeit der Innenstadt: typische Zentrensortimente (Bekleidung, Schmuck, Leder-, Porzellanwaren usw.) sind als Einzelhandelsmagneten auf die Innenstadt beschränkt und gehören nicht in periphere Handelslagen!
- Ein Synergiekonzept der Innenstadt führt als Grundlage kleinteiliger Nutzungsmischung und räumlicher Qualität in Abgrenzung zu und durch Begrenzung der peripheren Einzelhandelslagen zum Erfolg.

Ansätze zur glücklichen Weiterführung der historischen Entwicklungslinien konnten aufgezeigt und diskutiert werden. Mit den beschriebenen Entwicklungsakzenten bürgerlichen und öffentlichen Engagements kann Mengen seine vielfältigen städtischen Funktionen erneuern. Die gerade anstehenden Beschlüsse werden die Möglichkeiten der Stadt in den nächsten dreißig Jahren nachhaltig prägen. Nach dem Baubeginn der Entlastungsstraße haben sich Stadtverwaltung und Gemeinderat klugerweise als kreative Verschnaufpause und geistige Lockerungsübung einstimmig einen kombinierten Stadtentwicklungs-/Lokale Agenda-Prozess verordnet. »Mengen 21« soll nun die notwendigen und mehrheitsfähigen Impulse der weiteren Entwicklung in allen Bereichen bringen. Nun sind auch ihre Bürger direkt gefragt. Die Stadt könnte hierbei hinzugewinnen.

**Literatur:** W. Bleicher, Geschichte der Stadt Mengen bis 1302. Quellen und Kommentare, Typoskript Mengen o.J.; W. Bleicher, Das alte Mengen, Horb o.J. (1988); G. Dehio, Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, Bd. Baden – Württemberg, Darmstadt 1964; GMA-Markt- und Standortuntersuchung, Die Stadt Mengen als Standort für Ladeneinzelhandel (Teil I) / ... als Standort für ein SB-Warenhaus sowie einen Bau- und Heimwerkermarkt (Teil II), Ludwigsburg 2000; GMA-Verträglichkeitsuntersuchung, Die Stadt Mengen als Standort für ein SB-Warenhaus mit Shopzone sowie einen Bau- und Heimwerkermarkt, Ludwigsburg 1998; Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Archäologie im Umland der Heuneburg. Neue Ausgrabungen und Funde an der oberen Donau zwischen Mengen und Riedlingen, in: Archäologische Informationen aus Baden-Württemberg, 40. Band, Stuttgart 1999; Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1998, Stuttgart 1999; J. Laub, Geschichte der vormaligen fünf Donaustädte in Schwaben, Mengen 1894 (Neuaufl. Mengen 1972); W. v. Matthey (Bearb.), Die Kunstdenkmäler des Kreises Saulgau, in: Die Kunstdenkmäler in Württemberg, hrsg. vom Württ. Landesamt für Denkmalpflege, Stuttgart und Berlin 1938; R. Multer, Die Römer haben es den Archäologen angetan, in: Schwäbische Zeitung Nr. 287, 1999; H.-J. Nitz, Ettlingen – Eppingen – Durchlach – Sinsheim. Planungs- und Vermessungsprinzipien staufischer Gründungsstädte im Oberrheingebiet. Ihre Rekonstruktion mit metrologischen Methoden, in: E. Reinhard/P. Rückert, Staufische Stadtgründungen am Oberrhein, Sigmaringen 1998; Stadt Mengen (Hrsg.), Landschaftsgestalterische Studie Missionsberg Mengen, bearb. von K. Saur/H. Kuschnig/J. Mihm u. a., Mengen 1999; Stadt Mengen (Hrsg.), Mengen. Erinnerungen in Bildern, Horb 1999; Stadt Mengen (Hrsg.), Nachhaltige Stadtkonzeption Mengen 21. Dokumentation Startpaket mit Situations- und Standortanalyse, bearb. vom Steinbeis Transferzentrum Identität und Image, Eggenfelden 2000; Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Zukunft der Innenstädte. Szenarien, Thesen und Standpunkte zur Entwicklung der städtischen Mitte, Stuttgart 1999.

Tagungsbericht

## »Denkmalpflege und städtebauliche Entwicklung«

Tagung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege in Potsdam vom 14. – 17. September 2000

An der Herbsttagung des »Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege« (Vereinigung der Hochschullehrenden im Fach Denkmalpflege), die an der Fachhochschule Potsdam stattfand, stand das Thema »Denkmalpflege und städtebauliche Entwicklung« auf dem Programm. Dieses Teilgebiet der Denkmalpflege, das auch als »städtebauliche Denkmalpflege« oder, weniger schön, als »Flächendenkmalpflege« bezeichnet wird, stellt eine zunehmend wichtige, wenn auch sehr komplexe Aufgabe dar. Macht man sich jedoch klar, dass die für das kulturelle Erbe maßgeblichen Weichen in der Regel bereits in der Entwicklungs- und Bauleitplanung gestellt werden, dass also dort über Erhaltung oder Überplanung historischer Anlagen oder Einzelbauten entschieden wird, dann leuchtet es ein, dass Denkmalpflege so früh wie möglich an Stadt- oder Ortsplanung beteiligt werden muss.

Hintergrund für die Forderung nach »städtebaulicher Denkmalpflege« waren vor allem die großflächigen Stadt- und Abbruchsanierungen der 60er und 70er Jahre, die Baudenkmäler – wenn überhaupt – oft nur als lächerliche Geschichtsrelikte oder »Traditionsinseln« übrig ließen. Sozusagen auf der Rückseite dieser zunächst mit Mitteln der Städtebauförderung durchgeführten Sanierungen, der Wohnquartiere und ganze Stadtviertel zum Opfer fielen, entwickelte sich ein geschärftes Bewusstsein von der Bedeutung räumlicher und historischer Zusammenhänge sowie der Maßstäblichkeit historischer Architektur. Deutlich wurde auch, dass mit der Beschränkung auf Einzelobjekte derart zerstörerische Entwicklungen nicht aufzuhalten waren. Erst mit den neuen denkmalpflegerischen Instrumenten des Ensemble-, Umgebungs- oder Bereichsschutzes und mit einer 1976 aktualisierten Städtebauförderung, die sich seitdem auch

auf Erhaltung ausdehnen ließ, konnte »erhaltende Erneuerung« in größerem Stil und mit öffentlichen Mitteln praktiziert werden.

Eine neue Situation – vor allem wegen der Menge notwendiger Stadterneuerungen – besteht seit 1989 im Osten Deutschlands. Entsprechend standen auf der Potsdamer Tagung Beispiele aus Brandenburg im Vordergrund. Eine Exkursion führte in das ehemalige Prominentenviertel, das traumhaft gelegene Villengebiet von Babelsberg, eine andere in die Stadt Brandenburg, wo trotz vorbildlich geplanter und teils schon durchgeführter Altstadtsanierung eine Rückkehr der Bewohner aus den Plattenbausiedlungen nur zögernd in Gang zu kommen scheint – vermutlich eine noch immer wirksame Folge der jahrzehntelangen Anti-Altstadt-Ideologie der DDR. Außerdem wirkt sich hier wie in vielen anderen ostdeutschen Städten fatal aus, dass in die Modernisierung der Plattenbausiedlungen schon bald nach der deutschen Einheit enorme Fördergelder flossen. Da überdies auch der Einfamilienhausbau auf der grünen Wiese gefördert wurde, kam es zu einem absurden Ringen um die Bewohner der ohnehin schrumpfenden Städte, bei dem die historischen Stadtkerne nicht selten das Nachsehen hatten.

Bevor sich die Teilnehmer der Potsdamer Tagung mit den fachlichen Instrumenten der städtebaulichen Denkmalpflege befassten, sprach zur Eröffnung der Präsident der Akademie der Künste Berlin, der ungarische Schriftsteller und Soziologe György Konrad. Als beobachtender Spaziergänger evozierte er die europäische Stadt als »beste Erfindung Europas«. Ihre Dichte und Vielfalt seien wichtig für die Menschen und ihre Suche nach »Vertrautheit«. In diesen Städten bekomme man etwas zu sehen, könne meditieren, Leuten begegnen, Erfahrungen machen. Doch tendierten

große, monotone Ballungsräume – Produkte des kapitalistischen Größenwahns – zur Depersonalisierung statt zur Urbanität. Stadtplanung müsse daher gliedern, detaillieren und vor allem für eine Re-Personalisierung sorgen, wozu das menschliche Maß ebenso gehört wie die Achtung der Vergangenheit.

In ihrem Versuch, für die anwesenden Denkmalpfleger, Hochschulangehörigen, Behördenvertreter, Planer und Architekten die Frage zu beantworten: »Was ist eigentlich städtebauliche Denkmalpflege?«, räumten Ulrike Wendland und Maria Deiters (TU-Berlin) ein (sogar unter Fachleuten noch verbreitetes) Missverständnis aus, »städtebauliche Denkmalpflege« habe nur Ortsbilder oder Strukturen, nicht aber die sie konstituierende Bausubstanz zu schützen und zu pflegen. Vielmehr charakterisierten sie städtebauliche Denkmalpflege als »Makroversion«, die ebenso auf dem historischen Denkmalbegriff fuße, substanzbezogen sei und Authentizität und Alterswert zu respektieren habe wie die Einzeldenkmalpflege. Das zeigten bereits die älteren unter den vorbildlichen Planungen aus den 60er und 70er Jahren, wie z. B. die Stadterneuerungsplanung des Centro Storico von Bologna oder diejenige der Berliner Stadtteile Kreuzberg und Charlottenburg im Rahmen der IBA unter H.-W. Hämer. In beiden Fällen hatte man es sich zur Aufgabe gemacht, notwendige bauliche, infrastrukturelle und wirtschaftliche Verbesserungen auszuführen, ohne jedoch die bestehende Bausubstanz und ohne die angestammte Bewohnerschaft auszuwechseln.

Zentrales Tagungsthema war dann die Frage, wie Denkmalpflege und notwendige städtebauliche Entwicklung miteinander vereinbar seien, nachdem Denkmalpflege doch oft geradezu als Verhinderer von wirtschaftlich tragfähigen Entwicklungen angesehen wird. Diesem Urteil, das sich häufig als ungeprüftes Vorurteil herausstellte, wurde von ganz verschiedenen Seiten widersprochen. So sei der Gedanke einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wie er in der »Kommunalen Agenda« gefordert wird, einer Entwicklung also, die nicht kurzfristig und ohne Rücksicht auf soziale, kulturelle oder ökologische Verluste einseitig ökonomische Ziele verfolgt, in bestem Ein-

klang mit den Zielen städtebaulicher Denkmalpflege, wie Peter Echter vom Deutschen Institut für Urbanistik versicherte.

Verschiedene Fachleute berichteten anhand konkreter Beispiele über gesetzliche, fachliche und finanzielle Mittel (Fördermittel) und Methoden (Instrumente), um die gesellschaftlichen Belange der städtebaulichen Denkmalpflege einerseits und der städtischen Entwicklung andererseits »unter einen Hut zu bringen«.

Für eine Stadtentwicklung unter frühzeitiger Beteiligung der Denkmalpflege plädierte nachdrücklich der Brandenburgische Landeskonservator, Detlef Karg, denn auf dem Spiel stehe »nichts Geringeres als die Lebensqualität«, nicht zuletzt in Brandenburg selbst, wo ca. hundert Städte auf einen Entwicklungsplan warteten. Mit einem inzwischen gut entwickelten Instrumentarium, den Denkmalpflegeplänen, könnten die Weichen rechtzeitig und ohne Reibungsverluste so gestellt werden, dass weder die städtische Entwicklung noch die Wohn- und Lebensqualität der Bewohner auf der Strecke bleiben müssten.

Das sich wandelnde Verhältnis der Denkmalpflege zu den Städten seit dem Beginn der offiziellen Denkmalpflege zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde im Beitrag von Wendland/Deiters aufgedeckt. Als aufschlussreich erwies sich auch der Vergleich der beiden deutschen Staaten und ihr jeweiliger Umgang mit den historischen Altstädten, die erst allmählich, nach den Kahlchlagsanierungen (hüben wie drüben) wieder ins Bewusstsein traten. Die Praxis der Stadtplanung freilich hinkte der Einsicht von der Bedeutung dieses schützenswerten Erbes noch längere Zeit hinterher. Sind heute die theoretischen Grundlagen durchaus »auf hohem Niveau«, so scheitert die Umsetzung, also der Einbezug größerer Bereiche von historischer Bedeutung (Haus- und Villengärten, Straßen, Wege, Anlagen) in die Entwicklungsplanung doch noch immer an bestimmten Um- und Widerständen. Diese den Teilnehmenden aller Sparten bewusst zu machen, bemühten sich die Referenten, und es wurde deutlich, dass ein großes Informationsdefizit herrscht, in der Öffentlichkeit, bei Bauträgern und Behörden. Es müsse in Zukunft mehr und besser über Möglichkeiten der städtebaulichen

Denkmalpflege als einem Teilgebiet der Stadtplanung informiert werden; von Lobbying und Werbung war die Rede, die von der Denkmalpflege zu wenig für ihre Ziele eingesetzt würden.

Als Vertreter des Brandenburgischen Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr betonte Jürgen Schweinberger die Notwendigkeit einer erhaltenden oder »nachhaltigen« Stadterneuerung, die zwangsläufig städtebauliche Denkmalpflege sei. Eine große Gefahr sieht er in den immer lauter werdenden Forderungen nach Deregulierung. Dagegen sei es wichtig, Forschungen im Sinne von Voruntersuchungen zu fördern, und daraus »den guten Kompromiss« gemeinsam zu entwickeln.

Der Referent für Denkmalpflege im Brandenburgischen Kultusministerium, Hartmut Dorgerloh, verwies auf die hohe Akzeptanz der Stadterneuerungsmaßnahmen in der Ex-DDR. Vermutlich dürfte es hier mehr darum gehen, das Bewusstsein für Planungsqualität und Nachhaltigkeit zu entwickeln, und sich nicht mit »Erinnerungsinselfn« zufrieden zu geben. Der Verweis auf L. Benavolos Kriterien für die funktionierende europäische Stadt – Komplexität, Konzentration, Kontinuität, Fähigkeit zur Erneuerung – darf wohl auch so verstanden werden, dass Eigenschaften wie Kontinuität und Komplexität nur mit maßvoller Erneuerung, nicht aber mit Kahl-schlag und Megastrukturen zu erreichen sind.

Über seine Erfahrungen mit den Instrumenten der Planung und Förderung berichtete der Architekt und Planer Peter Kloss (GSW – Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft,

Berlin). Auch von ihm wurde der Denkmalpflegeplan, der im Brandenburgischen Denkmalschutzgesetz verankert ist, als wertvolle Grundlage für städtebauliche Denkmalpflege gepriesen. So könnten beispielsweise Sanierungsziele auch dort festgeschrieben werden, wo denkmalpflegerische Auflagen nicht formuliert werden könnten. Ein Denkmalpflegeplan trägt zur Kalkulierbarkeit für alle beteiligten Akteure bei und kann konfliktmildernd wirken, Kräfte konzentrieren und den Abwägungsprozess zwischen Zielen der Stadtentwicklung und denen der Denkmalpflege befriedigender gestalten.

Die Tagung konnte aufzeigen, dass unter den schwierigen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen in den ostdeutschen Bundesländern seit zehn Jahren vielerorts neue Standards städtebaulicher Denkmalpflege gesetzt werden. Trotz vieler Konflikte, fehlgelaufener Entwicklungen und schmerzlicher Verluste von Denkmälern, gestützt durch die zahlreichen Förderprogramme, werden die Anliegen des Erhaltes von Einzelbauten, Siedlungsstrukturen, Stadtquartieren und historischen Stadtkernen nicht allein von den Denkmalfach- und Denkmalschutzbehörden vertreten, sondern in der Kooperation mit Planern, Politikern, Investoren und Eigentümern. Die neuen Formen des verantwortlichen Umgangs mit dem kulturellen Erbe der Städte, die hier erprobt und praktiziert werden, könnten – nicht zuletzt angesichts verlagerter städtebaulicher Probleme wie das Schrumpfen der Städte – wegweisend sein für andere Regionen.

## Autoren

CHIARA GHIRINGHELLI (1973); Architekturstudium an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. 1998 – 2001 Assistentin am Institut für Denkmalpflege der Architekturabteilung der ETH Zürich; Mitarbeiterin im Architekturbüro Nussbaum, Zürich.

HANS-RUDOLF MEIER (1956); PD Dr. phil., Kunsthistoriker. 1992 – 2001 Oberassistent am Institut für Denkmalpflege der ETH Zürich, seit 2000 Privatdozent für Kunstwissenschaft am Kunsthistorischen Seminar der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte zur Kunst und Archäologie des Mittelalters sowie zum Umgang mit dem baulichen Erbe von der Spätantike bis zur Gegenwart.

JULIUS MIHM (1965); seit 1996 Stadtbaumeister von Mengen. Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Stuttgart und Hannover (Diplom 1993). 1990 – 1996 Mitarbeit in Architekturbüros in Hannover und im Raum Hamburg. Wettbewerbe für Hoch- und Städtebau.

OLIVER SCHÖLLER (1967); Studium der Politikwissenschaften, Soziologie, Philosophie und Psychologie in Marburg, Berlin, Edinburgh. 1997 Abschluss als Dipl. Pol., 1998 als Dipl. Soz. Seit 1999 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Promotion bei Prof. M. Häußermann an der Humboldt-Universität Berlin. Thema: Die Entstehung von Großsiedlungen. Macht- und Entscheidungsprozesse in der Kommunalpolitik am Beispiel städtischer Wohnungsbaupolitik.

DIRK SCHUBERT (1947); Pd. Dr.rer.pol. ist Akademischer Oberrat an der TU Hamburg-Harburg. Arbeitsschwerpunkte und Publikationen im Bereich Wohnungswesen, Stadterneuerung und Stadtbaugeschichte, vor allem Umbau von Hafens- und Uferzonen; Mitherausgeber des Jahrbuches Stadterneuerung.

JÜRGEN TRIMBORN (1971); Studium der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft, Kunstgeschichte und Germanistik an der Universität Köln. 1997 Promotion zum Thema: »Denkmale als Inszenierungen im öffentlichen Raum«. 1997 – 2000 wiss. Mitarbeiter am Institut für Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft der Universität Köln. Kultur- und medienwissenschaftliche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Habilitationsschrift in Arbeit.

MARION WOHLLEBEN (1947), Dr. phil. Kunsthistorikerin. Studium und Ausbildung in München. Seit 1985 am Institut für Denkmalpflege der ETH Zürich. Forschungsschwerpunkt: Geschichte und Theorie der Denkmalpflege.

28. Jahrgang

**3/2001**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



## Kino und Stadt

---

Susan Hayward

Paris und London: »Stadtkörper« im frühen Film

---

Clemens Zimmermann

Das aktive Kinopublikum

---

Brigitte Flickinger

Frühes Kino in England und Russland

---

Corinna Müller

Widerstände in England und Deutschland

---

Guido Convents  
Karel Dibbets

Kino-Kultur in Brüssel und Amsterdam bis 1930

---

Alfons Arns

Multiplex-Kinos in Deutschland heute

---

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft  
Die alte Stadt und in Verbindung mit  
Helmut Böhme, Eberhard Jäckel,  
Jürgen Zieger und Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 100355, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 100355, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, 10587 Berlin – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut, 37077 Göttingen – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Stephansplatz 5, 20354 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Mittlerer Rainweg 63, 69118 Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, Department of Economic and Social History, University of Leicester – Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, 70174 Stuttgart.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (0711) 35 12 - 3242, Fax (0711) 35 12 - 24 18.

*Die Zeitschrift* Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 125,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

*Friedrich Mielke zum 80. Geburtstag* . . . . . 185

Kino und Stadt

EINFÜHRUNG

CLEMENS ZIMMERMANN, Kino und Stadt – Europäische Perspektiven . . . . . 189

ABHANDLUNGEN

SUSAN HAYWARD, Paris – London: Stadtkörper und Körper, auf die es ankommt . . . . . 194

CLEMENS ZIMMERMANN, Das aktive Kinopublikum . . . . . 206

BRIGITTE FLICKINGER, Kino und Ins-Kino-Gehen als Stadterfahrung bis 1930.  
England und Russland im Vergleich . . . . . 217

CORINNA MÜLLER, Widerstände gegen das frühe Kino in England und Deutschland . . . . . 230

GUIDO CONVENTS / KAREL DIBBETS, Verschiedene Welten: Kinokultur in Brüssel und  
Amsterdam . . . . . 240

ADOLF ARNS, Erlebnis – Kommunikation – Konsum. Zehn Jahre Multiplex-Kinos in  
Deutschland . . . . . 247

KLEINE BEITRÄGE

MARTIN RICHARD, Innenstadt oder Peripherie? Die Suche nach dem idealen Kinostandort  
am Beispiel Limburgs a. d. Lahn . . . . . 262

DIE AUTOREN . . . . . 264

## Friedrich Mielke zum Achtzigsten

Am 20. September 2001 begeht Prof. Dr.-Ing. Friedrich Mielke seinen 80. Geburtstag. Seine Lebensaufgabe gilt der Bauforschung und Bewahrung historischer Bauten und Stadtstrukturen. Sein Lebensweg verbindet sich in besonderer Weise mit den tiefen Einschnitten und Katastrophen im Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Nach dem Abitur, nach Reichsarbeits- und Militärdienst bis 1945 studierte Friedrich Mielke an den Technischen Hochschulen Berlin-Charlottenburg und Linz Architektur. Eine Kriegsverwundung aus dem Jahre 1942 bedeutete bereits in jungen Jahren eine Einschränkung in der Entfaltung der Lebensperspektive. Sie machte die Amputation des rechten Beines erforderlich. Mit dieser 80prozentigen Behinderung musste er seine berufliche Tätigkeit ausüben, eine besondere Erschwernis, die sich vor allem bei der intensiven Reisetätigkeit und Arbeit vor Ort bei der Betreuung und Recherche über einen zum Teil weit verstreuten Denkmalbestand bemerkbar machte. Als das bis dahin gesunde Bein 1960 bei einem Autounfall zertrümmert wurde, trat eine 100prozentige Behinderung ein.

Mielke arbeitete mehrere Jahre als Architekt und war nach zusätzlichem Abschluss als Diplom-Gewerbelehrer als



**Friedrich Mielke**

*Mit seinem Verständnis, dass das denkmalpflegerische Anliegen ohne Einbettung in die Stadtplanung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht erfolgreich sein können, gehört Friedrich Mielke seit 1974 zum Herausgebergremium der Zeitschrift »Die alte Stadt«.*

Fachlehrer tätig. 1949 begann seine zunächst nebenberufliche, später hauptberufliche Tätigkeit in der Denkmalpflege bei den Landesämtern für Denkmalpflege in Schwerin und Potsdam. Ab 1955 engagierte er sich als Architekt und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Insti-

tut für Denkmalpflege Berlin, mit Zuständigkeit für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder mit Schwerpunkt Potsdam. Mit äußerstem Einsatz und Ausdauer besichtigte, studierte, zeichnete und fotografierte er alle Häuser der Potsdamer Altstadt, die vom Krieg verschont geblieben waren. Diese akribische Arbeit war weitblickend, aus dieser reichen Sammlung schöpfte er noch in den folgenden Jahrzehnten seiner intensiven Forschungs- und Publikationsarbeit. Seine 1984 dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin übergebene Bürgerhauskartei mit mehr als tausend Objekten, hundert von Blatt-Zeichnungen und über 8.000 Kleinbildaufnahmen zeugt von dieser enormen Produktivität. Bis 1957 rekonstruierten die Denkmalpfleger unter der Leitung Mielkes Teile der ersten Stadterweiterung nördlich des Stadtkanals in Potsdam. Seinen Bemühungen ist der Wiederaufbau vieler Bürgerhausfassaden zu verdanken. Dabei handelte sich um einen denkmalpflegerischen Einsatz und eine Leistung, die lange Zeit keine adäquate Würdigung erfuhren. In der damaligen DDR galt dieser Einsatz für das historische Erbe bald als »revanchistisch«.

Bereits mit seiner Promotion zum Dr.-Ing. an der Technischen Hochschule Dresden im Jahre 1957 griff Friedrich Mielke das Thema der Treppe auf, in dem die Interdependenz des Menschen zum Bauen besondere, bisher vielfach zu wenig beachtete Facetten findet. Es ist ein Thema, das ihn bis heute intensiv beschäftigt.

Nach der Flucht mit seiner Frau und

den vier Kindern in den Westen im Jahre 1958 lehrte er an der TU Berlin. 1959 erhielt er hier die *Venia legendi* für das Fach Denkmalpflege. Eine ordentliche Professur übernahm er 1969. 1972 wechselte Mielke von der Architekturkultur an das neugegründete Institut für Stadt- und Regionalplanung. Dass er die Denkmalpflege als eine in die Stadtentwicklung eingebundene Aufgabe sah, stellte er bereits in seinem Habilitationsvortrag 1959 mit dem Titel »Prophylaktische Denkmalpflege« heraus. Er vertrat folglich die Auffassung, Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Ausbildung seien in den Planungsbereich zu verlegen. Mit dem in den 70er Jahren wechselnden städtebaulichen Leitbild und den wachsenden Hoffnungen auf eine Neubestimmung zur Erhaltung des historischen Erbes der alten Städte verband sich auch seine Initiative zur Gründung des »Arbeitskreises der Dozenten für Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland« 1973. Im Denkmaljahr 1975 mit seinen weit gefassten Erwartungen legte Mielke den Band »Die Zukunft der Vergangenheit« vor. Er wollte der Ansicht entgegenreten, man könne bei der Behandlung historischer Objekte keine Regeln aufstellen, jeder Fall liege anders und sei individuell zu behandeln. Mit der städtebaulichen Betrachtung weitete sich gleichzeitig die Problematik auf die vielfältigen Entwicklungsprobleme der historischen Stadt. Hier musste der Denkmalpflegebegriff durch Analyse und Beschreibung geschichtlicher Prozesse greifbar gemacht werden. Mielkes Anliegen galt der Begriffsklärung und dem

Brückenschlag zu einer planerischen und zukunftsgerichteten Denkweise. Diesem Verständnis, dass das denkmalpflegerische Anliegen ohne die Einbettung in die Stadtentwicklung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht erfolgreich sein kann, entsprach auch seine Mitwirkung bei der Zeitschrift »Die alte Stadt«.

Friedrich Mielke trat 1980 in den Ruhestand. Im gleichen Jahr richtete er noch seine Arbeitsstelle für Treppenforschung ein. 1983 gründete er die »Gesellschaft für Treppenforschung (Scalalogie) e.V.« und wurde deren Erster Vorsitzender.

Zum Lebenswerk von Friedrich Mielke gehört die Publikation von 22 Büchern und über 100 Fachartikeln. Entscheidender Schwerpunkt mit sechs Büchern ist dabei Potsdam. Das erste galt den »Treppen des Potsdamer Bürgerhauses im 18. Jahrhundert« (1957). Es folgten: »Das holländische Viertel in Potsdam« (1960), »Potsdam wie es war« (1963) und »Das Bürgerhaus in Potsdam« (1972). Beim Erscheinen seines opulenten Werkes »Potsdamer Baukunst« (1981) ließ sich noch nicht erahnen, dass dieser Band mit einer deutschen Wiedervereinigung seine eigentliche Aktualität erst noch erhalten sollte. Der Erfolg und die Beachtung dieses Buches drücken sich allein schon in den Folgeauflagen der Jahre 1991 und 1998 aus.

Seit 1980 legte Mielke eine Reihe von Publikationen über Treppen vor, die im Zusammenhang mit den Forschungen des international arbeitenden »Arbeitskreises für Scalalogie« entstanden. Mielke gelang es, auf diesem Wege den

Begriff »Scalalogie« zu etablieren und dem Thema »Treppen« in Standardwerken und auf Regionen bezogenen Abhandlungen Beachtung zu verschaffen.

Mielke ist seit 1960 Mitglied der Koldewey-Gesellschaft, wurde 1966 *Membre correspondant de la Compagnie des Architectes en Chef des Monuments Historiques en France* und 1972 zum ordentlichen Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung berufen. Seine herausragenden Leistungen für die Erforschung der Bauschicht und die Erhaltung der Stadt Potsdam wurden 1991 durch die Ehrenbürgerschaft der Stadt Potsdam gewürdigt. 1993 erfolgte die Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Potsdam. Für das Lebenswerk Mielkes ist dies nach all den Bürden, die geschichtliche Ereignisse ihm in seinem privaten und beruflichen Leben auflasteten, eine glückliche Wendung, zumal der historische Stadtkern Potsdams im Zuge der Stadtentwicklung in den letzten Jahren wieder deutlicher gewürdigt wird. Mielke kann damit heute auf einen beachtlichen, mit außergewöhnlichem persönlichem Einsatz erbrachten Beitrag zur Bewältigung dieses Aufgabenbündels »Potsdam« blicken, das im wiedervereinigten Deutschland seinesgleichen sucht. Zu allen guten Wünschen, die den noch immer aktiven Friedrich Mielke zu seinem Geburtstag erreichen, gehört besonders der, dass sein umfangreicher Fundus der Scalalogie eine Heimat und seine Arbeit eine angemessene Fortführung finden möge.

*Karl-August Heise, September 2001*

Clemens Zimmermann

*Einführung*

## Kino und Stadt – Europäische Perspektiven

Als Ort visueller Erfahrungen und als Ort, der ein auffallend lebhaftes Publikum versammelte, breitete sich das Kino nach der Jahrhundertwende in Europa mit außerordentlicher Geschwindigkeit und in vielfach übereinstimmender Charakteristik aus. Kino, Kinokultur und Stadtkultur gingen eine Art Allianz und Verbindung ein, die bis heute sichtbar ist.<sup>1</sup> »Filmstädte« wie Neu-Babelsberg oder Mailand indizierten eine neue Funktion von Städten.<sup>2</sup>

Die soziale Praxis des »Ins-Kino-Gehen« war seit der Anfangszeit des Films, sieht man einmal von den Wanderkinobetrieben ab, ein städtisches Phänomen. Kinogeschichte ist zunächst eine Frage der inhomogenen und differierenden Angebotsstrukturen als Voraussetzung für Filmkonsum und Filmrezeption. Hierbei waren nicht nur die tatsächliche Erreichbarkeit eines potentiellen Kinopublikums wirksam, sondern insbesondere Unterschiede sozialer Zeiten von Stadt und Land, die wiederum in die jeweiligen Entwicklungspfade einzelner europäischer Länder integriert waren.<sup>3</sup>

Bislang waren in medienwissenschaftlichen Forschungen die Beziehungen zwischen »Film und Stadt« oder der Aspekt der »Stadt im Film« vorherrschender als die umfassenderen Beziehungen zwischen »Kino und Stadt«. Die Frage nach der filmischen Repräsentation der Stadt war und ist ein bedeutender Aspekt der Filmgeschichte sowie der Nachbardisziplin der »film studies«.<sup>4</sup> In diesem Heft wenden wir uns sowohl der film-, wie der kulturgeschichtlichen Frage nach den Beziehungen zwischen dem Kino als einer »Institution« des sozialen Lebens und den Städten zu. Empirisch nachweisbare Beziehungen wurden bislang eher selten explizit thematisiert. Meist stößt man bei diesem Thema auf phänomenologische Analogien. Die Stadt, ihre Straßen, ihr Verkehr, und die Geschwindigkeit, die sie auszeichnete, wies, wie man dies in

<sup>1</sup> Vgl. G.P. Brunetta, *Storia del cinema italiano*, Bd. 1: *Il cinema muto 1895–1929*, Roma 1993, S. 15–25; V. Toulmin, *Women Bioscope Proprietors – Before the First World War*, in: J. Fullerton (Hrsg.), *Celebrating 1895: the centenary of cinema*, Sydney 1998, S. 55–65.

<sup>2</sup> Vgl. A. Geiss, *Filmstadt Babelsberg. Zur Geschichte des Studios und seiner Filme*, Berlin 1994; E. Pasculli, *Milano Cinema Prodigio. Anticipazioni e primati in un secolo di avventure*, Milano 1998.

<sup>3</sup> Z. B. K. Berglund, *Stockholms alla biografier*, Stockholm 1993; J.-J. Meusy, *Paris-Palaces ou les temps des cinémas (1894–1918)*, Paris 1995; W.M. Schwarz, *Kino und Kinos in Wien. Eine Entwicklungsgeschichte bis 1934*, Wien 1992; R. Worschech/M. Schurig/T. Worschech, *Lebende Bilder einer Stadt. Kino und Film in Frankfurt am Main*, Frankfurt am Main 1995.

<sup>4</sup> Vgl. D.B. Clarke (Hrsg.), *The Cinematic City*, London/New York 1997.



Abb. 1: Das Kino im Straßenbild: das »Stafa« im Wien der 20er Jahre; Quelle: W. M. Schwarz, *Kino und Kinos in Wien*, Wien 1992, S. 103.

Anschluss an Georg Simmel entwickelte, Analogien mit dem Film selbst und mit seinen inhärenten Eigenschaften auf.<sup>5</sup> Insofern schienen sich Wahrnehmungsstrukturen von Film und von Großstadt ebenfalls zu ähneln, was aber nicht bei den historischen Rezipienten selbst nachgewiesen wurde.<sup>6</sup>

Auf der Ebene filmischer Formen, Inhalte und Botschaften war es meist die Kritik der Großstadt, ihr Dunkel und ihre Schrecken, die als wichtigste Aspekte von deren filmischer Repräsentation gesehen wurden. Es interessierten die Stadtmythen,<sup>7</sup> weniger die Spiegelung konkreter städtischer Situationen im Film.<sup>8</sup> Neue terminologische

<sup>5</sup> Vgl. G. Bruno, *Streetwalking on a ruined Map. Cultural Theory and the City Films of Elvira Notari*, Princeton 1993.

<sup>6</sup> Vgl. K. Prümm, *Die Stadt ist der Film... Film und Metropole in den zwanziger Jahren am Exempel Berlin*, in: P. Alter (Hrsg.), *Im Banne der Metropolen. Berlin und London in den zwanziger Jahren*, Göttingen/Zürich 1993, S. 111–130, hier S. 112.

<sup>7</sup> Vgl. A. Sutcliffe, *The Metropolis in Cinema*, in: ders. (Hrsg.), *Metropolis 1890–1940*, London 1984, S. 147–172; H. Möbius/G. Vogt, *Drehort Stadt. Das Thema »Großstadt« im deutschen Film*, Marburg 1990; I. Schenk (Hrsg.), *Dschungel Großstadt. Kino und Modernisierung*, Marburg 1999; A. Licata/E. Mariani-Travi, *La Città e il cinema*, Torino 2000.

<sup>8</sup> Vgl. aber neuere Ansätze wie L. Enticknap, *Postwar Urban Redevelopment, the British Film Industry and »The Way We Live«* sowie A. Fielder, *Poaching on Public Space: Urban Autonomous Zones in French »Banlieue« Films*, in: M. Shiel/T. Fitzmaurice (Hrsg.), *Cinema and the City. Film and Urban Societies in a Global Context*, Oxford 2001, S. 233–243, 270–281.

Wege auf diesem dicht besetzten Forschungsfeld geht hier ein den Cultural Studies nahestehender Beitrag von Susan Hayward, die darlegt, wie im Film einerseits die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner als »Körper« erscheinen, andererseits in den Filmen reale topografische und soziale Situationen aufgenommen werden.

Soweit es hier um den Zusammenhang von Kinos und städtischen Publiken geht, werden Fragen aufgegriffen, wie sie bereits in individuellen Kinogeschichten einzelner Städte immer wieder gestellt wurden.<sup>9</sup> Hier soll örtlichen Wechselbezügen der Kinentwicklung und deren Akteuren in vergleichender Sicht nachgegangen werden, um stärker herauszuarbeiten, was Europäisches Kino übereinstimmend kennzeichnete und wo jeweilige regionale Besonderheiten lagen. Es werden historische Kinokulturen verschiedener Städte und europäischer Länder miteinander verglichen und internationale Absatzstrategien der Filmindustrie in ihrem Kontext untersucht. Verschiedene Beiträge verfolgen außerdem die starke und aktive, aneignende Rolle des Publikums.

Durch die Internationalisierung der Filmdistribution gab es langfristig zwar eine gewisse Kongruenz des Filmangebots und der verbreiteten Genres, aber dies gilt doch nur im grobmaschigen Überblick. Im einzelnen zeigen sich hinsichtlich bevorzugter Genres und Programme, der sozialen Zusammensetzung und Geschmackspräferenzen von Publiken zwischen den Ländern und Städten Europas doch sehr große Unterschiede. Ähnliches gilt für die typische, stadtbildprägende Kinoarchitektur,<sup>10</sup> die deswegen »typisch« war, weil sie einen Wiedererkennungswert hatte. Die Varianten nationaler Entwicklung waren aber offensichtlich größer als dies architekturgeschichtliche Darstellungen bislang wahrnehmen. Dies und die städtischen Kontexte von Kinoarchitekturentwicklung zeigen die Beiträge von Guido Convents und Karel Dibbets sowie Brigitte Flickinger. Hierbei wird man auch stadtinterne Differenzierungen des Kinoangebots, die soziale Topografie der Filmrezeption und ihr Zusammenhang mit anderen städtischen Vergnügungsangeboten beachten müssen.<sup>11</sup>

Ganz ähnliche Fragen stellen sich hinsichtlich der Entwicklung von Filmpubliken und der Verbreitung ortsfester Kinos: Wann verschwanden Wanderbetriebe wirklich? Wann entstanden die Kinopaläste und wie wichtig waren sie für die Filmrezeption?<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Z.B. H. Reimers, *Von der Kaiserkrone zum CinemaxX – Die Geschichte der Kieler Filmtheater*, Husum 1999; J.-H. Bauer, *Hingabe an die Gegenwart. Kinos in Heidelberg vor dem 1. Weltkrieg*, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 3, 1998, S. 179–196.

<sup>10</sup> Vgl. D. Atwell, *Cathedrals of the Movies: A History of British Cinemas and their Audiences*, London 1980; F. Penz/M. Thomas (Hrsg.), *Cinema and Architecture. Méliès, Mallet-Stevens, Multimedia*, London 1997.

<sup>11</sup> Vgl. A. Arns, *»Kein Rokoschloß für Buster Keaton«*. Zur Geschichte des Großkinos, in: I. Schenk (Hrsg.), *Erlebnisort Kino*, Marburg 2000, S. 15–33, hier S. 30; C. Müller, *Frühe deutsche Kinematographie: Formale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung 1907–1912*, Stuttgart/Weimar 1994, bes. S. 32 f.; W.M. Schwarz (s. A 3), S. 67–105.

<sup>12</sup> Vgl. C. Zimmermann, *Städtische Medien auf dem Land. Zeitung und Kino von 1900 bis zu den 1930er Jahren*, in: Ders./Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900, Basel/Boston/Berlin 1999*, S. 141–164.



Abb. 2: Theaterarchitektur im Vorort: Die »Union-Theater-Lichtspiele« im Saal des Gasthauses »Zum Ritter« in Mühlberg bei Karlsruhe, Quelle: G. Bechtold, Kino. Schauplätze in der Stadt, Karlsruhe 1987.

Tritt der Charakter des Kinos als »verführerische Nachtarchitektur«<sup>13</sup> auch außerhalb der Metropolen so ausgeprägt in Erscheinung wie beispielsweise in Paris beim Palace Gaumont?<sup>14</sup> Viertens zeigt sich die Beziehung zwischen Stadt und Kino bei den Publiken selbst: Wie setzten sie sich in verschiedenen historischen Phasen und angesichts unterschiedlicher kommunal dimensionierter Sozialstrukturen zusammen? Was waren die Motive des Publikums, Filme anzuschauen, generell und filmspezifisch<sup>15</sup> (dazu u.a. Clemens Zimmermann) sowie in Groß- und Kleinstädten?<sup>16</sup> Die kommunikative Bedeutung des Kinos für die Städterinnen und Städter, wie man diesen Raum wahrnahm, wie man ihn nutzte, wie er gerade zum »städtischen« Ort per se wurde, der gar nicht so »anonym« war, wie oft behauptet wird, ist keineswegs beantwortet.<sup>17</sup>

Sicherlich war das Kino eine ganz neue Form der Unterhaltung, aber kann man sagen,

<sup>13</sup> Vgl. C. Bignens, Kinos. Architektur als Marketing. Kino als massenkulturelle Institution. Themen der Kinoarchitektur. Zürcher Kinos 1900–1963, Zürich 1988.

<sup>14</sup> Vgl. R. Abel, The Ciné Goes to Town. French Cinema 1896–1914, Berkeley/Los Angeles/London 1998, 55.

<sup>15</sup> N. Hiley, »At the Picture Palace«: The British Cinema Audience, 1895–1920, in: J. Fullerton, (s. A 1), S. 96–103, hier S. 101.

<sup>16</sup> Zum ländlichen und kleinstädtischen Milieu: D. H. Warstat, Frühes Kino in der Kleinstadt, Berlin 1982, bes. S. 175.

<sup>17</sup> Annäherungen an verschiedene (frühe) Kinopublikum u.a. bei: W. M. Schwarz (s. A 3), bes. S. 106–112.

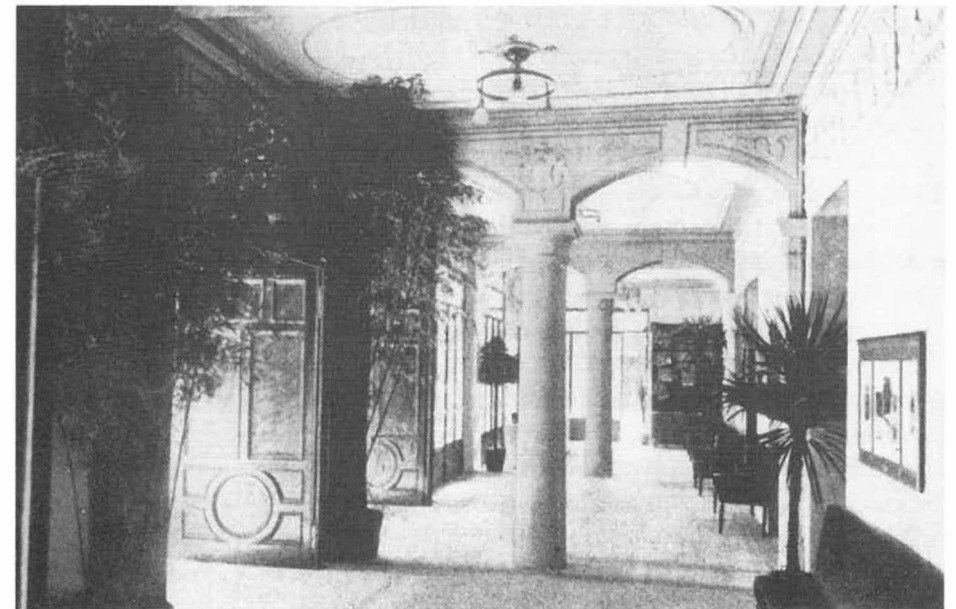


Abb. 3: Luftig und luxuriös: Das Kino »Giardini« in Mailand, 1917; Quelle: E. Pasculli, Milano Cinema Prodigio, Milano 1998.

dass ihr ein Verlust an »traditionellen« Kontakten und Soziabilitätsformen zuvorging?<sup>18</sup> Welche »Freiheiten« eröffnete der Kinobesuch den einzelnen Zuschauerinnen und Zuschauern? An diese auch inhaltliche Frage schließt sich die nach lokalen Kinodebatten und Zensurpraktiken an. Dass die lokalen Kinodebatten als Rahmenbedingungen und Einflussgröße des kommunalen Kinogeschehens gesehen werden müssen, zeigt der Beitrag von Corinna Müller.<sup>19</sup>

Die Entwicklung des Kinos steht seit seinem Beginn im Kontext sich ständig ändernder Freizeitindustrien, der Neustrukturierung sozialer Zeiten und sich wandelnder Ansprüche an die »Perfektion« von Film. Einen aktuellen Beitrag dazu leistet Alfons Arns zur Cinemax-Problematik, der damit Tendenzen der städtischen Kinoentwicklung nachgeht, wie sie sich auch in anderen europäischen Ländern abzeichnen und sich in Deutschland in den einzelnen Bundesländern durchaus unterschiedlich zeigen. Arns deutet hierbei die Folgen an, die sich für die bestehenden städtischen Standorte aus der neuen Konkurrenzsituation ergeben.

<sup>18</sup> S. Henseler, Soziologie des Kinopublikums. Eine sozioempirische Studie unter Berücksichtigung der Stadt Köln, Frankfurt am Main 1987, S. 31, 51–54.

<sup>19</sup> T. Mahner, »Kintipptopp«. Kinematographengeschichte Flensburgs bis 1933, Flensburg 1999; G. Kilchenstein, Frühe Filmzensur in Deutschland. Eine vergleichende Studie zur Prüfungspraxis in Berlin und München (1906–1914), München 1997, siehe auch A. Kuhn, Cinema, Censorship and Sexuality 1909–1925, London/New York 1988.

## Paris – London: Stadtkörper und Körper, auf die es ankommt

Hier soll an einer kleinen Auswahl von Filmen aus der Zeit um 1929/30 die Darstellung von Paris und London untersucht werden. Ausschlaggebend für die Auswahl der Filme lag in ihrer Gemeinsamkeit, dass sich in ihnen nämlich das Erzählen über diese beiden Städte in erster Linie in der Frau aus der Arbeiterklasse ausdrückt – gemeint ist dabei die Frau als »Körper«. Wenn auch der Mann – ebenfalls als »Körper« verstanden – in diesen Filmen nicht fehlt, so ist doch entscheidend, dass die Frau den Mittelpunkt des filmischen Erzählens bildet. Das Erzählen hängt davon ab, was sie tut. Für ihr Tun wird sie, wenn nicht direkt bestraft (ermordet, ins Gefängnis geworfen), dann doch letztlich einer empfindlichen indirekten »Strafe« unterzogen, indem sie mundtot gemacht, ausgeschlossen, zur Vernunft gebracht oder verheiratet wird. Solche Folgen lassen vermuten, dass der weibliche Stadtkörper seine Grenzen nur mit Maßen überschreiten kann und dass die männliche Vorherrschaft zwiespältig ist, sofern es um den Umgang mit handelnden Frauen geht und zwar Frauen, die in eine urbane Umgebung gestellt sind.

### 1. Die Beispielfilme und ihr historischer Kontext

Für meine Mikrostudie habe ich vier Filme ausgewählt: *Piccadilly* (E. A. Dupont, GB 1929), *Blackmail* (Alfred Hitchcock, GB 1929), *Sous les toits de Paris* (René Clair, F 1930) und *L'Atalante* (Jean Vigo, F, veröffentlicht 1934). Jeder der vier Filme führt eine Lebenssituation in der (städtischen) Arbeiterklasse vor. In allen Fällen ist die Protagonistin auf eine Veränderung aus. In *Piccadilly* arbeitet die Hauptgestalt, eine Chinesin namens Shosho (Anna May Wong), anfangs als Tellerwäscherin in einem Nachtclub am Piccadilly. Doch sie tanzt und wirbelt sich zu Ruhm, indem sie ihren Chef Valentine Wilmot »umgarnt«. In *Blackmail* trachtet Alice (Anny Ondra), die Tochter von Ladenbesitzern, nach einem aufregenderen Leben – und entgeht dabei nur knapp einer Vergewaltigung –, bevor sie sich mit ihrem eher langweiligen Freund (dem Polizisten Frank) häuslich niederlässt. In *Sous les toits de Paris* versucht Pola (Pola Illéry), eine Emigrantin aus Rumänien, sich in dem Arbeiterviertel, in dem sie wohnt, zu integrieren. In *L'Atalante* schließlich heiratet die vom Land stammende Juliette (Dita Parlo), in der Absicht, den erstickenden Traditionen des Dorflebens zu entgehen, findet sich dann aber von der besitzergreifenden Liebe ihres Ehemannes Jean (Jean Dasté) auf dessen Schleppkahn *L'Atalante* eingekerkert. Sie sehnt sich nach den Abenteuern der Metropole – Paris – und flieht, um sie zu suchen.

In *Piccadilly* und *Blackmail* steht jeweils ein Mord im Mittelpunkt. In *Piccadilly* ge-



Abb. 1: Anna May Wong;  
Quelle: Archiv Susan Hayward.

schieht der Mord aus Eifersucht. Mabel (die Startänzerin im Nachtclub und Mätresse von Valentine) bedroht Shosho mit einer Pistole und verlangt von ihr, auf Valentine zu verzichten. Shosho lehnt das ab, es folgt ein Kampf und aus Mabels Pistole löst sich ein Schuss. Mabel fällt in Ohnmacht. Als sie wieder zu Bewusstsein kommt, ist Shosho tot. In *Blackmail* tötet Alice ihren potentiellen Vergewaltiger, als dieser sie angreift. Fälschlicherweise wird ein anderer des Mordes bezichtigt, der bei seinem Fluchtversuch stirbt. Alice versucht verzweifelt, ein Geständnis abzulegen, wird aber von ihrem Freund wirksam zum Schweigen gebracht.

Auch in den beiden französischen Filmen unterbricht das Handeln der Frau den Erzählverlauf und schafft ein Chaos – doch von ganz anderer Art. In *Sous les toits de Paris* denunziert Polas Freund Fred, ein äußerst possessiver und gewalttätiger Mann, Polas Verehrer Albert bei der Polizei. Er bezichtigt ihn der Hehlerei

und bringt ihn damit ins Gefängnis. Als Albert wieder freikommt, hat Pola den böartigen Fred bereits verlassen und sich in Louis, Alberts besten Freund, verliebt. Albert ringt mit sich, akzeptiert aber dann die Situation, weil ihm seine Freundschaft mit Louis wichtiger ist als der Kampf um eine Frau. In *L'Atalante* flieht Juliette nach Paris, bezaubert von dem, was ihr ein Drogenhändler über den Reiz der Hauptstadt vorgeschwärmt hat. Zunächst ist sie vom Fluidum dieser Stadt begeistert. Doch dann, ohne Geld und verzweifelt auf Arbeitssuche, geht sie in Paris völlig unter. Sie versteht diese Stadt nicht und fühlt sich von ihr abgelehnt – in den Schlangen beim Stempeln ebenso wie in ihrem Spiegelbild in den Schaufenstern der Boutiquen, von denen sie grausam ausgeschlossen ist.

Wie wir bereits sehen können, unterbricht in den beiden französischen Filmen der weibliche Stadtkörper der Arbeiterin die Ordnung ganz anders als in den beiden britischen, obwohl es in allen vier Geschichten um Genderbeziehungen geht. In *Piccadilly* und *Blackmail* nimmt der Mord und seine Durchführung die handelnde Frau ganz ein, während in den französischen Filmen die Störung weit schwächer ist. Überdies besitzt, wie wir noch sehen werden, die Frau in den britischen Filmen weit

mehr körperlichen Bewegungsspielraum als in den französischen. Pola ist eine ausländische Verführerin, die wenig tut; sie spielt lediglich Männer gegeneinander aus. Und sie kommt nie aus dem winzigen Stadtbezirk von Paris heraus, in dem sie wohnt. Juliette (die Frau vom Land) setzt sich, kaum in Paris, allen möglichen Gefahren aus, selbst der Gefahr, zur Prostituierten zu werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, wie Arbeiterinnen oder Frauen, die sich der Landflucht nach Paris angeschlossen hatten, im französischen Kino der Stummfilmzeit (vor allem nach dem Ersten Weltkrieg und in den 20er Jahren) gewöhnlich dargestellt wurden. Die sentimental und realistischen Filme dieser Epoche (die in derart populären Genres zahlreich waren) erzählten gern von verlassenen (alleinstehenden) Müttern oder verletzlichen Mädchen, die Übergriffen, Leid und Ausbeutungen ausgesetzt waren. Häufig begingen diese mittellosen Frauen Selbstmord, um sich aus ihrer Zwangslage zu befreien, oder es kam vor, dass sie fünf Minuten vor Zwölf von einem ehrwürdigen älteren Mann gerettet wurden.

Frankreich stand in dieser Periode vor kaum zu bewältigenden sozialen Problemen, in erster Linie infolge des Krieges, aber auch aufgrund der sich beschleunigenden Urbanisierung, die schon vor dem Krieg eingesetzt hatte.<sup>1</sup>

Die bürgerliche Furcht vor dem »Mob« erstreckte sich nun auch auf die Arbeiterin, die gleichermaßen als möglicher Störfaktor galt. Politisch und juristisch schlug sich die Furcht vor der weiblichen Kraft in der Wirtschaft in Diskursen nieder, die sehr klar durchblicken ließen, dass Frauen nicht zu trauen war (so wenig wie ihren männlichen Kollegen aus dem Proletariat). Nach dem Krieg wurden die Frauen durch strenge Gesetze reglementiert: Seit 1920 konnte die Verbreitung von Verhütungsmitteln und seit 1923 auch die Abtreibung legal mit Gefängnis gestraft werden, 1922 wurde überdies der Gesetzesentwurf für das Frauenstimmrecht abgelehnt. Es sollte noch weitere zweiundzwanzig Jahre dauern, bis Frauen zur Wahl gehen durften. Hinzu kam, dass eine Frau, die einmal verheiratet gewesen war, weiterhin der Vormundschaft ihres früheren Gatten unterstellt blieb. In den 20er und 30er Jahren sorgte die gesellschaftliche Ordnung in Frankreich demnach ausdrücklich dafür, die Frau »an ihrem rechtmäßigen Platz« zu halten. Was Wunder, dass sich sentimentale und realistische Filme beim Publikum, besonders dem bürgerlichen Publikum, großer Beliebtheit erfreuten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Zu den Spannungen in der französischen Gesellschaft vgl. *H.-G. Haupt*, Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789, Frankfurt am Main 1989, S. 282–290; *P. Goubert*, The Course of French History, London 1991, S. 285–290.

<sup>2</sup> Vgl. *S. Hayward*, French National Cinema, London 1993, S. 84 f.



Abb. 2: Die Stadt im Film: Karl Grune, Die Straße 1931, Quelle: *I. Schenk* (Hrsg.), Dschungel Großstadt, Marburg 1999, S. 71.

Großbritannien war nach dem Ersten Weltkrieg, was die Frauen betraf, weniger intransigent. Frauen ab 30 Jahren erhielten 1918 das Wahlrecht (zur Belohnung für ihre Dienste im Krieg); 1928 wurde das Wahlmindestalter auf 21 Jahre herabgesetzt.<sup>3</sup> Die Beschäftigung von Frauen nahm zu, allerdings war sie gewöhnlich unqualifiziert und schlecht bezahlt. Die weibliche Lebensweise modernisierte sich jedoch insofern, als in der Zwischenkriegsepoche auch Frauen von der vermehrten Freizeit profitierten. Fraglos hat der Krieg die Vorstellungen über Sieg, Heimatfront und männliche Identität tiefgreifend beeinflusst. Trotzdem war die herrschende Ideologie nicht bereit, auf die Vorherrschaft der patriarchalischen Werte zu verzichten – wie sehr sie auch Veränderungen in den Lebensbedingungen von Frauen zuließ. Die Vorstellung von der

<sup>3</sup> Zur Gesellschaftsgeschichte vgl. *S.J. Lee*, Aspects of British Political History 1914–1995, London/New York 1996, S. 82–96, 109–128. S. Alexander, Becoming a woman in London in the 1920s and 1930s, in: *D. Feldmann/G. Stedman Jones*, Metropolis. London. Histories and representations since 1800, London/New York 1989, S. 245–271.

Nation als einer Familie hatte daher auf die größere soziale und ökonomische Gleichheit der Frau einen viel weiterreichenden Einfluss als irgendein radikales Potential.<sup>4</sup>

Im britischen Film der 20er Jahre dominierten Themen, die schon im Jahrzehnt davor da waren: das Erbe und die gefallene Frau, Londons Unterwelt und seine Nachtclubs, die Überlegenheit ehrlicher Armut (wobei die Klassenzugehörigkeit ein Heiratshindernis bildete), die Erneuerungswirkung des Krieges, nichtsnutzige Drückeberger und dumme »Teutonen«.<sup>5</sup> In den späten 20er Jahren, aus denen die beiden britischen Filme stammen, gab es diese Themen zwar noch, doch kam es, insbesondere bei der Darstellung von Frauen, zu gewissen Neuerungen, die den nationalen und sozialen Interessen der Zeit entsprachen.<sup>6</sup>

Das besagt, dass die soziale Situation der Frau in beiden Staaten nicht unbeträchtlich differierte. Im folgenden möchte ich untersuchen, inwieweit wir den Standort der Frau in den Hauptstädten London und Paris als eine Verkörperung zeitgenössischer Probleme ansehen können. Das wird es uns erleichtern zu verstehen, auf welche Weise die Körperlichkeit dieser beiden Städte (die Stadtkörper von London und Paris) in ihrer filmischen Gestalt der späten 20er und frühen 30er Jahre uns eine Interpretation dieser scheinbar so verschiedenen Städte hinsichtlich von Gender, Geschlecht und Rasse (race) bietet. Erhalten wir durch die Art und Weise, in der diese länderspezifischen Kinos Körper vorstellen – Körper, auf die es ankommt, und Körper, auf die es nicht ankommt –, einen Schlüssel zum Verständnis dieser Stadtkörper und Fundorte für Gemeinsamkeiten und Unterschiede? Was erfahren wir aus dem, was sich deckt, und dem, was divergiert, über das Verständnis von Identität der jeweiligen Staaten bzw. Nationen zu jener Zeit – vor allem angesichts des bestehenden Widerspruchs zwischen ihrer (falschen) Selbstwahrnehmung als große Kolonialmächte und ihrer Realität als niedergehende Wirtschaftsstandorte?

## 2. Körper-Topographien

Als erstes interessiert mich, welchen Stadtraum diese Frauen bewohnen und wieviel Bewegungsspielraum sie in der Stadt haben. Was sind die Stadtgrenzen für diese Frauen? Sagen uns diese Grenzen etwas? London ist wie Paris eine geteilte Stadt.<sup>7</sup> Vor allem in den 20er und 30er Jahren war die Teilung beider Städte nicht unähnlich. Zum einen sind sie auf »natürliche« Weise durch einen Fluss zweigeteilt. Bedeutsamer

<sup>4</sup> Vgl. S. Street, British National Cinema, London 1997, S. 47.

<sup>5</sup> R. Low, The History of the British Film 1914–18, London 1950, S. 201.

<sup>6</sup> Dazu S. Street (s. A 2), S. 39.

<sup>7</sup> Zu den Stadtgeschichten und -topographien vgl. R. Porter, London. A Social history, London 1994; K. Young/P. Garside, Metropolitan London. Politics and Urban Change 1837–1981, London 1982; A. Fourcaut, Introduction, in: dies. (Hrsg.), La ville divisée. Les segregations urbaines en question France XVIIIe-XXe siècles, Paris 1996, S. 9–20; M. Le Clère (Hrsg.), Paris de la Préhistoire à nos jours, Saint-Jean-d'Angély 1985, S.582–610.



Abb. 3: Die Stadt im Film: Walter Ruttmann, Berlin, Symphonie einer Großstadt (1928), Quelle: D. B. Clarke (Hrsg.), The Cinematic City, London/New York 1997, S. 38.

ist aber eine zweite Teilung nach Gesellschaftsklassen, nämlich die in Ost und West. In London sprechen wir automatisch von West End und East End. Auch Paris ist ost-westlich geteilt und zwar durch seine Hauptschlagader, den Boulevard Sebastopol, der sich jenseits der Seine als Boulevard St. Michel fortsetzt. In beiden Städten war bezeichnenderweise der östliche Abschnitt nördlich des Flusses die Arbeitergegend. Bis vor kurzem (bis zu ihrer »gentrification«, ihrer sozialen Aufwertung, in den 80er Jahren) wurde in beiden Städten sehr wenig getan, um in diesen Regionen die Wohnverhältnisse zu verbessern und Häuser zu modernisieren. Was uns hier interessiert, ist die Zusammensetzung der Bevölkerung in den East Ends dieser beiden Städte. Topographisch zählen in London dazu: Limehouse, Whitechapel, Bethnal Green und Poplar – wahre Schmelztiegel, in denen sich Cockneys mit Chinesen, Juden mit kleinen und großkalibrigen Gangstern mischen. Dies ist das Reich der städtischen Nächte mit ihrer Aura von Kriminalität, Prostitution, Unsicherheit und Angst. In Paris reicht die Domäne der Arbeiterklasse von dem riesigen Areal der Markthallen, Les Halles, bis zu den Hügeln von Belleville und Ménilmontant. In dieser Gegend wohnen nicht nur Arbeiter, sondern auch Kriminelle. In der Zeit, um die es hier geht, kamen die Einwanderer in dieser Gegend aus den europäischen Staaten östlich von Frankreich, zu-

meist als Flüchtlinge (z. B. polnische Juden). Mit anderen Worten, der Rassenkörper war damals in Paris noch nicht zu erkennen.

Was den weiblichen Stadtkörper angeht, besteht der erste beachtliche Unterschied zwischen den zwei Filmgruppen in der Mobilität der Frau. In den beiden britischen Filmen haben die weiblichen Hauptgestalten eine beträchtliche Bewegungsfreiheit. In *Piccadilly* durchquert Shosho die Stadt von ihrem East-End-Wohnort Limehouse (damals weitgehend ein Chinesenghetto) bis Piccadilly im West End, wo sie arbeitet. Zunächst als bescheidene Tellerwäscherin geht sie zu Fuß, später als Nachtclub-Superstar fährt sie mit dem Auto. In *Blackmail* verlässt Alice, nachdem sie ihren Angreifer umgebracht hat, dessen Wohnung in Chelsea und wandert durch das West End den langen Weg nach Piccadilly Circus, hinunter nach Haymarket, vorbei an den sich leerenden Theatern, zum Trafalgar Square, weiter nach Whitehall (in der Nähe war damals New Scotland Yard) und von dort zum Embankment. Im Morgengrauen schleppt sie sich müde zurück nach Chelsea, wo sie (gleich um die Ecke der Mordszene) zu Hause ist. Wichtig ist, dass sie sich ungehindert durch das gesamte West End von London bewegen kann. Menschen gleiten an ihr vorüber, ohne Notiz von ihr zu nehmen. Sie ist ein gespenstischer Flaneur, von ihrer Tat verfolgt zwar, aber trotzdem frei, nach Belieben durch diesen Teil der Stadt zu gehen. Ebenso kann auch Shosho die klassengebundenen Sektoren Londons (East End / West End) ungehindert durchqueren. Ganz anders in den beiden französischen Filmen. Pola in *Sous les toits de Paris* muss wegen der Bedrohung durch Fred ihr Zimmer verlassen. Er hat den Schlüssel zu ihrem Zimmer entwendet und beabsichtigt, sie zu vergewaltigen. Sie flieht auf die Straße und wandert dort hin und her – auf ganz engem Raum – sichtlich in Angst. Albert kommt vorbei und bietet ihr an, die Nacht in der Sicherheit seines Zimmers zu verbringen. Pola ist also nicht nur tagsüber auf das kleine Viertel im Ostteil von Paris, in dem sie wohnt, beschränkt; in der Nacht ist ihr Körper nicht minder eingengt – muss er »unausgesprochene« Ausgehverbote hinnehmen (sie darf nicht länger als ein paar Sekunden allein sein). Ähnlich sieht Juliette in *L'Atalante* ihren Körper bedroht, als sie den Lastkahn, der am Kanal St. Martin in La Villette, im Ostteil von Paris, angelegt hat, verlässt. Mehrere Männer versuchen sie abzuschleppen, und – wie zuvor Pola – so sind auch ihr enge Grenzen gesetzt. Als es ihr gelingt, eine Arbeitsstelle zu finden, sehen wir sie überhaupt nur noch entweder in einem kleinen Schlafzimmer oder in einer Art Verschlag eingesperrt, in dem sie Schallplatten verkauft. Der weibliche Stadtkörper ist also in unterschiedlichem Ausmaß von Verboten umgeben, je nachdem, ob die Frau sich in London oder Paris befindet.

Bei unserer Auswahl von Filmen kommt auch die Frage nach dem fremden, dem durch die Rasse bestimmten Stadtkörper ins Spiel. In *Piccadilly* ist es der chinesische Körper, besonders der Shoshos. In *Sous les toits de Paris* ist es der Polas, der Körper der Rumänin. Das Interessante ist hier jedoch, dass diese Körper, die etwas Exotisches (Fernöstliches, Orientalisches) ausdrücken, nicht etwa selbst die kriminellen

Körper sind. Sie stacheln nur andere, den einheimischen Anderen, zum Verbrechen an. In *Piccadilly* ist es die weiße Engländerin Mabel (Gilda Gray), die, so wird uns nahegelegt, Shosho in einem *crime passionnel* erschossen hat, weil Shosho ihr den Geliebten »gestohlen« hat und ihn mit einem »grausamen« Spiel der Gefühle verrückt macht. (Mabel behauptet, Shosho liebe ihn gar nicht wirklich.) In *Sous les toits de Paris* hat zweifellos Pola Alberts Verhaftung ausgelöst: Sie brachte Fred, ihren damaligen Freund, aus der Fassung, indem sie sich erst weigerte, mit ihm zu schlafen, und dann wegging und bei Albert blieb. In beiden Fällen erscheint die Fremde als manipulativ, grausam und, in Shoshos Fall, als unergründlich (weder Valentine noch Mabel begreifen ihre Motive und Handlungen). Die »Fremdkörper« (fremd nach Rasse und Nation) sind demnach eine Bedrohung für die einheimische Gesellschaft, obwohl sie eigentlich nichts tun. Sie werden als passiv-aggressive, aber auch als unlesbare (fremde, exotische) Stadtkörper dargestellt. Das macht ihre Bedrohlichkeit aus – bedrohlich für den Staat bzw. die Nation.

Das Bild vom Fremdkörper, der die Nation wie eine Krankheit erfasst und in ihr seinen üblen Einfluss verbreitet, kehrt in der europäischen Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder (Vampirgeschichten und Science-Fiction sind zwei kulturelle Archetypen dafür). Stärker betont wird dieses Bild in Zeiten nationaler Krisen; und tatsächlich waren die späten 20er und frühen 30er Jahre für die europäischen Nationen, insbesondere für Großbritannien, Frankreich und Deutschland, solche Krisenzeiten. Die Verschiebung dieser Angst auf Fremdkörper (den Juden, den Schwarzen etc.) wird zu einem Mittel, die Angst vor dem Machtverlust, der mit der nationalen Krise einhergeht, darzustellen. Interessant, dass hier die Verschiebung auf den weiblichen Stadtkörper stattfindet. Im Fall von Pola in *Sous les toits de Paris* bedroht ihre Fremdheit die Identität des männlichen Arbeiters, sie stürzt die Männlichkeit in die Krise. Männer denunzieren einander, kämpfen miteinander, um sie zu besitzen. Die männliche Arbeitersolidarität (zumindest nach Auffassung der politischen Linken das Rückgrat eines mythischen Frankreich) zerbricht an ihrer fremden, neckischen und hinterhältigen Art. Im Fall von *Piccadilly* scheint der Geist von Mata Hari noch im Bewusstsein der Nation lebendig zu sein (als verschlagene ausländische Spionin – auch sie war Tänzerin –, soll sie, so will es der Mythos, viele Männer in den Tod gerissen haben).<sup>8</sup> Mabels Übergriff auf Shosho geschieht, wie Shosho selbst sagt, ebenso sehr aus rassistischen wie aus Motiven der Eifersucht. Denn Mabel ist das reinrassige englische Mädchen. Shosho wird früh im Film als liederlich und schlampig bezeichnet. Als Mabel von Shosho verlangt, sie solle von Valentine ablassen, entgegnet Shosho:

»Ich weiss, du siehst auf mich herab, weil ich Chinesin bin, du aber Engländerin bist,

<sup>8</sup> Mata Hari (1876–1917), niederländische Kurtisane und Geheimagentin. Sie wurde 1902 in Paris Berufstänzerin und arbeitete wahrscheinlich sowohl für den französischen als auch für den deutschen Geheimdienst. 1917 wurde sie von den Franzosen hingerichtet.

und weil ich Küchenmagd war und weil ich hier in Limehouse gewohnt habe, und nicht so Englisch rede wie du und mich nicht benehme wie du. Und wenn ich, das chinesische Mädchen, Küchenmagd war? Warum wohl? Das kommt von all dem, was ihr Europäer China angetan habt. Warum habt ihr uns in China nicht in Ruhe gelassen? Glaubst du, ich weiß nicht, was alle Chinesen in Limehouse über die Engländer in China sagen?«<sup>9</sup>

Shosho prangert die Intoleranz des vorherrschenden rassistischen (weiblichen) Stadtkörpers an mitsamt seiner Verständnislosigkeit für ein Anderssein. Solange die Andere sich bescheidet und nur den ihr zugewiesenen Körperraum als Küchenmagd oder Tanzattraktion im Nachtclub einnimmt, ist alles in Ordnung. Wehe aber, sie überschreitet diese Grenzen und äußert Wünsche – insbesondere den Wunsch nach einem Weißen oder gar einem Engländer. Aber in diesem Aufschrei geht es um mehr als nur um rassistische Fragen. Shoshos klare Worte machen es unmöglich, den Subtext zu diesem Film zu übergehen, der mit ihrer körperlichen Präsenz zusammenhängt, nämlich dass sie es wagt, imperialistische Macht in Frage zu stellen. Die »Kolonisierte« (Shosho) gibt Widerworte – und stirbt dafür.

Im Fall von Alice, in *Blackmail*, richten sich ihre Taten unter anderem gegen den nach Klassen gegliederten Stadtkörper. Doch beginnen wir mit ihrem Namen: Alice White, die englische Rose par excellence, hell, mit dem Gesicht eines Putto.<sup>10</sup> Als Tochter von Ladenbesitzern (Tabak und Zeitschriften) gehört sie sinnbildhaft zur Identität der Nation (als einer Nation von Ladenbesitzern). Ihr Freund Frank ist Polizist und arbeitet bei Scotland Yard, genauer gesagt, wurde er innerhalb der Polizeitruppe gerade zum Kriminalbeamten befördert. Ganz am Anfang des Films sehen wir ihn bei einer Festnahme. Er ist also ein wahrer Vertreter von Recht und Ordnung in der Londoner Gesellschaft und gehört einer trefflichen neuen Einheit von New Scotland Yard an, die in einem Gebäude außerhalb von Whitehall untergebracht ist.<sup>11</sup> Und er macht Karriere, wird befördert (wie uns der Umstand zeigt, dass er Zivil trägt). Alice aber, und das ist ein großes Aber, findet ihn langweilig und unattraktiv. Das Beste, was London zu bieten hat, der britische Bobby, die Verkörperung von Recht und Ordnung und alles Rechtschaffenen, ist für unsere kleine englische Rose Alice nicht gut genug. Alice braucht den Reiz des verbotenen Rendezvous. Sie hat sich einen Künstler namens Crewe ausgesucht – einen Mann, der gesellschaftlich höher steht als sie und ein möbliertes Zimmer (ein Studio) in Chelsea besitzt, das von seiner Wirtin in Ordnung gehalten wird. Alice ist zunächst fasziniert von dem Unterschied in Klasse und Format. Sie spielt in seinem Studio – schmiert Farbe auf eine Leinwand, hüllt sich in ein märchenhaftes, flauschiges Gewand. Doch Alice ist nicht im

<sup>9</sup> A. Bennett, *Piccadilly: The Story of the Film*, London o.J., S. 169 f.

<sup>10</sup> Dazu T. Modleski, *The Woman Who Knew Too Much: Hitchcock and Feminist Theory*, New York 1988, S. 21.

<sup>11</sup> New Scotland Yard ist heute in Victoria Street.

Wunderland und wird auch nicht dahin kommen. Zwar steht es ihr also frei, unbeachtet und ungehindert durch die Stadt zu streifen, aber es steht ihr nicht frei, andere, genau genommen unsichtbarere Grenzen wie die ihrer Klassenzugehörigkeit zu überschreiten. Klassen haben ihre gesellschaftlich fixierten Regeln – unsere englische Rose ist zu weit gegangen und begreift die Regeln nicht, zu denen sie verpflichtet ist. Aber sie hat noch eine andere Grenze überschritten, die mit ihrer Geschlechtszugehörigkeit zusammenhängt. Sie greift zu physischer Gewalt – beantwortet Gewalt mit einem Mord – eine Haltung, die wir doch eher als männlich denn als weiblich ansehen. Schließlich ist sie indirekt auch noch für den Tod eines anderen Mannes verantwortlich.

Entscheidend ist, dass sie ungestraft davonkommt. Sicherlich plagen sie Schuldgefühle und versucht sie, ein Geständnis abzulegen, doch Frank hält sie davon ab und zwingt sie weiterhin, still zu sein. Der Preis, den Alice für ihre doppelte Übertretung (der Klassen- wie der Gendergrenze) zu zahlen hat, ist Schweigen. Tania Modleski drückt das so aus: »Eine der Hauptabsichten des Films besteht darin, der Frau die Kraft zu nehmen.«<sup>12</sup> Die frei in der Stadt herumwandernde Frau gefährdet Recht und Ordnung. Sie ist unzuverlässig, gewalttätig und zum Mord fähig, mit anderen Worten, sie nimmt einen Raum ein, der ihr nicht zukommt, den der männlichen Kraft. Frank, als die Verkörperung von Recht und Ordnung (die wahre männliche Kraft), hat die Aufgabe, sie an ihren Platz zurückzuführen.

In *L'Atalante* werden die Genderprobleme im stark sexualisierten Körper ausgetragen. Es gibt drei Hauptpersonen: Jean, den besitzergreifenden Ehemann und Kapitän des Schleppkahns; Père Jules (Michel Simon), seine rechte Hand, eine exzentrische, surreale Gestalt, umgeben von Katzen und allen möglichen seltsamen Gegenständen; und schließlich Juliette. Jean vertritt Zucht und Ordnung und versucht, seine Frau so weit zu disziplinieren, dass sie mit den Grenzen des Kahns, auf dem sie leben, zufrieden ist. Jules (trotz seines Spitznamens Père seinem Aussehen nach kaum ein Patriarch) ist weise und allwissend. Interessant, dass er es ist, der Juliette in Paris aufspürt (nicht Jean). Er haust in einem vollgestopften Raum und verkörpert ein surreales, anarchisches Wesen. Er bildet den Mittelpunkt des Zaubers, der Juliette anfangs fasziniert – eine erste Attraktion, die ihr Lust macht auf mehr: mehr Erregung in Gestalt von Paris. Doch das Paris, das sie vorfindet, hat nicht die magischen, surrealen Züge, die Jules Persona ihr verheißen hatte. Ebenso wenig ist es der wirkliche, glamouröse Raum, den ihr Verführer ihr vorgegaukelt hat – zumindest nicht für sie. Paris ist einsam, kalt und abweisend. Dort kann sie (wie uns ihre Träume zeigen) nicht lange überleben. Jules betätigt sich als Vermittler, als väterlicher Mittelsmann, der Juliette aus der Stadt zurückholt. Dieser völlige Chaot (der sich instinktiv im laby-

<sup>12</sup> T. Modleski, (s. A 10), S. 19.

rinthischen Paris zurechtfindet) gibt Juliette – ihre Erfahrung hat sie etwas geläutert – ihrem (ebenfalls geläuterten) Ehemann zurück. Dem Vektor aus Chaos und Surrealismus, verkörpert in Jean, gelingt ein Ehekompromiss. Mit anderen Worten, die Stadt übersteigt Juliettes Mittel und Grenzen – übersteigt ihre bäuerliche Herkunft. Ihr sexualisierter Körper hat in Paris keinen Platz, so muss sie vom »Vater« dahin zurückgebracht werden, »wohin sie gehört« (außerhalb der Stadtmauern). An alledem ist etwas ungerecht: Obwohl dem Zuschauer wie auch Juliette klargemacht wird, dass sie hier fehl am Platze sei, ist Juliette findig genug, eine Arbeitsstelle als Verkäuferin in einem Schallplattenladen zu erhalten. Wirtschaftlich kommt sie zu Rande, nicht aber emotional. Ihre Sehnsucht nach Jean quält sie, doch kann sie aus eigenen Stücken den Weg zurück nicht finden. Jetzt hält sie das Labyrinth von Paris gefangen, wie sie zuvor der Lastkahn gefangengehalten hatte. Ihr fehlt das Wissen, das sie zu ihrem Geliebten zurückbringen würde. Nur Père Jules besitzt die Kraft, den sexualisierten Frauenkörper zu suchen, zu finden und seinem legitimen Raum, der nicht die Stadt ist, wieder zuzuführen. Als sexualisierter Stadtkörper kann Juliette nur ausgenutzt werden und riskieren, in die Prostitution gezwungen zu werden wie all ihre anderen Schwestern vom Land, die vor ihr nach Paris kamen (wenn wir der Tradition des realistischen und sentimentalischen Films der 20er Jahre glauben dürfen).

In diesem Film erscheint Paris gewiss nicht als das Spielfeld, das es in *Clairs Sous les toits de Paris* sein will. Hart und kompromisslos weist es diejenigen von sich, die nicht dazugehören. Insofern ist Vigos Film weit realistischer als *Clairs Phantasie* über das Spiel der Arbeiterklasse. In Vigos Film trägt Paris mit seiner Rolle als psychologischer Irrgarten dazu bei, die Genderbeziehungen zwischen den Ehegatten zu verbessern; es zwingt sie, ihre Beziehung im Hinblick auf ihre individuellen Wünsche neu zu bewerten, auch wenn das zur Folge hat, dass die Frau vom »Vater« an ihren »rechtmäßigen Platz« zurückgebracht wird.

### 3. Schluss

Auf verschiedene Weise zeigen uns diese ausgewählten Filme also eine Menge über Stadtkörper und Körper, auf die es ankommt. In allen Fällen bleibt das patriarchalische Gesetz gewahrt. Auch wenn der Körper, auf den es ankommt, der männliche Stadtkörper, vom Frauenkörper – der sich mal als Stadtkörper (Juliette), mal als männlicher Stadtkörper (Alice), mal als integrierter Stadtkörper (Pola) zu maskieren versucht –, ernstlich bedroht wird, hat er seine Gewalt über die Metropole behauptet. Die einzige Frau, die in diesen Filmen sterben musste, Shosho, hat als einzige den Kompromiss verweigert; sie war nicht bereit, dorthin zurückzukehren »wohin sie gehört«, wohin sie als weibliche kolonisierte Andere gehört. Allen diesen Filmen ist gemeinsam, dass sie die krisenhafte männliche Identität nach dem Krieg darstellen und dass sie zeigen, wie zur gleichen Zeit die Frau in der Arbeiterschaft und auf den

Straßen der Stadt sichtbar wird. In Großbritannien geht mit dieser Sichtbarkeit einher, dass die erwachsene Frau (ab 21 Jahren) jetzt eine legitime Stimme hat (sie darf wählen) – und wir stellen fest, dass in den beiden britischen Filmen die Kraft der Frau für viel gefährlicher gehalten wird als in den französischen. Wie diese potentielle Kraft zur Veränderung (in der Metropole und damit in der Nation) zum Schweigen gebracht werden kann, ist ein roter Faden, der alle vier Filme durchzieht. Angst vor Frauen ist in der Welt des Films nichts Neues. Bringen wir diese Angst aber in Zusammenhang mit einer Untersuchung der Darstellung der Stadt, so eröffnet uns das eingehendere Interpretationen, wie die Nation sich selbst wahrnimmt, vorausgesetzt, die Stadt, die Hauptstadt, steht metonymisch für die Nation.

*Aus dem Englischen von Brigitte Flickinger*

Clemens Zimmermann

## Das aktive Kinopublikum

Der Filmhistoriker Thomas H. Guback postulierte schon 1978, zur wahren Filmgeschichte gehöre das Kino im Sinne der »arrangements involved in cinema, and the means in which information and entertainment are processed and allocated as commodities«.<sup>1</sup> Doch nicht nur systemische Voraussetzungen für Kino, sondern auch Erwartungen und produktive, d.h. die Sinne einschließende, die filmischen Angebote verändernde und interpretierende Aneignung durch ein Publikum, sprich das Kino selbst, wie es sich erst über sein Publikum konstituiert, gehören heute zu den wichtigsten Gegenständen kulturhistorischer Kinoforschung. 1988 bemerkte Knut Hickethier, dass bereits die »gültige Ineinssetzung von Film und Kino... mehrfach aufgebrochen« sei, eben durch das wachsende Interesse im disziplinären Feld der Filmstudien bzw. der Medienwissenschaft für Distributionsweisen und Rezeption, d.h. Zuschauer.<sup>2</sup> In den siebziger Jahren hatte sich die Filmtheorie bzw. Filmgeschichte noch stark an Ideologiekritik orientiert und die Vorstellung gepflegt, Rezeption individualpsychologisch über psychoanalytische Kategorien beschreiben zu können.

Eine andere Richtung schlug Christian Metz<sup>3</sup> ein, der die explizite Unterscheidung von »Film«, verstanden als Einzelfilm und »Cinéma« einführte, was auf deutsch eben nicht anders oder fatalerweise ebenfalls als »Kino« zu übersetzen ist. Metz verstand unter Cinéma eine Abstraktion der existierenden Filme, ein komplexes System einer spezifisch sprachlichen Natur. Filmwissenschaft war dann folglich die »Untersuchung von (bedeutungstragenden) Diskursen oder von ‚Texten‘« zur Klärung einer filmspezifischen Sprache oder vielmehr der spezifisch filmischen Zeichen und seiner theoretischen narrativen Konstruktion. Dieser Ansatz ist nicht nur in Richtung semiotischer Theorie, sondern auch für die Filmgeschichte bzw. die »Film Studies« sehr wichtig geworden. Film oder »Kino«, wie es auf deutsch immer wieder heißt, ist für die theoretisch orientierte Filmgeschichte mehr als der Einzelfilm. Etwa Erzähllogiken, deren Analyse nicht allein das Produkt, sondern den Produktionsmodus der Regisseure wie Studiomanagement und Aufnahmetechnik beschreibt. Hochproblematisch bleibt hier jedoch die Methode, einen »spectator« zu konstruieren, dessen wahrscheinliche Hy-

pothesen über Erzählablauf und Sehgewohnheiten sowie Erwartungen an Genres ein Regisseur ständig einkalkuliere. Der idealtypische spectator stellt ein implizites Moment der Filmerzählung und der Bildkomposition dar, wie er nach Ansicht des Filmtheoretikers vom Produzenten gedacht wird.<sup>4</sup>

In den achtziger Jahren setzten dann Bemühungen ein, den im Filmtext vorausgesetzten idealen »spectator«, der eigentlich nur vorgegebene Normen, Erwartungen und Begierden erfüllte, stärker vom »real viewer« von Filmen abzugrenzen. Dies führte zunächst zur Betonung des subjektiven Charakters bei der dekodierenden Arbeit des Zuschauers. Ferner ging man davon ab, jeden Filmtext nur als Zitatmosaik zu verstehen. Schließlich beachtete man stärker die Art und Weise, wie Filme ein bestimmtes Publikum ansprechen und kam zu (allerdings bislang kaum breit durchgesetzten) Neuansätzen, die man als ethnographischen und zugleich historischen Zugang beschreiben kann, bei dem es nicht nur um soziale Konstituierung von Publikum, sondern auch um sich im Raum des Kinos ausbildende Identitäten und die subjektive Sicht von Filmen bei Zuschauern geht. Seit den achtziger Jahren wurden etwa in feministischen Neuansätzen die Komplexität und Widersprüchlichkeit bei Filmaneignung, z.B. bei Romanzen und Starkino, betont. Generell begann man sich die Frage zu stellen, ob verschiedene Filmgenres per se verschiedene Zuschauerarten anlocken.<sup>5</sup>

Während es also den früheren Filmstudien, wie das Irmbert Schenk beschrieb, »um die ästhetisch herausragenden Filme (ging), die einem formalen Wertekanon einschreibbar sind und die mit immer differenzierteren Verfahren ausgedeutet« wurden, werden heute die Publikumsfilme mit einbezogen. Schenk interessiert sich für die Wahrnehmung des Films und erkennt das Kino als den »eigentlichen Ort des kinematographischen Geschehens...« »Sie öffnet den Blick auf den Zuschauer, auf dessen Konstruktion bzw. Re-Konstruktion der [sogenannten] »Texte«. Dabei konzentrieren sich die Überlegungen nicht mehr nur auf die innerpsychische Tätigkeit der Wahrnehmung traumähnlicher Bilderfolgen, wie sie die besondere Kinosituation und der Blick auf die Filme bedingen, sondern auch auf die Rezeption im Zusammenhang vielfältiger Kontexte der Lebenspraxis von Zuschauern [sowie auf]... Möglichkeiten von Filmwirkung, ob und wie dort Lebensstile propagiert bzw. abgeschaut, Wahrnehmung und Phantasie modelliert oder umdisponiert werden.«<sup>6</sup> Zugleich entwickelten sich in der Geschichtswissenschaft verschiedene Varianten einer sozial- und kulturhistorischen Thematisierung von Kino. Bei der Frage von grundlegenden Qualitätsstandards, Methoden und bei Kontextbegriffen ergeben sich zwischen ge-

<sup>1</sup> Zitiert nach B.A. Austin, *The Film Audience: An International Bibliography of Research*, Metuchen/London 1983, S. XVIII.

<sup>2</sup> K. Hickethier, *Filmgeschichte zwischen Kunst- und Mediengeschichte*, in: *ders.* (Hrsg.), *Filmgeschichte schreiben*, Berlin 1989, S. 7–22, hier S. 8.

<sup>3</sup> C. Metz, *Sprache und Film*, Frankfurt am Main 1973.

<sup>4</sup> Paradigmatisch: D. Bordwell/J. Staiger/K. Thompson, *The Classical Hollywood Cinema: Film Style and Mode of Production to 1960*, New York 1985, 1989, S. 38, 40.

<sup>5</sup> Vgl. J. Mayne, *Cinema and Spectatorship*, London 1993, bes. S. 63–64.

<sup>6</sup> I. Schenk, Vorwort, in: *ders.* (Hrsg.), *Erlebnisort Kino*, Marburg 2000, S. 7–14, hier S. 7.

schichts- und literaturwissenschaftlichen Studien immer noch deutliche Divergenzen.<sup>7</sup> Für die Geschichtswissenschaft geht es zunächst um die situativen Mikrokontexte, in denen Medien gebraucht und interpretiert werden, die physischen Umgebungen und die interpersonalen Beziehungen der Rezeption. Diese lokalen Kontexte sind eingebettet in weitere strukturelle, gesellschaftliche Formationen, den Makro-Kontext.<sup>8</sup> Eine historische Theorie des Kinos wird anerkennen, dass es eine selbstreferentielle Produktionsebene von Film gibt und dieser eine semiotische Bedeutungsebene hat, den man sehr weit aufgefasst als einen Diskurs verstehen kann. Grundsätzlich aber gilt – und in diesem Punkt schließe ich mich Edgar Flaig an –, die Geschichtswissenschaft möge nicht darauf verzichten, zu beurteilen, »ob ein bestimmter historischer Diskurs Treue zu den Tatsachen zeigt«. Das setzt voraus, dass es eine Realität gibt, die nicht auf ihre »Qualität als Zeichenträger« reduziert werden kann.<sup>9</sup>

### 1. Das Kinopublikum in disziplinärer Sicht

Für die Geschichtswissenschaft ist das Kinopublikum zum ersten dasjenige, das sich an einem Ort im »Kinotheater«, wie man lange sagte, zusammenfindet. Denn Film im Fernsehen ist niemals Kino. Kino ist ganz konkret ein architektonischer Raum,<sup>10</sup> der sich gleichsam verdoppelt in der Institution des Kinos um die Ecke oder als Cinemax am Stadtrand. Der physische Ort Kino ist eingeschrieben in einem physischen Raum der Stadt, so wie das soziale Phänomen Kinopublikum in einem sozialen Stadtraum eingeschrieben ist. Dies ist durchaus die Bedeutung des Kino im engeren, umgangssprachlich vertrauten Sinn. Darüber hinaus kann man Kino als Raum von Routine und Kreativität verstehen, als Wahrnehmungsraum mit eigenen Regeln, in dem Aneignungspraxis eines realen Publikums stattfindet. Das Publikum vor Ort findet sich immer wieder neu und nur kurzfristig zusammen, besteht aus Individuen und konstituiert sich aber dennoch nicht aus unerforschbaren Akten heraus. Der Kinobesuch ist in eine Zeitordnung der Arbeits- und Haushaltsrhythmen eingelassen. Das Kinopublikum selbst ist zwar weniger strukturiert als etwa eine Schulklasse oder eine Vereinsgruppe, jedoch ist es nicht beliebig zusammengesetzt. Vom Stummfilmzeitalter bis heute ist es etwa durch Heiterkeits- oder Unmutsäußerungen am Gezeigten beteiligt: »Das Spiel Filmansehen ist ein wichtiges Mittel zur Bereicherung der Erfahrung und Gemeinsamkeit des Erlebens: Der Meinungs-austausch über das Gesehene ist ein

<sup>7</sup> Vgl. F. Casetti, *Theories of Cinemas. 1945–1995*, Austin 1999, S. 303 ff., 312.

<sup>8</sup> S. Moores, *Interpreting Audiences. The Ethnography of Media Consumption*, London 1992, 1995<sup>2</sup>, hier S. 32.

<sup>9</sup> E. Flaig, *Kinderkrankheiten der Neuen Kulturgeschichte*, in: R. M. Kiesow/D. Simon (Hrsg.), *Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit*, Frankfurt am Main 2000, S. 26–47, hier S. 34, 36.

<sup>10</sup> Vgl. A. Arns, »kein Rokoschloß für Buster Keaton«. Zur Geschichte des Großkinos, in: Schenk (s. A 6), S. 15–33.



Abb. 1: Ein getarntes Großkino:  
Das »Palast-Theater« in der Bielefelder  
Niedernstraße, 1928;  
Quelle: C. Fleer, *Vom Kaiserpanorama  
zum Heimatfilm*, Marburg 1996, S. 65.

signifikantes soziales und sozialisierendes Geschehen in unserer Gesellschaft.«<sup>11</sup> Das Publikum ist im Kino körperlich anwesend, so, wie es bei Konzerten oder im Theater anwesend ist, dort allerdings kann es das performative Geschehen auf der Bühne durch Zurufe, Störungen, durch Aufmerksamkeit oder Lässigkeit, über eine sich einstellende Atmosphäre konkret beeinflussen, was das Kinopublikum nicht kann, denn der Film ist ja fixiert und seine Darsteller sind nicht körperlich anwesend, d.h. das Kinopublikum kann nicht auf die Art und Weise interaktiv sein wie das Theaterpublikum.<sup>12</sup> Dennoch ist es kein passiver Faktor der Filmvorführung. Jedes Medium wird auf seine Art gebraucht, fordert soziale Rhythmen und Sinne heraus, verändert Geschmäcker und Selbstinszenierungen auf seine Weise.<sup>13</sup> Im frühen Kino wurde die Laufgeschwindigkeit von Filmen an das Zeitbudget des Vorführers und die Erwartungen des Publikums an-

<sup>11</sup> I.C. Jarvie, *Film und Gesellschaft. Struktur und Funktion der Filmindustrie*, Stuttgart 1974, S. 96.

<sup>12</sup> E. Fischer-Lichte, *Theater als Modell für eine performative Kultur*, Saarbrücken 2000, S. 23.

<sup>13</sup> Nach einem (radiospezifischen) Fragekatalog bei U.C. Schmidt, *Radioaneignung*, in: I. Marbolek/A. von Saldern (Hrsg.), *Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung, Zuhören und Gehörtwerden*, Bd. 1, Tübingen 1998, S. 243–360, hier S. 258 f.



Abb. 2: Lichtarchitektur als Stadterlebnis: »Titania-Palast«, Berlin 1928, Quelle: I. Schenk, Erlebnisort Kino, Marburg 2000, S. 12.

gepasst, notfalls spulte man einen langen Streifen kurz ab. Die Kinoerklärer vermittelten ebenfalls zwischen Film und Erwartungen Publikums, das Resultat konnte sein, dass »eine ganz, ganz andere Tragödie, als der Filmfabrikant gesehen hatte, ...vorüber(raste)«. <sup>14</sup>

Des weiteren ist Publikum etwas, das in größeren Einheiten existiert, nicht in der Form eines wirklichen sozialen Zusammenhangs, sondern als Konsumentengruppe und unsichtbare Gemeinschaft zerstreuter Individuen. Es handelt sich einerseits um Konsum innerhalb einer kommerzialisierten Freizeitsphäre, wie sie sich in der Urbanisierung entwickelte, andererseits sind auch in dieser Sphäre autonome Sinndeutungen und geistige Aktivitäten keineswegs ausgeschlossen. Dies gilt auch für den so genannten Starkult: »Stars are not inherent in film as medium but they are inherent in the cinema as a specific social institution.« <sup>15</sup> Einerseits werden Stars kulturindustriell

<sup>14</sup> Ulrich Rauscher, 1912 zitiert nach: H. Zischler, Kafka geht ins Kino, Reinbek 1996, S. 22; vgl. S. Gnam, Poeten der Dunkelheit: Glanz und Niedergang der japanischen Stummfilmerklärer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.05.2001.

<sup>15</sup> R. Dyer, Stars, London 1979, S. 17.

produziert, andererseits trägt das Publikum zu ihrer Entstehung ständig bei. <sup>16</sup> Sie werden über die Filme selbst wahrgenommen und ständig multimedial inszeniert, damit einem virtuellen Publikum bekannt, das weit über das eigentliche Kinopublikum hinausgeht. Nicht nur die filmische Welt ist mit »Stars bevölkert«, die das »gewisse etwas«, vor allem Schönheit, Ausdrucksfähigkeit und Sex-Appeal haben, sondern die medial inszenierte Welt überhaupt kann auf sie nicht verzichten. Dem Star haftet etwas demokratisches an, jede oder jeder kann sich einbilden, auch eigentlich ein Star werden zu können. Es formt sich ein Komplex von Erwartungen, der Star muss meist genau das spielen, was das Publikum (im stark erweiterten Sinn) von ihm erwartet, – oder er tut bisweilen genau das Gegenteil. Stars laden zur Identifikation ein, werden nachgespielt und nachgeahmt bis zu Modedetails. Da bestimmte Schönheitskriterien betont werden, kann sich ein Teil der Zuschauer mit dem eigenen Aussehen besser abfinden. Kurzum, Publikumsforschung muss sich auch mit Stars beschäftigen. <sup>17</sup>

Am avanciertesten, allerdings sehr spezifisch ausgerichtet ist die historische und aktuelle Publikumsforschung in den USA. Zentrale Fragestellungen in engem Zusammenhang mit Marketing sowie empirisch-wissenschaftlicher Publikumsforschung sind dort seit den achtziger Jahren: 1. Die Vorbedingungen des Kinogehens, etwa der Entschluss, überhaupt ins Kino zu gehen, der häufig von einem Paar im Hinblick auf die Präferenzen des jeweiligen Partners gefällt wurde; 2. Kontextforschung, womit sowohl ein genrehafter Kontext wie Erstaufführungen oder Kultfilm gemeint ist sowie ein sozialer Kontext, 3. Geschmacksrichtungen und Lebensstilgruppen, 4. grundsätzliche Einstellungen gegenüber Film und Kino und 5. die Frage nach den besonderen Bedingungen für Erfolgsfilme. <sup>18</sup> Bei den Fragestellungen der historischen Publikumsforschung in den USA spiegeln sich derzeit die allgemeinen Verschiebungen der Interessen in Richtung eines ethnographischen Paradigmas. Man fragt vor allem danach, wie sich frühe Kinopublikum wirklich zusammensetzten, wie hoch Anteile von Frauen und Arbeitern waren, und es wird geklärt, ob das Kino zur Assimilation von Einwanderern derart reibungslos beitrug, wie man noch kürzlich angenommen hatte. Ferner wird den durch die Filmindustrie antizipierten Zuschauern nachgegangen sowie den Erwartungen und der sozialen Identität einzelner Zuschauergruppen. <sup>19</sup>

<sup>16</sup> Siehe J. Fowles, Star Struck. Celebrity Performers and the American Public, Washington/London 1992, bes. S. 155–184.

<sup>17</sup> Vgl. I.C. Jarvie (s. A 11), S. 134–137.

<sup>18</sup> Eine Übersicht bei B.A. Austin (s. A 1), S. XXVIII–XXXIV. Grundlegend zur wissenschaftlichen und angewandten Konsumenten- und Rezipientenforschung bis 1950 ist immer noch L.A. Handel, Hollywood Looks at its Audience. A Report of Film Audience Research, Urbana 1950.

<sup>19</sup> R. Maltby, Introduction, in: M. Stokes/R. Maltby (Hrsg.), Identifying Hollywood Audiences. Cultural Identity and the Movies, London 1999, S. 1–20; M. Stokes, Female Audiences of the 1920s and early 1920s, in: ebda., S. 42–60.

## 2. Die verorteten Kinopublikum

So wie Film und Stadt intensive Wechselbezüge aufweisen (die Stadt ist Kulisse und Drehort, Visionen, Vorstellungen und Projekte städtischer Architektur werden durch Filme beeinflusst), war und ist der Zusammenhang von Stadtraum, Kino und Publikum ausgeprägt. Das historische Kinopublikum differenzierte sich nach Geschmacksgruppen, die mit verschiedenen sozialen Wahrnehmungsräumen und sozialer Segregation der Wohnungen einhergingen. Die Kinogeschichte zeigt sehr klar den Trend zu räumlichen Anordnungsmustern, etwa der Stadtteilkinos oder der Kinos entlang der Hauptstraßen; dadurch wurden an einzelnen Vorführrorten verschiedene Publiken angesprochen. Neben dem geplanten Kinobesuch war es stets der spontane Besuch, der epochal und hinsichtlich ansprechbarer soziokultureller und generationeller Zielgruppen stark differenziert war.<sup>20</sup> Der Kinobauexperte Gabler wies, rückblickend auf die dreißiger und vierziger Jahre, auf den Zusammenhang von Spontaneität des individuellen Besuchs, der Lage und dem Zeichencharakter der Kinogebäude hin: »Ein großer Teil der Filmbesucher nimmt sich den Theaterbesuch nicht ausdrücklich vor, sondern lässt sich von der Gelegenheit leiten oder füllt eine Zeit des Wartens plötzlich aus. Für das Filmtheater ist deshalb ähnlich einem Ladengeschäft die Lage im starken Verkehr günstig. Innerhalb der Verkehrszentren sind wieder solche Grundstücke besonders vorteilhaft, auf denen das Theater schon in seiner baulichen Erscheinung... auffallen kann.«<sup>21</sup>

Paradigmatisch für die heutige Forschung zum historischen Zusammenhang zwischen sozialen Publikumsschichten, Geschmacksgruppen und räumlichen Dimensionen des Kinobesuchs ist immer noch die Studie von Emilie Altenloh, die 1913 bei Alfred Weber promovierte. Trotz einer gewissen moralischen Einfärbung ihrer Diktion legte Altenloh eine Untersuchung vor, die nicht nur die Kinolandschaft ihrer Epoche ausleuchtete, sondern Bedeutung bis heute hat. Sehr deutlich wird hier die klassenspezifische, normative und generationenspezifische Differenzierung des Publikums hinsichtlich Ausstattungsansprüchen, Programmwahl, Besuchsanlässen, typischer Gruppensituation, Rhythmen des Kinobesuchs festgestellt und reflektiert. Altenloh postuliert, dass Kinoambiente die Wirkung der Filme beeinflussen. »Die Mehrzahl der Gäste [in den eleganten Kinematographen] sieht anders, empfindet anders, legt andere Ideen den Handlungen zugrunde...« In solche Kinos gehe man nicht mehr ungewungen wie bislang in die kleineren »Straßenkinos«.<sup>22</sup> 1913 war das Kino selbstver-

<sup>20</sup> Zur sozialen Topografie und Spontaneität des Publikums verschiedene lokale Kinogeschichten, u.a. W.M. Schwarz, Kino und Kinos in Wien. Eine Entwicklungsgeschichte bis 1934, Wien 1992, S. 134–138; Kintop 9, Frankfurt a.M. 2000.

<sup>21</sup> Vgl. W. Gabler, Das Lichtspieltheater. Dargestellt in seinen technischen Grundlagen, Halle 1950, S. 15.

<sup>22</sup> E. Altenloh, Zur Soziologie des Kino. Die Kino-Unternehmung und die sozialen Schichten ihrer Besucher, Leipzig 1914, S. 19–20

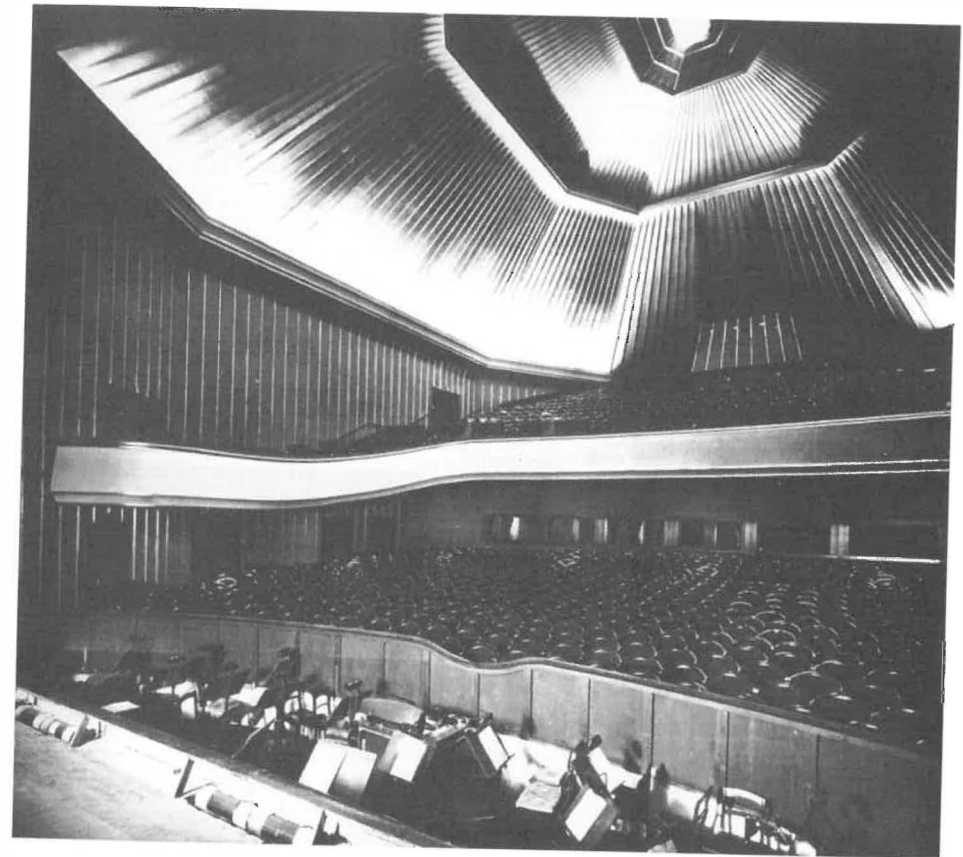


Abb. 3: Das Berliner »Capitol«: Blick in Orchestergraben und Zuschauerraum, um 1927, Quelle: P. Boeger, Architektur der Lichtspieltheater in Berlin, Berlin 1993, S. 13.

ständliches Lebenselement des »modernen Großstädtlers« geworden.<sup>23</sup> Einstellungen gegenüber dem Kinobetrieb differierten, wie Altenloh am Beispiel von Mannheim und Heidelberg zeigte, radikal: Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die auf Volksbildung setzen, lehnten das Kino ab, gingen sie aber nie hin? Hingegen waren »für alle verliebten Paare... die dunklen Kinematographentheater ein beliebter Aufenthalt«.<sup>24</sup> Frauen präferierten andere Filmstoffe als die Männer, traten, was nicht genau geklärt ist, quantitativ stark in Erscheinung<sup>25</sup> und vor allem qualitativ – hinsichtlich der Geschmacksbildung bei der Filmauswahl und -bewertung stark hervor.

<sup>23</sup> E. Altenloh (s. A 22), S. 50.

<sup>24</sup> Ebda, S. 73.

<sup>25</sup> Eine erfolgreiche Re-Interpretation von Altenloh ist M. Hansen, Early Cinema: Whose Public Sphere?, in: T. Elsaesser/A. Barker (Hrsg.), Early Cinema. Space, frame, narrative, London 1990, S. 228–246.

Genauso betonte der englische Kinobauexperte P. Morton Shand 1930 die Vielfalt der Besuchsmotive, die mit der Räumlichkeit des Kinos zu tun haben: »The cinema is primarily a sort of public lounge. It is at once the most public and most secluded of places... One can go alone, ... en famille, or in bands... One can proverbially filch ideas for a new dress, or ‚get off‘ with one's neighbour... The cinema is a pastime and a distraction, an excuse for not doing something else or sitting listlessly at home.«<sup>26</sup>

Wo es ein Kino gibt, gibt es auch sein Erlebnis. Kinoerlebnisse werden konstituiert durch das individuelle Filmenerlebnis in Form eines öffentlichen Ereignisses. Das Publikum erfährt sich nie als »Masse«, sondern ist nur jeweils in überschaubaren Quantitäten und stets wirklich »präsent«. Das Kinoerlebnis ist die Folge einer sozialen Aktivität,<sup>27</sup> die durch Informationen und Kommunikation eingeleitet wird. Es ist ja nicht zufällig da und völlig dispers, sondern Mundpropaganda, opinion leaders spielen bei Filmauswahl und -rezeption eine große Rolle. Das Kinoerlebnis ist stark mit dem Gruppenerlebnis verbunden. Das Kino hat eine Kontaktfunktion, man lacht leicht in Gemeinschaft, man weint mehr als sonst an einem öffentlichen Ort oder beim selben Film zu Hause, es ergibt sich eine Steigerung des Nervenkitzels bei Thrillern eben durch das gemeinschaftliche Erlebnis.<sup>28</sup> Phänomenologische Darstellungen betonen darüber hinaus das Zwingende des Raum- und Filmenerlebnisses Kino, der die Zuschauer gefangen nehme.<sup>29</sup> Auch Roland Barthes betonte Aura und Magie des Kinoraumes: Der Zuschauer werde in ihm weich »wie eine schlummernde Katze«, im Kino werde er in Hypnose versetzt, die Kino-Situation sei prähypnotisch, der Film sei ein »Fest der Affekte«, Kino die »Substanz der Träumerei«, der Ort der Ungebundenheit, im Schwarz des Kinoraums verwirkliche sich die »Freiheit des Körpers« durch die »Anonymität« im Kino.<sup>30</sup>

Zugegeben, nicht alles ist falsch an solchen Charakterisierungen, das Dunkle war aber, jedenfalls in der Frühzeit des Kinos, weniger für Einzelgänger als für Verliebte attraktiv.<sup>31</sup> Seine Familiarität, Kinogehen als Gruppenpraxis, das Phänomen des dem Kinobetreiber bis heute bekannten »Stammpublicums«<sup>32</sup> wollen nicht recht zur Metaphorik von Einsamkeit und Einzigkeit passen. Trotz des Phänomens einer Laufkundschaft, die aus spontanen Kinogängern bestand und besteht, war und ist der Ki-

<sup>26</sup> P. Morton Shand, *Modern Theatres and Cinemas*, London 1930, zit. nach D. Atwell, *Cathedrals of the Movies: A History of British Cinemas and their Audiences*, London 1980, S. 177.

<sup>27</sup> Vgl. S. Henseler, *Soziologie des Kinopublikums. Eine sozialempirische Studie unter Berücksichtigung der Stadt Köln, Frankfurt am Main 1987*, S. 18–19 und P. Sorlin, *People's Choice – sie haben die Wahl. Warum gingen britische, französische und italienische Zuschauer in den 50er Jahren ins Kino?*, in: I. Schenk (s. A 6), S. 95–111.

<sup>28</sup> Nach S. Henseler (s. A 27), S. 101, 117.

<sup>29</sup> S. Zielinski, *Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiele in der Geschichte*, Reinbek 1989, S. 80.

<sup>30</sup> R. Barthes, *Beim Verlassen des Kinos*, in: *Filmkritik* 20 (1976), S. 290–293.

<sup>31</sup> Nach E. Altenloh (s. A 22), S. 66 f.

<sup>32</sup> Dazu W. Gabler (s. A 21), S. 5.

nobesuch ein sozialisierendes Geschehen, er erweitert seine öffentliche Wirkung, wenn der Zuschauer seine Gedanken artikuliert, etwa beim Kneipenbesuch.<sup>33</sup>

### 3. Kompetenzen

Das Kinopublikum war und ist weder stärker halluziniert noch passiver als andere, wie ihm jahrzehntelang vorgeworfen wurde. Viele Zuschauer sahen und sehen sich Filme nüchtern und skeptisch an. Handelt es sich um literarische Stoffe, nimmt der Film eher an schweifender Phantasie etwas weg, er legt Rollen und Hintergrundschilderungen viel stärker als das Buch fest, bietet die besondere Chance zu einem Nachempfinden der dargestellten Charaktere.<sup>34</sup> Neben solchen Momenten phantasierender Identifikation mit Rollen und Schauspielern gibt es gegenläufige Momente. Zuschauer wurden mit filmischen Darstellungsmitteln und Konventionen vertraut, entwickelten Medienkompetenz. Während Victor Klemperer 1912 noch notierte, »(das) schlichtere Volk... nimmt die abrollenden Bilder in voller Illusion als wirklich körperhaftes Leben hin. Der Gebildete weiß, dass er es mit Schatten zu tun hat, und freut sich dessen,«<sup>35</sup> nehmen wir heute das Gezeigte weder als Realität noch als Schatten, sondern als – eben – filmische Realität. Wir lassen uns faszinieren, wissen gleichzeitig, dass es sich um Illusionierung, um die Gleichzeitigkeit der Elemente des Realen und des Fiktionalen, nicht die Realität selbst handelt.<sup>36</sup> Bestimmte Darstellungsmittel veralten. Überblendetechniken oder Schnitte, die früher einmal irritierten, wirken heute antiquiert. Das Publikum lernt immer wieder, »verfeinerte Zeichen und Techniken zu lesen« und nähert sich dem Kino aus einer Vielzahl von Motiven und äußert sich aufgrund einer Vielfalt von Beurteilungskriterien darüber.<sup>37</sup>

Der Film als Industrieprodukt richtet sich auf einen möglichst großen Erfolg und damit auf ein möglichst umfassendes Publikum. Das impliziert, dass ein Film nicht Bevölkerungsteile, moralisches Empfinden und Zensurauflagen verletzen darf,<sup>38</sup> wobei interkulturell und politisch verschiedene Standards ins Spiel kommen, denn Filme sollen ja exportiert werden. Ob dieses größtmögliche Publikum erreicht wird, ist eine andere Frage. In seiner Geschichte stieß Hollywood gerade auch deswegen an Grenzen und produzierte Misserfolge, weil es ein größtmögliches Publikum erreichen wollte. Den Hollywoodbossen war die zentrale Basis ihres Geschäfts schon vor dem Einsetzen systematischer Marktforschung durchaus bekannt. Publikumsreaktionen

<sup>33</sup> Vgl. S. Henseler (s. A 27), S. 133 f.

<sup>34</sup> Vgl. I. C. Jarvie (s. A 11), S. 79, 81, 116.

<sup>35</sup> Zit. nach H. Zischler (s. A. 14), S. 18.

<sup>36</sup> Dazu D. Romano, *L'esperienza cinematografica*, Firenze 1965.

<sup>37</sup> S. I. C. Jarvie (s. A 11), S. 117 und zwei einschlägige Textsammlungen: I. Breakwell/P. Hammond, *Seeing in the Dark, A Compendium of Cinemagoing*, London 1990; T. Stempel, *American Audiences on Movies and Moviegoing*, Lexington 2001.

<sup>38</sup> Nach I. C. Jarvie (s. A 11), S. 84.

schiene zwar unvorhersehbar, aber man wusste, dass sich Erfolg immer an ähnlichen, vorher gesehenen Produkten maß. Man sah die Kassenerfolge und wollte sie wiederholen. Daraus ergaben sich klare Anstöße für die systematische Marktforschung, ein Instrument, über das die europäischen Filmfirmen offensichtlich nicht im gleichen Ausmaß verfügten. Ästhetische Trends wurden von Marktführern abhängig von der Nachfrage gesetzt.<sup>39</sup>

#### 4. Schluss

Alles in allem gibt es ein gut konturiertes, allerdings theoretisch disparates, empirisch höchst lückenhaftes (man denke an Osteuropa) und komparative Perspektiven praktisch aussparendes Programm historischer Kinopublikumsforschung. Dieser geht es um Kontexte der Zuschauer und Funktionen des Kinos in diesen Kontexten; sie untersucht die akkultrierende Wirkung von Kino und die Bedeutung von Kinos für die Stadtkultur, deren Charakter als Sphäre der Öffentlichkeit, als einem Raum, in dem sich, zwischen der Kraft individueller Phantasien und der prägenden Kraft des sozialen Rituals soziale, kollektive und individuelle Identitätsbildungen vollzogen. Historische Kinoforschung tritt mit den Filmstudien insbesondere dort in Kontakt, wo es um die Frage geht, wodurch eigentlich Genres zustande kommen und wie sie auf dem Markt anhand welcher Publikumserwartungen platziert wurden. Und schließlich geht es darum, die filmhistorischen Rezeptionsstudien, bei denen versucht wird, Erwartungshorizonte für jeden einzelnen Filmtext zu rekonstruieren, aufmerksamer und systematischer als bislang zur Kenntnis zu nehmen. Und an all dies schließen sich Fragen an, für die freilich Quellenmangel besteht: Was dachten Zuschauerinnen und Zuschauer nicht nur über Film und Kino generell, sondern über einzelne Filme, die doch grundsätzlich polysemisch sind und mehr Deutungsmöglichkeiten für das eigene Selbst enthalten als eine Textanalyse erweisen kann? Vielleicht gelingt es künftig, Kinogespräche zu untersuchen. Wie sprach man – und hier ist die Stadt ein wichtiger Kommunikationsraum – über Film und Kino, privat und öffentlich, verbindend und kontrovers? Das Kinopublikum war und ist kein Konstrukt,<sup>40</sup> sondern lebte und lebt in sozialen und kulturellen – auch städtischen – Umständen, wird von diesen habituell geprägt, macht sich aber individuell eigene Gedanken. Es bewegt sich entlang historischer Regeln, setzt jedoch seine eigene Spontaneität frei. Dies alles sind mehr als Lesarten eines Mediendispositivs.

<sup>39</sup> Vgl. S. Ohmer, *The Science of Pleasure: George Gallup and Audience Research in Hollywood*, in: M. Stokes/R. Maltby (s. A 19), S. 61-80.

<sup>40</sup> Vgl. F. Casetti (s. A 7), S. 129 f., 149.

Brigitte Flickinger

## Kino und Ins-Kino-Gehen als Stadterfahrung bis 1930

### *England und Russland im Vergleich*

Waren Kunst und Kultur im 19. Jahrhundert traditionell spezifischer Ausdruck eines einzelnen Landes und innerhalb dessen gemeinhin eine individuelle Leistung, die sich an einen bestimmbaren und meist eingeschränkten Kreis von Rezipienten richtete, brach das Kino gründlich mit diesem Kulturbegriff. Für das Kino – und die in ihm gezeigten Filme – gab es keine nationalen Grenzen, keine Sprachbarrieren, keine Klassen-, Bildungs- oder Gender-Unterschiede; binnen kürzester Zeit etablierte es sich rund um die Welt. Kino war mitnichten eine individuelle Leistung, es war ein Produkt kollektiver, internationaler, technologischer Entwicklung. Und der Beginn des Kinos im Winter 1895 war auch die Geburt eines neuen Kollektivwesens: des Kinopublikums. Dazu kam als neuer Wirtschaftszweig die Filmindustrie, Lieferant einer neuen Massenkultur.

Typisch für die Jahre um 1900 war eine euphorische Aufbruchstimmung: Technische und wissenschaftliche Neuerungen und Entdeckungen wurden allenthalben enthusiastisch begrüßt. Man war stolz auf die »Moderne«; sie stand für Neuerung, Fortschritt, Prosperität und Lebensverbesserung. Noch war der technologische Optimismus der Vorkriegs- und »Vor-Titanic«-Zeit ungebrochen. In dieser Atmosphäre kam das Kino gerade recht. Richard Gray setzt »die Erfindung des bewegten Bildes« mit dem »Fliegen« gleich und bezeichnet beide Sehnsüchte des Menschen als »eine Krönung menschlichen Strebens«.<sup>1</sup> Doch das Kino besaß zusätzliche soziale Eigenschaften, die das Fliegen damals nicht aufzuweisen hatte: Kino – ich meine das Ins-Kino-Gehen – war billig, für alle unterschiedslos zugänglich, leicht zu erreichen und, im Unterschied zum Theater, zwanglos zu betreten; es bot den Reiz des gänzlich Neuen und – es war ganz und gar fesselnd.

#### 1. Großbritannien als ein Beispiel westeuropäischer Kinoentwicklung

Im Februar 1896, nur zwei Monate nach der ersten Präsentation in Paris, stellten die Brüder Lumière ihre optische Sensation auch in London vor – und zwar einem an Wissenschaft und Technik interessierten Publikum aus Presse und geladenen Gästen in der Aula des Regent Street Polytechnic, einer Art Fachhochschule im Zentrum der

<sup>1</sup> R. Gray, *Cinemas in Britain. One Hundred Years of Cinema Architecture*, London 1996, S. 9; jüngst auch F.Ph. Ingold, *Russland 1913: Der große Bruch*, München 2000.

Stadt. Aber schon der nächste Schritt ist bezeichnend und ausschlaggebend für diesen Zwitter aus Technik und Unterhaltung mit seiner nun beginnenden kommerziellen Kinogeschichte: Binnen vierzehn Tagen wechselten die geschäftstüchtigen Lumières mit ihrem Cinématographe und den zehn mitgebrachten Mini-Filmszenen vom ernsthaften Polytechnic ins lukrative Music-Hall-Unterhaltungsprogramm des Empire Theatre am Leicester Square. Dieser Platz im Londoner West End ist bis heute das Mekka europäischer Unterhaltungskultur; hier sind neben dem Empire die größten und teuersten britischen Premieren-Kinos versammelt. »Originality not Imitation« verhiess das Plakat für die Show in der Show, die von der Demonstration technischen Fortschritts zum Variété-Zaubertrick mutiert war. Gezeigt wurden u.a. »Ankunft eines Zuges« (mit dem Gruseffekt des beinahe Überrolltwerdens), der Slapstick »Der begossene Gärtner«, »Babys spielen« (*Le Déjeuner de bébé*) und »Baden im Mittelmeer«.

Wie wurde das Novum aufgenommen? Die Times erwähnte das »wissenschaftliche« Ereignis in einer kurzen Mitteilung im Februar 1896. Dann verschwand der Cinématographe wieder aus der elitären Zeitung, obgleich die Vorstellungen nicht nur in der City weitergingen, sondern innerhalb weniger Monate sich auch in die Londoner Vororte, nach Brighton, Manchester, Birmingham, Glasgow etc. ausbreiteten. Auch blieb es nicht bei dem Lumièreschen Patent allein; Robert Pauls Theatrograph (GB) und Birt Acres' Kineopticon (GB) und andere folgten auf dem Fuß. Binnen kurzem räumten Music-Hall-Programme dem neuen Amusement mehr Zeit ein, fahrende Showmen versorgten das Jahrmarktspublikum oder mieteten örtliche Stadthallen für einzelne Vorführungen – und »Penny-gaffs« öffneten wo auch immer an den Highstreets.

Der Reiz der neuen Unterhaltung bestand gewiss nicht bloß in der wissenschaftlich-technischen Neuerung; sie hätte sich schnell erschöpft. Tatsächlich aber drängten Kinos in wenigen Jahren sogar andere herkömmliche und beliebte städtische Freizeitangebote zurück wie die Public Houses, Clubs, Musik-Halls, Theater sowie die populären Eislaufhallen.<sup>2</sup> Am naheliegendsten wäre zu meinen, der Reiz bestand im einzelnen Film – dafür scheint auch die Flut von Büchern zum frühen Film und seiner Geschichte zu sprechen. Doch auch diese Vermutung ist falsch – zumindest für die Anfangszeit. Die Filme waren optisch oft schwer zu entziffern, und auch als Stummfilme nicht einfach zu verstehen. Häufig reichten nicht einmal die erklärenden Zwischentitel aus. Daher stand in größeren Kinos oft ein Kommentator neben der Leinwand.<sup>3</sup>

So möchte ich behaupten, dass in den ersten Jahrzehnten des Kinos nicht der Film (und auch später nicht nur der Film) die Hauptsache war, sondern das Ins-Kino-Ge-

<sup>2</sup> H. Llewellyn Smith, *The New Survey of London Life and Labour*, Bd. 9, London 1935, S. 7, 47.

<sup>3</sup> N. Hiley, *At the Picture Palace: The British Cinema Audience 1895–1920*, in: J. Fullerton (Hrsg.), *Celebrating 1895*, London 1998, S. 96–103.



Abb. 1: Das »Majestic« in Leeds zum Zeitpunkt der Eröffnung im Jahre 1929; Quelle: A. Eyles, *Gaumont British Cinemas*, London 1996, S. 24.



Abb. 2: Das »Regent« in Sheffield 1927; Quelle: A. Eyles (s. Abb. 1), S. 25.

hen! Das hing mit der Entwicklung des Kinos wie mit den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebensverhältnissen in der Stadt nach 1900 zusammen.

Die Arbeiterschaft machte bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Mehrheit der britischen Stadtbevölkerung aus. Zugleich war sie von vielen kulturellen Aktivitäten in der Stadt ausgeschlossen, dies vor allem wegen ihres sozialen Status, Mangel an Geld und Mangel an Freizeit. Doch die letzten Jahre der Regierungszeit Viktorias (bis 1901) und die Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg brachten der britischen Industrie einen erheblichen Aufschwung, der auch den Lebensstandard der Arbeiter hob. Die Löhne stiegen, die Arbeitszeit wurde zum Teil auf neun Stunden pro Tag verringert, mit der Folge, dass dem einzelnen mehr Geld für mehr Freizeit zur Verfügung stand.<sup>4</sup> Auf der anderen Seite blieben die Wohnverhältnisse nach wie vor sehr beengt.<sup>5</sup> Es bestand also ein Bedürfnis nach außerhäuslicher Freizeitbeschäftigung, das aber von Einrichtungen, die traditionell den Bessergestellten vorbehalten waren (Theater, Clubs etc.), nicht befriedigt werden konnte. In diesen Moment fiel die Erfindung des Kinos, und es füllte die Lücke. »To go to the flicks« erwies sich als willkommene Gelegenheit, um Windeln, Wäsche und Kindergeschrei zu entgehen. Das »Penny-gaff« oder »Flea-pit«, meist einfach ein notdürftig zum Kino umfunktionierter aufgelassener Laden, lag gleich um die Ecke. Für einen Threepence Eintritt saß Mann (s.o.) auf Holzbänken, solange man wollte. Auch der größere »Picture palace« in der Stadt war mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen.<sup>6</sup> Nicht selten bloß die »conversion« eines Schuppens oder einer unbenutzten Lagerhalle, war er geräumiger (300–600 Plätze)<sup>7</sup> und oft auch komfortabler ausgestattet. Durchgehende Vorstellungen über neun und mehr Stunden täglich (mancherorts von 10 Uhr früh bis Mitternacht) machten das Kino beliebig verfügbar. Hier betrug der Eintritt einen Sixpence – und war wie behauptet wird, selbst für Arbeitslose erschwinglich. Das Programm wechselte meist zweimal pro Woche.

Ein paar Stunden im Dunkeln und Warmen zu sitzen, bot noch andere Freuden: Die Kinder waren aufgehoben und machten sich ihren Jux (mit Erbsen durch die Gegend zu schießen); Jugendliche, der häuslichen Aufsicht entronnen, nutzten den Schutzraum der Dunkelheit für Intimitäten, die sonst nirgends Platz hatten.<sup>8</sup>

Kein Regen wie bei Sportveranstaltungen, keine teuren Getränke wie in Pubs und Music-Halls, keine religiöse Erbauung wie in Kirchen und Sonntagsschulen, kein teurer Eintritt, kein Kartenbestellen im Voraus, kein Sich-Feinmachen wie fürs Theater – das Kino schien in Großbritannien die angemessene Unterhaltung für die Masse der

Stadtbewohner. Und doch war es zunächst mehr das Refugium der Unter- und unteren Mittelschicht.

Das änderte sich mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Das Kino verlor sein Image als »the poor man's theatre« und war einer der ersten Räume, in denen sich die sonst so säuberlich getrennten englischen Gesellschaftsklassen vermischten. Ins-Kino-Gehen erreichte einen Höhepunkt an Popularität. Sogar Angehörige des Königshauses begannen ostentativ Filmvorführungen zu besuchen – und auch, sich für Propagandazwecke selbst filmen zu lassen. 1919 wurde gar im House of Commons ein Film vorgeführt. Auch das wertete das Kino gesellschaftlich auf. Aber zweifellos waren es vor allem die besonderen Charakteristika dieses Mediums selbst, die eine soziale Modernisierung förderten: die Anonymität des Kinobesuchs, sein Informationswert – durch die aktuellen, hautnahen Kriegsberichte in den Wochenschauen – und die Attraktion des ständig wechselnden Programms. Inzwischen gab es regelrechte Spielfilme. Sie waren länger, technisch und ästhetisch verbessert und konnten zur eskapistischen Wirkung jener Stunden im Dunklen beitragen: Abenteuer- und Liebesfilme, Filme über Reisen in ferne Länder verdrängten für Stunden den Kriegsalltag. Schon gab es »Crowd-pullers«, Publikumsmagneten, wie D. W. Griffith's (rassistischer Dreistundenfilm) »The Birth of a Nation« (1915) oder die Filme von Charlie Chaplin.<sup>9</sup> Sie boten auch der Mittel- und Oberschicht willkommene Ablenkung von der düsteren Realität. Regelmäßige Kinobesuche mit Freunden oder Familienmitgliedern wurden allgemein üblich.

Mit dem Krieg änderte sich nicht nur das Verhalten der sozialen Schichten gegenüber dem Kino, sondern auch generell das der Geschlechter zueinander. Es wurde insgesamt freier, und das wirkte sich auch auf die Zusammensetzung des städtischen Kinopublikums aus. Je mehr Frauen in die Kinos strömten, desto mehr zogen Filmproduzenten und Kinodesigner auch deren Geschmack und ihre Vorlieben ins Kalkül.

Die Zahl der Kinos nahm stetig zu. 1914 boten 3000 Kinos im Land ausreichend Plätze, um die Hälfte der Bevölkerung einmal pro Woche ins Kino zu locken; 1919 schon zweimal. Währenddessen waren andere Unterhaltungen, weil im Krieg »unangebracht«, untersagt: »Kein Cricket, keine Regatta, kein Reitturnier« konstatierte der Daily Express 1915, und die Football Association stellte im gleichen Jahr ihre Spielfelder dem Militär zur Verfügung.<sup>10</sup>

Die konservative Times aber vermerkte am 9. April 1913: Ins Kino gingen alle, »even top people«, und zwar »aus schierer Lust«. Nur, gingen sie ins selbe Kino? Neben den bereits genannten »conversions« gab es noch eine naheliegende und wenig aufwendige frühe Umwandlung: das Theater als Kino. Doch auch das genügte bald weder dem gewaltigen Ansturm noch den Ansprüchen, vor allem nicht in den Großstädten. Und es genügte auch nicht dem »Cinematograph Act« von 1909 mit seinen

<sup>9</sup> I. Chambers, *Popular Culture. The Metropolitan Experience*, London 1986.

<sup>10</sup> J. Walvin, *Leisure and Society 1830-1950*, London 1978, S. 128 ff.

<sup>4</sup> J. Stevenson, *Social History of Britain*, London 1984, S. 78–81, 103; P. Thompson, *The Edwardians. The Remaking of British Society*, London 1977, S. 285; A.A. Jackson, *Semi-detached London. Suburban Development, Life and Transport, 1900-39*, London 1973, S. 48.

<sup>5</sup> P. Thompson (s. A 4), S. 284 f.

<sup>6</sup> A.A. Jackson (s. A 4), S. 25–32, 213–217.

<sup>7</sup> D. Atwell, *Cathedrals of the Movies*, London 1980, S. 50.

<sup>8</sup> T. Burke, *Nights in Town*, London 1925, S. 79 f.; A.A. Jackson (s. A 4), S. 50.

Sicherheitsverordnungen zum Schutz des Publikums vor Feuer. Von da an schossen neue Kinobauten wie Pilze aus dem Boden.<sup>11</sup> So änderte sich mit der sozialen Zusammensetzung des britischen Kinopublikums auch das Kino selbst.

1912 besaß Greater London mit 7,2 Mio Einwohnern 500 Kinos, 1913 Greater Manchester in den hochindustrialisierten Midlands mit etwa 2 Mio Einwohnern<sup>12</sup> 111 Kinos, Liverpool 22; Birkenhead 11; Bolton 8.<sup>13</sup> Mit den neuen Gebäuden wuchs auch die Kapazität mancher Kinos – besonders in den 20er Jahren – ins Gigantische: Das »Empire« bot 1928 nach seinem Umbau 3226 Plätze, das 1925–27 errichtete »Green's Playhouse« in Glasgow 4254 (in einem einzigen Saal, versteht sich). Die vier »Astorias« in der Londoner Region brachten es zusammen auf 11.259 Plätze.<sup>14</sup>

Mit den Kino-Neubauten begann, weit über die feuerpolizeilichen Auflagen hinaus, in den britischen Vorkriegs-Städten geradezu ein Architektur- und Innenausstattungswettstreit. Dem Zuschauer sollte der Kinobesuch in jeder Hinsicht schmackhaft gemacht werden: Das neue Kino sollte auffallend, phantasieanregend, bequem, ästhetisch, supergroß und superluxuriös sein. Vorbild für das letztere waren die amerikanischen »atmosphärischen«. Den Bau der »Super-cinemas« konnten sich nur kapitalkräftige (meist amerikanische) Ketten leisten. Das waren vor allem »Gaumont-British«, »Astoria« und »Granada«, in den 30er Jahren dann auch die britische Kette »Odeon«. Ihre Paläste, die selbst fast wie Filmszenarien aussahen, standen häufig in krassem Gegensatz zu ihrer Umgebung in den tristen Vororten und Arbeitersiedlungen großer britischer Städte. So kann man sich mühelos vorstellen, wie verheißungsvoll sie mit ihren Fassaden, ihrer üppigen Einrichtung und ihren Namen auf die Besucher gewirkt haben mussten.

In den Namen spiegelt sich die Kinogeschichte. In ihrer Frühzeit erbten die Kinos gewöhnlich die Namen ihrer »monarchischen« Vorfahren und hießen »Empire«, »Palace«, »Corona«, »Regent«, »Rex«; oder sie gaben nüchtern ihre Eigenschaft an: »Bioscope«, »Electric Theatre«. Die kostbaren Paläste der Vor- und Nachkriegszeit hingegen nannten sich »Bijou Palace«, »Gem«, »Jewel«, »Paramount«. Oder sie ließen allerlei exotische und begehrte touristische Ziele anklingen wie: »Alhambra«, »Granada«, »Colosseum«, »Capitol«, »Trocadero«, »Ritz«, »Rialto«. In den 30er Jahren verloren die Kinos mit der Konzentration auf wenige Eigner ihre namentliche Besonderheit. Der Name der Gesellschaft wurde zugleich auch der ihrer Kinos (das ist zum Teil bis heute so): »Gaumont« oder »Odeon«.

Aus den Oligopolen von Kinobetreibern, Filmproduktion und Vertrieb wurden in

<sup>11</sup> Vgl. *D. Atwell* (s. A 7); *R. Gray* (s. A 1); *A.S. Meloy*, *Theatres and Motion Picture Houses*, New York 1916; *P.M. Shand*, *Modern Theatres and Cinemas*, London 1930; *D. Sharp*, *The Picture Palace and other buildings for the movies*, London 1969.

<sup>12</sup> Dazu zählten Manchester City, South-East Lancashire, einschließlich Gorton und Salford. Vgl. *C. Zimmermann*, *Die Zeit der Metropolen*, Frankfurt 2000<sup>2</sup>, S. 44 f.

<sup>13</sup> *D. Atwell* (s. A 7), S. 23.

<sup>14</sup> *R. Gray* (s. A 1), S. 44, 50.



Abb. 3: Der »Gaumont-Palace« in Wood Green 1934; Quelle: *A. Eyles* (s. Abb. 1), S. 63.

den 30er Jahren Monopolgesellschaften. Mit dem Markennamen verband sich nun eine bestimmte standardisierte Architektur und Programmausrichtung des Hauses. Hatte Hollywood bis dahin mit der baulichen Exotik seiner Kinos stumm den britischen Kinomarkt erobert, tat es das von den 30er Jahren an mit dem Tonfilm unüberhörbar – amerikanisch. Ein Schock für die Briten, der in den 30er Jahren heftige Diskussionen auslöste.



Abb. 4 und 5: Der »Gaumont-Palace« in Wood Green, Eingangshalle/Foyer; Quelle: A. Eyles (s. Abb. 1), S. 63.

## 2. Russland – trotz anderer Voraussetzungen – Bestandteil der europäischen Moderne

Auch in Russland stieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zahl der Einwohner in den Städten sprunghaft an,<sup>15</sup> wengleich meist durch bäuerlichen Zuzug. Das machte die sozio-kulturelle und sozio-ökonomische Lage der russischen Stadt schwieriger und widersprüchlicher.<sup>16</sup> In unserem Zeitraum (1896–1930) erlebte Russland überdies drei Kriege (1904, 1914–18, 1918) und drei Revolutionen (1905, Februar 1917, Oktober 1917), die ihre Spuren hinterließen. Das konnte auch im Bereich der Stadtkultur nicht ohne Auswirkungen bleiben. Und doch schuf es, wie wir gleich sehen werden, eine beispiellose Nachfrage besonders nach Populärkultur. Entscheidend ist hier, dass Russland trotz der dazwischenliegenden Oktoberrevolution den größten Teil der 34 Jahre, um die es uns geht, nämlich bis 1917, und noch einmal zwischen 1921 und 1927 unter kapitalistischen oder zumindest quasi kapitalistischen Bedingungen lebte. Das trägt zweifellos dazu bei, dass – und damit nehme ich ein Ergebnis meiner Untersuchung über das russische Kino vorweg – auf diesem Gebiet verblüffende Ähnlichkeiten zwischen Großbritannien und Russland bestehen. Was das Kino angeht, war Russland keineswegs »rückständig«, sondern nur kleiner dimensioniert: kleinere Städte, kleinere Kinos und ärmere Menschen.

Russische Technologen und Wissenschaftler hatten an der Forschung, die im Film gipfelte, nicht unmittelbar Anteil. Dieses technologische Wunder brach über Russland herein, wie so viele andere ausländische Wunder schon früher hereingebrochen waren. Manche Menschen begrüßten es als Attraktion der Moderne und neuerlichen Beweis westlicher, in diesem Fall französischer Fortgeschrittenheit. Andere, konservativere Typen, die ihre Werte und Vorbilder lieber aus den nationalen Fähigkeiten und (ländlichen) Traditionen Russlands bezogen, sahen in Film und Kino einen Angriff auf die russische Moral und Kultur und ein weiteres unheimliches Beispiel westlicher Dekadenz.<sup>17</sup>

Aber weder die Intelligencija noch Arbeiter oder Bauern lösten das Interesse an Lumières Cinématographe in Russland aus, sondern Nikolaj II. mit seiner Krönung im Mai 1896 in Moskau! So kam, nur fünf Monate nach ihrer Weltaufführung, die technische Sensation schon nach Russland. War das Kino in England erst ein wissenschaftliches Ereignis und gleich darauf Massenunterhaltung gewesen, ging es in Russland, sozial gesehen, zunächst den umgekehrten Weg, von oben nach unten. Nikolaj II., der »kindische« Kaiser, war äußerst daran interessiert, seine Krönung filmen zu

<sup>15</sup> In ganz Russland zwischen 1856 und 1897 von 5,2 Mio auf 12,2 Mio. Zum Vergleich: nur Greater London zwischen 1821 und 1901 von 1,2 Mio auf 6,6 Mio.

<sup>16</sup> S. Smith/C. Kelly, Commercial Culture and Consumerism, in: C. Kelly/D. Shepherd (Hrsg.), Constructing Russian Culture in the Age of Revolution: 1881–1940, Oxford 1998, S. 106–164.

<sup>17</sup> Diese Debatte zwischen dem westlerischen und dem slavophilen Standpunkt war nicht neu, neu war jedoch ihr Gegenstand, das Kino; vgl. die Äußerungen städtischer Kinobesucher in: J. Čiv'jan, Istoriceskaja recepcija kino, Riga 1991.

lassen. Später richtete er im Schloss in Carskoe Selo ein Hofkino ein, bestellte eigens Filmvorführungen für das höfische Unterhaltungsprogramm und engagierte einen Photographen, der die Zarenfamilie zu filmen und seine Produkte am Hof vorzuführen hatte.<sup>18</sup> Viel von diesem Filmmaterial ist erhalten geblieben, nicht zuletzt, weil Esther Šub (»Padenie dinastii Romanovyč«/Der Fall der Dynastie Romanov, 1927) und andere es für sowjetische Propagandafilme wiederverwendet haben.

Natürlich war das Lumière-Team auch in Russland mehr auf zahlungskräftige Massen aus als auf das Königshaus. Die erste öffentliche Vorführung fand noch im Mai 1896 in St. Petersburg im Sommertheater Aquarium statt – ein Ort, der seinem sozialen Status und seinem Unterhaltungstypus nach mit dem Empire Theatre Variété am Leicester Square vergleichbar ist. Das Programm war nahezu identisch mit dem drei Monate zuvor in London präsentierten: »Ankunft des Zuges«, »Das Kartenspiel«, »Baden«, »Babys Frühstück«. Auch die Konkurrenz ließ nicht auf sich warten: Robert Paul (GB) hatte bereits die Premiere seines Animatograph für St. Petersburg angekündigt und Th. Edison (USA) sein Kinetophone für das Moskauer Sommertheater Eremitage und für Petersburg.

Das eigentliche Kinoereignis mit Breitenwirkung war die Handelsmesse in Nižni-Novgorod vom Juni/Juli 1896, zu der gutsituierte städtische Besucher aus dem ganzen Land zusammenkamen, aus Moskau, Petersburg, Kiev, Saratov, Carycin, Kazan', Odessa etc. Hier präsentierte sich die Lumière-Kino-Show weder als letzte Neuheit der Wissenschaft noch als Volksbelustigung; sie fand in Charles Aumonts Café chantant statt (Eintritt stattliche 50 Kopeken). Keine Times rühmte nachher die wissenschaftlich Errungenschaft, sondern ein noch unbekannter Maksim Gor'kij berichtete den Lesern der Nizhegorodskij listok (04.07.1896) von der zwielichtigen Atmosphäre des Veranstaltungsortes, jenes Cafés, das eigentlich ein Bordell war, und seinem, wie er dennoch fand, zukunftssträchtigen französischen Import. Für die Besucher dieses Cafés wie dieser Vorstellungen schien Kino etwas zu sein, was mit Prostitution zu tun hatte, und es wurde geradezu eine stereotype Metapher, besonders bei den symbolistischen Dichtern, Kino mit Prostitution, mit billigem Luxus und Pariser Kokotten zu vergleichen.

Überflüssig zu sagen, dass dieser Ruf dem Geschäft mit dem Kino keineswegs geschadet hat. In Russlands »Silbernem Zeitalter« (1900–1914) gab es trotz der ökonomischen und politischen Krise der Jahre 1899–1903 eine wachsende städtische »Mittelklasse« von relativ wohlhabenden Geschäftsleuten, Industriellen und ihren Frauen, die bereit und imstande waren, neben Luxusgütern auch die »neue Kultur« zu konsumieren. Dies war die Zeit, in der das Kaufhaus »GUM« in Moskau (gebaut 1890) florierte, der amerikanische Unternehmer Singer sein repräsentatives Gebäude mit dem Globus obenauf am Nevskij Prospekt errichtete (1912–14, heute Dom Knigi)

<sup>18</sup> J. Leyda, *Kino*, London 1960, S. 67; S. Bottomore, *Monarchs and Movies, 1896–1916*, in: *Fullerton* (s. A 3), S. 179.

und Eliseev in seinem üppigen Jugendstilraum (von 1907) alle nur erdenklichen Delikatessen der Welt feilbot. Für die Unterhaltungsbedürfnisse der halbgebildeten »Nouveaux riches« musste die neue Attraktion der bewegten Bilder hoch willkommen sein, und nicht nur für sie.

Wie in Großbritannien eroberte das Kino bald als Beiprogramm städtische Sommergärten, Festplätze und auch die Estrada (die russische Variante der englischen Music-Hall und des französischen Variétés). Zugleich gab es fahrende Schausteller, die meist bei den ausländischen Firmen unter Vertrag standen und von ihnen die nötige technische Ausstattung erhielten. 1903/04 wurden in Moskau und Petersburg die ersten neuen Kinogebäude errichtet. Während es auch hier weiterhin die zum Kino umfunktionierten Läden gab, begann ab 1910 der Bauboom.

Ein sprunghafter Anstieg der Kinobesuche in den Städten – ähnlich wie zur Zeit des Ersten Weltkriegs in England – ist in Russland während des russisch-japanischen Krieges und nach der Enttäuschung von 1905 zu verzeichnen. Das führte zu derartig vielen Neueröffnungen von Kinos, dass die Moskauer Stadtduma beschloss, diese »anormale Vermehrung« zu stoppen, indem sie den Mindestabstand zwischen zwei Kinos auf 300 m festlegte und verfügte, im Stadtgebiet von Moskau dürfe es insgesamt nicht mehr als 75 Spielstätten geben.<sup>19</sup>

All das zeigt Russland als ein europäisches kapitalistisches Land auf der Höhe der Zeit – zumindest in seinen städtischen Zentren. Die ausländischen Kinobetreiber, die von Anfang an größtmöglichen Profit aus ihrer Ware zu ziehen trachteten, scheinen sich dessen durchaus bewusst gewesen zu sein, als sie die russischen Städte (vor 1914) für einen interessanten Markt hielten. In der »ambulanten Phase« des Kinos dominierten französische und einige wenige deutsche Gesellschaften die Filmproduktion und den Vertrieb im Land. Sie waren so klug, »russische« Filme zu drehen, die dem Geschmack und den Interessen ihres Gastlandes entsprachen: Literaturverfilmungen, Historienfilme, Verfilmungen von Theateraufführungen. Eine eigene russische Filmproduktion begann 1907 mit Aleksandr Drankov (Photograph) und Aleksandr Chanžonkov (Vertrieb ab 1909). Der völlige Importstopp ausländischer Filme während des Ersten Weltkriegs war für die Schule des russischen Films fruchtbar (Vertov, Kulešov, Pudovkin). Während die Oktoberrevolution für das Kino erst einmal einen Einbruch bedeutete,<sup>20</sup> stammten 1926 wieder 80% aller in der Sowjetunion gezeigten Filme aus westlicher Produktion (besonders aus USA, Deutschland, Italien).

Aufgrund der sozialen Schichtung in der Stadtbevölkerung des zaristischen Russland konnte das Kino in seinen ersten Jahren hier kaum ein »Theater der Arbeiter« sein. Der »bäuerliche Arbeiter«, zumeist nach wie vor mit seinem Heimatdorf verbunden, lebte in der Stadt unter weitaus ärmlicheren Bedingungen als sein britischer Genosse. Da er zudem weniger in der Industrie als im Dienstleistungssektor beschäf-

<sup>19</sup> J. Leyda (s. A 18), S. 25–28; P. Babitzky/J. Rimberg, *The Soviet Film Industry*, New York 1955.

<sup>20</sup> R. Marchand/P. Weinstein, *L'Art dans la Russie nouvelle: Le Cinéma*, Paris 1927, S. 151.

tigt war, hatte er weniger Zeit und weniger Geld, um das neue Vergnügen zu genießen. Für ihn waren Trinkstuben und Alkohol die billigere Alternative. Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab 1910 begann sich diese Lage zu bessern, so dass nun auch Arbeiter ins Kino gingen. Andererseits waren die Angehörigen der Mittel- und Oberschicht weniger standesbewusst und vorurteilsbehaftet als ihre britischen Zeitgenossen. So schrieben die Russkie vedomosti am 01.01.1912 euphorisch:

»Wenn Sie in den Zuschauerraum [des Kinos] schauen, werden Sie über die Zusammensetzung der Zuschauer erstaunt sein. Alle sind hier – Studenten und Polizisten, Schriftsteller und Prostituierte, Offiziere und Studentinnen, bärtige und bebrillte Intellektuelle aller Art, Arbeiter, Verkäufer, Händler, Damen der höheren Gesellschaft, Modistinnen, Beamte – mit einem Wort, alle.«<sup>21</sup>

Für Adlige war es »à la mode«, ins Kino zu gehen. »Die dicken Pelze und modischen Hüte hegten eine natürliche Abneigung gegen einheimische Filme, sie bevorzugten alles Fremde.«<sup>22</sup> Intellektuelle und der niedere Adel schätzten die Zwanglosigkeit des Ins-Kino-Gehens besonders: »keine Abendgarderobe, keine Stehkragen und Manschetten wie fürs Theater«, ja man durfte sogar Mantel und Galoschen anbehalten, nur die Damen wurden höflichst gebeten, den Hut abzunehmen.<sup>23</sup> Diese Ungezwungenheit machten einige Symbolisten (Blok, Belyj) zur Metapher für Stadtleben schlechthin. Der Dichter der Stadt, A. Blok, verabscheute ausdrücklich Luxuskinos wie das »Parisiana« am Nevskij Prospekt, mit seinen »wohlgenährten Bourgeois, der vergoldeten Jugend, den reichen Ingenieuren und Aristokraten«. Er bevorzugte die proletarische Atmosphäre [der Kinos] auf der Petrograder Seite.<sup>24</sup>

Bessergestellte Arbeiter fühlten sich ihrerseits von den Luxuskinos im Zentrum angezogen und leisteten sich (nach 1910) dort hin und wieder die billigeren Plätze – allerdings waren sie den Zahlen nach nie angemessen vertreten. Erst nach 1917 sollen sie die Luxuskinos überflutet haben.

Junge Leute, gleich welcher Gesellschaftsschicht, schätzten, wie die jungen Engländer, das Kino als Treffpunkt mit Gleichaltrigen. Das kann man u.a. in V. Nabokovs Petersburger Erinnerungen von 1915 nachlesen. Er frequentierte das »Parisiana« und das »Piccadilly« am Nevskij Prospekt. Russische Kinder benahmen sich im Kinodunkel ebenso »ungezogen« wie die englischen. »Sie kauten Sonnenblumenkerne und mampften Äpfel, um dann die Apfelbutzen und Kerne auf den Boden oder auch aufeinander zu werfen«, beklagt sich Aleksandr Werner aus Odessa.<sup>25</sup>

Kaufleute, »ziemlich wohlhabend, aber ohne die bürgerlichen Hemmungen und ohne das intellektuelle Gehabe benahmen sich im Kino, als seien sie zu Hause. Sie

<sup>21</sup> R. Taylor, *The Politics of the Soviet Cinema, 1917–1929*, Cambridge 1979, S. 7.

<sup>22</sup> J. Leyda (s. A 18), S. 67 f.

<sup>23</sup> K. Varlamov, in: *Kino-teatr i žizn'*, 5 (1913).

<sup>24</sup> N. M. Zorkaja, *Kinematograf v žizni Aleksandra Bloka*, in: *Istorija kino*, 9 (1974), S. 136 f.

<sup>25</sup> Zit nach Y. Tsivian (*Civ'jan*), *Early Cinema in Russia*, Chicago 1994, S. 16.

brachten ihr Essen und Trinken mit. Ganze Familien besetzten die vorderen [!] Reihen.«<sup>26</sup>

In seiner Popularität stand das städtische Kino in Russland dem englischen nicht nach. In Komfort und technischer Ausstattung waren die ersten Kinos allerdings ungleich karger. Das russische Pendant zu den »Penny-gaffs« (erst im Stadtzentrum, dann in den Außenbezirken) bestand meist aus einem einzigen Raum ohne Foyer. Die Karten wurden an einem Tisch im Vorführraum verkauft. Etwa 20 – 30 Sitzplätze und weitere ca. 30 Stehplätze standen zur Verfügung. Auch große Hallen konnten selten mehr als 200–300 Personen aufnehmen. Zeitzeugen erinnern sich vor allem an die völlige Finsternis in diesen Kinos, die stickige Luft, den Gestank und die Hitze, welche die Sauerstofflampen entwickelten. Diese schickten ihr trübes Licht »auf ein schmutziges Stück Tuch namens Leinwand«.

Ganz anders die »Luxus«-Kinos in den Stadtzentren. In St. Petersburg entstanden sie hauptsächlich am Nevskij Prospekt, in Moskau am Arbat. Auch die größten waren, verglichen mit den Londoner West End Kinos, moderat: Das »Piccadilly« (!) bot 694 Plätze (1916: 833).<sup>27</sup> Das Programm wechselte wöchentlich zweimal.

Die Kinonamen waren wie in England suggestiv. Es gab die funktionalen: »Bioscope« und »Pathégraph«. Sie wichen, je mehr das Technische den Reiz des Neuen verlor, den außerirdischen: »Uran«, »Saturn«, »Luna«, »Soleil«, »Sirène«. Aber es gab auch die irdischen Ort der Sehnsucht: »Piccadilly«, »Parisiana«, »Tivoli«, »Niagara«, »Kolizej« – und am Rande, die Attribute der Macht: »Ampir«, »Majestic«. Das »Parisiana« und das »Ampir« boten Luxuslogen für 4–6 Personen mit Telefon zum Preis von 5 Rubel. »Saturn« warb 1913 mit erstklassigem Tee und Obstbüffet.

All dies ein großstädtisches Flair des Überflusses, das von Demokratisierung weit entfernt war! Im Bau solcher Vorkriegs- und Vorrevolutions-Kinos scheint sich – auch wenn sie mit ausländischem Kapital entstanden – eine imperiale Vergangenheit, an der einst nur wenige teilhatten, mit der Hoffnung auf eine üppige Zukunft zu mischen, die viele sich sehnlichst wünschten. So blieben die reich geschmückten russischen Kinopaläste schon als sie gebaut wurden ein Anachronismus, Lemuren vergangener Grandiosität. Und der Film der 1910er und 1920er Jahre mit seinen exotischen Schauplätzen und der lebendigen Illusion vom besseren Leben unterstützte diese Täuschung.

In Russland wie in Großbritannien änderte sich Ende der 20er Jahre der Stil der Kinos, Funktionalität kam in Mode. Für den Traum sorgte nun nicht mehr das Kino, sondern der Film – hier im Stil des Sozialistischen Realismus, dort im Stil Hollywoods. Beide propagierten und verkauften ein neues Leben, einen neuen Menschen, eine neue Welt – auf der Leinwand wie in der »Wirklichkeit« – vorausgesetzt, man glaubte daran.

<sup>26</sup> *Ebda.*, S. 32.

<sup>27</sup> K. Schlögel, *Jenseits des großen Oktober*, Berlin 1988, S. 188.

Corinna Müller

## Widerstände gegen das frühe Kino in England und Deutschland

### 1. Einführung

Widerstände gegen das Kino kamen seit 1906/07 überall auf, wo sich die Kinos als ortsansässige, ständige Einrichtung verbreiteten, sei es in Frankreich, Großbritannien, Deutschland, der Schweiz oder den USA. Die Argumente, die gegen das Kino vorgebracht wurden, waren überall dieselben: Der Film an sich sei zwar eine sehr gute und nützliche Erfindung, aber in die Hände von Geschäftemachern geraten, die mit geringen Investitionen schnelles Geld machen wollten und physische wie psychische Schädigungen ihrer Besucher billigend in Kauf nehmen würden. Das Kino sei gesundheitsschädlich, verursache Augenschmerzen, Schwindel und Übelkeit. Solche Vorwürfe waren nicht unberechtigt: Das Kino war anfangs durchaus ein Spekulationsobjekt, von dem sich viele Kinobetreiber viel Geld mit wenig Mühe und Unkosten erhofften. Es gab viele kleine, schludrig eingerichtete Billigbetriebe, die mit alten Projektoren und Filmen arbeiteten, so dass die Projektion oft schlecht war und die Bilder unscharf waren und ‚zitterten‘. Das konnte in der Tat Augen- und sogar Kopfschmerzen und Übelkeit hervorrufen. Außerdem waren die wenigsten Kinos ausreichend belüftet, obwohl durchgehend gespielt wurde, so dass die Luft stand und sich im Lauf des Tages immer mehr verbrauchte, wodurch Sauerstoffmangel zu Schwindel und Übelkeit führten. Überdies durfte man im Kino rauchen, essen und trinken, so dass es in frühen Kinos oft nach saurem Bier und billigen Zigarren stank und der Kinobesuch zum wahrhaft atemberaubenden Vergnügen wurde.

Die am häufigsten und nachhaltigsten vorgebrachte Kritik richtete sich allerdings gegen den Spielfilm, der mit dem Übergang vom ambulanten zum ortsfesten Kino rasch die Programme beherrschte und die ursprünglich dokumentarische Ausrichtung des Films verdrängte. Dem Kino wurde vorgeworfen, mit Erotik und Gewaltdarstellungen in Spielfilmen an die niederen Instinkte der Massen zu appellieren und speziell auf Kinder und jugendliche Besucher schädlich zu wirken. Ob in Deutschland oder Großbritannien waren Sätze zu lesen über »diese geistlosen Kinovorführungen, die in meinen Augen Hochschulen für Radaubruder und Tölpel sind und die niemanden außer ihren Besitzern und deren Angestellten nützen. In weniger als zehn Jahren wird dieses Land die moralische und geistige Verheerung zu spüren bekommen, die von diesen verderblichen Institutionen ausgeht«.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> *Bioscope*, 10.07.1913, S. 85; zit. n. R. Low, *The History of the British Film 1906–1914*, London 1997, S. 32 (zuerst 1949). Für Deutschland besonders K. Lange, *Der Kinematograph vom*

The poster for 'Vereinigte Theater' is a vertical rectangular layout. At the top, the title 'Vereinigte Theater' is in a large, bold, serif font. Below it, two smaller boxes contain 'Kammer-Lichtspiele' and 'Lichtspiel-Haus'. The main body of the poster is divided into several columns and rows, each advertising a different play or performance. The text is arranged in a grid-like fashion with decorative borders around each section. The plays listed include 'Der Weg in die Nacht', 'Die oder Die', 'Fluch der Schönheit', 'Das teuflische Weib', and 'Der Prinzenraub'. Actors mentioned include 'Martha Haiden und Karin Molander', 'Asta Nielsen', and 'Pola Negri'. The poster also includes dates like 'Heute bis einschl. Montag, den 16. Juli' and 'ab heute bis einschl. Montag.' and times like 'Anfang nachmittags 3 Uhr'.

Abb. 1: Verlockungen und Fluch der Schönheit: Kinowerbung in Bielefelder Zeitungen 1917; Quelle: C. Fleer, *Vom Kaiserpanorama zum Heimatfilm*, Marburg 1996, S. 49.

Es wurde sogar ein ursächlicher Bezug zwischen den Vorbildern, die Filme lieferten, und der Jugendkriminalität geltend gemacht. Die britische Filmhistorikerin Rachel Low berichtet: »Wenn ein kleiner Junge Selbstmord durch Erhängen begangen hatte, wurde behauptet, ...dass er dies einige Wochen zuvor im Kino gesehen hatte. Jungen, die bei einem Einbruch erwischt wurden, lernten schnell, mit bitteren Tränen der Reue in den Augen zu behaupten, dass sie es im Kino gelernt hatten.«<sup>2</sup>

Auch Argumente wie diese wurden international vorgebracht. Vor allem die Sorge um das Wohl der Kinder und Jugendlichen einte die frühen Kinokritiker,

ethischen und ästhetischen Standpunkt, in: R. Gaupp/K. Lange, *Der Kinematograph als Volksunterhaltungsmittel*, München 1912, S. 12–48.

<sup>2</sup> R. Low (s. A 1), S. 34. Für Deutschland insbesondere K. Brunner, *Der Kinematograph von heute – eine Volksgefahr*, Berlin 1913.

weil Kinder und junge Leute offenbar überall – außer, wie es zeitgenössisch hieß, in Dänemark<sup>3</sup> – den größten Teil der frühen Kinokundschaft bildeten. In den meisten Ländern hatte sich das Kino als erstes der großen Massenmedien durch verbilligte Eintrittspreise gezielt an Kinder gewendet. In Deutschland wurde speziell den kleinen Kinos in Arbeitervierteln zu Beginn des Kino-Booms der Jahre 1906/07 in der Kinofachpresse nachgesagt, dass sie so gut wie ausschließlich vom Kinderbesuch lebten.<sup>4</sup> Doch auch in anderen sozialen Umfeldern wurden die Kinos vor allem nachmittags zumeist von Kindern und Jugendlichen besucht.

## 2. Forschungsprobleme

Außerhalb Deutschlands stieß die zeitgenössische Kino-Debatte auf überraschend geringes Interesse seitens der filmhistorischen Forschung. Das gilt nicht nur für Großbritannien, auf dessen Beispiel ich mich konzentriert habe, sondern auch für Frankreich.<sup>5</sup> In den einschlägigen britischen Filmgeschichtsbüchern wird die frühe Kinodebatte kaum je erwähnt, es sei denn, dass sie unter dem Gesichtspunkt einer Filmzensur von »oben« perspektivisch verengt angedeutet wird.<sup>6</sup> Auch findet man in den Bibliographien keine Angaben zu zeitgenössischen Quellen. Das gilt selbst für das gedruckt erschienene Bestandsverzeichnis des »British Film Institute« (BFI),<sup>7</sup> und auch eine Anfrage beim BFI nach frühen Schriften der Kino-Debatte oder Arbeiten, die sich auf lokaler Ebene mit der Auseinandersetzung ums Kino befassen, blieb ohne Ergebnis. Daher ist man immer noch auf die Darstellung von Rachel Low angewiesen, die im zweiten Band von »The History of the British Film« aus dem Jahr 1949 recht ausführlich über zeitgenössische Proteste gegen das Kino in England referiert.<sup>8</sup>

In Deutschland stieß die zeitgenössische Kino-Debatte (die gut dokumentiert ist) auf recht großes Interesse in der Forschung.<sup>9</sup> Wahrscheinlich nahm die Auseinander-

<sup>3</sup> Vgl. K. Asche, Der Kinematograph in Dänemark, in: Erste Internationale Film-Zeitung, 25.02.1911.

<sup>4</sup> Vgl. u.a. *Der Kinematograph*, 03.03.1907, *Die Lichtbildkunst*, 01.07.1912.

<sup>5</sup> Eine Ausnahme ist die Dissertation von S. Lenk: *Théâtre contre Cinéma. Die Diskussion um Kino und Theater vor dem Ersten Weltkrieg in Frankreich*, Münster 1989.

<sup>6</sup> Vgl. A. Kuhn, *Cinema, Censorship and Sexuality 1909–1925*, London/New York 1988.

<sup>7</sup> E. Burrows u.a. (Hrsg.), *The British Cinema Source Book*, London 1995.

<sup>8</sup> R. Low (s. A 1) S. 32 ff.

<sup>9</sup> Vgl. H. Kommer, *Früher Film und späte Folgen. Zur Geschichte der Film- und Fernseherziehung*, Berlin 1979; H.H. Diederichs, *Anfänge deutscher Filmkritik*, Stuttgart 1986; T. Schorr, *Die Film- und Kinoreformbewegung und die deutsche Filmwirtschaft. Eine Analyse des Fachblatts 'Der Kinematograph' (1907-1935) unter pädagogischen und publizistischen Aspekten*, Diss. phil. München 1989; S. Lenk, *Völkisches Gedankengut im Umfeld der Kinoreformbewegung*, in: U. Puschner/W. Schmitz/J. H. Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918*. München 1996, S. 797-805; C. Müller, *Der frühe Film, das frühe Kino und seine Gegner und Befürworter*, in: W. Kaschuba/K. Maase, Hrsg., *Schund und Schönheit. Populäre Kultur um 1900*, Köln 2001 (im Druck).



# COLOSSEUM.

Samstag den 1. September:

## Eröffnungs-Vorstellung.

Erstes Auftreten folgender Artisten 1. Ranges.

Glazi von Ehrenfels, Gesangs-Soubrette.

Carry und Morta, Excentriane.

Sepp'l Werner, Salon-Humorist.

The 3 Brothers Sand, Sport-Acrobaten.

Geschw. Hammerl, Duettisten.

Richardo und Salring, Equilibristen.

Gebr. Detcke, Bric-à-Brac-Act.

Kinetograph, Orig. Aufnahmen der Pariser Weltausstellung, unsere

Flotte u. c., Vokal-aufnahmen von Karlsruhe: Marktplatz, Bahnhof.

Sonntag den 2. September:

## Zwei Vorstellungen.

Anfang 4 und 8 Uhr.

D.512

Abb. 2: Filmunterhaltung im Varieté: Das »Colosseum« in Karlsruhe, 1900/01; Quelle: G. Bechtold, *Kino. Schauplätze in der Stadt, Karlsruhe 1987*, S. 37.

setzung mit dem frühen Kino in Großbritannien nicht dasselbe Ausmaß an wie in Deutschland, wo zahlreiche Artikel und Monographien publiziert wurden. Rachel Low zufolge hielt die Diskussion jedoch auch in Großbritannien mehrere Jahre an, wohl ähnlich wie in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg. Insofern war die britische Kinoreformbewegung doch nicht gar so marginal, wie sie vielfach erscheint.

Möglicherweise ist die unterschiedliche Resonanz, auf die das frühe Kino bei den Zeitgenossen in Deutschland und England stieß, damit zu erklären, dass die zweite Welle der Kino-Debatte, die in Deutschland zwischen 1911 und 1914 stattfand und vom langen Spielfilm ausgelöst worden war, in Großbritannien ausblieb. Der lange Spielfilm wurde als Angriff auf die literarische Kultur und das Theater betrachtet, und die Debatte galt nun der Frage, ob der Film eine Kunstform sei oder nicht. Diese Diskussion wurde rasch wesentlich breiter geführt als die erste um den Jugendschutz. In Großbritannien wurde kulturell nicht annähernd so deutlich zwischen »ernerster Kunst« und »bloßer Unterhaltung« unterschieden, so dass das Kino unter diesem Aspekt kaum so leidenschaftlich diskutiert wurde wie in Deutschland.

### 3. Formen der Kinoreform in der Praxis

Auch die praktischen Ziele der frühen Proteste gegen das Kino unter dem Thema des Jugendschutzes, die in Deutschland unter dem Stichwort einer »Kinoreform« liefen, waren international relativ ähnlich und galten vor allem einem Einschreiten gegen den kindlichen Kinokonsum und einer Filmzensur. Dabei war allerdings ausschlaggebend, welche Staatsformen die einzelnen Länder hatten und welche juristischen Grundlagen für ein Einschreiten gegen die Kinos bestanden. In Königreichen wie Norwegen, Schweden und auch Großbritannien gab es national einheitliche Vorschriften, was im föderalistischen deutschen Kaiserreich nicht der Fall war. So wurde im Cinematograph Act von 1909 für das britische Empire verbindlich die Konzessionspflicht für das Betreiben eines Kinos festgelegt und an feuerpolizeiliche Auflagen geknüpft.<sup>10</sup> Den lokalen Behörden stand es jedoch frei, weitere Bedingungen an die Konzession zu knüpfen, etwa Beschränkungen des Kinderbesuchs und Formen der Überwachung der Spielpläne bzw. der Filmzensur. Rachel Low zufolge führten solche Auflagen zu endlosen und fruchtlosen Auseinandersetzungen von Behörden und Kinos,<sup>11</sup> und natürlich war es auch für die Filmindustrie denkbar hinderlich, dass 688 lokale Behörden<sup>12</sup> Zensurbefugnis hatten. Deshalb kam es 1912 zur Einrichtung einer zentralen Zensurbehörde, des British Board of Film Censors, das durch Gebühren der Filmindustrie finanziert wurde.

<sup>10</sup> Dazu A. Kuhn (s. A 6), bes. S. 13–20.

<sup>11</sup> S. Low (s. A 1), S. 33.

<sup>12</sup> J. Richards, British Film Censorship, in: R. Murphy (Hrsg.), The British Cinema Book. London 1997, S. 167–177, hier S. 167.



Abb. 3: Kinder nur in Begleitung von Erwachsenen: Dia-Zwischentitel, England, um 1905; Quelle: Chr. Williams (Hrsg.), Cinema: the Beginnings and the Future, London 1996, S. 102.

Im deutschen Kaiserreich waren Restriktionen gegen Kinos ebenfalls grundsätzlich Lokalsache, doch die Kinos waren in Deutschland noch schwieriger zu kontrollieren als in Großbritannien, weil es keine juristische Grundlage gab, um die Gründung von Kinos an eine Konzession zu binden. Ebenso existierten keine gesetzlichen Grundlagen, um national geltende Regelungen zu erlassen. Einheitliche Bestimmungen konnten nur auf Länderebene erlassen werden, sofern es eine juristische Grundlage dafür gab, was z.B. in Württemberg noch bis 1914 nicht der Fall war. Restriktionen des Kinderbesuchs wurden zwischen 1908 und 1914 nach und nach von den Ländern erlassen und waren unterschiedlich. Köln etwa erließ 1912 ein generelles Verbot, Kinder ins Kino einzulassen, anderswo wurde der Besuch tageszeitlich begrenzt und/oder nur in Begleitung Erwachsener erlaubt. Eine Filmzensur existierte seit 1906 bei der Berliner Polizeibehörde, doch auch hier blieb es den Kommunen freigestellt, sie anzuerkennen.<sup>13</sup> Auf Betreiben der internationalen Filmproduzenten wurde jedoch schon 1907 in Berlin eine zentrale Filmzensur eingerichtet, die jeden Film mit einer Zensurkarte versah, in der ein Aufführungsverbot, einzelne verbotene Passagen des Films oder ein Kinderverbot verzeichnet waren. Die Entscheidungen der Berliner Filmzensur wurden veröffentlicht und von anderen Ländern und Kommunen meistens anerkannt und übernommen, doch die Zensurhoheit lag nach wie vor bei den Ländern und Kommunen.

Bayern richtete eine eigene Filmzensur ein, weil es die Berliner Entscheidungen nicht für streng genug hielt, und auch Hamburg hatte eigene Richtlinien für die Zensur.

<sup>13</sup> Vgl. auch G. Kilchenstein, Frühe Filmzensur in Deutschland. Eine vergleichende Studie zur Prüfungspraxis in Berlin und München (1906–1914), München 1997.

## 4. Die Kinoreform in Hamburg

Am frühesten kam es im Stadtstaat Hamburg zu einer Regelung des Kinobetriebs, der Hamburgischen Polizeiverordnung vom 15. Mai 1908. Sie war das Resultat der Initiative des Hamburger Lehrervereins »Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens«, der zuvor bereits zum Zentrum der Lehrerorganisationen gegen die »Schundliteratur« geworden war. Vom Hamburger Lehrerverein ging die erste Intervention gegen die Kinos in Deutschland aus.<sup>14</sup> Im Januar 1907 setzte der Verein eine Kommission ein, die sich durch Kinobesuche ein Bild über deren Ausstattung, Programme und die Besuchsfrequenz von schulpflichtigen Kindern machen sollte. Die Berichte wurden zusammengefasst und veröffentlicht.<sup>15</sup>

Aus dem Bericht der Lehrer geht hervor, dass etliche der Hamburger Kinos die üblichen Mängel der Gründerzeit hatten, dass die Bilder zitterten und die Projektion schlecht und manchmal zu schnell war. Auch über lärmende mechanische Musik und schlechte Luft in Kinosälen wurde geklagt und etliche Filme beschrieben, die als »albern« und »roh«, »gemein« und »grausig« eingestuft wurden. Doch es wurde auch der große Wert der Anschaulichkeit von Dokumentar- und selbst Spielfilmen hervorgehoben, was speziell für lernbehinderte Kinder neue Möglichkeiten des Lernens eröffnete. Einer der Lehrer war vom Kino geradezu begeistert.

Den Berichten der Hamburger Lehrer ist außerdem zu entnehmen, dass sich im Kino eine eigenständige Kultur für Kinder und Jugendliche entwickelt hatte, in denen sie einen Freiraum von der Überwachung durch Eltern und Erwachsene fanden. Kinder und Jugendliche, so heißt es, wüssten nicht nur bestens über die Programme sogar weit entfernter Kinos Bescheid, sondern suchten die Kinos auch nicht nur wegen der Filme auf. Im Kino konnte man ungestört naschen, die erste Zigarette ausprobieren und in den Pausen die verpönten »Schund«-Heftchen lesen. Für die höheren Schüler bildete das Kino ein Refugium, wo sie sich ungestört mit ihren Freundinnen treffen konnten; vorher waren sie auf die Öffentlichkeit der Straßen angewiesen gewesen. Auch diente das Kino manchen älteren Mädchen als Abstellplatz lästiger kleiner Geschwister, auf die sie aufpassen mussten.

<sup>14</sup> Vgl. H.M. Popert, Hamburg und der Schundkampf. Zweites Buch: Filmfragen, Hamburg-Großborstel 1927, S. 132. Nach dieser Quelle auch die weiteren Angaben zu Hamburg, wenn nicht anders angegeben. Zum Hamburger Kinderkino vgl. auch C. Müller, Frühes Hamburger Kinderkino. Aspekte der Konstituierung einer jugendlichen Kinoteilöffentlichkeit, in: W. Faulstich/K. Hickethier (Hrsg.), Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung, Bardowick 2000, S. 118–131.

<sup>15</sup> Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens zu Hamburg (Hrsg.), Bericht der Kommission für »Lebende Photographien«. Erstattet am 17. April 1907. Bearbeitet von C.H. Dannmeyer, Hamburg (Mai) 1907. Neu: Hamburg 1980. Vgl. auch K. Maase: Kinder als Fremde – Kinder als Feinde. Halbwüchsige, Massenkultur und Erwachsene im wilhelminischen Kaiserreich, in: Historische Anthropologie 4 (1996), S. 93–126, der weitere Archivunterlagen auswertet.



Abb. 4: Belehrend und moralisch einwandfrei: Das »Nove Cine« in Mailand um 1910; Quelle: E. Pasculli, Milano Cinema Prodigio, Milano 1998, S. 66.

Die zwar kritische aber auch positive Haltung gegenüber dem Kino im Hamburger Lehrerverein führte zu einem Umgang mit dem Kino in der Hansestadt, der im ganzen deutschen Reich zwar als vorbildlich bewertet wurde, aber kaum Nachahmung fand. Die Lehrer suchten den Kontakt zur Kinoszene und fanden dort von etlichen Kinobesitzern Unterstützung. Die Hamburger Kinoszene teilte sich zwar in zwei Lager von Befürwortern und Gegner der Ziele der Lehrer, doch das Lager der Befürworter war von Anfang an das einflussreichere und wurde mit der Zeit auch immer größer. Gemeinsam gelang es Lehrern und Kinobesitzern, dass in der Hamburgischen Polizeiverordnung vom 15. Mai 1908 zwar der Kinobesuch schulpflichtiger Kinder ohne Begleitung Erwachsener verboten wurde, doch ausdrücklich Ausnahmen vorbehalten blieben. Dieser Vorbehalt war die Grundlage für die Installation eines gesonderten »Kinder-Kinos« in Nachmittagsvorstellungen, das offenbar nur in Hamburg erfolgreich und dauerhaft existierte.

Auf das Recht, eine selbständige kommunale Filmzensur auszuüben, bestand Hamburg im Hinblick darauf, diese speziellen Kindervorstellungen institutionalisieren zu können. Das Ziel der Hamburger Filmzensur war daher nicht, Aufführungsverbote oder andere Exklusionen zu verhängen, sondern eine Auswahl unter den Filmen zu treffen, ob sie für Kindervorstellungen geeignet waren. Bei der Hamburger Polizeibehörde wurde ein Lehrerausschuss gebildet, der eine Auswahl kindergeeigneter Filme traf. Diese Empfehlungen wurden ebenfalls veröffentlicht. Diese Filme durften in Hamburg in speziellen Kindervorstellungen gezeigt werden, ohne dass eine Kontrolle erfolgte oder Erwachsene anwesend sein mussten. Die Hamburger Kino-Politik war darum bemüht, der Jugend ihr Refugium – wenn auch kontrolliert – zu gewähren. Inhaltlich folgte die Leitlinie für die Kinder-Kinoprogramme der schon 1907 vom Lehrerverein formulierten Prämisse von ‚Belehrung und Unterhaltung‘. Empfohlen wurden zwar hauptsächlich Kulturfilme, aber durchaus auch unterhaltende Spielfilme, »Dramen« ebenso wie Komödien.<sup>16</sup>

Der Hamburger Lehrerausschuss existierte in wechselnder Zusammensetzung und Form bis 1928. Dann wurde die Funktion des Lehrerausschusses von der neu gegründeten Hamburger Landesbildstelle übernommen, der ersten deutschen Landesbildstelle, der viele weitere, bis heute existierende folgten, die sich dem Einsatz des Mediums Film (bzw. inzwischen audiovisueller Medien) in Schule und Unterricht widmen.

Rachel Low berichtet, dass in Großbritannien Versuche, ebenfalls »children's matinees of suitable films« einzurichten, keinen Erfolg hatten, weil es keine geeigneten Filme gab. Denn, so meinte sie, »suitable‘ usually meant dull«. <sup>17</sup> Dies erklärt das Scheitern solcher Initiativen jedoch nur teilweise, denn die Filme, die das Hamburger

<sup>16</sup> Vgl. H. Birett (Hrsg.), Verzeichnis in Deutschland gelaufener Filme. Entscheidungen der Filmzensur 1911–1920. Berlin, Hamburg u.a. 1980, S. 643–677.

<sup>17</sup> S. Low (s. A 1), S. 33.

Kinderkino erfolgreich machten, hätte man wohl auch in England beziehen und verwenden können. Möglicherweise scheiterten die britischen Bemühungen um ein »Kinderkino« auch am Fehlen der personellen und institutionellen Strukturen; wie sie in Hamburg vorhanden waren. Die Hamburger Kindervorstellungen setzten zwei Bedingungen voraus, die in dieser Form vielleicht nur im Stadtstaat Hamburg zusammentrafen: Zum einen den Willen zur Kooperation von Kinobetreibern, Behörden, Legislative, Lehrern und Eltern, für den die frühere Initiative des Hamburger Lehrervereins gegen die »Schundliteratur« den Weg gebahnt hatte. Zum anderen war Hamburg als Stadtstaat juristisch in der Lage, auf die Gegebenheiten und speziellen Bedürfnisse vor Ort einzugehen und Wege für ihre Realisierung zu schaffen. Es zeigt sich so, dass die Art und Weise, in der das frühe Kino als erstes der modernen Massenmedien des 20. Jahrhunderts sich seine Öffentlichkeit schuf und gestaltete, auch von nationalen und lokalen politischen und juristischen Konstellationen bedingt wurde.

Guido Convents / Karel Dibbets

## Verschiedene Welten: Kinokultur in Brüssel und in Amsterdam 1905–1930

Nicht nur ihren Nachbarländern besteht eine deutliche Neigung, Belgien und Holland als ein einziges oder einheitliches Territorium zu betrachten, vielleicht nicht so sehr in politischer, aber in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Der Glaube, dass Belgien und die Niederlande als ein Markt betrachtet werden können, war im internationalen Handel vor dem Ersten Weltkrieg sehr verbreitet. Als die ersten Filmgesellschaften Ende des 19. Jahrhundert daran gingen, die Welt zu erobern, folgten sie der gleichen Überzeugung – und noch hundert Jahre später werden manchmal internationale Filmrechte für die Benelux-Länder insgesamt vergeben. Die Lumières sind für die Zeit vor 1900 ein gutes Beispiel. Ihre Filme wurden in Brüssel und Amsterdam zum ersten Mal im März 1896 mit einer kurzen zeitlichen Verschiebung weniger Wochen vorgeführt. Sie hatten die Rechte für die Niederlande und Belgien an eine belgische Gesellschaft zur einheitlichen Auswertung verkauft.<sup>1</sup> Zehn, fünfzehn Jahre später betrachteten große Produzenten wie die Pathé Frères, Gaumont, Itala Films und Vitagraph die zwei Länder immer noch als ein einziges Territorium. Sie wählten meist Brüssel als Hauptquartier für ihre Aktivitäten in dieser Region. Es ist nun schon deswegen wichtig, diese Politik der frühen Filmgesellschaften zu verstehen, weil mehr als 90% aller Filme, die in diesen beiden Ländern vertrieben wurden, in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts aus dem Ausland stammten. Aber entsprach sie den kulturellen Gegebenheiten? Einige Filmproduzenten entdeckten relativ früh, dass man in den beiden Ländern nicht gleich vorgehen konnte.

1905 beschlossen Gaumont und Meßter,<sup>2</sup> den europäischen Markt für den Tonfilm (bei denen Filme mit Schallplatten kombiniert wurden) unter sich aufzuteilen. Gaumont nahm sich den französischsprachigen Teil, und Meßter den deutschsprachigen.<sup>3</sup> Diese Abmachung implizierte, dass sich Meßter vom belgischen Markt zurückzog, und so alleine die Niederlande problemlos bearbeiten konnte. Im Grunde beruhte dies auf der Erkenntnis, dass man es beim Filmexport mit kulturellen Unterschieden und außerdem mit Gegenkräften in den Niederlanden zu tun hatte. 1910, zwei Jahre nach der Gründung der Zweigniederlassung der Pathé in Brüssel, Le Belge Cinéma, die

<sup>1</sup> Dazu G. Convents, *Het geheim van Charles Schram*, in: *Jaarboek Mediageschiedenis* 8, Amsterdam 1997, S. 73–89.

<sup>2</sup> Die Marktführer in Frankreich und Deutschland.

<sup>3</sup> Siehe H. Jossé, *Die Entstehung des Tonfilms: Beitrag zu einer faktenorientierten Mediengeschichtsschreibung*, Freiburg/München 1984, S. 78–80.

Filme in den zwei Ländern vermietet, wurde Alfred Machin in die Niederlande geschickt, um dort eine Reihe von Spielfilmen in und über diese Region zu drehen. Sein erster Film war »Le Moulin Maudit«, eine Qualitätsproduktion mit einer erstaunlichen Geschichte. Der Film spielte in einem erfundenen Land, und gerade sein Dekor enthüllte die Mischung flämischer und niederländischer Stereotypen, wie sie bereits einem internationalen Publikum bekannt war.<sup>4</sup> In Belgien wurde der Film jedoch in der Pathé-Werbung als eine authentische belgische Produktion angepriesen – und in den Niederlanden wurde der Film mit praktisch denselben Werbeplakaten als einheimischer Film mit einheimischen Schauspielern angepriesen. 1911 schickte die Pathé Machin erneut in die Niederlande, um an Ort und Stelle in Volendam einen typisch »niederländischen« Film zu drehen – aber die Schauspieler und die Techniker kamen aus Belgien und Frankreich. Der internationale französische Filmproduzent hatte wohl verstanden, dass man das Publikum in beiden Ländern nicht auf die gleiche Weise ansprechen konnte, dass man Nuancen und kulturelle Unterschiede beachten musste. Die Pathé bemerkte aber wohl nicht, dass nationale Unterschiede in den Einstellungen zum Film überhaupt um so gravierender wurden, je mehr sich die Kultur des Kinos mit diesem ausbreitete. Das Kino führte sogar dazu, dass sich die Divergenzen urbaner Kultur zwischen den beiden Ländern verstärkten. Ein genauerer Blick auf die beiden Metropolen Brüssel und Amsterdam wird dies noch erweisen: Wenn es dunkel wurde, wenn die Kinos das Stadtleben übernahmen, zeigten sich die beiden Nationen als zwei verschiedene Welten.

### 1. Die Kinokulturen von Brüssel und Amsterdam

Die Distanz zwischen Brüssel und Amsterdam beträgt weniger als 200 Kilometer. Beide Städte hatten ungefähr die gleiche Größe, doch die Kluft beim Filmbesuch war sehr groß. Beide Städte repräsentierten die unterschiedlichen Enden des europäischen Spektrums.<sup>5</sup> Dies wird deutlich, wenn man die Anzahl der Kinos und den Kinobesuch per Kopf in den europäischen Kapitalen miteinander vergleicht. Brüssel stand und steht noch immer als erste auf der Liste, während Amsterdam die letzte war und noch ist. Seit Dezember 1905 eröffnete in Brüssel ein Kino nach dem anderen seine Tore. Diplomaten, Bankiers, Industrielle und andere Mitglieder der gehobenen Gesellschaft Belgiens investierten von Anfang ins Kinogeschäft. Ein deutscher Besucher bemerkte 1907, dass sich eine ganze Reihe von Kinos an den Brüsseler Hauptstraßen entlangzog: »Auf dem Boulevard du Nord schließt sich ein Theater an das andere an: man

<sup>4</sup> Vgl. G. Donaldson, *Of joy and sorrow: A filmography of Dutch silent fiction*, Amsterdam, 1997; M. Thys, (Hrsg.), *Belgian cinema*, Brüssel 1999.

<sup>5</sup> H. Gaus, *Het cultureel-maatschappelijk leven in België, 1918–1940*, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden*, deel 14, Haarlem 1979, S. 256–284.

baut extra wirklich schöne Räume und Etablissements mit geschnitzten Fassaden, während Rekommandeure durch reichen Redefluss das Publikum hineinzulocken verstehen.«<sup>6</sup>

Demgegenüber Amsterdam, obwohl auch hier 1907 ein Kino seinen Betrieb aufnahm. Aber im Gegensatz zu Brüssel, wo auf Drängen eines rasch anwachsenden Publikums sich die Anzahl der Kinos ständig mehrte, standen in Amsterdam das Publikum und die Investoren dem neuen Medium sehr verhalten gegenüber. So zählte man um 1912 in Amsterdam erst 20 Kinos, in Brüssel hingegen schon 75. Im Jahr 1939 war der Kluft noch größer: 37 Kinos in Amsterdam, 100 Kinos in Brüssel. Wie kam es zu dieser Differenz? Es gehörte lange zu den Standarderklärungen der Forschungsliteratur, auf das Vorherrschen der kalvinistischen Ethik im Norden und auf die katholisch geprägte Kultur im Süden hinzuweisen. Zwar ist diese Erklärung nicht unbedingt falsch, jedoch recht stereotyp, da sie einerseits die Rolle der Religion zu dieser Zeit überschätzt, gleichzeitig aber die katholische Bevölkerung in den Niederlanden unberücksichtigt lässt. Man sollte hier also differenzierter argumentieren.

Zunächst sind daher auf neue Dynamiken hinzuweisen: In Belgien entwickelte sich früher als in den Niederlanden eine neue städtische Kultur und Wirtschaft. Das zeigte sich in Brüssel an den vielen großen Warenhäusern, den Grand Hotels, Theatern und Music-Halls zur Zeit der Belle-Epoque – einer dynamische Zeit, von der die Niederlande nichts wussten. Weiter: Belgien machte sich der Welt als Gast vieler internationaler Ausstellungen bekannt. Weltausstellungen waren nicht nur ein Schaufenster der industriellen und technologischen Entwicklung, sondern sie waren auch dazu gedacht, ein großes internationales Publikum (Touristen, Händler, Industrielle und Investoren) anzulocken, um Einkünfte zu erzielen. Die Stadtverwaltungen betrachteten die neue Massenunterhaltung als ein ernst zu nehmendes Geschäft und als Mittel, Stadtentwicklung und Wohlstand zu beschleunigen, was öffentliche Unterstützung zu verdienen schien.<sup>7</sup> Stadträte- und Stadtverwaltungen hatten bereits lange Erfahrungen in der Organisation von Kirmessen, öffentlichen Spektakeln, Festivals, Wettbewerben und Meisterschaften. Sie waren dabei, zu lernen, wie man die eigene Stadt als Wallfahrtsstätte, als Kurort oder als historische Sehenswürdigkeit vermarkten konnte. Die Städte stritten sich auch offen miteinander, um die meisten Besucher anzuziehen, und ihre Verwaltungen wussten, dass sie dafür immer zu neuen und attraktiveren Mitteln greifen mussten.<sup>8</sup>

König Leopold II. setzte selbst dafür ein Beispiel, indem er Brüssel und Ostende

<sup>6</sup> *Kinematograph*, 03.02.1907.

<sup>7</sup> G. Convents, *Cultuurvernieuwing in het groot en ondernemerschap in het klein: ontstaan en doorbraak van een universeel filmvermaak in België, 1894–1908* (Diss., Univ. Leuven 1999), S. 205; Publiziert u.d.T.: *Van Kinetoscoop tot Café-Ciné. De Beginjaren van de Film in België 1894–1908*, Leuven 2000.

<sup>8</sup> Laissez-faire-Regeln galten in Belgien auch hinsichtlich der Zulassung von Bars und Bierstuben. Eigentlich konnte jeder eine eröffnen und sie unbegrenzt geöffnet halten. Eine kleine Stadt wie

durch seine monumentalen Paläste als touristische Anziehungspunkte stärkte. Die Stadt als Attraktion! Ein solcher Begriff war für die niederländische Bevölkerung und die lokalen Verwaltungen dort kaum vorstellbar. Man musste ihnen dieses Konzept fast schon aufzwingen, indem man aus dem Ausland die ersten Planungen für Warenhäuser praktisch importierte. Der Bau des Kristallpalastes 1864 war eine Ausnahme geblieben, es war das spektakulärste Projekt in der Amsterdamer Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts – und sein Vorbild stand in London.<sup>9</sup> Die städtischen Gremien leiteten die Entwicklung Amsterdams auf der Grundlage eines Konzepts, das man vielleicht als Mischung aus sozialistischem Sparhaushalt und protestantistischer Askese beschreiben kann. Sie planten große Bauten der öffentlichen Infrastruktur sowie des Verkehrs und ließen Museen erbauen, doch Festivitäten, Weltausstellungen und andere Unterhaltungsattraktionen standen nicht auf der Prioritätenliste. Die einzige Ausnahme stellte wohl die Feier des Geburtstages der Königin dar. Es war ein nationales Ereignis, organisiert und kontrolliert durch lokale Komitees respektabler Bürger und ersetzte im Grunde die große populäre Kirmes von Amsterdam, ein Ereignis, das Mitte des 19. Jahrhunderts aufgehoben worden war.

Brauer und Inhaber von Kneipen in Brüssel investierten gern in das neue Kinogeschäft. Schon bevor es das Kino gegeben hatte, hatten sie ein gut fundiertes Geschäft aufgebaut, versorgten ihre biertrinkenden Kunden mit den neuesten Musikautomaten und ließen in den Music-Halls Künstler und Orchester auftreten. In Brüssel gab es also schon vor 1905 zu Dutzenden »café-concerts«, »brasseries-concerts«, und »café-variétés«, und so erstaunt kaum, dass das erste »café-ciné« Ende 1905 seine Türen öffnete.<sup>10</sup> Es sieht so aus, als wenn die hier erfundene Kombination zwischen einer Bierstube und einem Kino eine belgische Spezialität war – obwohl man im Norden Frankreichs ähnliches feststellen konnte.

In Amsterdam hingegen war die Politik der Behörden ganz eindeutig die, Alkohol und sonstige Unterhaltung gerade nicht zu vermengen. Zwar wurde den Kinos gestattet, eine Art Erfrischungsbar zu betreiben, jedoch nur mit beschränkter Ausschanklizenz. Die Brauerei »Heineken« beispielsweise fand daher nur ein sehr geringes Interesse am niederländischen Kinogeschäft. In Belgien dagegen kontrollierten die großen Bauereunternehmen wie »Stella Artois« schon vor 1914 ganze Kinoketten. Man kann also sagen, dass Vergnügen und Unterhaltung als städtische Attraktionen in Brüssel schon vor dem Kino existierten, während eine solche Konsumorientierung in Amsterdam gleichsam erst noch erlernt werden musste. Massenunterhaltung sah man noch als notwendiges Übel, das man streng regulieren und überwachen musste,

Leuven hatte bei 41.000 Einwohnern 1923 nicht weniger als 622 Gaststättenbetriebe aufzuweisen, einer je 70 Einwohner.

<sup>9</sup> E. Wennikes, *Het Paleis voor Volksvlijt, 1864–1929*, Den Haag 1999.

<sup>10</sup> Vgl. G. Convents (s. A 7).

vor allem jedoch stark besteuern wollte. So erhob Amsterdam um 1900 eine Lustbarkeitssteuer von 20 Prozent auf die Eintrittspreise, wodurch die kommerzielle Entwicklung von Theatern, Music-Halls und Kinos stark beeinträchtigt wurde. Kurz gesagt, ging es um Abschreckung, und die höheren Eintrittspreisen hemmten auch den Zustrom des Publikums. Brüssel hingegen führte bis 1910 keine Vergnügungssteuer ein. Überhaupt wurde die Entwicklung des Geschäfts mit der Unterhaltung durch die städtischen Behörden hier nicht gestört. Selbst organisierte Sozialisten und Katholiken, die gegen die negativen Auswirkungen der billigen Volksunterhaltung hätten protestieren können, eröffneten ihre eigenen Kinos mit eigenen Filmprogrammen. Sie lernten, das Interesse des Publikums in die eigenen Bahnen zu lenken. Wenn man schon das Kino als Gegner nicht ausschalten konnte, machte man es eben zu seinem Verbündeten. Katholische Vereine bauten erfolgreich eine eigene Kinoorganisation auf. Mit Namen wie »Patria« und »Cinemas de Famille« entwickelten sich diese Kinos zu sichtbaren Vorposten katholischer Identität, die man in den populären Vierteln jahrzehntelang kannte. Auch die sozialistische Arbeiterbewegung kontrollierte gleichartige Kinoketten und konkurrierte öffentlich mit den katholischen und ungebundenen Kinotheatern.<sup>11</sup>

Zwar gab es in Amsterdam (1913) vergleichbare Initiativen wie die »Witte Bioskopen« (weiße Kinos) für die Katholiken und die »Rode Bioscopen« (Rote Kinos) für die Sozialisten,<sup>12</sup> doch hatten solche Ansätze in den Niederlanden keinen Erfolg. Öffentliche Kinos auf Weltanschauungsbasis konnten hier nie richtig Fuß fassen. Dies ist ein weiterer wichtiger Grund, warum sich die Kinokultur in Amsterdam nur wenig entwickelte, denn sie konnte sich praktisch nicht in die Gesellschaft selbst integrieren. Das soziale Leben war, weit mehr als in Brüssel, strikt in Milieus aufgeteilt und verlief entlang ideologischer Differenzen ausgesprochen voneinander abgeschottet. Ja, bis in die sechziger Jahre hinein lebten Protestanten, Katholiken und Sozialisten in eigenen Strukturen und mit ihren eigenen politischen Parteien, Gewerkschaften, Tageszeitungen und selbst Fußballvereinen. Massenunterhaltung musste hier also in sehr rigoroser Weise ein neutrales Angebot darstellen, um Konsumenten aller Milieus anzuziehen. Das niederländische Kino akzeptierte dieses Neutralitätsgebot, jedoch das Resultat im Gegensatz zum belgischen Kinogewerbe war, dass sich das Kino in den Niederlanden nicht vollständig – und sicher nicht so rasch wie in Belgien – in die niederländischen Teilgesellschaften integrierte. Es blieb eine Art Außenseiter, eher ein zu schlagender Konkurrent als ein Freund.<sup>13</sup>

Nachts verwandelten sich beide Städte in komplett verschiedene Welten. Kinos, mit ihrem Licht, mit ihren Leuchtreklamen zielen darauf ab, in der Dunkelheit Aufmerk-

<sup>11</sup> R. *Stallaerts*, *Rode glamour: bioscoop, film en socialistische beweging*, Gent 1989.

<sup>12</sup> B. *Hogenkamp*, *De documentaire film in opkomst*, in: K. *Dibbets/F. van der Maden* (Hrsg.), *Geschiedenis van de Nederlandse film en bioscoop tot 1940*, Weesp 1986, S. 159 f.

<sup>13</sup> Die niederländischen Kinobetreiber lernten bald, daraus das Beste zu machen und organisierten

samkeit auf sich zu ziehen. In Brüssel sahen sie aus wie Springbrunnen voller Licht, die die Straßen mit ihrem Schein überfluteten und die Passanten anlockten. Ihre Eingänge und Schautafeln stellten Einladungen und Versprechungen dar. Schon ihre Namen, die weit sichtbar waren, konnten große Erwartungen wecken. Das Gleiche geschah auch in Amsterdam, aber in viel bescheidenerem Ausmaß und weniger häufig. Die Namen der Kinos in beiden Städten folgten einem unterschiedlichen Muster. In einigen Fällen kann man den Ursprung der Namensgebung im Nationalgefühl sehen: wie »Hollandia« und »Rembrandt« in der einen Stadt, und »Le Vieux Bruxelles« oder »Congo Cinema« in der anderen. Brüssel, weil es auf die königliche Familie besonders stolz war, taufte seine Kinotheater auf »Leopold«, »Astrid« oder »Albert«. Amsterdam hatte jedoch eine andere und problematischere Beziehung mit der seiner niederländischen Königsfamilie. Die Metropole hatte lediglich ein Kino mit dem königlichen Namen »Juliana«, benannt nach der jungen Prinzessin und zukünftigen Königin. Es blieb jedoch ein kurzlebiges Unternehmen, das nur vier Jahre lang existierte. Schließlich wollten die königlichen Hoheiten keineswegs mit solchen profanen Vergnügungsstätten assoziiert werden, besonders nicht, was nächtliche Unternehmen betraf. Auch hatte Amsterdam seine republikanische Vergangenheit nicht vergessen. Amsterdam und das Königshaus – eine Verbindung die bis zum Zweiten Weltkrieg jedenfalls überhaupt nicht gut zusammen passte.

Die belgische Königsfamilie war in der örtlichen Kinokultur hingegen immer präsent, obwohl in ihr ja gerade der Einfluss der Franzosen – Republikaner – groß war. Kinopaläste mit den Namen »Gaumont« oder »Pathé« blieben noch lange nach 1918 populär. Sie erinnerten an die glorreiche Zeit, in der die Franzosen den europäischen Filmmarkt beherrschten. In Amsterdam war hingegen die französische Kultur verglichen mit Brüssel kaum spürbar, und der Einfluss der französischen Filmgesellschaften war minimal. Hier wurde ein Kino »Cinema Parisien« genannt, nicht weil ein solcher Name anheimelte, sondern weil er auf etwas Frivoles und Erotisches verwies. Ein anderes Kino trug den Namen »Asta« nach dem Stummfilmstar Asta Nielsen aus Dänemark, die während und nach dem Ersten Weltkrieg meist für die deutsche Filmindustrie arbeitete. Nach dem Krieg war es jedoch nicht mehr denkbar, dass ein Kino in Brüssel einen Namen trug, der an die Besatzungszeit erinnerte. Amsterdam hatte eine Reihe von anglo-amerikanischen Namen wie »New York«, »Roxy«, »City«, »Edison«, oder »West End« aufzuweisen. Brüssel hingegen machte eine solche »Barbarei« nicht mit, wenn auch die Mehrheit der gespielten Filme in Hollywood produziert worden waren. Die Einführung des Tonfilms 1930 verstärkte vielmehr den französischen Einfluss im Kinogewerbe, weil viele Kinos die amerikanischen Filme in französisch synchronisierter Fassung zeigten, wenn auch mit niederländischen Untertiteln.

sich in einer Vereinigung, in der ein striktes Reglement galt. Tatsächlich konnte dadurch der Markt kontrolliert und Wettbewerb vermieden werden. Es gelang den Kinobesitzern auch, durch hohe Eintrittsgebühren die Zahl der Mitglieder und damit der Betriebe niedrig zu halten. Andererseits wirkte sich diese Politik auf die Eintrittspreise aus, deren Höhe den Kinobesuch begrenzt

## 2. Divergierende Kinoarchitekturen

Es gab nicht nur, wie erwähnt, weniger Kinos in Amsterdam, sie waren auch kleiner als in der Nachbarstadt. Brüssel bekam seinen ersten großen Kinopalast 1913, »Pathé Palace«, damals ein beeindruckendes Unterhaltungszentrum, verschwenderisch in art-nouveau dekoriert, mit einer Kapazität von 2.500 Sitzen.<sup>14</sup> In Amsterdam gab es erst 1921 einen ähnlichen Traumpalast, das »Tuschinski-Theater«. Obwohl die Besucheranzahl auf 1.500 begrenzt war, war das bizarre Gebäude eine Sensation für das niederländische Publikum. Gerade als das »Tuschinski« eröffnet wurde, beschäftigten sich belgische Architekten damit, eine ganze Reihe neuer Kinopaläste zu planen. Extravagante Kinos besetzten bald die prominentesten Plätze in der belgischen Hauptstadt und zogen die Blicke der Passanten auf sich. Nach und nach wurde ihr betont dekorativer Stil durch den modernistischen ersetzt, was für beide Städte galt. Nun wurde auch sichtbar, dass die Kinoarchitektur wenig typische (oder gar keine) nationale Charakteristika aufwies. Kinopaläste in einer Stadt sind seitdem von jedermann problemlos zu erkennen, ungeachtet ihres Stils. Sie stellen prinzipiell eine universelle Kategorie dar und können bis zu einem gewissen Grad zwischen den Metropolen ausgetauscht werden. Kinos sind deshalb wichtige Beispiele einer internationalen Architektur, die sich in so vielen Städten in ähnlicher Gestalt zeigt, gerade weil die Entwicklung in Richtung modernistischer Funktionalität ging.

Die schönsten Beispiele für solche Kinos wurden in Brüssel und Amsterdam in den 30er Jahren von einer europäischen Kette von Wochenschautheatern, oder »Cinéacs« gebaut, wie diese benannt wurden.<sup>15</sup> Insbesondere das Cinéac in Amsterdam wurde ein Vorbild für modernistische Kinoarchitektur; es wurde gerade gegenüber dem exotischen »Tuschinski-Theater« gebaut, als ob es eine Herausforderung für die pompöse Kinobautradition sein sollte. Im Gegensatz zum Konzept des Traumpalastes arbeiteten die Cinéacs mit offenen Karten und transparent für jeden. Die Vorführungskabine war von der Straße aus hinter einer riesigen Glaswand sichtbar. In ihnen zeigte man neben den Wochenschauen hauptsächlich Dokumentarfilme statt romantischer Melodramen. Ihr neuer Realismus unterschied sich vom bisherigen Kinobetrieb und wirkte sowohl in Amsterdam wie in Brüssel fremd. Wenigstens in dieser Hinsicht schienen sich diese Städte näher gekommen zu sein. Amsterdam jedoch hat weitaus mehr als Brüssel Widerstand gegen die konvergierenden Tendenzen des internationalen Marktes geleistet.

*Aus dem Englischen von Clemens Zimmermann*

<sup>14</sup> J. Braeken, Paleizen voor de hoofdstad, in: Monumenten en Landschappen, Bd. 7, Nr. 5, Brüssel 1988, S. 48–62.

<sup>15</sup> J.-J. Meusy, Cinéac: un concept, une architecture', in: Cahiers de la Cinémathèque, Nr. 66 (1997), S. 93–121.

Alfons Arns

## Erlebnis – Kommunikation – Konsum

### *Zehn Jahre Multiplex-Kinos in Deutschland*

#### 1. Einleitung

In den Neunziger Jahren fand im Bereich der städtischen Freizeit- und Unterhaltungsindustrie eine Entwicklung statt, die im Hinblick auf Tempo und Ausmaß immer noch in Erstaunen versetzt: Die Renaissance des Kinos in Gestalt sogenannter Multiplex-Kinos. Als neuartige, offenbar zeitgemäße Variante des klassischen Großkinos prägen die mit zahlreichen Kinosälen ausgestatteten Gebäude das (nächtliche) Bild vieler deutscher Städte und haben innerhalb der etablierten Kinoszene von traditionellen Filmtheatern und Kinocentern bereits zu nachhaltigen Veränderungen in Form von Modernisierungen, aber auch zu zahlreichen Schließungen geführt.

Nach Informationen der Filmförderungsanstalt (FFA) in Berlin mit Stand vom Februar 2001 eröffneten allein im letzten Jahr 24 neue »Multiplexe« mit 206 Sälen bzw. Leinwänden, wodurch deren Gesamtzahl auf nunmehr 128 Großkinos mit 1.162 Leinwänden angewachsen ist. Bei einer Zahl von 4.783 Leinwänden in den deutschen Filmtheatern insgesamt (zum 31.12.2000) betrug damit der Anteil der Multiplexe 24,3%. Deren Anteil wiederum am bundesweiten Gesamtkinobesuch nahm weiter zu und lag Ende 2000 bei 40,4% (1999: 34,4%). Der Umsatzanteil der Multiplexe stieg bundesweit sogar auf 44,2% (1996: 17,1%). Wenn man bedenkt, dass das entsprechende Besuchersegment noch 1995 erst bei 11,0% gelegen hatte, dann kann man ermesen, welche gravierenden Strukturveränderungen sowohl in der Kinobranche selbst als auch in den einzelnen Städten ausgelöst wurden, seitdem das erste deutsche Multiplex-Kino der US-amerikanischen Gesellschaft United Cinemas International (UCI) im Oktober 1990 in einem Einkaufszentrum des Kölner Vororts Hürth seine Pforten öffnete.<sup>1</sup> »Mittlerweile gibt es nicht nur in fast allen großen Städten ein ‚Multiplex‘, sondern es besteht an etlichen Orten bereits ein Überangebot an Kapazitäten (ein sogenanntes ‚Overscreening‘), sodass immer mehr Multiplexe derzeit keine rentable Auslastungsquote erreichen. Um im Investitions- und Standortwettbewerb bestehen zu können, ist der Zwang, Kooperationen zu bilden und/oder sich finanzkräftige Partner zu suchen, somit immer größer geworden.«<sup>2</sup>

Die Auswirkungen der Multiplex-Kinos auf das öffentliche Leben in den Städten

<sup>1</sup> Vgl. FFA-intern. Aktuelle Informationen aus Kino und Film, Nr. 1/01, 05.02.2001.

<sup>2</sup> G. Neckermann, Kinobranche im Umbruch. Filmbezug und Kinostruktur in Deutschland 1991 bis 1999, in: Media Perspektiven, Nr. 9, 2000, S. 412.

und das Standortgefüge der Kinolandschaft insgesamt sind – so der vorläufige Befund – ebenso mehrgesichtig wie zwiespältig, weil Multiplexe aufgrund unterschiedlicher sich zwischen Konkurrenz und Arbeitsteilung bewegender Standortstrategien der Kinounternehmen sowohl in den Innenstädten bzw. Innenstadtrandlagen als auch an städtischen Peripherien platziert wurden. Auf der einen Seite konnte das Kino als traditionell innerstädtische Einrichtung eindeutig revitalisiert werden, wurde mit den neuen solitären Großkinos in Innenstadtlagen dem Problem der Suburbanisierung entgegengesteuert, die City an vielen Orten wiederbelebt; auch wenn manche Komplexe autark von der umgebenden Stadt und nicht auf benachbarte Lokale und Einrichtungen angewiesen sind. Die fast stets gegebene Nähe zu Hauptbahnhöfen sowie U- und S-Bahn-Stationen hat die Erreichbarkeit und damit den Einzugsbereich für ein fußläufiges Publikum leichter gemacht und erweitert. Stark zugenommen hat aber auch der diesbezügliche innerstädtische Autoverkehr, da zum Teil großzügige Parkangebote die individuelle Anreise mit dem Pkw geradezu nahe legen. Auf der anderen Seite entstanden zahlreiche Multiplex-Kinos an dezentralen Standorten am Stadtrand und im Umland (Einkaufsparks und -zentren, Gewerbegebiete, Industriebrachen), die teilweise nur mit dem Auto zu erreichen sind. Jenseits klassischer Urbanitätsstrukturen ist hier eine neue, komplementäre Kultur von autofahrenden »Zerstreuungsnomaden« entstanden, wobei dieser ständig in Bewegung befindliche Treck noch am ehesten mit den Besuchern früherer Autokinos zu vergleichen ist.<sup>3</sup> In beiden Fällen aber ging die Installation von Multiplexen oft zu Lasten durchaus lebendiger, traditionell gewachsener (Programmkinos), aber natürlich auch veralteter, vielleicht überlebter Kinostrukturen (Kinocenter); eine Schließungswelle, die ihren Höhepunkt wohl erst noch erreichen wird.

## 2. Der Multiplex-Boom als generelles Phänomen

Der Multiplex-Boom beschränkte sich nicht auf Deutschland, sondern war im selben Zeitraum und mit ähnlicher Dynamik in West- und auch Osteuropa zu beobachten. So verzeichnet das »European Cinema Yearbook 2000«<sup>4</sup> (Stand: 31.10.2000) eine Gesamtzahl von 597 Multiplexen (Mp) mit 6.320 Leinwänden (Lw) in ganz Europa mit Großbritannien (144 Mp, 1.562 Lw), Spanien (116 Mp, 1.183 Lw), Deutschland (102 Mp, 985 Lw) und Frankreich (98 Mp, 1.137 Lw) als Länder mit den meisten multiplen Kinokomplexen, was – neben der entsprechend großen Bevölkerungszahl – auch mit dem hohen kulturellen bzw. freizeitbezogenen Stellenwert des Kinos in diesen Ländern zusammenhängt. Im Zeichen der Globalisierung des von Hollywoodproduktionen beherrschten internationalen Kinomarkts haben die europäischen Län-

<sup>3</sup> Vgl. J. Lau, Unterwegs in der Kulturgesellschaft, in: Merkur 45 (1991), S. 752–754.

<sup>4</sup> Vgl. MEDIA Salles (Hrsg.), European Cinema Yearbook 2000 (ninth edition), Milano 2000, S. 111 f.



Abb. 1: Multiplex-Kino »Cinodom« im Mediapark (Foyer), 1991. Architekt: E. H. Zeidler; Quelle: Bauwelt, Heft 4, 1997, S. 155.

der in den Neunziger Jahren mit einiger zeitlicher Verzögerung das nachgeholt, was in den USA, Kanada und Australien bereits in den Siebziger und Achtziger Jahren stattfand, als Multiplex-Kinos eine neue Stufe der optimalen Vermarktung von mehreren Filmen an einem Ort mit zusätzlichen gastronomischen Angeboten darstellten.

Der vertikale Zusammenhang der Kinobranche von Produktion/Verleih/Abspiel war in Europa lange vernachlässigt worden, und es bedurfte offenbar des Modernisierungsschubs der Multiplexe, sich der Bedeutung des letzten, vielleicht wichtigsten Glieds der Auswertungskette zu erinnern. Die nachhaltigen Auswirkungen für die gesamte europäische Filmtheaterbranche werden erst jetzt wirklich sichtbar, und nur allmählich setzt in der Fachwelt neben der einseitigen Erörterung von Unternehmens- und Marktstrategien die Diskussion über Folgewirkungen für die etablierten Stadt- und Kinokulturen ein. So kommt beispielsweise der Kinoexperte Carlos Pardo nach einer Reise kreuz und quer durch Frankreich und nach Befragungen vieler Kinobetreiber zu dem Ergebnis, dass mit dem Auftauchen der Multiplexe ab 1993 durch große Firmen wie Gaumont, UGC und Pathé viele traditionelle Filmtheater Schwierigkeiten bekommen haben durch einen Transfer ihres Stammpublikums hin zu den

bequemeren, moderneren Multiplexen, wo aufgrund einer neuen Programmpolitik auch noch dieselben Filme laufen. Opfer dieser Deregulierung seien vor allem jene Kinosäle in der Nähe, die bislang eine enge (räumliche) Verbindung zwischen Kino und Bürger garantiert haben. Während so auf der einen Seite das einzelne (Kino-)Bild durch das multiple Audiovisuelle ersetzt wird, mutiert der frühere Kinzuschauer zum bloßen Konsumenten; eine, so Pardo, gefährliche Operation, die im Begriff ist, die gesamte kinematographische Landschaft umzustürzen.<sup>5</sup>

Die Multiplex-Idee hat ihren Ursprung »in den USA, wo 1976 die ersten Kinos dieser Art entstanden. In Europa wurde das Konzept seit 1985 und als erstes in Großbritannien verwirklicht, wo 1991 bereits 40 Prozent der verkauften Kinokarten in den Multiplexen umgesetzt wurden.«<sup>6</sup> Der lateinischen Ursprungsbedeutung des Wortes »multiplex« = »mehrfach/vielfältig/zahlreich« folgend verbirgt sich dahinter ganz einfach die Anhäufung vieler Kinosäle unter einem Dach, aber auch zahlreiche andere Möglichkeiten des Konsums. Nach der allgemein akzeptierten Definition der FFA ist ein Multiplex ein Kinoneubau mit wenigstens sieben Sälen und ca. 1.500 Plätzen sowie speziellen Nebengeschäften (Concessions) und ausreichendem Parkplatzangebot bzw. guter Nahverkehrsanbindung. So bietet ein Multiplex-Kino mehrere unterschiedlich dimensionierte Kinosäle mit riesigen wandfüllenden Leinwänden, komfortablen Kinossesseln im großzügigen Reihenabstand, besten Sichtmöglichkeiten aufgrund stark ansteigender Sitzreihen sowie technisch perfekter Bild- und Tonwiedergabe. Hinzu kommen repräsentative Foyers und separate Räumlichkeiten mit vielfältigen Gastronomie-, Konsum- und Freizeitangeboten, wodurch der Filmbesuch von anderen, gemeinhin räumlich wie zeitlich abgetrennten Freizeitaktivitäten wie Essen und Trinken gehen, Tanzen, Spielen oder Einkaufen eingerahmt wird.

Wie die Betriebswirtschaftler Stefan Simonis und Thoralf Reise in ihrer auf eine Dekade Multiplex-Boom zurückblickenden Studie ausführen, gründet sich der Erfolg auf »die Integration des Kinos in eine viel komplexere Idee eines umfassenden Freizeitangebotes, die Renaissance des Erlebnisraumes Kino durch das konsequente Ausschöpfen aller zur Verfügung stehenden technischen, baulichen und immer mehr auch kommunikationspolitischen Mittel.«<sup>7</sup> Dabei handelt es sich ausschließlich um Faktoren – wie moderne(s) Architektur/Design, das Rahmenprogramm aus Entertainment und Gastronomie, der optimale Service sowie aufwendige Filmproduktionen in Ver-

<sup>5</sup> Vgl. C. Pardo, Multiplexes, opération danger (1), in: Cahiers du Cinéma, Nr. 514, Juni 1997, S. 60–69, und ders., Multiplexes, opération danger (2), in: Cahiers du Cinéma, Nr. 515, Juli–August 1997, S. 58–66.

<sup>6</sup> S. Simonis/T. Reise, Multiplex-Kinos – Entwicklung der Kinolandschaft in Deutschland. Marketingstrategien und Erfolgsfaktoren, Aachen 2000, S. 28. Einen guten visuellen Eindruck (Farbfotoansichten, Grundrisse) von der ersten Multiplexwelle in Europa von 1985 bis Anfang der 90er Jahre gibt M. Calzini, Cento anni di cinema al cinema. Storia dei cinematografi dalla saletta dei Lumièrè ai Multiplex, Roma 1995, S. 114–127.

<sup>7</sup> S. Simonis/T. Reise (s. A 6), S. 1.



Abb. 2: Multiplex-Kino »CinemaxX«, Magdeburg, 1996: Foto: Ulrike und Andreas Braun.

bindung mit perfekter Technik –, die zum »Erlebnischarakter der Multiplexe« beitragen.<sup>8</sup> Aus der Perspektive der Medien- und Kulturkritik, so etwa Knut Hickethier, war es nur eine Frage der Zeit, dass das Medium Film mit seiner spezifischen Fähigkeit Erinnerung, Emotionalität und Kommunikation zu stiften sowie eine hohe Aufmerksamkeit zu erheischen als Material für die Zwecke einer konsumorientierten »Erlebnisesellschaft« entdeckt wurde. Im Gegensatz zum Fernsehen als alltägliches Grundversorgungsmedium habe das Kino eine besondere Erlebnisqualität, weshalb in den Filmproduktionen der 80er und 90er Jahre die optischen Schauwerte von Attraktionen und Sensationen immer weiter ausgebaut wurden: »Diese High-Tech-Produkte der Medienindustrie konnten auf Dauer nicht an Abspielorten gezeigt werden, die in vielen Fällen auf dem Stand der sechziger und siebziger Jahre stehen geblieben waren... ‚Erlebnisort Kino‘ war deshalb vor allem ein Stichwort für den Bau der Multiplex-Kinos, der in der Bundesrepublik ab 1990 einsetzt. Es handelt sich also um die längst fällige Anpassung der Kinos an die in der Medienindustrie längst üblichen industriellen Standards.«<sup>9</sup>

Trotz verständlicher Kritik – im Hinblick auf das selektive Mainstream-Filmange-

<sup>8</sup> Ebda., S. 145–147.

<sup>9</sup> K. Hickethier, Kino in der Erlebnisesellschaft. Zwischen Videomarkt, Multiplex und Imax, in: I. Schenk (Hrsg.), Erlebnisort Kino, Marburg 2000, S. 150–165, hier S. 161.

bot, die fast ausschließlich angezielte jüngere Klientel und die allmähliche Verdrängung etablierter, auch durchaus intakter, sogar modernisierter Kinostrukturen – haben die Multiplex-Kinos mit ihren großen Sälen aber den eigentlich banalen, dennoch in den 70er und 80er Jahren fast vergessenen Sachverhalt in Erinnerung gerufen, dass Kino mehr ist als nur Film, sondern mit einem spezifischen Raumerlebnis verbunden sein muss, will dieser seine Wirkung überhaupt erst entfalten. Das weckt zwangsläufig Erinnerungen an die Zeit der großen Lichtspieltheater und Filmpaläste in den 20er und 50er Jahren, als veritable Zuschauermassen jeden Alters ins Kino strömten und Filmpremieren ein gesellschaftliches Ereignis waren.<sup>10</sup> Es ist trotzdem falsch, bei den Multiplex-Kinos kurzschlüssig von einer »Rückkehr des Filmpalasts«<sup>11</sup> zu sprechen, stand doch in den alten Kinopalästen nur ein großer zwischen 1.000 und 3.000 Besucher fassender Zuschauerraum im Zentrum des Geschehens.<sup>12</sup> Streng genommen sind also die Multiplex-Kinos lediglich die modernisierte, vergrößerte und um neue Funktionen erweiterte Variante des Kinocenters der 70er Jahre mit seinen diversen Schachtelkinos. Außerdem: Anders als bei den Multiplexen heute war in den alten Filmpalästen das Foyer, so prächtig es sein mochte, »nur ein Warteraum, eine Art Schleuse zwischen Innen und Außen. In den Multiplex-Kinos hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Das Foyer und die Erschließungs- und Aufenthaltsbereiche sind jetzt die zentralen Orte, wo man verweilt, kommuniziert, isst und trinkt; während der Aufenthalt im Kinosaal nur eine, wenn nicht die periphere Erlebnismöglichkeit ist unter mehreren.«<sup>13</sup> Waren also die alten »Paläste der Zerstreung« (Siegfried Kracauer) eher »Orte der Kontemplation«, so sind nunmehr daraus »Stätten der Konversation« geworden.<sup>14</sup> Die Multiplexe haben damit das Kino aus dem Kontext klassisch-bürgerlicher Kulturereignisse wie Theater, Oper, Musical und Konzert regelrecht herauskatapultiert in den neuen Zusammenhang einer Event- und Zerstreungskultur.

### 3. Regionale und unternehmensspezifische Differenzen

Betrachtet man die Verteilung der Ende 2000 bundesweit existierenden 128 Multiplex-Kinos auf die einzelnen Bundesländer, dann steht Nordrhein-Westfalen mit 34

<sup>10</sup> Vgl. A. Arns, »...kein Rokoschloß für Buster Keaton«. Zur Geschichte der Großkinos, in: I. Schenk (s. A 9), S. 15–33.

<sup>11</sup> Vgl. C. Geinitz, Breite Sessel und einladende Foyers. Die Rückkehr des Filmpalasts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.08.1998.

<sup>12</sup> Wie beispielsweise in den riesigen Filmpalästen des Kinoarchitekten Fritz Wilms (1886–1958), der im Berlin der 20er Jahre die meisten und größten Lichtspieltheater baute; siehe dazu den Reprint des 1928 erschienenen Fotobands »Fritz Wilms – Lichtspieltheaterbauten« (Reihe »Neue Werkkunst«), mit einer Einleitung von Alfred Wedemeyer und einem Nachwort zur Neuausgabe von Alfons Arns, Berlin 2000.

<sup>13</sup> A. Arns, Fenster zur Welt – Über Architektur und Design der Multiplex-Kinos, in: HORIZONT. Zeitung für Marketing, Werbung und Medien, Nr. 36, 04.09.1997.

<sup>14</sup> Vgl. A. Plathaus, Multiplex, wo ist dein Mief? Nur im Lichterglanz erscheint das Filmtheater

Multiplexen (Mp) und 327 Leinwänden (Lw) bislang einsam an der Spitze; gefolgt von Bayern (13 Mp, 112 Lw) und Berlin (12 Mp, 119 Lw).<sup>15</sup> Die Abfolge spiegelt – mit Ausnahme von Berlin und Hamburg – grob gesehen die Rangfolge der einzelnen Länder wider in bezug auf die jeweilige Einwohnerzahl. Nicht zufällig hatten in NRW die Multiplexaktivitäten ja auch ihren spektakulären Anfang genommen mit den beiden UCI Kinowelt-Komplexen im Kölner Hürth Park (14 Lw, 2.833 Plätze/Pl) und im Bochumer Ruhr Park (18 Lw, 4.172 Pl) sowie dem Essener CinemaxX (16 Lw, 5.324 Pl) und dem Kölner »Cinodom« (14 Lw, 3.510 Pl), einem wahrhaft imposanten, diesmal profanen »Dom« für das Kino.<sup>16</sup> Bis heute gehören sie zu den größten je in Deutschland gebauten Multiplex-Kinos. Nordrhein-Westfalen ist aber auch deshalb Vor- und Spitzenreiter der Multiplexwelle, weil wie in keinem anderen Bundesland von privaten Investoren und Kommunen die Errichtung kommerzieller Freizeitgroßanlagen wie Großveranstaltungshallen (Eventarenen), Freizeitparks, Feriententren, Musical-Theater, Spaß- und Erlebnisbäder, Indoor-Skianlagen und eben Multiplex-Kinos vorangetrieben wurde.<sup>17</sup> Die Einbindung der Multiplexe in diese konzertierte Aktion von Freizeitindustrie und öffentlicher Hand in den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr ist eine plausible Erklärung dafür, warum NRW in der Länderstatistik der Multiplex-Kinos überproportional stark vertreten ist. Es überrascht daher nicht, dass die ersten und nachfolgenden Studien zu den Formen und Folgen dieses neuen Kinotyps in und für NRW entstanden sind, wobei die das Marktgeschehen beobachtenden Untersuchungen fast alle von der 1991 gegründeten Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH (mit-)herausgegeben oder in Auftrag gegeben wurden.<sup>18</sup>

Nach der ersten Expansionswelle von Multiplex-Kinos greift die Landesregierung von NRW seit einiger Zeit stärker beratend in das Geschehen »für einen der wichtigsten Investitionsbereiche im Freizeitsektor« ein, wie man der als ausführliche Arbeitshilfe »für kommunale Entscheidungsträger bei der Planung und Entwicklung geeigneter Standorte« konzipierten Broschüre »Multiplex-Kinos in der Stadtentwicklung« entnehmen kann, die 1999 vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport herausgegeben wurde.<sup>19</sup> Neben dieser wirtschaftsfördernden Hilfestellung für neue Multiplex-Kinos soll aber die kulturelle Förderung von traditionellen Filmtheatern als Kristallisationspunkte städtischen Le-

gnadenlos modern: Zur Lage des deutschen Kinovergnügens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.03.1997.

<sup>15</sup> Vgl. FFA-intern, Nr. 1/01, S. 6.

<sup>16</sup> Vgl. FFA-Geschäftsbericht 1999, Tabelle »Multiplexentwicklung 1991–1999«, Berlin 2000, S. 24 f.

<sup>17</sup> Vgl. U. Hatzfeld, Freizeitgroßanlagen – die städtebaulichen Brachen von morgen?, in: Stadtbauwelt, Nr. 48, 29.12.2000, S. 62–66.

<sup>18</sup> Vgl. U. Pätzold/H. Röper, Kinos in NRW. Zwischen Dorfkino und Multiplex, Düsseldorf 1992; dies., Multiplexe. Formen und Folgen eines neuen Kinotyps, Düsseldorf 1995; T. Pintzke/K.L. Koch, Kinostudie. Kinostandort Deutschland: Strukturwandel und Perspektiven der Filmtheaterbranche am Beispiel von Nordrhein-Westfalen und Hamburg, Wuppertal 1998.

<sup>19</sup> Vgl. Multiplex-Kinos in der Stadtentwicklung – Beurteilungskriterien und Handlungsmöglichkeiten.

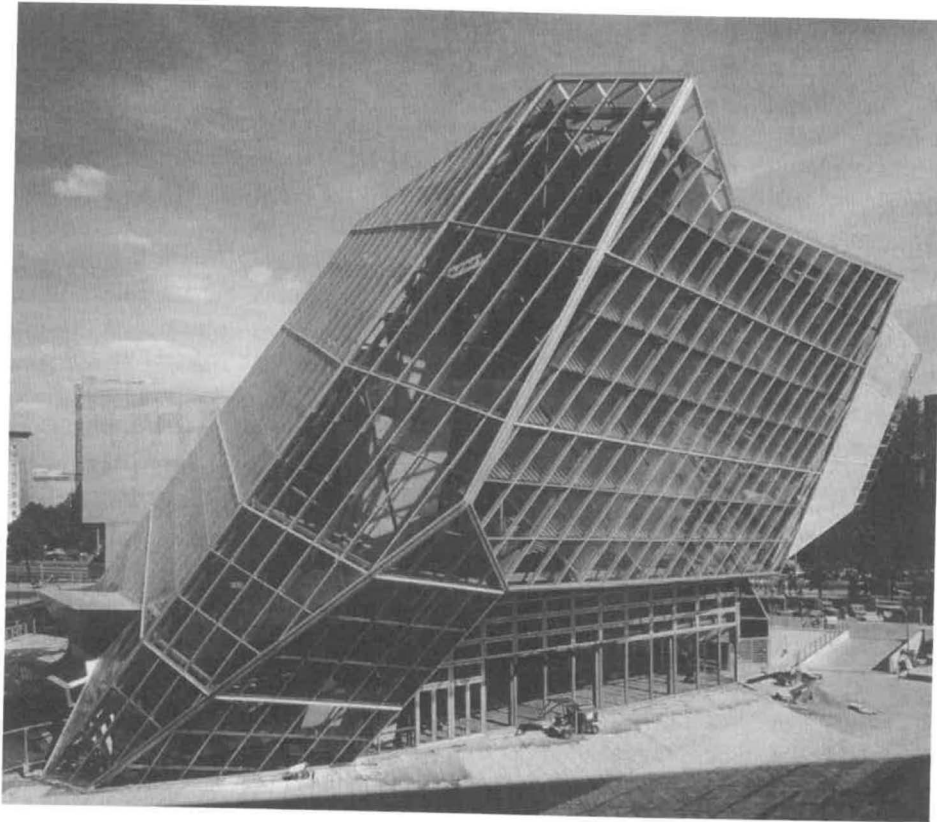


Abb. 3: Multiplex-Kino UFA-Palast »Kristall«, Dresden (1998). Architekten: Coop Himmelb(l)au; Foto: Gerald Zugmann; Quelle: Baumeister, H. 8, 1998.

bens nicht zu kurz kommen; das vermittelt jedenfalls eine vom selben Ministerium zeitgleich herausgegebene Broschüre zum Thema »Kultur und öffentlicher Raum. Teil 2: Kinos«. <sup>20</sup> Angesichts immer neuer, auch politisch gewollter Multiplex-Kinos scheint aber für die Zukunft ein suggeriertes harmonisches Nebeneinander von Kultur und Kommerz ohne weitere Verdrängungseffekte für traditionelle, aber durchaus bewährte Filmtheater mehr als fraglich; zumal etwa in der Broschüre »Multiplex-Kinos in der Stadtentwicklung« der aus durchsichtigen legitimatorischen Gründen (falsche) Eindruck erweckt wird, als hätte sich das Multiplex-Kino als modernste Variante quasi naturwüchsig aus dem Kinopalast und dem einfachen Kino entwickelt, was die traditionellen Filmtheater zu Unrecht in die Rolle einer historisch obsoleten, bedauernswert nostalgischen Kulturveranstaltung drängen würde.

<sup>20</sup> Eine Arbeitshilfe, Düsseldorf 1999.

<sup>20</sup> Vgl. Kultur und öffentlicher Raum. Teil 2: Kinos, Düsseldorf 1999.

Wesentlich dramatischer als in Nordrhein-Westfalen verlief und verläuft noch die Entwicklung im Land Berlin (3,4 Mio. Einwohner) und im Stadtstaat Hamburg (1,7 Mio. Einwohner), wo mit Stand vom März 2001 bereits 13 bzw. 7 Multiplexe in Betrieb sind. So kommt eine neuere »Kinostudie Hamburg 2000« der Wuppertaler rmc medien consult GmbH wegen vergleichbarer paralleler Marktentwicklungen in Hamburg und Berlin für das Jahr 1999 zu folgendem Ergebnis: »Galt Berlin bislang als die Stadt, in der der Wettbewerb der Multiplexe am weitesten vorangeschritten war, zeigt die Auswertung, dass Hamburg hier schon einen Schritt weiter ist. Der Marktanteil der Multiplexleinwände liegt in Berlin bei 40%, während er in Hamburg zum Jahresende 1999 die 50%-Marke bereits überschritten hat. Die gleiche Differenz findet sich auch bei den Sitzplätzen, wo knapp 50% der Sitzplätze in Berlin und knapp 63% in Hamburg in Multiplexen zu finden ist.« <sup>21</sup> Für den Hamburger Kinomarkt insgesamt kommt die Studie zu dem eindeutigen Ergebnis, dass »die Multiplexe traditionelle Kinos vom Markt (drängen), wobei sich auch im Bereich der Filmkunst- und Programmkinos negative Auswirkungen feststellen lassen, die zum Teil Einfluss auf den Bestand genommen haben.« <sup>22</sup> Weil die Entwicklung des Gesamtbesuchs hinter den Erwartungen zurückbleibt, werden neue Multiplexe ihr Besucheraufkommen zum weit überwiegenden Teil aus einer Verdrängung zu Lasten bestehender Anbieter erzielen. Um die Qualität und Vielfalt der Kinolandschaft zu erhalten, empfahlen deshalb die Autoren Koch und Pintzke der Freien und Hansestadt Hamburg, »im Rahmen der planungsrechtlichen Möglichkeiten die Entwicklung zu dämpfen.« <sup>23</sup>

Da die Kinounternehmen in Deutschland (im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien) relativ freie Hand haben in Bezug auf die Errichtung von Multiplex-Kinos – so bleibt etwa die räumliche Planung allein der jeweiligen Standortgemeinde als Planungsträgerin überlassen! –, kommt deren unterschiedlichen Profilen, Standortentscheidungen und Marktstrategien grundlegende Bedeutung zu, will man die Auswirkungen auf die Kinolandschaft und auf die Stadtentwicklung näher betrachten. <sup>24</sup> Auf der Ebene der Betreiber stellt sich die aktuelle Situation daher folgendermaßen dar: Die fünf größten auf dem Multiplexmarkt agierenden Kinounternehmen sind in der Reihenfolge ihrer Positionierung: 1. die deutsch-belgische CinemaxX AG (Sitz: Hamburg) mit ihren »CinemaxX«-Multiplexen, 2. die deutsch-australische Firmengruppe Kieft & Kieft Filmtheater GmbH/Greater Union (Sitz: Lübeck) mit ihren »CineStar – Der Filmopalast«-Multiplexen, 3. die amerikanische Filmstudiotochter United Cinemas International Multiplex GmbH (Sitz: Bochum) mit ihren »UCI Kinowelt«-Multiplexen,

<sup>21</sup> K. L. Koch/T. Pintzke, Kinostudie Hamburg 2000, erstellt im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg von der rmc medien consult GmbH (Wuppertal), Juni 2000, S. 23 f.

<sup>22</sup> Ebda., S. 46.

<sup>23</sup> Ebda., S. 48.

<sup>24</sup> Vgl. L. Blatt/G. v. Raczeck, Multiplex-Kinos: Standortkonkurrenz Innenstadt und »Grüne Wiese«. Vergleich deutscher, französischer und englischer Steuerungsinstrumente, Berlin 1998.

4. die deutsche Kinowelt Medien AG (Sitz: München) mit ihren »Kinopolis«-Multiplexen sowie 5. die deutsche UFA-Theater GmbH & Co. KG (Sitz: Düsseldorf) mit ihren »UFA-Palast«-Multiplexen.

Der nationale Marktführer ist die börsennotierte CinemaxX AG mit den drei Großaktionären Hans-Joachim Flebbe, der deutschen Senator Entertainment AG, Berlin, und dem größten belgischen Multiplex-Betreiber Kinopolis Group N.V., Brüssel. Mit Stand vom Mai 2001 betreibt die CinemaxX AG in Deutschland (ohne die neuerdings mitgeführten UFA-Filmpaläste!) 36 Multiplex-Kinos mit 315 Sälen/Leinwänden und 84.151 Sitzplätzen, relativ gleichmäßig verteilt auf alle Bundesländer. Unter dem Namen »CinemaxX« wurden die Kinopaläste der Flebbe-Gruppe schnell zum Synonym für Multiplexe überhaupt. Mithilfe einer geschickten Marketingstrategie gelang es dem Unternehmen, »sich vor dem Hintergrund der wachsenden Komplexität und Dynamik des Multiplex-Marktes fest als Marke zu etablieren.«<sup>25</sup> Die Erfolgsgrundlage war die ebenso frühe wie konsequente Ansiedlung der Multiplexe im Citybereich aller größeren deutschen Städte sowie die relativ einheitliche architektonische Außenwirkung im kontrastvollen Nebeneinander von schwungvollen, großzügig verglasten Foyers und fensterlosen Kuben. Hinzu kommt die fast immer gegebene direkte Nähe zu einem (Haupt-)Bahnhof bzw. zu einer U- oder S-Bahnstation, womit ÖPNV-Nutzer als gleichberechtigte Klientel neben den automobilen Kinobesuchern angesprochen werden. Durch den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der UFA Theater GmbH übernahm das Unternehmen im Rahmen eines Managementvertrages im Mai 2000 die »operative Leitung« sämtlicher Filmtheater der UFA-Gruppe. Wegen stagnierender Besucherzahlen wird das Unternehmen in Zukunft »traditionelle Filmtheater schließen und somit für eine Verlagerung der Besucherzahlen zugunsten der Auslastung von Multiplexen sorgen.«<sup>26</sup> Aufgrund der jetzigen Verfügbarkeit der CinemaxX AG über den großen Bestand traditioneller UFA-Filmtheater dürfte diese Strategie von zweifelhaftem Erfolg gekrönt sein, wie man bereits an der Schließung besonders traditionsreicher UFA-Theater an der bedrängten Flaniermeile Kurfürstendamm in Berlin, wie der »Filmbühne Wien« (im April 2000) und des »Marmorhauses« (im Januar 2001), deutlich sehen kann. »Nein«, so ein Kommentator, »am Ku'damm machen nicht nur Kinos zu, am Ku'damm wird nicht nur deren Architektur unter anderem für Klamottenketten entfremdet, hier geht ein Stück urbanes Selbstverständnis verloren.«<sup>27</sup>

Den momentan zweitgrößten Multiplexpark in Deutschland besitzt die Kieft & Kieft Filmtheater GmbH, an der seit 1998 die größte australische Kinokette Greater Union im Rahmen eines Joint Venture eine 50%ige Beteiligung hält. Unter dem Mar-

<sup>25</sup> S. Simonis/T. Reise (s. A 6), S. 87.

<sup>26</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1999/2000 der CinemaxX AG, S. 14.

<sup>27</sup> J. Schulz-Ojala, Kinojahr 2000 – Boom! Boom! Bang! Doppelgesichtig: die Kinobilanz, in: Der Tagesspiegel, 06. 02. 2001.



Abb. 4: Multiplex-Kino »UGC Ciné-Cité«, Rosny-sous-Bois bei Paris (1997). Architekten: Valode & Pistre, Paris; Quelle: AW Architektur und Wettbewerbe, Nr. 173, März 1998, S. 37.

kennamen »CineStar – Der Filmpalast« – der im Gegensatz zu »CinemaxX«, was die Wortbedeutung betrifft, nicht die maximale Dimensionierung, sondern die nach den Sternen greifende Traumwelt des Kinos beschwört – betreiben die Geschwister Marlis und Heiner Kieft neben ihren traditionellen kleineren Filmtheatern erst seit 1993 auch Multiplex-Kinos. Zur Zeit sind es immerhin 26 Filmpaläste mit 242 Sälen und 58.639 Sitzplätzen (Stand: Mai 2001), die fast durchweg in guten Innenstadtlagen angesiedelt sind, gleichmäßig verteilt auf große, mittlere und kleine Städte in allen Bundesländern. Das Konzept der CineStar-Filmtheater geht nach Angaben des Unternehmens »weit über den klassischen Kinobegriff hinaus. Die CineStars, die eine individuelle Architektur auszeichnet, sind konsequent als anspruchsvoll gestaltete, urbane Treffpunkte angelegt«. Mit kostengünstigen bzw. kostenlosen Parkplatzeangeboten in Parkhäusern und Tiefgaragen (teilweise mit Kino und Parken unter einem Dach) wird es auch autofahrenden Kinobesuchern leicht gemacht, die CineStar-Filmpaläste anzusteuern.

Knapp den dritten Rang behauptet das Kinounternehmen United Cinemas International Multiplex GmbH (UCI), eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Filmun-

ternehmen Paramount Pictures und Universal Studios. Unter dem Markennamen »UCI Kinowelt«, der auf lapidare Weise die Welt des Kinofilms beschwört, betreibt das rein amerikanische Unternehmen zur Zeit in Deutschland 18 Multiplex-Kinos mit 164 Sälen und 40.402 Sitzplätzen, wobei auffällt, dass sich das Interesse von UCI bislang auf Standorte in Regionen von jeweils hoher Bevölkerungsdichte konzentriert. Diesem selektiv-optimierten Vermarktungsinteresse entspricht die überwiegende Ansiedlung der Multiplex-Kinos in die unmittelbare Nähe von großen Einkaufszentren (Gropius Passagen, Berlin; Ruhr Park, Bochum; Elbe Park, Dresden; Hürth Park, Köln; Saale Park Günthersdorf; PRE-Park, Kaiserslautern) mit jeweils günstiger Autobahnbindung und bequemen, zum Teil kostenlosen Parkmöglichkeiten. Anders als etwa bei den CinemaxX-, CineStar- und UFA-Palast-Multiplexen wird hier ein einkaufendes, betont konsumfreudiges Publikum angesprochen, das nur mit dem Auto das Ziel seiner Begierden ansteuert.

#### 4. Strukturwandel in Kinowirtschaft und öffentlichem Raum

Zusammenfassend lässt sich zunächst sagen, dass im Jahre 2000 auf dem deutschen Kino- und Betreibermarkt – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – ein starker Konzentrationsprozess vonstatten ging in Form von Übernahmen, Fusionen und Managementverträgen, die die Selbständigkeit der Unternehmen beenden.<sup>28</sup> Die Folgen für die Abspielseite sind schon seit längerem sichtbar. Wie die Medienberater Thomas Pintzke und Kim Ludolf Koch bereits in ihrer 1998 vorgelegten »Kinostudie« bilanzierten, ist durch die Multiplexe der vermutlich tiefgreifendste Strukturwandel der Kinobranche in der Nachkriegszeit in Gang gekommen. »Der Kinomarkt wächst, gleichzeitig kommt es aber zu deutlich sichtbaren Verdrängungseffekten, die traditionelle Infrastrukturen und Kinobetreiber gleichermaßen berühren. Die Kinobranche ist zur Zeit noch von einem hohen Anteil von Einzel- und Doppelhäusern und einer Vielzahl kleiner Unternehmen geprägt.« – »Die größeren Unternehmen der Kinobranche«, so Pintzke und Koch weiter, »verfolgen eine offensive Expansionsstrategie. Durch die Aktivitäten zahlloser Projektentwickler, Investoren und Kommunen drängen nicht zuletzt aufgrund des großen Erfolges der bis 1996 eröffneten Multiplexe große Mengen in- und ausländischen Kapitals auf den Kinomarkt... Viele Kommunen sehen in der aktuellen Entwicklung des Kinomarktes die Gelegenheit, um anspruchsvolle Stadtentwicklungsprojekte realisieren zu können.«<sup>29</sup>

Schon damals fragten die Autoren, ob angesichts der Summe von Neubauabsichten die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinsichtlich neuer Kapazitäten nicht massiv über-

<sup>28</sup> Vgl. K. L. Koch, Die Konzentration des europäischen Kinomarkts, in: *filmecho/filmwoche*, Nr. 52, 2000.

<sup>29</sup> T. Pintzke/K.L. Koch (s. A 18), S. 92 f.

schätzt wurde und wiesen auf die Gefahr eines Overscreening hin. Angesichts seit Jahren bekannter Fakten (wenige publikumswirksame Filme, geringer Pro-Kopf-Kinobesuch in Deutschland, wachsendes Alter der Hauptzielgruppe, sinkende Kapazitätsauslastung)<sup>30</sup> kann man sich aber auch fragen, ob dies seitens der Multiplexbetreiber nicht bewusst einkalkuliert wurde, um sowohl die traditionellen Filmtheater als auch die unmittelbare Multiplex-Konkurrenz nach und nach vom Markt zu drängen. Jüngstes und erstes Beispiel in Deutschland dafür, dass mittlerweile diese »Gefahr« sogar auf die Multiplex-Kinos selbst übergegriffen hat, war die im März 2001 erfolgte Schließung des erst vor zwei Jahren, im März 1998, eröffneten UFA-Palasts Freiburg mit seinen sieben Sälen und 1.620 Plätzen. Die erstmalige Schließung eines Multiplex-Kinos dürfte eine direkte Folge der Übernahme der UFA-Paläste im letzten Jahr durch die CinemaxX AG sein, wodurch weniger rentable Multiplexe (und traditionelle Filmtheater) des früher schärfsten Konkurrenten nunmehr gnadenlos abgestoßen und/oder geschlossen werden können. Bezogen auf die Gesamtentwicklung des Marktes und seiner Angebotsformen wird es in den kommenden fünf bis zehn Jahren, so Pintzke und Koch, »flächendeckend und nicht nur in den Ballungsgebieten zu einem Austausch der heutigen Infrastrukturen kommen. In den Großstädten werden Multiplexkinos und andere Formen des Großkinos den Markt dominieren... Der traditionelle Bestand, insbesondere an Einzel- und Doppelhäusern, wird in den Großstädten nur im Ausnahmefall überlebensfähig sein.«<sup>31</sup> Für die zukünftigen Marktstrukturen in den Ballungsgebieten und Großstädten erwarten die Medienberater eine Dreiteilung des Marktes, wobei die Multiplex-Kinos mittelfristig einen Marktanteil von mindestens 75–80% auf sich ziehen werden. Programmkinos und Arthauskonzepte werden in Zukunft einen Marktanteil von 8–12,5% erreichen können, während der Restbestand traditioneller Erstaufführer einen Anteil von 10–12,5% erzielen kann.<sup>32</sup>

Die Multiplex-Kinos haben aber nicht nur zu einem gravierenden Strukturwandel in der Kinowirtschaft selbst geführt, sondern natürlich auch Auswirkungen auf die verschiedenen Stadträume, wobei systematische regionale stadtsoziologische/-geographische Untersuchungen hierzu noch ausstehen.<sup>33</sup> Durch die sich in der Summe ergänzenden Standortstrategien der erwähnten Kinounternehmen haben Innenstädte wie städtische Peripherien jedenfalls gleichermaßen davon profitiert, dass vor allem in den abendlichen Stunden viele Kinobesucher die Multiplexe frequentieren und so das Straßenbild beleben mit den verschiedensten Synergieeffekten für das Umfeld von Gastronomie und Geschäften. Eindeutig als Negativposten zu verbuchen ist der trotz all-

<sup>30</sup> Vgl. M. Theurer, Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Trotz sinkender Auslastung viele neue Großkinos/Hoffnung auf mehr attraktive Filme, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.02.2001.

<sup>31</sup> T. Pintzke/K.L. Koch (s. A 18), S. 170.

<sup>32</sup> Ebda., S. 171 f.

<sup>33</sup> Fast alle bislang vorliegenden Studien und Artikel zum Thema Multiplex-Kino sind bezeichnenderweise aus betriebs- bzw. kinowirtschaftlicher und architektur- bzw. kulturkritischer Perspektive

gemein guter ÖPNV-Angebote erheblich gestiegene Pkw-Individualverkehr mit den einhergehenden Lärm- und Schadstoffemissionen. Autofahren und Kinogehen sind durch die Multiplexe und den entsprechenden Angeboten im Doppelpack von Parkplatz und Sitzplatz eine fast untrennbare Synthese eingegangen, sodass man durchaus von einer neuen Form von »Auto-Kino« sprechen kann. Wie sehr der öffentliche Raum als spannungsvolles Nutzungsverhältnis von Mensch und Architektur durch die Multiplex-Kinos eine tiefgreifende Wandlung erfährt bzw. erfahren kann, lässt sich abschließend an zwei gegensätzlichen Beispielen in Dresden und Berlin erläutern.

Die Rede ist zunächst von dem 1998 erbauten UFA Palast Dresden (8 Säle, 2.600 Plätze), der von den dekonstruktivistischen Wiener Architekten Helmut Swiczinsky und Wolf D. Prix, auch bekannt als Coop Himmelb(l)au, wie ein riesiger unregelmäßiger Kristall aus Beton und Glas in die Plattenbaustreife der Prager Straße gepflanzt wurde. »Die Form«, so der Architekturkritiker Niklas Maak, »ist mehr als nur ein Gag – denn sie erfindet auch neue Räume für die städtische Öffentlichkeit. Nachts leuchtet der Bau weithin sichtbar wie ein zur St. Petersburger Straße gewandtes Zeichen. Das Labyrinth der Treppen, die zu den Kinos führen, wird eine städtische Bühne, auf der die Zuschauer zugleich Schauspieler des öffentlichen Lebens sind. Auf den großen Projektionsflächen des gläsernen Foyers sollen Filme laufen, die weit in den öffentlichen Raum hineinstrahlen: Die aufregende Welt der fiktiven Geschichten verlässt so die Kinokiste und nimmt den städtischen Raum in Angriff. In Dresden übernimmt das Kino als urbaner Treffpunkt die Rolle, die einmal der längst von Supermärkten geschluckte Marktplatz in der Stadt innehatte: Es wird ein Ort der Begegnung, mit Cafés und Kneipen, mit vielgenutzten Abkürzungen und Verbindungspassagen zur Stadt, mit großen und kleinen Plätzen, mit Erlebnisräumen und Raumerlebnissen, die man hier bisher vergeblich suchte.« Der neue Boom des Kinos zeige, so Maak weiter, dass der öffentliche Raum nicht kriselt oder gar in virtuellen Welten verschwindet, sondern im Gegenteil sich in den Zwischenräumen der Brücken und Passagen Nischen und Leerstellen bilden, in denen sich ein neues städtisches Leben einnisten kann.<sup>34</sup>

Ein gegensätzliches Beispiel bietet offenbar Berlin. Dort findet in der Kinoszene, bedingt durch ein Überangebot von Multiplexen, zur Zeit ein heftiger Verdrängungswettbewerb statt, ein Ausverkauf des Films, der nach Ansicht der Filmkritikerin Veronika Rall »nachhaltig existente und mögliche Strukturen der Öffentlichkeit entweder bedroht, zerstört oder verhindert«. Tendenzen, die nicht mehr nur auf einen »Strukturwandel der Öffentlichkeit«, sondern auf die Abschaffung von Öffentlichkeit selbst hinausliefen. Trotz steigender Zahl der Sitzplätze und Leinwände, so die

verfasst oder haben stadtplanerischen beratend-empfehlenden Charakter für neue Projekte; s.a. *Deutscher Städtetag* (Hrsg.), *Multiplexkino in der Stadt. Bestandsaufnahme-Probleme-Perspektiven*, 1998.

<sup>34</sup> Vgl. N. Maak, Aufruhr gegen das Mittelmaß. Spektakulär und provokativ: Coop Himmelb(l)au, in: *ZEIT Punkte*, Nr. 6, 1999 (Bauen für das 21. Jahrhundert), S. 50–55.

Autorin weiter, sinke die Vielfalt des Filmangebots, weil einige Programmkinos bereits schließen mussten und auch die Erstaufführungskinos in der Nähe des Ku'damm zunehmend unter Druck gerieten. Selten würden Multiplex-Kinos für sich in einem infrastrukturell funktionierenden Kiez stehen, die meisten fungierten als Teil großer Einkaufszentren. »Ähnlich, aber anders schaut es in der neuen Mitte Berlins, am Potsdamer Platz aus. Der Platz ist ein Gelände von mehreren Hektar, das von privaten Investoren teilweise bereits bebaut ist und noch immer bebaut wird. Es ist ein privater Raum, der sich in ‚Areale‘ der Eigentümer teilt: Sony, Debis, Hertie/Delbrück, ABB. Die Öffentlichkeit hat auf dem privaten Areal nur als Konsument Zutritt: als Kinozuschauer, als Besucher der Spielbank oder des Musical-Theaters, als Kunde in den Banken, Hotels oder der einmalig öden Einkaufspassage, in der sich unter gleißenden Lichtern die immer gleichen Filialen großer Bekleidungs- und sonstiger Ketten wie Fastfoodrestaurants mit den identischen Hamburgern und Pizzen finden.«<sup>35</sup>

Was hier ebenso eindrucksvoll wie zutreffend als privatisierte Öffentlichkeit beschrieben wird, gehört zum neuesten Stadium der Einbindung von Multiplex-Kinos als sogenannte »Entertainment-Anker« in das Konzept der immer noch im Trend liegenden Urban Entertainment Center (UEC), riesigen innerstädtischen Unterhaltungs- und Einkaufskomplexen. Ähnlich wie zuvor die Musical-Theater sollen sie »die kritische Masse an Besuchern« anziehen, die für einen wirtschaftlichen Erfolg der anderen Einzelhandels- und Unterhaltungseinrichtungen notwendig sind.<sup>36</sup> Im Sony Center am Potsdamer Platz, in dem sich ein Filmpalast der Marke »CineStar« befindet (9 Säle, 2.336 Plätze), fungiert das Multiplex-Kino sogar (nur noch?) als Teil der Imageproduktion des japanischen Medienkonzerns und Konsumgüterherstellers Sony. Außerdem sollen die Kinos am Potsdamer Platz »ein Modell für den Vertrieb von Kinofilmen werden. Als führender Produzent von Kinotechnik plant Sony, weltweit das herkömmliche Abspielen von Filmrollen durch eine satellitengestützte digitale Übertragung zu ersetzen.«<sup>37</sup> Aber, so ist zu fragen, geht es hier überhaupt noch um den Kinofilm selbst bzw. die Vielfalt von Filmen in einem öffentlichen Kinoraum? Oder sind solche und ähnliche Multiplex-Kinos nicht längst wieder da angekommen, von wo man aufgebrochen war und wo viele Zuschauer vor über zehn Jahren – zu Zeiten der Schachtelkinos – schon einmal saßen: vor dem privaten Fern-Sehen?

<sup>35</sup> V. Rall, Die neue Mitte. Die Privatisierung der (Kino-)Öffentlichkeit in Berlin, in: *epd Film*, Nr. 2, 2000, S. 6–9.

<sup>36</sup> Vgl. F. Roost, Lernen für die nächste Welle, in: *StadtBauwelt*, Nr. 48, 29.12.2000, S. 16.

<sup>37</sup> Vgl. F. Roost, Corporate Image City. Sonys Großprojekte in Berlin, San Francisco und Tokio, in: *StadtBauwelt*, Nr. 48, 29.12.2000, S. 35.

Richard Martin

## Innenstadt oder Peripherie ?

### Die Suche nach dem idealen Kinostandort am Beispiel Limburgs a.d. Lahn

Mit dem Aufkommen der neuen Angebotsform der Multiplex-Kinos hat sich seit Beginn der 90er Jahre in der deutschen Kinolandschaft ein deutlicher Wandel vollzogen. Diese Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklungsdynamik im gesamten Freizeitbereich. Nachdem in zahlreichen Oberzentren diese Kinoform gebaut und erfolgreich betrieben wurde, fand auch der Standort Limburg a.d. Lahn 1996 das Interesse einiger Investoren und Betreiber.

Limburg, eine Stadt mit 35.000 Einwohnern in der Innenstadt und den sieben Stadtteilen, verfügt im Einzelhandel über einen Einzugsbereich von mehr als 250.000 Menschen und somit über eine außergewöhnlich hohe Einzelhandelszentralität. Dieser große Einzugsbereich war es wohl auch, der das Interesse an dem Kino-Standort Limburg geweckt hatte.

Gab es in den 1950er Jahren noch vier kleinere Kinos oder Lichtspielsäle in der Stadt, so war 1996 nur noch ein Kino mit drei Sälen und 758 Sitzplätzen übrig geblieben, wobei der große Saal ein Jahr zuvor heutigen Verhältnissen mit Großleinwand und modernster Beschallungstechnik angepasst worden war. Die Gesamtzahl der Kinobesucher betrug zu diesem Zeitpunkt 200.000 Personen im Jahr. Den nun weitergehenden Angeboten von Investoren und Betreibern standen Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung positiv gegenüber, allerdings bestanden erhebliche Differenzen bei der Bewertung von möglichen Standorten. Zur Diskussion standen zwei Alternativen:

a) Standort in einem Gewerbegebiet nördlich und in ca. 2,5 km Entfernung zur Innenstadt in der Nachbarschaft eines Lebensmittelgroßhandelsmarktes, eines Bau- und Gartencenters und einiger Dienstleistungsunternehmen.

b) Standort in der Innenstadt in Altstadtnähe unter Einbeziehung, Erweiterung und Neugestaltung des bestehenden Kinos.

Befürworter und Gegner der jeweiligen Standorte haben u.a. folgende Vor- und Nachteile der beiden Alternativen in die politische Debatte eingeworfen:

Argumente, die für die Innenstadtlage gesprochen haben:

- Das Innenstadtkino wird einschließlich des kompletten bisherigen Kundenstammes mit einbezogen. Wirtschaftliche Probleme für das vorhandene Kino lassen sich vermeiden.
- Das Kino ist fußläufig zu erreichen.
- Es besteht eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr von den Stadtteilen und den umliegenden Orten aus. Der ÖPNV kann gestärkt werden.
- Es entstehen zusätzliche Parkplätze am Kinozentrum, die tagsüber auch für die City nutzbar sind. In den Abendstunden können vorhandene nicht ausgelastete Parkeinrichtungen eine bessere Auslastung erfahren. Das Kino trägt zu einer Aufwertung der Innen- und Altstadt bei.
- Die Kinobesucher sichern eine Erhöhung der Passantenfrequenz in der Innenstadt, die insbesondere auch zu einer Belebung in den Abendstunden und an den Wochenenden führt.
- Durch die geänderten Ladenöffnungszeiten ist auch im Interesse des Handels die Erhöhung der Passantenfrequenz in der Innenstadt positiv zu werten, da in direkter Verbindung mit dem Kinobesuch Einkäufe getätigt werden können.
- In der Innenstadt sind Erlebnisbereiche sowie Gastronomie vorhanden.

Argumente, die gegen die Innenstadtlage gesprochen haben:

- Für die Anwohner der Innenstadtlage wird es zu einer erhöhten Verkehrsbelastung durch die An- und Abfahrten kommen.
- Die Anwohner werden sich gegen das Innenstadtojekt aussprechen.
- Die zusätzlichen Parkplätze am Kinocenter genügen nicht, zumal eine Doppelnutzung durch die neuen Geschäftszeiten schwieriger geworden ist.
- Verlust an Lebensqualität in der Innenstadt durch mehr Verkehr.
- Erwartetes Verkehrschaos zu Spitzenzeiten.

Argumente für den peripheren Standort:

- Geringe Umweltbelastung, da kein Wohngebiet übergebürlich belastet wird.
- Bessere Erreichbarkeit mit dem PKW; keine Parkplatzprobleme.
- Durch eine moderne Bauweise kann die Gebäudenutzung optimiert werden.

Argumente gegen den peripheren Standort:

- Keine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.
- Keine fußläufige Erreichbarkeit.
- Jugendliche stehen abends nach der Vorstellung im Dunkeln bis sie abgeholt werden.
- Begleitende Erlebnisbereiche, die in der Innenstadt vorhanden sind, müssten zusätzlich aufgebaut werden.

#### Politische Entscheidungen und erstes Resümee

Mit knapper Mehrheit hatte sich die Stadtverordnetenversammlung kurz vor der Kommunalwahl 1997 für den Kinostandort an der Peripherie entschieden. Die wenige Wochen später stattfindende Wahl hat jedoch zu einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse geführt. Davon unabhängig hat sich aber auch in der Verwaltung und in den politischen Gremien die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Wahl des Kino-Standorts nicht allein von politischen Entscheidungen, sondern von möglichen Eigentumsverhältnissen, dem Investorenwillen und den Möglichkeiten des Baurechts abhängig ist. Insofern

begann ein Wettlauf zweier Investorengruppen an den beiden Standortalternativen. Dabei hat sich schließlich auch die von mir als Bürgermeister favorisierte Innenstadtlösung mit folgendem Konzept durchgesetzt:

Die Planung in der Innenstadt konnte den auf bereits neuestem technischen Standard befindlichen Kinosaal mit seinen 358 Plätzen mit einbeziehen. Die Eingangssituation wurde von einer anderen Straße aus vollkommen neu gestaltet. Zusätzlich zu dem bereits vorhandenen Saal wurden weitere sieben Kinosäle mit 90 bis 288 Sitzplätzen geschaffen. Insgesamt verfügt das Kino nun über 1.450 Sitzplätze in acht Sälen. Mit dem Abriss vorhandener Gebäude (Gewerbebrachen) konnte im März 1998 begonnen werden. Die Eröffnung des neu gestalteten Kinos erfolgte im Juli 1999.

Nach inzwischen zweijährigem Betrieb ist festzustellen, dass die Innenstadt unter Einbeziehung des vorhandenen Kinos der richtige Standort für das neue „Cineplex-Kino“ in Limburg ist. Befürchtete Belästigungen für die Bewohner in der Nachbarschaft sind nicht eingetreten. Dabei zählte das Kino im ersten Jahr nach der Eröffnung 450.000 Filmbesucher sowie 30.000 Besucher von Sonderveranstaltungen, was den höchsten Kinobesuch in deutschen Städten mit vergleichbarer Größenordnung bedeutet. Selbst das befürchtete Verkehrschaos ist ausgeblieben, da auf dem Kinoareal etliche Parkplätze geschaffen wurden und ein angrenzendes Bank-Unternehmen weitere Parkplätze in den Abendstunden in Doppelnutzung zur Verfügung stellt. Auch die städtischen Parkeinrichtungen in der Umgebung (Altstadtparkhaus) sind seit der Kinoneröffnung abends erheblich besser ausgelastet. Ferner profitiert auch die benachbarte Gastronomie vom neuen „Cineplex“. Gegenüber dem früheren Kino beleben jährlich 250.000 Menschen mehr die Limburger Innen- und Altstadt, und so ist im Resümee festzustellen, dass sich der Einsatz für den Standort Alt- und Innenstadt gelohnt hat.

## Die Autoren

ALFONS ARNS, 1954; Studium der Germanistik, Politik- und Musikwissenschaft. Filmhistoriker, Publizist und Pianist in Frankfurt am Main. Arbeitet an einer Dissertation über Luchino Visconti (»Die Filme der „trilogia germanica“ zwischen Autoporträt und Deutschlandbild«). Veröffentlichungen zum deutschen und italienischen Film sowie zur Geschichte und Ästhetik der Film- und Kinoarchitektur.

GUIDO CONVENTS, 1956; Studium der Zeitgeschichte und Kulturanthropologie. Film- und Kinohistoriker sowie Fachjournalist in Brüssel. Dissertation 1999 zur belgischen Kinogeschichte im städtischen Kontext. Veröffentlichungen über die Frühzeit von Film und Kino, über Kolonialfilm und Kolonialpropaganda.

KAREL DIBBETS, 1947; Assistenzprofessor an der Universität Amsterdam. Film- und Kinohistoriker, Publizist. Dissertation 1993 über die Einführung des Tonfilms in den Niederlanden. Veröffentlichungen über den Film im Ersten Weltkrieg und zur niederländischen Kinoarchitektur sowie zur Mediengeschichte.

BRIGITTE FLICKINGER, 1946; Dissertation 1974 über „Valerij Brjusov, Dichtung als Magie“. Lehrbeauftragte an der Universität Heidelberg für Osteuropäische Geschichte. Übersetzerin; Veröffentlichungen über Kulturgeschichte im städtischen Kontext, zum frühen sowjetischen Film und über die Kulturpolitik der Perestrojka.

SUSAN HAYWARD, 1945; Professorin für Französische Studien an der Universität Exeter. Literaturwissenschaftlerin und Filmhistorikerin. Veröffentlichungen über französische Film- und Kinogeschichte, über Luc Besson, zu Filmtheorie und Filmwissenschaften.

CORINNA MÜLLER, 1957; Germanistin, Film- und Kinohistorikerin an der Universität Hamburg. Studium der Germanistik und Anglistik. Dissertation 1992 über frühe deutsche Kinematographie. Habilitation 2000 über den Übergang vom Stummfilm zum Tonfilm. Weitere Veröffentlichungen über Kinoprogramme, Filmproduktion und Filmrezeption.

CLEMENS ZIMMERMANN, 1951; Professor für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken. 1981 Dissertation über bäuerliche Gesellschaft, 1990 Habilitation über Wohnungsgeschichte. Veröffentlichungen zur Geschichte der Städte und der ländlichen Gesellschaft, über Kino- und Kulturgeschichte.

RICHARD MARTIN, 1951; Nach Bauzeichnerlehre Universitätsausbildung im Bereich Raum- und Umweltplanung; Abschluss als Dipl.-Ingenieur. Bei der Stadt Limburg acht Jahre mit Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung beschäftigt, danach 12 Jahre Leiter des Kreisbauamtes des Landkreises Limburg-Weilburg. Seit 1997 Bürgermeister der Kreisstadt Limburg a.d. Lahn.

## Geschichte bei Kohlhammer



BERND SCHNEIDMÜLLER

### Die Welfen

*Herrschaft und Erinnerung (819-1252)*

2000. 380 Seiten. Kart.  
DM 35,-/€ 17,90

ISBN 3-17-014999-7  
Urban-Taschenbücher, Band 465

GERD ALTHOFF

### Die Ottonen

*Königsherrschaft ohne Staat*

2000. 284 Seiten. Kart.  
DM 31,-/€ 15,85

ISBN 3-17-015322-6  
Urban-Taschenbücher, Band 473

WALTER DEMEL

### Europäische Geschichte des 18. Jahrhunderts

*Ständische Gesellschaft und europäisches Mächtesystem im beschleunigten Wandel (1689/1700 - 1789/1800)*

2000. 300 Seiten. Kart.  
DM 48,90/€ 25,-

ISBN 3-17-014518-5

JOACHIM EHLERS

### Die Kapetinger

2000. 292 Seiten. Kart.  
DM 32,95/€ 16,85

ISBN 3-17-014233-X  
Urban-Taschenbücher, Band 471

MICHAEL ERBE

### Die Habsburger 1493-1918

*Eine Dynastie im Reich und in Europa*

2000. 296 Seiten. Kart.  
DM 31,30/€ 16,-

ISBN 3-17-011866-8  
Urban-Taschenbücher, Band 454

[www.kohlhammer-katalog.de](http://www.kohlhammer-katalog.de)

## Kohlhammer

W. Kohlhammer GmbH · 70549 Stuttgart · Tel. 0711/78 63 - 7280

28. Jahrgang

**4/2001**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



---

Dirk Schubert

---

Mythos »europäische Stadt«

---

Hannes Tank

---

Globale Ökonomie – und eine neue Urbanität?

---

Burkhard Hofmeister

---

Alte Bergbaustädte in Australien

---

Renate Keller

---

Städtebaulicher Wettbewerb  
»Marktplatz Freyburg/Unstrut«

---

Fritz Stuber

---

Hoffnungslosigkeit und Chancen der  
Stadterhaltung in Äthiopien

---

Kohlhammer

---

Begründet von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst

Herausgegeben von der Arbeitsgemein-  
schaft Die alte Stadt in Verbindung mit  
Helmut Böhme, Eberhard Jäckel,  
August Gebeßler, Friedrich Mielke und  
Jürgen Zieger

*Redaktionskollegium:* Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, 10587 Berlin – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut, 37077 Göttingen – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Stephansplatz 5, 20354 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Mittlerer Rainweg 63, 69118 Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, Department of Economic and Social History, University of Leicester – Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, 70174 Stuttgart.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-32 42, Fax (07 11) 35 12-24 18.

*Die Zeitschrift* Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 125,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

IN MEMORIAM OTTO BORST. .... 265

ABHANDLUNGEN

DIRK SCHUBERT, Mythos »europäische Stadt«  
Zur erforderlichen Kontextualisierung eines umstrittenen Begriffs. .... 270

HANNES TANK, Globale Ökonomie – und eine neue Urbanität?  
Potenziale der europäischen Stadt zur Zivilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. .... 291

BURKHARD HOFMEISTER, Alte Bergbaustädte in Australien ..... 302

REIHE »STADTENTWICKLUNG ZUM BEISPIEL ... «

RENATE KELLER, Freyburg/Unstrut – der städtebaulich-landschaftsplanerische Wettbewerb  
«Marktplatz/Freyburg» oder wieviel Grün braucht/verträgt die alte Stadt? ..... 313

FRITZ STUBER, Harar in Äthiopien – Hoffnungslosigkeit und Chancen der  
Stadterhaltung ..... 324

KLEINE BEITRÄGE

RAINER LÜBBREN, Straßenbenennungen um die Jahrhundertwende.  
Identifikationsversuche der besonderen Art ..... 344

DIE AUTOREN ..... 350

## BESPRECHUNGEN

- HELMUT ASMUS, 1200 Jahre Magdeburg, Bd. 1, Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt  
(Hans-Eugen-Specker) ..... 351
- CARSTEN SEIFERT / HARALD BODENSCHATZ / WERNER LORENZ, Das Finowtal im Barnim.  
Wiege der brandenburg-preußischen Industrie (Winfried Mönch) ..... 352
- HOLGER BARTH, Grammatik sozialistischer Architekturen, Lesarten historischer  
Städtebauforschung zur DDR (Andreas Ludwig) ..... 353
- BARBARA HOHN, Stadtplanung in Japan, Geschichte-Recht-Praxis-Theorie  
(Franz Roost) ..... 355
- TIMO JOHN, Das Projekt Stuttgart 21 und die historischen Parkanlagen  
(Winfried Mönch) ..... 357

## Städtegeist – Otto Borst in memoriam

Otto Borst, seit 28 Jahren Herausgeber dieser Zeitschrift, ist tot. Das letzte Heft, das er noch mitbetreute, trug den Titel »Kino und Stadt«. Der 11. September 2001 stand kurz bevor und »wie im Kino« und »wie im Film« waren noch keine so geflügelten Worte für Wirklichkeit. Es war ein eigenartiges Phänomen um den Historiker und Publizisten Otto Borst, dass er den großen Themen seiner Zeit immer irgendwie voraus schien. Die »Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt« betrauert daher auch den Verlust ihres innovativen Begründers, der als Erbe einen Zusammenschluss von heute 150 Städten mit historischer Bausubstanz im deutschsprachigen Raum hinterlässt, deren anfänglicher »Sekretär« und schließlich »Generalsekretär« er bis 1994 ebenfalls gewesen war.

Der 22. August 2001 war ein heißer Sommertag. Otto Borst saß an seinem Schreibtisch und sortierte Manuskripte. - »Geistige Arbeit will uns selber haben«, pflegte er gerne zu sagen, um dann zu ergänzen: »Darin liegt ihre Qual, darin ihr Glück.« Otto Borst arbeitete an seinem letzten größeren Buch, einer baden-württembergischen Landesgeschichte. Da erlag er, seit längerem an Osteoporose leidend und zusehends schwächer geworden, einem Kreislaufkollaps und verstarb zu Hause in Esslingen.



**Otto Borst (1924–2001)**  
*Begründer der Arbeitsgemeinschaft  
Die alte Stadt*

Geboren wurde Otto Borst im Pfarrhaus zu Waldenburg in Hohenlohe, wo er in ländlicher Umgebung seine Kindheit erlebte, um – wie er einmal sagte – in seinem späteren Leben der Stadt, wie in der Fabel von der Stadt- und der Landmaus, nicht ganz auf den Leim zu gehen. Seine Schulzeit verbrachte er im Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart und im Evangelisch-theologischen Seminar Schöntal. Bildungsanstalten, in denen noch etwas von der altwürttembergischen Kultur des Wortes und der Schrift lebte, welche die intellektuelle Elite des

württembergischen Landes noch bis in das 20. Jahrhundert hinein bestimmt hat. Es folgten Kriegsdienst als Panzeroffizier in Russland, danach das Studium an der Landesuniversität Tübingen; zunächst Theologie im »Tübinger Stift«, dann Deutsch, Geschichte und Alte Sprachen.

Seit 1952 wirkte Otto Borst als Lehrer am humanistischen Georgii-Gymnasium in Esslingen und promovierte 1954 mit einer Arbeit über die Wirkungen Novalis' in der deutschen Romantik. Nebenamtlich begann er von 1958 bis 1971 das Esslinger Stadtarchiv zu leiten, wobei er diese ehemalige Reichsstadt kennen und lieben lernte. Er schrieb ein Brevier über Esslingens Geschichte und Kunst, erforschte aber ebenso städtische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, schrieb Biographien städtischer Persönlichkeiten, verfasste Schul- und Firmengeschichten und beschäftigte sich mit den Wandlungen des städtischen Erscheinungsbildes. Sein Buch über die Esslinger Pliensaubrücke spiegelt kommunale Verkehrs- und Wirtschaftspolitik vom frühen Mittelalter bis in die Neuzeit – Stadtgeschichte auch unter topographischen Gegebenheiten.

Das hervorstechendste Instrumentarium des Städteforschers Otto Borst, der 1971 als Professor an die Pädagogische Hochschule Esslingen berufen wurde, war gewiss die von ihm so oft beschworene Interdisziplinarität, die er auch zur Grundlage der von ihm 1960 ins Leben gerufenen Vereinigung ehemaliger Reichsstädte machte, dem Vorläufer der heutigen internationalen »Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt«. Wo der Ver-

lust von Bewahrenswertem drohte, lag es an Otto Borst, den Menschen die Augen zu öffnen für das Unwiederbringliche. Der Anschaulichkeit zuliebe erläuterte er die Dimensionen drohender Verluste bevorzugt auf städtischen Marktplätzen, in historischen Ratssälen oder vor Kirchenfresken. Dabei war er ein glänzender Erzähler, der es verstand, Geschichte in Geschichten zu verpacken und so zu vergegenwärtigen, dass es auch unser eigenes Heute betraf. Auf die Sprache selbst ließ Otto Borst nie etwas kommen. Als Medium blieb sie ihm noch jederzeit jedem musealen Geschichtsgegenstand überlegen, außer bei solchen vielleicht, bei denen es seiner Meinung nach zu schweigen galt, wie er auf einer Exkursion nach Buchenwald beim Betrachten einer heimlichen Genickschussanlage einmal bemerkte.

Anhand des Gemeinwesen Stadt hat es Otto Borst wie kaum ein Zweiter und ganz im Stile von Golo Mann verstanden, auch Menschen außerhalb historischer Hörsäle mit Geschichte in Berührung kommen zu lassen. Sein größter literarischer Erfolg in dieser Hinsicht ist wohl seine in mehrere Sprachen übersetzte »Alltagsgeschichte im Mittelalter«. Dass er einmal ein japanisches Belegexemplar in Händen halten sollte, davon hatte Otto Borst bestimmt nie geträumt. In seinen Esslinger Jahren entstanden auch seine ersten Stadtgeschichten: Esslingen, Nellingen, Stuttgart – alle von der Ur- und Frühgeschichte bis heute und aus einer Hand. Was diese und weitere Werke bis heute besonders lesenswert macht, ist die Tatsache, dass sie

noch nicht von einem Autoren-Team sogenannter Experten für jede Epoche zusammengestellt sind, deren Autoren sich nicht einmal mehr kennen, geschweige denn sich miteinander über ihren Untersuchungsgegenstand unterhalten. Aus dem Anliegen einer interdisziplinären Vernetzung heraus hat er auch die Zeitschrift »Die alte Stadt« geschaffen und sich vornehmlich für die Bereiche Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege prominente Fürsprecher geholt: Hans Paul Bahrdt, Rudolf Hillebrecht, Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich.

Schwerpunkt des vielfältigen Wirkens von Otto Borst bildete somit sicherlich die Stadt, ihre Vergangenheit, aber auch die Sorge um ihre Zukunft. »Die alte Stadt morgen« so lauteten wiederkehrend die Arbeitstitel der ersten internationalen Städtetagen seiner Arbeitsgemeinschaft schon zu Beginn der 70er Jahre, in denen er die akademische Welt mit den einzelnen stadtverantwortlichen Planern und Politikern zusammenführte. Historische Städte – so sein Credo schon damals – dürfen nicht zu einem Einheitsbrei von der Stange werden, nicht ihr unverwechselbares Gesicht verlieren. Und dafür lohne es sich, Stadtgeschichte, Stadtplanungsgeschichte, Stadtforschung überhaupt zu betreiben und als Historiker Einfluss zu nehmen. Geschichte wurde von Otto Borst dabei jedoch nie als »Nostalgie« betrieben, als »ästhetisierende Flucht« aus einer bedrängenden Gegenwart, sondern als Auseinandersetzung mit einer Welt, die sich in seinen Augen zu einer Zeit, als man von »Glo-

balisierung« noch gar nicht sprach, schon immer mehr »entzauberte, entschärfte, vernünftigte und verdurchschnittlichte«. Otto Borst fragte nach dem Nutzen der Geschichte für die Gegenwart fernab auch jedes Aspektes von Stadtmarketing, der auf den bloßen Faktor falscher Geschichtsromantik zielte. Geschichte hatte für ihn die Aufgabe, zu kritisieren, zu relativieren und zu identifizieren.

In seinem Berufsleben schmerzlich war es für Otto Borst, als die Pädagogische Hochschule Esslingen, eine im Grunde traditionsreiche württembergische Lehrerbildungsanstalt, deren Professor er geworden war, 1984 aufgelöst wurde. Doch sein Wirken für die alten Städte hatte bereits Früchte getragen und daher schuf man eigens für ihn eine neue Wirkungsstätte als Ordinarius für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart. So wurde aus dem Stadtforscher verstärkt der Landesforscher, der an seinem Stuttgarter Lehrstuhl die gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln des Nachkriegsbundeslandes Baden-Württemberg freizulegen begann. Ein Glücksfall – brauchte es dazu doch einen Gelehrten gerade wie ihn, der Landesgeschichte nicht nur rechts- oder verfassungsgeschichtlich in den Blick nehmen konnte, sondern ausdrücklich auch literatur-, sozial- und geistesgeschichtlich. Hierin war ihm Jacob Burckhardt ein besonderes Vorbild, »der Basler, der Städter, dieser Polyhistor und Feind aller borussischen Reichsübersteigerung«, wie Otto Borst sich gerne über Jacob Burckhardt äußerte.

Legendär unter Otto Borsts ehemaligen Stuttgarter Studenten sind seine Exkursionen: »Hohenlohe-Franken« und »Ins Alte Reich« wurden zu kulturhistorischen Erlebnisreisen besonderer Art. Stets forderte der Wissenschaftler Borst den Lehrer Borst und umgekehrt. »Wissenschaft«, so sein Bekenntnis, »sollte verständlich sein und dienen«. In diesem Sinne ist auch das von ihm gemeinsam mit dem ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel ins Leben gerufene baden-württemberg-historische »Stuttgarter Symposion« bis heute ein populärhistorischer Renner geblieben und Institution geworden. Dabei gab es kein Thema, das Otto Borst scheute. Gleich das erste Symposion 1985 trug den Titel: »Das Dritte Reich in Baden und Württemberg«. Denn Manfred Rommel und Otto Borst teilten die Überzeugung, »dass es eine Tragödie wäre, wenn die Erfahrung, dass sich einst so viele von der nationalsozialistischen Euphorie anstecken ließen und zur Verherrlichung eines verbrecherischen Systems beitragen, verloren gehen würde«. Noch in einem seiner letzten Interviews nannte es Otto Borst ein »Trauerspiel«, dass es über 50 Jahre dauern musste, bis endlich ein Verlag eine kritische Biographie über den ranghöchsten württembergischen Nationalsozialisten Wilhelm Murr ankündigen konnte.

Dass »sein« landesgeschichtlicher Lehrstuhl nach seiner Emeritierung im Jahre 1989 nicht wie ursprünglich vorgesehen wieder gestrichen wurde, sondern vom baden-württembergischen Landtag als Planstelle beibehalten und wiederbesetzt

wurde, stellte sich für Otto Borst als Ergebnis seines umfassenden Forschens und Wirkens dar. Seiner Disziplin, der Geschichte zuliebe, hatte er es aber auch wie schon bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt« verstanden, bei den für das Gemeinwesen politisch Verantwortlichen Überzeugungsarbeit zu leisten, ohne sich dabei verbiegen zu müssen, geschweige denn in die peinliche Rolle eines »Hofnarren« abzugleiten. Otto Borst hegte schließlich eine besondere Wertschätzung für Querdenker und empfand sich mitunter wohl selbst in der Nachfolge jener zwanzig »Schwabenköpfe« von Schiller bis Heuss, die er in seinem Buch »Die heimlichen Rebellen« mit so schriftstellerischer Eleganz porträtiert hatte.

Derart in den Traditionen schwäbischer Geistesgeschichte verankert, wurde Otto Borst 1988 auch zum Präsidenten der einst von Robert Bosch gegründeten »Schwäbischen Gesellschaft« berufen. Dass er in diesem Amt, das er bis 1998 ausübte, nie auf die Klischees des engstirnigen Schwaben zurückgegriffen, sondern den ihm eigenen »Schwäbischen Stil« von »Heimatverbundenheit und Weltoffenheit gleichzeitig« gepflegt hat, verstand sich von selbst. Bis zuletzt stand Otto Borst auch dem »Haus der Geschichte Baden-Württemberg« als Projektberater zur Seite, dessen Eröffnung im baden-württembergischen Jubiläumsjahr 2002 er so gerne noch selbst erlebt hätte.

Unter den vielen Ehrungen, die Otto Borst zuteil wurden, finden sich die Ehrenplakette der Stadt Esslingen, der

Publizistik-Preis des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (1976), der Schubart-Literaturpreis (1982), der Fritz-Landberger-Preis (1984), das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1989), die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg (1993) und der Daniel-Pfisterer-Preis (2000).

Aus der Mitte des Kreises der »Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt«, seinem Lebenswerk im Grunde, ist Otto Borst für viele nur schwerlich wegzudenken. Einem großen und weitgespannten Partnerfeld hat er hier in seiner unnachahmlichen Art das Besondere von Stadt, ja das besondere Herkommen jeder einzelnen Stadt immer wieder nahe zu bringen vermocht. Mit seiner Fähigkeit, Kompliziertes verständlich zu machen, mit seiner Überzeugungskraft und seinem Charme hat Otto Borst damit nicht nur Bindung und Hei-

mat gestiftet, sondern auch Stadtverständnis und Stadtdenken gefördert als Voraussetzung für einen verantworteten Umgang mit Stadt in der Zukunft. Fehlen wird der Arbeitsgemeinschaft aber auch das schlichtweg Heitere des Menschen Otto Borst, sein Humor, sein geistvolles Bonmot, seine treffenden Bemerkungen, seine Fähigkeit zur Selbstironie und sein Ermöglichen von Gemeinschaft und vielfacher Freundschaft.

Den 11. September 2001 hat Otto Borst nicht mehr erlebt. Gewiss hätte er diesen Tag auch als Anschlag auf die Stadt und die städtische Lebensform überhaupt empfunden. Die »Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt« wird im Sinne Otto Borsts weiter arbeiten und ihrem Gründer dadurch ein lebendiges Andenken bewahren.

*Esslingen, November 2001  
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt*

Dirk Schubert

## Mythos »europäische Stadt«

*Zur erforderlichen Kontextualisierung eines umstrittenen Begriffs*

### 1. Einführung

Kaum eine Tagung zum Thema »Stadt« auf der nicht die vorgeblich feststehenden Vorzüge der »europäischen Stadt« betont werden. Wie in einem Gemischtwarenladen werden, unterschiedlich akzentuiert, Qualitäten der »europäischen Stadt« je nach Fragestellung, Genre und Disziplin herausgegriffen. So gilt die »europäische Stadt« als Synonym für Traditionen, für Kompaktheit, für Urbanität, städtische Dichte, Nutzungsmischung und die Bedeutung des öffentlichen Raumes. Mitunter wird der Begriff schlichtweg mit Nachhaltigkeit gleichgesetzt: »die europäische Stadt als Modell nachhaltiger Stadtentwicklung«. <sup>1</sup> Der Begriff der »europäischen Stadt« hat Konjunktur. Er wird mit schillernden Konnotationen benutzt, aber nicht expliziert. Auch bei der gedankenlosen und verbreitet missbräuchlichen Benutzung ist er positiv besetzt. Dabei wird ein Mythos entwickelt, der von Gemeinsamkeiten und Strukturähnlichkeiten der europäischen Stadt ausgeht, ohne relevante Differenzen zu reflektieren. Angebliche Vorteile der »europäischen Stadt« werden gegenüber anderen ähnlich unklaren Stadttypen behauptet. Verschiedene Dimensionen des Stadtbegriffs werden dabei beliebig vermengt.

Seit etwa zwei Jahrzehnten ist der Begriff »europäische Stadt« in Mode gekommen und wird zunehmend inflationär verwendet. »Über die Europäische Stadt wird diskutiert, allerdings nicht oft und intensiv genug«, heißt es in der Einladung zu einer Tagung »Die Europäische Stadt« der Friedrich Ebert Stiftung 2001 in Bonn. Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung thematisierte auf einer Tagung »Die Rolle der europäischen Stadt« im 21. Jahrhundert, ohne im Bericht zur Tagung auf diesen Terminus einzugehen. Böhme formuliert dagegen die Idee des »europäischen Stadtmodells«, das er als theoretisches Konstrukt versteht. <sup>2</sup> Als Tagungs- oder Buchtitel scheint der Begriff der »europäischen Stadt« besonders attraktiv und hat inzwischen inflationäre Ausmaße erreicht. <sup>3</sup>

<sup>1</sup> U. Luther, Die europäische Stadt als Modell nachhaltiger Stadtentwicklung, in: Der Aufbau, Juni 1998, S. 1.

<sup>2</sup> H. Böhme, Hat das europäische Stadtmodell eine Zukunft?, in: F. Pesch/W. Roters (Hrsg.) Stadt der Zukunft. Dokumentation des 5. Intern. Kongresses für Altstadt und Baukultur, Düsseldorf 1996, S. 30.

<sup>3</sup> Als Beispiele seien genannt: A. Papageorgiou-Venetas, Die europäische Stadt. Beiträge zur Stadtbaugeschichte und Stadtgestaltung, Stuttgart 1974, Inst. für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (IS) (Hrsg.), Die Europäische Stadt, Wandel durch

Nachnutzung großer Industrieflächen, Dortmund 1999; in dem Sammelband K. Ronneberger/St. Lanz/W. Jahn, Die Stadt als Beute, Bonn 1999, ergeht die Aufforderung: »Rettet die europäische Stadt?«

Vor allem wird die »europäische Stadt« als Kampfbegriff und positives Leitbild der »nordamerikanischen Stadt« gegenübergestellt. Diesem Typus werden dagegen vorwiegend negative Eigenschaften zugeschrieben. Urban Sprawl, Unplanbarkeit, Hyper Ghettos, Landschaftsverbrauch, Siedlungsbrei, krebsartige Wucherungen, Zersiedlung und Smog sind nur einige Merkmale, die ein Zerrbild antiurbaner Steinwüste entwerfen. Vor allem aber wird in der Stadt- und Raumplanerdiskussion auf die morphologische Dimension abgehoben. Die amerikanische Stadt frisst sich endlos ins Umland, suburbane Wohngebiete prägen die Stadtregionen, während die Innenstädte herunterkommen und verslumen.

Längst hat auch die »europäische Stadt« diese Phänomene und ähnliche Entwicklungen wie das Zukunftslabor der »amerikanischen Stadt« zu verzeichnen. Aber immer noch wird der Mythos von intakter Innenstadt als Stadtzentrum, umgebenden Gebieten mit Geschosswohnungsbau und Einfamilienhauswohngebieten am Stadtrand kultiviert. Auch die »europäische Stadt« ist inzwischen zur additiven Region unterschiedlicher Strukturen geworden, die unter sich vielfältig vernetzt sind. Von der provokativen Formulierung vom »Verschwinden der Städte« ist die Rede, und Thomas Sieverts hat diese neuen Raumstrukturen als »Zwischenstadt« gekennzeichnet. <sup>4</sup> Das zentrale Medium bildet hier das Auto, das Mobilität und Zersiedlung befördert.

Die Verwendung des Begriffs der »europäischen Stadt« ist nicht selten ideologisch motiviert, analytisch aber unscharf. »Einen mit Substanz gefüllten Begriff der ‚europäischen Stadt‘, der hier die Grundlage für eine Theoretisierung bilden könnte, gibt es bisher nicht«, formuliert der Soziologe Hartmut Häussermann. <sup>5</sup> Der Historiker Jürgen Reulecke geht noch einen Schritt weiter und beklagt die unzureichende Begriffsklärung von »Stadt« überhaupt: »Als Hauptdefizit der Stadtgeschichtsforschung wird immer wieder das Fehlen einer Definition von ‚Stadt‘ beklagt, dies mit Recht, aber ohne die Aussicht, dass sich daran etwas ändert.« <sup>6</sup> Eine sinnvolle Füllung des Begriffs »Europäische Stadt« – so hier die Argumentation – ist unabdingbar, da widersprüchliche Ebenen und Elemente in dem Begriff verwoben sind.

In diesem Beitrag werden zur Kontextualisierung zunächst die Begriffe »kapitalistische« versus »sozialistische«, »vorindustrielle«, »industrielle«, »postindustrielle«, »christliche« versus »islamische« sowie die »formelle« und »informelle« Stadt untersucht, bevor Dimensionen des Begriffs der »europäischen Stadt« reflektiert werden.

<sup>4</sup> Th. Sieverts, Zwischenstadt zwischen Stadt und Ort, Braunschweig/Wiesbaden.

<sup>5</sup> H. Häussermann, Die europäische Stadt, in: Leviathan 2/2001, S. 238.

<sup>6</sup> J. Reulecke, Fragestellungen und Methoden der Urbanisierungsgeschichtsforschung in Deutschland, in: F. Mayrhofer (Hrsg.), Stadtgeschichtsforschung. Aspekte, Tendenzen, Perspektiven, Linz 1993, S. 66.

Sie können die Hintergrundfolie für methodische Ansätze einer vergleichenden Stadt(bau)geschichte sein und nützliche Hinweise für eine Kontextualisierung des Begriffs »europäische Stadt« bilden.

## 2. Die »sozialistische« und die »kapitalistische« Stadt

Die Begriffe »kapitalistische Stadt« und »sozialistische Stadt« scheinen nach dem Ende des Sozialismus kaum noch eine Rolle zu spielen, obwohl mit dieser Begriffsdichotomie diverse Zusammenhänge zwischen Gesellschaftssystem, Raumentwicklung und Stadtstrukturen erklärbar sind. »Die Struktur und die Entwicklung von Städten können nicht getrennt von den sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen eines Landes untersucht werden.«<sup>7</sup> Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Formationen und städtischem Raum werden selten bestritten, aber von marxistischen Wissenschaftlern in einer spezifischen Art ausgedeutet. »Die marxistische Geschichtswissenschaft betrachtet die Städte als eine historische Kategorie, die in erster Linie durch die sozioökonomische Struktur der Gesellschaft bestimmt wird. Jede Gesellschaftsordnung schuf und schafft sich ihre Städte, denn es gibt keine ‚Stadt an sich‘... Aufgabe marxistischer Historiker und Stadtgeschichtsforscher ist es, die Städte in ihrer Gebundenheit an die jeweilige Gesellschaftsordnung zu sehen.«<sup>8</sup>

Die Nutzungsstruktur der »sozialistischen Stadt« ergab sich nicht aus den Verwertungsinteressen privater Grundeigentümer, sondern aufgrund von politischen Vorgaben. Das Strukturmodell der »sozialistischen Stadt« sah klare Ordnungsprinzipien wie Achsen, Magistralen, monumentale Einzelbauten, zentrale Plätze und die Betonung des Zentrums vor. In »reiner« Form sind diese Ideen der »sozialistischen Idealstädte« in der ehemaligen DDR in Eisenhüttenstadt, Schwedt, Hoyerswerda und Halle-Neustadt realisiert worden.

Strukturelle Unterschiede zwischen »sozialistischer« und »kapitalistischer« Stadt lassen sich ausmachen. So hat z.B. das Fehlen der Wirkungsmechanismen des Bodenpreises in den Städten der ehemaligen Ostblockländer einen höheren Wohnanteil in den Zentren ermöglicht, Monostrukturen und Verdrängung der Wohnnutzung verhindert. Räumliche Allokationen erfolgten durch politisch motivierte Entscheidungen. Es gab kein privates Bodeneigentum, alle Investitionen wurden zentralstaatlich gelenkt, und die kommunale Selbstverwaltung war lediglich eine Fassade.<sup>9</sup> Entsprechend dem Primat der Produktion waren die Betriebe die zentralen Verteilungsstellen für Wohnungen, soziale und kulturelle Dienstleistungen. Die Altstädte aus vorindu-

strieller Zeit erfreuten sich zumindest ideologisch einer hohen Wertschätzung. Die »bewundernswürdigen mittelalterlichen Städtebauleistungen des deutschen Volkes, die zu dem Besten gehören, was in der feudalen Epoche vollbracht wurde.«<sup>10</sup> Anders dagegen die später entstandene Bausubstanz. Sie galt als Ausdruck kapitalistischer Spekulation, die sich baulich-räumlich in engen, überbelegten Mietskasernen manifestierte. »Die Bourgeoisie... ist der Urheber der Mietskasernenviertel«, die es »als Ausdruck der kapitalistischen Zeit zu überwinden« galt.<sup>11</sup>

Im Kapitalismus fungiert nach marxistischer Theorie dagegen die räumliche Wirkung des Wertgesetzes als Regulator der Herausbildung disparitärer Siedlungsstrukturen, des Gegensatzes von Stadt und Land. In der »kapitalistischen Stadt« bestimmt das Wertgesetz in seiner räumlichen Ausprägung unter der Bedingung der Grundrente als »Ordnungsfunktion« und »Selektionsinstrument« die räumliche Verteilung städtischer Nutzungen und wirkt zugleich als »ökonomischer Hebel« zur Bildung einer zentralisierten Stadtstruktur. »Es sind die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Funktionsprinzipien des Kapitals, damit auch der Gegensatz von Bourgeoisie und Arbeiterklasse, woraus sich die besondere soziale Qualität der Städte in der kapitalistischen Welt ergibt.«<sup>12</sup>

In der »kapitalistischen« Stadt spielen dagegen Entscheidungen privater Grundeigentümer eine zentrale Rolle für die Allokation von Standorten und Nutzungen. Die »Produktion von Stadt« erfolgt aufgrund einer Vielzahl von dezentralen Einzelentscheidungen, die in ein komplexes Akteursgeflecht eingebunden sind. »Das Profitstreben, einschließlich des Konkurrenzkampfes im Kapitalismus, ist so der Regulator für die Entwicklung der Siedlungs- und Stadtstrukturen.«<sup>13</sup> Der Einfluss der öffentlichen Planung variiert erheblich, ist aber eher als gering einzustufen.

»In einer Gesellschaft, in der die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, stellt auch das ökonomische System das vorherrschende System innerhalb der Gesellschaftsstruktur dar, und folglich ist das Element Produktion die Grundlage der räumlichen Organisation.«<sup>14</sup> Manuel Castells sieht Interaktionen mit anderen Elementen, aber in der marxistischen Tradition argumentierend, bildet die Produktion und Tendenz der Industrieniederlassungen den zentralen Faktor für die kapitalistische Stadt und ihre Entwicklung.<sup>15</sup> »Das Städtische (stellt) nicht nur eine Raumform dar,

<sup>10</sup> H. Riecke, Mietskasernen im Kapitalismus – Wohnpaläste im Sozialismus, Berlin 1954, S.5.

<sup>11</sup> Th. Hoscislawski, Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991, S. 92.

<sup>12</sup> S. Grundmann, Die Stadt. Gedanken über Geschichte und Funktion, Berlin 1984, S. 198.

<sup>13</sup> B. Grönwald, zit. nach Th. Hoscislawski (s. A 11), S. 129.

<sup>14</sup> M. Castells, Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Stadtentwicklung, Hamburg 1977, S. 114.

<sup>15</sup> Ähnlich argumentiert D. Harvey: »Urbanism is a social form, a way of life predicted on, among other things, a certain division of labour and a certain hierarchical ordering of activity which is broadly consistent with the dominant mode of production. The city and urbanism can therefore function to stabilize a particular mode of production.« D. Harvey, Social Justice and the City, London 1973, S. 203. Harvey und auch Castells haben diese Positionen inzwischen mehrfach überdacht und modifiziert.

<sup>7</sup> J. Friedrichs (Hrsg.), Stadtentwicklung in kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Reinbek 1978, S. 17.

<sup>8</sup> K. Czok, Die Stadt. Ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Leipzig 1969, S. 8-9.

<sup>9</sup> H. Häussermann, Von der »sozialistischen« zur »kapitalistischen« Stadt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12 1995, S. 3.

sondern es drückt die gesellschaftliche Organisation des Reproduktionsprozesses aus.«<sup>16</sup> Unter Stadtplanung wird eine politische Intervention verstanden: »Sie hat das Ziel, die erweiterte Reproduktion zu gewährleisten, vorhandene nicht-antagonistische Widersprüche zu regulieren und antagonistische Widersprüche zu unterdrücken, um so die strukturelle Reproduktion der herrschenden Produktionsweise sicherzustellen, die Interessen der herrschenden Klasse innerhalb der gesamten Gesellschaftsform zu wahren und eine Reorganisation des Stadtsystems vornehmen zu können.«<sup>17</sup> Das Forschungsinteresse an der »kapitalistischen Stadt« von Castells richtete sich auf die »städtischen Bewegungen«, die »kollektive Konsumtion und Reproduktion der Arbeitskraft« und Stadtplanung als Form politischer und ideologisch motivierter Intervention.

Henri Lefèbvre<sup>18</sup> vernetzt im Kontext des marxistischen Ansatzes historische und ökonomische Argumente: »Die Stadt dagegen konzentriert nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Produktionsinstrumente, das Kapital, die Bedürfnisse, die Genüsse. All das, was eine Gesellschaft ausmacht«. Nach Lefèbvre erzeugt die kapitalistische Ordnung das städtische Chaos, die Stadt ist für den Kapitalismus konstitutiv und unentbehrlich. Im Rahmen seiner Kapitalismuskritik stehen Stadt und Verstädterung (»Urbanismus«) synonym für Handel und Industrialisierung.

Vielfach wird der Begriff der »europäischen Stadt« bezogen auf Ost- und Westeuropa ausdifferenziert. So werden Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa als Stadtentwicklungen in sozialistischen und kapitalistischen Ländern verglichen.<sup>19</sup> Damit wird eine wesentliche Präzisierung vorgenommen, politische Gesellschaftssysteme und ihre entsprechenden Stadtstrukturen werden unterschieden: »The definition of Western Europe adopted here includes all countries to the west of the block of state socialist countries.«<sup>20</sup> Dabei werden die Einzigartigkeiten und außerordentliche Vielfalt von Stadttypen innerhalb West-Europas betont.

Bezogen auf die Strukturen der »sozialistischen Stadt« bedeutet dies komplexe Überlagerungen von vorsozialistischen (d.h. häufig mittelalterlichen Stadtkernen, gründerzeitlichen Quartieren etc.), sozialistischen und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks auch kapitalistischen Typologien. »The internal structures of cities in Eastern Europe were affected by the operation of socialism. For example, socialist cities differ from their capitalist counterparts in not allowing private ownership of land and, as such, in lacking the operation of formal urban land market.«<sup>21</sup> Vor allem der

Verfall der Innenstädte, der Altbauquartiere und die großen Wohnsiedlungen des industrialisierten Wohnungsbaus (»Platte«) prägen nachhaltig die Stadtstrukturen der vormals »sozialistischen« Stadt.

Bei der »sozialistischen« Stadt und ihren Formungen durch die jeweiligen ökonomischen und politischen Systeme gilt es weiter zu reflektieren, dass dies in der ehemaligen Sowjetunion über ein dreiviertel Jahrhundert erfolgte, während in den anderen Ostblockstaaten diese Phase »nur« ein knappes halbes Jahrhundert andauerte. Die Vielfalt der »sozialistischen« Stadt lässt sich schließlich weiter belegen, wenn z.B. Kuba und China in einen derartigen Kontext einbezogen werden.

### 3. Die »vorindustrielle«, »industrielle« und »postindustrielle« Stadt

Diese Begriffstriade hebt auf die ökonomische Produktionsweisen und Wechselwirkungen mit städtischen Strukturen ab. Letztere der beiden Phasen werden auch mit »fordistischer« und »postfordistischer« Phase, nach Paradigmen der Regulationstheorie, bezeichnet. Die Entstehung der Disziplin Stadtplanung fällt in die Phase der »industriellen« Stadt, als im Zuge der raschen Verstädterung vielfältige neue Aufgaben und ein »Regelungsbedarf« erwachsen. Die zentrale Annahme ist: »preindustrial cities everywhere display strikingly similar social and ecological structures, not necessarily in specific cultural content, but certainly in its basic form.«<sup>22</sup> Zur Klassifikation der Stadtentwicklung der letzten Jahrhunderte ist diese Typologie durchaus nützlich, während die Phasen zuvor zu grobschlüchtig und aktuelle Trends nur bedingt charakterisiert werden können.

Das Geflecht vielfältiger gesellschaftlicher Mechanismen, ökonomischer Strukturen, institutioneller Formen und gesellschaftlicher Beziehungen wird als »Regulationsform« bezeichnet. Die Regulationstheorie geht davon aus, dass der Lebensraum Stadt und seine Regulation, also Gesellschaftsformation und Sozialraum in der wechselseitig bedingten Dynamik betrachtet werden müssen.<sup>23</sup> Dabei wird davon ausgegangen, dass die Modernisierungsphasen sich als Veränderung der Konfiguration der wirtschaftlichen Rationalität und Steuerung, der Sozialmuster und Wertemuster sowie der institutionellen Regelung darstellen.

Der Fordismus ist das von Henry Ford angewandte Produktionsrezept: Anwendung wissenschaftlicher Methoden der Arbeitsorganisation (Taylorismus), Produktivitätserhöhung und damit wachsende Kaufkraft. Einher ging damit der Ausbau städtischer Infrastruktur, Zonierung des städtischen Raums, Anhebung der Konsumnormen und Standardisierung von Lebensweisen und Biographien. Das »Goldene Zeital-

<sup>16</sup> M. Castells (s. A 14), S. 244.

<sup>17</sup> Ebd., S. 246.

<sup>18</sup> H. Lefèbvre, Die Stadt im marxistischen Denken, Ravensburg 1975, S. 56.

<sup>19</sup> J. Friedrichs (Hrsg.), Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa, Berlin 1985.

<sup>20</sup> P. White, The West European City. A Social Geography, New York 1984, S. XIV.

<sup>21</sup> D. Danta, Eastern Europe, in: St.D. Brunn/J.F. Williams (Ed.), Cities of the World, New York 1993, S.141.

<sup>22</sup> G. Sjöberg, The preindustrial City. Past and Present, New York 1960, S. 5.

<sup>23</sup> E. Konter, Lebensraum Stadt – Stadt Regulation. Grundlegung einer Planungstheorie und –soziologie, Berlin 1997, S. 8.

ter« des Fordismus (1950-1970) war geprägt durch industrielle Massenproduktion, Massenkonsum und sozialstaatliche Interventionen wie den sozialen Wohnungsbau. Die »fordistische Stadt« beinhaltet dabei eine Spezialisierung von Teilräumen nach Maßgabe von mehr Effizienz, Funktionalität und Geschwindigkeit.<sup>24</sup> Sie manifestiert sich in monostrukturierten, uniformen Räumen für Wohnen, Arbeiten, Konsumieren etc. und impliziert die Zerstörung gemischter Nutzungsstrukturen und Räume mit der Folge einer »Verinselung« des Lebensraumes.

Die Übergangsphase der »industriellen« zur »postindustriellen« Stadt wird häufig auch mit »tertiärer« Stadt bezeichnet.<sup>25</sup> Diese Charakterisierung folgt der Beobachtung, dass sich tertiäre Funktionen (Banken, Dienstleistungen, Einzelhandel) vorwiegend im Stadtzentrum konzentrieren und andere Nutzungen verdrängen. In der City sammeln sich Arbeitsstätten, Lenkungs- und Kommandofunktionen, die sich konzentrisch ausdehnen. Ein wesentliches Merkmal der »tertiären« Verstädterung sind Bevölkerungsverlust der Kernstadt und die Suburbanisierung. Jean Fourastié, der einflussreiche französische Ökonom, beschrieb 1969 die Zukunft wie folgt: »Die Stadt von 1900 ist von einer maßlosen Hässlichkeit, die uns auch heute noch in den Randbezirken und selbst Zentren unserer großen Industriestädte bedrückend umfängt... Ganz anders wird die Stadt der Zukunft sein... Wer ein Auto besitzt, verlässt das Stadtzentrum, durchquert die Industrieviertel und fährt hinaus zu den neuen Wohnstädten, die ich tertiäre Vorstädte nenne.«<sup>26</sup>

Die Krise der »fordistischen« und »tertiären« Stadt sowie des fordistischen Regulationsmodells soll durch eine neue Akkumulationsstruktur mit flexibleren Produktionsstrukturen überwunden werden, mit der entsprechende neue Regulationsformen einhergehen. Aus der Krise des Fordismus sind »Postfordismus« und »Neofordismus« als konfligierende Lösungskonzepte entstanden.<sup>27</sup> Die »postfordistische Stadt« wird als fragmentierte Struktur mit sich verschärfenden sozialen Konflikten beschrieben. Rückzug des Sozialstaats, Deregulierung und Tendenzen zur Privatisierung und Ökonomisierung der Stadtentwicklung verstärken soziale Polarisierungen. Nach dem Regulationsansatz führt nun die Flexibilisierung von Produktionsstrukturen zu einer räumlichen Restrukturierung der Stadtregionen.<sup>28</sup> Die »postfordistische« Stadt der flexiblen Akkumulation wird zu einem polyzentrischen Gebilde transformiert, »zerfällt« in fragmentierte Bereiche und geht mit einem Bedeutungsgewinn der Peripherie einher.

<sup>24</sup> D. Hassenpflug (Hrsg.), Die europäische Stadt. Mythos und Wirklichkeit, Münster 2000, S. 36.

<sup>25</sup> B. Schäfers, Phasen der Stadtbildung und Verstädterung, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2/1977, S. 261.

<sup>26</sup> J. Fourastié, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1969, S. 218-219.

<sup>27</sup> D. Leborgne/A. Lipietz, Nach dem Fordismus, in: P. Noller/W. Prigge/K. Ronneberger (Hrsg.), Stadt-Welt, Frankfurt/New York 1994, S. 108.

<sup>28</sup> J. Burdack/G. Herfert, Neue Entwicklungen an der Peripherie europäischer Großstädte, in: Europa Regional 6, 1998, 2, S. 26-44.

Flexibilisierung ist der Schlüsselbegriff des postfordistischen Diskurses, die sich ökonomisch, gesellschaftlich und räumlich manifestiert. Diese neue Raumkonfiguration lässt sich nicht mehr mit den Begriffen Stadt und Land, Zentrum und Peripherie fassen. Die Zunahme der Kapitalkonzentration und Marktkontrolle im Kontext der Globalisierung in wenigen Metropolen hat eine neuen Hierarchie im Städtesystem generiert und die Entstehung von »World Cities« oder »Global Cities« befördert.<sup>29</sup> Im weltweiten Netz der Unternehmen und Städte sind in den »Global Cities« die Kommandozentren der Wirtschaft lokalisiert. Die neuen Formen der postfordistischen Verräumlichung sind durch tief greifende raum-zeitliche Ungleichheiten gekennzeichnet und lassen den traditionellen Begriff von Stadt obsolet werden. Sie gehen einher mit einem Verlust regulativer Kompetenz des Nationalstaates, der zunehmend weniger Einfluss auf die (stadt-)räumliche Entwicklung hat.

Für die Stadt(entwicklung) sind als Regulationsformen die unterschiedlichen Leitbilder, Stadtstrukturmodelle und Planungskulturen von großer Bedeutung. Sie differieren im historischen Wandel, hängen aber auch eng mit den nationalen und regionalen ökonomischen und politischen Strukturen zusammen. Auch im Zeitalter der zunehmenden Globalisierung ist das (formelle) Planungsrecht immer noch national kodifiziert. Newman und Thornley<sup>30</sup> haben die verschiedenen planungskulturellen Systeme in Europa gesetzgeberisch und verwaltungsmäßig »Familien« zugeordnet. Sie unterscheiden zwischen der »osteuropäischen«, der »skandinavischen«, der »deutschen«, der »napoleonischen« und der »britischen Familie« mit entsprechenden Auswirkungen auf Planungsrecht, Planungskultur und Stadtstrukturen.

#### 4. Die »christlich-abendländische« und »islamisch-arabische« Stadt

Der Begriff der »christlich-abendländischen Stadt« - häufig synonym mit der »europäischen« Stadt gebraucht - wird der »islamischen Stadt« gegenübergestellt, oder aber der »asiatischen Stadt«. Dabei ist der Begriff des »Abendlandes« genau so »umstritten und umstreitbar«<sup>31</sup> wie sein Pendant. Oswald Spengler hat festgestellt, dass »alle großen Kulturen Stadtkulturen« sind und behauptet, die Stadt sei ein »Urphänomen menschlichen Daseins«,<sup>32</sup> Spengler verweist auf die ersten Weltstädte Babylon und Theben, auf indische und mexikanische Weltstädte, bevor er behauptet: »Der Steinkoloss ‚Weltstadt‘ steht am Ende des Lebenslaufes einer jeden großen Kultur.«<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Vgl. aus der Fülle von Literatur: R. Keil, Weltstadt - Stadt der Welt, Münster 1993; S. Sassen, Metropolen des Weltmarkts, Die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt/New York 1996.

<sup>30</sup> P. Newman/A. Thornley, Urban Planning in Europe. International competition, national systems and planning projects, London/New York 1996, S. 28.

<sup>31</sup> W. Braunfels, Abendländische Stadtbaukunst. Herrschaftsform und Baugestalt, Köln 1979, S. 8.

<sup>32</sup> O. Spengler, Der Untergang des Abendlandes, 2. Bd., München 1973 (zuerst 1923), S. 661.

<sup>33</sup> Ebda., S. 673.

Spenglers apokalyptische Vision hat sich nicht bestätigt. Städte jeglicher Kultur haben sich verändert und die »abendländische Stadt« hat sich als robust und anpassbar herausgestellt.

Schon Max Weber hatte die Wesenszüge der orientalen und der okzidentalen Stadt in seinem universalhistorischen Entwurf herausgearbeitet und dabei vor einem »Dilettantenvergleich« gewarnt. Leitfrage Webers war es, warum sich trotz der Ubiquität des Phänomens Stadt eine besondere Form okzidentaler Stadt mit einem sich selbst verwaltenden Bürgertum herausgebildet hat. »Für den Okzident stehen griechisch-römische Antike und europäisches Mittelalter, für die Antike die autonomen Stadtstaaten Athen, Sparta und Rom in ihrer jeweiligen Blütezeit; für das Mittelalter werden je nach Argumentationsbedarf die italienischen Städte, ...die Städte des kontinentalen Bereichs nördlich der Alpen oder die englischen Städte herangezogen. Für den kontrastierenden Vergleich mit dem Orient nimmt Max Weber sowohl auf das ägyptische und vorderasiatische Altertum als auf China, Japan und Indien Bezug.«<sup>34</sup> Sein Ziel war es, die Einzigartigkeit der okzidentalen Stadtgemeinde herauszuarbeiten.

Max Webers (unvollendeter) Essay zur Stadt ging über die begrenzten Fragestellungen diverser Disziplinen hinaus und bot einen »Steinbruch«, aus dem man sich unterschiedlich bediente. Sein viel zitiertes Konvolut beginnt bezeichnenderweise mit dem Satz »Eine ‚Stadt‘ kann man in sehr verschiedener Art zu definieren versuchen.«<sup>35</sup> Aus seinem universalen Sachwissen leitete er Typen und Idealtypen von Stadt ab und betonte zugleich, dass »es diese Typen in der Wirklichkeit allenfalls zufällig in reiner Form gab.«<sup>36</sup> Webers Merkmale der »okzidentalen Stadt«, vor allem die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des städtischen Bürgertums hat eine folgenreiche Kontroverse befördert, ob es denn nach dieser Definition überhaupt eine »orientale Stadt« geben könne.<sup>37</sup>

Werner Sombart hatte demgegenüber zwischen »Subjekten« (aktive, originäre oder primäre) und »Objekten« (passive, abgeleitete, sekundäre) der mittelalterlichen Städtebildung unterschieden.<sup>38</sup> Befestigung, Marktplatz, Rathaus und Kirche, die den historischen Stadtkern begründen, werden häufig als Merkmal der »europäischen

Stadt« herausgestellt. Der begrenzten Tauglichkeit dieses Abgrenzungsmerkmals muss nur die ähnliche Konstellation in der islamisch-arabischen Welt gegenübergestellt werden. Der Bazar als wirtschaftliches, die Moschee als religiöses und Külliye als sozio-kulturelles Zentrum sowie das öffentliche Bad bilden eine ähnliche Konfiguration. Die Unzulänglichkeit dieser Begriffsklärung kann illustriert werden am Beispiel Istanbuls. Die bedeutendsten Zeugnisse der »islamischen Stadt« befinden sich dort auf der europäischen Seite der Stadt.

Max Weber ging es bei dem Vergleich auch vielmehr um die Herausarbeitung der Stadtbürgerschaft als Träger von ständischen Privilegien, also einer politisch-gesellschaftlichen Konfiguration als konstituierendem Element der (mittelalterlichen) Städte des Okzidents. »Trotz aller äußerlichen Ähnlichkeiten der Entwicklung müssen danach doch auch tiefgreifende Unterschiede festzustellen« sein.<sup>39</sup> Weber verwendet den »Idealtypus« als ein Mittel zur kontrollierten wissenschaftlichen Erkenntnis, indem er den Typus der »okzidentalen Stadt« von »den Stadtbildungen anderer Kulturkreise absetzt und dabei in seiner Typizität historisch-empirisch, darüber hinaus aber auch in weitere Untertypen einteilt. Solche Untertypen sind die antike Stadt einerseits, die mittelalterliche Stadt andererseits, die sich wieder in den nordeuropäischen, als Bürgerstadt reineren und den süddeutschen, mehr der antiken Stadt sich wieder annähernden Typus unterteilt.«<sup>40</sup>

Max Weber hat eine Reihe von Untersuchungen zur »orientalen Stadt« inspiriert. Bei der »orientalen Stadt« überlagern durch den Islam überformte gesellschaftliche Konfigurationen die Stadt. Der Begriff wird häufig synonym mit der »muslimischen« und der »arabisch-islamischen« Stadt verwendet. Auch hier gab es bedeutende Städte vor der Zeit des Religionsstifters Mohammed, die dann unter dem Einfluss des Islam kulturell überformt wurden. »However, so say that Islam was not the only cause of urban form is not to say that it was unimportant.«<sup>41</sup> Auch in der »islamischen Stadt« gab es christliche und jüdische Viertel und wiederum haben längst auch Elemente nordamerikanischer Raumentwicklung Einzug gehalten. J. Abu-Lughod verweist auf die Nachbarschaft als zentrales Element in der islamischen Gesellschaft und in Städten, deren kommunitaristische Elemente nun wiederum gerade in Nordamerika eine Renaissance erleben.<sup>42</sup> »However, in addition, the historic cities that developed in Arabo-Islamic lands in premodern times were deeply influenced by such non-Islamic factors as climate, terrain, technologies of construction, circulation, and production,

<sup>34</sup> W. Nippel, Webers »Stadt«. Entstehung – Struktur der Argumentation – Rezeption, in: H. Bruhns/W. Nippel (Hrsg.), Max Weber und die Stadt im Kulturvergleich, Göttingen 2000, S. 16.

<sup>35</sup> M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, Tübingen 1976 (zuerst 1921), S. 727.

<sup>36</sup> K.L. Ay, Max Weber über die Stadt, in: F. Mayrhofer (Hrsg.), Stadtgeschichtsforschung. Aspekte, Tendenzen, Perspektiven, Linz 1973, S. 76.

<sup>37</sup> D.F. Eickelmann, Is there an Islamic city? The Making of a Quarter in a Moroccan Town, in: International Journal of Middle East Studies (5) 1974, S. 274. Das Konzept der »islamischen Stadt« ist vor allem von Historikern und Orientalisten aufgenommen worden. Neuere Studien gehen davon aus, dass auch hier eine regionale Differenzierung geboten ist, um falsche, pauschalisierte Einschätzungen zu vermeiden. Vgl. M. Haneda/T. Miura (Ed.), Islamic Urban Studies, historical Review and Perspectives, London and New York 1994.

<sup>38</sup> W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, München 1987 (zuerst 1916), S. 134.

<sup>39</sup> M. Weber (s. A 35), S. 788.

<sup>40</sup> G. Dilcher, Max Webers »Stadt« und die historische Stadtforschung der Mediävistik, in: H. Bruhns/W. Nippel (Hrsg.), Max Weber und die Stadt im Kulturvergleich, Göttingen 2000, S. 121.

<sup>41</sup> J.L. Abu-Lughod, The Islamic City – Historic Myth, Islamic Essence, and Contemporary Relevance, in: International Journal of Middle East Studies 19/1987, S. 162.

<sup>42</sup> D. Schubert, The Neighbourhood Paradigm: From Garden Cities to Gated Communities, in: R. Freestone (Ed.), Urban Planning in a Changing World, The Twentieth Century Experience, London 2000.

as well as political variables such as the relation between rulers and ruled, the general level of intercommunal strife."<sup>43</sup>

### 5. Funktionale Stadtbegriffe sowie die »formelle« und »informelle« Stadt

Andere Versuche der Stadtdefinition gehen von dominanten Funktionen und Wirtschaftsformen aus. So unterscheidet man etwa Handels-, Bergbau-, Kur- und Regierungsstädte. Hafenstädte sind beispielsweise durch Aktivitäten des Güterumschlags gekennzeichnet und verfügen als wichtige Lageeigenschaft über seeschifftiefes Wasser, während Kurstädte in landschaftlich attraktive Lagen eingebettet sind. Die Klassifikation funktionaler Stadtbegriffe korrespondiert mit der Dominanz bestimmter Berufsgruppen, wie Angestellten, Bergarbeitern, Hafenarbeitern etc. Bei derartigen Definitionen ist allerdings davon auszugehen, dass ökonomische Monostrukturen, die zur Gründung dieser Städte führten, einer späteren Diversifizierung Platz gemacht haben, zumal sich Einseitigkeiten in Krisenzeiten als besonders anfällig erwiesen haben.

Die dominante Wirtschaftsform ist auch ein Klassifikationsmerkmal in anderer Hinsicht. Im Zusammenhang mit dem raschen Verstädterungsprozess in Ländern der Dritten Welt ist der Begriff der informell entstandenen, irregulären Siedlungen und damit auch der Terminus der »informellen Stadt« entstanden. Er hebt auf einen hohen Prozentsatz der Bevölkerung ab, die in Armut lebt und vorwiegend im »informellen Sektor« tätig ist. Der Anteil der urbanen informellen Erwerbstätigkeit liegt in Südamerika über 50%, in Afrika um 40%. Der informelle Sektor zeichnet sich dadurch aus, dass er allen zugänglich ist, lokal vorhandene Ressourcen nutzt, die »Betriebe« im Familieneigentum sind und arbeitsintensive Technologien angewendet werden. Die Palette von Aktivitäten umfasst Kleinhandel, Straßenunterhaltung, Dienstleistungen, Transport- und Sicherheitsdienste sowie unkontrollierte Grundstückstransaktionen. Die erforderlichen Fähigkeiten wurden außerhalb des formellen Ausbildungs- oder Qualifizierungssystems erworben. Die formelle Wirtschaft erfordert dagegen höhere Investitionen, Bildung, Infrastruktur, Wohnungen, Fabriken und Büros.<sup>44</sup> Aus der Sicht des formellen Sektors wird der informelle Sektor meist als illegal oder inakzeptabel eingeschätzt, da keine Verträge abgeschlossen und gesetzliche Bestimmungen umgangen werden.

Die Beschäftigung im informellen Sektor geht mit illegalen und semilegalen Behausungen einher, die Ausdruck städtischer Armut sind.<sup>45</sup> Bei diesen Quartieren handelt

<sup>43</sup> J.L. Abu-Lughod (s. A 41), S. 172.

<sup>44</sup> P. Hall/U. Pfeiffer, Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte, Stuttgart 2000, S. 98ff.

<sup>45</sup> J. Bähr/G. Mertins, Marginalviertel in Großstädten der Dritten Welt, in: Geographische Rundschau, Heft 7-8 2000, S. 19-26.

es sich um periphere Squattersiedlungen, zum Teil auch an naturräumlich ungünstigen innerstädtischen Lagen gelegen und um degradierte hochverdichtete innerstädtische Wohnviertel. Zwar verwischen die Grenzen zwischen den Teilökonomien zusehends, aber in vielen Entwicklungsländern gibt es eine Parallelität von Stadtwirtschaften der formellen und informellen Ökonomie, die sich stadträumlich manifestiert. Die Besserverdienenden ziehen sich in befestigte Enklaven (»Gated Communities«) zurück, in denen sie leben, arbeiten, wohnen, einkaufen und ihre Freizeit verbringen, ohne die »andere« Stadt zu kennen und zu nutzen.

### 6. Die »europäische Stadt«

Diese knappe Skizze mag als Hintergrundfolie dienen, um sich dem Begriff der »europäischen Stadt« zu nähern. Dabei wird sich der vorgeblich eindeutigen Vorzüge der »europäischen« Stadt unterschiedlich bedient. Den Denkmalschützern geht es dabei eher um den Erhalt der alten Gebäude, den Planern um die kompakte gründerzeitliche Stadt und Möglichkeiten ihrer Rekonstruktion, den Geisteswissenschaftlern um das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, den Historikern um die lange Geschichte und Traditionen und den Geographen um Strukturtypen der »europäischen« Stadt. Von H. Kaelble werden »sieben Gemeinsamkeiten«<sup>46</sup> postuliert. Zerlegen wir die begrifflichen Dimensionen der »europäischen Stadt«, um die Begriffsschärfe zu überprüfen:

#### 6.1. Geographische Dimension

Unter Europa wird geographisch der Kontinent westlich des Urals und nördlich des Mittelmeers, von Asien durch den Ural, von Afrika durch das Mittelmeer und von Vorderasien durch das Schwarze Meer, Bosphorus und Marmarameer, getrennt verstanden. Diese Definition impliziert z.B., dass zumindest das östliche, asiatische Istanbul nicht zu Europa gehört. »Das Europa, das uns interessiert, ist kein geographischer Bereich, sondern eine geschichtlich determinierte Realität. Wir haben nicht die zu allen Zeiten in diesem Gebiet entstandenen Städte zu betrachten, sondern nur die, welche in der Zeit entstehen, während sich Europa als solches erkennbar herausbildet.«<sup>47</sup> Benevolo verkennt dabei, dass es kaum Ansiedlungen vor dieser Zeit im europäischen Raum gab, die mit Städten zu bezeichnen wären. Noch schwieriger als die geographische erscheint die politische Bestimmung von Europa.<sup>48</sup> Die Definition über

<sup>46</sup> H. Kaelble, Die Besonderheiten der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert, in: Leviathan 2/2001, S. 264.

<sup>47</sup> L. Benevolo, Die Stadt in der europäischen Geschichte, München 1999, S. 17.

<sup>48</sup> J. Buursink, The European city: does it already exist?, in: Landscape and Urban Planning 22/1992, S. 243-254. Buursink unterscheidet »cities in Europe, cities of Europe, cities for Europe« (S. 244).

die derzeitige Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft würde Länder Europas ausschließen, die für die Identität Europas von großer Bedeutung sind.

### 6.2. Historische Dimension

Die lange Geschichte der »europäischen Stadt« wird als ein weiteres wesentliches Qualitätsmerkmal aufgeführt. Der Begriff »Europa« wurde im antiken Griechenland eingeführt, zunächst nur als Bezeichnung für das Festland, später als Bezeichnung für den Erdteil nördlich des Mittelmeeres. Nun ist bekannt, dass es lange vor der »europäischen Stadt«, Städte in Asien gab und dass die Städte in Nordamerika dagegen – sieht man von den zerstörten Stadtkulturen der Inkas und Mayas ab – deutlich jünger sind. Es ist dabei ein Gemeinplatz, dass die baulich-räumliche Hülle einer Stadt – abgesehen von Neugründungen aus einem Guss, wie den New Towns – immer Spuren und Jahresringe älterer Epochen beinhaltet. Die Stadt der Zukunft ist heute bereits zum überwiegenden Teil gebaut. Je nach Schwerpunktsetzung werden mittelalterliche Städte wie Rothenburg, Residenzstädte wie Karlsruhe und gründerzeitliche Wohnviertel bemüht, um die Vorzüge der »europäischen Stadt« zu kennzeichnen. Kaelble betont, dass das »Aussehen der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert, durch die lange, besondere europäische Geschichte geprägt«<sup>49</sup> wurde, um dann diesen Niederschlag bezogen auf das 20. Jahrhundert zu resümieren.

Häufig ist mit der »europäischen Stadt« die Altstadt, die Innenstadt oder der Stadtkern gemeint, um den herum sich Wachstumsphasen unterschiedlichen Ausmaßes und vielfältiger Strukturen anlagern.<sup>50</sup> Die Altstadt stammt häufig aus vorindustrieller Zeit und ist für die Identität und Imagebildung einer Stadt(region) von großer Bedeutung. Auch der Altstadtkern ist nun beileibe nicht unverändert geblieben, sondern seit der Industrialisierung mehrfachen strukturellen Wandlungen ausgesetzt gewesen. Kurz nach der Öffnung der innerdeutschen Mauer konnte man eine Art Zeitreise in die Klein- und Mittelstädte in den neuen Bundesländern machen und dort geschlossene historische Stadtkerne bewundern. Der bauliche Zustand war häufig desolat, die städtebaulichen Strukturen aber unverändert.

Aber auch der gründerzeitliche Städtebau erlebt eine Renaissance. Der Hinterhof, der noch vor kurzem als Inkarnation menschenverachtenden Städtebaus galt, wird rehabilitiert und in Berlin »kritisch rekonstruiert«. Generationen von Großstadt- und Mietskasernenkritikern und ihre Argumente, von konservativen Ideologen wie Wilhelm Heinrich Riehl, Otto Ammon und Georg Hansen bis zu modernen Architekten wie Bruno Taut, Martin Wagner und Le Corbusier scheinen vergessen. Die Stadt des

<sup>49</sup> H. Kaelble (s. A 46), S. 264.

<sup>50</sup> U. von Petz, Die Zukunft historischer Innenstädte, in: *Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen/Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin* (Hrsg.), Jahrbuch Stadterneuerung 1998, Berlin 1998, S. 65.

19. Jahrhunderts heute als Leitbild zu reaktivieren ist eine rückwärts gerichtete Utopie. Es hieße eine bauliche Hülle ohne die entsprechende Gesellschaft zu bauen.<sup>51</sup> Die Stadt des 19. Jahrhunderts als Surrogat, als Vorbild ohne ihre Unbilden.

Der Bezug zum Städtebau der 1920er Jahre der »europäischen Stadt« bietet dagegen Anknüpfungspunkte zur architektonischen Moderne. Auch die Leistungen dieser Phase können nur verstanden werden als Reaktion auf den gründerzeitlichen Städtebau. Auch das bauliche Gehäuse der Reformsiedlungen der 20er Jahre hat sich überlebt. Es muss darauf ankommen, auch diese Siedlungen weiter zu bauen und sie aktuellen Anforderungen anzupassen. Die nutzungsgemischte Mietskasernenstadt des 19. Jahrhunderts bietet dabei anpassungsfähigere Strukturen als die monofunktionalen Wohnsiedlungen aus der Zeit der Weimarer Republik.

### 6.3. Morphologische Dimension

Die »europäische Stadt« wird häufig auch als kompakte Stadt bezeichnet. Vor allem Stadt- und Raumplaner bemühen dieses Merkmal im Zusammenhang mit der Mischung von Nutzungen und Gesellschaftsschichten. Die Kompaktheit wurzelt in der Geschichte. Da die Städte früher befestigt waren, gab es eine deutliche Scheidung zwischen Stadt und Land. Der volkstümliche Spruch »Stadtluft macht frei« spiegelte die besonderen Freiheiten der Stadtbewohner gegenüber den Abhängigkeiten der Landbevölkerung. Dass diese Trennung eine Fiktion ist und derweil der »Zwischenstadt« Platz gemacht hat, wurde bereits ausgeführt.

Zudem waren durchaus nicht alle Städte in Europa befestigt. So weisen z.B. die englischen Städte eine deutlich andere Morphologie auf. Da sie nicht befestigt waren, konnte dort früher und ungehemmter die Suburbanisierung erfolgen. So weist z.B. London viele Merkmale der Suburbanisierung auf, die der »amerikanischen Stadt« zugeschrieben werden. Nicht umsonst hat S.E. Rasmussen<sup>52</sup> London als einzigartige Stadt beschrieben und nicht als Beispiel oder gar Prototyp der »europäischen Stadt«.

Kaelble führt als eine von sieben Gemeinsamkeiten der europäischen Städte einen klar bestimmbaren Stadtkern an: »In den Stadtkernen der größeren europäischen Städte sind darüber hinaus fast immer noch die Ergebnisse der Stadtsanierungen des 19. Jahrhunderts zu erkennen.«<sup>53</sup> Größere Stadtumbaumaßnahmen haben in Europa nur selten im Stadtkern – die Sanierung von Paris durch Haussmann bildete das häufig zitierte, aber nicht zu kopierende Vorbild – stattgefunden, in Deutschland meist erst ab Beginn des 20. Jahrhunderts.<sup>54</sup>

<sup>51</sup> W. Siebel, Wesen und Zukunft der europäischen Stadt, in: DISP 141/2000, S. 31.

<sup>52</sup> St.E. Rasmussen, London, The Unique City, Cambridge/Mass., London 1982, zuerst 1934.

<sup>53</sup> H. Kaelble (s. A 46), S. 265.

<sup>54</sup> G. Fehl/J. Rodriguez-Lores, Stadt-Umbau. Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongress und Weimarer Republik, Basel 1995, S. 24.

Als Strukturmerkmal der »europäischen Stadt« wird weiter ein häufig unregelmäßiger Stadtgrundriss angegeben. »Anders als die amerikanischen Städte sind dagegen die europäischen Städte fast nie, auch nicht im 19. oder 20. Jahrhundert, als »Grid«, als ein Netz rechtwinkliger Straßen, angelegt.«<sup>55</sup> Diese Behauptung ist kaum haltbar. Von Spanien bis Finnland, von griechischen Städten wie Milet, über römische Siedlungen bis zu den planmäßig angelegten Fürstenstädten wie Mannheim gibt es unzählige »Grid-Pläne«. Der Cerda-Plan für Barcelona, die Pläne für die Stadterweiterung von Madrid und Bilbao, der Plan von Engel für Helsinki wie auch viele mittelalterliche Stadterweiterungen (»Neustadt«) folgen dem Grid-System, während die Innenstadt von Boston unregelmäßige »europäische« Züge aufweist.

Die Physiognomie der »europäischen Stadt« als weiteres Abgrenzungsmerkmal heranzuziehen, erscheint ähnlich problematisch. Frankfurt (»Mainhattan«) und Rotterdam (aufgrund des deutschen Bombardements 1940) weisen eher ein US-amerikanisches Stadtbild auf, in Städten wie Hamburg und Amsterdam dominieren dagegen die Stadtkirchen die Stadtsilhouette im Zentrum.

#### 6.4. Kulturelle Dimension

Europa ist keine kulturell homogene Region, sondern gerade durch kulturelle Vielfalt ausgezeichnet. Die »europäischen Kulturhauptstädte« der letzten Jahre von Thessaloniki bis Helsinki, von Rotterdam bis Porto spiegeln die Unterschiedlichkeit der geschichtlichen Entwicklungen. Die »europäische Stadt« bietet kollektive oder kulturelle Erinnerungen, ein Erinnerungs- und Mythenpotential, auf das selektiv zurückgegriffen werden kann. Dem Denkmalschutz kommt hier eine besondere Bedeutung zu, die baulich-räumliche Hülle zu konservieren und mit neuen und zukünftigen Nutzungen kompatibel zu machen.

In einer Zeit beschleunigter Globalisierung und gesellschaftlichen Wandels gewinnt die Aufgabe der Bewahrung des baulichen Erbes an Bedeutung. Der »europäischen Stadt« wird dabei eine große Flexibilität zugewiesen, sich in der alten Stadt neu einzurichten und Bauten der Vergangenheit wieder nutzbar zu machen.

#### 6.5. Dimension der Ordnung und Planung

Die »europäische Stadt« gilt als die geplante Stadt, der die ungeplante Stadt und der Wildwuchs von Städten außerhalb Europas gegenüber gestellt wird. Stadtplanung ist ein Kind der »europäischen Stadt« des 19. Jahrhunderts, das allerdings schnell weltweite Verbreitung fand. Die weltweiten Kongresse des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung und weiterer Organisationen spie-

<sup>55</sup> H. Kaelble (s. A 46), S. 265.

geln seit fast 100 Jahren die relevanten Themen, die Akteure und die weltweite Vernetzung wider. Die »Zähmung und Kultivierung des Kapitalismus« durch räumliche Ordnung mittels Stadtplanung war intendiert.

Im postindustriellen Zeitalter verzeichnen wir nun – nicht nur in Europa – einen Bedeutungsverlust der Stadtplanung. Der Bedeutungsgewinn der lokalen Ebene und des Quartiers korrespondiert mit der regionalen Ebene, während die gesamtstädtische Ebene – das klassische Handlungsfeld der Stadt(ent)wicklungsplanung, eher an Bedeutung verliert. Immer weniger Probleme sind im Umgriff der Stadtgrenzen zu lösen, auf die die Stadtplanung orientiert. Mit Formeln wie Suburbia, Peripherie und »Stadtentwicklung ohne Stadt« wird diese Entwicklung umrissen.

Stadtplanung ist defensiv geworden und versucht, überholte Strukturen mit untauglichen Mitteln zu restaurieren. Der US-amerikanische Typus des Developer-Städtebaus hat in Europa erheblich an Bedeutung gewonnen. Die europäische Planerkultur lehnt aber dieses Milieu als unmoralisch und unkultiviert ab.<sup>56</sup> Die traditionellen Planungs- und Stadtentwicklungsmodelle europäischer Provenienz sind obsolet geworden. Längst wirkt auch die Raumstruktur in Europa »planlos«, nur wenige mittelalterliche Städte – musealisiert wie z.B. Ribeauville oder Riquewihr im Elsass – dokumentieren noch die deutliche Scheidung zwischen Stadt (nebst Besucherparkplatz an der Stadtmauer) und Umland und verweisen auf die ältere Definition von G. v. Maurer »Städte sind ummauerte Dörfer«.

Vielfach hat man in den USA von chaotischer Suburbanisierung längst Abstand genommen und sucht mit Master-Planned-Communities eine geordnetere Siedlungsplanung voranzutreiben.<sup>57</sup> TNDs (Traditional Neighborhood Development) und EPOTs (Experimental Prototype Community of Tomorrow) wie Walt Disneys Celebration-City in Florida sind Gegenbewegungen zum ungeplanten Sprawl in Form von geplanten in sich abgeschlossenen Siedlungseinheiten. Diese sehen höhere Dichten, kompakte Zentren, Mischnutzung, Vorgaben für die Gestaltung, eine zunehmende Bedeutung der Gemeinschaft und Beteiligung der Bewohner bei der Verwaltung vor. Dabei wird nicht selten im Kontext der »New Urbanism«-Bewegung auf das Derivat »europäische Stadt« zurückgegriffen. Hier geht es vor allem um Inszenierung und Verpackung von Stadt, um Wohnanlagen besser vermarkten zu können.<sup>58</sup> Letztlich ist der »New (Sub)Urbanism« eine Reaktion auf die suburbane Ödnis, die sich sentimental, antidemokratisch und antiurban gebärdet.

<sup>56</sup> Th. Sieverts (s. A 4), S. 179.

<sup>57</sup> A. Schmitz/L. Bookout, Trends and Innovations in Master-Planned Communities, Urban Land Institute Washington 2000.

<sup>58</sup> P. Marcuse, The New Urbanism: The Dangers so far, in: DISP 4/2000, S. 5.

### 6.6. Dichte und Kompaktheit

Dichte und Kompaktheit werden der »europäischen Stadt« als wesentliche Merkmale zugeschrieben. Dabei sind alle Merkmal der »Zwischenstadt« und der nordamerikanischen Stadt- und Regionalentwicklung längst auch in Europa vorfindbar. Vom Shopping-Center auf der grünen Wiese, über Schöpfungen wie das »Centro« in Oberhausen und die verstädterte Landschaft des Ruhrgebietes lassen derartige Strukturen verorten. Disneyland gilt der Besuch, Paris wird en passant noch aufgesucht. Über den Sciencepark von Sophia Antipolis – (gr. etwa »Gegen-Stadt der Weisheit«) in der Nähe von Cannes, über Berlin Adlershof als Wissenschaftsstandorte, von Legoland in Jütland über den Space Park in Bremen lassen sich unzählige Belege für den Bedeutungsgewinn der Peripherie und neue räumliche Strukturen finden.

Die Nostalgie der Stadt des 19. Jahrhunderts mit ihren vorgeblich kompakten, dichten undutzungsgemischten Strukturen hat sie inzwischen zu einem Mythos werden lassen, der Probleme systematisch ausblendet. Zudem sind viele asiatische Städte deutlich kompakter als europäische Städte. Landknappheit und Bevölkerungswachstum haben hier Dichten generiert, die für europäische Maßstäbe kaum vorstellbar sind.

Die Dichte und Kompaktheit der »europäischen Stadt« werden - so ein Theorieansatz - wesentlich über das Ordnungsprinzip der Parzelle hergestellt. »Die Parzelle ist die kleinste operative Einheit der Stadt – wohlgemerkt der europäischen Stadt... Die Parzelle ist, als städtisches Grundstück, im europäischen Stadtsystem das den Stadtzusammenhang stiftende Bindeglied zwischen Stadtanlage und Haus.«<sup>59</sup> Warum die Parzelle als positives Ordnungsprinzip nur für die »europäische Stadt« und nicht als ubiquitäres Strukturprinzip gilt, wird nicht erörtert. Größe, Zuschnitt, Besitzverhältnisse und Ausnutzungsmöglichkeiten der Parzelle sind Merkmale, die nicht nur für die »europäische Stadt« strukturbildend sind.

### 7. Vergleichende Stadt(bau)geschichte

Diese knappe Skizze der Mehrdimensionalität des Begriffs der »europäischen Stadt« verweist darauf, dass eine systematisch-vergleichende Untersuchung die Herausarbeitung ähnlicher und unähnlicher Strukturmerkmale ermöglichen kann. Das Verdikt »Jede Stadt ist anders« hilft nicht weiter. Das Differenzierungsdilemma muss vielmehr durch eine sachgerechte Abstraktion und Verallgemeinerung überwunden werden.<sup>60</sup> Letztlich geht es – sich sozialwissenschaftlicher Diktion bedienen

<sup>59</sup> D. Hoffmann-Axthelm, Die dritte Stadt, Bausteine eines neuen Gründungsvertrages, Frankfurt a.M. 1993; zur Auseinandersetzung um die Bedeutung der Parzelle vgl. auch M.Mönninger, Stadtgesellschaft, Frankfurt a.M. 1999.

<sup>60</sup> W. Heitmeyer/R. Dollase/O. Backes, Die Krise der Städte, Frankfurt a.M. 1998, S. 13.

end – um die Frage, ob die Stadt eine abhängige oder eine unabhängige Variable darstellt.

Auch Städte können nicht in ihrer vielschichtigen Totalität verglichen werden, sondern angemessene Vergleichseinheiten sind zu konstruieren und ein Vergleich setzt »Selektion, Abstraktion und Lösung aus dem Kontext voraus.«<sup>61</sup> In der Geschichtswissenschaft wird der internationale Vergleich als »Königsweg« gekennzeichnet. Theoriebezug, Vergleichsperspektive und Erklärung bilden die Komponenten analytischer Geschichtsschreibung. Exakter ist die Komparatistik des »internationalen Vergleichs« als »intergesellschaftlicher Vergleich« zu bezeichnen. Da es weder um einen »Nationalvergleich« noch um »Vergleiche nationaler Durchschnitte« geht, sondern um politische Institutionengefüge, die ihre politischen Kontexte als »nationale« konstruieren.<sup>62</sup> Damit wird es möglich, eine konstruktive Brücke zwischen Generalisierung und Kontext zu schlagen und den viel zitierten »Äpfel und Birnen«-Vergleich zu umgehen.

International vergleichenden Stadtuntersuchungen haben eine lange Tradition. Walton (1981) kategorisiert die Studien bezogen auf ihren Ansatz wie folgt: Die Stadt als Marktsystem, die Stadt als Mechanismus der sozialen Integration, die Stadt als Ort des sozialen Pluralismus und die Stadt als Ursache und Folge sozialer Veränderungen. Bezogen auf die Konvergenz und Divergenz von Stadtentwicklungsprozessen hat Hawley<sup>63</sup> drei Hypothesen formuliert:

- Die Stadtentwicklungsprozesse unterscheiden sich in den einzelnen Kulturräumen und haben dementsprechend verschiedenartige Stadtstrukturen zur Folge.
- Gleichartige Prozesse vor kulturräumlich unterschiedlichem Hintergrund resultieren in verschiedenartigen Stadtstrukturen.
- Gleichartige Prozesse verwischen die unterschiedliche und kulturelle Ausgangssituation mehr und mehr und führen letztlich zu gleichartigen Stadtstrukturen.

Die Betonung der Notwendigkeit eines interdisziplinären Ansatzes oder moderner transdisziplinärer Ansätze ist in jeder sich progressiv ausgebenden Publikation zum Thema Stadt ausgeführt. Selten jedoch wird versucht, diesen Anspruch einzulösen; das soll jeweils den anderen Autoren und Disziplinen überlassen bleiben. Es erstaunt immer wieder, wie wenig Disziplinen, Theoretiker und Theorien aufeinander aufbauen und aufeinander Bezug nehmen. Die verbreiteten Zitierkartelle bilden hier nur die Spitze des Eisberges.

Entsprechend der disziplinären Ausrichtung sind die Untersuchungen der Stadt

<sup>61</sup> H.-G. Haupt/J. Kocka (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/New York 1996, Einführung, S. 23.

<sup>62</sup> Th. Welskopp, Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 35, Bonn-Bad Godesberg 1995, S. 343.

<sup>63</sup> A.H. Hawley, Urban Society: An Ecological Approach, New York 1981, S. 312.

häufig bereits vorweg eindimensional fokussiert. Die stadtgeografischen Studien untersuchen räumliche Verteilungen, die politikwissenschaftlichen Arbeiten Organisations-, Verwaltungs- und Beteiligungsstrukturen, die stadtsoziologischen Analysen stadträumliche gesellschaftliche Strukturen, die bau- und stadtbaugeschichtlichen Untersuchungen sind auf Architektur und räumlich-morphologische Aspekte ausgerichtet. »Jeder Wissenschaftler betrachtet die andere »Disziplin« als seine Hilfskräfte, seine Vasallen, seine Dienstboten.«<sup>64</sup> Diese Balkanisierung der Ansätze korrespondiert mit den entsprechenden disziplinären Traditionen, die nicht aufeinander bezogen sind. Trotz der Gefahren der disziplinären Fragmentierung gibt es bei komparativen Studien meist einen inhaltlichen Fokus bei den Arbeiten (Wohnverhältnisse, Stadterneuerung, Stadtplanung etc.) und einen Lokus, der sich auf die räumliche Ebene bezieht (Quartier, Stadtteil, Stadt, Region). Der Ertrag der vergleichenden Studien hängt entscheidend von den methodischen Annahmen und der Logik der Konstruktion ab.<sup>65</sup>

#### 8. Welche »europäische Stadt«?

Der Begriff der »europäischen Stadt« wird nicht selten als Beschwörung der »heilen« Welt in Europa, verwoben mit dem Wunsch der Konservierung einer real längst überholten Gesellschaft und Stadt benutzt. Das Pendant, die »amerikanische Stadt«, oder die »Amerikanisierung des Raumes« wird dagegen als Bedrohung empfunden. Dahinter verbergen sich Analogieschlüsse, dass die Entwicklung in Nordamerika prototypischen Charakter für künftige Trends in Europa besitze. Hinter dem Begriff der »Amerikanisierung« verbergen sich vor allem drei miteinander verwobene Raumentwicklungsprozesse: die flächenintensive, disperse Suburbanisierung (»sprawl«), der Verfall der Innenstädte und die Herausbildung neuer Zentren an der Peripherie (»edge cities«). Die Metapher der »Amerikanisierung« entspringt eher der journalistischen Tagesbeobachtung und entbehrt bisher empirisch belegter Fallstudien.<sup>66</sup> P. Marcuse hat unlängst klargestellt: »Natürlich existiert ‚die‘ amerikanische Stadt nicht. Amerikanische Städte sind so verschieden wie die Städte anderer Länder.«<sup>67</sup> Die Gleichsetzung von Amerika mit den Vereinigten Staaten nivelliert erhebliche Un-

terschiede z.B. zwischen Kanada und den USA,<sup>68</sup> vor allem aber mit den Städten Lateinamerikas.<sup>69</sup>

Im Verlauf der letzten Jahrhunderte entstanden durchaus immer mehr europäische Gemeinsamkeiten von Kulturen und Städten, und die innereuropäischen Unterschiede nahmen ab.<sup>70</sup> Neben konvergierenden Entwicklungen bleiben aber in der »europäischen Stadt« vielfältige Divergenzen, die ihre Qualitäten und Einzigartigkeiten ausmachen. (»Europäische«) Städte sind nicht nur in ihrer baulich-räumlichen Struktur zu beschreiben und zu erklären, sondern mit den korrespondierenden sozialen Konfigurationen gibt es komplexe Wechselwirkungen. »Cities are processes, not products«.<sup>71</sup> Gesellschaftliche Verhältnisse prägen Stadtstrukturen und werden im Gegenzug von diesen geformt.

Die »europäische Stadt« ist durch vielfältige sozio-kulturelle, morphologische, architektonisch-städtebauliche und ökonomische und politische Unterschiedlichkeiten geprägt. »Europa ist ein Kontinent der Stadtpersönlichkeiten.«<sup>72</sup> Diese Vielfalt unter dem Begriff »europäische Stadt« zu subsumieren, würde eben diese Qualitäten nivellieren. Die Gründe für die Unterschiedlichkeit sind aus der geschichtlichen Entwicklung begründet. »Neue politische, wirtschaftliche, soziologische, religionsgeschichtliche Verhältnisse forderten immer wieder Planungen heraus, nicht zuletzt auch der Stilwandel, der zugleich von einem Wandel der Idealvorstellung von Städten bedingt worden ist.«<sup>73</sup>

Viele Kulturen, Religionen, Herrschaftssysteme, Akteurskonstellationen haben ihre historischen Spuren hinterlassen, die sich in unterschiedlichen Bauten, Quartieren, Stadtstrukturen und baulich-räumlichen sowie sozial-räumlichen Strukturen manifestieren. So sind arabische Einflüsse vielerorts in Städten auf der iberischen Halbinsel nachweisbar, wie islamische Moscheen und Basare in Südosteuropa. Die Vielfalt dieser unterschiedlichen Schichten, Nebeneinander und Überlagerung bilden ein Wesensmerkmal der Stadt, nicht der »europäischen Stadt«. Vice versa sind in Shanghai neben der chinesischen Stadt Strukturen der »europäischen Stadt« (»International Settlement«) vorfindbar, wie auch wiederum viele Kolonialstädte in Latein- und Südamerika Facetten der »europäischen Stadt« aufweisen.

Im Zeitalter der Globalisierung und der »neuen Unübersichtlichkeit« taugt das überkommene Definitionsmerkmal Stadt als Markt und Ort des Güteraustausches

<sup>64</sup> H. Lefebvre, Die Revolution der Städte, München 1972, S. 62.

<sup>65</sup> L.H. Masotti/J. Walton, Comparative Urban Research. The Logic of Comparisons and the Nature of Urbanism, in: The city in comparative perspective, New York 1976, S. 7; zu Vergleichsmethoden: D. Schubert, Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung, Braunschweig/Wiesbaden 1977.

<sup>66</sup> M. Hesse/St. Schmitz, »Amerikanisierung« des Raumes? Muster und Metapher spätindustrieller Stadt- und Raumentwicklung, in: Geographische Rundschau 51 10/1999, S. 577.

<sup>67</sup> P. Marcuse, Muster und gestaltende Kräfte der amerikanischen Städte, in: W. Prigge (Hrsg.), Peripherie ist überall, Frankfurt/New York 1989, S. 42.

<sup>68</sup> Vgl. I. Helbrecht, Stadtstrukturen in Kanada und den USA im Vergleich. Die Dialektik von Stadt und Gesellschaft, in: Erdkunde Bd. 50/1996, S. 238-251.

<sup>69</sup> J. Bähr/G. Mertins, Die Lateinamerikanische Großstadt. Veränderungsprozesse und Stadtstrukturen, Darmstadt 1995.

<sup>70</sup> H. Kaelble, Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gemeinschaft, in: St. Hradil/S. Immerfall (Hrsg.), Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1997, S. 29.

<sup>71</sup> J.L. Abu-Lughod (s. A 41), S. 172.

<sup>72</sup> W. Braunfels (s. A 31), S. 322.

<sup>73</sup> Ebda., S. 322.

kaum noch. »So ergibt sich zusammenfassend also, dass der Begriff der Stadt sehr unterschiedliche konkrete Ausgestaltungen umfasst. Es ist demnach nicht nur zulässig, sondern sogar geboten, unterschiedliche Stadt-Typen zu entwickeln.«<sup>74</sup> Ähnlich wie der Historiker F. Lütge argumentiert der Soziologe R. König: »Wenn man die Diskussionen um das Problem der Stadt und Großstadt ... verfolgt, muss es völlig unrealistisch scheinen, eine auch nur einigermaßen einheitliche Definition der Stadt zu geben.«<sup>75</sup> Sombart hat formuliert, dass über die »Richtigkeit« einer Definition der Zweck entscheidet. Für jede Betrachtungsweise »kann ein besonderer Begriff von »Stadt« aufgestellt werden.«<sup>76</sup> Nicht selten wird der Begriff »europäische Stadt« unreflektiert als Steinbruch für Anregungen und Einsichten benutzt. Die gedankenlose Verwendung des Begriffs der »europäischen Stadt« sollte vermieden und der Verwendungszusammenhang geklärt werden. Wenn restaurative Stadtauffassung und Verlustängste die vorrangige Motivation darstellen, ist mit eklektizistischem Herausgreifen von vorgeblichen Vorzügen der »europäischen Stadt« wenig gewonnen. Es geht nicht um die Abschaffung des Begriffs, sondern um seine Kontextualisierung und inhaltliche Präzisierung.

<sup>74</sup> F. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick, Berlin 1960, S. 134.

<sup>75</sup> R. König, Definition der Stadt, in: W. Pehnt (Hrsg.), Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Lebensbedingungen – Aufgaben – Planung, Stuttgart 1984, S. 11.

<sup>76</sup> W. Sombart, Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik Bd. 25, 1907, S. 4.

Hannes Tank

## Globale Ökonomie – und eine neue Urbanität ?

### *Potenziale der Europäischen Stadt zur Zivilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft*

#### *1. Fragmentierung der Stadt durch Maßlosigkeit bei Produktion und Konsum*

»Die Stadt ist alles, was wir haben«, hat der weltweit tätige niederländische Architekt Rem Koolhaas gesagt. Eine treffende Bemerkung im Zeichen des säkularen Strukturwandels von der Landwirtschaft über die Industrie zu den Dienstleistungen und der vielen damit verbundenen Umbrüche. Allerdings konnte die in dieser Feststellung enthaltene Forderung über Jahre und Jahrzehnte nicht ausreichend beachtet werden. Vor allem der Rausch der Motorisierung und der Mobilisierung hat eine exzessive Wohn- und Gewerbezersiedlung gefördert. Die sicher nützlichen Verkehrsmittel vom Personenwagen über den riesigen Lastwagen bis zum Großflugzeug sind wegen ihrer Vielzahl zur Plage geworden, erst recht aber, weil Unfälle, Abgase und Lärm an immer mehr Orten nicht mehr erträglich sind. Der Schutz des Menschen und der Umwelt ist bisher nicht ausreichend gelungen, die Durchsetzung des Verursacherprinzips wird jetzt erst zaghaft und sporadisch angegangen.

Die Expansion des Handels sowie privater und öffentlicher Verwaltungen im Zuge des angesprochenen säkularen Wandels hat natürlich ebenfalls zum Exodus von Bevölkerung, Handwerk und Gewerbe aus den Städten bzw. ihren Kernen beigetragen. In den Städten und ihrem Umland finden sich nun weite Bereiche mit einer mehr oder weniger chaotischen Nutzung: Familiensiedlungen, versprengte Hochhäuser, Großmärkte und Großwohnsiedlungen im Niemandsland, eintönige Gewerbeflächen oder verödete Industriebrachen. Zerschnitten und ausgeweitet werden die Zonen der Unwirtlichkeit von Trassen der Bahngleise, Schnellstraßen und Autobahnen sowie der bedrohlich wirkenden Hoch- und Höchstspannungsleitungen mit ihren gigantischen stählernen Masten.

In diesem Bild zeigt sich die Produktivität der Wirtschaft, aber auch die Maßlosigkeit der Produzenten und Konsumenten sowie die mangelnde Fähigkeit von Staat und Kommunen, einen akzeptablen Rahmen für die Wirtschafts- und Siedlungstätigkeit zu setzen, so dass nicht nur Unternehmen und Beschäftigte optimale Produktionsbedingungen haben, sondern auch Kinder, Jugendliche oder alte Menschen adäquate Wohn- und Lebensorte in der Stadt finden.

Der in den 80er Jahren lautstark beklagte Mangel an Erfindungen und Innovationen hat sich mittlerweile schon fast ins Gegenteil verkehrt. Eine Flut von Neuerungen ist in vielen Bereichen der Wirtschaft festzustellen, gefördert von neuen Firmen, die

oft in Gründer-, Technologie- und Innovationszentren zu finden sind, aber auch von dem nun reichlich verfügbaren Wagniskapital. Diese lange vermisste »Kultur der Selbständigkeit« ist sicher eine erfreuliche Entwicklung. Doch die entstandene Gründerzeit wird von kritisch zu sehenden Erscheinungen überlagert. Damals angestoßen vom amerikanischen Präsidenten Roland Reagan und beschleunigt vom Zusammenbruch des Staatssozialismus mit seinem COMECON ist ein bedrohlicher »Turbo-Kapitalismus« in Verbindung mit hektischen Kapitalverlagerungen, globalen Währungsspekulationen und oft ominösen Finanzderivaten entstanden. Im Zeichen der immer wieder angesprochenen Globalisierung, die ihre Übersteigerung im übrigen auch aus der mangelhaften Anlastung externer Kosten bei Personen- und Gütertransporten erfährt, kommt es zu Fusionen oder Megafusionen. Ihre Rasanz und Übertreibung in einer Art von kollektivem Rausch führt zu Unternehmenskomplexen, die den real möglichen Maßstabsvergrößerungen in Handel und Wirtschaft im Zuge der neuen Informations- und Kommunikationstechniken oft nicht entsprechen.

Der britisch-amerikanische Soziologe Richard Sennett hat die Auswirkungen der Exzesse eines Neo- oder besser Paläo-Liberalismus mit seinen übersteigerten Forderungen nach Flexibilität auf die Arbeitswelt und den einzelnen Menschen eindrucksvoll dargestellt, ähnlich wie er zuvor schon den Zerfall des öffentlichen Lebens in Verbindung mit dem Ausufern der Städte beschrieben hatte. In einer Zeit des Umbruchs und Aufbruchs ist Behutsamkeit und Rücksichtnahme kaum gefragt. Dafür ließe sich sogar ein gewisses Verständnis aufbringen. Doch besteht die Gefahr, dass sich diese Einstellung verfestigt, zu einem inneren und äußeren Wirtschaftsimperalismus ausweitet. Die Kluft zwischen Arm und Reich dehnt sich übermäßig aus, eine Polarisierung in der einst »formierten Gesellschaft«, so Ludwig Erhard, ist deutlich zu erkennen, und eine völlige Fragmentierung der Gesellschaft, quasi im Sinn eines Feudal- oder Kastenwesens, ist vorstellbar geworden.

## 2. Überlegungen zu Reformen, Rahmenbedingungen und Leitbildern

Manager aus Wirtschaft und Verwaltung suchen vermehrt in sogenannten Ethik-Seminaren nach übergeordneten Zielen und Anhaltspunkten für ihre Tätigkeit. Bemerkenswert ist, dass viele junge Leute einem Redner wie Pierre Bourdieu zuströmen, wie erst kürzlich wieder in Zürich und Berlin geschehen, um etwas aus einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »Gegenwelt« zu erfahren. Und es ist nur logisch, wenn sich eine Runde von Staatsmännern trifft, um über das Regieren im 21. Jahrhundert zu reden. Die Krawalle anlässlich von Welthandelsforen und Freihandelsrunden sind schon zur Regel geworden. Das völlig freie Spiel der Kräfte, einige Zeit als einzige Möglichkeit der »Regulierung« gesehen, ist trotz all der entstandenen Komplexitäten sicher nur unter ganz bestimmten Bedingungen angezeigt. Tatsächlich erscheint es nicht sinnvoll, die neuen Tendenzen amerikanischen Wirtschaftens in Europa einfach



Abb. 1: Geschäftigkeit gibt es in der Finanzmetropole Frankfurt, von urbanem Leben ist man aber recht weit entfernt. Besserung könnte eintreten, wenn die zahlreichen innerstädtischen Wohnbauprojekte, auch am West- und Osthafen, bezogen sind. (Foto: Helmut Fricke, F.A.Z., 05.09.2000).

zu übernehmen, so viel Reformbedarf in den einzelnen Ländern und in den jeweiligen Bereichen auch gegeben sein mag.

Ein Trend zur Globalisierung zahlreicher Vorgänge ist offensichtlich. Darüber sind aber die dringenden Aufgaben auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene nicht zu vergessen. Außerdem ist die europäische Einigung und die Verflechtung der ost- und westeuropäischen Länder eine Aufgabe von gewaltigem Ausmaß. Entsprechendes gilt für die sich öffnende Kluft zwischen West- und Ostdeutschland. Hier müssen auf absehbare Zeit Schwerpunkte unserer Aufmerksamkeit liegen.

Immer wieder tauchen im europäischen Einigungsprozess brisante wirtschaftliche Fragen auf. Daher muss man sich über eine Wirtschaftsordnung verständigen. Das kann hier und heute nur eine moderne Variante der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft sein. Eigentlich ist das selbstverständlich und wird auch in einem gewissen Maß bereits praktiziert. Nötig ist also eine Einigung auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstätigkeit, so wie es die Freiburger Schule unter Führung von Wilhelm Röpke bereits in den 50er Jahren gefordert hatte und wie es von der Politik anschließend umgesetzt wurde. Nur allzu bekannt ist, wie dann später die Anpassung der Rahmenbedingungen versäumt wurde, was vor allem zur Überforderung des Sozialsystems und zur Vernachlässigung der Natur- und Umweltaspekte führte. An den entstandenen »Defiziten« muss daher jetzt intensiv gearbeitet werden.

Es wurde dargelegt, dass sich die Wirtschaftstätigkeit in Europa nach eigenen Grundsätzen vollziehen sollte. Das gilt erst recht bei der Stadt- und Regionalentwicklung sowie bei der Raumordnung. Die dichte Besiedlung und die hoch entwickelte Wirtschaft zwingen einfach dazu. Nachhaltigkeit ist keine beliebige Forderung, sondern ein entscheidendes Kriterium für zahlreiche Tätigkeiten. Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Sicherung und Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit ist in den Kommunen und Regionen zu finden.

Das Beispiel der USA zeigt, wie rigoroses Wirtschaften ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Zusammenhänge auch und gerade zu erheblichen Zerstörungen der Städte im Sinn eines urbanen Umfeldes geführt hat. Hemmungslos haben dort die Automobil-, Mineralöl- und Straßenbauindustrien ihr Verkehrssystem durchgesetzt und das vorhandene System kommunaler, regionaler und nationaler Bahnen weitgehend zerstört. Jetzt ist es erforderlich geworden, wieder für einen Ausgleich zu sorgen und Bahnen auf bestimmten Strecken neu einzurichten, was aber vor allem wegen der entstandenen dispersen Siedlungsstruktur äußerst schwierig ist. Slums und Ghettos verfestigen sich auch dadurch, dass es für die Bewohner an Verkehrsverbindungen mit Bussen und Bahnen zu geeigneten Arbeitsplätzen in Stadt und Region fehlt.

Rasche Verfallserscheinungen in ganzen Wohngebieten, Stadtteilen oder gar Städten haben sich auch in britischen und französischen Städten ergeben. Anzeichen dafür sind nun auch vermehrt in deutschen Städten zu erkennen. Kaum ein Land ist dagegen gefeit, wenn in Anbetracht der erwähnten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Polarisierung nicht auch ein Rahmen für die Tätigkeiten im Raum gesetzt wird. Wenn Einkaufszentren, Fach- und Verbrauchermärkte, Großkinos oder Vergnügungs- und Unterhaltungskomplexe, neuerdings »Factory Outlet Centers«, nach Belieben außerhalb der Städte angelegt werden, kommt es zwangsläufig zu weit reichenden Erosionserscheinungen in den Städten. Schwindende Attraktivität beschleunigt die Abwanderung der Bevölkerung, die Schließung nicht ausgelasteter Schulen oder den Abbau sonstiger Anlagen und Einrichtungen der Infrastruktur. Mit dem Programm »Soziale Stadt« wird bei uns jetzt mit koordinierten Maßnahmen versucht, drohender oder eingetretener Erosion in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken.

### 3. Entwicklungspotentiale in den europäischen Städten und ihren Stadtteilen

Die europäischen Städte weisen durchweg eine besondere Siedlungsstruktur auf, die ihnen weltweit eine einmalige Position einräumt. Um die meist historisch geprägten Stadtkerne lagern sich zunächst die Stadtteile mit ihren Zentren, die im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden sind. Eine ähnlich markante Bautätigkeit hat es erst wieder mit den Großwohnsiedlungen in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gegeben, die allerdings oft noch keine ausgeprägten Zentren haben. Wären die auf der »grünen Wiese« entstandenen Einkaufszentren, sogenannte Büro-

Distribution of population and proposed centres in Prague

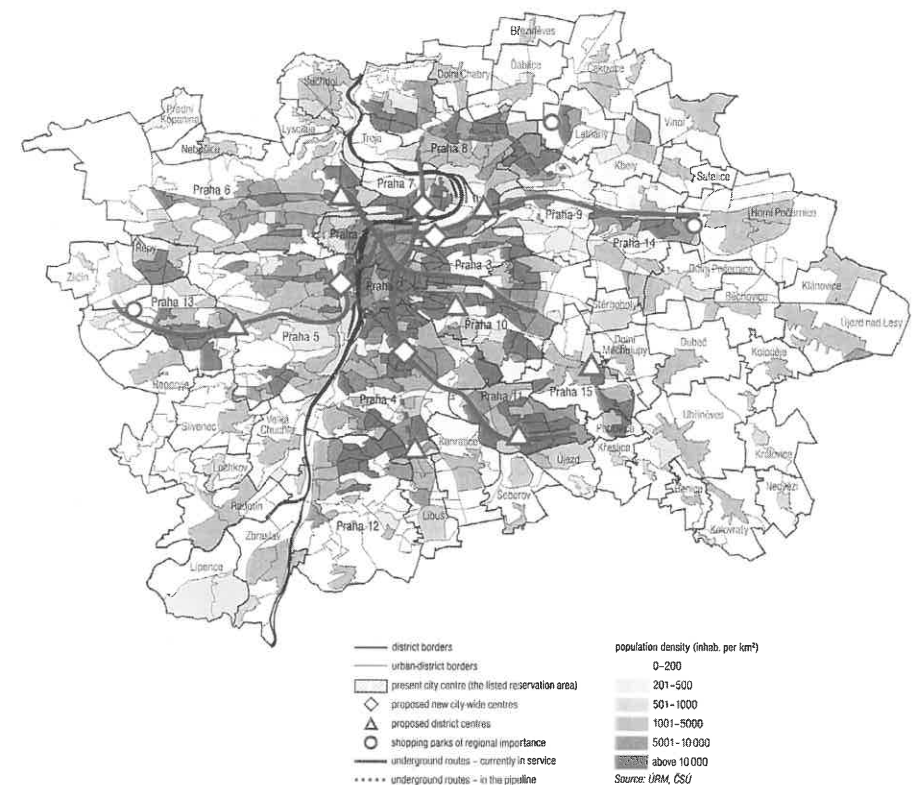


Abb. 2: Günstige Voraussetzungen gibt es in Prag wie in vielen europäischen Städten durch die Existenz markanter Stadtteilzentren rund um das historische Stadtzentrum. Politik und Verwaltung haben die dort liegenden Potenziale entdeckt. Städtischer Raum lässt sich auch hier durch das Recycling von Flächen erschließen. (Stadt Prag 2000, Strategic Plan for Prague).

städte, Hochschulen und Fachhochschulen etc. so weit wie möglich in diese Stadtteile integriert worden, käme es dort zumindest nicht zu so ausgeprägten Problemen. Auch das städtische Verkehrsaufkommen wäre nicht derart »explodiert«.

Trotz dieser Mängel sowie der gravierenden Prozesse von Sub- und Disurbanisierung ist noch immer die höchst interessante und entwicklungsfähige Siedlungsstruktur in den europäischen Städten zu erkennen: um den historisch geprägten Stadtkern die »alten« und die »neuen« Stadtteile mit ihren Zentren, ergänzt von weiteren Siedlungen. Die seit langem bestehenden Ausfallstraßen werden von Gleissträngen der Bahn, der Straßenbahnen oder der U- und S-Bahnen überlagert. Das mehrpolige städ-



Abb. 3: »Events« wie Marathonläufe ziehen Tausende von Läufern und ein Vielfaches von Zuschauern an. Sportveranstaltungen, Großkonzerte oder Stadtfeste wecken Interesse an der Stadt. Sie könnten den Boden für urbanes Leben bereiten. (Foto: Dieter Rüsche, F.A.Z., 30.05.2001).

tische Gebilde mit seiner Infrastruktur kann bei Bedarf erweitert werden, indem geeignete Wohnsiedlungen, Einkaufszentren oder Bürostädte mit ergänzenden Funktionen angereichert werden, so dass die aus vielen Gründen erforderliche und erwünschte Mischung der Lebensbereiche entsteht. Eine mehrpolige, gestufte und gegliederte polyzentrische Stadt mit Schwerpunkten verschiedener Art kann sich herausbilden bzw. als Ziel verfolgt werden.

Derzeit werden Erweiterungen am Rand der Städte aber meist gar nicht erforderlich sein, denn ganz bedeutende Flächen in den Städten sind im Zug des wirtschaftlichen Strukturwandels und der veränderten politischen Situation frei geworden: Industrie- und Gewerbeareale, Immobilien von Bahn und Post, Depots und Kasernen des Militärs, Häfen mit weiten Lagerhallen und Umschlaganlagen, um nur die wichtigsten Möglichkeiten städtischer Flächen- und Raumerschließung zu nennen.

Dieses Potenzial einer städtischen Renaissance sozusagen ist noch nicht voll in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen, da oft bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden waren, etwa die Reinigung vergifteter Böden. So gibt es nun außerordentliche Möglichkeiten, ganze Städte oder Stadtteile, auch wenn sie von Erosion und Verfall bedroht sind, zu beleben oder weiter zu entwickeln, denn vorzügliche Standorte werden nun in großer Zahl verfügbar. Dabei lässt sich die vorhandene Infrastruktur, von Kindergärten und Schulen aller Art über Bibliotheken und Schwimmbäder bis zu den Haltestellen und Knotenpunkten des Schienenverkehrs nutzen – statt einer aufwändigen Erstellung dieser Anlagen und Einrichtungen an anderen Plätzen. Mit weiterer Bebauung an diesen Punkten kann die Basis des wichtigen Schienenverkehrs gestärkt werden, so dass sich auch der auf immer stärkere Abwehr stoßende Straßenbau vermeiden lässt.

Im Zuge der Diskussion über Privatisierung und Deregulierung sowie schlanke Verwaltung und effizientes Management ist bisweilen auch die Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung als weitgehend entbehrlich angesehen worden. Selbst wenn man allen genannten Forderungen zustimmen könnte, ist hier ein Umkehrschluss erforderlich. Standorte für Zentren, die Führung von Verkehrswegen, die Lage der Infrastruktur oder die Nutzung von Flächen und Räumen für verschiedene Zwecke – das kann nicht dem »freien Spiel der Kräfte« überlassen werden. Hier sind politische Entscheidungen im Verbund mit Forschung, Planung und weitreichender Beteiligung erforderlich. Die schwierige, aber lohnende Aufgabe muss gelöst werden, Kontinuität und Flexibilität zugleich zu sichern.

Die Vorschläge einer »Deregulierung« für die Nutzungen im städtischen Raum reichen vom permanenten Anstückeln neuer Siedlungen bis zu den virtuellen Vorstellungen einer Selbstorganisation der Besiedlung. Doch allein der Bau eines Hochhauses oder eines Großbauwerks mit seiner bedeutenden Baumasse sowie seinen vielfältigen Konsequenzen und Implikationen lässt diese Vorstellungen rasch absurd werden. Die Idee einer »Zwischenstadt« gemäß den Vorstellungen des Städtebauers Tho-

mas Sieverts im Sinn einer Sanktionierung der Zersiedlung und der entstandenen Konurbationen kann dort bedingt zur Verbesserung der baulichen Verhältnisse nützlich sein, ist aber als Leitbild für Stadt und Region nicht akzeptabel. Damit würden die historischen Stadtkerne zu Museen, die Stadtteile mit ihren Zentren könnten nicht ausreichend belebt werden und die Wohn- und Gewerbezersiedlung erhalte erneut Auftrieb – gar nicht zu reden von den »Factory Outlet Centers« und anderen nicht-integrierten Aktivitäten, die das differenzierte, aber auch erweiterungsfähige Gefüge der städtischen Zentren weiter gefährden. Am Rand und im Umland von Berlin vor allem wird derzeit Anschauungsunterricht zu diesen FOC geboten.

Die Strukturen und Formen der historisch geprägten Stadtkerne sind bekannt. Die wichtige Raumerschließung ist hier insbesondere durch frei werdende Bahn-, Industrie- und Gewerbeflächen, aber auch durch die Überbauung ebenso wie durch die Absenkung von Gleissträngen und Gleisfeldern möglich. Wenig bekannt sind dagegen die Entwicklungspotentiale in den Stadtteilen. Es wurde bereits auf den meist reichlich verfügbaren Raum an interessanten Standorten hingewiesen. Handwerkshöfe, Gründerzentren und Gewerbeparks können sich dort niederlassen, um auch die Agglomerations- und Koppelungsvorteile der städtischen Zentren zu nutzen. Technologie- und Innovationszentren können das ebenso tun, ohne auf Synergien mit Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten verzichten zu müssen. Aber auch und gerade »Dienstleistungszentren« sowohl für haushalts- als auch für wirtschaftsorientierte Dienste und Leistungen könnten hier geeignete Standorte finden.

#### 4. Ein neues Interesse an der Stadt und an urbanem Leben

Nach einer tiefen Krise zeigt sich jetzt ein neues Interesse an den Städten, das auch schon in Investitionen des Handels, des Unterhaltungsgewerbes sowie in Büro- und Gewerbebauten Ausdruck findet. Pioniere sozusagen waren Marathonläufer, Radrennfahrer, Basketball- und Volleyballspieler, auch Antik-, Trödel- und Handwerksmärkte, ebenso Veranstaltungen wie die Love Parade in Berlin oder die Popkomm-Messe in Köln, die alle inmitten der Stadt präsent sein wollten und das Vakuum im öffentlichen Raum gefüllt haben. Gerade die »Popkomm« in Köln könnte wegweisend sein: Sie ist eine Messe für Musikalien, die von Pop-Konzerten nicht nur in der City, sondern auch auf vielen Plätzen und in zahlreichen Teilen der Stadt begleitet wird und über einige Tage ein Millionenpublikum vor allem von Jugendlichen anzieht. Ähnlich verteilen sich die Aktivitäten bei einigen Messen in dieser Stadt. Andere »Events« sind Museumsnächte, Flussuferfeste oder sogar Kirchentage, die nun im Ausland wie im Inland verstärkt Beachtung im städtischen Raum finden.

Bemerkenswert ist auch, dass der Begriff »City« in vielen Zusammenhängen fast schon mit Leidenschaft verwendet wird. Und bemerkenswert ist ebenfalls, dass in der entstandenen Ellenbogen- und Gewinnergesellschaft doch Interesse am persönlichen



Abb. 4: Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wird in Wien das Leben in der Stadt gefördert: vom innerstädtischen Wohnungsbau über das dichte Netz an Stadtbahnen bis hin zu Universitäten oder Verwaltungen über Gleisfeldern und Autobahnen. Aber auch an die Gründung von Märkten in Stadtteilen ist gedacht worden. (Magistrat der Stadt Wien, MA 18).

Gespräch in der Stadt und am Auftritt in der städtischen Öffentlichkeit besteht. Trotz aller Hektik gewinnt auch das Flanieren, Verweilen und Diskutieren allmählich wieder an Bedeutung. Und so wird es vorstellbar, dass nach dem von Richard Sennett beschriebenen »Fall of Public Man« wenn nicht eine Renaissance so doch eine Art von Innovation für urbanes Leben kommen wird.

Die Stufung, Gliederung und Spezialisierung der Zentren in der Stadt kann das alles erleichtern und fördern, ebenso wie der Stadtkern und die Stadtteile Identitäten schaffen und Identifikationen vermitteln können. Die öffentlichen Räume in den zahlreichen verschiedenen Zentren gilt es zu entdecken und zu gestalten. Sie können wesentlich dabei helfen, die Erscheinungen der »Massen- und Wohlstandsgesellschaft« zu gliedern, zu differenzieren und vielleicht auch zu humanisieren. Selbst für Horden von Jugendlichen können sie Lernorte für zivilisiertes Verhalten sein. Hier ist aber auch die Basis für viele Initiativen, von der Hilfe zur Selbsthilfe in problembelasteten Gebieten bis zur Gründung von Unternehmen im Mikrokosmos der örtlichen Ebene – um drohenden Erosionen und möglichen Ausgrenzungen zu begegnen. Das entbindet Land und Bund natürlich nicht von der Aufgabe, die weiter fortschreitende Polarisierung mit global wirkenden Maßnahmen einzudämmen.

Ohne Zweifel dürften die verschiedensten Entwicklungspotentiale im Ring der alten und neuen Stadtteile zu erschließen sein. Das gilt nicht nur unter wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten, sondern auch für die städtische Demokratie: In vielen Städten gibt es Bezirksparlamente und -verwaltungen oder ähnliche Institutionen; ihre Existenz bzw. Stärkung kann zur oft beschworenen Bürgernähe führen. Verfeinerungen über Bürgerbeteiligung und Bürgerbegehren sind hier möglich. Grundlagen für die Diskussion und das Gespräch sind in der Nachbarschaft nach dem Freundes- und Bekanntenkreis zu finden. Ohne diese persönliche Basis wäre der zu erwartende Einsatz elektronischer Informations- und Kommunikationsmittel sicher nicht sinnvoll.

Die Idee der Nachhaltigkeit, wie sie vor Jahren in Rio de Janeiro und in verschiedenen Folgekonferenzen gefordert und artikuliert worden ist, zielt in eine ähnliche Richtung: Reformen »von unten« zur Bewältigung anstehender Probleme in Ergänzung der meist recht schwerfällig vorankommenden Reformen »von oben«, zugleich die Festlegung auf Schonung der natürlichen Ressourcen sowie die Erweiterung der kurzfristigen um mittel- und langfristige Aspekte im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Handeln.

Die Städte können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Zur skizzierten Form der mehrpoligen, eventuell auch multizentrischen Stadt mit einer Beruhigung und Zivilisierung des städtischen Verkehrs gibt es zumindest in Europa keine Alternative. Es ist letztlich ein Leitbild der Kontinuität, die Orte, Bauten und Infrastruktur bewahrt, zugleich aber auch der Flexibilität, die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen Raum gibt, ohne dass der historische Kern zum Museum degradiert und die umgebende Landschaft vom baulichen Wachstum usurpiert wird. In diese gewandelten, funktionierenden und akzeptabel gestalteten Städte werden vielleicht auch die »Kosmopoliten« der Filmschauspieler, Rennfahrer, Profisportler und Steuereflüchtlinge zurückkehren wollen.

Das Prinzip der »dezentralen Konzentration« ist in den europäischen Städten bereits vorgeformt, und es wäre töricht, diese Kostbarkeit, die sich in Standorten, Schienensträngen oder Flächennutzungen niederschlägt, zu gefährden. Dieses Prinzip dürfte in Verbindung mit der »örtlichen Herrschaft«, das heißt der weitgehenden kommunalen Eigenständigkeit, in vielen Teilen der Welt auf Interesse stoßen, weil es Näherungen an ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Optimum in den Städten verspricht, auch und gerade in den aufschießenden und ausufernden Metropolen der Entwicklungsländer. Am »Modell« der Europäischen Stadt mit ihrer nie ganz untergegangenen Solidarität sollte schon aus eigenem Interesse praktisch und theoretisch intensiv weiter gearbeitet werden.

## Literatur

- H.-P. BAHRDT, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Neuauflage hrsg. von U. Herlyn, Opladen 1998; insbesondere S. 7 ff., 131 ff. und 167 ff.
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (HRSG.), Städte der Zukunft. Auf der Suche nach der Stadt von morgen. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau im Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Städtebau und Wohnungswesen. Selbstverlag Bonn 1999.
- R. CAMAGNI, »Der urbane Raum – Voraussetzung des ökonomischen Erfolgs«, Vortrag auf dem Kongress des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen; »Metropolen: Laboratorien der Moderne«, Vortrag im September 1999 in Bonn.
- P. HALL / U. PFEIFFER, URBAN 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte, Stuttgart/München 2000; insbes. S. 371 ff., S. 405 ff. und S. 422 ff.
- H. HÄUBERMANN / WALTER SIEBEL, Neue Urbanität, Frankfurt am Main 1987; insbes. S. 238 ff.
- S. FAINSTEIN / S. CAMPBELL (EDS.), Readings in Urban Theory, Cambridge/Mass. 1996.
- V. M. LAMPUGNANI, Die dauerhafte Seite. Wunschvorstellungen zur Stadt des telematischen Zeitalters, in: trans city. Die Stadt des 21. Jahrhunderts. Architekturzeitschrift an der Eidg. TH Zürich, Juni 1997.
- R. ROGERS / P. GUMUCHDJIAN, Cities for a small planet, London 1997.
- E. SALIN, Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte. Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Stuttgart 1960.
- S. SASSEN, Metropolen des Weltmarkts: die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt/New York 1996, insbes. S. 104 ff. und S.134 ff.
- H. SCHNEIDER, Stadtentwicklung als politischer Prozess, Opladen 1997.
- R. Sennett, The Fall of Public Man, New York 1977 (Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt 1983).
- R. SENNETT, The corrosion of character, New York 1998 (Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2000).
- R. SENNETT, Stadt ohne Gesellschaft, in: taz / MONDE diplomatique vom 16.2.2001.
- B. STRATMANN, Stadtentwicklung in globalen Zeiten. Lokale Strategien, städtische Lebensqualität und Globalisierung, Basel/Boston/Berlin 1999; insbes. S. 15 ff., S. 99ff. und S. 137 ff.
- H. TANK, Die Europäische Stadt. Wie ein Leitbild Entwicklungspotentiale erschließen kann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.8.1999.
- ZUKUNFTSKOMMISSION DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn 1998.

Burkhard Hofmeister

## Alte Bergbaustädte in Australien

### 1. Einleitung

Auf Grund der harschen Natur blieben weite Teile des australischen Kontinents bis in die Gegenwart hinein nahezu menschenleer und wirtschaftlich ungenutzt. Abgesehen von extensiver Viehhaltung auf riesigen, oftmals weit über 50.000 Hektar großen und in Australien ja nach der Bestockung »sheep stations« oder »cattle stations« genannten Betrieben, deren Existenz seit den 1880er Jahren durch die Erbohrung artesischen Wassers ermöglicht wurde, waren es vereinzelt Mineralienfunde, die ein paar meist sehr isolierte Bergwerkssiedlungen entstehen ließen.

Diese aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammenden Bergbauorte haben ein höchst unterschiedliches Schicksal erlitten, je nachdem wie schnell die Bodenschätze erschöpft waren und wie weit sie andere als bergwirtschaftliche Funktionen auf sich ziehen konnten.

Um diese unterschiedliche Entwicklung besser einschätzen zu können, wollen wir sie auf dem Hintergrund des von Gabriel definierten Konzepts der »boomstadt« betrachten. Gabriel stellte fünf Kriterien für die Boomstadt auf:<sup>1</sup>

1. Boomstädte pflegen in peripheren Grenzräumen zu liegen.
2. Sie sind von einer einzigen dominierenden Wirtschaftsaktivität abhängig.
3. Ihre Entwicklung wird von einem fernen Zentrum gesteuert.
4. Ihre Bausubstanz kennzeichnet der Gegensatz von Provisorien und Wildwuchs einerseits und einer Anzahl aufwendiger Prachtbauten andererseits.
5. Ihre Bevölkerungsentwicklung ist durch exzessive Aufschwungs- und Rezessionsphasen gekennzeichnet.

Wenn wir Australiens alte Bergbaustädte an diesen Kriterien messen, zeigt sich, dass die unter den Punkten eins bis vier genannten weitestgehend auf sie zutreffen. Es handelt sich in der Regel um isolierte Standorte im australischen »Outback« in relativ großer Entfernung von den bevölkerungsreichen Küstenregionen. Über längere Zeiten hinweg ist der Bergbau ihre einzige Wirtschaftsaktivität gewesen. Diese wurde von den Wirtschaftsunternehmen gesteuert, die in der jeweiligen einzelstaatlichen Hauptstadt ihren Verwaltungssitz hatten bzw. noch haben. Sie alle wuchsen spontan,

<sup>1</sup> M. Gabriel, Boomstädte. Ein prozessualer Stadttyp, erörtert an den Beispielen Fairbanks, Whitehorse und Yellowknife, Bamberger Geogr. Schriften. 9, Bamberg, Fach Geographie an der Universität Bamberg 1991.



Abb. 1: Bendigo (Victoria): die »Sprechende Straßenbahn«.

erlangten aus dem Nichts heraus Bevölkerungszahlen von mehreren Tausend bis zu mehreren Zehntausend, waren in der Anfangsphase Zeltstädte (»canvas towns«) und wandelten sich erst nach und nach zu Städten mit festen Bauten, wobei der von Gold und Silber herrührende Wohlstand die Entstehung zahlreicher Prachtbauten wie Luxushotels, Theater, Verwaltungsbauten, Bahnhofsgebäude etc. zuließ.

Kritisch dagegen ist das unter Punkt fünf genannte Kriterium der »exzessiven Aufschwungs- und Rezessionsphasen« zu sehen. Nicht jeder dieser Orte hat ein solches Auf und Ab der Bevölkerungsentwicklung erlebt. Vielmehr gibt es etliche alte Bergbaustädte, die es geschafft haben, durch die Akquisition anderer Funktionen weiter zu wachsen oder zumindest eine gewisse Einwohnerzahl zu halten, und andere, die ständig an Einwohnern verloren haben und zu Beinahe-Geisterstädten oder wirklichen Geisterstädten herabgesunken sind. Im Folgenden sollen diese Entwicklungen anhand ausgewählter Bergbaustädte aus dem 19. Jahrhundert nachgezeichnet werden.

### 2. Bendigo und Beechworth in Victoria

Bendigo war 1851 eine der ersten Fundstätten von Gold im Innern der Kolonie Victoria. Der 1853 von Melbourne aus dorthin gerichtete Postkutschendienst der Firma »Cobb & Co.Coaches« bewältigte die 160 km lange unwegsame Strecke durch den australischen Busch in 9 ½ Stunden. Ab 1864 gab es dann eine Eisenbahnverbindung



Abb. 1: Beechworth (Victoria): Plakette des National Trust am Gebäude des ehemaligen «Star Hotel».

mit der Melbourne Bendigo & Murray Railway bis zum Flusshafenort Echuca am Murray, dem damals mit 5.000 Einwohnern zweitgrößten Hafenort Australiens nach Melbourne.

Bendigo zählte um 1860 nach Angaben der »Commissioners' and Wardens' Reports 11.700 erwachsene Männer, was zur damaligen Zeit praktisch mit der Gesamtbevölkerung identisch gewesen sein dürfte.<sup>2</sup> Etwa die Hälfte, 6.000 Menschen, waren Chinesen. Noch heute zeugt ihr »joss house« von der chinesischen Volksgruppe, die inzwischen fast völlig aus dem Stadtbild verschwunden ist.

<sup>2</sup> Vgl. G. Serle, *The Golden Age: A history of the colony of Victoria 1851 – 1861*, Melbourne, 1977.

Die Gesamtzahl der Einwohner aber stieg kontinuierlich an, obwohl der Bergbau stark rückläufig war und die letzte Mine 1954 geschlossen wurde. Beim Zensus 1931 waren es rund 30.000, bei dem von 1991 rund 60.000 Einwohner. Die Bevölkerung Bendigos erreichte also nahezu das Sechsfache gegenüber dem Höhepunkt der Goldgräberzeit. Dazu haben mehrere Gunstfaktoren geführt.

Die Umgebung der Stadt entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem Gebiet relativ intensiver Landwirtschaft, für das Bendigo als zentraler Ort sowohl Dienstleistungszentrum als auch Standort agrarwirtschaftlich orientierter Betriebe wie Landmaschinenbau und Schlachthöfe wurde. Die Regierung gründete im Zweiten Weltkrieg eine Munitionsfabrik, die sich später auf zivile Produktion umstellte, und machte die Stadt zum Mittelpunkt der Nordwestregion innerhalb der Regionalplanungsgebiete Victorias.

Hinzu kommt das historische Erbe der Stadt. Aus der Frühzeit des Bergbaus haben sich eine »School of mines« als Abteilung des heutigen »College of Advanced Education« sowie eine Eisengießerei erhalten. Die Gebäude gehören neben vielen anderen wie dem Shamrock-Hotel zur historischen Bausubstanz, deren sich der National Trust (Victoria) denkmalpflegerisch angenommen hat.<sup>3</sup> Neben dieser Institution gibt es noch einen sehr rührigen örtlichen Bendigo Trust, der u. a. ein Schaubergwerk und eine »sprechende Straßenbahn« unterhält, die den Touristen während der Fahrt durch die Stadt Erklärungen vom Tonband bietet. Bendigo profitiert dabei von seiner relativen Nähe zu Melbourne, so dass der Tagestourismus für die Stadt eine bedeutende Rolle spielt.

Ganz anders gestaltete sich das Schicksal von Beechworth, dem weiter binnenwärts in Victoria gelegenen einstigen Mittelpunkt des Oven-Goldfeldes am Fuße der australischen Alpen. Zum Ende der Goldgräberdekade 1850 – 1860 zählte der Ort rund 8.000 Menschen, also etwa zwei Drittel der Einwohnerzahl Bendigos. Auch hier gab es eine bedeutende chinesische Volksgruppe, von der die »Chinese ceremonial burning towers« auf dem Friedhof zeugen, in denen die trauernden Angehörigen während stundenlanger Totenwachen ihre Speisen zubereiteten.

Die Einwohnerzahl von Beechworth sank ständig und ging bis auf 3.136 beim Zensus von 1991 zurück, also weit unter die Hälfte der Zahl zum Höhepunkt der Goldgräberzeit. Allenthalben sind Anzeichen des Schrumpfens zu beobachten, wobei ein gewisser Leerstand von Ladengeschäften selbst in den Häusern der Hauptstraße des Ortes auffällt. Mit einem Minimum an zentralörtlichen Funktionen konnte sich die Stadt über die Jahrzehnte hinweg noch einigermaßen über Wasser halten.

Dabei sind auch hier durchaus einige Gunstfaktoren gegeben. Die Stadt genießt einen hohen Freizeitwert mit dem malerischen Tal des Spring Creek in der bergigen

<sup>3</sup> Vgl. B. Hofmeister, *Denkmalpflege und Denkmalschutz in Australien*, in: *Die alte Stadt* 13 (2/1986), S. 81 – 98.



Abb. 3: Broken Hill (NSW): das »Palace Hotel«.

Umgebung am Rande der australischen Alpen. Der Ort selbst weist eine stattliche Zahl prachtvoller Bauten auf, die aus sogenannten »Beechworth marble«, einem honigfarbenen Granit der Umgebung, errichtet wurden. Einen ganzen Straßenzug nehmen die aus diesem Material gebauten Häuser ein: das Gerichtsgebäude, zwei Gold Warden's Office-Bauten, die heute von der Forstverwaltung, der Post, dem Verkehrsamt und einem Museum genutzt werden, das ehemalige Schatzamt, das den örtlichen Polizeiposten beherbergt, und das einstige Telegraphen- und heutige Vermessungsamt.

### 3. Broken Hill und Silverton in New South Wales

1883 entdeckte der deutschstämmige Feldaufseher (»boundary rider«) Charles Rasp am Rande der Barrier Range ein Erzvorkommen, das sich als die größte Silber-Blei-Zink-Lagerstätte Australiens erweisen sollte. Diese Fundstätte lag im äußersten Nordwesten der Kolonie New South Wales, rund 1.160 km von Sydney entfernt. Daher war die hier entstehende Siedlung von Anbeginn verkehrsmäßig auf das westlich benachbarte South Australien orientiert, ein Umstand, dem man noch heute damit Rechnung trägt, dass Broken Hill mit seiner Umgebung zur »Central Standard Time-Zone« von »South Australia« gehört.

Zur Zeit der Gründung der Föderation 1901 zählte Broken Hill rund 28.000 Einwohner und war damit die zweitgrößte Stadt von New South Wales hinter Sydney! Diese Bevölkerungszahl hat der Ort über dreiviertel Jahrhunderte einigermassen hal-



Abb. 4: Silverton (NSW): der Pub (»Silverton Hotel«).

ten können. Der Zensus von 1996 wies die etwas geringere Zahl von 23.263 Einwohnern aus.

Broken Hill lebt auch noch gegenwärtig vom Bergbau. Hinzu kommen sein reiches architektonisches Erbe und sein hoher Freizeitwert, der vor allem eine beachtliche Anzahl von Künstlern angelockt hat. Zur historischen Bausubstanz gehören das Rathaus, das Gerichtsgebäude, mehrere stattliche Hotels und Museen. Eine Anzahl von Kunstgalerien hat sich etabliert. Eine Attraktion besonderer Art ist das wenige Kilometer nördlich der Stadt gelegene »Living Desert«, ein durch Fußpfade und Picknickplätze erschlossenes, von Kängurus und anderen Tieren bewohntes hügeliges Gelände, das 1993 Schauplatz eines internationalen Skulpturensymposiums war, dessen Ergebnisse in Stein gehauen auf der Anhöhe zu besichtigen sind. 1969 erhielt Broken Hill Anschluss an die in Normalspur gebaute Transkontinentalbahn Sydney-Perth.

23 km nordwestlich von Broken Hill liegt die Geisterstadt Silverton. Zum Höhepunkt des Silberbergbaus 1885 lebten hier etwa 3.000 Menschen. Aber schon 1889 hatte Broken Hill mit seinen reichhaltigeren Funden eine solche Sogwirkung auf das benachbarte Silverton, dass dieses rasch verfiel. Heute gibt es hier keine vom Zensus erfasste Dauerbevölkerung mehr. Die meisten Häuser liegen als Ruinen da oder werden, sofern sie noch einigermaßen intakt sind, vom National Trust (New South Wales) geschützt.



Abb. 5:  
Kalgoorlie (W.A.):  
das Paddy  
Hannan-Denkmal.

Außer dem legendären Pub, einem kleinen Museum und ebenfalls zum Museum gestalteten ehemaligen Gefängnis haben sich in den 80er und 90er Jahren vier Galerien und die »Coin Carvery« von Andy Jenkins ansässig gemacht, dem einzigen Australier, der die Genehmigung der Regierung besitzt, aus noch im Umlauf befindlichen Münzen die Motive herauszusägen und sie als Schmuck zu verkaufen.

#### 4. Kalgoorlie und Coolgardie in Western Australia

Prospektoren, die von Perth aus ostwärts ins Landesinnere vordrangen, fanden 1887 bei Southern Cross Gold auf. Von hier aus unternahm sie bald Vorstöße weiter nach Osten und trafen 1892 bei Coolgardie, 1893 bei dem 40 km entfernten Kalgo-

orlie auf Nuggets. Hier war es der gebürtige Ire Patrick »Paddy« Hannan, dessen Denkmal in Kalgoorlies Hauptstraße ihn auf einem Felsblock sitzend mit seiner Wasserflasche in der Hand zeigt. Wasser war wertvoller als Gold, bevor die 1901 – 1903 vom Mundaring-Damm nahe Perth gebaute, 557 km lange Wasserleitung Kalgoorlie versorgen konnte.

Bald nach Paddy Hannans Fund stieß man ein paar Kilometer weiter südöstlich auf noch reichhaltigere Vorkommen. Da aber die Goldgräber nicht täglich den Weg von der Siedlung Kalgoorlie hierher zurücklegen wollten, errichteten sie ihre Zelte an der neuen Fundstätte, aus denen die Siedlung Boulder hervorging. Auf diese Weise entstand die Doppelstadt Kalgoorlie-Boulder, und der Bereich zwischen den beiden Ortskernen wurde seiner ergiebigen Ader wegen als die »Golden Mile« bekannt.

Die Entwicklung der Eastern Goldfields – von Perth aus gesehen lagen sie ja im Osten! – war besonders spektakulär, zählte Kalgoorlie doch im Jahre der Föderation 1901 rund 30.000 Einwohner, während die Hauptstadt Perth selbst kaum mehr als 36.000 Menschen aufzuweisen hatte. In der Folgezeit erfuhr die Bevölkerungszahl Kalgoorlies ein mehrfaches Auf und Ab, wie es am ehesten dem Konzept Gabriels von der Boomstadt entspricht: 1931: 11.000 Einwohner, 1954: 23.000 Einwohner; 1966: 19.900 Einwohner; 1971: 21.000 Einwohner; 1981: 19.800 Einwohner; 1991: 25.000 Einwohner.

In Kalgoorlie haben sich zwei Trends überlagert, nämlich einerseits Faktoren, die für die langfristige Stabilität von wirtschaftlicher Basis und Erwerbsmöglichkeiten der Menschen sorgten, andererseits die wechselhaften Rahmenbedingungen für den Goldbergbau mit entsprechenden zeitlichen Schwankungen. Stabilisierend wirkte der Umstand, dass in Kalgoorlie der Goldbergbau niemals gänzlich zum Erliegen gekommen ist. Hinzu kommt, dass Kalgoorlie die Funktion eines Oberzentrums für den Südosten des Staates Western Australia ausübt. Kalgoorlie ist eine der vierzehn Basen des »Royal Flying Doctor Service«. Die Stadt beherbergt Eisenbahnausbesserungswerke für die Transkontinentalbahn. Die noch wirksame Goldgräberatmosphäre, die von prachtvollen alten Hotels wie dem »Exchange Hotel« oder dem »British Arms Hotel«, das heute das »Golden Mile Museum« beherbergt, oder der »Loop line« von Boulder, einer Touristeneisenbahn, erzeugt wird, und die gute Anbindung an Perth sorgen für einen kontinuierlichen Touristenstrom.

Diesen Faktoren entgegen wirkten Konjunkturschwankungen des Goldbergbaus. Im Gefolge des Ersten Weltkrieges erfuhr dieser einen Niedergang und die Stadt Kalgoorlie eine Schrumpfung ihrer Einwohnerzahl auf wenig mehr als ein Drittel. Der Goldpreisanstieg am Ende der Weltwirtschaftsdepression brachte eine Erholung der Bergwirtschaft. Das 1948 von der Regierung aufgelegte Programm zur Subventionierung marginaler Minenstandorte verhalf der Stadt zu neuem Aufschwung und einem Bevölkerungsanstieg auf 23.000 im Jahre 1954. Der von 1954 bis 1976 wirksame »Goldmining Industries Assistance Act« verhinderte einen allzu starken Bevölke-



Abb. 6: Coolgardie (W.A.): der stillgelegte Bahnhof als Freilichtmuseum.

rungsrückgang, und die Einwohnerzahl der Stadt pendelte sich bei einer Größenordnung um 20.000 ein. Die neuerliche Reaktivierung des Goldbergbaus mit der in der sogenannten »Superpit« sichtbaren Strukturveränderung ließ die Einwohnerzahl bis 1991 wieder auf 25.000 anwachsen.

Dagegen erlitt das 40 km südwestlich gelegene Coolgardie einen schlimmen Abstieg. Das hier entdeckte Gold brachte einen Bevölkerungsboom von rund 16.000 Menschen binnen kürzester Zeit, aber ebenso rasch ging dieser Goldrausch zu Ende, als die Goldfunde von Kalgoorlie und Boulder gemacht wurden. Dem absoluten Niedergang konnte Coolgardie nur dadurch entgehen, dass die westaustralische Regierung, die eine schnelle Konsolidierung dieses Gebietes weitab von Perth anstrebte, den Ort zum Sitz der Bergbehörden erkor. Ungeachtet der von Kalgoorlie ausgehenden Sogwirkung errichtete die Regierung hier 1898 den »Wardens' Court«, der heute das Goldfields Museum beherbergt. Im selben Jahr eröffnete das vornehme »Denver City Hotel« seine Pforten. Schon 1896 war das repräsentative Stationsgebäude der Eastern Railways entstanden, die in jenem Jahr Kalgoorlie und Coolgardie mit der Hauptstadt Perth verbanden. Alle diese Repräsentationsbauten sind die Relikte einer kurzen Glanzzeit inmitten eines verfallenden und weitgehend verlassenem Ortes, der 1981 nur noch 643 Einwohner zählte.

1969 traf Coolgardie ein weiterer Schlag. Auf Drängen der »Broken Hill Proprietary Limited« wurde die Trasse der Transkontinentalbahn Perth-Sydney von Southern Cross aus in einem Bogen nach Norden geführt, um die Erzlagerstätte von Koolyanobbing anzubinden. Von dort aus wurde die Trasse dann direkt auf Kalgoorlie zu gelegt unter der Umgehung von Coolgardie, das damit seinen Bahnanschluss verlor und dessen Bahnhofsanlagen heute nur noch ein kleines Verkehrsmuseum darstellen.

Die jüngste Reaktivierung des Bergbaus brachte die Einwohnerzahl 1991 mit 1.063 wieder leicht über die statistische Untergrenze der australischen Stadt, die bei 1.000 Einwohnern liegt.

### 5. Schlussbetrachtung

Die hier angesprochenen Bergbaustädte des 19. Jahrhunderts, großenteils, aber nicht ausschließlich Goldbergbaustädte, stehen beispielhaft für zahlreiche andere, über den ganzen Kontinent Australien verstreute Bergbausiedlungen. Sie entsprechen weitgehend den von Gabriel für die »Boomstadt« aufgestellten Kriterien mit Ausnahme der von ihm postulierten exzessiven Aufschwungs- und Rezessionsphasen. Was nämlich ihre Bevölkerungsentwicklung betrifft, haben sie ein sehr unterschiedliches Schicksal gehabt, was die vorgestellten Beispiele belegen.

Bendigo (Victoria) steht für jene alten Bergbaustädte, die nach dem Niedergang der Bergwirtschaft durch Akquisition verschiedener Funktionen im Industrie- und Dienstleistungsbereich und einen auf Lagegunst basierenden umfangreichen Tourismus ihre Einwohnerzahl deutlich gegenüber der des Goldgräberzeitalters erhöhen konnten. Broken Hill (New South Wales) war immerhin in der Lage, seine Einwohnerzahl im Vergleich zur Anfangsphase des Bergbaus einigermaßen zu halten. Kalgoorlie (Western Australia) mit einem mehrfachen Auf und Ab seiner Einwohnerzahl entspricht am ehesten dem Konzept Gabriels von wiederholten Aufschwungs- und Rezessionsphasen.

Beechworth (Victoria) steht für solche Bergbaustädte, die zwar einen deutlichen Niedergang seit den Tagen des großen Bergbaus erlitten, sich aber über längere Zeiten hinweg mit einigen zentralörtlichen Funktionen auf einem wenn auch relativ niedrigen Niveau zu halten vermochten. Coolgardie (Western Australia) ist typisch für eine Beinahe-Geisterstadt, deren Überlebenschance lediglich in einem reaktivierten Bergbau und einer bescheidenen touristischen Attraktion besteht. Ihre Einwohnerzahl schwankt um die statistische Untergrenze der australischen Stadt. Am unteren Ende der Skala steht Silverton (New South Wales), das als echte Geisterstadt angesehen werden muss, wenn auch ein Pub, ein kleines Museum und ein paar Künstler diese einstige Bergbaustadt für Tagestouristen interessant machen.

## Literatur

- M. GABRIEL, Boomstädte. Ein prozessualer Stadttyp, erörtert an den Beispielen Fairbanks, Whitehorse und Yellowknife, Bamberger Geographische Schriften 9, Bamberg, Fach Geographie an der Universität Bamberg 1991.
- R. GROTZ, Der Outback Australiens (Problemräume der Welt 13), Köln 1990.
- B. HOFMEISTER, Denkmalschutz und Denkmalpflege in Australien, in: *Die Alte Stadt* 13 (2/1986), S. 81 – 98.
- DERS., Australia and its urban centres (Urbanisierung der Erde 6), Berlin/Stuttgart 1988.
- DERS., Australische Goldbergbaustädte – einst und jetzt, in: G. Stilz (Hrsg.), *Gold-Geld-Geltung. Ressourcen und Ziele der australischen Gesellschaft*, Tübingen 1997, S. 17 – 28.
- N.T. JARVIS, (HRSG.), *Western Australia: An atlas of human endeavour 1829 – 1979*, Perth 1979.
- G. SERLE, *The Golden Age: A history of the colony of Victoria 1851 – 1861*, Carlton, Melbourne University of Press 1977.
- F.W. WELLMER, Die Bergwirtschaft Australiens, in: *Glückauf* (1986) 122.1, S. 55 – 66.

Renate Keller

## Stadtentwicklung zum Beispiel:

*Freyburg (Unstrut) – der städtebaulich-landschaftsplanerische Wettbewerb »Marktplatz Freyburg« oder wieviel Grün braucht/verträgt die alte Stadt?*

Die Jahn- und Weinstadt Freyburg, im Burgenlandkreis an der Straße der Romanik, ist in die reizvolle Kulturlandschaft des Unstruttals eingebettet, umgeben von terrasierten Weinbergen mit barocken Mauern und Weinberghütten. Teile der historischen Stadtmauer mit ihren Wehrtürmen, die Zwillingstürme der Stadtkirche St. Marien, die nahezu vollständig erhaltenen mittelalterlichen Straßenzüge und enge Gassen prägen noch heute die Altstadt Freyburgs. Der im Zentrum der Altstadt liegende Marktplatz hat seine zentrale Bedeutung verloren und ist derzeit durch Durchgangsverkehr und ruhenden Verkehr geprägt, ebenso die westlich anschließende Steinstraße. Das östlich an den Marktplatz angrenzende Quartier ist städtebaulich-landschaftsplanerisch ungeordnet und ohne Verbindung zum Marktplatz.

Im September 2000 beschloss die Stadtverwaltung Freyburg, einen begrenzt offenen städtebaulich-landschaftsplanerischen Ideen- und Realisierungswettbewerb zur Neugestaltung des Marktplatzes auszuloben und das auf die Durchführung von Wettbewerben spezialisierte Büro Keller • Drehmann • Wenzel, Architektur & Städtebau GbR, Berlin-Weißenfels, mit der Vorbereitung, Durchführung und Koordination des Wettbewerbs zu beauftragen. Ziel des Wettbewerbs war die Neugestaltung des Marktes und der angrenzenden Stadträume als Grundlage für die Revitalisierung und die Stärkung der Altstadt. Die Neugestaltung des Marktplatzes soll bis Ende 2002 realisiert sein. Die Auftaktveranstaltung zur 800-Jahrfeier der Stadt Freyburg (Unstrut) wird im Frühjahr 2003 auf dem neuen Marktplatz stattfinden. Erster Höhepunkt der 800-Jahrfeier wird das Treffen der 34 europäischen Freistädte in der Europawoche (Mai/Juni 2003) in Freyburg sein.

## 1. Die Auftragsvergabe durch einen Wettbewerb

Die Stadtverwaltung Freyburg verschaffte sich bei der Auftragsvergabe durch den Wettbewerb eine gewisse Freiheit von ihren Abhängigkeiten. Sie band alle Planungsbeteiligten und Genehmigungsbehörden in einen klar definierten Abstimmungs- und Terminablauf ein. Gemeinsam mit dem beauftragten Büro und mit Fachleuten, Sachverständigen, Behörden und Geldgebern wurde ein anspruchsvoller Aufgabenkatalog entwickelt, der funktionale, wirtschaftliche, technische und gestalterische Kriterien bündelte.



Abb. 1: In die reizvolle Kulturlandschaft des Unstruttales eingebettet: die Jahn- und Weinstadt Freyburg.

Der Wettbewerb wurde als begrenzt offenes Verfahren mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren ausgelobt. 20 ausgeloste und fünf durch die Stadtverordnetenversammlung Freyburg ausgewählte Planungsbüros reichten Lösungsvorschläge zur Wettbewerbsaufgabe ein. Für die Bearbeitung der Aufgabe wurde die Zusammenarbeit von Architekten oder Stadtplanern mit Landschaftsarchitekten zwingend vorausgesetzt. Entsprechend setzte sich die Jury aus Architekten, Stadtplanern und Landschaftsarchitekten zusammen. Über den Vergleich der verschiedenen Lösungsansätze in wirtschaftlicher, funktionaler und städtebaulich-architektonischer Hinsicht wurde ein Vorschlag ausgewählt und dem Bauherrn zur weiteren Bearbeitung und Realisierung empfohlen, der den Absichten und Zielen der Kommune am effektivsten gerecht wurde. Die Präsentation der Wettbewerbsarbeiten in der Öffentlichkeit verschaffte der Stadt Freyburg eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Das so gewonnene architektonische Renommee führte gleich nach Abschluss des Wettbewerbs zu einer guten Presse, die im Wettbewerb der Kommunen einen Vermarktungsvorsprung bietet.

## 2. Situation und Planungsvorgaben des Wettbewerbs

1203 erstmals urkundlich erwähnt, erfuhr die Stadt Freyburg im 15. Jahrhundert weitreichende Veränderungen und entwickelte sich nach Norden über die gut ausgebaute Stadtbefestigung hinaus. Die Lage an der Handelsstraße *via regia* und die besonders günstige Voraussetzung für Weinbau sowie für Leinenweber, Tuchmacher und Töpfer bestimmten bis ins 19. Jahrhundert das wirtschaftliche Profil der Stadt. Bedingt durch die Enge zwischen Unstrut und den Berghängen blieb das Stadtbild bis dahin

weitgehend unverändert. Zahlreiche Brände vernichteten immer wieder große Bereiche der Freyburger Altstadt, die bis dahin jedoch stets wieder aufgebaut wurden.

Die nahezu vollständig erhaltenen mittelalterlichen, gitterförmigen Straßenzüge und engen Gassen sowie die wieder aufgebauten Bürgerhäuser des 18. und 19. Jahrhunderts, die Zwillingstürme der Stadtkirche St. Marien und Teile der Stadtmauer mit ihren Wehrtürmen bestimmen noch heute das Bild der Freyburger Altstadt. Die Reste der Stadtmauer, aus heimischem Muschelkalk errichtet, gehören zu den bedeutendsten Zeugnissen mittelalterlicher Stadtbefestigungen in Mitteldeutschland. Das Stadtzentrum von Freyburg ist gem. § 2 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt als archäologisches Flächendenkmal ausgewiesen. Das Stadtbild wird darüber hinaus landschaftlich stark geprägt durch die terrassierten Weinberge mit ihren Weinberghütten und Trockenmauern, die überwiegend aus heimischem Muschelkalk und Sandstein errichtet sind. Im Osten reichen die Weinbergterrassen des Schlifterberges bis an die Altstadt heran. Der Schlifterberg mit seinen weitgehend erhaltenen Trockenmauern und seinem charakteristischen Winzerhaus gilt als ein besonderes Zeugnis der Weinbaukultur an Saale und Unstrut und steht unter Denkmalschutz.

Freyburg, die heimliche Weinhauptstadt Sachsen-Anhalts, hat heute rund 4.700 Einwohner. Die traditionelle Rotkäppchen-Sektkellerei und die Winzervereinigung der Stadt schufen in den letzten Jahren eine stabile Basis für die Erzeugung und den Absatz spezifischer, regionaltypischer Produkte. Die Rotkäppchen-Sektkellerei, die sich hoch über der Stadt erhebende Neuenburg und die kulturhistorisch wertvollen Jahn-Gedenkstätten sind touristische Anziehungspunkte der Stadt Freyburg, des Alterssitzes von Turnvater Friedrich Ludwig Jahn.

Das engere Wettbewerbsgebiet (»Realisierungsteil«) erstreckt sich über den Marktplatz und den östlichen Abschnitt der Steinstraße zwischen Markt und Breite Straße, der eine stadträumliche Erweiterung des Marktplatzes bildet. Der Marktplatz war seit dem Mittelalter Zentrum von Handel, Verkehr und öffentlichem Leben. Schon bald errichtete das durch Handel und Gewerbe erstarkte Bürgertum um den Marktplatz stattliche Gebäude. Seit dem 16. Jahrhundert begannen die Kaufleute in den Häusern am Markt ihre Ware zu verkaufen, die ersten Kaufhäuser entstanden. Neben der ersten Apotheke Freyburgs (1716) finden sich um den Marktplatz weitere sehenswerte Bürgerhäuser, die überwiegend in der Barockzeit entstanden sind. 1482 wurde auf dem Marktplatz der erste Brunnen gegraben. Daneben schmückte in der Zeit von 1774 bis 1948 das Reiterstandbild des Herzogs Christian von Sachsen-Weißfels den Platz. Heute ist der Marktplatz der bedeutendste öffentliche Platz der Stadt Freyburg. Er wurde in den letzten Jahrzehnten jedoch seiner Bedeutung für das städtische Leben immer wenig gerecht. Im Alltag wird der Marktplatz durch den Autoverkehr geprägt. Der diagonal darüber geleitete Durchgangsverkehr belastet den Platz ebenso wie die westlich anschließende Steinstraße. Nach der Fertigstellung der Ortsumgehung Freyburg kann die Altstadt mittelfristig vom Durchgangsverkehr befreit werden.



Abb. 2: Freyburg ist landschaftlich stark geprägt durch die terrassierten Weinberge mit ihren Weinberg-hütten und Trockenmauern: Der Schweigenberg ist ein besonders beeindruckendes Beispiel.

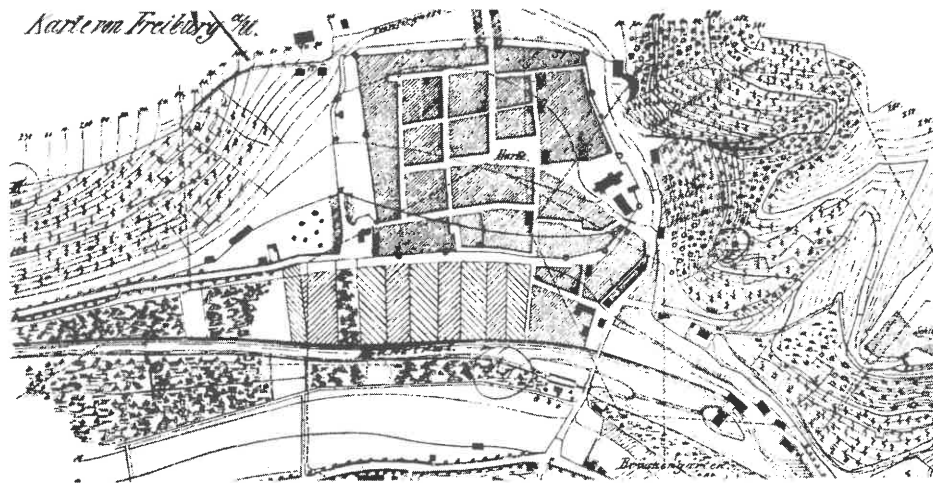


Abb. 3: Die nahezu vollständig erhaltenen mittelalterlichen, gitterförmigen Straßenzüge bestimmen noch heute den Stadtgrundriss: Karte von Freyburg aus dem Jahre 1867.

Der Raum des Marktes und die Steinstraße sind durch eine geschlossene zwei- bis dreigeschossige Bebauung mit hohen Dächern geprägt. Die Gebäude sind derzeit zu ca. 30% saniert. Der Platz hat eine Fläche von rund 3.000 qm. Das Gelände fällt von der Nordost-Ecke in südwestliche bzw. westliche Richtung um ca. 2,8 m ab. Die drei an der Ostseite des Marktes stehenden, ca. 15 m hohen Ahornbäume, die in den 20er

Jahren des 20. Jahrhunderts gepflanzt wurden, zeigen ein offenbar irreparables Schadensbild. An der Süd- und Nordseite des Marktplatzes standen um die Jahrhundertwende Bäume, die jedoch schon längst gefällt wurden. Der Marktplatz wird für einen Wochenmarkt, aber auch alljährlich für zahlreiche Großveranstaltungen genutzt. Am 2. Septemberwochenende zieht es jährlich rund 30.000 Besucher zum überregional bedeutenden Winzerfest in die Stadt.

Der Kirchplatz und die östlich an den Marktplatz angrenzenden Quartiere »Rathaushof« und »Kochs Hof«, die derzeit städtebaulich-landschaftsplanerisch ungeordnet und ohne Verbindung zum Marktplatz stehen, waren als »Ideenteil« Bestandteil des Wettbewerbs. Der Kirchplatz dient zur Zeit als Besucherstellplatz. Drei Ahornbäumen und eine alte Eiche, die als ortsbildprägend eingestuft werden, schmücken den Platz. Der »Rathaushof« wird als Parkplatz für die Stadtverwaltung genutzt. Der Hofraum des Quartiers »Kochs Hof« bietet Anwohner-Stellplätze und einen Kinder-spielplatz.

### 3. Wettbewerbsaufgabe

Aufgabe des städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerbs war die Rückführung des Marktplatzes in seine ursprüngliche Funktion mit Einbindung der Steinstraße und die städtebaulich-landschaftsplanerische Aufwertung des östlich des Marktplatzes angrenzenden Quartiers, das einerseits der Entlastung des Marktplatzes von ruhendem Verkehr dienen, andererseits in den städtebaulichen Kontext der Altstadt eingegliedert werden sollte. Von den Teilnehmern des Wettbewerbs wurde ein Entwurf erwartet, der die Identität der Freyburger Altstadt durch eine Gestaltung des öffentlichen Raumes von höchster Qualität betont. Dabei war der Aspekt des Freyburger Stadtbildes als Kulturdenkmal besonders zu berücksichtigen. Städtebauliches Ziel war es, die Altstadt für den Fußgänger attraktiv zu gestalten, um einen Ort zum Flanieren, Verweilen, Kommunizieren und Einkaufen zu schaffen. Es sollten städtebaulich verträgliche Stellplätze angeboten werden, die dem Besucher die Möglichkeit eröffnen, auf kurzem Weg den Erlebnisraum Altstadt zu erreichen. Der Auslober erwartete Lösungsvorschläge, die ein wesentliches Entwicklungsziel der Stadt, die Stärkung und Ausbildung einer Hauptgeschäftszone am Marktplatz wie in der Steinstraße, vorrangig berücksichtigen. Der Platz sollte so gestaltet werden, dass ohne weiteres Großveranstaltungen, wie z. B. das traditionelle Winzerfest, durchgeführt werden können.

Das weitere Wettbewerbsgebiet mit seinen zahlreichen historischen bedeutsamen Bauwerken sollte in Verknüpfung mit dem Markt in einen stadträumlich attraktiven Stadtpaziergang eingebunden werden. Der Bereich Kochs Hof/Rathaushof sollte stadträumlich verträgliche Stellplätze (ca. 200) für Bewohner und Besucher ausweisen und Lösungsmöglichkeiten für die Aufwertung und stadträumliche Einbindung des Quar-



Abb. 4: Der vom Durchgangsverkehr geplagte Marktplatz wurde in den letzten Jahrzehnten seiner Bedeutung für das städtische Leben immer weniger gerecht.

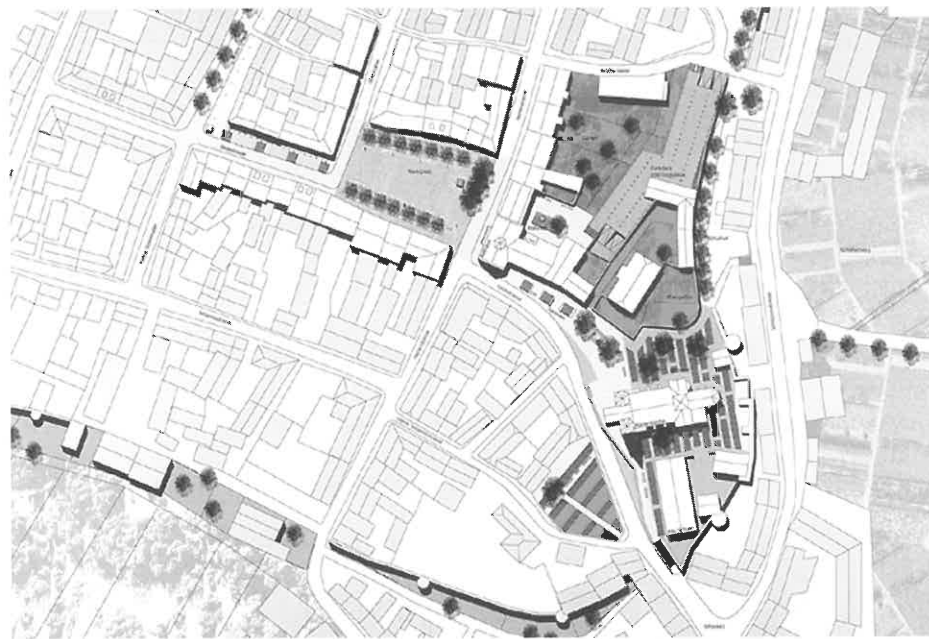


Abb. 5: »Toskana des Nordens« als gestalterisches Ziel (erster Preis: B.A.S. Kopperschmidt + Moczala, Architekten, Weimar / Landschaftsarchitekten Levin Monsigny, Berlin)

tiers anbieten. Die derzeit eher »steinerne« Stadt sollte durch Grünanpflanzungen/Grünflächen aufgewertet werden. Das Thema »Wasser« sollte in Anlehnung an die Tradition der Brunnenanlagen als Gestaltungselement in das Entwurfskonzept integriert werden.

Der neue Marktplatz soll die Aufenthaltsqualität in der Altstadt verbessern und ein erstrangiger touristischer Anziehungspunkt werden. Die Realisierung des Wettbewerbes »Marktplatz und Steinstraße« soll in der Stadt Zeichen setzen und die Investitionsbereitschaft privater Anlieger und Investoren steigern.

#### 4. Wettbewerbsergebnis

Die eingereichten Wettbewerbsbeiträge zeigen ein buntes Spektrum städtebaulicher Vorschläge. Neben der Gestaltung durch Material bzw. Materialwechsel, durch Baumpflanzungen, durch fest eingebaute Objekte/Stadtmöbel wurde die Aufnahme der vorhandenen Topographie Schwerpunkt der verschiedenen Entwurfskonzepte. Nur durch die präzise Ausarbeitung der 25 Lösungsvorschläge wurde die Jury in die Lage versetzt, in intensiven und kontroversen Diskussionen die Gegensätze und Unterschiede der Lösungsvorschläge abzuwägen und die Planung zu finden, die den gestalterischen, funktionalen und wirtschaftlichen Anforderungen der Wettbewerbsaufgabe am weitesten gerecht wird.

Der erste Preis ging an das Büro B.A.S. Kopperschmidt + Moczala, Architekten, Weimar, mit den Landschaftsarchitekten Levin Monsigny, Berlin. Die Verfasser betrachten den »Ideenteil« als grüne Fuge zwischen der urbanen Seite des Stadtkerns und der landschaftlichen Seite des Weinberges. Die ungestalteten Freiflächen dieses Areals werden zu definierten privaten Grünflächen wie Mietergärten bzw. Pfarrgärten und zu öffentlichen Grünbereichen wie Rathaus Hof und Kirchplatz. In einem zweigeschossigen Parkdeck, das aus massivem Bruchstein den grünen Hofbereich nach Westen abschließt, werden ca. 100 Stellplätze angeboten. Der Kirchplatz soll durch ein Geflecht von niedrigen, linearen Buchsbaumhecken und Kieswegen den kontemplativen Charakter des Ortes unterstreichen und an die historische Nutzung als Friedhof erinnern. Bei der Gestaltung des Marktplatzes wird der Anspruch der Freyburger Landschaft, als »Toskana des Nordens« zu gelten, als gestalterisches Ziel aufgenommen. Markierte Aufenthaltsbereiche heben sich durch großformatige Sandsteinplatten vom durchgehenden Kleinsteinpflaster ab und gliedern den Platz. Ein Baumdach aus geometrisch geschnittenen Platanen kennzeichnet die Aufenthaltsbereiche. Die Entwurfsverfasser greifen einerseits bewusst auf historische Vorgaben zurück, andererseits beziehen sie sich durch den Pflanzenschnitt auf das ortstypische Element der gebauten künstlichen Landschaft mit Verweis auf den Weinbau, der durch Terrassierung und Rankgerüste das Stadtbild Freiburgs prägt. Die Baumdächer bilden einen gegliederten Raum für den geschützten Aufenthalt, das Beobach-



Abb. 6: Gliederung durch strenge Anordnung von Baumdächern: Blick über den Marktplatz auf das Rathaus (erster Preis).

ten und Kommunizieren. Die Steinstraße wird durch den Oberflächenbelag optisch mit dem Marktplatz zusammengeführt. Eine großzügige Passage verbindet die beiden Stadträume Marktplatz und Rathaushof/Kochs Hof.

Der zweite Preis ging an das Planungsbüro Krafft-Wehberg, Berlin, mit WES & Partner, Landschaftsarchitekten aus Hamburg. Im Quartiersinneren des Ideenbereiches werden auf einer wassergebundenen Decke rund 100 Stellplätze angeboten. Entlang des Schulgrundstücks wird der Bereich durch eine baumgesäumte doppelte Stellplatzreihe begrenzt. Marktplatz und Steinplatz werden einheitlich mit Granit-Kleinsteinpflaster belegt, das von Fassade zu Fassade geführt wird. Granithochborde rahmen und schützen die Vorbereiche der Gebäude. Die Proportionen und Dimensionen der historisch gewachsene Bebauung werden als dem Ort angemessen betrachtet und benötigen laut Entwurfsverfasser keine räumliche Fassung. Die Fassaden sollen nicht hinter Bäumen versteckt werden, sondern durch Blumenkästen und durch das ortstypische Motiv »Wein« in Szene gesetzt werden. Der Entwurf basiert auf der Idee, dass die steinerne Stadt mit ihrem Marktplatz mit reduziertem Grün Offenheit und einen spannenden Kontrast zur großzügigen Landschaft bietet und diese über seine Ausblicke in Szene setzt. Diesen Gedanken unterstützend wird am Hochpunkt des Platzes ein Holzpodest als Ort zum Treffen und Verweilen angeboten. Ein Ort, der einen freien Blick über den Marktplatz und in die Steinstraße in die Landschaft des Schweigenbergs bietet. Die horizontale Holzplattform schwebt bis zu ca. 60 cm über dem Platz und betont die nach Westen abfallende Topographie. Das Reiterstandbild Herzog Christians soll wieder aufgestellt werden. Der Entwurf, der in seiner puristischen Art die Jury überzeugte, bietet eine für unterschiedliche Nutzungen flexible und für künftige Veränderungen offene Lösung.

Neben dem dritten Preis (Herwarth + Holz, Stadtplaner Berlin in Zusammenarbeit mit Landschaft Planen und Bauen, Berlin) und dem 4. Preis (Noack + Partner, Archi-

Abb. 7: Marktplatz und Steinplatz werden einheitlich mit Granit-Kleinsteinpflaster belegt, das von Fassade zu Fassade geführt wird (zweiter Preis: Planungsbüro Krafft-Wehberg, Berlin / WES & Partner, Landschaftsarchitekten, Hamburg).



tekten, Dresden in Zusammenarbeit mit Noack, Landschaftsarchitekten, Dresden) wurden noch drei Wettbewerbsbeiträge angekauft.

Die Arbeit des Architekturbüros Walter Landherr, München, mit der Landschaftsarchitektin Barbara Weihs, München, (Ankaufgruppe) hob sich durch das überzeugende Grünkonzept ab. Ziel des Entwurfes war es, dem Stadtraum mit einfachen Mitteln einen Zusammenhalt zu geben. Für die Entwurfsverfasser lebt die Stadt von der reizvollen Freiraumabfolge unterschiedlicher Straßen und Plätze. Reihen aus kleinkronigen Apfelbäumen verknüpfen die zentralen Freiräume der Stadt, Wegeverbindungen leiten aus der Stadt in die Landschaftskulisse. Im Quartier Kochs Hof/Rathaushof wird der für Freyburg untypische weite Innenbereich in unterschiedliche Höfe gegliedert. Großbäume unterstützen die Gliederung des Quartiers. Ein neues Wohngebäude setzt den Wohnhof vom Parkhof ab und gibt dem Rathaushof eine



Abb. 8: Eine Gliederung des historischen Raumes durch Bäume ist nach Ansicht des zweiten Preisträgers weder sinnvoll noch notwendig: Blick über den Marktplatz auf den Schweigenberg (zweiter Preis).

Raumkante. Die Kirche wird von einem grünen Schotterrasen umgeben, Gehbänder betonen Eingänge und wichtige Wegeverbindungen.

Der Marktplatz als »aktive Mitte der Stadt« ist betont städtisch und steinern gehalten und entwickelt laut Verfasser seine Identität aus der Kombination der historischen Baustruktur und den sparsam verwendeten Freiraumelementen. Neben den Apfelbäumen an der schattigen Nordseite der platzbegrenzenden Gebäude bilden vier großkronige Bäume einen neuen Schwerpunkt auf der westlichen Platzseite. Die Bäume im Osten und Westen dienen als schattige Aufenthaltsbereiche und der Abschirmung des Fahrverkehrs. Ein Brunnen aus Muschelkalk soll als schlichter Marktbrunnen die Aufenthaltsqualität unter den Bäumen unterstützen. Hellgrau-beiges Kleinpflaster, in Bogen verlegt, definiert den gesamten Platz einschließlich der Steinstraße. Großformatige, helle, feingesandete Betonplatten sind als Gehbahnen in die Fläche gelegt, die den Fußgänger durch die Stadt leiten. Das Entwurfskonzept sieht weiterhin vor, die Plätze im Stadtraum Freyburgs entsprechend ihrer Bedeutung und ihrem Charakter mit einem zusätzlichen Material zu gestalten. Der Marktplatz erhält die eingestreute »Olympiamastixdecke«, ein in Bayern verbreiteter Bodenbelag, der die hohe Funktionalität einer flächig einbaubaren Asphaltdecke mit dem optischen Reiz und dem zurückhaltenden Charme einer Kiesdecke verbindet. Ihr regionales Gepräge erhält die Oberfläche durch die Wahl des oberflächlich heiß eingestreuten Materials. Der Münchner Wettbewerb wurde in der Jury lange diskutiert und für die Preisgruppe favorisiert. Doch der vorgeschlagene Einsatz moderner Baumaterialien, wie großformatige Betonsteinplatten und Olympiamastix, entspricht nach Einschätzung der Jury nicht dem Bild einer typischen Altstadt und erschwert die wünschenswerte Einbindung regionaler Baufirmen.

##### 5. Wieviel Grün braucht/verträgt die alte Stadt?

Die Antworten der vorgestellten Preisträger waren sehr unterschiedlich. Der erste Preis gliedert den Stadtraum durch die strenge Anordnung von Baumdächern. Für den zweiten Preisträger ist eine Gliederung des historischen Raumes durch Bäume weder sinnvoll noch notwendig. Er stellt die Fassaden frei und überspannt den Raum mit einem einheitlichen, bis zu den aufgehenden Wänden durchgehenden Bodenbelag. Die Arbeit der Ankaufgruppe plädiert für eine durch Bäume vermittelte Abfolge von Stadt- und Landschaftsräumen.



Abb. 9.: Eine durch Bäume vermittelte Abfolge von Stadt- und Landschaftsräumen (Ankauf: Walter Landherr, Architekt, München / Landschaftsarchitektin Barbara Weihs, München).

##### Zusammensetzung des Preisgerichts:

Stimmberechtigte Fachpreisrichter: Prof. Dr. Harald Bodenschatz, Stadtplaner, Berlin; Michael Bräuer, Architekt, Rostock; Dr. Ing. Rolf Eckerlin, Architekt, Wernigerode; Dr. Rüdiger Kirsten, Landschaftsarchitekt, Erfurt.

Stellvertretende Fachpreisrichterinnen: Heike Roos, Landschaftsarchitektin, Denstedt (ständig anwesend); Christina Jerx, Architektin, Quedlinburg. Sachpreisrichter: Martin Bertling, Bürgermeister Freyburg (Unstrut); Astrid Weide, Stadtverwaltung Freyburg (Unstrut), Bauamt AL; Frank Bartel, Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt.

Stellvertretende Sachpreisrichter: Bernd Schertling, Stellv. Bauamtsleiter Freyburg (Unstrut); Detlef Förste, Stadtratsvorsitzender Freyburg (Unstrut).

Fritz Stuber

## Stadtentwicklung zum Beispiel:

### *Harar in Äthiopien – Hoffnungslosigkeit und Chancen der Stadterhaltung<sup>1</sup>*

#### 1. Einführung

Die Harari sind Adere, eine semitische Ethnie von weltweit einigen zehntausend Leuten, von denen heute ungefähr die Hälfte in Harar und viele in Addis Abeba leben. Das Harari ist eine semitische Sprache südarabischen Ursprungs. Es wird nicht mehr geschrieben.<sup>2</sup> Als zwischen dem 10. und 12. Jh. n. Chr. die muslimischen Sultanate am Roten Meer entstanden, wurde Harar eine von deren bedeutendsten Stützen. Die Stadt liegt an einem landschaftlich fruchtbaren, sehr schönen und klimatisch günstigen Ort im Südosten des Landes, auf ca. 1.850 m ü.M., am Ostrand des äthiopischen Hochlandes zwischen zwei Armen des Erer-Flusses und 17 km südlich des Alemaya-Sees (Abb. 1). Die Gegend weist ein sehr angenehmes Klima mit frischer Höhenluft und ohne große Temperaturschwankungen auf, mit ca. 90 Regentagen pro Jahr in konzentrierter Folge, von manchmal boden- und in jüngster Zeit, wegen mangelndem Unterhalt, auch baukulturzerstörender Intensität (Abb. 2).

Das neue Äthiopien mit ungefähr 65 Mio. Einwohnern wurde 1992/93 und seither aufgrund ethnischer Prinzipien in neun Regionen aufgeteilt. Sie haben weitgehende Autonomie. Die Adere leben in der winzigen Harari-Region mit ca. 160.000 Einwohnern als Minderheit von ca. 30.000 in Bedrängnis. Ihre Region wird von der sehr großen Region Oromiya umschlungen, mit ca. 23 Mio. Einwohnern eine Hauptethnie.<sup>3</sup>

Landwirtschaftlich und landschaftlich traten in den letzten Jahrzehnten zwei tragische Veränderungen in Erscheinung. 1. Der zunehmende und immer weiter verbreitete Anbau von Khat (*Catha edulis*), ein weiches Rauschmittel, zum Teil auf Kosten und unter Vernachlässigung anderer landwirtschaftlicher Produkte.<sup>4</sup> Khat ist sehr ge-



Abb. 1: Harars Altstadt von Südwesten, 1987 (Foto: F. Stuber).

fragt und profitabel.<sup>5</sup> 2. Mitte der 80er Jahre gab es in Äthiopien nur noch 3,5% Wald, während es Ende des letzten Jahrhunderts noch 40% gegeben haben soll. Dies führte u. a. zu Klimaveränderungen und zum Teil dramatischen Situationen beim Feuerholz, nicht zu reden von Bauholz. Die Frauen gehen stundenlang zu Fuß, um Holz zum Backen und Kochen zu finden. Alternativen sind für die meisten unerschwinglich.

Ananas, Erdbeeren, Blumenkohl, Bananen, Obst, Kartoffeln, Kraut, Bohnen, Erbsen, Mais, Weizen, Salat, Gurken, Oliven, Rizinus, Orangen, Mandarinen, Pfirsichen, Kaffee usw.; vgl. auch A. Alula, Studien zur jüngeren Entwicklung der Kulturlandschaft im Hochland von Harar, Diss. Bonn 1989.

<sup>5</sup> Khat ist eine baumartige Pflanze, die bis zu 20 m hoch werden kann, mit Arten, die schädliche Nebenwirkungen verursachen. Während der Genuss von Khat früher Auserwählten und Gelehrten des Islam vorbehalten blieb, hat sich der weit verbreitete Konsum inzwischen zu einem ernsthaften Volksproblem entwickelt, da es süchtig machen kann. Ursprünglich wurde aus den Blättern ein Aufguss gemacht und getrunken. Später wurde das Khatkauen bei Männern und Frauen allgemein beliebt und vorwiegend in Gemeinschaft konsumiert. Bei gezieltem Einsatz soll es zu erhöhter Konzentration führen. Khat soll ursprünglich aus diesem Gebiet stammen, ist jedoch im islamischen Ostäthiopien weit verbreitet und wird inzwischen von allen Ethnien konsumiert. Da es nur frisch genossen werden kann, blüht der Export zu Höchstpreisen; vgl. A. Schopen, Das Qat in Jemen, in: G. Volger (Hrsg.), Rausch und Realität: Drogen im Kulturvergleich, Köln 1981, S. 496 ff.

<sup>1</sup> Kurzfassung: F. Stuber, Harar den Harari: Hoffnungslosigkeit und Chancen der Stadterhaltung am Beispiel Harar in Äthiopien, in: Basler Magazin der Basler Zeitung 25 (1997), S. 12 – 15; F. Stuber, Master Plan for the Safeguarding of the Historic Town of Harar, 1988 (Mission Report) und UNESCO, Paris 1989 (Assignment Report).

<sup>2</sup> W. Leslau, Etymological Dictionary of Harari, 1963 und Ethiopians Speak, I. Harari, 1965; beide Berkeley/Los Angeles.

<sup>3</sup> Die Einwohnerzahlen für Land und Regionen beruhen auf Bevölkerungsprojektionen für 2001 der Ethiopian Central Statistical Authority; die Anzahl Harari ist meine Schätzung für 2001.

<sup>4</sup> Bei guter Bewässerung würde in diesem Gebiet vieles wachsen. Manche frühen Berichtler schwärmten von der paradisischen Vegetation mit Mimosen, Kaktushecken, Zitronen, Melonen,

## 2. Stadtentwicklung<sup>6</sup>

Die rundum mit einer Mauer befestigte historische Stadt Harar liegt windgeschützt auf einer Felsanhöhe und fällt nach Südosten ab (Abb. 1). Als landschaftliche Dominante steht im Großraum, östlich von Harar, der Condúdo-Berg. Er wirkt wie ein lang gezogenes W und wird im englischsprachigen Volksmund »W (double u) mountain« genannt. In dieser faszinierend-lebendigen Landschaft entstand die befestigte Stadtanlage von ca. 1.230 m Länge in der Ost-West- und ca. 840 m Breite in der Nord-Süd-Richtung. Die Größe dieses baulich sehr dichten Stadtgefüges umfasst an die 49 ha (Abb. 3). Es beruht auf von der islamisch-arabischen Stadtkultur geprägten informellen Gesetzmäßigkeiten und eigenständigen, wohl einmaligen Regeln der Adere beim Bau, Ausbau und bei der Benützung ihrer Häuser und Wohnhöfe, die von außen nicht einsehbar sein dürfen<sup>7</sup> (Abb. 4 – 8). Die traditionelle Harari-Wohnkultur ist ordnungs- und farbenliebend, ästhetisch und reichlich. Früher gab es in der Altstadt auch die Rundhäuser der Oromo, von den Einheimischen Grashäuser genannt. Sie sind inzwischen aus der Altstadt fast vollständig verschwunden (Abb. 4). Die Stadt innerhalb der Mauer beherbergte zu Zeiten 40.000 und mehr Einwohner, was in Anbetracht der größtmehrheitlichen Flachbauweise und des übrigen Nutzflächenanteils eine rekordverdächtige Bevölkerungsdichte ist. Die stets zunehmende bauliche Dichte führte in den nach den ursprünglichen fünf Toren benannten Quartieren zu teilweise für Nichteingeweihte chaotischen Verhältnissen. Die Harari befolgten eine alte Überlieferung, der zufolge alles Heil ihrer Stadt davon abhing, dass keine Nichtmohammedaner und insbesondere keine Christen in sie eindringen. Harar war im bäuerlichen Äthiopien ein Fremdkörper und blieb bis zum Ende des letzten Jahrhunderts dessen einzige wirkliche Stadt und einziger Stadtstaat.

<sup>6</sup> Quellen in: E. Foucher, Harar Bibliography, Harar 1987 (über 400 Titel); F. Stuber, Forschungsbibliographie und -dokumentation mit ca. 500 Fotos; Auswahltitel: A. Bartnickilj. Mantel-Niecko, Geschichte Äthiopiens, 1978; E. Cerulli, Studi Etiopici: Lingua e Storia di Harar, 1936; Ethiopian Observer 2 (Special Issue 1958); F. Fermé, U. Romaguoli, All Harar nel 1885, 1938; G. u. B. Fröhlich, Hochland unter Tropensonne, 1978; E. Hammerschmidt, Äthiopien, 1967; H. Jenny, Äthiopien: Land im Aufbruch, 1957; J. Leroy, L'ethiopie: Archeologie et Culture, 1973; P. Paulitschke, Die geographische Erforschung der Adalländer und Harar's in Ostafrika, 1988; M. Pigli, Panorama del Harar: Politico, Economico, Agricolo, 1937; R.K.P. Punkhurst, History of Ethiopian Towns: From the Mid-Nineteenth Century to 1935, 1982; S.E. Punkhurst, Ethiopia: Cultural History, 1955; G. K. Rein, Abessinien: Eine Landeskunde nach Reisen und Studien in der Jahren 1907 – 1913, 1919 und 1920; B. Robecchi/L. Bricchetti, Nell' Harar, 1886; F. Santagata, L'Harar: Territorio di Pacedi Civiltà, 1940; E. Scarin, Hararino: Ricerche e Studi Geografici, 1942; TCI, Guida dell' Africa Orientale, 1938.

<sup>7</sup> E.-D. Hecht, The City of Harar and the traditional Harari House, in: Journal of Ethiopian Studies (Aug. 1982); R. Wilding, Harar Domestic Architecture, AARP 9 (1976). Ein großes Harari-Haus ist in der Kurzfassung mit Axonometrie, Vorderfassade und Innenaufnahme dargestellt. Sie enthält auch eine Innenaufnahme eines anderen Harari-Hauses und einige Aufnahmen von Gasen mit Moscheen.

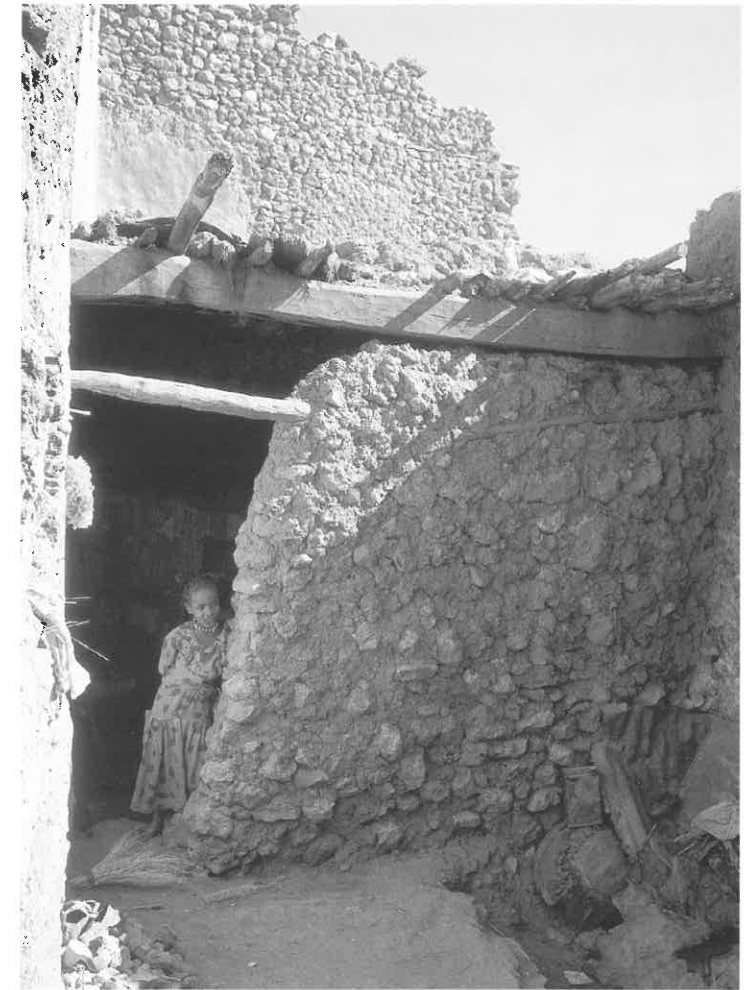


Abb. 2: Querschnitt, der die Konstruktion von teilweise jahrhundertalten Häusern offenlegt, 1987 (Foto: F. Stuber).

Vieles in Harars Vergangenheit liegt im Dunkeln, ist Legende oder Spekulation. In der geschichtlich erfassten Blütezeit des 13. und 15. Jahrhunderts lag die Stadt im Zentrum des Herrschaftsgebietes der Adalmuslime und der kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem christlichen Abessinien. Diese dauerten bis ins 16. Jahrhundert, als der weithin gefürchtete Eroberer Achmed Ibn Ibrahim 1520 Harar zur Hauptstadt machte. Sein Nachfolger Nur Ibn Mugahid baute um 1550 eine hohe Mauer mit Bastionen und Türmchen sowie fünf Toren um die Stadt, nach arabischem Vorbild. Die Tore wurden, zusätzlich zum abendlichen Verriegeln, allzeit bewacht. Nach jahrelangen Thronstreitigkeiten wurde 1577 Assua Hauptstadt. Harar erhielt den Status eines Stadtstaates mit eigenen Herrschern oder Emiren.

Über die Dynastie der 18 Emire von Harar, die von 1637 bis 1887 regierte, ist nicht viel bekannt.<sup>8</sup> Sie blieb von Assua unabhängig und war ein rein islamischer Stadtstaat. Harar überlebte als homogener Staat und einziger Überrest des alten muslimischen Reiches.<sup>9</sup>

Der ägyptische General Rauf Pascha eroberte Harar 1875 und verleibte es Ägypten ein. Die Ägypter erforschten die Stadt und ihr Umland, machten Aufzeichnungen zu ihrer Entstehung, fertigten einen ersten Stadtplan an, bauten Straßen und förderten den Ackerbau.<sup>10</sup> Sie führten eine neue Justiz ein, schafften die Sklaverei ab und bauten Häuser, Moscheen und einen Gouverneurspalast. Aus unerklärlichen Gründen ließen sie den schönsten Minaretturm abtragen. Auch erste bescheidene Gewerbebetriebe entstanden. Die Stadt wurde zur Provinz Ägyptens erklärt und für Ausländer geöffnet. Harar und sein Umland hatten eine neue Blütezeit und wurden eines der wichtigsten Handelszentren am Horn von Afrika. Die Ägypter unterhielten und reparierten die Stadtmauer mit ihren Schutzvorrichtungen. Ihre Okkupation dauerte bis 1886, als Harar für kurze Zeit von einem britischen Gouverneur verwaltet wurde. Die Stadt soll zu dieser Zeit nach unterschiedlichen Quellen zwischen 32.000 und 45.000 Einwohner gehabt haben, darunter ca. 20.000 bis 25.000 Harari und angeblich schon viele Europäer.

Kaiser Menelik II. von Abessinien eroberte mit seinen christlichen Truppen 1887 den Stadtstaat. Seine Truppen, an deren Spitze Ras Makonnen stand, gingen mit der Stadt, deren Bevölkerung und dem Umland rücksichtslos um. Sie benützten Moscheen als Kasernen oder gar als Latrinen, was zu einem Aufruhr der Harari führte. Darauf wurden große Teile der Stadt zerstört, einschließlich Moscheen und ihre Minarette. Die alten Kaffeeplantagen wurden als Feuerholz verwendet. Ras Makonnen ließ mitten in der Stadt, an der Stelle einer Moschee, eine große Kirche bauen und errichtete den Ras Makonnen-Palast. 1883 entstand das heutige Haupttor zur Altstadt nach Westen (Abb. 9), und die Stadt wurde außerhalb der Mauern erweitert. Der Einfluss der Italiener, Engländer und Franzosen nahm zu. Die Franzosen richteten eine Mission ein und gründeten 1902 in Harar die erste Siedlung für Leprakranke in Afrika, die sie auch betreuten.

<sup>8</sup> R. Basset, Chronologie des Reis de Harar (1637 – 1887), in: Journal Asiatique (mars-avril 1914), S. 245 ff.

<sup>9</sup> Einen brillanten Einblick in das Leben in Harar zu dieser Zeit gibt der Abenteurer R.F. Burton, der als erster Fremder über Nacht bleiben durfte, in: Footsteps in Africa, Kap. VIII: Ten Days at Harar; London 1856.

<sup>10</sup> Vgl. auch M. Muchtâr, Résumé de l'histoire de Harar depuis les temps les plus reculés jusqu' à nos jours, in: Bulletin de l'état major Général de l'armée l'égyptienne 1 (1876) und Notes sur le pays de Harar, in: Bulletin trimestriel de la Société Khédiviale de Géographie du Caire (1976), S. 351 ff.

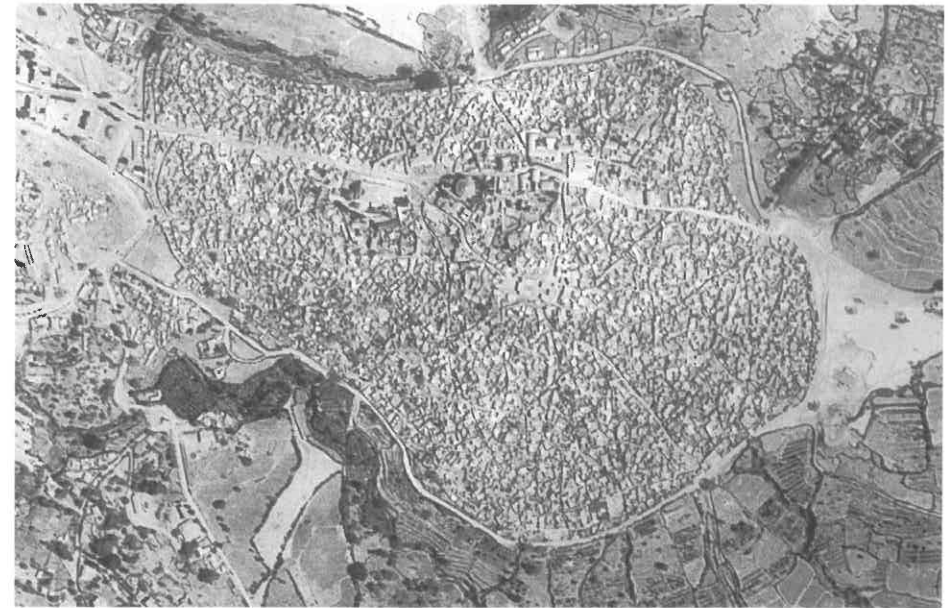


Abb. 3: Luftaufnahme aus der italienischen Besatzungszeit, ca. 1941 (Quelle unbekannt).

1902 wurde auch das 55 km westlich von Harar auf 1.220 m ü.M. gelegene Dire Dawa mit einer Eisenbahn vom tiefer gelegenen Djibouti (Somalia) her erschlossen. Danach war diese Stadt, mit ihren französischen und arabischen Quartieren sowie vielen Griechen der Hauptausgangspunkt für Harar. Die höher und klimatisch günstiger gelegene Harari-Region verlor zunehmend an Bedeutung, vor allem nachdem die Bahnlinie ab 1912 bis Addis Abeba in Betrieb genommen werden konnte. Harar wurde jedoch danach vermehrt von Touristen besucht.

Als die Italiener Äthiopien von 1936 bis 1941 besetzt hielten und zusammen mit Eritrea zu Italienisch-Ostafrika verschmolzen, wurde der Urbanisierungsprozess in Harar für Europäer und strikt getrennt von der einheimischen Bevölkerung stark vorangetrieben. Sie erweiterten die Stadt außerhalb der Mauer nach Südwesten, Westen und Nordwesten, verbreiteten die Zentralstraße und legten neue Straßen an. Das nördlichere der zwei neuen Tore auf der Westseite, das 1889 in die Stadtmauer gebrochen wurde, schlossen sie wieder (Abb. 9, Stadttor 1). Ab 1937 blieben die Stadttore abends offen. Manche dieser erneuerten sie und brachten monumentale Torbauten an. Es entstanden neue Quartiere mit Villen und kleinen Häusern, Verwaltungsgebäude, eine Baumwollspinnerei, Hotels, Restaurants, eine Banca d'Italia, Läden, eine Kirche, ein Theater, Sportplätze und elektrische Anlagen. Was immer die Besetzer bauten oder veränderten, geschah in der unverwechselbaren Architektursprache mussolinischer Prägung. Als die ca. 3.500 Italiener schließlich abziehen mussten, war

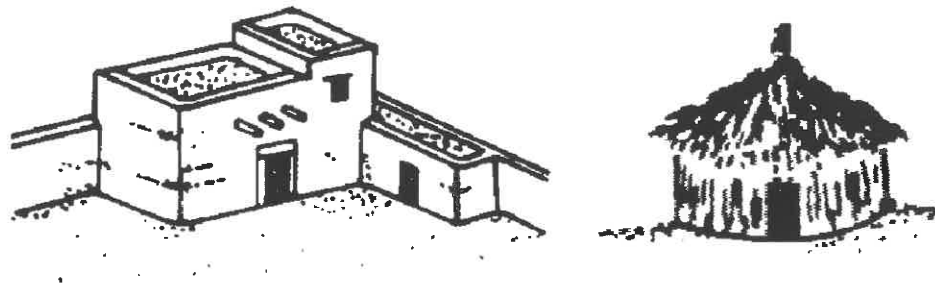


Abb. 4: Afrikanische Wohnformen Harari-Haus und Rundhaus der Oromo.

ihre europäische Stadt im wesentlichen fertig. Die Einwohnerzahl innerhalb der Mauern dürfte zu dieser Zeit um die 30.000 betragen haben, wovon ungefähr die Hälfte Adere, 10.000 Galla, 3.000 Amharen, Araber, Somali, Argoba, Griechen, Türken, Inder u. a. waren. Ausländische Händler, Kaufleute oder Gewerbetreibende mussten Harar während der Besetzung verlassen. Die Einwohnerzahl der Gesamtstadt nahm relativ stark ab, auf ungefähr 40.000. Für die Äthiopier waren Urbanisierungstempo sowie Art und Hektik des städtischen Lebens der Italiener ursprünglich ein Schock.

Der forcierte Weggang von einigen Hundert zum Teil schon seit dem 19. Jahrhundert ansässigen ausländischen Bewohnern und danach der Italiener führte zu großen Lücken in Handel und Gewerbe der Stadt. Die Harari füllten diese Lücken allmählich, unvorbereitet und oft unqualifiziert. Viele wurden von Bauern zu Händlern, während sie zuvor oft beides waren, oder sie wurden Gewerbetreibende und Geschäftsleute. Die Stadt entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten kaum und soll von Jahr zu Jahr einen ungepflegteren Eindruck gemacht haben. Ende der 60er Jahre betrug die Einwohnerzahl der Gesamtstadt um die 50.000 und 1995 ca. 76.000, wovon ungefähr 30.000, vorwiegend Adere, in der Altstadt lebten. Dieses Wachstum erfolgte ungeordnet. Die Infrastruktur wurde nur noch dürftig oder gar nicht unterhalten und ergänzt. Dasselbe galt für öffentliche und viele private Bauten. Die Altstadt wurde baulich verdichtet, was zu stets weniger Freiraum, Grün und Bäumen sowie zu kleineren Wohnhöfen führte (Abb. 10).

### 3. Die ursprünglich sympathische Revolution

Kaiser Haile Selassies Verdienste in der ersten Hälfte seiner langen Herrschaft werden hoch veranschlagt. Laut John Markakis zähmte er den Adel, führte die Zentralisierung des Regierungssystems ein, modernisierte die staatliche Bürokratie sowie die Armee und nahm modern Gebildete in die Verwaltung auf. Er förderte eine an zeit-

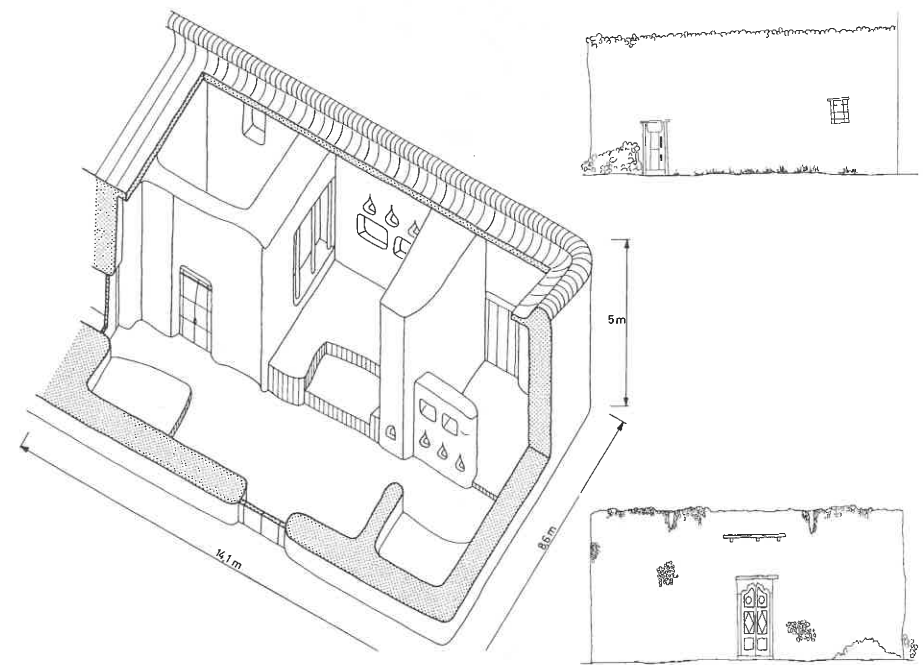


Abb. 5: Relativ großes Harari-Haus mit Vorder- und Rückfassaden, 1992.

genössischen Werten orientierte Gesinnung in einer extrem traditionell ausgerichteten Umgebung. Addis Abeba war zu diesen Zeiten eine moderne und die größte Stadt zwischen Kairo und Johannesburg. Die legendäre Ethiopian Airlines wurde eine Fluggesellschaft mit sehr gutem Standard und Service. Schon Haile Selassies Vorgänger Menelik hatte das Land modernisiert und mittels seiner raffinierten Strategie und Taktik 1896 bei Adua in Tigray eine italienische Invasionsarmee schonungsvoll besiegt, zur Verwunderung und zum Schrecken Europas.<sup>11</sup>

In der zweiten Hälfte von Haile Selassies Herrschaft, der das Land seit der Übernahme der Macht als Kronprinz fünfzig Jahre lang regiert hatte, degenerierte sein Regime. Die Landbesitzer zogen bis zu 50% der Ernten in Naturalien ein und beuteten die ohnehin sehr arme Bevölkerung schamlos aus. In Äthiopien ist der weitaus größte Teil der Beschäftigten und der Produktion der Landwirtschaft zuzuordnen. Der Kaiser selbst soll über die Jahre Hunderte von Millionen Franken in die Schweiz überwiesen haben, die das Land, trotz zäher Verhandlungen nicht zurückbekommen hat.

<sup>11</sup> Vgl. H. Falkenstörfer, Äthiopien: Tragik und Chancen einer Revolution, Stuttgart 1986, S. 20 – 21; J. Markakis, Anatomy of a Traditional Polity, Oxford 1974, S. 398



Abb. 6: Typisches Interieur eines Harari-Hauses mit Nachbarinnen beim Morgenkaffee, 1987 (Foto: F. Stuber).

Zuletzt war er den Tagesgeschäften völlig entrückt. Die Medienszensur war so, dass der Süden nicht wusste, welch grauenvolle Hungersnöte im Norden stattfanden.<sup>12</sup>

Nachdem das Koordinierende Komitee der Streitkräfte (DERG) 1974 die Macht übernommen hatte, entwickelte sich die Revolution zuerst friedfertig. (Kaiser Haile Selassie wurde am 12.09.1974 in einem VW-Käfer aus dem Palast gefahren.) Kurze Zeit nach der Machtübernahme galt jedoch, was René Lefort das »Blutgesetz der Revolution« nennt: »Wir sind uns nicht einig; ich werde Dich töten, um zu verhindern, dass Du mich zuvor tötest.«<sup>13</sup> (Auch vom DERG, mit ursprünglich 172 Mitgliedern, waren zur Zeit meines Aufenthaltes von 1987/88 nur noch die Hälfte am Leben, wobei keiner eines natürlichen Todes gestorben sein soll.) Mengistu Haile Mariam, ursprünglich Major und Beschaffungsoffizier in der Garnison Harar, riss nach diesem Gesetz die Macht an sich und verkörperte sie laut Helmut Falkenstörfer wie Haile Selassie zu seinen besten Zeiten. Unter Mengistu erfolgte die entschiedenste Umwandlung einer Gesellschaft in Afrika nach der Kolonialzeit. Es wurde ein äthiopischer Sozialismus unter dem Slogan »Gemeinsam für die Menschlichkeit« propagiert

<sup>12</sup> Ebda., S. 14.

<sup>13</sup> Ebda., S. 18 u. R. Lefort, *Étiopie: la révolution hérétique*, Paris 1981, S. 118.



Abb. 7: Fast verfallenes Interieur mit armer, würdevoller Bewohnerin, 1987 (Foto: F. Stuber).



Abb. 8: Hararin beim Brot backen, 1987 (Foto: F. Stuber).

und im April 1976 mit dem marxistischen »Programm der nationalen demokratischen Revolution« ersetzt. Es war eine »politische Philosophie, die sich aus den Religionen, welche die Gleichheit der Menschen lehren, und aus unserer Tradition des Gemeinsam-Miteinander-Lebens und -Teilens sowie unserer mit nationalen Opfern erfüllten Geschichte herleitet.« Dieses ideologisch eher milde Programm sollte die Richtung für die konkreten Schritte der nächsten Jahre vorgeben. Falkenstörfer stellt zu Recht fest, dass mit Blick auf die späteren Auseinandersetzungen oft übersehen wird, welch ungeheure Leistungen das Regime anfänglich vollbrachte, wie die Einlei-

tung der riesigen und erfolgreichen Alphabetisierungskampagne oder die Unterbindung der zuvor grassierenden Bereicherung von Offiziellen. Er stellt aber auch trefend fest, dass der DERG es unterließ, einen Rahmen zu finden, der den über 70 Völkern Äthiopiens die Möglichkeit gegeben hätte, kulturelles Selbstbewusstsein und Identifikation mit dem äthiopischen Staat in ein emotional und politisch tragbares Verhältnis zu bringen. Diese Rolle war allein dem Marxismus-Leninismus zugeacht.<sup>14</sup>

1975 setzte der DERG seine Macht in folgenden Schritte um: Verstaatlichung von Banken und Versicherungen; Proklamation über die gesetzlichen Feiertage mit erstmals islamischen Festen; Verstaatlichung von 72 größeren Firmen bei gleichzeitiger Proklamation der gemischten Wirtschaft, die Privatunternehmen mit beschränktem Eigenkapital zuließ; Landreform; Verstaatlichung von Grund und Boden in der Stadt und aller Zweithäuser; Verbot, privat Häuser zu vermieten; neues Arbeitsrecht; Gesetz über die Bildung der Bauerngenossenschaften.

#### 4. Folgen der Revolution für die indigene Stadt

Die Reform des Hausbesitzes und die Gründung neuer städtischer Organisationen und Einheiten aufgrund des marxistischen Programms der nationalen demokratischen Revolution von 1976 hatte weitreichende Folgen. Das Land wurde im Grundsatz vom Staat übernommen, der es den Einzelnen zur Nutzung zur Verfügung stellte. Wer bauen wollte, konnte ein Grundstück von bis zu 500 m<sup>2</sup> erhalten, wovon viele bürgerliche Familien in Addis Abeba Gebrauch gemacht haben sollen. In Harar waren dazu wenige in der Lage. Besitzer mehrerer Häuser durften jenes, das ihnen am meisten zusagte, behalten und bewohnen. Die anderen gingen in öffentlichen Besitz über. Die Mieten wurden nach der Revolution eingefroren und für die Armen, in Harar ein sehr großer Anteil, auf die Hälfte reduziert. Bis zu einem bestimmten Limit wurden die Mieten um 15% reduziert. Darüber blieben sie gleich. Die früheren Besitzer wurden bis zu einem Maximalbetrag mit monatlichen Zahlungen entschädigt.<sup>14</sup>

In Harar erhielten so viele Häuser der Adere neue Bewohner, Adere oder Angehörige anderer Volksgruppen, zum Beispiel Amharen oder Oromo, die zuvor in ihren traditionellen, mit Stroh eingedeckten Rundhäusern wohnten (Abb. 4). Die Wohnform der Adere war ihnen fremd, sie wussten die Häuser weder zu schätzen noch zu benutzen, versuchten mit Möbeln darin zu wohnen oder quartierten Tiere ein. Der unabdingbare regelmäßige Unterhalt einer sehr großen Zahl von Häusern wurde mangels Möglichkeiten, Kenntnissen oder Motivation unterlassen. (Abb. 2, 7). Der Staat als neuer Besitzer hatte weder die Möglichkeiten noch die Mittel dies zu tun.

<sup>14</sup> H. Falkenstörfer (s. A 11), Kap. IV, S. 22-34.

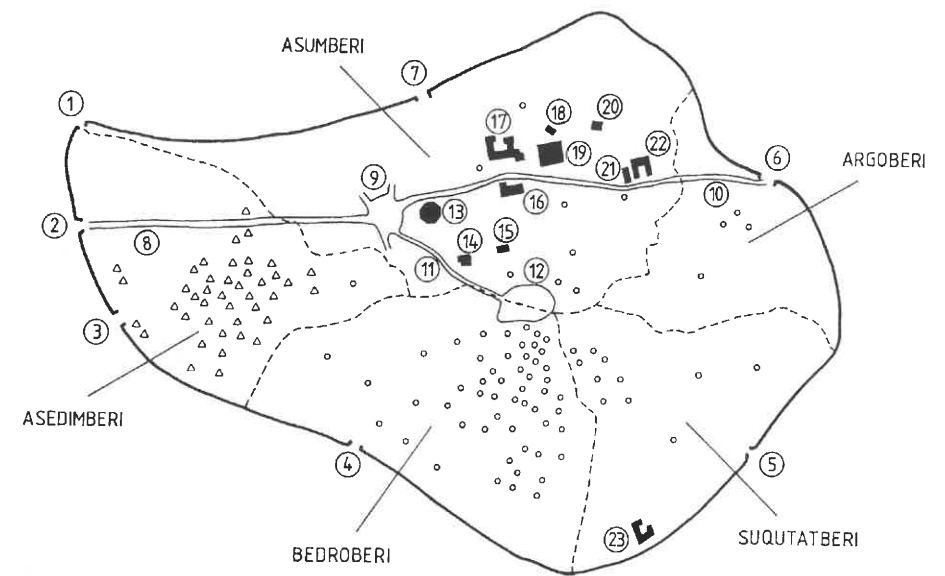


Abb. 9: Harars Altstadt mit 5 Quartieren, Hauptstraßen, Stadtmauer und Stadttoren, Märkten und wichtigsten Bauten (1992): 1 Berber Gate, 2 Harar or Duke Gate, 3 Shoa Gate, 4 Buda Gate, 5 Sanga Gate, 6 Erer Gate, 7 Fallana Gate, 8 First Avenue, 9 Horse Market, 10 Amir Street, 11 Sewing Machine Street, 12 Big Market, 13 Medhane Alem Church, 14 Ras Tafari's House, 15 Jorald House, 16 Municipal Building, 17 Hospital, 18 Amir's House, 19 Jami Mosque, 20 Catholic Church, 21 Muslim School, 22 Museum, 23 Sheik Abadir Tombe.

Die Mauern der Adere-Häuser und die Stadtmauer bestehen aus rauen Steinen und Erdmörtel, mit Dächern aus Holz, die mit trockenem Gras und Erde bedeckt sind (Abb. 2). Viele Adere-Häuser wurden früher auf die religiösen Feste hin zweimal jährlich gestrichen. Auch die Dächer wurden jährlich kontrolliert und wenn nötig ergänzt. Wenn dies längere Zeit nicht geschieht, kann in Regenzeiten Wasser Dachschicht und Mauern aufweichen, auflösen und schöne, jahrhundertealte Häuser zum Einsturz bringen, was in den 80er Jahren zunehmend geschah. Allein 1985 stürzten während der starken Regenzeit über 300 Häuser ein, was zu einer Alarmstimmung führte. Während einer längeren Vergleichsperiode stürzten dreimal mehr Adere-Häuser ein, als in der Gesamtstadt neue Wohnungen gebaut wurden. Es blieb den Obdachlosen nichts anderes übrig, als bei Verwandten oder Freunden Unterschlupf zu suchen oder in Ruinen zu leben (Abb. 2, 7). Bis zu einem Drittel der Bewohner zahlten nach einer Zeit keine Mieten mehr.

Die neuen städtischen Genossenschaften der Beteiligten, Kebeles genannt, sollten die billigen Häuser verwalten, das Bauland verteilen, Läden mit kontrollierten Preisen einrichten, die Planung von Schulen, Wegen und Brücken in ihrem Gebiet betreuen

sowie einfachere Streitigkeiten unter ihren Einwohnern schlichten. Nach meiner Berechnung nahmen manche Kebeles nicht einmal genug ein, um die bescheidenen Entschädigungen an die früheren Besitzer zu bezahlen, geschweige denn, um ihre Auslagen für Verwaltung zu bestreiten, die Häuser zu unterhalten oder ihre sonstigen Aufgaben wahrzunehmen. Für die Verwaltung der teureren Liegenschaften richtete der Staat besondere Büros ein. Die Kebeles waren, wie die Bauerngenossenschaften, der Staat vor Ort.

In der Altstadt gab es fünf Quartiere (Abb. 9) mit den diese überlappenden, sehr feinmaschigen, historisch gewachsenen Gemeinschaftsorganisationen der Adere. Innerhalb der Stadtmauer waren 61 Nachbarschaften, die in Abwesenheit von Straßennamen und -bezeichnungen als genauere Ortsangaben dienten. Im Gegensatz zu anderen islamischen Städten sind in Harar die Quartiere und Nachbarschaften nicht fixe geographische Einheiten. Der innere Zusammenhalt beruht auf drei primären Institutionen: Das Netz der Familienbeziehungen (Ahli), das Netz der Freundschaften (Marinyet) und den Gemeinschaftsorganisationen (Afocha) (Abb. 9). Diese Beziehungsnetze brachten alle Individuen und Familien der Adere mit Haushalten ihrer Gemeinschaft in der ganzen Stadt in Kontakt und führten zu einem sehr hohen Grad an Solidarität.<sup>15</sup>

Über dieses Sozialgefüge wurden relativ arbiträr sieben Kebeles gelegt. Die sozialen und ethnischen Umschichtungen setzten dieser historisch gewachsenen, gesellschaftlichen Struktur zu. Viele öffentliche Funktionen, die früher von diesen Harari-Organisationen wahrgenommen wurden (z. B. öffentliche Hygiene, Unterhalt von Gemeinschaftseinrichtungen usw.), werden nun mangels Zuständigkeit, Möglichkeiten und wegen der veränderten ethnischen Zusammensetzung der Bewohner nicht mehr erfüllt. Die öffentliche Infrastruktur war Mitte der 80er Jahre völlig vernachlässigt, eine Kanalisation gibt es für die Altstadt nicht, entsprechend gestaltete sich die öffentliche Hygiene. Die Grobverteilung von Wasser über die in den 60er Jahren in die Gassen gelegten Rohrleitungen erzeugt mangels Abflussmöglichkeiten neue Probleme, z. B. die Unterhöhung der Erdmörtelmauern von Wohnhöfen und Häusern.

### 5. Mögliche Maßnahmen

Aufgeschreckt durch Hilferufe der Bewohner und der örtlichen Behörden gelangte die äthiopische Regierung nach 1985 an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Na-

<sup>15</sup> S.R. Waldron, *Social Organization and Social Control in the Walled City of Harar, Ethiopia*, Ph. D. Dissertation, Ann Arbor 1975 und *Harar: The Muslim City in Ethiopia*, in: *Proceedings of the Fifth International Conference on Ethiopian Studies*, Chicago 1978, S. 239 ff; E.-D. Hecht, *The voluntary associations and the social status of Harari-women*, in: G. Goldenberg (Hrsg.), *Ethiopian Studies: Proceedings of the Sixth International Conference*, Tel Aviv 1980/Boston 1986, S. 295 ff

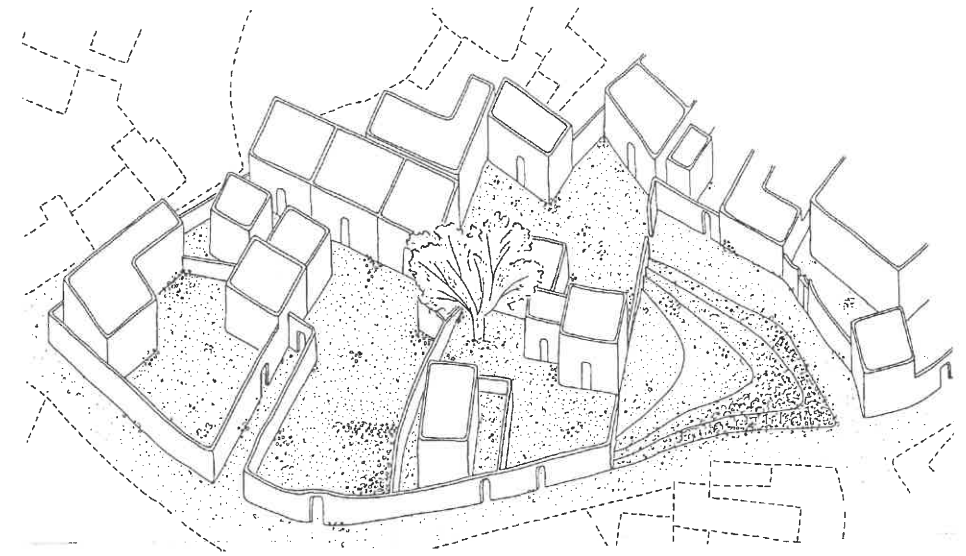


Abb. 10: Der mittlere Wohnhof ist Pilot-Restaurierungs-Projekt. Die Freifläche rechts war ein Wohnhof, der aber einstürzte, 1992.



Abb. 11: Hof des Pilot-Restaurierungs-Projektes (Foto: F. Stuber).

tionen mit dem Gesuch, die Ausarbeitung eines Masterplanes für die Erhaltung der historischen Stadt zu unterstützen. Laut dem 1987 von der Regierung und dem Entwicklungsprogramm vereinbarten Projektdokument sollte dieser folgendes enthalten: Technische und legislative Richtlinien für die Erhaltung und Erneuerung der Altstadt, die Auswahl und Restaurierung von 300 m Stadtmauer sowie eines Adere-Hauses als Pilotprojekte, die Ausbildung von drei Mitgliedern des Forschungs- und Restaurierungszentrums für das Kulturerbe in Addis Abeba in Stadtrestaurierung und Fotogrammetrie im Ausland, die Ergänzung des Zentrums mit technischen Geräten und zwei Fahrzeugen.<sup>16</sup>

Das Projektdokument enthält eine detaillierte Liste der in vierzig Monaten zu erfüllenden Tätigkeiten. Die Verantwortung für die Durchführung des Projektes sollte bei der Regierung liegen. Ihre Aufgabe wäre es auch gewesen, die Arbeitsprogramme zu planen und in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der UNO und mit der UNESCO durchzuführen. Das Schriftstück sah vor, dass die UNESCO einen Experten für insgesamt acht Monate, verteilt auf vier Jahre, einsetzen würde.<sup>16</sup> Die UNESCO delegierte ihre Aufgabe an die internationale Vereinigung für Denkmalpflege (ICOMOS), die im Sommer 1987 mit der Anfrage an mich gelangte, ob ich sofort eine dreimonatige Mission nach Äthiopien übernehmen würde. Ich wäre also nach der äthiopischen Regierung, dem Entwicklungsprogramm der UNO, UNESCO und ICOMOS das fünfte Glied in der Kette gewesen, wenn ICOMOS wegen Differenzen mit UNESCO nicht wieder aus dem Vertrag entlassen worden wäre. Erst in Äthiopien erfuhr ich von der Existenz des erwähnten Projektdokumentes und dass die UNESCO dieses mitverfasst hatte, und zwar ohne dass ein Verantwortlicher dieser Organisation die Stadt je in Bezug auf dieses Projekt besucht hatte. In dieser Projektgrundlage sah ich, dass der sonst für Museen zuständige Verwaltungsbeamte versucht hatte, praktisch den gesamten Inhalt des 40-Monate-Projektes in meinen Beratervertrag für drei Monate zu schreiben. Dass ich die von ihm aufgeführten Tätigkeiten in drei Monaten mit den vorgesehenen Leuten nicht alle durchführen könnte, war ihm bei Vertragsabschluss nur mit Mühe klar zu machen. Ein von ICOMOS und UNESCO auf Verlangen mehrmals versprochenes Informationsdossier über die Stadt erhielt ich nicht. Vor meiner Abreise stellte ich in Paris fest, dass keines existierte. Ich informierte mich aus Bibliothek und anderen Quellen und warnte die Verantwortlichen mehrmals, dass die Aufgabe wahrscheinlich sehr viel schwieriger werden würde als sie sich das vorstellten.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> *United Nations Development Programme, Project Document ETH 86/008/A01/99, 1987.*

<sup>17</sup> UNESCO und ICOMOS verfügten zu dieser Zeit über keine Dokumente oder Hinweise auf solche zu Harar, zu der Père Emile Foucher in Harar über 400 Titel in ca. 20 Sprachen gesammelt hatte.



Abb. 12: Typische Gasse mit felsigem Grund in der Altstadt, 1987. Rechts durch Abwasser vom Hofinneren aufgeweichte Erdmörtelmauer (Foto: F. Stuber).



Abb. 13: Mehrfachnutzung des Gassenraumes (Korbwaren zum Trocknen) im flachen Teil der Altstadt, 1987 (Foto: F. Stuber).

Als ich schließlich mit vier äthiopischen Kollegen in Harar eintraf, wurde mir noch klarer, dass das Vorhaben von allen Beteiligten enorm unterschätzt wurde. Trotz dieser Umstände erfüllten wir in den drei Monaten ein vergleichsweise großes Arbeitspensum. Zuerst mussten in Addis Abeba die Arbeitsgruppe zusammengestellt, die Archive und Bibliotheken auf relevante Dokumente und Informationen gesichtet sowie die Kooperation und Unterstützung durch die zuständigen nationalen, regionalen und örtlichen Behörden organisiert werden. In nur zwei Monaten vor Ort erarbeiteten wir folgendes:

Stichproben ergaben, dass ein aufgrund einer Luftaufnahme erstellter provisorischer Plan im Maßstab 1:1.000 unzuverlässig war und dass wir diesen völlig neu bearbeiten mussten. Zu diesem Zweck begingen wir ca. 5.000 Baulichkeiten (Abb. 3), fertigten über die wichtigeren eine Datenkartei an und zeichneten alle Bauten korrekt in einen Plan ein. Aufgrund dieser Unterlagen wählten wir einen Wohnhof mit verstaatlichten Harari-Häusern anstatt nur eines Hauses als Pilotprojekt aus. Die Häuser waren von armen Mietern bewohnt und in schlechtem Zustand, konnten jedoch noch gut restauriert werden, falls dies bald geschehen würde (Abb. 10, 11). Die Werkpläne und Materiallisten dazu wurden anschließend in Addis Abeba erstellt. Die

Restaurationen wurden bis heute nicht ausgeführt, alle materiellen Leistungen wurden jedoch bezogen und für den Allgemeinbedarf des Centre for Research and Conservation of Cultural Heritage eingesetzt. Dasselbe gilt für die auf UNDP-Kosten ausgebildeten Mitarbeiter dieser Zentralstelle in Addis Abeba.

Wir inventarisierten die erhaltenswerten originären und erweiterten Harari-Häuser in gutem Zustand sowie beschädigte oder vom Verfall bedrohte, die restauriert werden sollten; ebenso nahmen wir alle übrigen schützenswerten Bauten und Anlagen sowie alle ca. 90 Moscheen und 250 Heiligtümer systematisch auf. Auch die gesamte Stadtmauer mit den Toren wurde nach originären Teilen, Ergänzungen, Zerfall und Bereichen, wo der ursprüngliche Verlauf nicht festgestellt werden konnte, untersucht und zeichnerisch festgehalten. Wir wählten 300 m für die Restauration aus, die auch ausgeführt wurde.

Schließlich erfassten und bewerteten wir die unmittelbare Umgebung außerhalb der Mauer sowie die stadtlandschaftsästhetische Stellung der Altstadt im zugehörigen Raum. So entstanden die ersten maßstabgetreuen und vollständigen Pläne der Altstadt, mit allen Bauten und Anlagen, der gesamten vorhandenen Infrastruktur sowie Vorschläge, wie diese zu ergänzen wäre. In der Umgebung der Altstadt bezeichneten wir die Gebiete, die im Interesse ihres Schutzes oder ihres Erscheinungsbildes landwirtschaftliche Zonen bleiben oder zu Wiederaufforstungsbereichen und anderen Grünräumen werden sollten (Abb. 1). Die Altstadt kann ohne Kanalisation und erneuerte Wasserversorgung, die auch den Anschluss von sanitären Einrichtungen ermöglichen sollte, nicht erhalten werden, was bei dem abfallenden und felsigen Grund eine sehr aufwändige Angelegenheit ist (Abb. 12). Das war zwar im Projektdokument nicht enthalten, konnte aber jedem der beteiligten Ministerien als unabdingbare Notwendigkeit klar gemacht werden und wurde von uns als vordringlich weiter zu bearbeitendes Anliegen empfohlen. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Investitionen wird jedoch in den mir bekannten Erhaltungs- und Erneuerungsdokumenten wohl wegen des Aufwandes für Planung und Ausführung nach wie vor verschwiegen.

Unsere Arbeiten und Vorschläge sollten in den Masterplan für Stadt und Region Harar eingearbeitet werden. Sie wurden von allen Behörden konstruktiv kommentiert und aufgenommen. Frappierend für mich war, dass alle Beteiligten auch an stadtlandschaftsästhetischen Überlegungen interessiert waren.

Es war damals die Absicht des Planungsministeriums in Addis Abeba, Harar und die Region als Ganzes zum Zentrum dieses Landesteiles zu entwickeln. Neben dem Baumwollgewerbe, kleineren Fabriken für Erdnussöl, Mehl und Mineralwasser, einer noch von Haile Selassie gegründeten, sehr guten landwirtschaftlichen Fachhochschule und inzwischen einer Bierfabrik sind in diesem Gebiet kaum nennenswerte Betriebe oder öffentliche Einrichtungen vorhanden. Manche Harari-Frauen betreiben das traditionelle, qualitativ und ästhetisch hoch stehende Kunsthandwerk des Korbflechtens mit Produkten für die verschiedenartigsten Zwecke und Anlässe, die Eingang in viele



Abb. 14: Vom Internationalen Caritas-Netzwerk über dessen Ex-Soldatenprojekt finanzierte Gassenpflasterung. Hararin in traditioneller Kleidung vorne rechts, 1998. (Foto: K. Gähwyler/Caritas Schweiz).

Sammlungen und Museen fanden<sup>18</sup> (Abb. 6). Das Hauptproblem ist, wirtschaftsbelebende Möglichkeiten, Anreize und Motoren für die Förderung der Region zu finden.

Die Adere sind zwar eine einflussreiche, relativ wohlhabende Volksgruppe, sie sind jedoch in den politischen Gremien der Gesamtstadt und in ihrer Region in der Minderheit. In beiden Einheiten sind die Oromo die größte Volksgruppe, und die Adere haben nur in der Altstadt die Mehrheit. Die erwähnte Bedrängnis war Anfang der 90er Jahre akut. Die Befreiungskräfte der Oromo wollten Harar 1992 einnehmen und argumentierten, sie wären zuerst dort angesiedelt gewesen. Sie wurden von den Truppen der damaligen provisorischen Zentralregierung zurückgeschlagen. Im Februar 1997 gab es in Harar ein brutales Attentat mit Toten, das die Bevölkerung in Schrecken versetzte. Seither hat sich die Lage beruhigt, doch auch nach Beendigung des Krieges mit Eritrea herrscht eine ungünstige Ausgangslage für die Erhaltung und Erneuerung der Harari-Stadt. Die Zentralregierung, die Region, die Stadt und die ein-

<sup>18</sup> E.-D. Hecht, *Basketwork of Harar*, African Study Monographs, Supplementary Issue, No. 18, The Center for African Studies, Kyoto University, Kyoto 1992.

zelen Ethnien sind mit anderen, unmittelbar überlebenswichtigeren Problemen und Prioritäten beschäftigt. Mit längerfristiger Planung beschäftigt sich kaum jemand.

Weitere Missionen nach Äthiopien lehnte ich wegen der damaligen Verhältnisse bei der UNESCO ab. Auch die zuständige Abteilung für das Kulturerbe stellte ihre Bemühungen im Rahmen der notwendigen radikalen Einschränkung ihrer Programme ein und hat, außer einem von ihr redigierten Entwurf zu einem Schlussbericht der Regierung, zu diesem ursprünglich 40 Monate und nun 14 Jahre alten Projekt nichts vorzuweisen.<sup>19</sup> Seit meiner Rückkehr 1988 habe ich mich ab und zu nach dem Stand des Vorhabens und den Arbeiten vor Ort erkundigt und zahlreiche Organisationen und Hilfswerke für die Durchführung von Pilotprojekten zu motivieren versucht. Caritas und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit in Bern sagten provisorisch zu. Dann brach der Krieg mit Eritrea aus und machte meine vorbereitenden Arbeiten und intensiven Bemühungen zunichte. Anfang 1999 schrieb ich den zuständigen Harari- und übrigen beteiligten Stellen, dass ich mich unter den gegebenen Voraussetzungen veranlasst sah, alle Anstrengungen einzustellen. Die politischen Zustände und Ereignisse im Land seither sind für eventuell weiterhin an Erhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen interessierte Institutionen wenig motivierend.

Im Rahmen der 1989 eingeleiteten Internationalen Kampagne zur Erhaltung von Äthiopiens Kulturerbe<sup>21</sup> engagierte sich kein Land für Harar, was bei den Voraussetzungen teilweise verständlich ist. Zustandsbedingt wäre die Altstadt eines der alldringendsten Projekte. Eventuell soll von den äthiopischen Behörden der Zentralregierung der Masterplan für die Altstadt von Harar gelegentlich weiterverfolgt werden. Im erwähnten Entwurf zum Schlussbericht sind Projekte enthalten, für die sich die Behörden Mitfinanzierung durch Nichtregierungsorganisationen, dem Entwicklungsprogramm der UNO und von der UNESCO erhoffen.<sup>19</sup> Inzwischen ist das so genannte, von einem Inder erbaute Rimbaud-Haus, das am Zusammenfallen war, mit Geldern von Frankreich restauriert worden, was jedoch ein Jahrzehnte altes Vorhaben war.<sup>22</sup>

#### 6. Die Caritas als Stadterneuerin

Als ich von der federführenden Caritas Schweiz erfuhr, dass sie, unter Mitfinanzierung durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit in Bern, nach dem Zusammenbruch des Mengistu-Regimes von 1991 ein Wiedereingliederungsprogramm für dessen ehemalige Soldaten betreute, regte ich erfolgreich an, dass man die Altstadt und deren Umgebung einer dringenden sanitären Reinigung unterziehen könnte. Zudem wurden u. a. Entwässerungsgräben angelegt, an der Restaurierung

<sup>19</sup> Ministry of Culture and Sports, Conservation of the Historic Town of Harar, Draft Terminal Report ETH 86/008, Addis Abeba 1996 (vermutlich).

der erwähnten 300 m Stadtmauer mitgearbeitet sowie Straßen entlang und innerhalb der Stadtmauer gepflastert (Abb. 14). Dabei wurden leider die Anforderungen an die Entwässerung weitgehend und solche an eine eventuelle Kanalisation gänzlich ignoriert. Das Internationale Caritas-Netzwerk leistete in dieser Region in den schlimmsten Jahren für ca. 2.000 Männer und deren Familien wirksame Überlebens- und zivile Reintegrationshilfe.

#### 7. Grundsätzliches und Aussichten

Die sozioökonomischen Aspekte der Erhaltung und Erneuerung blieben im Projektdokument<sup>16</sup> und anfänglich in allen Gesprächen mit Behörden ausgeklammert, bis zu einer Unterhaltung mit dem Chefideologen (ein Harari) der damaligen Provinzregierung. Ich argumentierte, dass die Verstaatlichung indigener Häuser, die jährlich unterhalten werden sollten, in dieser Art ein Kapitalfehler war. Die entsprechenden Theorien und Gedanken von Karl Marx und Friedrich Engels dürften nicht auf präindustrielle, fast archaische Bausubstanzen angewendet werden.

Falls keine stabilere soziale und wirtschaftliche Grundlage geschaffen wird, kann die Altstadt Harars nicht erhalten werden. Da im Hinblick auf eine langfristige Erhaltung die bauliche und die Belegungsdichte reduziert werden müssten, würde dazu auch die Schaffung von neuem Wohnraum in größerem Umfang außerhalb der Altstadt in neuen Quartieren gehören. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass irgendeine externe Institution Erneuerung und Unterhalt der historischen Stadt Harar als permanente Aufgabe sicherstellen und die Erstellung von neuem Wohnraum gewährleisten würde.

Eine weitere zentrale Frage ist, für wen die wertvollen Teile der Altstadt erhalten werden sollen. Da sie Ausdruck der historisch gewachsenen Stadtkultur der Adere sind, was die Häuser<sup>7</sup> (Abb. 4 – 8) und das Prinzip der Wohnhöfe (Abb. 10, 11) mit einschließt (ursprünglich für Großfamilien; pro Ehefrau ein Haus, immer mit separatem Kochhaus, Aborte fehlten meistens), können sie nach meiner Überzeugung auch nur für und mit dieser Ethnie erhalten werden. Ein musealer Schutz ist für eine solche Altstadt ohnehin nicht möglich, und andere Ethnien sind weder motiviert noch interessiert, sie zu erhalten. Jedes sozioökonomische Modell müsste diese Prinzipien berücksichtigen. Sonst ist ein solches Unterfangen illusorisch und je länger die Debatte und die Fertigstellung des Masterplanes dauert, desto akademischer wird sie. Der zunehmende Verfall wird Planung und Debatte darüber einholen, wie sie verwirklicht werden könnte.

Rainer Lübben

## Straßenbenennungen um die Jahrhundertwende

### *Identifikationsversuche der besonderen Art*

Straßennamen sind, Denkmälern vergleichbar, Tresore des kollektiven Gedächtnisses. Doch während sich in den Denkmälern eine mehr emotionale Erinnerung an eine historische Person oder ein historisches Geschehen festmacht, kommen Straßennamen gelassener und weniger pathetisch daher, auch wenn sich an ihnen von Zeit zu Zeit die Geister scheiden. Der Straßename behauptet sich nicht als einmaliges Symbol, sondern teilt seine Bedeutung mit anderen, ist eingebettet in ein kollektives System weiterer Namen. Vor allem ist er, anders als das Denkmal, gebunden an ein Nutzobjekt – eben eine Straße –, mit dem der Bürger täglich Umgang pflegt. Somit partizipiert die Straße jenseits ihrer trivialen Zweckmäßigkeit an einem Orden, dem denkbar weitestverbreiteten überhaupt, eben jenem säkularen Orden der Straßennamensträger.

Als sich im letzten Drittel des Jahrhunderts die deutschen Städte auszudehnen begannen, sah man sich vor die Konsequenz gestellt, über Straßennamen nachzudenken. Der Bauboom nahm in den Jahrzehnten nach 1870 derartige Ausmaße an, dass es nicht mehr allein um die Benennung einzelner Straßen, sondern vielfach ganzer Viertel, so genannter Taufbezirke, ging. Die bisherige Übung, »gewachsene« Straßennamen – wie beispielsweise »Achtern Moor«, »Bei der blauen Brücke« oder »Im Äuelchen« -, die sich eng an jeweilige topografische Gegebenheiten, an Flur- und Gewinn-Bezeichnungen anlehnten, nur mehr amtlich zu bestätigen, hatte planmäßigen Benennungen Platz zu machen. Die ersten Bemühungen, Häuser und Straßen nicht sich selbst zu überlassen, sondern in Durchnumerierungen und Verzeichnissen zu ordnen und zu dokumentieren, datieren schon aus dem Ende des 18. Jahrhunderts. Hundert Jahre später hat das Geschäft der Straßenbenennung für die Stadtparlamente einen derartigen Umfang ange-

nommen, dass etwa Kölner Stadtverordnete um Befreiung von dieser als lästig empfundenen Tätigkeit baten.

Ab der Jahrhundertmitte wurden Straßen erstmals nach Personen benannt, eine Praxis, die allerdings keineswegs neu war. Vorbilder indessen waren bis dato Angehörige regierender Geschlechter. In Stuttgart etwa finden sich bereits 1811 Straßen nach einer Marie, einer Charlotte, einer Dorothee und einem Eberhard, allesamt aus dem württembergischen Herzogshaus. In Hannover existiert seit 1822 ein nach König Georg III benannter Georgsplatz. Die bis heute in Deutschland verzeichneten mehr als fünfzig Dorotheenstraßen und weit über hundert Luisen- und Friedrich- bzw. Friedrich-Wilhelm- oder Friedrich-Karl-Straßen lassen sich weitgehend auf die gleiche Handhabe zurückführen. Neu war jetzt allerdings, dass man die Chance begriff, die der Zwang nach Straßenbenennungen eröffnete: auf die Namen verdienstvoller, über den engeren Rahmen der Stadt und des Landes hinaus anerkannter Männer zurückzugreifen, denen man mit der Straßenbenennung ein Denkmal setzen konnte. Die Anfänge, datierend bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, sind bescheiden und muten zufällig an: Hier eine Goethe-, dort eine Schiller-, eine Mozart-, eine Uhland-, eine Gutenberg-, eine Feuerbach- oder eine Schelling-, ja selbst eine Senefelder- und Herschelstraße.

In den folgenden fünf Jahrzehnten geht diese Zahl in die Hunderte. Greifen wir als beliebige Beispiele nur sechs Städte heraus – Bremen, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart –, so finden wir allein in diesen Kommunen 200 Personennamen, die mit über 400 Straßen vertreten sind. Den Löwenanteil können Persönlichkeiten aus dem musischen Bereich für sich verbuchen, Schriftsteller, Komponisten und bildende Künstler.

Im Stichjahr 1918 – einem Jahr, das auch im Bereich von Straßenbenennungen eine auffällige Zäsur darstellt – hat sich ein bestimmter Kanon aus der deutschen Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts fest etabliert, der in erster Linie mit den Namen Lessing, Goethe, Schiller, Klopstock, Wieland, Herder, Kleist, Lenau, Rückert, Mörike, Uhland und Hauff umschrieben ist. Diese Gruppe ist landauf, landab nahezu überall vertreten.

Da die Vergabe von Straßennamen nicht spontan erfolgt und sich nicht als normschaffend versteht, sondern aus wohlüberlegten, durch Kompromisse ausgepödelten Beschlüssen kommunaler Parlamente resultiert, mithin affirmativ eine allgemeine öffentliche Meinung widerspiegelt, lässt sich aus dieser Liste ablesen, welchen Stellenwert die Gesellschaft seinerzeit noch Namen einräumte, die wir heute aus dem Auge verloren haben. So ziehen Geibel, Gellert und Seume 1918 noch quantitativ mit Herder und Kleist gleich. Dass unter den hervorragenden Autoren als einziger Georg Büchner fehlt, ist nicht verwunderlich, wird er doch selbst in Standardliteraturgeschichten jener Jahre nicht einmal namentlich erwähnt. Seine Stücke erlebten ihre Uraufführungen erst im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Jahr 1918 ist gewissermaßen eine Grenze gezogen. Wenn »moderne« Autoren noch gänzlich fehlen, so entspringt das einer durchgängigen Abneigung, Straßen nach lebenden Personen zu benennen. Eher gilt der Grundsatz, dass selbst verstorbene Persönlichkeiten eine »Inkubationsphase« im allgemeinen Bewusstsein zu durchlaufen haben, ehe sie als Straßennamen zur Disposition stehen.

Auch im Bereich Musik reflektieren die ins Straßennetz integrierten Namen den Kanon der großen Meister Bach, Händel, Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn und Schumann. Auffälligerweise wurde hier, die gängige Praxis durchbrechend, in zwei Fällen Gegenwarts Komponisten ein Denkmal gesetzt: Bereits zwei Jahre nach seinem Tode findet sich Johannes Brahms zunächst in Karlsruhe und kurz darauf in weiteren Städten als Straßename verewigt, Zeichen seiner außerordentlichen Wertschätzung. In noch

stärkerem Maße trifft dies auf Richard Wagner zu, dem Bremen 1875 noch zu Lebzeiten eine Straße einrichtete, wofür sich dieser mit einem Dankschreiben erkenntlich zeigte. Dass sich in diesen beiden Komponisten, die das Musikpublikum in zwei sich befehdende Lager spaltete, eine tief greifende kulturelle Kontroverse manifestierte, wird den Stadtparlamenten kaum bewusst geworden sein; und doch lässt sich – über den Umweg einer Analyse von Straßenbenennungen – an jener ungewohnt prompten Datierung ablesen, was vor 100 Jahren den Zeitgeist bewegte.

Gemessen an den Schriftstellern und Komponisten glückte es bildenden Künstlern nur marginal, im Netz der Straßen Fuß zu fassen. Die Auslese mutet – mit Holbein und Dürer an der Spitze – unsicher und zufällig an. Philosophen, Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und Männer, die sich um das Gemeinwohl Verdienste erworben haben, sind dagegen relativ gut vertreten. Unter den Philosophen ist mit Kant, Fichte, Hegel, Schelling, Leibniz und Schopenhauer die Riege der großen Namen abgedeckt. Unter den Gemeinwohlstiftern stechen die Pädagogen Pestalozzi und Adolf Diesterweg hervor. In den Bereichen Wissenschaft und Technik sind es Kepler, Gutenberg, Gauß und Liebig, die am meisten genannt werden, sowie überraschenderweise Gabelsberger und Helmholtz. Die Erschaffung der Kurzschrift durch den bayerischen Kanzleibeamten Franz Xaver Gabelsberger (1789 – 1849) galt offenbar als ein Ereignis von derart revolutionärer Relevanz, dass sie, gemessen an ihrem Platz, im System der Straßennamen ebenbürtig neben der Gutenbergschen Buchdruckerkunst rangiert. Finden hier die Schrittmacher der Informationstechnik auf breiter Front Anerkennung, so wäre von daher eine kontinuierliche Linie zu den Erfindern von Telegraf (1843) und Telefon (1876) – Morse, Bell und Edison – zu erwarten; doch ist bis 1918 Morse nur vereinzelt (Frankfurt 1911), Edison erst viel später und Bell in deutschen Straßennetzen bis heute überhaupt nicht vertreten. Dass statt ihrer der um die Telegrafie verdiente Werner von Siemens bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts mehrfach für straßennamenswürdig befunden wurde, ist zwei-

fellos seiner deutschen Abstammung zuzuschreiben, reicht doch der Blick vor 1918 fast ausnahmslos nicht über die deutschen Grenzen hinaus. Auffallend ist die Repräsentanz des Universitätsprofessors und Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg, Hermann Helmholtz (1821 – 1894), dessen Forschungsergebnisse auf den Gebieten der Physik und Physiologie, sofern es denn nicht banalerweise lediglich seine Erfindung des Augenspiegels war, dem Zeitgeist als derart bedeutsam erschienen sein müssen, dass ihm Karlsruhe bereits zwei Jahre nach seinem Tode eine Straße zueignete.

Auch die frühen Straßenbenennungen nach dem Grafen Zeppelin – unter Nichtbeachtung der üblichen »Inkubations«-periode taucht sein Name schon ein Jahrzehnt nach dem Aufstieg des ersten Luftschiffs (1900) und etliche Jahre vor dem Grafen Tod (1917) mehrfach auf – legen Zeugnis ab von dem imponierenden Eindruck, den seine Erfindung auf die Zeitgenossen machte. Sein Name überschattete quantitativ den Otto Lilienthals, dem mit seinen Gleitflügen freilich das fliegerische Erstrecht vorbehalten gewesen wäre. Zwar existieren 1918 auch schon vereinzelt Lilienthalstraßen, doch nahm man es mit der Datierung offenbar nicht so genau; maßgebend war vielmehr das spektakuläre Großereignis des Zeppelinschen Luftschiffs. Das Bild, das sich darbietet, war so anschaulich und imposant, artikuliert so exemplarisch die Exzellenz deutscher Technik, dass sich der Name rasch ins Legendäre steigerte und sich damit Anwartschaft auf einen Platz im Straßensystem sicherte. Die Affinität von Straßenbenennungen zur Mythenbildung liegt der Hand. Mit der Luftschiffikone konnte sich nicht einmal das Automobil messen: Diesel und Otto, die ihm ins Leben verhalfen, mussten sich mit abgeschlagenen Plätzen hinter Zeppelin begnügen.

Frauen kommen in deutschen Straßennetzen bis 1918 nicht vor. Sucht man nach Namen von Ausländern, so ist die Ausbeute bescheiden. Lediglich eine Reihe von Naturwissenschaftlern globalen Ranges – wie Morse, Bessemer, Volta – haben schon bis 1918 ihren Niederschlag in deutschen Kommunen gefunden. Im kulturellen Bereich dagegen beschränkt sich das Gesichtsfeld

weitestgehend auf Deutsche, von wenigen, nur vereinzelt anzutreffenden Ausnahmen abgesehen, die aber im öffentlichen Bewusstsein wohl kaum als »Ausländer« wahrgenommen worden sind, etwa Erasmus, Calvin, Rembrandt, Rubens. Diese, in den folgenden 80 Jahren sich zwar öffnende, aber dennoch begrenzte und von einem gleichsam porösen Zufallsgedächtnis bestimmte Wahrnehmungsbereitschaft tritt ganz besonders zutage, wenn wir uns Straßennamen zuwenden, die sich von Personen der Geschichte und Zeitschichte, Politikern und Militärs, herleiten.

Neben dem Sortiment an Namen aus den Bereichen der Wissenschaft und der Musen macht sich nämlich eine Gruppe bemerkbar, die als symptomatisch für den Bewusstseinsstand im Deutschland des ausgehenden Jahrhunderts bezeichnet werden kann. Da die Gründung des Deutschen Reichs 1871 zeitperiodisch mit dem Boom der Bautätigkeit zusammenfällt, spiegelt die Straßenbenennung weitgehend die Mentalität dieser Jahre wider, die sich um zwei Pole gruppiert. Der erste Pol ist gegenwartsorientiert. Dabei treten drei Personen auffallend in den Vordergrund, die sich bis 1918 ausgeprägt häufig in der Namengebung wieder finden: Bismarck, Moltke und Roon. In der Hälfte von 16 Städten (die als Basis einer Hochrechnung dienen) leiht Bismarck bereits vor seinem Tod 1898 einer Straße bzw. einem Platz seinen Namen, eine im allgemeinen durchaus unübliche Verfahrensweise. Es kann davon ausgegangen werden, dass wenigstens 70% aller heute existierenden Bismarckstraßen (insgesamt ca. 150) vor 1918 das Licht der Welt erblickten. Wie mit einem Bismarck, so wächst ein Großteil der deutschen Stadtbevölkerung auch heute noch mit dem Namen Moltke auf, ein Wort, mit dem in weiten Kreisen inzwischen wohl nur mehr eine Straße assoziiert wird und kein einstiger Strategie der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71.

Bedarf die dominante Position Bismarcks keines Kommentars – bis auf die Tatsache, dass er bereits zu Lebzeiten den für die Straßenbenennung gebotenen Status einer Denkmalsikone erlangt hatte –, und erscheint auch die des Generalstabschefs Moltke angesichts der das Bewusstsein der Gründerjahre prägenden preußischen und

deutschen Siege von 1864 bis 1871 begreiflich, so erstaunt den Beobachter unserer Tage hingegen die häufige Nennung des Grafen Albrecht von Roon, dessen Name prozentual gleich hinter Bismarck und Moltke rangiert. Dem öffentlichen Gedächtnis verloren, zehrt er allein in den Straßenstrukturen unserer Städte noch ein rudimentäres Dasein. Doch noch der Brockhaus von 1965 hält es für angebracht, seinen Artikel über Roon mit einem ergänzenden Fotoporträt zu versehen, das ihn in Uniform mit preußischem Orden am Halsband zeigt. Wie kein anderer demonstriert Roon (1803 – 1879) die Dominanz preußisch-militärischer Denkungsart jener Dutzennien. In die Geschichtsbücher ist der Kriegsminister und Ministerpräsident, ein strengkonservativer Altpreuße, als Hauptakteur in der so genannten »Konfliktzeit« im Jahre 1861 eingegangen. Dabei ging es, äußerlich gesehen, um die Reform des Heeres, die Roon gegen den Widerstand des Landtags, der die benötigten Kredite zu bewilligen hatte, durchzusetzen versuchte. Für ihn, den königstreuen Traditionalisten, galt das Heer, ganz noch im Geiste des Soldatenkönigs, als Domäne des Throns, und es war ihm unerträglich, dass es überhaupt der Mitsprache des Parlaments in Militärangelegenheiten bedurfte. Dass die Schlüsselfigur Roon sich schon vierzig Jahre später als Träger von Straßennamen durchgesetzt hat, bezeugt einen bemerkenswerten Wandel im öffentlichen Bewusstsein; es hatte sich in dieser Periode von einer im preußischen Landtag noch dominierenden demokratischen Gesinnung zum Denken in militärischen Machtkategorien gemausert. Die demokratischen Stimmen hingegen, die sich 1861 im preußischen Landtag Roon scharf widersetzt hatten, blieben für die Straßennamengebung tabu; Lediglich Schulze-Delitzsch, eine führende Figur der Deutschen Fortschrittspartei, fand vor 1918 spärliche Aufnahme; erst viel später besann man sich seiner.

Die Entwicklung in Deutschland ist nicht singular. Eine ähnliche, an aktuellem politischen Geschehen orientierte Benennungsstrategie lässt sich bereits achtzig Jahre zuvor in Frankreich beobachten. Finden sich dort schon vor der Französischen Revolution im Zuge einer Selbstvergewisserung aus dem Geiste der Aufklärung entstan-

dene kleine Gefüge von Schriftstellernamen, die sich traubenförmig um die Comédie Française und andere Theater in der Provinz gruppieren, so geht man zu Beginn der neunziger Jahre zu Umbenennungen größeren Stils über: Namen, die an das Ancien Régime erinnern, werden durch mythisch aufgeladene Begriffe der Revolution ersetzt: »Place Louis-XV« wird zu »Place de la Révolution«, der »Pont Notre-Dame« zur »Pont de la Raison«, die »Rue Honoré-Chevalier« zur »Rue Honoré-Égalité«. Doch im Gegensatz zu Deutschland achtzig Jahre später kommt es nicht zu großflächigen Benennungsaktionen, weil sich der Veränderungswille auf Umbenennungen bestehender Straßen beschränkt und nicht auf namenheischende Neubaugebiete rekurrieren kann.<sup>1</sup>

Wenden wir uns nun dem zweiten Pol zu, um den die Straßenbenennungen während der Gründerzeit kreisten: Der Blick zurück in die Geschichte. Anders als vielleicht zu erwarten, entstammt das Personal, auf das man sich stürzt, keineswegs der älteren Geschichte. Die Auswahl richtet sich nicht auf Figuren, die in die Aura des Mythisch-Legendären entrückt erscheinen wie etwa den Cheruskerfürsten Karl den Großen oder Barbarossa. Diese sind zwar auch zu finden, doch setzt sich das Hauptensemble, dem man besondere Aufmerksamkeit schenkte, aus Personen des frühen 19. Jahrhunderts zusammen, nahezu ausschließlich der Zeit der Freiheitskriege von 1813 entnommen. Die Erinnerung an den Aufbruchgeist jener bedeutungsschweren Periode war über Jahrzehnte seiner verhinderten Einlösung hinweg traumatisch lebendig geblieben, und so tritt nun ein charakteristisches, in sich kohärentes Spektrum von Staatsmännern, Politikern, Militärs, Philosophen und Autoren aus jener Zeit aufs Straßen-Tablett.

Jahn, das zu den meistgenannten Straßennamenspatronen zählt. Dass gerade diese sich aus

<sup>1</sup> Nach D. Milo, Street Names, in: P. Nora (Hrsg.), Reals of Memory, The Construction of the French Past, New York 1997; engl. Übersetzung der franz. Originalausgabe »Lieux de Mémoire«, Paris 1992.

der Fülle des Namensangebots herausheben, dürfte weniger auf ihre philosophische oder poetische Leistung zurückzuführen sein, als vielmehr auf den sie verbindenden patriotischen Tenor. »Es ist die Herrschaft Napoleons gewesen, die das klassisch-romantische Nationalgefühl und -bewusstsein der Deutschen politisch gemacht hat«, heißt es bei Thomas Nipperdey, »sie wurde als Fremdherrschaft, als Unterdrückung und Ausbeutung erfahren.«<sup>2</sup> Johann Gottlieb Fichte (1762 – 1814) setzt den durch »Welsches« deformierten Franzosen die Deutschen als ein »Urvolk« entgegen. Seine spezifische Staatsidee sieht in Bildung und Kultur wesentliche, nationale Elemente des Staates. Ernst Moritz Arndt (1769 – 1860), Schüler Fichtes in Jena, preist die Überlegenheit des Deutschen in Liedern, Zeitschriftenartikeln und Flugschriften. Einflussreicher als Fichte und Arndt war als Dritter unter den nationalistischen Protagonisten der »Turnvater« Friedrich Ludwig Jahn (1778 – 1852), und entsprechend groß war das Echo, mit dem ihm schon vor 1918 ein entsprechender Platz im Straßennetz deutscher Städte zuteil wurde. Die Anzahl der nach ihm benannten Straßen rangiert an hoher Stelle, womit er nach dem absoluten Spitzenreiter Schiller die zweite Position noch vor Goethe einnimmt.

Die Wertschätzung Arndts wie Jahns, die in der Restaurationszeit beide wegen ihres aktiven Engagements für die Burschenschaften verfolgt wurden – dieser wurde inhaftiert, jener von seinem Professorenamt suspendiert –, wirft ein Licht auf die verschlungenen Wege, welche historische Entwicklungen gehen können. Die Ironie der Geschichte will, dass Jahn und Arndt sich von einer Obrigkeit, deren polizeiliche Maßnahmen sie seinerzeit zu erleiden hatten, nun, gegen Ende des Jahrhunderts, in den Rang von Straßennamensträgern erhoben wurden, und zwar in privilegierter Position.

Arndt wie Jahn saßen 1848/49 als Abgeordnete im Frankfurter Paulskirchenparlament, doch dürfte diese Tatsache wohl kaum als Aus-

wahlkriterium bei der Straßenbenennung mitgespielt haben, sucht man doch nach anderen Protagonisten der 48er-Revolution (etwa Blum, von Gagern, Heckel, Kinkel u. a. m.) auf den Straßen vergebens. Die Revolution war nach 1849 im »Jahrzehnt entfesselter Polizeistaatlichkeit« erstickt. »Als selbständiges Thema blieb (sie) bis in die frühe Kaiserzeit hinein heikel.«<sup>3</sup> Ebenso wenig kann Ludwig Uhlands frühe Integration in die Straßensysteme auf seine politischen Aktivitäten in der Revolution – er war nicht nur Abgeordneter, sondern zeitweilig auch Präsident der Nationalversammlung – zurückgeführt werden. In 12 von 17 stichprobenhaft untersuchten Städten ist er bereits vor 1900 vertreten, in vier davon schon vor 1870. Uhlands enorme Volkstümlichkeit, die andere bedeutendere Autoren seiner Epoche weit hinter sich ließ, erklärt sich aus der ihm eigenen Art, in Balladen (»Des Sängers Fluch«) und (teils vaterländischen) Gedichten (»Ich hatt' einen Kameraden«) einen eingängigen Ton anzuschlagen, den Nipperdey als »bürgerlich gezähmte, ehrlich kräftige Romantik« beschreibt. Gegenwärtig gibt es mehr als 180 Umlandstraßen bzw. -plätze in deutschen Landen, gegenüber rund 150, die etwa nach Eichendorff, einem weiteren Spitzenreiter, und rund 133, die nach Kleist benannt sind. In dieser gemütvolltemperierten Gemengelage drückt sich vielleicht am genauesten das Gesinnungsmilieu in deutschen Landen aus, das als Kontinuum den Bogen vom Beginn bis zum Ausklang des 19. Jahrhunderts spannt.

Neben Uhland, Jahn, Arndt und Fichte griff man des Weiteren mit Vorliebe auf Militärs der Freiheitskriege zurück. Vielfach werden Blücher, Scharnhorst, Gneisenau und Yorck genannt; daneben auch andere, wenngleich minder häufig: Schill, Lützow, Nettelbeck, Clausewitz. Dadurch kommt es zu einer Ballung von Namen, die sich auffällig, ja einmalig abhebt von Persönlichkeiten aus anderen Bereichen; sie verweist um ein Weiteres auf den hohen Stellenwert, den das Jahr 1813 – die Befreiung von der napoleonisch-fran-

<sup>2</sup> Th. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800 – 1866*, München 1993.

<sup>3</sup> W. Siemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt a.M. 1985.

zösischen Hegemonie – auf der Suche nach Merkmalen zur Identitätsfindung der deutschen Gesellschaft im Ausgang des 19. Jahrhunderts innehatte. Auch Figuren wie die preußischen Reformer Hardenberg und vom Stein treten gehäuft in Erscheinung, wenngleich sich einige nicht-preußische Städte (wie Dresden, Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe) von ihnen freigehalten haben. In diesen Zusammenhang gehört auch der 22-jährig als Lützowscher Jäger gefallene Dichter Theodor Körner (»Das Volk steht auf, der Sturm bricht los«). Alle Genannten waren schon vor 1918 mit bemerkenswert hohen Prozentzahlen in den Orden der Straßennamensträger aufgenommen, Körner bereits mehrfach vor 1875 als einer unter den ersten überhaupt, nach denen Straßen benannt wurden. Zu erwähnen ist schließlich noch der gleiche Töne anschlagende und heute gänzlich vergessene Verfasser patriotischer Lieder Max von Schenkendorff, der quantitativ zwar nicht gleich rangiert, auf den sich aber, nachdem diese Entwicklung mit Ende des Ersten Weltkrieges abgeschlossen schien, der Nationalsozialismus in den 30er Jahren mehrfach zurück besann. Bevor das »Dritte Reich« bestimmte völkische Namen reaktualisierte, warteten die Zwanziger Jahre noch mit Nachzüglern auf (Fichte, Arndt, Jahn, Gneisenau, Yorck u. a. m.), wobei es schwer fällt zu bestimmen, ob es sich dabei um das träge Fortsetzen von Gewohnheiten oder um das bewusste Setzen nationaler Akzente handelt.

In einem Artikel weist der Cambridger Historiker Christopher Clark nach, dass es hinsichtlich der Freiheitskriege von 1813 im öffentlichen Gedächtnis keinen Konsens, sondern von Anfang an gebrochene Perspektiven gab (»The ›memory‹ of

war in early-nineteenth-century Prussia was both politically divided and socially fragmented«).<sup>4</sup> In dem Zeitraum 70 bis 100 Jahre später spielen bei den Verfahren der Straßenbenennung solche Differenzierungen keine Rolle mehr. Statt dessen präsentiert sich ein grobschlächtiges Raster von Namen, Endprodukt eines Aussieblingsprozesses aus dem Repertoire des nationalen Gedächtnisses.

Die Analyse von Straßennamen ist auf quantitative Befunde angewiesen. Zwar ist die Palette an Namen, die uns heute in Straßennamensregistern entgegentritt, enorm reichhaltig und ging selbst in der Anfangsphase, die wir mit dem Stichjahr 1918 als abgeschlossen betrachten, schon in die Hunderte, wobei naturgemäß auch weniger gängigen Personen Referenz gezollt wurde. Entscheidend für die Diagnose des »Zeitgeistes« sind indessen die zahlenmäßigen Spitzenreiter als Zeugnisse eines breiten nationalen Konsenses. Unter diesen schälen sich, wie wir sahen, im Stichjahr 1918 drei Kategorien heraus: Militärs der Freiheitskriege 1813; Agitatoren des Patriotismus / der Deutschtümelei sowie Militärs und Politiker der Jahre 1861 bis 1898 (Bismarcks Tod).

Es ist dieses Konglomerat, mit dem das Deutschland der Periode 1871 – 1918, als Zweites Kaiserreich ein Neuanfang, sich selbst Identität als geschichtliches Subjekt zu vermitteln trachtete, ein Vorgang, den der Historiker Hobsbawm »Invention of Tradition« nennt. Denn mit der Etablierung eines solchen Namensregisters wird ja nicht nur dem historischen Gedächtnis Genüge getan, sondern wird auch an kommende Geschlechter ein normatives Gefüge weitergegeben, an das sich der Stadtbewohner gleichsam von Geburt an ausgeliefert sieht und mit dem er täglich Umgang zu pflegen hat.

<sup>4</sup> Chr. Clark, *The Wars of Liberation in Prussian Memory: Reflections on the Memorialization of War in Early Nineteenth-Century Germany*, in: *The Journal of Modern History*, Chicago, Vol. 68, Nr. 3, September 1996.

## Autoren

BURKHARD HOFMEISTER; Prof. Dr. em.; Studium an der FU Berlin und den Universitäten Wisconsin und Utah. Seit 1971 Professor für Geographie an der TU Berlin. Von 1979 – 1982 Vorsitzender der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin; Ehrenmitglied der Société de Géographie de Paris. Zahlreiche Veröffentlichungen und langjährige Mitarbeit in der Redaktion dieser Zeitschrift.

RENATE MARIA KELLER; Dipl.-Ing. Architektin; 1989-92 wiss. Mitarbeiterin an der TU Berlin, Fachgebiet Bauten des Gesundheitswesens; seit 1989 freie Tätigkeit als Architektin, städtebauliche Planungen sowie Planung und Realisierung von Hochbauten; seit 1992 zusätzlich Vorbereitung, Durchführung und Koordination von Wettbewerben; seit 1998 auch als Sachverständige für die Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken tätig.

RAINER LÜBBREN; Studium der Theater-, Literatur- und Musikwissenschaft in München. 1955 Promotion; 1959-1966 Dramaturg an mittleren Bühnen. 1966-1995 Leiterpositionen bei den Goethe-Instituten in Sydney, Toronto und Amsterdam. Verschiedene Veröffentlichungen über den Realismus im modernen Drama in der »Neuen Rundschau«. Seit 1995 im Ruhestand und Arbeit an einem Projekt über Persönlichkeiten im Spiegel von Straßennamen.

FRITZ STUBER; Architekt und Stadtplaner, Urbanistics, Zürich; studierte an der Hochschule für Gestaltung in Ulm Architektur, an der Harvard Universität in Cambridge, Mass. Städtebau und an der ETH Zürich Raumplanung. War praktisch und beratend tätig in verschiedenen Ländern. Gastprofessor an Universitäten der USA und in Australien, wo er Gründungsprofessor für ein neues post-graduate Ausbildungsprogramm in Städtebau an der Universität Sydney war.

HANNES TANK; Studium der Wirtschaftswissenschaften in Marburg, Hamburg, London und Köln; Promotion; berufliche Tätigkeiten in Industrie und Dienstleistungsunternehmen, Geschäftsführung einer regionalen Planungsgemeinschaft; Vertiefungsstudium »Raumordnung« an der Hochschule für Welthandel in Wien; langjährige Tätigkeit im Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Besprechungen

Helmut Asmus, 1200 Jahre Magdeburg. Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt, Bd. 1: Die Jahre 805 bis 1631, Magdeburg: Scriptorum Verlag 2000, zahlr., meist farbige Abb., 584 S.

»Otto der Große, Magdeburg und Europa« ist das Thema einer großen Ausstellung, die vom 27. August – 2. Dezember 2001 im Kulturhistorischen Museum Magdeburg zugleich an die Bedeutung Magdeburgs als eines der führenden Herrschaftszentren im 10. Jahrhundert erinnert, und für das Jahr 2005 plant Magdeburg seine auf die erste schriftliche Erwähnung im Kapitular von Diedenhofen zurückgehende 1200-Jahrfeier. »1200 Jahre Magdeburg« für einen breiten Kreis historisch interessierter Leser darzustellen, ist daher das Anliegen eines umfassend angelegten, opulent ausgestatteten Werkes, dessen bisher vorliegender erster Band bis zur Zerstörung der Stadt durch die Truppen Tillys 1631 führt.

Eine Interpretation der im Kapitular von 805 genannten »Magadoburg« als karolingische Grenzfeste und Stapelplatz für den Slawenhandel leitet den Band ein, dessen 1. Kapitel sich Magdeburg als »Metropole der Ottonenkaiser« widmet. Hier erfahren wir von der Gründung und Ausstattung des Mauritiusklosters durch Otto I., können in Rekonstruktionen und Skizzen den Aufbau des Kaiserpalastes und die Lage früher Siedlungszentren nachvollziehen, von der Erhebung Magdeburgs zum Sitz eines Erzbischofs lesen und einen Einblick in die Stellung Magdeburgs während der Slawenaufstände der späten Ottonenzeit gewinnen.

Im 2. Kapitel über die »Residenz der Erzbischofe« werden zunächst detailliert die zu den Merkmalen eines Bischofssitzes gehörenden Klos-

ter- und Stiftsgründungen aufgeführt, während die Entwicklung der hochmittelalterlichen Stadt und des neben dem Fernhandel entstehenden Regionalmarkts im wesentlichen in Analogie zum allgemeinen Forschungsstand erschlossen wird. Ausführlich, und den Rahmen einer Stadtgeschichte allenfalls unter dem Oberbegriff »Residenz« tangierend, wird der Expansion des hochstiftischen Territoriums und dem reichspolitischen Einfluss der Erzbischofe in der Stauferzeit nachgegangen, der sich auch im aufblühenden Hofleben und in kulturellen Leistungen – getragen vom Neubau des 1207 abgebrannten Domes und von den Scriptorien der Klöster – widerspiegelte.

Der Stadt und ihren Einwohnern widmet sich das mit »Magdeburger Recht und Stadtfreiheit« überschriebene 3. Kapitel, das im einleitenden Abschnitt – durch Stadtpläne anschaulich unterstützt – die topographische Entwicklung der von einer ca. 5.000 m langen Mauer umgebenen Stadt zeigt, deren Bevölkerung sich zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert von etwa 10.000 auf ca. 20.000 Einwohner verdoppelte. Das für viele Städte beispielgebende Magdeburger Recht und die seit dem 12. Jahrhundert den Innungen verliehenen Selbstverwaltungsprivilegien leiten über zur Darstellung der »Bürgergemeinde auf dem Weg zur städtischen Autonomie«. Im Gegenzug für die Unterstützung des Erzbischofs in den im einzelnen aufgezählten kriegerischen Auseinandersetzungen des 13. Jahrhunderts erlangte die Bürgerschaft 1293/94 bestimmenden Einfluss auf die Besetzung des Schöffenstuhls als Gerichtsinstanz, von dem der aus Mitgliedern der Innungen bestehende Rat für die Verwaltung der Stadt getrennt wurde, und mit dem Erwerb von Schultheißen- und Burggrafenamt gewann Magdeburg weitere bislang stadtherrliche Rechte.

Die Erzbischöfe des frühen 14. Jahrhunderts verstanden es dann aber, in teilweise blutigen Auseinandersetzungen der Entwicklung Magdeburgs zur reichsunmittelbaren Stadt entgegenzutreten und bestanden auf dem seit 1333 von Rat und Bürgerschaft zu leistenden Huldigungseid. Die auch danach nicht abbreißenden Bestrebungen der erzbischöflichen Landesherren, ihren Einfluss auf Magdeburg zu verstärken, werden ausführlich, vor allem nach der Magdeburger »Schöppenchronik«, referiert. Und Ereignisgeschichte, in der neben den Städtebünden und den Beziehungen zur Hanse das Hochstift eine dominierende Rolle spielt, bestimmt auch die Darstellung des Spätmittelalters.

Den einzelnen, früh und rasch aufeinander folgenden Schritten zur teilweise tumultuarisch verlaufenen Einführung der Reformation, die Magdeburg erneut zur Lösung von landesherrlicher Hoheit zu nutzen suchte, widmet sich das letzte und umfangreichste Kapitel des Bandes. Minutiös wird darin auf die Folgen der konsequent betriebenen Religionspolitik, die Verhängung der Reichsacht und die (vergebliche) Belagerung der Stadt 1550/51, eingegangen. Im Dreißigjährigen Krieg zunächst um Neutralität bemüht, ging Magdeburg nach der die Vorherrschaft des Patriziats beendenden Verfassungsänderung von 1630 ein Bündnis mit Schweden ein, das im darauf folgenden Jahr zur Belagerung durch kaiserliche Truppen und dem »Untergang des mittelalterlichen Magdeburgs« führte.

Entstanden ist eine weithin deskriptive, dem chronologischen Ablauf folgende und die Geschichte des Hochstifts einbeziehende Darstellung, die durch in den fortlaufenden Text eingefügte, optisch deutlich abgesetzte Exkurse einzelne Themen vertieft. Hier, wie auch auf den Vorspalten, finden sich Quellentexte, historische Erläuterungen von Begriffen, Beiträge zu Biographien oder zu topographischen Entwicklungen, für die ein das Nachschlagen erleichterndes, der Fortsetzung des Werkes zu wünschendes Register vermisst wird. Im Anhang nachgewiesen werden nur die Belegstellen für wörtliche Zitate, während im übrigen das ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis der Information dienen kann. Besonders hervorzuheben ist die vorzügliche

und reichhaltige Ausstattung des Bandes mit historischen und aktuellen, vorwiegend farbigen Abbildungen, unter denen die zahlreichen Detail- und Ensemblefotos von Plastiken, Monumenten und Gebäuden von Jürgen Buchholz einen eigenen Stellenwert beanspruchen dürfen. Nicht zuletzt dank seiner abwechslungsreichen und dadurch informativen Gestaltung vermittelt der Band einen anschaulichen Eindruck von den die Geschichte Magdeburgs bis 1631 prägenden Ereignissen.

Ulm

Hans-Eugen Specker

Carsten Seifert / Harald Bodenschatz / Werner Lorenz, *Das Finowtal im Barnim. Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie*, hrsg. von der Stadt Eberswalde, Berlin: Transit Buchverlag 2. Aufl. 2000, Illustrationen, 128 S.

Der Finowkanal liegt nördlich von Berlin im brandenburgischen Barnim. Die Wasserstraße verbindet die Havel mit der Oder. Der Kanal, der schon Vorläufer im 17. Jahrhundert hatte, wurde im 18. Jahrhundert unter Friedrich dem Großen angelegt. Vom 18. bis zum 20. Jahrhundert entwickelte sich entlang der Wasserstraße ein bedeutende industrielle Kulturlandschaft, deren Zentrum in und um Eberswalde lag. Man sprach vom »Märkischen Wuppertal«. Die Vf. haben ein quellengetränktes Werk geschaffen, dessen Detailreichtum sich vor dem Rahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Industriegeschichte ausbreitet. Die immense Datenflut hat stellenweise Handbuchcharakter. Eine reichhaltige Bebilderung illustriert und erschließt den Text. Leider fehlt zur Groborientierung eine Übersichtskarte der märkischen Wasserstraßen. Neben der allgemeinen Geschichte des Finowkanals wird am Beispiel von zwei Industrierwerken, der Eisenspalterei und der Papierfabrik Wolfswinkel, die lange Geschichte der metallverarbeitenden und papierzeugenden Branchen in Eberswalde vorgestellt. Die Vf. schildern ausführlich die sich im Laufe der Zeit wandelnden Besitz- und Produktionsverhältnisse. Wie so häufig andernorts in der

ehemaligen DDR kam das Aus für diese traditionsreichen Betriebe in der ersten Hälfte der 1990er Jahre.

Neben der Dokumentation des Historischen ist es den Vf. ein besonderes Anliegen, auf den Denkmalwerte der noch erhaltenen Anlagen hinzuweisen. Der Beschluss der brandenburgischen Landesregierung, die Landesgartenschau 2002 in Eberswalde auszurichten, mag zu einer Revitalisierung der geschichtsträchtigen Orte der Stadt beitragen und vielleicht sogar zu einem gewissen überregionalen Bekanntheitsgrad führen, was dringend geboten wäre. Die Vf. stellen nämlich bedauernd fest, dass »die Kenntnis der Bedeutung der ältesten Industrielandschaft der Mark Brandenburg zwar nicht vor Ort, aber in Berlin und jenseits von Brandenburg verlorengegangen« sei (S. 48). In der Tat kann man mit dem vorliegenden Werk nicht nur inzwischen verlorengegangene Kenntnisse auffrischen, sondern auch ganz neue Einsichten gewinnen. Das gilt besonders für das Oeuvre des bedeutenden Landschafters des frühen 19. Jahrhunderts Carl Blechen. So werden das Gemälde »Walzwerk Neustadt-Eberswalde« und zahlreiche Zeichnungen des Künstlers reproduziert. Letztere zeigen u. a. verschiedene Ansichten der Eisenspalterei mit ihren markanten Schornsteinen. Dies eröffnet interessante Perspektiven auf die Werkstatt eines Künstlers, der sich des faszinierenden Themas »Industrielandschaft« angenommen hatte. Den Vf. ist ein vorbildliches Werk gelungen. Man wünscht sich für andere Industrieregionen Deutschlands ähnlich fundierte Darstellungen.

Stuttgart

Winfried Mönch

Holger Barth (Hrsg.), *Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag 2001, 343 S., zahlr. Abb., 343 S., ISBN 3-496-01235-8, DM 70.-.

Mit der »Grammatik sozialistischer Architekturen« legt das Institut für Regionalentwicklung

und Strukturplanung in Erkner bereits, nach dem ebenfalls von Holger Barth herausgegebenen Band »Projekt sozialistische Stadt« (Berlin: Dietrich Reimer Verlag 1998), den zweiten Sammelband mit Aufsätzen zur Architektur- und Stadtplanungsgeschichte der DDR vor. Die Beiträge wurden auf den seit 1997 stattfindenden Werkstattgesprächen des Instituts vorgestellt, das sich als Diskussionsforum für neue, interdisziplinäre Ansätze versteht.

Der Band vereint 21 Aufsätze, die den Abschnitten Sozialistische Entwicklungspfade, Architektur als politische Kultur, Denkmalpflege und Stadterneuerung sowie Biografische Antworten auf historische Zäsuren zugeordnet sind. Dass es dabei nicht um eine summierende Vorstellung neuerer Forschungsarbeiten allein gehen soll, macht der Herausgeber in seinem Vorwort deutlich. Barth plädiert für die Öffnung einer bisher zu stark auf kunst- und architekturgeschichtliche Fragen ausgerichteten Städtebauforschung hin zu einem »disziplinübergreifenden historischen Orientierungsrahmen« und schlägt dafür den Begriff der Grammatik vor, fragt also nach Funktionen und Strukturen. Dies würde eine Verallgemeinerbarkeit der Befunde und ihre Anwendung auf die Verhältnisse in den alten Bundesländern ermöglichen, wie sie Harald Bodenschatz im Nachwort einfordert. Die Frage, was in Architektur und Städtebau der DDR das eigentlich Sozialistische gewesen ist, bleibt für ihn zunächst, schon allein aufgrund der immer noch bestehenden zahlreichen Forschungslücken, offen.

Die Einzelbeiträge geben dazu zahlreiche Hinweise, füllen aber den vorgegebenen theoretischen Rahmen in der Regel nicht. Sie bieten jedoch reichhaltiges Material zur Geschichte des Planens und Bauens, der Stadt wie auch des ländlichen Raumes.

Besonders für die Stadtgeschichte weitet sich der Blick. Christoph Bernhard und Ingrid Apolinarski vergleichen Eisenhüttenstadt und Nowa Huta, die symbolbehafteten Aufbaustädte der Nachkriegszeit. Als eigenständige Wohnstädte neu gegründeten schwerindustriellen Kombinationen zugeordnet, sollten sie sowohl dem Leitbild der kompakten europäischen Stadt entsprechen, als auch Entwicklungskerne für eine sozialistische

sche Umgestaltung der Region sein. Eisenhüttenstadt als Ausgleich einer defizitären Industrialisierung, Nowa Huta als aggressive Gegengründung zum nahe gelegenen bürgerlichen Krakau machen wesentliche Unterschiede dieser typologisch ähnlichen Neustädte deutlich. Der hier angelegte Vergleich von Gründungsstädten sowjetischen Typs aus der Nachkriegszeit verweist in einem ersten Schritt auf die Notwendigkeit, nach der Lebensfähigkeit historisch determinierter, monostrukturell-funktionaler Neustädte unter veränderten Rahmenbedingungen zu fragen.

Im Gegensatz zu den Städten dieser »Gründerzeit« Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre steht Schwedt, das Philipp Springer untersucht, eine vom industriellen Wohnungsbau geprägte Stadt, die seit etwa 1960 in Zusammenhang mit dem Ausbau der Chemieindustrie in der DDR entstand. Springers Interesse gilt vor allem der inneren Stadtwerdung und den Mechanismen von staatlichem Herrschafts- und Gestaltungsanspruch einerseits, »eigensinniger« Stadtaneignung der Bewohner andererseits. Der für die DDR offenbar typische abrupte Wechsel von Phasen rasanten Aufbautempos und Stagnation zeigt sich auch in Schwedt. Was die Stadt von früheren gleichen Typs unterscheidet, ist die defizitäre Bildung einer Stadtgesellschaft, zu dem sowohl die mentale wie reale Ausrichtung auf den Arbeitsplatz, dazu aber auch das Fehlen einer gemeinsamen Aufbauerfahrung beitragen. Defizitäre Zentrumsbildung, zunehmende Alterung der Bevölkerung sowie ein, auch für andere DDR-Städte noch nicht untersuchter Bevölkerungsaustausch durch Mobilität bilden Vergleichsaspekte, denen näher nachzugehen wäre.

War Schwedt immer noch ein Prestigeobjekt des DDR-Städtepolitik, so geht der Beitrag von Carsten Behnke auf die Industrieprovinz der DDR ein. Ludwigsfelde, Industriestadt am südlichen Stadtrand von Berlin, war in der DDR, wie auch schon durch die Rüstungsindustrie im Nationalsozialismus, von industriellen Großstrukturen geprägt. Auch hier richtete sich die Bevölkerung und das städtische Leben nach dem Betrieb aus, ist eine defizitäre Zentrumsbildung zu beobachten – Behnke spricht von unvollendeter Stadtwerdung. Die Vernachlässigung vor allem der

kleineren Städte sowie der Mittelstädte korrespondiert mit dem erheblichen Einfluss der Großbetriebe auf die Stadtentwicklung, wobei diese trotz gegenteiliger theoretischer Auffassungen und nachfolgender konkreter Vereinbarungen offensichtlich primär betriebliche Interessen verfolgten; auch dies ein Aspekt, der den Vergleich herausfordert.

Die genannten Beiträge machen deutlich, dass erste Schritte zu einer vergleichenden Stadtgeschichte geleistet sind. Hinsichtlich der stärker architekturgeschichtlich ausgerichteten Beiträge werden vor allem zwei Forschungsfelder weiter ausdifferenziert: Das Thema der Suche nach einer eigenständigen »sozialistischen« Architektur in der ersten Hälfte der 50er Jahre nimmt Ulrich Hartung mit der Untersuchung des Traditionalismus als Geschichtsbezug in der frühen DDR-Architektur auf. Spezifischen, auf die DDR-Gesellschaft bezogenen Bauaufgaben wird erneut am Beispiel des Kulturhauses von Christine Meyer und Anke Kuhrmann nachgegangen, wobei letztere leider zu sehr auf der Ebene des Plädoyers für einen Erhalt des Berliner Palastes der Republik mit Hinweis auf die zeitgemäße Lösung der damaligen Bauaufgabe »zentrales Kulturhaus« verbleibt. Aufschlussreich sind die Beiträge über Funktionsbauten wie das Krankenhaus (Andreas Butter), den Schulbau (Ute Jochinke) und den Kirchenbau (Ilse Thiel), wobei bei letzterem vor allem die Quantität dieser politisch marginalisierten Bauaufgabe überrascht.

Der Band bietet zusammengefasst eine Fülle neuer Erkenntnisse, ermöglicht auch vergleichende Querbezüge vor allem durch die stadtschichtlichen Beiträge. In den Werkstattgesprächen des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung entwickelt sich, dies wird vor allem unter Einbeziehung des 1998 erschienenen ersten Protokollbandes deutlich, ein dichter werdendes Netz stadt- und architekturgeschichtlicher Ansätze, die sich schrittweise zu einem Gesamtbild verdichten. Der Band ermöglicht einen Einblick in die aktuellen Forschungsschwerpunkte der Stadtgeschichtsforschung sowie der Bau- und Stadtplanungsgeschichte, macht aber zugleich die Defizite vor allem hinsichtlich der Nutzungsgeschichte von Einzelbau-

ten und Bautypen, ja der Städte und Dörfer insgesamt deutlich.

Berlin

Andreas Ludwig

Barbara Hohn, *Stadtplanung in Japan, Geschichte – Recht – Praxis – Theorie*, Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 2000, gebunden, zahlr. Abb. und Kartenausschnitte, 616 S., geb. DM 168.–

Eingehendere Kenntnisse über die japanischen Städte sollten eigentlich zum Repertoire jedes weitblickenden Urbanisten gehören. Schließlich weist das asiatische Inselreich nicht nur einen der höchsten Verstädterungsgrade auf, sondern mit der Kanto-Region um Tokyo auch den bevölkerungsreichsten Ballungsraum der Welt. Abwinkende Kommentare, die mit der für japanische Städte typischen Bevölkerungsdichte begründet werden und auf der Annahme beruhen, dass angesichts der beengten Wohnverhältnisse und des Mangels an Grünflächen in den japanischen Städten Lebensverhältnisse herrschen, die wenig erstrebenswert seien, erweisen sich dagegen oft als vorschnelle Schlüsse. Schließlich haben die japanischen Großstadregionen einige Eigenschaften, die durchaus den auch in Europa als stadtplanerischer Konsens geltenden Zielvorstellungen entsprechen: So sind die Flächen intensiv genutzt, Verschwendung von Landschaft oder anderen Ressourcen sind selten; der Anteil der Busse und Bahnen am Gesamtverkehrsaufkommen ist hoch, der des automobilen Individualverkehrs dagegen vor allem in den Großstädten eher niedrig; die Bebauungsstrukturen sind in den meisten Quartieren kleinteilig und stark durchmischt; gerade die Wohnquartiere aber sind von intensiver sozialer Kontrolle und nachbarschaftlicher Identifikation geprägt; und insgesamt gelten die japanischen Städte als sozial gemischt, sicher und gut organisiert. Weisen damit Nippons Städte all die Eigenschaften auf, die wir unter urbanen Qualitäten subsumieren? Oder handelt es sich nur um Nebeneffekte der unerträglichen Dichte?

Es besteht also durchaus Anlass, sich intensiver mit der japanischen Stadtplanung zu beschäftigen. Doch selbst beim interessierten Fachpublikum sind die Kenntnisse über die Städte Japans oft weniger ausgeprägt als die über andere Industrienationen, nicht zuletzt weil die Beschäftigung mit diesem Land durch Verständigungsprobleme sowie eine geringe Auswahl an englisch- und erst recht an deutschsprachiger Literatur zum Thema erschwert wird. So groß die Zahl an Publikationen zum Oeuvre einzelner prominenter Architekten aus dem Inselreich ist, so selten sind Veröffentlichungen, die einen wirklichen Überblick über die Struktur japanischer Städte und die dortige Planungspraxis bieten. Wilhelm Flüchters »Stadtplanung in Japan« aus den siebziger Jahren war in diesem Bereich lange Zeit ein Standardwerk, das zwar nach wie vor lesenswert ist, aber eben leider nicht mehr aktuell. Diese Lücke soll nun das von Barbara Hohn als Habilitationsschrift verfasste »Stadtplanung in Japan, Geschichte – Recht – Praxis – Theorie« füllen.

Das durchgehend klar gegliederte Buch besteht im Wesentlichen aus drei Teilen, in denen die Geschichte der modernen japanischen Stadtplanung, deren rechtliche Grundlagen und schließlich anhand von Beispielen die Praxis der Stadterneuerung erläutert werden. Im ersten Teil wird die Entwicklung der japanischen Stadtplanung seit 1868 erläutert und dabei auch der ausländische Einfluss untersucht. Wie in allen organisatorischen und technischen Bereichen beschäftigten sich die Japaner im Zuge der Modernisierung ihres Landes auch im Planungswesen eingehend mit den Erfahrungen in anderen Ländern und analysierten diese systematisch auf ihre Übertragbarkeit. Dabei kam nicht zuletzt dem deutschen Baurecht eine wichtige Vorbildfunktion zu. Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts wurde das japanische Planungssystem dann zwar immer weiter entwickelt, doch blieb dabei das Primat des Wirtschaftswachstums, dem sich auch die Planung unterzuordnen hatte, unangetastet. Nach Ansicht der Autorin ist diese Politik die Ursache für den traditionell schwach ausgeprägten Willen zur Gestaltungs- oder Nutzungsbeschränkung und damit auch für das eher chaotische Bild der japanischen Städte bzw. die wenig schonende

Behandlung der vorhandenen Bausubstanz.

Doch wie Barbara Hohn nachweist, hat sich in den vergangenen Jahren auch in Japan die Erkenntnis der Notwendigkeit eines behutsameren Umgangs mit dem Bestand und der Förderung kleinteiliger Strukturen durchgesetzt. Zwar spielen Großprojekte, die die wirtschaftliche und technologische Entwicklung fördern sollen, weiterhin eine große Rolle. Doch parallel dazu sind seit den siebziger Jahren die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, um die Wohnqualitäten in den oft beengten und von einfachen Bauten geprägten älteren Quartieren mittels kleinteiliger Maßnahmen nach und nach zu verbessern. Im zweiten Teil des Buches werden die zu diesem Zweck geänderten oder geschaffenen baurechtlichen Vorschriften mit akribischer Genauigkeit dargestellt. So ist die eher grobkörnige Flächennutzungsplanung mittlerweile durch die (an der deutschen Bebauungsplanung orientierten) Distriktplanung ergänzt worden, um den Planern Mittel zur Bewahrung des speziellen Charakters der einzelnen Quartiere zur Verfügung zu stellen. Die herkömmliche Stadtplanungslehre (»Toshikeikaku«) ist auf diese Weise durch Mittel zur Durchführung einer behutsameren Stadtquartiersgestaltung (»Machizukuri«) ergänzt worden. Ebenso wurden das Bodenumlegungs-, das Stadterneuerungs- und das Sanierungsgesetz, die schon lange zur Baulanderschließung bzw. zur Umgestaltung von Bahnhofsbereichen oder extrem dicht überbauten Quartieren angewandt worden waren, durch neuere Programme zur Wohnumfeldverbesserung ergänzt.

Mit diesen Schritten wurde der Wandel von der Flächensanierung hin zu kleinteiligen Maßnahmen eingeleitet. Zwar werden nach wie vor bescheidene ältere Holzhäuser oft abgerissen, aber erst so entsteht der Spielraum, um Eingriffe wie den Bau von Pocket Parks durchzuführen. Die heute vorherrschende Behutsamkeit zeigt sich auch daran, dass bei der Neubebauung gestalterische Vorschriften, die eine grobe Orientierung an historischen Bauformen fordern, durchaus üblich sind. Außerdem handelt es sich meist um freiwillige Maßnahmen, von denen die Bewohner, die in den meisten Fällen auch Eigentümer sind, erst

überzeugt werden müssen. Dieser Teil des Buches ist deshalb nicht nur für den auf Fragen des Baurechts spezialisierten Leser von Bedeutung. Da auch in Europa Erhaltung bzw. Förderung der Mischnutzung von Wohnen und Kleingewerbe angestrebt werden, lohnt sich eine Betrachtung des pragmatischen Umgangs mit dem Bestand in den kleinteiligen gemischten Wohn- und Gewerbegebieten Japans allemal.

Ebenso interessant ist der dritte und ausführlichste Teil des Buches, in dem die Praxis der Stadterneuerung anhand zahlreicher Beispiele beschrieben wird. Dies sind einerseits großflächige und kleinteilige Stadterneuerungsmaßnahmen, wie sie auch in anderen Ländern existieren, in ihrer spezifisch japanischen Ausprägung. Anregend sind hierbei insbesondere die Themen Nutzungsintensivierung in Bahnhofsnähe und Revitalisierung innerstädtischer altindustrieller Flächen, da diese Erfahrungen in Japan mit seiner besonderen Bedeutung des Transportmittels Bahn und der Flächenknappheit in den Großstadtreionen besonders weit entwickelt sind.

Andererseits werden Beispiele beschrieben, die eher als spezifisch japanische Phänomene gelten können. Hierzu zählt die Stadterneuerung im Zeichen des Katastrophenschutzes, wie sie in Japan schon seit Jahrzehnten durchgeführt wird und gerade nach dem letzten großen Erdbeben in Kobe noch einmal an Bedeutung gewonnen hat. Ebenso einzigartig dürfte die gesamtgesellschaftliche Rolle der verstärkten Einbindung der Bevölkerung in den Planungsprozess sein. Die emanzipatorische Funktion und der Beitrag zur Verwaltungsdezentralisierung, den neuerdings die Bürgerbeteiligung und deren Förderung im Rahmen des »Machizukuri« darstellen, kann in einem vom Zentralismus geprägten Land, dem die europäisch-abendländische Tradition der selbstverwalteten Bürgerstadt fehlt, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Aus all dem folgert die Autorin, dass das Stadtplanungssystem japanischer Prägung zwar einige wesentliche Nachteile aufweist, wie den nach wie vor vorhandenen Zentralismus, die starke Wachstumsorientierung und die Nachgiebigkeit gegenüber den Interessen des Privatsektors. Dennoch, so Hohn, kann es durchaus als ostiasi-

sche Alternative zum europäischen bzw. nordamerikanischen Modell aufgefasst werden. Wegen der Grobkörnigkeit der Flächennutzungsplanung insbesondere in der Nachkriegszeit blieb die übertriebene Nutzungstrennung, die die neueren Quartiere westlicher Städte prägt, den japanischen Gemeinden weitgehend erspart. Im Umgang mit diesen Strukturen haben die Japaner ein Modell der flexiblen Steuerung entwickelt, das, so schließt Hohn, »versucht, Dinge in Einklang zu bringen, die sich im Westen vielfach antithetisch gegenüberstehen: Moderne und Postmoderne, Toshikeikaku auf der Makroebene und Machizukuri auf der Mikroebene, von Experten dominierte Entwicklungsplanung von oben und von den Bürgern mit Hilfe von Consultants getragene, emanzipatorische Planung von unten« (S. 536). Gerade diese Verknüpfung scheinbar widersprüchlicher Elemente stellt den Reiz der Auseinandersetzung mit dem japanischen Modell dar. Der Autorin ist deshalb beizupflichten, wenn sie rät, sich nicht auf eine rein eurozentrische Debatte zu beschränken oder Anregungen nur aus den USA zu beziehen, sondern sich eingehender mit dem dritten Weg, den Japan als einzige ostasiatische, nicht abendländisch geprägte Industrienation aufzeigt, zu beschäftigen.

Barbara Hohn hat über längere Zeiträume hinweg die Praxis der Stadtplanung in Japan verfolgt und dabei einen tiefen Einblick in das Geschehen erhalten. Auch die Auswertung zahlreicher japanischer Quellen zeugt von der Realitätsnähe der Untersuchung. Gleichzeitig bleibt die Darstellungsweise aber nachvollziehbar, nicht zuletzt, weil durch das ganze Buch hinweg die japanischen Fachausdrücke systematisch und gut verständlich erklärt werden (dabei ist auch das ausführliche Glossar japanischer Fachbegriffe hilfreich). Die Detailfülle und die gelungene Auswahl der unterschiedlichen Praxisbeispiele machen dieses Werk zu einem Kompendium, das unverzichtbar ist für jeden, der sich intensiv mit der Stadtplanung in Japan beschäftigen möchte. Als Wertmuspotropfen bleibt aber, dass das Werk für denjenigen Leser, der zunächst nur an einer Einführung in das Thema interessiert ist, wohl etwas zu umfangreich ist. Für diesen Zweck ist auch der einleitende, allgemeine Teil zu Beginn etwas zu

kurz geraten. Hier wird ausschließlich die japanische Stadtplanungsdisziplin und ihre eher kurze, 130-jährige Geschichte abgehandelt. Die Hinweise auf Zusammenhänge zwischen den baulich-räumlichen Strukturen der japanischen Städte und den viel älteren kulturellen Traditionen im Bauwesen fallen dagegen eher spärlich aus. Etwas ausführlichere Erläuterungen zu den historischen Wurzeln der für Westler oft schwer nachvollziehbaren Besonderheiten japanischer Städte, zum ganz anderen Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit und zum ästhetischen Empfinden der Japaner (so wie es beispielsweise Barry Shelton in seinem Buch »Learning from the Japanese City« dargestellt hat) hätten dem Werk gut getan. Abgesehen davon handelt es sich jedoch zweifellos um ein lesenswertes Buch, mit dem eine große Forschungslücke endlich adäquat gefüllt wird. Damit ist es sowohl für den an japanischen Städten interessierten Leser unentbehrlich als auch wegen seiner eines Nachschlagewerks würdigen Detailfülle ein Muss für jede gut sortierte urbanistische Bibliothek.

Berlin

Frank Roost

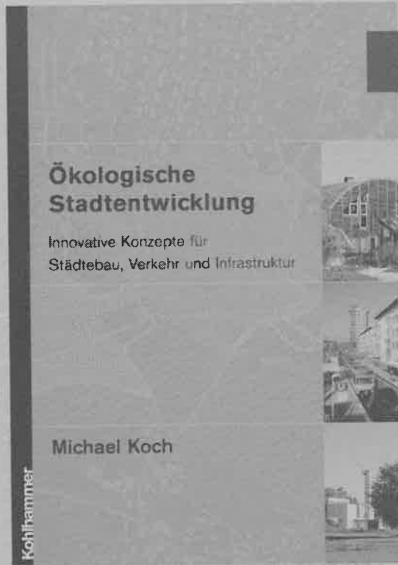
Timo John, Das Projekt »Stuttgart 21« und die historischen Parkanlagen Stuttgarts. Das nicht gedruckte fünfte Kapitel eines Buches, in: Die Gartenkunst (Worms: Wernersche Verlagsgesellschaft), 13. Jg., 1/ 2001, S. 18-33.

Es ist nicht üblich, an dieser Stelle einzelne Aufsätze anzuzeigen; es ist aber auch nicht üblich, Bücher zu veröffentlichen, deren wichtigste Kapitel an entlegener Stelle publiziert werden. Der Vf. war zum Zeitpunkt der Drucklegung seines Buches »Die königlichen Gärten des 19. Jahrhunderts in Stuttgart« (vgl. Rezension in: Die Alte Stadt 1/ 2001) der Meinung, dass das Projekt »Stuttgart 21« auf »tönernen« Beine stehe, da die »Finanzierungslücke« für die Realisierung des Vorhabens »immer astronomischer« geworden sei (S. 18). Daher entschied er sich, das Kapitel über »Stuttgart 21« einfach wegzulassen und es

bei äußerst allgemein gehaltenen und damit harmlosen Ratschlägen hinsichtlich des pflegerischen Umgangs mit dem bedrohten Erbe zu belassen. Ob das Buch dadurch nichts von seiner »Brisanz« eingebüßt habe, wie der Vf. meint, bleibt allerdings fraglich. Die Ironie besteht darin, dass nur kurz nach Erscheinen des Buches »Stuttgart 21« politisch aufs äußerste forciert wurde. Die Planungsarbeiten werden jetzt mit aller Macht vorangetrieben, d. h. die Zerstörung der Stuttgarter Parks wird damit immer bedrohlicher. Und welche Dimensionen diese Zerstörungen einmal annehmen werden, führt der Vf. in seiner garten-, kultur- und kulturhistorischen Sicht erschreckend deutlich vor Augen. Allein schon deshalb sei diesem Aufsatz weiteste Verbreitung gewünscht. Eigentlich müsste der Verlag allen noch nicht verkauften Exemplaren des Buches einen Sonderdruck des Aufsatzes beilegen, denn den zahlenden Lesern werden ohne dieses »fünfte Kapitel« wichtige Informationen vorenthalten, auf die sie eigentlich Anspruch hätten. Der Verlag sollte in dieser Hinsicht billigerweise auch eine Rückrufaktion für die bereits verkauften Bücher erwägen.

Stuttgart

Winfried Mönch



**NEU**

Michael Koch  
**Ökologische Stadtentwicklung**  
 Innovative Konzepte für Städtebau, Verkehr und Technik  
 2001  
 205 Seiten mit zahlr. Abb.  
 Fester Einband/Fadenheftung  
 € 35,-  
 ISBN 3-17-014908-3  
 Lehrbuchreihe Architektur

Die ökologische Stadtentwicklungsplanung wird angesichts wachsender globaler Umweltprobleme zu einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben. An vielen Orten wurden schon Ansätze in oft sehr unterschiedlicher Form entwickelt und realisiert; allerdings blieben diese in ihrer Wirkung räumlich oft sehr begrenzt und auf Detailfragen (wie biologisches Bauen, Dach- und Fassadenbegrünung, Niedrigenergiehaus) beschränkt. In diesem Buch wird die Perspektive auf das Gesamtsystem Stadt, seine Wirkung auf die Umwelt und die Möglichkeiten einer Ökologisierung der Stadtentwicklung erweitert. Dabei kommen der Landschaftsökologie, der Gebäude- und Stadtplanung, der Energietechnik und der Verkehrsplanung wichtige Stellenwerte zu. Die Prinzipien der ökologisch orientierten Planung werden durch Fachbeiträge aus der Theorie erläutert und an Hand von Beispielen aus der Planungspraxis dokumentiert. Gleichzeitig kommen auch die Strategien der Umsetzung, die den Planungsprozess an sich betreffen, ins Blickfeld. Das Buch bietet einen Handlungsleitfaden für Stadtplaner, Architekten und Ingenieure, der durch ausgewählte repräsentative Beispiele zur Nachahmung und Weiterentwicklung der bereits erfolgreich in die Praxis umgesetzten ökologischen Ansätze anregt.

[www.kohlhammer-katalog.de](http://www.kohlhammer-katalog.de)

**Kohlhammer**  
 W. Kohlhammer GmbH · 70549 Stuttgart · Tel. 0711/78 63 - 72 80